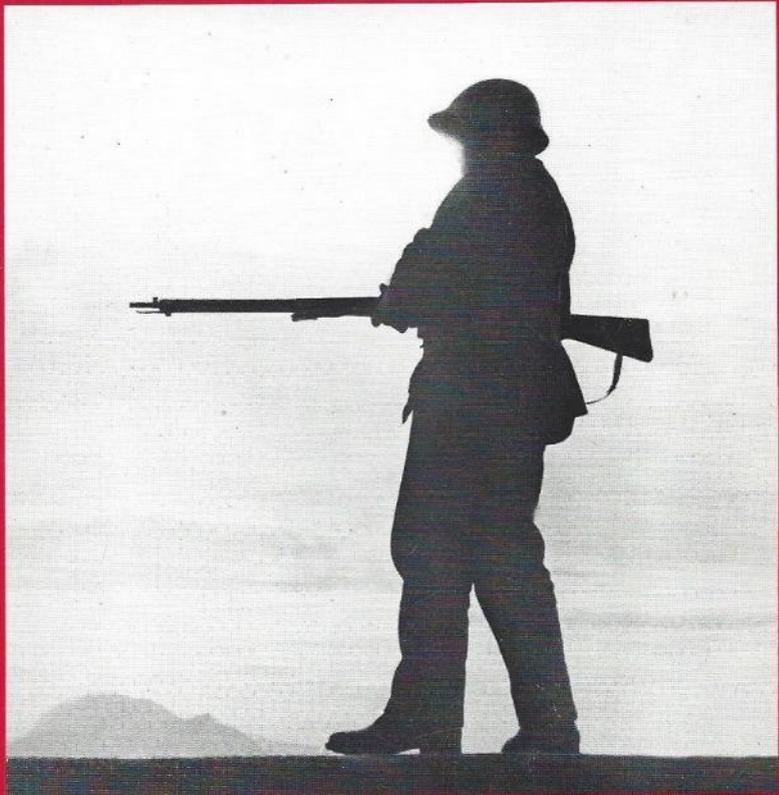


# SCHWEIZERISCHE SELBSTBEHAUPTUNG WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGS

*Eine Auswahl  
von Hintergrund-  
berichten und  
Kommentaren,  
erschieden in der  
«Schweizerzeit»  
zwischen  
Herbst 1996  
und  
Frühjahr 1998*



DIE MILITÄRISCHEN, KRIEGSWIRTSCHAFTLICHEN  
UND HUMANITÄREN PFEILER SCHWEIZERISCHER  
NEUTRALITÄTSPOLITIK IN DER ZEIT SCHWERER  
BEDROHUNG

«SCHWEIZERZEIT» - SCHRIFTENREIHE NR. 29

## «Schweizerzeit»-Schriftenreihe

### *Lieferbare Titel*

- 23 **Divisionär Hans Bachofner:**  
Die Schweiz an der Schwelle zum  
21. Jahrhundert (1996)
- 24 **Dr. Bruno Bandulet:**  
Währungsunion: Europa auf dem Irrweg (1996)
- 25 **Pfarrer Eugen Voss:**  
Russland nach den Wahlen von 1995/96 (1997)
- 26 **Nationalrat Dr. Christoph Blocher:**  
Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg (1997)
- 28 **Nationalrat Dr. Christoph Blocher:**  
Die Schweiz und der Eizenstat-Bericht (1997)
- 29 **Schweizerische Selbstbehauptung  
während des Zweiten Weltkriegs**  
Artikel-Auswahl aus der «Schweizerzeit» (1998)

# Schweizerzeit

Bürgerlich-konservative Zeitung für  
Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

# Schweizerzeit

Bürgerlich-konservative Zeitung für  
Unabhängigkeit, Föderalismus und  
Freiheit

Erscheint dreissigmal jährlich

*...damit das gesagt wird,  
was nicht  
ungesagt bleiben darf.*



*Ich interessiere mich für  
die «Schweizerzeit»*

Name / Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse / Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ / Ort: \_\_\_\_\_

- Ich bestelle «Schweizerzeit» im Abonnement zum Preis von Fr. 50.— (inkl. 2 % MWST) pro Jahr.
- Ich bitte zunächst um Zusendung von Probenummern und entscheide dann, ob ich «Schweizerzeit» abonnieren will.

Ausschneiden (oder kopieren)  
und einsenden an:

**«Schweizerzeit»**  
Postfach 23, 8416 Flaach  
Tel. 052/301 31 00 - Fax 052/301 31 03  
E-Mail: [schweizerzeit@access.ch](mailto:schweizerzeit@access.ch)

## *Karikaturen*

*R. A. Stafford, Grafiker ASG  
Rousseaustrasse 54, 8037 Zürich*

## *Fotos*

*Keystone Press AG  
8045 Zürich*

*\**

*Das am Schluss jeden Kapitels angeführte Datum  
verweist auf die «Schweizerzeit»-Ausgabe, in welcher  
der entsprechende Beitrag erschienen ist.*

Copyright  
«Schweizerzeit» Verlags AG, CH-8416 Flaach  
ISBN 3 - 907983 - 29 - 7  
März 1998

# Schweizerische Selbstbehauptung während des Zweiten Weltkriegs

*Die militärischen, kriegswirtschaftlichen und  
humanitären Pfeiler schweizerischer  
Neutralitätspolitik in der Zeit schwerer Bedrohung*

Eine Auswahl von Hintergrundberichten und  
Kommentaren,  
erschienen in der «Schweizerzeit» zwischen  
Herbst 1996 und Frühjahr 1998

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
<b>I Zur geschichtlichen Wahrheit</b>	
Die Schweiz als Hort jüdischer Vermögen	7
Der Tornado	9
Klarstellung	21
«Schweizer Spende» – vergessen?	31
Freispruch für die Schweiz	32
Die politische Linke im Zweiten Weltkrieg	44
Die Schweiz vor Gericht?	46
Daneben geratene Vor- und Nachworte	53
«Wir lassen uns nicht erpressen!»	60
Ein Schweizer Standpunkt	70
«Stehe fest, Helvetia!»	72
Fakten zum Gold	78
Dazu stehen wir!	84
Manifest der Veteranen des Aktivdienstes 1939-1945	89
«Augur»	95
Hitler und Stalin	99
Hirngespinnste um Handelsschiffe	100
Stalins Holocaust	104
In Sachen Bronfman	113
Panik säen, weil man Panik fühlt	118
Die Akte Meili	123
<b>II Zerrbilder</b>	
Vor fünfzig Jahren	129
Hat die Schweiz ihr Rückgrat verloren?	134
Fehldiagnose – dumm oder böswillig?	137
Vormarsch der politischen Linken?	143
Kollektivschuld der Schweiz?	145
Gegen-Geschichtsschreibung	149
Das «Musterknaben-Syndrom»	158
Kommissionen – Illusionen	163
Schweizer Fernsehen auf Abrechnungskampagne?	169
Monopol-Eintopf	174
Köpferollen	176

Schweizer sein – eine Bürde?	182
Auf dem richtigen Weg?	184
Bronfmans Bettelbrief	187
Strategien, Mittel, Motive	193
Oberschulmeister der Nation	198
Das «Schlachtfeld von Thun»	204
Verdrehungen und Unwahrheiten	212

### **III Zur Flüchtlingstragödie**

Evian 1938	219
Flüchtlinge	223
Das Affidavit	232
Die Mitverantwortung der USA am Holocaust	233
Die Bild-Lüge	239

### **IV Verleugnung des Völkerrechts**

Die Schweiz in Schiefelage	241
Kreuzzug	245
«Schwäche provoziert nur neue Forderungen»	251
Der Preis der Schwäche	260
Ist die Schweiz machtlos?	262

### **V Forderungen und Zahlungen**

Geldverdiener wittern Gewinne	269
«Unüberlegter Hüftschuss»	275
Geld muss her!	278
Schuldanererkennung?	285
Kopfloser Bundesrat	289
Goldstiftung unter schwerem Beschuss	297
«Lieb sein, sonst zahlen sie nicht ...»	301
«... hast noch der Söhne, ja!»	307
Am Volk vorbei!	310
Jetzt reicht's, Herr Bronfman!	314
Sultaniks Freudscher Patzer	323
Good Cop and Bad Cop	326

Schlusswort: Die Dummheit der Gescheiten	331
--	-----

## Vorwort

*Ein wahrhaft gerüttelt Mass an Vorwürfen und Anschuldigungen hatte die Schweiz in den letzten Monaten über sich ergehen zu lassen. Vorwürfe gepaart mit Forderungen von privaten US-Organisationen und von der amerikanischen Regierung einerseits, Anfeindungen und Anschwärzungen aber auch aus dem Inland von ideologisch motivierten «Junghistorikern», Medienschaffenden und allerlei andern Aktivisten, die längst auf die Gelegenheit gewartet haben, mit der Neutralität und Unabhängigkeit unseres Landes gehörig «abzurechnen».*

*All diese Attacken auf die Schweiz haben eine wahre Fülle von richtigstellenden Hintergrundberichten und engagierten Kommentaren in der «Schweizerzeit» ausgelöst, denen fast ausnahmslos ein äusserst nachhaltiges Echo zuteil wurde.*

*Immer wieder wurde die «Schweizerzeit» während den vergangenen turbulenten Monaten mit Bitten und Aufforderungen aus ihrer Leserschaft konfrontiert, all die ab Herbst 1996 erschienenen Berichte und Kommentare zur Kampagne gegen die Schweiz in einer Broschüre zusammengefasst, nach Schwerpunkten geordnet herauszubringen.*

*Dieser Bitte sei mit der jetzt vorliegenden Broschüre entsprochen – wobei aus der ursprünglich geplanten Broschüre allerdings bald ein eigentliches, stattliches Buch geworden ist.*

*Ulrich Schliier*

# I

## Zur geschichtlichen Wahrheit

*Rahmenbedingungen für Geldanlagen in den dreissiger Jahren*

### **Die Schweiz als Hort jüdischer Vermögen**

*Von Nationalrat Ulrich Schliier, Flaach ZH*

*Das Beharren auf genauer Kenntnis von Fakten ist im Geschichtsunterricht von heute bekanntlich verpönt. Das kommt jenen zugute, die gerne mit diffus vermischten Halbwahrheiten und Vermutungen operieren, wenn sie unserem Land und seinen Institutionen eine politisch motivierte Abrechnung präsentieren wollen.*

Die fast täglich neue, meist anklagende Schlagzeilen produzierende Auseinandersetzung um das *Schicksal herrenloser Vermögen von Nazi-Opfern auf Schweizer Bankkonten* entwickelt sich allmählich zum Modellfall dafür, wie sich aus lückenhaften Informationen, Unterstellungen und Fehlschlüssen ein Cocktail mit dem Zweck zusammenbrauen lässt, zeitlose Verdienste früherer Generationen für Erhalt und Fortbestand einer freiheitlichen Schweiz nachträglich zu vergiften.

### **Die Schweizer Banken in den dreissiger Jahren**

Zwar melden sich neuerdings Zeitzeugen, die in den dreissiger und vierziger Jah-

ren als Verantwortungsträger mit später herrenlos werdenden Vermögen umzugehen hatten. Sie können mit Leichtigkeit nachweisen, dass das schweizerische Bankgewerbe damals jenen internationalen Charakter, der dem heutigen Finanzplatz Schweiz anhaftet, längst nicht besessen hat. Wer damals – vor oder gar während des Zweiten Weltkriegs – Vermögen über Landesgrenzen hinweg umplazieren wollte, dem gelang dies, wenn überhaupt, nur unter grössten Schwierigkeiten. Sämtliche Länder unterstanden einem Regime *straffer Devisenkontrolle*.

Es ist nachfühlbar, dass damals viele vermögende Juden aus Deutschland, die ihnen drohende Gefahr richtig einschätzend, Mittel und Wege suchten, wenigstens ihre Vermögen irgendwo im Ausland in Sicherheit zu bringen. Wohin aber sollten sie sich wenden? Von welchen Ländern strahlte jene vertrauenserweckende *Sicherheit* aus, die gefährdeten Vermögen Bestand zu sichern versprach?

## Wirtschaftskrise

Die Schweiz wurde bekanntlich in den dreissiger Jahren von einer äusserst harten, anhaltenden Wirtschaftskrise erschüttert. Massenarbeitslosigkeit, Zusammenbrüche von Firmen und Gewerbebetrieben dominierten, bewirkten zuweilen sogar lokale Unruhen. Getroffen wurden insbesondere auch die *Banken*. Mehrere grössere und grosse Zusammenbrüche (Schweizerische Volksbank!) verursachten Erschütterungen. Die Landesregierung antwortete als Gegenstrategie gegen die Krise mit staatlichem Dirigismus, auch im Bankwesen. Die öffentlichen Haushalte mussten sich schwer verschulden. Die Krise gipfelte in der dreissigprozentigen *Abwertung des Schweizer Frankens* am 26. September 1936.

## Politische Orientierungslosigkeit

Auch politisch strahlte die Schweiz damals kaum Standhaftigkeit aus. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Deutschland formierten sich auch in der krisengeschüttelten Schweiz jene *frontistischen Bewegungen*, deren Bedeutung aufgrund ihrer lärmigen Auftritte zwar überschätzt wurde, die das Erscheinungsbild der Schweiz – gerade für deutsche Juden – indessen nicht unwesentlich prägten. Den Höhepunkt, ihren «*Frontenfrühling*», erlebten diese Bewegungen 1935/36 – just dann also, als die tödliche Bedrohung der Juden in Deutschland immer gewisser, deren Bedürfnis, wenigstens Vermögenswerte irgend wohin ins Ausland zu retten, immer dringender wurde.

Ein weiterer Faktor erhöhte damals die Ungewissheit bezüglich der Zukunft der

Schweiz: Das Land war angesichts bedrohlich zunehmender Kriegsgefahr *schlecht gerüstet* – nicht zuletzt als Folge der von der Sozialdemokratie damals jahrelang gepflegten Armeefeindlichkeit. Von dieser Schwäche wusste man auch im Ausland.

Alles in allem: Wer Mitte oder Ende der dreissiger Jahre, als Vermögenswerte allenfalls noch aus Nazi-Deutschland oder aus von Deutschland unmittelbar bedrohten Ländern hätten in Sicherheit gebracht werden können, Lage und Entwicklung der Schweiz unvoreingenommen beurteilte, dürfte kaum zum Schluss gekommen sein, die Schweiz werde schon bald *das einzige Land in Europa* sein, das *dem Nationalsozialismus* und seiner gefürchteten Deutschen Wehrmacht *erfolgreich widerstehen* werde. Wer damals Vermögenswerte vor Nationalsozialisten in Sicherheit zu bringen suchte, beurteilte Plätze wie *London* oder *New York* zweifellos als weit sicherer als beispielsweise *Zürich*.

## Fazit

Die Schweiz handelt zweifellos richtig, wenn sie grünes Licht zur gründlichen, sorgfältigen, umfassenden Überprüfung aller Vermögensvorgänge rund um die durch das schreckliche Geschehen im Zweiten Weltkrieg herrenlos gewordenen Gelder auf Schweizer Bankkonten erteilt. Eine unvoreingenommene Überprüfung verlangt indessen, dass auch die *damaligen Zeitumstände* als Teil der historischen Wirklichkeit anerkannt und richtig bewertet werden. Nur auf diese Weise wird die Gefahr gebannt, Zerrbildern zum Opfer zu fallen.

*(22. November 1996)*

*Die Schweiz und das nationalsozialistische Deutschland*

## Der Tornado

*Von Arthur Häny, Zürich*

*Die Wirbelstürme pflegen sonst vom Atlantik her über die Ostküste der Vereinigten Staaten hereinzubrechen, über Florida zum Beispiel, und richten dort verheerende Schäden an. Nun hat, so scheint es, der Wind gedreht. Aus den grossen Vereinigten Staaten ist ein heftiger Tornado über die kleine Schweiz hereingebrochen.*

Zuweilen scheint er nachzulassen, dann wieder heult er auf mit Getöse – und hat

Die Sätze, die in besonderer Masse  
Eindruck gemacht haben, waren im-  
provisiert. Ich habe den gleichen Vortrag  
in Bern gehalten und hatte zum des  
Gefühl, inmitten der Ereignisse in Böhmen,  
Mähren und Slowakei müsse ich in der  
Einführung deutlicher werden. ~~Das~~ <sup>Warum</sup> habe ich  
ungetrübtem eingehalten:

„Das Ausland muss es wissen: Wer uns  
chert und in Ruhe lässt, ist unser Freund.  
Wer dagegen unsere Unabhängigkeit und  
unsere politischen Unerschütterlichkeit  
sollt, dem wartet der Krieg! Wir Schweizer  
werden nicht zuerst ins Ausland wall-  
fahrten gehen.“

Worauf mir ein Ausdrück Applaus zum  
Besten brachte, den ich der grossen Ver-  
sammlung aus dem Herzen gesprochen hatte.

Bundesrat Obrechts persönliche Notiz vom 16. März 1939:  
«Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen.»

Bundesrat Hermann Obrecht am 16. März 1939 in Basel:

## *Der Schweizer Standpunkt*

Die persönliche Notiz Bundesrat Obrechts, niedergeschrieben nach dem Vortrag, den er am 16. März 1939 vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Basel gehalten hatte:

*«Die Sätze, die in besonderem Masse Eindruck gemacht haben, waren improvisiert. Ich habe den gleichen Vortrag in Bern gehalten und hatte nun das Gefühl, inmitten der Ereignisse in Böhmen, Mähren und Slowakei müsse ich in der Einleitung deutlicher werden. Darum habe ich ungeschrieben eingeschaltet:*

*«Das Ausland muss es wissen: Wer uns ehrt und in Ruhe lässt, ist unser Freund. Wer dagegen unsere Unabhängigkeit und unsere politische Unversehrtheit angreifen sollte, dem wartet der Krieg! Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehn.»*

*Worauf mir ein tosender Applaus zum Bewusstsein brachte, dass ich der grossen Versammlung aus dem Herzen gesprochen hatte.»*

Stellvertretend für unzählige Briefe, die Bundesrat Hermann Obrecht nach dieser Basler Rede erhalten hat, sei jener des Zürcher Historikers Karl Meyer zitiert, der damals unermüdlich für die Aufrechterhaltung des Geistes der Freiheit und Unabhängigkeit eintrat. Wörtlich äusserte Meyer seinen *«tief empfundenen Dank für das mannhafte und staatsmännische Wort. ... Ich weiss mich dabei eins mit dem gesamten Schweizervolk, für das Ihre Tat wie eine Erlösung gewirkt hat. Der Widerhall, den Sie im Weltradio und in der Weltpresse gefunden haben, beweist, was für einen grossen Dienst Sie auch ausserpolitisch der Eidgenossenschaft geleistet haben.»*

*(21. März 1997)*

noch lange nicht ausgeheult. Er reisst uns jedesmal ein paar Ziegel vom Dach und will uns erschrecken.

Ich denke aber, die Schweiz wird diesen Sturm überleben. Sie hat schon ärgere überlebt, zum Beispiel den, von welchem im Folgenden die Rede ist. Es wäre aber zu wünschen, die Schweizer könnten sich darauf einigen, dass sie als Dachdecker wirkten und nicht noch mutwillig dem Wirbelwind Fenster und Türen öff-

neten. Dazu brauchte es allerdings so etwas wie «*Liebe zur Heimat*» – ein Ausdruck, der sich für viele Miteidgenossen aus nicht mehr verständlichen Vokabeln zusammensetzt.

## Das Zerrbild

Worum handelt es sich denn? Nach etwas mehr als fünfzig Jahren wissen die Wirbelstürmer endlich mit Sicherheit – sie hatten es vorher schon lange geahnt – dass die Schweiz während des Zweiten Weltkriegs *nicht nur nicht neutral, sondern deutschfreundlich* gewesen ist! Jemand hat sogar herausgefunden, sie sei «*die Bank der Nazis*» gewesen. Auf alle Fälle, heisst es, machte sie mit Nazi-Deutschland schmutzige Geschäfte, und ihre Banken bereicherten sich an dem Raubgold, das die Deutschen auf ihren Eroberungszügen in ganz Europa zusammengestohlen – oder an dem Geld, das Flüchtlinge und Verfolgte auf Schweizer Konten gerettet hatten.

Militärisch, heisst es, war die Schweiz im Zweiten Weltkrieg *überhaupt nicht bedroht*, da sie Hitler als Umschlagplatz dubioser Aktivitäten diene. Sie sei ihm so viel nützlicher gewesen, als wenn er auch sie noch erobert hätte. Draussen gab es den Holocaust und tausendfachen Schrecken und Tod. Drinnen aber, in der verschonten Schweiz, da rieben sich die Schieber und Kapitalisten die Hände und sonnten sich am Profit, den der Krieg ihnen zutrug. So einfach war das!

Leider ist es unter manchen Künstlern, Intellektuellen und Journalisten geradezu Mode, dieses Zerrbild zu pflegen, und das schon seit langer Zeit. Mit einer erstaunlichen *Selbstgerechtigkeit* gehen sie mit ihren Vätern und Vorvätern ins Gericht, ohne selber je eine Zeit durchgestanden zu haben, die auch nur entfernt so schwer gewesen wäre wie jene. Man gewinnt überhaupt den Eindruck, die schweizerische Publizistik übe sich in einer *genüsslichen Selbstzerfleischung*, und je weniger die Leute eine Ahnung davon haben, wie es damals wirklich war, desto rascher sind sie zu schnellen Verurteilungen bereit. Man kann da ja offenbar nicht fehlgehen auf diesem Weg, weil ihn so viele schon gegangen sind... Es ist trotz allem ein Holzweg.

Denn leider hat dieses Zerrbild wenig mit der Wahrheit zu tun.

## Deutschfreundlich?

Die Schweiz sei im Zweiten Weltkrieg deutschfreundlich gewesen? Ich war in jenen Jahren Gymnasiast, später Student, aber ich kann mich mit dem besten Willen an nichts dergleichen erinnern. Jedenfalls nicht in dem Kreis, in dem ich leb-

te. Unsere Beziehung zum Dritten Reich bestand aus tiefer *Beklemmung und unverhohlener Angst*. Wie hätte es auch anders sein sollen? Diese kolossalen Aufmärsche und Paraden, dieses Fanfarengeschmetter, das hysterische Geschrei des «Führers» während seiner Reden, der schnarrende, böse Ton der deutschen Wochenschauen. All das, wenn man es heute in Dokumentarfilmen wieder sieht, kommt einem nicht nur grotesk, sondern geradezu unwahrscheinlich vor. Wie hatte diese Massenpsychose ein grosses, kultiviertes Volk erfassen können? Eine Nation im Stehschritt! Sicher, es gab auch «das andere Deutschland», aber es hatte sich in jenen Jahren tief verborgen, musste ja auch. Die ganze Nation versank im Strudel der Demagogie. An uns wurden unverblümete Drohungen gerichtet: Wir kämen auch nächstens «heim ins Reich». Durchaus im Tone des Erlkönigs: «*Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt*».

All das war uns unheimlich. Nein, der Nationalsozialismus widersprach zutiefst den Schweizer Traditionen.

Denn da drüben wurde eigentlich das Individuum ausgelöscht, es ging unter im Sog einer Ideologie, welche die Rasse und die Macht des Stärkeren verherrlichte. Da blieb kein Raum mehr für Freiheit, weder nach innen noch nach aussen. Alles beugte sich unter den Willen des Einen, der zu allem Elend noch von einem furchtbaren, pathologischen *Judenhass* besessen war. Einem Hass, der den meisten Schweizern ganz fremd war. (Ich selber konnte damals Juden und Nichtjuden nicht unterscheiden. Es gibt auch heute für mich nur Menschen, Mitmenschen.)

Und dieses totalitäre Deutschland errang von 1939 bis 1941 die grössten Siege! Wie konsterniert waren wir, als Frankreich so rasch unterlag, als Paris fiel! Der einzige Hoffnungsschimmer bestand darin, dass England weiterkämpfte. Die Existenz der Schweiz stand in jenen Sommermonaten 1940 wirklich auf dem Spiel. Hitler und Mussolini hatten am 18. Juni 1940 in München die vollständige Einschliessung der Schweiz beschlossen – gewiss nicht, um mit ihr lukrative Geschäfte zu betreiben, sondern um sie sich ganz und gar *gefügig* zu machen.

## **Die Bedrohung war ernsthaft**

Ich glaube nicht, dass die Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg neu geschrieben werden muss. Es gibt nämlich jetzt schon eine vorzügliche und objektive Geschichtsschreibung über jene Zeit. Dazu gehört auch *Klaus Urnerns* Buch «*Die Schweiz muss noch geschluckt werden.*» Als sich die Niederlage Frankreichs abzeichnete, gab der deutsche Generalstab detaillierte Angriffspläne gegen die Schweiz in Auftrag, die nicht eben den Eindruck von Sandkastenspielen erweckten. *Otto Wilhelm von Menges* arbeitete die Pläne aus, ein jüngerer Stabsof-

fizier, der später bei Stalingrad fiel. Der Hauptangriff der deutschen Armee wäre von Westen her, aus dem eroberten Frankreich erfolgt. Kurz zusammengefasst, nach Klaus Urner: *Anfang Juli (1940) wurde die 12. Armee mit 9 Divisionen an die Schweizer Westgrenze herangeführt. Die deutschen Operationsentwürfe erweisen sich nicht, wie bisher angenommen, als fiktive Präventivplanungen unterbeschäftigter Stäbe, sondern als vorbereitende Massnahme für den Angriff.*» Die Euphorie der deutschen Führung in jenem Sommer war gross. Die Welt werde jetzt neu verteilt, meinte *Goebbels* in seinen Tagebüchern, und am Ende des Krieges werde ein grossgermanisches Reich erstehen. Widerborstige «Kleine», dachte man, würden ohne Weiteres angeschlossen. Und was das Militärische anbetrifft: Die 12. Armee *Wilhelm Lists* und die 6. Gebirgsdivision *Ferdinand Schörners* hätten liebend gerne gegen uns losgeschlagen. Sie brannten geradezu darauf. Dank überrissener Angriffsplanung und tapferem französischem Widerstand hatten sie nämlich in Südfrankreich ihre operativen Ziele zum Teil verfehlt. Der Waffenstillstand vom 22. Juni 1940 war ihnen etwas zu früh gekommen: bevor die Schweiz ganz eingeschlossen war.

Zu Hitlers Ärger blieb ein *Korridor* durch das unbesetzte Frankreich bestehen, der über Savoyen bis nach Cerbères/Port Bou an die spanische Grenze führte. Dass die völlige Einschliessung vorerst misslungen war, bedeutete für uns und auch für viele Flüchtlinge eine Chance. Erst nach der Besetzung Südfrankreichs durch die Deutschen im *November 1942* wurde diese Lücke geschlossen. Aber dann schien «der Fall Schweiz» auch etwas weniger aktuell. Hitler hatte genug mit seiner Ostfront zu tun, und später endete ja auch sein Afrikafeldzug mit einem Fiasko.

Man kann sich fragen, warum Hitler im Augenblick seines grössten Triumphs, nach dem Sieg über Frankreich, nicht auch gleich noch die Schweiz erobert hat. Aus Rücksicht auf Italien geschah es kaum, denn die Italiener hatten sich in diesem Krieg ganz schwach geschlagen. Es geschah auch nicht aus Schonung. Dieser gnadenlose Mensch kannte Schonung für nichts und niemand. Sondern einfach darum, weil er damals annehmen durfte, *sie falle ihm ohnehin in den Schooss*. Er mochte ja auch nicht recht an die Invasion Englands heran. Auch da nicht aus Schonung! Er wollte, um seines Erfolges sicher zu sein, zuerst die *Luftherrschaft* über England erringen. Der Ausgang dieses Kampfes ist bekannt.

## **Anschluss an die «neue Ordnung»?**

Es gab natürlich auch manche Schweizer, die von Hitlers grossdeutscher «neuer Ordnung» angetan waren. Oder solche, welche die widerborstige Presse zum Leisetreten ermahnten. Das ist alles verständlich, denn erstens liess sich 1940, als nur

## Die erste Attacke von Senator Alfonse d'Amato auf die Schweiz: Der sog. «Fall Polen»

### Ehre

*Tatsächlich hat die Schweiz kurz nach dem Zweiten Weltkrieg im Namen vieler Schweizer, die damals durch das neue kommunistische Regime Polens enteignet worden waren, eine Entschädigungsforderung an Polen gestellt, die – nach intensiven Verhandlungen – schliesslich auf 52 Millionen Franken reduziert wurde. Und tatsächlich existierten nach dem Krieg auf Schweizer Banken Konten von im Krieg umgekommenen polnischen Staatsbürgern. Darunter auch solche, aber längst nicht ausschliesslich solche von polnischen Juden. Konten von herrenlos gewordenen Guthaben also.*

*Wer die seinerzeitigen Dokumente – Verträge, Briefwechsel, diplomatische Noten, Protokolle – zu diesen Tatsachen genau studiert, stellt auch fest, dass Polen eine Verbindung zwischen diesen beiden damals hängigen Angelegenheiten herstellte. Polen verlangte, von der Schweiz als zuständig anerkannt zu werden für die in der Schweiz liegenden herrenlosen Vermögen umgekommener polnischer Staatsbürger, bevor es seinerseits die schweizerischen Entschädigungsansprüche als Folge polnischer Verstaatlichungen akzeptierte.*

*Die Verknüpfung dieser beiden Angelegenheiten durch Polen hat hierzulande schon damals in Parlament und Presse lebhafte Diskussionen ausgelöst. Zumal Bern aufgrund von im internationalen Privatrecht geltenden Regeln zum Schluss kam, dass für herrenlose Gelder grundsätzlich jene Regierung zuständig sei, in deren Land der letzte einwandfrei feststellbare gesetzliche Wohnsitz des ehemaligen Besitzers bestanden hat.*

*Die parlamentarische Debatte zu dieser Rechtsfrage kann noch heute im «Amtlichen Bulletin der Bundesversammlung» im Wortlaut nachgelesen werden. Wer sich dieser Mühe unterzieht, stellt fest, dass beide Geschäfte, sowohl der von vielen als zu tief bezifferte Entschädigungsanspruch für die Verstaatlichung schweizerischen Besitzes in Polen als auch die Frage der rechtlichen Zuständigkeit für in der Schweiz liegende herrenlose Vermögen polnischer Staatsbürger (deren Gesamtsumme betrug übrigens weniger als eine halbe Million Franken) im Parlament eine Mehrheit fanden, von einzelnen Rednern allerdings kritisiert wurden. Aber niemand – weder der für beide Verfahren zuständige Bundesrat Petitpierre noch irgendein Mitglied*

*des Parlaments – ist je auf die Idee gekommen, irgendetwas wie eine gegenseitige Verrechnung der mit beiden Geschäften verbundenen finanziellen Ansprüche zu fordern – so wie das der amerikanische Senator d’Amato skrupellos und wider besseres Wissen in einer seiner Breitseiten gegen die Schweiz behauptet hat.*

*Die haltlosen Attacken des offensichtlich – mit zweifelhaftem Erfolg – um jüdische Stimmen in New York buhlenden Senators d’Amato sind das eine. Noch bedenklicher als die Anwürfe dieses blinden Polemikers ist die Art und Weise, wie sich einzelne Medien und Wortführer hierzulande auf Herrn d’Amatos Gebräu stürzen, um damit ein eigenes, trübes Süppchen zu kochen. So, als hätten sie es noch immer nicht verkraftet, dass vor fünfzig Jahren eine ganze Generation von Schweizerinnen und Schweizern, tief verankert im Willen zur Unabhängigkeit, unter schwierigsten Umständen allen Versuchungen des so machtvoll auftretenden nationalsozialistischen Totalitarismus schliesslich widerstanden hat. Weshalb nur darf die Ehre, die von diesem erfolgreichen Widerstand ausgeht, nicht lebendig bleiben?*

*Ulrich Schliuer*

*(«Spalte Rechts», 22. November 1996)*

noch England widerstand, eine deutsche Niederlage bei weitem nicht absehen, und zweitens ist es in der Schweiz von jeher üblich, dass ein jeder seine freie Meinung sich bilden darf. Es gab – und gibt ja immer wieder – Schweizer, welche die Schweiz aus ihrer «Isolation» und «provinziellen Enge» herausführen und ihre Grenzen weit öffnen möchten. Aber die «Fröntler» und Anschlusswilligen waren damals durchaus in der Minderheit. Nein, die Schweizer waren im Zweiten Weltkrieg in ihrer überwiegenden Mehrzahl nicht deutschfreundlich. Und wenn sie es gewesen wären, so wäre ihre Liebe zum Dritten Reich einseitig gewesen. Denn nunmehr stellt sich die Frage: *Wie dachten die deutschen Führer über die Schweiz?*

## **Goebbels’ Tagebücher**

Das aufschlussreichste Dokument sind wohl die Tagebücher von Joseph Goebbels, dem Propagandaminister und Einpeitscher des «totalen Krieges». Die Schweiz bildete für ihn – zusammen mit Schweden – jenen missliebigen Block der «Neutralen», von denen er schon am 13.4.40 schreibt: *«Der Führer wettet gegen die Neutralen. Je kleiner, desto frecher. Sie dürfen diesen Krieg nicht über-*

leben. Sie... suchen jede grosse Lösung zu verhindern, sind bestechlich, feige und korrupt.» Auf eine «grosse Lösung» war es also abgesehen: begreiflich, dass die kleine Schweiz in dieser «Lösung» aufgelöst worden wäre. Am 22.1.42 notiert Goebbels mit Bezug auf die noch nicht ganz botmässigen Neutralen: «Die Schweden und Schweizer spielen mit dem Feuer. Es steht zu hoffen, dass sie sich noch im Verlaufe dieses Krieges ihre Finger verbrennen.» Und am 8.5.42 notiert er zornig: «Die Schweiz hat ihren Vertreter in der internationalen Filmkammer seiner Ämter enthoben. Es scheint, dass dieser kleine Dreckstaat die Absicht hat, die Internationale Filmkammer zu provozieren.» Deutlicher kann man sich ja wohl nicht äussern.

Noch am 8.5.43, als sich das Kriegsglück bereits gewendet hatte, berichtet das Tagebuch, dass Hitler Mühe gehabt habe, den ungarischen Staatschef, *Admiral Horthy*, von seinem, Hitlers, Programm der Judenvernichtung zu überzeugen. Es fährt fort: «Aus alledem aber hat der Führer die Konsequenz gezogen, dass das Kleinstaatengerümpel, das heute noch in Europa vorhanden ist, so schnell wie möglich liquidiert werden muss. Es muss das Ziel unseres Kampfes bleiben, ein einheitliches Europa zu schaffen.» Einheitlich, das hiess: gleichgeschaltet unter absoluter deutscher Herrschaft. Am gleichen Tag notierte Goebbels noch, dass Hitler, entgegen den arischen Rassenthesen, die blutige Niederwerfung der (germanischen) Sachsen durch Karl den Grossen am Ende des achten Jahrhunderts ausdrücklich gebilligt habe. Man dürfe Karl den Grossen nicht den «Sachsen-schlächter» schelten. Denn schliesslich war er ja der Einiger eines grossen Reiches, das Hitler in gewissem Masse als Vorbild erschien. Und ominös führt Goebbels fort: «Wer gibt dem Führer die Garantie, dass er später nicht etwa einmal als Schweizerschlächter angeprangert wird!» Davor hat uns Gott bewahrt. Aber wirklich, am bösen Willen hat es nicht gefehlt!

Der ganz gehässige Ton, den Goebbels gegen die Neutralen anschlägt, entspricht der generellen Verachtung der nationalsozialistischen Führung für alles, was sich ihrem Machtanspruch auch nur halbwegs entgegenstellte.

## Hat Hitler das wirklich gesagt?

Und wie dachte denn er selber, «der Chef» über die Schweiz? Die *Tischgespräche von Heinrich Heim und Henry Picker*, 1941/42 aufgeschrieben im «Führerhauptquartier», sind zwar nicht in jedem Detail zuverlässig, rapportieren aber im Ganzen recht gut die hybride Gedankenwelt Hitlers. Die Schweizer, meint da der «Führer», seien ein *degenerierter Zweig der germanischen Rasse* und würden wohl in dem grossen Reich dereinst «*nur als Gastwirte*» zu brauchen sein (8.-10. 9. 4L) Es fehle ihnen, trotz ihrem Wilhelm Teil, der «*militärische Geist*»

(5.7.42) und überhaupt jeder Drang zur Grösse. Als «Schutzmacht» (das heisst, als diplomatische Vertreterin deutscher Interessen in Feindstaaten) würde die Schweiz «als kleinste Macht in diesem Krieg wieder nichts leisten», wenn die Deutschen nicht selber so viele Kriegsgefangene dieser Feindstaaten gleichsam als Geiseln in ihrer Hand hätten (7.6.42).

Im Widerspruch zu all diesen höchst abschätzigen Äusserungen soll Hitler nach Picker am 17. Juni 1940, als *Heinz Guderians* Panzer bei Pontarlier die Schweizer Grenze erreicht hatten, «mit Nachdruck jede Invasion der Schweiz» verboten haben. Sie sei ihm nämlich «als internationaler Knotenpunkt für diplomatische Aktivitäten, Spionage, Devisengeschäfte und die Lieferung von Mangelwaren ... unvergleichlich wertvoller denn als Satellit.» Wirklich? Picker rapportiert diese zweifelhafte Äusserung allerdings nicht als Gesprächstext, sondern als Kommentar zwischen den Texten. Es ist ganz unwahrscheinlich, dass Hitler das im Juni 1940 gesagt hat. Wozu dann die Angriffsplanung von Menges? Wozu der Aufmarsch von 9 Divisionen im Westen? Und wie konnte die Schweiz denn zu diesem Zeitpunkt wertvoll sein für diplomatische Aktivitäten, wenn sie doch als Schutzmacht, wie der «Führer» beteuert, nichts taugte? Übrigens passt die Aussage auch stilistisch nicht in die martialische Sprache Hitlers. Von «Satelliten» hat er, glaube ich, gar nie gesprochen. Und im Juni 1940 war die Rede nur von grossen Siegen – keineswegs von Spionage und Devisengeschäften. Die hatte man in diesem triumphalen Augenblick gar nicht nötig, besonders nicht von einem «kleinen Dreckstaat», den man für überfällig hielt.

Es handelt sich wohl um einen *späteren Einschub* Pickers, mitsamt der recht schmeichelhaften Anmerkung, die er dort im gleichen Text über die Schweizer Armee macht. Der ganze Passus erscheint auch erst in der Ausgabe der «Tischgespräche» von 1976. In der *Edition von 1951* war er *noch nicht vorhanden*. Nein, 1940 war die Schweiz für Hitler in diesem Sinne noch nicht interessant. Später vielleicht, aber da hörte Picker nicht mehr den Tischgesprächen des «Führers» zu.

## Es ist auch viel Gutes geschehen

Man kann dem allem entgegenhalten, die deutschen Führer seien zwar abweisend, das Schweizer Volk im Ganzen standhaft – aber das Establishment sei doch unterwürfig gewesen. Wie steht es denn damit? *Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz* sprach zwar in der düstersten Zeit, am 25. Juni 1940, davon, dass die Schweiz sich auf eine neue europäische Ordnung einrichten müsse. Aber schon einen Monat später, am 25. Juli, entwarf *General Henri Guisan* in seinem *Rütli-Rapport* die Strategie des *Reduits* und stärkte damit den Schweizer Widerstandswillen. Der «Plan Wahlen» verbesserte die Selbstversorgung der Bevölkerung:



*1. August 1940: Denkwürdige Bundesfeier auf dem Rütli*

man pflanzte noch im bescheidensten Gärtchen Kartoffeln. Und in den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland zeigten sich die Schweizer, bei einzelnen Fehlleistungen, im Ganzen doch zäh und geschickt, soviel mir bekannt ist.

Was nun die Banken betrifft, muss ich bekennen, dass ich mit Finanzproblemen wenig vertraut bin. Ich denke, dass da in der Tat eine Schuld vorliegt. Nur wird sie wahrscheinlich zurzeit übertrieben. Und es wäre zu fragen: wie stand es denn mit diesen Devisengeschäften, mit diesem Raubgold in Vichy-Frankreich, in Portugal oder Schweden? Oder in den USA selbst? Was ist geschehen mit dem beträchtlichen Beitrag, den die Schweiz nach dem Krieg an die Alliierten bezahlt hat? Und wie kommen Senatoren eines Landes, in welchem *herrenlose Vermögen schon nach fünf Jahren dem Staat verfallen*, dazu, uns heftige Vorhaltungen zu machen über das, was *vor über 50 Jahren* geschehen ist? Wozu diese plötzliche Kampagne? Ist sie organisiert? Sie streift ans Absurde.

Wir Schweizer hätten wohl guten Grund, statt voller Angst als Angeklagte an der Wand zu stehen und abzuwarten, welche Ziegel uns der Tornado nächstens wieder vor die Füße schmettert – uns aufzuraffen und *nach vorne zu blicken*. Sorgfältige Abklärungen der einstigen Finanzgeschäfte sind im Gang, denen man nicht vorgreifen sollte. Ich denke, wir können dem Ausgang dieser Abklärungen

ruhig entgegensehen. Die Schweizer wollen ja keine Musterknaben sein, das ist eine kindische Unterstellung. Wir sind so gut oder schlecht wie andere Menschen auch. Man sollte aber *verhältnismässig* urteilen: nicht ständig nur klagen über die Flüchtlinge, die wir abgewiesen haben, sondern endlich auch einmal betonen, wieviel *Gutes* in dieser dunklen Zeit von der Schweiz getan worden ist! Wie viele Flüchtlinge überlebten den Krieg bei uns? Warum spricht niemand von den 42'000 Mann der 45. französischen Armee, die wir internierten und damit dem Zugriff der Deutschen entzogen? Wie viele Kinder aus kriegsversehrten Gebieten kamen zur Erholung zu uns, wie viele Liebesgaben wurden während und nach dem Kriege verschickt, wie viel wurde auch auf diplomatischem Weg unternommen, um Not zu lindern! Und die Lage bei uns war gar nicht rosig. Die Lebensmittel wurden rationiert. Hunderttausende von Wehrmännern erfüllten ihren Dienst. Die Frauen sprangen in die Lücke, wo immer möglich, und leisteten doppelte Arbeit. Sie alle können, denke ich, vor der Geschichte bestehen. Besser bestehen als jene Leute, die heute unsere Banken pauschal verteufeln und unsere Armee, die viel zur Bewahrung des Friedens beigetragen hat, als eine «bürgerliche Trachtengruppe» verulken.

Wer die Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg «*neu schreiben*» möchte, hat es schwer. Die Fakten kann er nicht ändern; er kann sie höchstens anders beleuchten. Einleuchtender? Viel Neues wird nicht zutagetreten. Vor allem sollte man *unvoreingenommen* an die Arbeit gehen und nicht von vornherein wissen, was man finden will. Ist die Wahrheit wirklich so schwer zu entdecken? Es will mir scheinen, der Mann, der Hitler am mutigsten entgegengetreten ist, *Winston Churchill*, habe die Wahrheit schon längstens gesagt. Bevor noch der Krieg ganz zu Ende war! Ich wiederhole darum sein höchst bemerkenswertes Bekenntnis vom 3. Dezember 1944:

*«Unter allen neutralen Staaten hat die Schweiz den grössten Anspruch auf Auszeichnung. Sie war die einzige internationale Macht, welche zwischen den grauenvoll zerrissenen Nationen und unserem Land eine Verbindung aufrecht erhielt. Was hat es schon zu bedeuten, ob es ihr möglich war, uns die handelspolitischen Vorteile zu verschaffen, die wir wünschten, und dass sie anderseits – um überleben zu können – den Deutschen zu viele Vorteile zugestand? Sie ist ein demokratischer Staat, der in seinen Bergen zum Schutz der eigenen Grenzen für die Freiheit eintrat, und dabei – trotz ihrer ethnischen Zugehörigkeit – auf unserer Seite stand.»*

Zugleich ist in diesen schönen Worten das ausgedrückt, was die eigentliche Aufgabe der Schweiz ist: *zu vermitteln und zu verbinden* – eine Aufgabe der Menschlichkeit!

(21. Februar 1997)

## Klarstellung

*Auszüge aus dem Zürcher Vortrag vom 1. März 1997  
von Nationalrat Dr. Christoph Blocher, Herrliberg ZH*

*Die Classe Politique verhält sich bei den heutigen schwerwiegenden Angriffen auf unser Land, unser Volk und unser Verhalten während des Zweiten Weltkrieges etwa so überlegt und gefasst wie Hühner in einem Hühnerhof, wenn der Fuchs ums Gehege schleicht.*

Der Grund dafür dürfte in einer bisher krassen, generellen *Missachtung der Geschichte* durch die verantwortlichen Leute in unserem Staate liegen, als ob man ohne Geschichtskennntnisse Gegenwart und Zukunft gestalten könnte. Diese Weisheit wurde in den letzten Jahren in politischen Kreisen geradezu verlacht und verhöhnt.

*Unsere Landesregierung und namhafte Wirtschaftsvertreter lassen bis heute jedes klare Konzept vermissen, agieren – oder besser reagieren – höchst widersprüchlich und unglücklich. Sie haben mit ihrem Verhalten jenen Kreisen, die uns unentwegt attackieren, ständig Auftrieb gegeben. Ein grosser Teil der inländischen Presse hat die Stimmung der Verunsicherung mit fetten Sensationsmeldungen, mit gezielten Indiskretionen zusätzlich geschürt und für eine miesmacherei-sche, selbstzerfleischende Untergangsstimmung gesorgt. Unzählige Bürgerinnen und Bürger werden dabei in ihren Gefühlen zu unserer Heimat, die älteren unter ihnen in ihrer Lebensleistung für unser Land ständig aufs Neue verletzt. Deshalb ist eine Klarstellung nötig geworden. Es geht darum, im Dickicht der dümmlichen, widersprüchlichen Schlagzeilen das Wesentliche ins Auge zu fassen, und es geht vor allem darum, sich jetzt nicht – wie manche hoffen – für eine falsche Politik missbrauchen zu lassen.*

## Widerstand

Das Schweizervolk erwies sich zwischen 1933 und 1945 als resistent gegenüber dem nazistischen Gedankengut. Praktisch hundert Prozent der Schweizer wählten auf Bundesebene demokratische, schweizerisch gebliebene Parteien! Einen einzigen Vertreter brachten die Fröntler 1935 für vier Jahre in den Nationalrat! Die Schweizer waren keine Nazis; sie standen mit ihrer Presse und ihren Behörden

dem faschistischen Treiben ablehnend, ja hasserfüllt gegenüber. Die Schweiz ist in jenen Jahren ein *demokratischer Rechtsstaat* geblieben.

Niemand wurde in unserem Land mit staatlicher Billigung misshandelt, gefoltert, ermordet. *Bundesrat Obrecht* verkündete 1938 an die Adresse Hitlers unmissverständlich. *dass wir Schweizer nicht ins Ausland wallfahrten würden*. Jeden Angreifer, wer es auch sei, erwarte der Krieg.

Die Schweiz zeigte unter gewaltigen Opfern einen Widerstandswillen, der seinesgleichen sucht: Erwähnt seien die sogenannte *Anbauschlacht* unter Leitung des späteren SVP-Bundesrats *Friedrich Traugott Wahlen*, die Rationierung der Lebensmittel, die Kriegsvorsorge, die Wehranleihe, zusätzliche Steuerabgaben.

Die militärische Bedrohung war – das beweisen auch neueste Untersuchungen – Realität. Im Sommer 1940 arbeitete der deutsche Generalstab auf Geheiss Hitlers detaillierte Angriffspläne gegen die Schweiz aus, *Mussolini* wollte die italienische Grenze gleichzeitig bis zur nördlichen Hochalpenkette verlegen. *Hitler* nannte die Schweiz 1942 vor *Mussolini* das *«niederträchtigste und erbärmlichste Volk und Staatsgebilde»* und die Schweizer *«Todfeinde des neuen Deutschland»*. *Stalin* beschimpfte die Schweizer als *«Schweine»*. Wir dürfen solche Worte aus dem Munde zweier Massenmörder nicht allzu leicht nehmen, aber gleichzeitig auch als *Komplimente* auffassen!

## Eingeschlossen

Ab Juni 1940 war die Schweiz von den Achsenmächten vollständig umklammert. Dadurch verlor sie ihren freien Zugang zur Welt. Der für das Überleben nötige Handlungsspielraum wurde eng. Selbstverständlich hat man in dieser Situation auch – und nach 1940 vor allem – mit den Achsenmächten *Handel* getrieben. Mit wem denn sonst? Es galt, den lebensnotwendigen Import und Export sicherzustellen – beides versuchte man soweit möglich auch mit den Alliierten. Handel mit den Alliierten wiederum war nur möglich, wenn die umklammernden Achsenmächte die Waren durchliessen. Das Überleben des Kleinstaates hing – neben dem Widerstand des Volkes und der Armee – vom geschickten Verhandeln staatlicher Aussenhandelsdelegierter und Privatunternehmer ab. Es ging nicht ohne Kompromisse und Zugeständnisse. In allen Bevölkerungskreisen war die Furcht vor Arbeitslosigkeit, Hunger und Not gross und berechtigt; politische und soziale Unruhen hätten den Widerstandsgeist gebrochen. Alle Parteien – auch die Sozialdemokraten – wussten genau, dass für einen eingeschlossenen Kleinstaat *Wirtschaftsbeziehungen mit dem Dritten Reich unumgänglich* waren. Die Kreise, die sich heute für die seinerzeitige Handelspolitik entschuldigen, weisen den Verantwortlichen von damals eine Schuld zu (sonst könnte man sich ja nicht ent-

## Der Hauptfeind

Monatelang nahmen es die im Namen der Schweiz. Handelnden – zunehmend frohlockend – zur Kenntnis: Er schweigt! Er, auf den die Classe politique tagaus tagein, was immer sie tut, aus den Augenwinkeln schielt – er lässt offenbar alle gewähren, die da eilfertigst nach New York wallfahren, den anmassenden Senator zu besänftigen suchen, sich erklären. Entschuldigungen stammeln, Geld, viel Geld versprechen. ...

Der nervöse, konzeptlose Aktivismus nahm an Intensität zu, je sicherer sich seine Exponenten, die offiziellen wie die selbsternannten, wähnten. Der, vor dem man sich am meisten fürchtet, schweigt ja...

Da kündigt Christoph Blocher unerwartet eine «Klarstellung» an. Und kaum ist das erste Inserat dazu erschienen, sprengt die Aufregung jeden Rahmen – bis nach New York! Noch bevor Blocher das erste Wort gesprochen hat, noch bevor auch nur ein einziger Satz, von Blochers Rede bekannt ist, hagelt es bereits «Stellungnahmen». Der verantwortliche Bundesrat – sich wohl in der Planung «seiner» New-York-Reise gestört fühlend – geht «auf Distanz», ohne zu wissen, von was genau er sich «distanziert». Der verzweifelt um Profil bemühte Finanzchef eines bedenklich schlingernden Schweizer Grosskonzerns glaubt im FDP-Pressedienst wieder einmal «Populismus» wittern zu müssen. Und selbst der skrupellose d'Amato meldet sich zu Wort: Blochers Rede, von der er nichts weiss und noch weniger versteht, empfindet erzürnt voraus als «widerlich». Nichts könnte die «Qualität» der bisher rund um das Problem der herrenlosen Vermögen entfalteten Aktivitäten drastischer entlarven als diese lächerlichen Vorausreaktionen auf eine Rede, die man noch gar nicht kennt. Offenbar fühlen sich jene Wallfahrer; die sich – allzu oft bar jeglichen Wissens um historische Zusammenhänge – auf Kosten der Steuerzahler in Reisediplomatie ergehen und Geldzahlungen versprechen, regelrecht ertappt. Als dann die Rede schliesslich bekannt war, gesellten sich zu den Ertappten noch die Scharfmacher, denen gegen Blocher seit Jahren jedes Mittel recht ist. Er sei, verunglimpften sie Blocher skrupellos, «gegen die Juden» (Sonntags-Blick) und stellen ihn als geklonten Le Pen (Tages-Anzeiger) dar.

Sind solche Diffamierungen auch überaus erbärmlich, so verraten sie doch,

*was ihre Urheber eigentlich wollen mit ihrer Kampagne gegen die Schweiz.: Sie wollen der Schweiz und dem Schweizervolk das Selbstbewusstsein rauben. Und auffällig: Die Geschichtsumbieger stehen allesamt im Lager jener, die es unwiderstehlich nach Brüssel zieht. Oh sie davon ausgehen, dass sich die Schweiz nur dann dem zentralistischen System Brüssels unterordnen lässt, wenn dem Schweizervolk zuvor das Selbstbewusstsein geraubt worden*

*Ulrich Schlier*

*(«Spalte rechts», 7. März 1997)*

schuldigen!) und beleidigen damit die damals verantwortlich Handelnden in schwerster Weise. Soll man sich etwa *dafür entschuldigen, dass man ein Volk vor dem Hunger bewahrt?!*

## Neutralität

Die Schweiz hat das *Neutralitätsrecht* entgegen anderslautenden Behauptungen während des Krieges im Wesentlichen hochgehalten, hat es sogar freiwillig enger ausgelegt, als es das Völkerrecht verlangte. Unser Neutralitätsrecht gestattet keine militärische Begünstigung von Kriegführenden durch direkte Beteiligung an Kriegszügen, keine Gewährung von Truppendurchmärschen, keine Freigabe internierter Soldaten vor Kriegsende, keine staatlichen Waffenlieferungen an Kriegführende. Daran hat sich die Schweiz vollumfänglich gehalten.

Die *Neutralitätspolitik* erlaubt demgegenüber eine elastischere Haltung. Ausdrücklich nicht verboten sind etwa die vorsorgliche Kontaktnahme mit allfälligen Verbündeten vor dem Angriff (General Guisan tat dies mit den Franzosen), die Waffenlieferung der Privatindustrie und überhaupt der private Handelsaustausch. Schon während des Krieges war die Handhabung der Neutralität Gegenstand heftigster Kontroversen. Der englische Kriegspremier *Winston S. Churchill* sagte am 3. Dezember 1944 – also noch vor Kriegsende – zur Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg: *«Unter allen neutralen Staaten hat die Schweiz den grössten Anspruch auf Auszeichnung. Sie war die einzige internationale Macht, welche zwischen den grauenvoll zerrissenen Nationen und unserem Land eine Verbindung aufrecht erhielt. Was hat es schon zu bedeuten, ob es ihr möglich war, uns die handelspolitischen Vorteile zu verschaffen, die wir wünschten, und dass sie andererseits – um überleben zu können – den Deutschen zu viele Vorteile zugestand? Sie ist ein demokratischer Staat, der in seinen Bergen zum Schutz der eigenen*

*Grenzen für die Freiheit eintrat, und dabei – trotz ihrer ethnischen Zugehörigkeit – auf unserer Seite stand.»*

Und sogar in Amerika wurde die standhafte Schweiz gelobt. Die angesehenere «*New York Herald Tribune*» schrieb 1943: «*Die Schweizer sind sich treu geblieben, und zwar auch in dunkelsten Stunden des Jahres 1940, als nichts ausser die Tapferkeit Grossbritanniens und der blinde Glaube der freien Männer der übrigen Welt zwischen Hitler und Europa stand.*»

## Alternative?

Heute wird keine Gelegenheit ausgelassen, um die Staatsmaxime Neutralität mit Füßen zu treten und die damalige Verteidigungsbereitschaft der Armee zu bespötteln. Interessanterweise tun dies gerade diejenigen politischen Kreise, welche schon in den 30er Jahren die militärische Landesverteidigung bekämpft und hintertrieben haben und die auch heute gegen die Armee und die bewaffnete Neutralität agieren und – einmal mehr – *für den Frieden schwärmen, den zu verteidigen ihnen zu mühsam wäre.*

Adolf Muschg bezeichnete in der «*Berner Zeitung*» die Neutralität als «*einen unanständigen Furz*». Nun, der Herr Literaturprofessor hat seine eigene, zu ihm passende Sprache. Auch das nationalsozialistische Deutschland hat 1940 die bewaffnete schweizerische Neutralität «*als durch die Ereignisse völlig überholt und mit der Neuordnung Europas unvereinbar*» bezeichnet (dieser Satz ist Ihnen aus der heutigen Zeit nicht unbekannt). Gerade weil die Schweiz ihre Neutralität zu einer immerwährenden erklärt hat, weil sie ihre Aussenpolitik nicht ständig den veränderlichen Verhältnissen anpasste, war sie nach dem Zweiten Weltkrieg vor dem Vorwurf geschützt, ihren Mantel um des momentanen Vorteils willen nach dem Winde gehängt zu haben.

Was – so möchte man die neunmalklugen Neutralitätsgegner fragen – wäre aus der Schweiz geworden, wenn sie im Zweiten Weltkrieg *nicht neutral* geblieben wäre? Was wäre geschehen, wenn wir uns an der Seite der Deutschen in den Krieg gestürzt hätten, um auch einen «Platz an der Sonne» zu ergattern (wie es einige Schweizer wollten)? Was wäre geschehen, wenn wir, umschlossen von Nazideutschland, verkündet hätten, wir träten auf der Seite der Alliierten in den Krieg ein? Was wäre geschehen mit dem *Schweizervolk*, mit den *Flüchtlingen*, den hier ansässigen und den vorübergehend aufgenommenen *Juden*? Wer die Alternativen untersucht, muss zum Schluss kommen, dass es ausser der bewaffneten Neutralität keine Lösung gab! *Edgar Bonjour*, der sich mit der Geschichte unserer Neutralität in fachlich hervorragender und objektiver Weise verdient gemacht hat, bekannte sich nach seinen jahrelangen Studien, als «*unbedingten Anhänger unserer aussenpolitischen Maxime*». Ein Vergleich mit Schweden, Portu-

gal oder Spanien zeige, dass die Schweiz die konsequenteste und strengste Neutralitätsauffassung vertreten habe.

## Das «neue Europa»

Aber auch ein Teil der führenden Kreise der Wirtschaft forderte damals die Anpassung an die uns umgebende Grossmacht, eine sofortige und stramme Ausrichtung an das sogenannte «neue Europa» (wie oft wurde doch in der Geschichte – auch heute wieder – mit einem «neuen Europa» hantiert). Viele Wirtschaftsführer glaubten *Propagandaminister Goebbels*, der am 25. März 1941 verkündet hatte, die von Deutschland angestrebte Neuordnung Europas biete *jedem Staat nur Vorteile* (auch diese Schalmeien kommen uns nicht unbekannt vor). Wünsche die Schweiz nicht mitzumachen – so Goebbels – sei das ihre Sache, werde aber zu ihrem *wirtschaftlichen Nachteil* ausschlagen (wer kennt denn diese Töne nicht aus heutigen Tagen!). Allmählich werde auch das Schweizervolk die anbrechende Zeit verstehen (auch heute kennt man solche Prophezeihungen). Liest man die damaligen Protokolle von Generalversammlungen führender Schweizer Industriegesellschaften, liest man die Forderungen der Wirtschaftsverbände, aber auch der Vertreter der Gewerkschaften aus dieser Zeit, erstaunt der anpasserische Ton und erinnert in der Wortwahl an neue und neueste Zeiten. Entscheidend aber ist wieder – und das ist das Wunderbare: *Keine dieser «massgebenden» Stimmen konnte sich damals durchsetzen*. Der Widerstandswille blieb bestehen.

## Flüchtlingspolitik

Es ist schwer verständlich, weshalb sich damals *alle Staaten der Welt* den Juden gegenüber hartherzig und grausam zeigten. Wenige haben hier Grund, mit dem Finger auf die andern zu zeigen: Im Buch über den St. Galier Judenretter *Paul Grüniger* von 1993 steht: *«Heinrich Rothmund und die Eidgenössische Fremdenpolizei arbeiteten mit dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund und mit vielen sozialdemokratischen Polizeidirektoren «aufs Loyalste» zusammen, wie in Reden und Briefen aus jenen Jahren immer mal wieder geschrieben steht.»* Die Flüchtlingskonferenz von 1938 in Evian unter amerikanischem Präsidium verlief ohne konkrete Ergebnisse, da kein Staat die Flüchtlinge aufnehmen wollte. Dem Schiff «Saint Louis» mit über 900 hauptsächlich jüdischen Flüchtlingen wurde im Mai 1939 das Anlegen in Florida durch Küstenwachboote der USA verwehrt; der Kapitän musste nach Europa zurückkehren, die meisten Passagiere wurden später durch die Nazis umgebracht.

1940 berichtete der Schweizer Konsul aus den USA nach Bern, sogar im offenen Amerika sympathisiere fast die Hälfte der Amerikaner mit den Antisemiten. 1942

verwarf der amerikanische Senat eine Vorlage, welche 20'000 jüdischen Kindern die Rettung vor den Gaskammern ermöglicht hätte.

Die *Schweiz* hat damals 29'500 jüdische Flüchtlinge aufgenommen. *Schweden*, in einer unvergleichlich besseren geopolitischen Situation, nur deren 12'000. Die Schweiz hat mehr aufgenommen als die typischen Auswanderungsländer Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika zusammen. Aber die Schweiz hat auch rund 30'000 jüdische Flüchtlinge zurückgewiesen. Die Flüchtlingspolitik der Schweiz, die ja in verschiedenen Publikationen ausführlich geschildert ist, ist kein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte. Die Schweiz war leider in dieser Frage *kein Sonderfall* (Es ist halt nie gut, wenn man kein Sonderfall sein will). Sie fand sich leider in «guter Gesellschaft». Hier haben alle Staaten ihre unrühmliche Geschichte.

Aber es geschah Erstaunliches: im *Volk* – das erst später von diesen Massnahmen erfuhr –, in den Kirchen, in den Parteien (von rechts bis links) erhob sich augenblicklich *Widerstand* gegen die Flüchtlingspolitik der Behörden. Die Empörung von Seiten des Volkes war so mächtig, dass der Bundesrat gezwungen war, die Grenzschliessung wieder zu lockern.

## Entschädigung

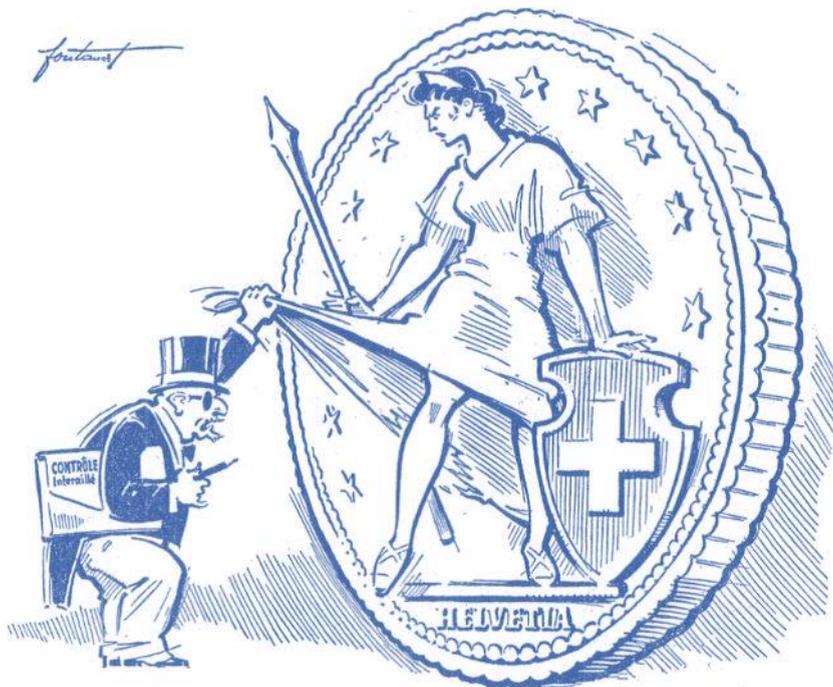
Eine Entschädigung – unter welchem Titel auch immer – für eine angeblich verfehlte schweizerische Handels- und Wirtschaftspolitik während des Zweiten Weltkriegs *kommt nicht in Frage*. Die Handelspolitik der Schweiz während des Kriegs mit von Deutschland besetzten Gebieten war nicht nur rechtmässig, sondern für die Schweiz – neben der bewaffneten Verteidigung – *überlebenswichtig*. Kein Unternehmen der Schweiz, welches damals mit diesen Ländern Handel betrieben hat, muss sich deswegen einen Vorwurf gefallen lassen. Alle, auch Gewerkschaften, Sozialdemokraten, die gesamte Bevölkerung, waren sich bewusst, dass diese Massnahmen für das Überleben des Landes notwendig waren. *Würden nun die Wirtschaft, die Banken, der Bund oder wer auch immer für diese Wirtschaftspolitik Geld bezahlen oder sich gar dafür entschuldigen, so käme dies einer unberechtigten Kritik an der damaligen Politik unseres Landes gleich*. Dies würde heissen, sich für eine Wirtschaftspolitik zu entschuldigen, die das Volk vor dem Verhungern bewahrte. Da es damals aber keine andere Möglichkeit gab, unser Land zu retten, wäre eine solche Kritik oder eine dafür geleistete Geldzahlung *Verrat an unserem Volke!*

## Macht oder Recht

Auf staatlicher Ebene haben sich die Alliierten – speziell die USA – und die

Schweiz 1946 und 1952 über das *Raubgold* und über deutsche Guthaben in der Schweiz geeinigt. Diese Verträge waren das Ergebnis harter Verhandlungen, stellten einen Kompromiss dar und sind *rechtsgültig*. Keinesfalls dürfen der Bund oder die Wirtschaft eine Art Busse dafür bezahlen, dass sie vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg internationalen Handel betrieben haben.

Es ist nochmals festzuhalten: Diese Aussenwirtschaftsbeziehungen waren – neben dem unbedingten Wehrwillen – Voraussetzung für das Überleben unserer Schweiz, die auch in Zeiten gefährlichster Bedrohung neutral, demokratisch und – so gut es eben ging – auch freiheitlich geblieben ist. Unsere Vertreter haben auch im gegenwärtigen Zeitpunkt dem Druck und der Macht *das Recht entgegenzusetzen*. Ich habe mich vor Kurzem in Amerika davon überzeugen können, dass sich die Aufregung dort in weit engeren Grenzen hält als bei uns. Die Amerikaner haben entgegen anderslautenden Nachrichten in unserer Presse auch noch andere «Helden» als eine angeblich als «hero» gefeierte Nationalrätin, deren



*Die historische Karikatur:  
Schon 1945 kam es zu ersten unverschämten US-»Nachforschungen» zur  
Handels- und Währungspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.  
(aus: «Curieux», 20. September 1945)*

## «Eines gläubigen Juden unwürdig»

*Seit Monaten vernimmt die Welt, die von aktuellen Problemen genug geschüttelt wird, von einem zwar zweitrangigen, aber lautstark vorgetragenen Konflikt – jenem zwischen dem Jüdischen Weltkongress und den Schweizer Institutionen. Die Öffentlichkeit wird laufend mit neuen Enthüllungen, Forderungen, Anklagen und Vorwürfen an die Adresse der Schweizer konfrontiert. Es geht um das von den Nazis ihren Opfern geraubte jüdische Vermögen, das damals in die Schweiz und in andere neutrale Länder verschoben wurde und seither als verschollen gilt.*

*In einer emsig geführten Kampagne werden materielle Entschädigungsforderungen gestellt, und zwar in beleidigendem, aggressivem und gehässigem Ton, wobei gleichzeitig die Schweiz der Kollaboration mit Nazi-Deutschland bezichtigt wird.*

*Als ein gläubiger Jude möchte ich mich für diese masslose Ungerechtigkeit b.eim Schweizer Volk in aller Form entschuldigen und mich entschieden davon distanzieren. Eine derartige Kampagne, geführt in solch einer Sprache, ist eines jeden gläubigen Juden, der sich zu Gott, zur Thora und ihren Werten bekennt, absolut unwürdig. 50 Jahre nach einer der unmenschlichsten, grauenvollsten und verlustreichsten Katastrophen, die die Menschheit je erlebt hat, in der Völker vernichtet und ganze Städte, Dörfer, Länder zerstört wurden, wird plötzlich versucht, den Verlust an jüdischen Vermögen als das bedeutendste Ereignis, als die himmelschreiendste Ungerechtigkeit des Zweiten Weltkrieges hochzustilisieren.*

*Doch gemessen an der Tragik jener Zeit nimmt sich solch ein materieller Verlust eher bescheiden aus. Gerade jene schrecklichen Ereignisse sollten den Betroffenen die ewige Wahrheit vor Augen führen, dass Geld, Gold und alle materiellen Güter eine sehr trügerische Sicherheit im Leben darstellen. Es ist eine der grossen Illusionen der Menschheit, auf materielle Reichtümer zu bauen und dafür andere, wichtigere Werte zu vernachlässigen. Gerade der durch seine leidvolle Geschichte erfahrene jüdische Mensch sollte wissen, dass in existenzgefährdenden Krisensituationen die menschlichen, biblischen Werte sich bewähren. Ein bisschen Freundschaft und Treue, ein wenig Hilfsbereitschaft wiegen ganze Berge von Gold auf. Diese Werte soll-*

*te man hegen und pflegen und sie nicht sträflich durch verleumderische und beleidigende politische Manipulationen um ein Linsengericht mit den Füßen zertrampeln.*

*Der Schweiz gebührt retrospektiv eine Anerkennung ihres Mutes, ihres Widerstandswillens, ihrer Leistung und umsichtigen Politik, die ihr ermöglichte, in einem Meer von Barbarei als eine isolierte Insel der Freiheit, Menschlichkeit, demokratischer Ordnung und Menschenrechte zu bestehen.*

*Diesem neutralen, am Krieg nicht beteiligten Lande, in welchem niemandem aus rassistischen oder religiösen Gründen ein Haar gekrümmt wurde, die Sünden des Zweiten Weltkrieges anzulasten, ist ein Hohn.*

*Irgendwelche geschichtliche, politische oder menschliche Unzulänglichkeiten einem Volk vorzuwerfen, das sich seit Generationen für bedrängte und hilfeschuchende Menschen aus aller Welt engagiert hat, dazu ist der Jüdische Weltkongress kaum befugt und legitimiert.*

*M. Vetstein, Dr. med., Tagelswangen*

*(24. Januar 1997)*

Heldentat darin bestand, irgendwelchen Stellen irgendwelches Geld zu versprechen, das ihr nicht gehört.

Wenn wir aus der Geschichte lernen, sollten wir erkennen, dass konsequente Gegenwehr dort, wo wir von unserem Recht überzeugt sind, mehr bringt als schrittweises Nachgeben, das zu weiteren Forderungen verleitet. All jene Wirtschafts- und Bankenvertreter, die von Schadenbegrenzung sprechen, und jene Politiker, die nach Washington pilgern, sollten einmal nachlesen, was 1946 der Schweizer Delegierte *Walter Stucki* in Washington gesagt hat, und dann auch danach handeln: *«Die Existenz eines Kleinstaates wie der Schweiz hängt ja fast ausschliesslich vom Recht ab und weniger als irgendein anderer Staat kann es sich die Schweiz leisten, um momentaner Vorteile willen geheiligte Grundsätze des Rechtes preiszugeben, um damit zwar vorübergehend wirtschaftliche Vorteile zu erringen, ihr Ansehen aber auf die Dauer preiszugeben.»*

Das galt damals, das gilt heute, das gilt in Zukunft. Daran gibt es nichts zu rütteln.

*(7. März 1997)*

*(An dieser Stelle erscheint, wie am 7. März 1997 in der «Schweizerzeit», eine gekürzte Fassung von Nationalrat Christoph Blochers «Klarstellung». Der vollständige Wortlaut erschien in der «Schweizerzeit»-Schriftenreihe als Nr. 26 unter dem Titel «Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg». Diese Broschüre ist, solange lieferbar, kostenlos erhältlich beim «Schweizerzeit» Verlag)*

## «Schweizer Spende» – vergessen?

*Von Arnold Guillet, Stein am Rhein SH*

*In der Diskussion über die Holocaust-Gelder fiel auch die Bemerkung eines Schweizer Politikers: Der Hilfsfonds könne auch als Zeichen der Dankbarkeit aufgefasst werden, weil die Schweiz im Zweiten Weltkrieg verschont geblieben sei.*

Diese Aussage hat mich sehr überrascht. Wenn sie zutreffen würde, d.h. wenn es der Schweiz erst heute nach 50 Jahren in den Sinn käme, einen Akt der Dankbarkeit zu setzen, dann wäre dies allerdings eine sträfliche Nachlässigkeit. Dem ist aber nicht so: Offenbar haben viele jüngere Schweizer noch nie etwas von der «Schweizer Spende» gehört.

Der Bundesrat hatte nach dem Krieg einen grossen Hilfsfonds unter dem Namen «Schweizer Spende» für die vom Krieg heimgesuchten Länder bereitgestellt. Die Gelder wurden den grossen Hilfswerken (Caritas, Evangelisches Hilfswerk, Rotes Kreuz, Arbeiterhilfswerk usw.) übergeben mit dem Auftrag, diese im Namen der «Schweizer Spende» bei ihren Hilfsaktionen im Ausland treuhänderisch zu verwenden. Ich war 1946 Leiter des Schweizer Hilfswerks in Mainz, dessen Regie bei der Caritas lag. Unserem Team gehörten auch vier Schweizerinnen an. Verpflegt wurden wir im französischen Offiziers-Kasino (Mainz war die Hauptstadt der französischen Besatzungszone). Sämtliche Hilfskräfte und ein Auto wurden uns vom Oberbürgermeister zur Verfügung gestellt, darunter 50 «PG» (ehemalige Parteigenossen) zur Räumung und Ausplanierung des zerbombten Schlossplatzes, wo unser Schweizer Barackendorf mit Schweizer Fahne aufgerichtet wurde.

Über unsere Aktivitäten nur einige Stichworte: Die *Suppen-Aktion* für die Schuljugend wurde täglich in fünfzehn Schulhäusern durchgeführt. Die *werdenden und stillenden Mütter* wurden mit entsprechender Nahrung versorgt. Eine *Näh- und Flickstube* wurde allen Ausgebombten zur Verfügung gestellt. Wir verteilten in ganz Rheinland-Pfalz zehn Schweizer Spitalbaracken, von denen jede über eine Million Schweizer Franken kostete. Gleiche Aktionen liefen in Freiburg/Breisgau, Koblenz, Köln und vielen anderen Städten, auch in Österreich und anderen Ländern.

Es ist zwar nicht Schweizer Art, sich selbst zu rühmen. Wenn aber Leute, die von

den damaligen Verhältnissen keine Ahnung haben, meinen, sie müssen vor unserer Türe wischen, dann ist es legitim, an einige Fakten zu erinnern.

(21. März 1997)

*Die Leistungen der Weltkriegs-Generation*

## Freispruch für die Schweiz

*Von Prof. Dr. Ernst Leisi, Pfaffhausen ZH*

*Die Kriegsgeneration – die Gesamtheit der Schweizer, die zwischen 1939 und 1945 erwachsen waren – sitzt auf der Anklagebank. Es geht zu wie beim alten Inquisitionsprozess: Die Ankläger, seien sie nun Medien, Behörden, Schriftsteller, Pfarrer oder Privatpersonen, sind gleichzeitig auch die Richter.*

Immer wieder donnert es von ihrem Stuhl auf die Angeklagten nieder: Die Zeit von 1933 bis 1945 war «*ein düsteres Kapitel*», «*kein Ruhmesblatt für die Schweiz*», «*eine Schande für uns*».

Die Angeklagten wissen zwar mit Sicherheit, dass es so nicht stimmt; sie sind aber nachgerade so erschöpft oder verdattert, dass sie sich kaum mehr wehren. Ja, viele von ihnen haben sich bereits die Version der Richter und Ankläger zu eigen gemacht, schlagen sich ebenfalls an die Brust und bekennen sich als Sünder.

In der normalen demokratischen Justiz bekommt jeder schlichte Räuber oder Dieb einen *Verteidiger*, seine Schuld muss *erwiesen*, nicht nur vermutet sein, bevor er verurteilt werden kann (Menschenrechte, Artikel 11). Auch gibt es mildernde Umstände und Verjährungsfristen. Nicht so hier: Die Kriegsgeneration bleibt auf der Anklagebank sitzen bis sie ausgestorben ist. Von mildernden Umständen ist praktisch nie die Rede.

*Wenn ich meine persönlichen Erinnerungen befrage, komme ich zum Schluss, dass viele der Anklagen falsch sind.*

Ich habe mich deshalb entschlossen, mich als *Zeuge* zu melden. So wie es ist, sind meine Erinnerungen alle *authentisch*, nichts ist dazuerfunden. Ich mag mich in winzigen Details täuschen, aber nicht in dem, was für meine Argumentation wichtig ist.

Schon lange hatte ich beabsichtigt, etwas über dieses Thema zu schreiben. Endgültig entschlossen habe ich mich dann nach dem Friedenstag, dem 8. Mai 1995.

Ich hatte erwartet, dass man bei diesem Anlass all den Leuten *danken* werde, die sich *während der Kriegszeit uneigennützig für unser Land eingesetzt* haben. Statt dessen kam eine Welle von Anklagen und Selbstbeichtigungen – in den Medien, aber auch von behördlicher Seite.

Eine der wenigen Ausnahmen war die Regierung des Kantons Thurgau, die an jenem Erinnerungstag ihren alten Soldaten – es waren noch etwa tausend – dankte und sie zu einem «Spatz» in die Frauenfelder Festhütte einlud.

## Die grosse Versuchung

*Was man heute hört: Viele Schweizer waren traurige Anpasser und wurden halb oder ganz zu Nazis. Es ist eine grosse Schande, dass sich so viele Schweizer von diesen Unmenschen verführen liessen.*

So war es wirklich: Das besonders Perfide am Nationalsozialismus war, dass er gewisse gute Dinge für sich vereinnahmte und sich daraus eine *hübsche Fassade* baute, von der sich nur kritische Menschen nicht täuschen liessen.

Schon der Name *Nationalsozialismus* wollte ja darauf hindeuten, dass man «*sozial*», also vereint und solidarisch (nicht in rücksichtslosem Konkurrenzkampf, wie in der Wirtschaftskrise) leben wollte; von Zusammenstehen und Solidarität war immer wieder die Rede.

Aus Berlin, dazu aus München und Leipzig kamen die bekannten *deutschen Illustrierten*, Kunstwerke der Schwarzweissphotographie, auf gediegenem Glanzpapier: dazu eine Nuance frecher und origineller als unsere biedereren einheimischen Produkte. Durch sie wurde die deutsche Tageskultur vielen Schweizern so vertraut, als ob sie selber dazugehörten. Es bedurfte starker und zielbewusster Kraft, um hier ein schweizerisches Gegengewicht zu bilden; aber das *geling*: es gab die «*Schweizer Illustrierte*», die «*Zürcher Illustrierte*», «*Sie und Er*», und den unvergessenen «*Schweizer Spiegel*», in dem *Adolf und Helen Guggenbühl* einen Schweizer Lebensstil präsentierten, der nicht mehr am deutschen Ideal – die Hausfrau als «*Gnädige*», mit einem oder mehreren Dienstmädchen – festhielt, sondern stattdessen das *amerikanische Muster* einer selbständigen und zu Improvisationen bereiten Hausfrau propagierte.

Und das Unerwartete geschah: Das grosse Schweizer Publikum liess sich vom deutschen Zeitschriftenglanz – der mit dem «*Signal*» seinen Höhepunkt erreichte –, nicht allzu stark blenden, sondern *wandte sich den Schweizer Produkten und ihren Ideen* zu.

Ein Gebiet, in welchem grosse deutsche Erfindungen schon vor 1933 gemacht, aber dann von den Nazis vereinnahmt wurden, war die *Technik*: Was schon frü-

her faszinierend gewesen war, wurde nun in beeindruckender Weise wiederholt oder weiterentwickelt. Das galt ganz besonders für das *Auto* – die auf der Rennstrecke AVUS donnernden Rennwagen und die funkelnden Limousinen. Und für das *Flugwesen*: Der Zeppelin – seit 1900 da, aber in seinen neuesten Ausführungen, «*Graf Zeppelin*» und «*Hindenburg*», ein ästhetisches Wunder –, die DO-X, das zwölfmotorige Riesenflugboot, gebaut für 140 Passagiere, damals etwas ganz Unerhörtes, übrigens nahe der Grenze von Dornier entwickelt; all dies musste faszinieren.

Was nicht zu vergessen ist: Wenn ein gebildeter Mensch an Deutschland dachte, so geschah das immer vor dem Hintergrund der überlieferten, gesicherten deutschen *Kultur*. Man mochte die damals gegenwärtigen Vorgänge beklagen und verdammen, aber immer noch gab es Goethe und Beethoven. Davon zeugten in jener Zeit viele untadelige musikalische Aufführungen. Und ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich sage: Das gängige klassische Schauspiel – etwa ein «*Tasso*» oder ein «*Macbeth*» – war in den damaligen Inszenierungen weniger politisch eingefärbt als heute. Andererseits machte man in Deutschland auch raffinierten Gebrauch von der Klassik, indem man sie in propagandistische «Gesamtkunstwerke» einbaute. Ich erinnere mich an eine Film-Wochenschau: der Vormarsch im Kaukasus – das äusserste, was die deutschen Truppen erreicht hatten – wurde gezeigt, und zum Bild der unabsehbaren Kolonnen von rollenden Panzern



9. Juli 1941: Die deutsche Wehrmacht besetzt Minsk

hörte man den triumphalen Schluss von Liszts «*Les Préludes*», kein brutales Triumphgeschrei, sondern gute, ja hinreissende klassische Musik.

Und nun geschah das, was ich beinahe als *Wunder* bezeichnen möchte: Der durchschnittliche Schweizer sass da, im Kino, vor seinem Radio, vor den raffinierten Illustrierten. Und es gelang ihm, wie dem heiligen Antonius, *die Versucher abzuschütteln*.

Statt einem innerlichen Anschluss an Deutschland kam es zu einer «*Abnabelung*» der deutschen Schweiz. Sie ging allerdings nicht ohne Opfer und schoss über ihr Ziel hinaus. Es kam so weit, dass in der Kriegszeit Menschen, die im Tram oder auf der Strasse hochdeutsch sprachen, schief, ja feindselig angesehen wurden. *Gräfin Marion Dönhoff*, seit jeher Gegnerin Hitlers und nahe Verwandte eines der Verschworenen vom 20. Juli, hat mir erzählt, dass sie es während ihres Studiums in Basel in den dreissiger Jahren sehr schwer hatte, mit den schweizerdeutsch sprechenden Studenten in Kontakt zu kommen; sie wurde als Deutsche geradezu gemieden. Das war nicht recht, aber es musste sein, denn die deutsche Schweiz hatte sich lange, zu lange, im kulturellen Schlepptau Deutschlands befunden; eine Reaktion war fällig. Dass sie sich allgemein gegen «die Deutschen» statt nur gegen die Nazis wandte, war eine Überreaktion, die aber aus den damaligen Verhältnissen heraus verstanden werden muss.

Zurück zu unserem Thema: Nichts ist falscher als die Idee, die Nazis hätten sich von Anfang an als Wölfe mit brutalen Gesichtern unter Totenkopf-Mützen gezeigt und grinsend gefragt: «*Wer will mitmachen?*». Das Gegenteil ist richtig: sie erschienen, mindestens am Anfang, *im Schafspelz*, und dieser Schafspelz war teilweise sehr attraktiv. Das war das Perfide.

Es bedurfte einer grossen *Scharfsichtigkeit und Standfestigkeit*, sich von der hübschen Maske des frühen Nationalsozialismus nicht täuschen zu lassen. Die überwältigende Mehrheit der Schweizer hat diese Eigenschaften aufgebracht: dafür verdient sie höchstes Lob.

## Der Aktivdienst

Noch während der Landi begann – am 1. September 1939 – der Krieg, und die schweizerischen Militärpflichtigen mussten in den Aktivdienst einrücken. Über diesen Aktivdienst herrschen heute weitherum falsche oder verworrene Begriffe. In seinem «*Dienstbüchlein*» (1974) zeichnet *Max Frisch* ein einseitiges und negatives Bild unserer damaligen Armee; dieses ist von vielen Schweizern übernommen worden.

In seinem «*Dienstbüchlein*» erzählt uns Max Frisch, wie es in der Schweizer Armee während des Zweiten Weltkrieges zugeht. Hinter den oft lesenswerten per-

sönlichen Reminiszenzen steckt ein härterer *politischer Kern*. Beim Lesen entsteht ungefähr folgender Eindruck: Die schweizerische Armee bestand aus zwei «Kasten», oben die herrschende Klasse (Offiziere, Finanz), unten die beherrschte (Mannschaft, Arbeiter), unkritisch, gläubig und «entmündigt». Dementsprechend war der Zweck der Armee weniger die Abwehr eines Angriffs der Faschisten – denn man war ja «oben» schon faschistisch – als vielmehr die *Niederhaltung der unteren Kaste*. Frisch sagt zwar, er habe dies seinerzeit nicht gesehen, jetzt aber habe er es gemerkt.

Ich bin weit davon entfernt, die Armee verherrlichen zu wollen. Man soll sie ruhig kritisieren. Aber ich halte, bei allem Respekt für Frisch, seine Darstellung für falsch, obwohl zahlreiche Einzelheiten stimmen. Und gerade die Frage, wie man aus *vielen richtigen Einzelheiten ein falsches Gesamtbild* aufbauen kann, interessiert mich.

## Internierungen

In einer Zusammenstellung von Verlautbarungen zitiert Max Frisch das *Eidgenössische Kommissariat für Internierung*: «... ist es der schweizerischen Bevölkerung verboten, den Internierten rationierte Lebensmittel... zu geben. ...

*Ohne spezielle Bewilligung ist den Internierten das Betreten privater Wohnungen untersagt.*» Hier hat man es offiziell: die Bräuche waren ziemlich unmenschlich. So stand es mit der angeblichen Insel der Humanität.

Tatsächlich hat es im Internierungswesen schlimme Leute gegeben. Und die zitierte Verlautbarung stimmt. Aber man dürfte vielleicht auch Folgendes wissen: Internierungsvorschriften waren keine Schweizer Erfindung, sondern stammten aus einem *internationalen Abkommen*. Und die grosse Mehrheit der Schweizer handhabte diese Vorschriften selbständig und menschlich. Zwei Internierte, die ich gut kannte, wohnten bei einer Frau Schuppli (Betreten privater Wohnungen) und bekamen bei uns zu Hause Brot, Tee und Aufschnitt (rationierte Lebensmittel). Die Internierten hatten auch Gelegenheit, in der Schweiz zu *studieren*. Max Frisch weiss das; er redet einmal in einer halben Zeile von Gesprächen mit einem in der Schweiz studierenden Internierten. Aber er *sagt es nicht ausdrücklich*. Hier wie auch anderswo gewinnt man den Eindruck, Frisch habe vom gleichen Gegenstand zwei separate Erinnerungen: eine alte (persönliche) und eine neue (politische). Die erst sagt: persönlicher Kontakt mit Internierten, die zweite: Verbote, Segregation. Im Konfliktfall hat die zweite den Vortritt.

## Luftkämpfe zwischen Deutschen und Schweizern

*Was man heute hört: Als unumstössliche Wahrheit gilt heute: «Die Probe wurde*

# *Die Historiker, der Bundesrat und die Tatsachen*

*Nationalratsvotum von Ulrich Schlüer vom 18. März 1997*

*Der Beschluss, eine Historikerkommission ohne irgendwelche Einschränkungen forschen zu lassen, ist bekanntlich einstimmig gefallen.*

*Man hat heute den Eindruck, der Zeitbedarf für diese Arbeit sei nicht besonders gross, sind doch mehrere Exponenten dieser Kommission ständig landauf, landab unterwegs, um uns ihre Sicht der Dinge darzulegen. Man vernimmt dabei immer wieder jene Anklagen und Pauschalvorwürfe, die Schweiz habe nur dank Hehlergeschäften den Zweiten Weltkrieg überstanden, die Armee – allenfalls noch ein Männertraum – sei von untergeordneter Bedeutung gewesen.*

## *Dilettantismus*

*Als Historiker sind diese Experten immerhin der Auffassung, man müsse für diese Ansicht auch gewisse Beweise liefern. Es wird dann jeweiligen der Reichsbankpräsident und damalige Reichswirtschaftsminister Walther Funk zitiert, der im Jahre 1942 gesagt haben soll, ohne den Schweizer Finanzplatz wäre das Deutsche Reich allenfalls noch zwei Monate überlebensfähig gewesen. Diese Aussage gilt als Beweis!*

*Welch wissenschaftlicher Dilettantismus kommt da zum Ausdruck! Da ist eine Aussage einer einzigen Person, und die soll das gesamte Verhältnis eines kriegführenden Staates der Schweiz gegenüber charakterisieren, und zwar für sechs Jahre! Es gab im Übrigen noch viele ähnliche Aussagen damals. Es gab selbst im damaligen Deutschland – besonders als der Russlandfeldzug begonnen hatte – Leute, denen bewusst war, dass Deutschland diese Kriegslast nicht gegen die ganze Welt würde tragen können. Nur hatten all diese Warner – gleich wie Herr Funk – keinen Einfluss auf jenen, der in seinem Wahnwitz den «totalen Krieg» gegen die Welt führen wollte – und das war doch das Entscheidende. Das müssten selbst Historiker einmal zur Kenntnis nehmen.*

## *Warum diese Auswahl?*

*Wenn wir die öffentlichen Auftritte der Exponenten dieser Kommission ver-*

folgen – ich meine die schweizerischen Exponenten; vom Präsidenten, dessen Kapazität als Historiker unbestritten ist, abgesehen, die ausländischen Kommissionsmitglieder kann ich weniger beurteilen –, dann stellen wir bedenkliche Einseitigkeit fest. Man fragt sich, weshalb der Bundesrat gerade diese personelle Auswahl getroffen hat. Bis hin zu jenem hanebüchenen Unsinn, den wir am Fernsehen von Herrn Professor Tanner vernehmen konnten, dass das Réduit eine «Geste der Demut» gegenüber Hitler gewesen sei. Ich frage mich: Werden wir demnächst auch noch mit der Behauptung konfrontiert, die Schweiz sei nur deshalb verschont worden, weil die deutsche Wehrmacht nicht in der Lage gewesen sei, die Raffiniertheit der «Verpackung» dieses Geschenkes zu erkennen?...

Ich glaube, der Bundesrat ist eine Erklärung schuldig, weshalb er die personelle Auswahl gerade so getroffen hat, wie er sie getroffen hat, weshalb er Alternativvorschläge nicht berücksichtigt hat. Ich denke an den Guisan-Biographen Gautschi, an Professor Schaufelberger, an Dr. Fuhrer, an Klaus Urner: Historiker, die wahrhaft etwas wissen über die Zeit des Zweiten Weltkriegs. Sie wurden auch vorgeschlagen. Da besteht Rechtfertigungsbedarf von Seiten des Bundesrates. ...

### **Edgar Bronfmans Anwürfe**

Wir haben die Goodwill-Tour von Aussenminister Cotti nach New York verfolgt. Und wir haben gleichzeitig am Schweizer Fernsehen verfolgt, was von jenem Partner gesagt wurde, mit dem die Schweiz gemeinsam eine Pressekonferenz gegeben hat. Ich meine Herrn Edgar Bronfman, den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses. Auf der zweiten Fernsehkette war am 9. März von ihm (in der Übersetzung des Schweizer Fernsehens) zu hören, die Schweiz sei ein freiwilliger Verbündeter der Nazis gewesen, der mit der Asche des Holocaust Geld verdient habe. Diese Aussage war am Schweizer Fernsehen von Herrn Bronfman zu hören! Ich bin der Auffassung, da müsste der Bundesrat handeln. Wenn er zu einer gemeinsamen Pressekonferenz schreitet, müsste er diesen Herrn dazu auffordern, sich für diese unerhörte Beleidigung zu entschuldigen. – Eine unerträgliche Beleidigung einer Generation gegenüber, die vieles für dieses Land geleistet hat.

### **Dank an Hans Schaffner**

Ich erinnere zum Schluss an eine Persönlichkeit, die sich grosse Verdienste

*darum erworben hat, dass die Schweiz unversehrt durch den Zweiten Weltkrieg gekommen ist. Ich denke an Hans Schaffner, später Bundesrat, damals verantwortlich für die schweizerische Handelspolitik. Diejenigen, die jetzt die Beschäftigung mit den Geschichtsbüchern aufnehmen, mögen doch bitte auch einmal seinen Rechenschaftsbericht über die Handelspolitik nachlesen. Wir stellen dort fest, wie er unter äusserst schwierigen Umständen täglich entscheiden musste: Was kann gemacht werden? Wo müssen wir nachgeben? Wo müssen wir hart bleiben? Was können wir erreichen? Es kommt ihm das grosse Verdienst zu, dass er es verstanden hat, die schweizerische Handelspolitik so auszugestalten, dass in diesem Land in der damaligen Zeit nie soziale Unruhen ausgebrochen sind.*

*Ich wünsche unserem Land zum Schluss, dass es heute – wo wir zwar unter Druck stehen, aber unter weniger starkem Druck als seinerzeit – den Verantwortlichen gelingen wird, eine ähnlich zielbewusste, konsequente Politik durchzuhalten, wie dies seinerzeit alt Bundesrat Schaffner, dem unser Dank gebührt, gelungen ist.*

*(4. April 1997)*

*uns erspart», d.h. der Ernstfall ist bei uns nicht eingetreten. Und Max Frisch «präzisiert» («Dienstbüchlein», S. 156): Die Schweizer Armee habe, wenn überhaupt, nur auf Schweizer geschossen.*

So war es wirklich: Beides – sowohl Max Frischs Bemerkung wie der Spruch vom nie eingetretenen Ernstfall – ist falsch. Es gab einen Ernstfall, wo gekämpft wurde, und die Truppe hat sich dabei bewährt. Es handelt sich um die zwischen Mitte Mai und Mitte Juni 1940 ausgetragenen Luftkämpfe zwischen der deutschen Luftwaffe und der schweizerischen Fliegertruppe, bei denen drei schweizerische und elf deutsche Flugzeuge abgeschossen wurden. Dieser Teil des schweizerischen Aktivdienstes ist heute fast völlig vergessen – sonst könnten sich die zitierten Unwahrheiten nicht halten.

In *Bärenwil*, einem kleinen Dorf oberhalb Balsthal, wo unser Stab behelfsmässig untergebracht war, spielte sich an einem späten Abend – es wird der *14. Juni gewesen* sein und wir lagen schon in unserer Scheune auf dem Stroh – Folgendes ab: Wir wurden alarmiert – *es «stank»*, wie damals der Ausdruck für eine brenzlige Situation hiess; die Hälfte von uns «Nachrichtlern» sollte sofort auf den Kommandoposten kommen. Einige Eifrige standen sogleich auf; ich war damals schon so abgebrüht, dass ich mich umdrehte und fast unverzüglich weiterschliefe. Am Morgen erfuhr ich dann erstens, dass *nichts weiter passiert* sei, und zweitens,

warum man uns alarmiert hatte: Es seien *Saboteure* festgenommen worden, die sich in die Schweiz eingeschlichen hätten – wieder einmal war von dem legendären «*Gleisdreieck bei Kreuzlingen*» die Rede – mit dem Auftrag, schweizerische Flugzeuge zu zerstören, da diese den Deutschen unangenehm zu werden begannen. Die Saboteure seien verhaftet worden, deshalb befürchte man jetzt eine Reaktion der Deutschen. Der Tag verging, die folgende Nacht verging, und es geschah nichts. Der militärische Alltag nahm uns «Nachrichtler» wieder gefangen. Was wir damals nicht wussten: dass diese Vorgänge nur kleine Teile eines viel grösseren Zusammenhangs waren und dass dieser heute genau bekannt ist.

Ich folge der *Darstellung von Ernst Wetter*. In der Endphase der *Schlacht um Frankreich* herrschte, im Zusammenhang mit dem Landkrieg, eine starke deutsche Fliegeraktivität im Raum nordwestlich der Schweiz, besonders in der Nähe des Pruntrut Zipfels. Dabei kam es ab etwa 10. Mai 1940 zu wiederholten Grenzverletzungen: Deutsche Flieger drangen in den schweizerischen Luftraum ein, wobei es auch Bombenabwürfe gab (17 Bomben bei Courrendlin, glücklicherweise ohne menschliche Opfer). Es muss nach aufgefundenen Dokumenten angenommen werden, dass die Grenzverletzungen nicht ganz unabsichtlich waren. Unrichtig ist die Behauptung, die Luftkämpfe hätten ausserhalb der Schweizer Grenze stattgefunden, es handle sich also um Grenzverletzungen der Schweizer.

Die Tatsache, dass deutsche Flugzeuge von den Schweizern angegriffen worden waren, und der Ausgang dieser Kämpfe entfachte in den zuständigen Kreisen Deutschlands grossen Zorn. Es wurde behauptet, dass die Schweizer absichtlich «*Händel gesucht*», und zudem die Deutschen über Frankreich angegriffen und damit die Neutralität verletzt hätten. Aus den Notlandungs- und Absturzorten zu schliessen, dürfte das höchstens in seltenen Fällen vorgekommen sein. Doch führte die Indignation zu verschiedenen geharnischten diplomatischen Noten – «*feindselige Akte – beispieillos – behält sich die Reichsregierung zur Verhinderung derartiger Angriffe alles Weitere vor*». Und in einer anderen Note: «*..., dass sie, falls es künftig zu einer Wiederholung solcher Fälle kommen sollte, von schriftlichen Mitteilungen absehen und die deutschen Interessen in anderer Weise wahrnehmen wird.*»

Die deutsche Abwehr, möglicherweise auf direkte Veranlassung Görings, fasste den Plan, Schweizer Flugzeuge am Boden zu zerstören, und beauftragte zehn Männer, sich in die Schweiz zu begeben und auf bestimmten Flugplätzen möglichst viele Flugzeuge zu sprengen. Dies waren «meine» Saboteure, von denen ich in der Nacht in Bärenwil erfuhr. Sie waren mit Drahtscheren, Explosivstoff und allem Nötigen ausgerüstet, reisten am 13./14. Juni 1940 in die Schweiz ein, wurden aber fast alle in kürzester Zeit entdeckt und verhaftet.

## Die Flüchtlinge

*Was man heute sagt: Es heisst: «Wir» waren unmenschlich. «Wir» – das heisst die schweizerische Kriegsgeneration – haben Tausende von Flüchtlingen an der Grenze zurückgewiesen und damit wissentlich in den Tod geschickt.*

*«Ein düsteres Kapitel der Schweizer Geschichte.» «Dies wirft einen tiefen Schatten auf die Eidgenossenschaft des Zweiten Weltkriegs.» So und ähnlich lauten die Zensuren für uns.*

So erlebte ich die Wirklichkeit: Wenn ich im Folgenden mit privaten Erinnerungen und öffentlichen Tatsachen gegen diese Meinung angehe, muss ich das Folgende vorausschicken: Jedem unschuldigen Flüchtling, der während der Nazizeit an der Schweizer Grenze zurückgewiesen und deshalb in Deutschland getötet wurde, gebührt unser tiefes Mitgefühl. Dieses Mitgefühl darf aber niemals dazu führen, dass Menschen – seien sie nun Schweizer oder andere – denen keine Schuld nachgewiesen werden kann, angeklagt und verurteilt werden.

Der Vorwurf, wir Schweizer hätten Flüchtlinge *wissentlich* in den Tod geschickt, ist jünger als man meint. Ich hörte (und sah) ihn zum erstenmal in den sechziger Jahren: In einer Wochenzeitung stand ein Aufsatz von W *Diggelmann* über die Flüchtlinge in der Kriegszeit. Als Titelbild davorgesetzt war die Zeichnung eines *Schweizer Soldaten mit Hehn und aufgepflanztem Bajonett*, der einer *bittenden Flüchtlingsmutter den Weg versperrt*. Dass die Zeichnung ein *Phantasieprodukt* ohne Wahrheitswert war, war für jemand, der in jener Zeit Soldat war, offensichtlich: An den Grenzübergängen standen (ausser an einigen wenigen Krisentagen, u.a. im September 1943 und im April/Mai 1945) nie Soldaten; die Grenzkontrolle hatten immer *Grenzwächter und Zöllner*. Ganz sicher wäre eine Grenzkontrolle auch nicht mit aufgepflanztem Bajonett gemacht worden; schon darum nicht, weil der Kontrollierende, um sich die Ausweise anzusehen, die *Hände frei haben* muss. Mein erster Eindruck war deshalb: Wieder einmal geht es *gegen die Armee*. Die grosse Mehrzahl derjenigen, die nicht näher über die Vergangenheit Bescheid wussten, musste aber die Zeichnung als authentisch empfinden. Ich war erschüttert und zornig: Soll das einmal die Erinnerung sein, die von unserer Generation, von ihrem Verhalten und vom Aktivdienst bleibt?

Aber das war nur der Anfang. Nachdem die Schweiz bis in die Mitte der sechziger Jahre, also etwa zwei Jahrzehnte lang, «Schonzeit» gehabt hatte, setzte nun ein Trommelfeuer von Vorwürfen ein. Noch jetzt geht es fast pausenlos über meine Generation nieder: Unmenschlich seien «wir» gewesen etc. «Wir» hätten nicht wissen *wollen*, was man ohne Weiteres hätte wissen können: dass die Juden in Deutschland dem Tod geweiht seien. «Wir» müssten uns noch heute schämen, müssten uns entschuldigen. «Wir» müssten «die Vergangenheit bewältigen» –



*Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau*

allerdings ohne dass man uns sagt, was das heisse, ausser vielleicht: die damalige Generation müsse sich gefälligst zu Tode schämen.

Heute spricht man oft generell und etwas unklar von «den Judenverfolgungen» oder von «den Lagern». Dadurch entstehen viele Unklarheiten und Unwahrheiten. Für eine genaue historische Tatbestandsaufnahme ist es wichtig, genau zu wissen, wovon man spricht.

Von Gewalttaten an Juden oder politischen Gegnern hörte man schon früh. Schon kurz nach 1933 wusste man, dass zum Boykott gegen die Juden aufgerufen wurde, und dass sie ganz allgemein als «Untermenschen» behandelt wurden. Die wachsenden Flüchtlingszahlen waren ein deutliches Zeugnis, auch für diejenigen, welche die Meldungen in den Medien für übertrieben hielten. Im November 1938 kam dann die «Reichskristallnacht», die angeblich durch Volkszorn hervorgerufene, in Wahrheit von den Nazis organisierte systematische Zerstörung jüdischer Synagogen und Geschäftshäuser. Auch dies nahm man mit *Empörung* zur Kenntnis.

Aber weder damals noch bis zum Ende des Krieges wusste man von der systematischen, maschinellen und massenhaften *Vernichtung* von Juden.

Ähnlich steht es mit «den Lagern». Von den Konzentrationslagern (KZ) wurde schon früh gesprochen. Voll darüber orientiert waren die Schweizer spätestens

1935 durch *Wolfgang Langhoffs* Buch *«Die Moorsoldaten»*. Dieser persönliche Bericht eines Inhaftierten, dem es nachher gelang, in die Schweiz zu fliehen, wurde damals geradezu verschlungen; ich habe ihn ebenfalls in einem Zug gelesen. An seiner Zuverlässigkeit war nicht zu zweifeln – mit der in unserem Zusammenhang unwichtigen Einschränkung, dass der Autor seinen Bericht mit der Verhaftung beginnen lässt und seine (kommunistische) Vorgeschichte überspringt. Mit Grausen las man von der unmenschlichen Behandlung der dortigen Gefangenen, von erbarmungslosen Prügeleien für kleine Verstösse, von der praktisch nichtexistierenden ärztlichen Fürsorge. Aber diese Konzentrationslager waren, obwohl viele Insassen den Peinigungen erlagen, keine Vernichtungslager. Wenn man also sagt, die Schweizer hätten *«von den Lagern gewusst»*, ist das dann wahr, wenn man die *Konzentrationslager* meint; es ist falsch, wenn man die *Vernichtungslager* meint.

Von den Todeslagern und der systematischen Vernichtung von Juden erfuhr ich, wie wohl die meisten Schweizer (und nebenbei auch die meisten Deutschen) Ende April 1945. Ich war damals in Winterthur im Dienst und erinnere mich genau, dass ich an einem Abend in einem Restaurant am Bahnhofplatz sass und die Zeitung las. Dort tat sich mit einemmal der Blick auf die Schrecknisse auf: Leichenberge, Öfen, Gestank, die zu Gerippe abgemagerten Überlebenden – alles aus Berichten alliierter Truppen, die soeben dort einmarschiert waren.

In einer Unterredung am 5. Juli 1988 im Schloss Brunegg sagte *Prof. J.-R. von Salis* Folgendes: Die Öffentlichkeit hat vom Holocaust, der Massentötung von Juden in Gaskammern, *bis zum April 1945 nichts erfahren*. Erst im April 1945, mit der Besetzung der Konzentrationslager durch die vormarschierenden Alliierten, wurden die furchtbaren Verbrechen der Öffentlichkeit bekannt.

## Churchills Schlusswort

Wenn wir nach einer deutlichen und kompetenten Aussage über das Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs suchen, so können wir den Ausspruch eines Mannes zitieren, der nicht nur ein Feind Hitlers war, sondern auch die nötige Übersicht hatte. *Winston Churchill*:

*Ich halte Folgendes fest: Unter allen neutralen Staaten hat die Schweiz den grössten Anspruch auf Auszeichnung. Sie war die einzige internationale Macht, welche zwischen den grauenvoll zerrissenen Nationen und unserem Land eine Verbindung aufrecht erhielt. Was hat es schon zu bedeuten, ob es ihr möglich war, uns die handelspolitischen Vorteile zu verschaffen, die wir wünschten, und dass sie andererseits – um überleben zu können – den Deutschen zu viele Vorteile zugestand? Sie ist ein demokratischer Staat, der in seinen Bergen zum Schutz der*

*eigenen Grenzen für die Freiheit eintrat, und dabei – trotz ihrer ethnischen Zugehörigkeit – auf unserer Seite stand (3. Dezember 1944).*

*(7. Februar 1997)*

### **Original-Aussagen von damals**

## **Die politische Linke im Zweiten Weltkrieg**

*Es sind heute insbesondere radikal auftretende Exponenten der politischen Linken, welche die Schweiz der «Kollaboration mit Hitler-Deutschland» verdächtigen und sie – als angebliche «Hehlerin» – auf die Anklagebank setzen.*

Den heutigen Rechthabern aus der linken Ecke sei geraten, einmal die Geschichte der eigenen Partei, vor allem die eigene Presse aus jener Zeit bezüglich damaliger Stellungnahmen zu den zeitweise unaufhaltsam erscheinenden Siegeszügen Hitlers zu Beginn des Zweiten Weltkriegs etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

### **Beispiele**

Die *Geschäftsleitung der SPS* am 25. Mai 1940, unmittelbar nach der Niederlage Frankreichs:

*«Mit furchtbarer Härte zwingt die Geschichte dieser Zeit alle friedlichen Völker, Fehler der Vergangenheit zu erkennen, Verblendungen aufzuheben, neue, bessere Wege zu beschreiten. Eine wahre Revolution der Gesinnung muss und wird sich überall durchsetzen.»*

Die SP-Zeitung *«Tagwacht»* am 15. Juni 1940:

*«Von den geographischen Umwälzungen ahnt man zwar etwas, von den politischen und den sich anbahnenden geistigen wenig. Kaum beobachtet wurde, dass Mussolini seine Kriegserklärung mit dem Appell an das proletarische Italien verband, gegen die veralteten und verkalkten plutokratischen Demokratien.»*

Die *«Tagwacht»* am 19. Juni 1940:

*«Wie es aber immer sei, wir sehen auf allen Wegen eine Welt im Umbruch; wo ihn*

*der Krieg oder die Revolution nicht bringt, sieht sich die kapitalistische Gesellschaft selbst zur Korrektur gezwungen.»*

Léon Nicole, bis 1939 SP-, danach PdA-Exponent, am 25. Juni 1940:

*«Das Bündnis Paris-Berlin-Moskau wird uns den Frieden bringen und Europa wieder bewohnbar machen.»*

Die «Tagwacht» am 16. Juli 1940 über Deutschland:

*«Die neue Wirtschaftsordnung, die hier im Werden ist, kann erst in der Nachkriegszeit ihre volle Bedeutung erlangen. Sie tritt der alten Ordnung gegenüber, die ihre Form im vorigen Jahrhundert erhielt und die nicht nur in Deutschland als überlebt anerkannt worden ist.»*

SP-Nationalrat Robert Grimm am 18. Juli 1940 in einer Fraktionserklärung:

*«Das Schicksal des Landes ist ungewiss, niemand kennt den kommenden Tag. Gefahren militärischer und politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art umgeben uns. Die Voraussetzungen unserer bisherigen traditionellen Neutralitätspolitik sind durch die europäischen Ereignisse zerstört. Eine Neuorientierung der Innen- und Aussenpolitik der Schweiz drängt sich auf!»*

Die SP-Zeitung «Tagwacht» am 18. Juli 1940:

*«Deutschland hat der ganzen Welt nicht nur die Brechung der Zinsknechtschaft, sondern auch der Kapitalknechtschaft überhaupt geschenkt. Selbstverständlich stellt auch die deutsche Technik des Kapitalersatzes durch innere Kreditausweitung eine grosse Kunst dar, deren Geheimnis im Ausland noch nicht bekannt ist.»*

Die «Tagwacht» am 14. September 1940:

*«Das wäre eine Anpassung, die wir uns alle gefallen lassen könnten und mit der wir im neuen Europa zu bestehen vermöchten.»*

SP-Nationalrat Robert Grimm in einem öffentlichen Vortrag im Oktober 1940:

*«Im Ausland sind ganz neue Verhältnisse entstanden, die auch von der Schweiz berücksichtigt werden müssen. Sie ist heute stark angewiesen auf den Wirtschaftsverkehr mit den Achsenmächten und muss ihre Wirtschaft nach europäischen Gesichtspunkten orientieren.»*

Die «Tagwacht» am 26. Juli 1943, einen Tag nach Mussolinis Sturz:

*«Die grosse Begabung Mussolinis, die ihn in weiten Bezirken auf stolze Höhen führte... Wie auch das letzte Ende sei, ihm gebührt ein Platz in der Weltgeschichte.»*

*te und das letzte Urteil wird ihm persönlich Sauberkeit, Tatkraft und eminente Fähigkeiten zubilligen. Ein politisches Genie von grosser dynamischer Kraft!»*

\*

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Die hier abgedruckten Zitate aus dem wichtigsten SP-Organ und von massgebenden Exponenten der politischen Linken sollen nicht im Geringsten unterstellen, die SP habe zur Kollaboration mit Hitler-Deutschland geneigt. Die Zitate belegen nur, dass von Exponenten der Linken zeitweise ebenso zur «Anpassung an die neue Ordnung» in Europa gemahnt wurde wie von einzelnen Exponenten anderer Kräfte zuweilen auch. Die heutige Linke kann jedenfalls aus der Geschichte von damals nicht im Geringsten ableiten, ihre eigenen Exponenten hätten sich grundsätzlich anders verhalten als Exponenten anderer Kreise.

USI

12. Mai 1997)

*Eine bemerkenswerte amerikanische Stimme zum Eizenstat-Bericht*

## Die Schweiz vor Gericht?

*Von Faith Whittlesey, ehemalige US-Botschafterin in der Schweiz*

*Auf dem Titelbild des «Time» sowie in Frontseiten-Artikeln fast aller US-Medien steht die Schweiz vor Gericht – als Angeklagte. Die kleine Nation, Nicht-Teilnehmerin am Zweiten Weltkrieg, wurde von Senator d'Amato und andern schwer beschuldigt, mit Nazi-Deutschland «kollaboriert» zu haben. Voreilig trug die Presse diese Anschuldigung als Urteil in die Welt – sogleich auch Reparationszahlungen verlangend.*

Selbstverständlich machten sich Einzelne während des Zweiten Weltkriegs auch in der Schweiz schuldig. Die Schweiz, das Schweizervolk insgesamt aber institutionalisierter Kollaboration mit Nazi-Deutschland zu beschuldigen, dafür fehlt – auch wenn die Anklage schrille Schlagzeilen provoziert – jegliche Grundlage. Ein Blick in die Schweizer Geschichte macht dies deutlich.

### Klare Haltung

Während des Zweiten Weltkriegs war die damals von fünf Millionen Menschen

bewohnte Schweiz während Jahren völlig *umzingelt von den Achsenmächten*. Eine militärische Invasion durch Nazi-Deutschland stand mehrere Male drohend bevor. Die tief in der Geschichte der Schweiz verankerte Politik der *bewaffneten Neutralität* legte indessen Zeugnis davon ab, wie sehr sich die Schweiz von jenen sinnlosen, blutigen, gewalttätigen Konflikten, die Europa jahrhundertlang dominiert haben, ferngehalten hat. Was immer verantwortungslose Schlagzeilen unterstellen, so ist eines klar: Die Schweizer haben während des Zweiten Weltkriegs die Untaten der Nazis niemals gleichgültig hingenommen. Im Gegenteil. Sie bewaffneten sich buchstäblich bis zu den Zähnen – allein vom Willen beseelt, die Schrecken des übermächtigen Nazi-Regimes vom eigenen Land fernzuhalten. Mögen Einzelne die politische Neutralität auch als etwas grundsätzlich Problematisches einstufen, so überliessen die Schweizer die politische Macht niemals einem Quisling. Nie tauchte auch nur ein Gedanke auf, aus dem so etwas wie ein Holocaust hätte emporschwappen können. Vom ersten bis zum letzten Kriegstag war der Standpunkt der Schweizer unerschütterlich.

Andere Neutrale – Irland, Portugal, Spanien, Schweden – wurden im Zweiten Weltkrieg nie umzingelt. Parteinahme hätte für sie weit weniger Folgen gehabt als für die Schweiz. Die Niederlande, Belgien, Dänemark, Norwegen und Frankreich, sie alle brachen innert weniger Tage vor dem gewalttätigen Ansturm der Nazis zusammen. Österreich begeisterte sich gar an einem «Anschluss», ohne dass es je umzingelt gewesen wäre. Auch diese Länder hätten die Möglichkeit gehabt, überzeugende Leistungen der Selbstverteidigung zu erbringen. Sie verzichteten darauf. Die Schweiz dagegen beantwortete die Bedrohung der Nazis mit der Aufstellung einer Streitmacht, die den Achsenmächten in aller Deutlichkeit klarmachte, welche Schwierigkeiten zu meistern gewesen wären, hätte die Lust auf Eroberung auch gegenüber der Schweiz überhand genommen. Will heute jemand der Schweiz ein «moralisches Defizit» für die Kriegszeit vorwerfen, dann wäre ihm zu raten, die von den Schweizern damals erbrachten Abwehrleistungen mit den damaligen Massstäben in Bezug zu setzen.

## Unbeugsamer Wehrwille

Der Unvoreingenomme weiss: Die überwältigende Mehrheit der Schweizer hat die Nazis verabscheut, obwohl sie während des ganzen Krieges damit rechnen mussten, Hitler könnte seine aggressiven Absichten gegen die Schweiz in die Tat umsetzen und das eroberte Land anschliessend mit Mussolini teilen – die später bekanntgewordenen Pläne der «*Operation Tannenbaum*» sahen solches vor. Trotz dieser Bedrohung setzten sich die Schweizer mit allen verfügbaren Mitteln für ihre Unabhängigkeit ein. Und mit energischen Massnahmen unterbanden sie jeglichen Nazismus in der Schweiz selbst. Hätten andere europäische Nationen mit

ähnlicher Energie für ihr Land gekämpft, wäre Europa wohl weit weniger von der Katastrophe dieses Kriegs erfasst worden.

## Handel

Vor dem Zweiten Weltkrieg war Deutschland – allein schon der geographischen Logik wegen – wichtigster Handelspartner der Schweiz (dies ist sie übrigens auch heute wieder). Doch allem Druck aus Deutschland zum Trotz hat die Schweiz selbst während der Zeit der Kriegs-Belagerung die Handelsverbindungen zu den *Alliierten* nie abgebrochen. Der Umfang des Handels mit den Alliierten erreichte damals etwa einen Drittel des schweizerischen Handels mit Deutschland. Die Alliierten erhielten von der Schweiz auch kriegswichtige Güter. Trotz völliger Umzingelung gelang es, Handelswege zu den Alliierten immer wieder zu öffnen. Natürlich sah sich die Schweiz auch gezwungen, Kriegsmaterial nach Deutschland zu liefern. Insgesamt bezog Deutschland aber bloss einen verschwindend kleinen Teil seiner gesamten Kriegsausrüstung und seiner Munition aus der Schweiz.

Von grösster Bedeutung für ganz Europa war die unzweideutige Parteinahme der Schweizer für die Alliierten in allen wichtigen *Medien* – trotz kriegsbedingter Zensurmassnahmen. Alle noch so massiven Versuche Deutschlands, alle Schweizer Zeitungen auf eine nazifreundliche Linie zu bringen und Radio-Kommentatoren, die nicht für die Nazis Partei zu nehmen bereit waren, zum Schweigen zu bringen, wurden von der Schweizer Regierung strikte abgewehrt. Die *Radio-sendungen aus der Schweiz*, sowohl die deutsch- wie die französischsprachigen, waren *für das besetzte Europa von grösster psychologischer Bedeutung*, insbesondere während der dunkelsten Tage Europas.

## Die Flüchtlingsfrage

Hätten die Schweizer *mehr jüdische Flüchtlinge* aufnehmen sollen? Wer so fragt, fragt nicht richtig. Richtig müsste die Frage lauten: *Hätte nicht jedes nicht zur Achse gehörende Land, hätten nicht speziell auch die Vereinigten Staaten mehr jüdische Flüchtlinge aufnehmen müssen damals?* Allein mit dieser Fragestellung wird das *tragische Versagen* der damaligen freien Welt deutlich.

Die kleine Schweiz, nur wenig grösser als der US-Staat Maryland, konfrontiert mit schwierigen, ein strenges Regime der Lebensmittelrationierung bewirkenden Ernährungsproblemen, nahm in Tat und Wahrheit mehr jüdische Flüchtlinge auf als selbst die Vereinigten Staaten während des ganzen Krieges. Und weil die Schweiz nicht am Krieg teilnahm, befanden sich zwanzigtausend Juden schwei-

## Die «unmoralische» Neutralität

*Man stelle sich einen Augenblick vor: Eine Welt aus lauter neutralen Staaten! Sähe die nicht viel besser aus? Langweilig wäre sie nur für den, den der Frieden langweilt. Das grosse Gerangel um Macht und Geld wäre zwar noch nicht zu Ende, denn es ist in der Anlage der Menschen selber begründet. Aber es würde wenigstens nicht mehr zwischen den Staaten ausgetragen. Es führte nicht mehr zu all den wahnwitzigen Kriegen, die sich wie eine Pest durch die Geschichte der Menschheit ziehen.*

*Ist der Neutrale «unmoralisch», weil er sich nicht auf die «richtige», sondern auf gar keine Seite stellt? Den Kriegführenden bleibt er immer verdächtig. Hitler hat von uns Schweizern gesagt, wir seien degeneriert und wären in seinem Grossreich bestenfalls «als Gastwirte» brauchbar; Stalin hat uns kurzerhand als «Schweine» bezeichnet. Die Macht verdächtigt gerne den, der sich ihr zu entziehen sucht. Sie duldet nur den Anschluss, die Unterwerfung.*

*Dass unmenschliche Diktatoren die Neutralität verkennen, verwundert nun weiter nicht. Wenn aber einer grossen Demokratie wie der USA nach über fünfzig Jahren plötzlich die Erkenntnis aufgeht, die Neutralität der Schweiz im Zweiten Weltkrieg sei «unmoralisch» gewesen, so kann man sich nur an die Stirne greifen! Über Herkunft und Wesen der Schweizer Neutralität ist von berufener Seite schon alles gesagt worden. Grundsätzlich wäre noch festzuhalten: Wenn der «Kleine», eingeklemmt zwischen den «Grossen», überleben will, muss er sich heraushalten aus ihren Händeln. Und diese seine Abstinenz dient nicht nur seinen, sondern auch ihren Zwecken, Feindschaft und Krieg können nie ewig dauern. Es kommt einmal die Zeit der Vermittlung und der Versöhnung. Wie viele gute Dienste kann da der wirklich Neutrale leisten!*

*Allerdings bedingt die Neutralität des Kleinstaats einen Verzicht: Er verzichtet darauf, eine markante «Rolle» im Weltgeschehen zu spielen. Das hängt letzten Endes aber auch damit zusammen, dass der «Kleine» – aufgrund von bitteren Erfahrungen – die Fragwürdigkeit des Strebens nach Macht erkannt hat. Der Machtzuwachs des einen kann nur auf Kosten des andern geschehen. Und irgendeinmal schlägt dann das Pendel zurück. Jacob Burckhardt hat einmal gesagt, die Macht an sich sei böse. Jedenfalls*

tendiert sie automatisch zur Unterdrückung des Schwächeren. Und das ist nun wirklich unmoralisch!

Überhaupt täten die Mächtigen, statt den «Kleinen» hochtrabende Lehren zu erteilen, besser daran, vor der eigenen Türe zu wischen. Da hat sich nämlich bisweilen viel Unrat angesammelt.

Die Schweiz hat natürlich auch aus geographischen Gründen die Neutralität gewählt. Aber der tiefste Grund der Neutralität ist doch eben die Erkenntnis, dass expansive Machtpolitik früher oder später ins Verderben führt.

Wer behauptet, unsere Neutralität sei überlebt, hat meines Erachtens das Wesen der schweizerischen Nation nicht begriffen. Es ist eine Willensnation, die sich im vermittelnden Ausgleich zwischen verschiedenen Sprachen, Kulturen, religiösen und politischen Gruppierungen bewährt. Nur darum kann sie auch nach aussen vermittelnd wirken. Ihre Neutralität muss unbedingt und immerwährend sein. Man darf sich nicht nur so lange zurückhalten, bis einem der günstige Zeitpunkt zum Losschlagen gekommen scheint. Italien hat sich dieser zweifelhaften Taktik in zwei Weltkriegen bedient – nicht eben zu seinem Glück.

Arthur Häny

(5. September 1997)

zerischer Nationalität während des ganzen Krieges in der Schweiz immer in Sicherheit. Hätten die Vereinigten Staaten proportional zur amerikanischen Bevölkerungszahl gleichviele Flüchtlinge aufgenommen wie die Schweizer während des Zweiten Weltkriegs, so hätten die USA 7,5 Millionen bedrohten Menschen einen sicheren Aufenthalt gewähren müssen!

Mit andern Worten: Die Schweiz war zu keinem Zeitpunkt zynischer Profiteur des Krieges. Sie machte ihrer alten, tief verwurzelten humanitären Tradition gerade in diesen schwierigen Jahren alle Ehre.

Auf der Grundlage völkerrechtlich anerkannter Neutralität hat die Schweiz die Regeln des Handels während der Kriegszeit strikte beachtet. Die USA haben damals diese Haltung ausdrücklich *respektiert*. Es geht doch nicht an, heute aus den Vereinigten Staaten diese damals von der Schweiz konsequent befolgte, international respektierte Politik plötzlich als «legalistisch» in Zweifel zu ziehen und moralisch zu disqualifizieren – einer befreundeten, souveränen Nation gegenüber, welche die Regeln des internationalen Rechts stets respektiert hat!

Übrigens: Wie kommt der *Eizenstat-Report* überhaupt dazu, die schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg als moralisch zweifelhaft hinzustellen, während

die gleiche und gleich konsequente Politik der Schweiz gegenüber den roten Tyrannen der totalitären Sowjetunion in der Zeit des Kalten Krieges – die den USA willkommen war – nie als «legalistisch» herabgesetzt wird? Kein Zweifel: Die Schweizer haben die *wahre Bedrohung* ihres Landes zu jedem Zeitpunkt richtig erkannt. Während des Kriegs war das Land aus dem Norden bedroht, nach dem Krieg aus dem Osten. Beiden Bedrohungen ist die Schweiz genau gleich begegnet. Ob die Kritiker der Schweiz diesen Zusammenhang nicht irgendwann einmal wahrnehmen müssten?

## Die Washingtoner Konferenz 1946

Als Resultat langwieriger Verhandlungen nach dem Zweiten Weltkrieg über Fragen rund um das Nazi-Gold erklärte sich die Schweizer Regierung – dankbar dafür, dass die Schweiz vom Krieg verschont geblieben ist – zu einer Zahlung von 250 Millionen Schweizerfranken in Gold zugunsten des Wiederaufbaus in Europa bereit. *Präsident Truman* hat dieser Haltung damals grosse Achtung gezollt. Zweihundertfünfzig Millionen Schweizerfranken in Gold – das war eine unermessliche Summe, nicht weniger als acht Prozent des damaligen gesamten schweizerischen Staatsbudgets. Der Betrag war rund fünfzehnmal grösser als der Gewinn, den die Schweiz aus den Goldgeschäften ihrer Nationalbank mit Nazi-Deutschland gezogen hatte.

Und alle Fakten, die heute erneut die Aufmerksamkeit der Medien im Zusammenhang mit dem Washingtoner Abkommen von 1946 auf sich ziehen, waren damals genauestens bekannt. Neu ist einzig die Information, dass (wie es im Eisenstat-Bericht heisst) Nazi-Deutschland den von ihm umgegossenen Goldbarren geringe Mengen von Gold, das Holocaust-Opfern geraubt worden war, beigemischt hatte. Niemand findet indessen einen Anhaltspunkt, dass diese Tatsache den Schweizern als Käufern von solchem Gold damals bekannt war. Wo also sind jene «neuen Fakten», die die Wiederaufnahme eines diplomatischen Unternehmens rechtfertigen würden, abgeschlossen vor fünfzig Jahren gegenüber einem traditionell befreundeten Partner?

Aus der Sicht des international geltenden Rechts sind Versuche, ein vor fünfzig Jahren nach allen rechtlichen Regeln ausgehandeltes Abkommen fünf Jahrzehnte später gegenüber einem befreundeten Partner in Zweifel zu ziehen, nicht nur *zweifelhaft* sondern auch sehr *gefährlich*. Es muss erschüttern, dass die durch einen Unterstaatssekretär für internationalen Handel vertretenen USA ein Abkommen mit einer kleinen, stabilen Demokratie (und erst noch auf der Grundlage eines ausdrücklich als «vorläufig» und deshalb «noch unvollständig» bezeichneten Berichts) plötzlich in Zweifel ziehen. Solches Vorgehen muss umso mehr

erstaunen, nachdem alle von der Schweiz während des Krieges getroffenen Massnahmen bereits einmal von amerikanischen Diplomaten abgeklärt und mit einem nach allen geltenden Regeln ausgehandelten Abkommen definitiv als abgeschlossen erklärt worden sind. Es ist bedenklich, dass die USA offenbar nicht mehr zu ihrem damals gegebenen Wort stehen wollen.

## Kriegs-Verlängerung

Im Eizenstat-Bericht wird der Vorwurf erhoben, die von der Schweiz damals verfolgte Politik habe den Zweiten Weltkrieg verlängert, was den Amerikanern einen zusätzlichen Zoll an Blut und Geld abgefordert habe. Wäre dieses Argument ernstzunehmen, so müssten die Amerikaner unverzüglich die Briten als schuldig erklären für die *zögerliche Politik Chamberlains* vor dem Krieg. Ebenso müsste *Frankreich* Schuld zugemessen werden für die aktive Kollaboration des Vichy-Regimes mit Nazi-Deutschland.

Warum nur zielt der Eizenstat-Report allein auf kleine Nationen? Warum setzt er bloss jene auf die Anklagebank, die mit den amerikanischen Ellbogen-Methoden der rüden Medien-Branche nicht vertraut sind? Die den Eindruck haben, Regeln des Anstands zu verletzen, wenn mit den gleichen Methoden auf die USA zurückgeschlagen würde?

## Untaugliche Aussenpolitik

Für die Vereinigten Staaten war es nach dem Zweiten Weltkrieg klar, dass die Belastung der kriegsauslösenden Mächte mit Reparationen kontraproduktive Wirkung gezeitigt hätte. Wir Amerikaner bauten Deutschland und Japan vielmehr wieder auf. Und es fiel uns nie ein, die *heutigen Deutschen* und die *heutigen Japaner* als *kollektiv verantwortlich* für Fehler und Sünden ihrer Väter zu bezeichnen; zur Verantwortung gezogen werden bloss die identifizierten Kriegsverbrecher.

Die gewissenhafte Erforschung der Geschichte ist die Aufgabe von Historikern und erfüllt einen hohen Zweck. Die plötzliche, isolierte und akribische Aufzeichnung schweizerischer Taten, guter wie schlechter, die alle seit vielen Jahren bekannt sind, ist dagegen ein Zeichen bedenklicher Wissenschaftlichkeit, zumal solches Vorgehen die Erinnerung an das wirkliche Verhalten der Schweiz während des Kriegs verwirrt und herabmindert. Solches Vorgehen ist Zeichen einer untauglichen Aussenpolitik, die alle unsere Freunde – längst nicht nur die Schweizer – verwirren muss: *Der Wert eines von uns gegebenen Wortes gerät in Zweifel*. Auf fragwürdige Art verlassen wir damit offensichtlich jene von tiefer Weisheit geprägte Politik der Nachkriegszeit, als der Geist der Versöhnung den Geist von

## Minister Walter Stucki

**kurz nachdem er 1946 für die Schweiz das Washingtoner Abkommen ausgehandelt hatte:**

*«Einem kleinen Land wie der Schweiz wird nichts geschenkt. Es muss für seine Interessen kämpfen und sich gegen die Stärkeren und Mächtigen zur Wehr setzen, flexibel, fair und kompromissbereit. Unsere besten Verbündeten sind und bleiben, in jeder Auseinandersetzung, das Recht und die Glaubwürdigkeit. Wenn es jedoch um das Wesentliche geht, muss man den Mut haben, den Gegner auf Granit beißen zu lassen.»*

(27. Juni 1997)

Rache und Vergeltung – der verhängnisvollerweise nach dem Ersten Weltkrieg dominiert hatte – verdrängte. Aus dem Geist der Versöhnung wollte man nach 1945 wieder stabile Gesellschaften aufbauen, auf dass jene aggressiven Untaten, wie sie die Achse verfolgt hat, nicht neuen Boden fänden.

In diesem *Geist der Versöhnung* wurzelt der *Respekt vor menschlichem Leben*, welcher die westlichen Demokratien – gerade auch die Schweiz – seit jeher geprägt hat.

(30. Mai 1997)

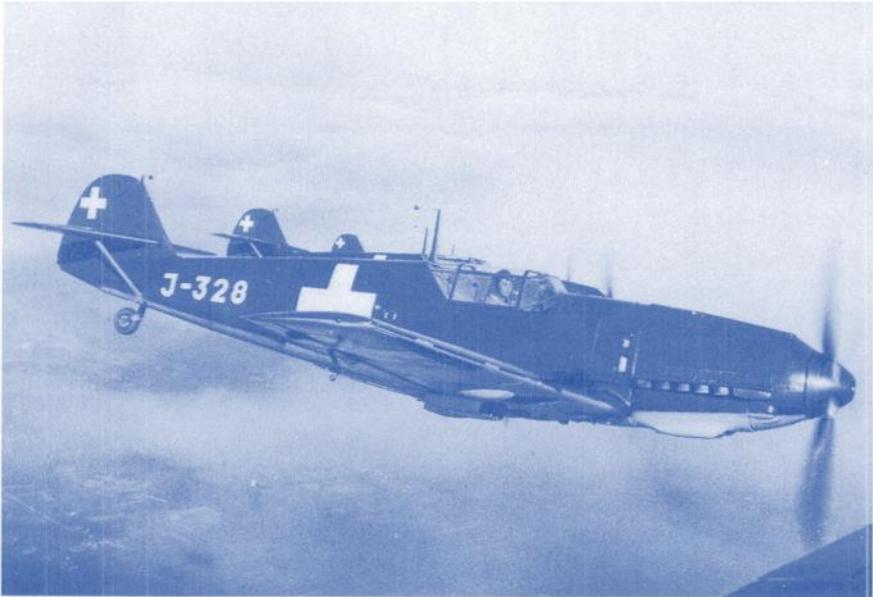
*Stuart und Tim*

## Daneben geratene Vor- und Nachworte

*Von Kurt Bolliger, Boll BE  
ehern. Kommandant Flieger- und Flab-Truppen*

*Man begreift den Ärger Stuart Eizenstats über die weitgehende Sachlichkeit seiner Historiker in ihrem (vorläufigen) Urteil zum Verhalten der Schweizer Behörden im Zweiten Weltkrieg.*

Dass er deshalb in seinem «Vorwort» die volle dichterische Freiheit vieler seiner



*Drei Messerschmitt ME-109E der Schweizer Luftwaffe  
während des Zweiten Weltkriegs im Formationsflug.*

Amtsvorgänger in Anspruch nahm – etwa wenn es darum ging, die bis in die Siebzigerjahre anhaltende Segregation in den Südstaaten, die Ghettoisierung der restlichen Indianer oder die Langzeitwirkung von «Agent Orange» zu verharmlosen –, ist schon am Bundeshaus-Seminar vom 20. Juni 1997 in höflich-diplomatischer Form beanstandet worden. *Nationalrat Blocher* hat diese Kritik wenig später auch noch in die Volkssprache übersetzt. Üblicherweise wird ja in den USA – ganz wie bei uns – von Gutachtern erwartet, dass sie *im Sinne ihres Auftraggebers* schlussfolgern und sich dazu ausschliesslich auf Unterlagen aus den eigenen Schubladen berufen.

Ähnliches hat offenbar auch jener Fernsehmann angenommen, der kürzlich «unseren Mann» in Tschetschenien, *Botschafter Tim Guldemann*, vor die Kamera bat. Dessen bescheidenes, zurückhaltendes und trotzdem selbstbewusstes Auftreten ermangelte offenbar genügender «Lehren für den Kleinstaat»; so endete halt das an sich sehr interessante Gespräch unvermittelt bei den «*Diamant*»-Feiern des Jahres 1989, die der Sozialdemokrat Guldemann pflichtschuldigt als «*faux pas*» bezeichnete, «*denn für eine «Feier des Kriegsausbruchs von 1939» hätte heute wohl auch in bürgerlichen Kreisen niemand mehr Verständnis.*»

## Der Sohn und der Vater

Guldemann müsste aus seinem Familienkreise besser wissen, um was es uns Veteranen bei «Diamant» ausschliesslich ging: *Sein Vater*, der spätere Luftrechtsspezialist internationalen Rufes und Schöpfer unseres derzeit gültigen Luftfahrtgesetzes, war am 27. August 1938 als Leutnant alleiniger Überlebender der damals grössten Katastrophe unserer Militäraviatik.

*Hptm Bacilieri* hatte den Auftrag, mit der einzigen Tessiner-Staffel von Dübendorf in seinen Heimatkanton zu fliegen und dort an verschiedenen patriotischen Veranstaltungen «Flagge zu zeigen». Während die Schweiz als einziges Land die *Völkerbund-Resolution über Sanktionen gegen Italien*, den Angreifer Abessinien, am Gotthard und am Simplon à la lettre umsetzte, dachten Engländer und Franzosen als Besitzer und Beschützer des Suezkanals keinen Moment daran, ein gleiches zu tun. Es sei dort eben sehr viel *Geld* zu verdienen, vernahm man, und ausserdem gebe es da noch einen internationalen Vertrag, der keine Sperre vorsehe. So konzentrierten sich dann die immer schärfer werdenden verbalen Angriffe der aus Rom ferngesteuerten Irredentisten und Fascis zu einem wahren psychologischen *Sturmangriff gegen die Schweiz* und deren Institutionen. Man verlangte die unverzügliche Angliederung ihrer italienisch sprechenden Gebiete an das «Mutterland» und rasselte kräftig mit dem Säbel.

Bund und Kanton planten deshalb, als Gegenmassnahme im Tessin verschiedene militärische und politische Kundgebungen durchzuführen.

Die C-V-Staffel «Dieci» sollte dabei zeigen, wie schnell auch von nördlich des Gotthard gegebenenfalls Hilfe zu erwarten war. Das *ungünstige Wetter* über den Alpen durfte bei dieser Demonstration keine Rolle spielen, zumal der Verbandsführer sich für seinen Auftrag auch noch auf eine damals noch keineswegs selbstverständliche Peilhilfe einer Rekrutenschule stützen konnte (zu der auch der Berichterstatter gehörte).

Bacilieri geriet indessen schon über den Voralpen in eine unbeabsichtigte Blindflug-Situation, befahl die Umkehrkurve zu spät und zerschellte mit seinen drei Begleitmaschinen in den Felsen der Muotathaler Heuberge. Als einziger hatte *Lt Guldemann* die Umkehrkurve in anderer Richtung eingeleitet, konnte längs des Tales degagieren und damit *überleben*. Ein Denkmal im Dorfe Muotathal und das seither zur Fliegerhymne erklärte «*Voglio volar*» erinnern noch an jenen schmerzlichen Tag einer Niederlage bei der Abwehr psychologischer Kriegsführung der Faschisten, bei der wir ein erstes, aber nicht zum letzten Mal *von Europa im Stich gelassen* worden sind.

## Politische Bigotterie der USA

Ermutigt durch die italienischen Erfolge in Afrika, die bei den anderen europäischen Mächten keine ernsthaften Reaktionen bewirkten, begannen auch die Nazis ihre «völkischen» Ansprüche zu erheben. Als erste erlagen ihnen die Österreicher, die mit fliegenden (Hakenkreuz-) Fahnen hinter ihren das Horst Wessel-Lied intonierenden Dorfmusikanten heim ins Grossdeutsche Reich zogen. Wer nicht einverstanden war, wurde eingesperrt, soweit eine rechtzeitige *Flucht*, zum Beispiel über den Rhein in die *Schweiz*, nicht mehr gelang.

Unter dem Eindruck dieses *wachsenden Flüchtlingsstromes*, der namentlich für die europäischen Kleinstaaten, vorab Holland, Belgien und die Schweiz, allmählich untragbar wurde, luden die USA im Juli 1938 nach *Evian* zu einer von 32 Ländern beschickten Flüchtlingskonferenz ein, deren Vorsitz sie vorsorglich gleich selbst beanspruchten. «Ihr Mann», *Myron Taylor*, erhielt die klare Instruktion, sich an die für den «*innereuropäischen Streit*» diktierte Haltung des Kongresses auf «*absolute Neutralität*» zu halten. Der damalige US-Aussenminister schreibt dazu in seinen Memoiren: «*The difficulty was to find ways and means of making a gesture that would not either inherently hurt us or provoke counter-retaliation that would hurt us ...*» Für die USA wurde «Neutralität» offensichtlich erst dann zum Schimpfwort (zum Beispiel gegen die Schweiz), als sie selbst Ende 1941 überraschend von der Achse angegriffen wurden und ihre ganze Pazifikflotte auf Hawaii verloren.

## Kriegs-Ursachen

*England* sagte in *Evian* immerhin zu, die Aufnahme von Flüchtlingen in Ostafrika zu prüfen. *Frankreich* versprach ähnliches bezüglich Madagaskar. Zwei südamerikanische Staaten boten jenen Juden Asyl, die sich taufen lassen würden. So blieb es weiterhin den europäischen Kleinstaaten, vorab der *Schweiz*, vorbehalten, sich den Flüchtlingen aus dem deutschen, sich ständig erweiternden Machtgebiet zu öffnen. Dem ungeahndeten *Verriss des Versailler Vertrages* (Remilitarisierung des Rheinlandes und massive militärische Aufrüstung der Nazis) folgte die schmachvolle Freigabe zur *Schlachtung der CSSR* durch die beiden Feiglinge *Chamberlain* und *Daladier*, dann als Höhepunkt der Pakt zwischen den beiden grössten Mördern des Jahrhunderts, *Hitler* und *Stalin*, welch Letzterer schon seit längerer Zeit mit massiven Rohstofflieferungen die deutschen Kriegsvorbereitungen entscheidend unterstützte.

Am 1. September 1939 folgte der zwischen Hitler und Stalin vereinbarte *Angriff auf Polen*, der nur höchst zögerliche Reaktionen von Seiten Frankreichs und Englands zur Folge hatte, obwohl beide mit Polen gegenseitige Hilfeversprechen ein-

## *Solides Fundament?*

*Auf der zweiten Senderkette des Schweizer Fernsehens konnte Prof. Jakob Tanner – Mitglied der vom Bundesrat ernannten Historikerkommission zur «Aufarbeitung» der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg – am 9. März behaupten, das von General Guisan damals für den äussersten Notfall vorbereitete Reduit sei in Wahrheit eine «Geste unterwürfiger Demut vor Hitler» gewesen, dem auf diese Weise die kampflöse Überlassung des gesamten Schweizer Mittellandes angeboten worden sei. Wann müssen wir, wenn solch professoraler Unsinn Schule macht, auch noch mit der Behauptung rechnen, die Schweiz sei damals von Nazi-Deutschland nur deshalb nicht angegriffen worden, weil die deutsche Heeresleitung zu dumm war, das vom General so ausserordentlich raffiniert verpackte Geschenk als solches zu erkennen...?*

*Es war der Bundesrat allein, der die personelle Auswahl für die Historikerkommission traf. Ist die fachliche Kompetenz des Präsidenten, Prof. Bergier, auch unbestritten, so bleibt die bundesrätliche Auswahl bedenklich einseitig. Warum blieben ausgewiesene Kenner der Zeit des Zweiten Weltkriegs – die freilich an keinerlei «Abrechnungs-Syndrom» ihrem eigenen Land gegenüber leiden – konsequent unberücksichtigt? Warum sind die jungen «Ankläger» – trotz teilweise bedenklicher fachlicher Defizite – so krass übervertreten? Fragen, deren Beantwortung der Bundesrat der Schweiz schuldig ist, spätestens seit besagtem Fernsehfilm, in dem sich mehrere dieser «Bundeshistoriker» mit ihren Pauschalanklagen breit in Szene setzen konnten.*

*Und eine weitere Frage wartet dringend auf Antwort: Bundesrat Cotti demonstrierte anlässlich seiner kürzlichen «Goodwill-Tour» in die USA an einer gemeinsamen Pressekonferenz gutes Einvernehmen mit Edgar Bronfman, dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses. Bronfman trat auch im erwähnten Schweizer Fernsehfilm (Titel: «Die verlorene Ehre der Schweiz») auf, wo er die Schweiz als «freiwillige Verbündete der Nazis» titulierte, die «mit der Asche des Holocaust Geld verdient» habe. Mit diesen Worten hat ihn das Schweizer Fernsehen präsentiert. An der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesrat Cotti in New York fand Bronfman angesichts in Aussicht gestellter Geld- und Goldströme lobende Worte für die Schweiz. Für seine ungeheuerliche Anschuldigung, mit der ihn das Schweizer Fernsehen der*

*Öffentlichkeit präsentiert hat, hat sich Edgar Bronfman indessen nicht entschuldigt. Bundesrat Cotti schien darauf auch nicht Wert zu legen – eine Verhaltensweise, für die viele Schweizerinnen und Schweizer noch eine Erklärung erwarten dürften.*

*Damit sind hier drei Erscheinungsbilder festgehalten, welche die schweizerische Politik dieser Tage prägen. Sie gehören zum «Fundament», auf dem der Bundesrat den ihm vorschwebenden Milliardenfonds aus Nationalbank-Gold konstruieren will. Ob der Souverän dieses Fundament als genügend solide erachtet?*

*Ulrich Schlüer*

*(«Spalte rechts», 21. März 1997)*

gegangen waren. Gleichzeitig mussten immer mehr europäische Staatshäupter zur Befehlsausgabe auf dem Obersalzberg antreten.

Uns jungen Wehrmännern schien damals die Zukunft ungewisser denn je, weil unsere Bewaffnung grosse Rückstände aufwies und viele von uns fürchteten, auch unsere Regierung könnte politisch und militärisch unter Druck geraten.

## Die Lage der Schweiz

Zwei Befreiungsschläge gaben uns damals wieder Zuversicht: Die Erklärung von *Bundesrat Obrecht*, die Landesregierung werde *nie wallfahrten* gehen, und die Befehle zur Kriegsmobilmachung vom 28. August und 1. September 1939, die in Berlin scharfe Reaktionen auslösten:

*Die Schweizer Mobilmachung sei völlig überflüssig und reine Panikmache: In Polen sei nur eine Polizeiaktion gegen Banden im Gange, die den Sender Gleiwitz angegriffen hätten.* So rechtfertigten die Nazis ihren verbrecherischen Angriff auf Polen.

Nach den Schicksalstagen des Herbstes 1939 folgten sich die psychologischen Hammerschläge gegen uns Mobilisierte in rascher Folge:

Es kapitulierten: *Dänemark* und *Norwegen* am 9. April 1940, *Holland* am 15. Mai 1940, *Belgien* am 28. Mai 1940, *Frankreich* am 25. Juni 1940. *Jugoslawien* am 22. März 1941, *Griechenland* am 30. April 1941.

*Englands* Armee verliess den Kontinent fluchtartig am 4. Juni 1940, das geschlagene 45. polnisch/französische Armeekorps floh am 25. Juni 1940 in die Schweiz. Während mehr als *vier vollen Jahren*, vom 23. Juni 1940 bis Septem-

ber 1944, war die Schweiz von den Achsenmächten völlig umklammert und eingeschlossen.

Dass für die politischen Erben jener Partei, die noch sechs Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges bei der Beratung des Militärbudgets erklären liess: «*Notre groupe propose la suppression du budget militaire. Le patriotisme doit périr pour que les peuples puissent vivre*» jede Erinnerung an jene Jahre unerwünscht ist, erstaunt an sich nicht. Wer aber dabei war, als das kleine *Tschetschenien der Grossmacht Russland* die Stirne zu bieten wagte, sollte etwas mehr Verständnis für den Wunsch der Aktivdienst-Generation aufbringen, ihre Dankbarkeit gegenüber Bundesrat und General 50 Jahre nach den damaligen Schlüssel-Erlebnissen und noch vor ihrem eigenen, nahenden Übertritt zur Grossen Armee im Rahmen einer schlichten Gedächtnisfeier, «*Diamant*» genannt, nochmals auszudrücken.

## Fragen an die «Junghistoriker»

Da die Diktaturen *Portugal, Spanien* und *Rumänien* ohnehin ideologisch auf deutscher Seite standen und *Finnland* nach der Abwehr des russischen Winterangriffs von 1939/40 in steigendem Masse auf deutsche Hilfe angewiesen war, blieben in Europa lediglich noch die *neutralen Demokratien Schweden und Schweiz* als Unabhängige übrig. Beide waren nicht nur auf höchste militärische Bereitschaft, sondern auch auf wirtschaftliche Konzessionen angewiesen, wenn sie überleben wollten.

Vielleicht sind unsere zornigen, mutigen und missionarischen jungen Historiker, die sich nun für uns damalige Angsthasen – Bundesrat und General an der Spitze - *schämen* zu müssen glauben, gelegentlich so freundlich, uns anhand der vorstehenden Übersicht der Kriegereignisse anzugeben, *wann* wir *was* hätten tun müssen, um uns vorausschauend unserer heutigen, masochistischen Nachkommen würdig zu erweisen?

*Stuart Eizenstat* darf für sich in Anspruch nehmen, das Andenken an jene 4'000 Armee-Angehörigen – Frauen und Männer – besudelt zu haben, die *im Aktivdienst ihr Leben verloren* haben. Ob deren Nachkommen seine Auffassung teilen, unsere Armee habe bloss die Nachschublinien der Deutschen und Italiener gesichert, unseren Waffenfabriken die Belieferung der Achse mit Kriegsmaterial ermöglicht und damit den Krieg unnötig verlängert, darf füglich bezweifelt werden. Vielleicht lancieren aus ihrer Mitte einige Dabeigewesene für den Herrn Staatssekretär einen brieflichen Fernkurs in Geschichte und Geographie der Schweiz der Vierzigerjahre?

(8. August 1997)

## «Wir lassen uns nicht erpressen!»

*Auszüge aus Christoph Blochers Berner Rede vom 21. Juni 1997*

*Vor einigen Wochen ist in Amerika der sogenannte «Eizenstat-Bericht» veröffentlicht worden. Manche Politiker haben vor dieser Veröffentlichung gezittert wie das Kaninchen vor der Schlange. Und die inländischen Kritiker der Schweiz haben sich darauf gefreut wie kleine Kinder, die ihren Kameraden drohen: «Warte nur, bis der grosse Bruder kommt! Der wird es Dir dann schon zeigen!» Und der grosse Bruder ist gekommen!*

Bis anhin waren es in- und ausländische Personen, private Organisationen – allen voran ein amerikanischer Senator und die Spitze des Jüdischen Weltkongresses –, welche unser Land verunglimpften, beschimpften, erniedrigten, bedrohten und Geld forderten. Mit dem *Eizenstat-Bericht* hat die Auseinandersetzung eine *neue Dimension* erhalten. Der amerikanische Staatssekretär *Stuart Eizenstat* erhielt gemäss seinem Bericht ein *Mandat des amerikanischen Präsidenten Clinton*, er spricht also *offiziell im Namen des amerikanischen Staates* sein Urteil über unser Land aus. Lassen Sie mich das wiederholen: Ein *fremder Staat urteilt über unser Land*. Darum ist dieses Urteil einer besonders genauen Prüfung zu unterziehen.

Ich frage Sie: Wie kommt eigentlich ein fremder Staat dazu, über die 50 Jahre zurückliegende Vergangenheit eines anderen souveränen Staates zu Gericht zu sitzen? Was würde wohl *umgekehrt* in Amerika geschehen, wenn Bundesrat Cotti seinem Departement für Auswärtige Angelegenheiten sagen würde: «Ich habe das Gefühl, bei den Amerikanern ist vor und nach dem Zweiten Weltkrieg und im Vietnamkrieg dieses und jenes falsch gelaufen. Macht mir einen Bericht, damit ich den Amerikanern auf die Sprünge helfen kann, ihre Geschichte aufzuarbeiten?» Ein Aufschrei der Empörung und scharfe diplomatische Demarchen wären - zu Recht – die mindeste Reaktion der USA. Doch unser Bundesrat lässt entgegen jeder völkerrechtlichen Gepflogenheit unsere Diplomaten zu Hearings antragen. *Warum verbittet sich der Bundesrat diese Art des Umgangs mit einem souveränen Staat nicht ein für allemal? Wie kommt der Bundesrat dazu, Vertreter von privaten ausländischen Organisationen und Vereinen, die unser Land unentwegt beleidigen, wie Staatsleute zu empfangen?*

### **Neutralität: unmoralisch?**

Herr Eizenstat bezeichnet die Neutralität als «unmoralisch». Bemerkenswert ist

## *Bundesrat Rudolf Minger*

**an einer Konferenz der Heereseinheitskommandanten, bereits im Jahr 1930, also drei Jahre vor Hitlers Machtübernahme:**

*«Das Vertrauen in den Völkerfrieden ist in letzter Zeit schwer erschüttert worden. Die Wahrscheinlichkeit eines künftigen europäischen Krieges ist gross. Unsere Friedensgarantie war bisher unsere Neutralität; diese muss aber von uns selbst verteidigt werden. Der Wille des Volkes hiezu findet seinen Ausdruck in der Erhaltung der Armee. Das Vertrauen des Volkes in seine Armee ist in letzter Zeit stark angegriffen worden. Heute muss in erster Linie das Volk über die Notwendigkeit unserer Landesverteidigung aufgeklärt werden, dann finden auch die Räte den Mut wieder, dafür einzustehen.»*

(16. Mai 1997)

die Tatsache, dass Eizenstat damit dem schweizerischen Verhalten während des Zweiten Weltkrieges *immerhin die Neutralität zubilligt*. Bemerkenswert deshalb, weil hierzulande manche – entgegen jeder Wahrheit – behaupten, die Schweizer hätten es im Grunde mit den Nazis gehalten.

Was ist vom ungeheuerlichen Vorwurf der unmoralischen Neutralität zu halten? Dass es sich um eine *bewaffnete Neutralität* handelte, die immerhin von insgesamt 800'000 Wehrmännern verteidigt wurde, dass die Schweiz überhaupt eine Armee hatte, erwähnt Eizenstat mit keinem Wort. Er übersieht, dass die Neutralität der Schweiz *keine momentane Haltung* im Zweiten Weltkrieg war, nicht opportunistischen oder anderen fragwürdigen Gründen entsprang, sondern einer *historischen und völkerrechtlich fundierten Staatsmaxime*, welche im Grunde im 16. Jahrhundert in Marignano begann, seit dem Dreissigjährigen Krieg eingehalten wurde und seit dem Wiener Kongress von 1815 integrierender Bestandteil des internationalen Völkerrechts ist.

Heute wird es der Schweiz geradezu als Fehler vorgeworfen, dass sie sich *nicht am Krieg beteiligt* hat. Bei allem Respekt vor der gewaltigen Leistung der Vereinigten Staaten von Amerika und seiner Alliierten bei der Befreiung Europas dürfen wir nicht vergessen: Die USA waren nach dem Ersten Weltkrieg massgebliche Vordenker des verhängnisvollen Versailler Vertrags, der dem späteren europäischen Kriegsgeschehen den Boden bereitete. Kurz danach aber überlies-

sen die USA Europa sich selbst und führten noch nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs eine *Politik der «Nichtkriegführung»*. Hätten die *Japaner* Ende 1941 die USA nicht angegriffen, so wäre dieses mächtige Land dem Krieg wohl ebenfalls *ferngeblieben*. Umgekehrt wäre die bewaffnete neutrale Schweiz im Falle eines *Angriffs durch die Deutschen* genauso wie die Vereinigten Staaten *in den Krieg eingetreten*.

## Macht gegen Recht

Der heute erhobene Hauptvorwurf in den USA gilt dem Verhalten der Schweiz *nach dem Krieg*. Dieses sei wenig kooperativ, sogar widerspenstig und eigennützig gewesen. Herr Eizenstat spricht von einer *«legalistischen»* Haltung. Meine Damen und Herren, nun wird es gefährlich. Was heisst *Legalismus*? Es heisst nichts anderes als das strikte Befolgen von Gesetzen! Hier geht es um die *Souveränität* des Kleinstaates. Denn *der Kleinstaat hat immer nur das Recht auf seiner Seite und nicht die Macht*. Weit mehr als eine Grossmacht muss sich die kleine Nation peinlichst genau an das zwischen den Staaten ausgehandelte Recht halten und umgekehrt unerschrocken und – wenn es sein muss – unbequem und hartnäckig – eben legalistisch – von den Mächtigen die Einhaltung des Rechts verlangen. Der Kleinstaat darf sich nicht dem Druck, nicht dem modischen Zeitgeist, nicht dem momentanen Trend beugen. Der in seiner Macht beschränkte Kleinstaat hat kaum je grosse Gesten und grosse Worte anzubieten. Das ist unangenehm für die immer zahlreicheren *«Visionäre»* und Moralisten in unserer Politik, die am Kleinstaat leiden, weil der ihre phantastischen Tagträume schmerzlich begrenzt. Nein, wir Schweizer müssen in *Verträgen* mit den andern Staaten dieser Welt unser *Recht* mühsam in unzähligen Paragraphen festhalten. *«Erbsenzählen»* nennt man das Aushandeln von internationalen Verträgen heute verächtlich.

1946 stellte die Schweiz in Washington der politischen Macht der Alliierten hartnäckig das schweizerische und das internationale Recht entgegen. Man musste betonen, dass die *bewaffnete Neutralität kein willkürlicher Schweizer Spleen* ist, sondern *immerwährend und von den Völkern rechtlich anerkannt*. Man räumte das misstrauische Vorurteil aus, die Schweiz habe mit den Nazis sympathisiert. *Minister Walter Stucki* sagte als Leiter der damaligen Schweizer Delegation: *«Wir wollen und dürfen Ihnen nicht verhehlen, dass es bei uns nicht verstanden wird, wenn grosse und mächtige Länder, die den Krieg für Freiheit und Demokratie geführt und gewonnen haben, unserem kleinen und wirtschaftlich machtlosen Land gegenüber Druckmittel anwenden, die man sonst von anderer Seite gewohnt war.»*

Schliesslich einigte sich unser Land 1946 mit den Alliierten im *Washingtoner Ab-*

*kommen*'. Die Schweiz zahlte den Alliierten ohne jede Schuldanerkennung Gold im damaligen Wert von 250 Millionen Franken. Zusätzlich musste sie einen Teil der in der Schweiz liegenden deutschen Vermögenswerte herausgeben, wobei die Schweiz als Rechtsstaat den betreffenden Deutschen einen Entschädigungsanspruch einräumte. In der Schweiz wurde dieses Washingtoner Abkommen als höchst *ungerecht und erniedrigend* empfunden. Heute davon zu sprechen, der Schweizer Kleinstaat habe die völlig ahnungslosen alliierten Grossmächte bei diesen Verhandlungen listig über den Tisch gezogen, ist geradezu lächerlich. Eine *Neuverhandlung des Washingtoner Abkommens ist absurd und könnte höchstens zugunsten der Schweiz ausfallen*, vor allem wenn man bedenkt, dass das damals kräftig Gold scheidende, faschistisch regierte Portugal kein Gramm Gold herausrücken musste und Österreich sowie Italien – zum Zweiten Weltkrieg Waffenbrüder der Nazis – nach dem Krieg gleich tonnenweise Gold von den Alliierten erhielten.

## Handel

Es muss hier nochmals betont werden, dass der Aussenhandel mit Deutschland und mit von den Nazis besetzten Ländern für die Schweiz eine besondere Bedeutung hatte: Die Schweiz war *von den Achsenmächten umklammert*. Sie verfügte weder über Bodenschätze noch über Meeranschluss und hing als hochentwickel-



*Mal sehen, was sich da alles noch herauspressen lässt*

ter Industrie- und Dienstleistungsstandort von ausländischen Rohstoffen und Finanzbeziehungen ab, auch und gerade während des Krieges. Erst der Import von Waffen, Kohle, Eisen und Benzin ermöglichte die notwendigen Verteidigungsanstrengungen, die systematische Modernisierung der Armee, den eindrucklichen Ausbau des Réduits. Es ging für die neutrale Schweiz nicht darum, den Krieg zu gewinnen oder zu verlieren, sondern darum, zu *überleben* und *den Krieg durchzustehen*. Als international tätigem Unternehmer ist mir durchaus bewusst, dass die Wurzeln des schweizerischen Wohlstands in der Aussenwirtschaft liegen. Es ist richtig und erfreulich, wenn heute neben den Leistungen der Armee auch die bemerkenswerten Leistungen unserer damaligen Aussenhandelsdelegierten vermehrt ins allgemeine Bewusstsein rücken. *Bundesrat Stampfli*, der tüchtige Volkswirtschaftsvorsteher, war schon während des Krieges mit Recht enttäuscht, dass die enormen Anstrengungen der Aussenwirtschaft im Inland nicht gebührend gewürdigt wurden. Ihr Werk des Widerstandes wurde gegen aussen nicht sichtbar, durfte es um der Sache willen nicht werden.

Heute ist die seinerzeitige Handelspolitik in aller Munde – aber nicht die Verdienste der damaligen Verantwortlichen werden gewürdigt, im Gegenteil: Man entschuldigt sich für ihre gewaltigen Anstrengungen. *Nach näherer Beschäftigung mit unserer Aussenwirtschaft während des Zweiten Weltkrieges bin ich tief beeindruckt von den Leistungen der damaligen Wirtschaftsdiplomaten.*

## Ahnungsloser Besserwisser

Herr Eizenstat behauptet, ab Mitte 1943 sei Deutschlands Fähigkeit, neutrale Staaten zu bedrohen, beträchtlich zurückgegangen. Und er wirft der Schweiz vor, sie habe sich nach 1943 nicht an den Wirtschaftssanktionen der Alliierten gegen Deutschland beteiligt. Im *April 1944* übermittelten die Alliierten den Neutralen den *Befehl, alle Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland abzubrechen*. Hätte die Schweiz dem Folge geleistet, hätte sie das *Völkerrecht gebrochen*. Eizenstat scheint auch zu vergessen, dass die Schweiz bis zum Herbst 1944 eine Enklave der Nazis war. Nach der *Absetzung Mussolinis* und der Kapitulation der italienischen Armee im Herbst 1943 hatte sich die Situation sogar noch verschärft, da nun die Deutschen ganz Oberitalien, vor allem auch den Hafen von Genua, besetzten und anstelle der zeitweise entgegenkommenderen Italiener auch die Kontrolle der schweizerischen Südgrenze übernahmen. Noch 1944 waren die Nazis in der Lage, *Ungarn* zu überfallen und dort ein *Blutbad* anzurichten. Ebenso scheint Eizenstat entgangen zu sein, dass die Deutschen noch im Dezember 1944 die grossangelegte *Ardennenoffensive* durchführten, die ebensogut durch Schweizer Gebiet hätte erfolgen können. Für die Alliierten bedeutete dies

## Offener Brief an Bundesrat Moritz Leuenberger

# Brandstifter?

*Sehr geehrter Herr Bundesrat*

*In einem Zeitungsinterview werfen Sie Nationalrat Christoph Blocher «Brandstiftung» vor. Das ist eine ungeheuerliche Anschuldigung. Solange ein Bürger dieses Landes nicht rechtsgültig wegen einer Straftat verurteilt ist, darf er niemals als Täter bezeichnet werden.*

*Nationalrat Christoph Blocher setzt sich seit jeher für Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz ein. Er wehrt sich gegen unhaltbare Anschuldigungen ausländischer wie inländischer Moralisten. Er erfüllt damit einen Verfassungsauftrag, wie er dies als Nationalrat und wie Sie dies als Bundesrat bei der Amtsübernahme geschworen haben. Unabhängigkeit und Neutralität werden allerdings ausgerechnet von jenem Intellektuellen, den Nationalrat Christoph Blocher Ihrer Meinung nach verleumdet haben soll, als «Furz» bezeichnet.*

*Es hat leider bei den Sozialisten Tradition, dass sie den leistungswilligen und erfolgreichen Bürgerinnen und Bürgern mit Neid und Missgunst begegnen und Tatsachen in ihr Gegenteil verkehren. So werden Andersdenkende bald einmal zu Brandstiftern, Randalierer dafür zu Andersdenkenden umfunktioniert. In diesem Licht ist auch die Kollaboration einiger Ihrer sozialistischen Mitgenossen mit den Potentaten der sogenannten «demokratischen» Republiken im ehemaligen Ostblock zu sehen. Hier steht die Vergangenheitsbewältigung noch aus, dazu üben sich die von Ihnen gelohnten Intellektuellen in Funkstille...*

*Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat Leuenberger, die Unterstellung, Nationalrat Christoph Blocher betreibe Brandstiftung, öffentlich zu widerrufen.*

*Mit freundlichen Grüssen*

*Urs Schenker, Hüttwilen  
(11. Juli 1997)*

eine der letzten ganz grossen Gefahren der Kriegführung. Auch wenn uns die Westalliierten für einen Bruch mit Deutschland reichlich mit Lieferungen hätten belohnen wollen, die lückenlose deutsche Gegenblockade hätte die Waren nicht

durchgelassen. Die Alliierten haben *nie angeboten*, die eingeschlossene Schweiz mit einer *Luftbrücke* zu versorgen. *Und wer glaubt, die Schweiz hätte ihre Neutralität in dem Moment aufgeben sollen, in dem das Kriegsglück auf die Seite der Alliierten gewechselt hatte, hat von der Staatsmaxime der dauernd bewaffneten Neutralität nichts begriffen!*

Eizenstat verliert kein einziges Wort über jene immens wichtige Tatsache, die den Schweizer Golderwerb von der Deutschen Reichsbank erst erklärt: Im *Juni 1941* – also *vor* den bedeutenden Goldkäufen bei der Reichsbank durch die Schweiz – *beschlagnahmten die Vereinigten Staaten sämtliche in den USA befindlichen schweizerischen Gold- und Devisenguthaben*. Und diese gesperrten Guthaben waren stattlich: Schon Mitte 1938 hatte die Schweizerische Nationalbank aus finanzpolitischer Vorsorge für den Kriegsfall Gold im Wert von fast einer Milliarde Franken jenseits des Atlantiks in Sicherheit gebracht. Im Mai 1939 erreichten die schweizerischen Golddepots in den USA den respektablen Wert von 1.7 Milliarden Franken (also einen genau gleich hohen Wert wie der viel-diskutierte Golderwerb von den Deutschen). Doch damit nicht genug: Im Mai 1940 übernahmen die USA eine weitere Schweizer Goldmilliarde und noch Mitte Juni, in den Tagen des französischen Zusammenbruchs, startete eine kleine Swissair-Maschine von Locarno nach Lissabon für einen letzten Transfer von 12'000 Kilo Gold. *Aus Sicherheitsgründen befanden sich 1941 nach amerikanischer Schätzung schweizerische Guthaben der Nationalbank, der Regierung und der Wirtschaft im Wert von 6,3 Milliarden damaliger Franken in den USA*. Dies war sechsmal soviel wie der gesamte jährliche Bundeshaushalt vor Kriegsausbruch! Diese gewaltigen schweizerischen Guthaben wurden im *Juni 1941 wegen der politischen Situation durch die USA «eingefroren»*, weil die damals noch nicht kriegführenden Vereinigten Staaten von Amerika die neutrale Schweiz wie einen Feind behandelten.

## Gold

Die nicht nur unangenehme und ärgerliche, sondern für die Schweizer Wirtschaft geradezu gefährliche Behinderung durch die USA machte für die Schweiz die *Goldgeschäfte mit den Deutschen* nötig, weil sie über das in New York blockierte Gold ja nicht verfügen konnte. Ein Verzicht auf das deutsche Gold hätte es der Schweiz verunmöglicht, erfolgreich auf die damalige Konjunkturlage einzuwirken. Gold brauchte die Schweiz für die *eigene Versorgung mit ausländischen Rohstoffen* und für die Bezahlung anderer lebenswichtiger Importe. Am 11. September 1942 stellte die Nationalbankführung fest, dass die Erhöhung der Goldbestände *aus Gründen des nationalen Verteidigungsinteresses* erfolge. Ein *intakter, stabiler Finanzplatz mit einer gesunden Währung bildete eine wichtige Voraus-*

## Der Schriftsteller als Pamphletist

Schriftsteller Adolf Muschg wurde am 13. Mai 1934 geboren. In seinem Elternhaus soll eine deutsch-freundliche Stimmung geherrscht haben. So wurde dem Sprössling der Name Adolf zugesprochen. Dafür kann er allerdings nichts.

Dagegen machen wir ihm zum Vorwurf, dass er unlängst gegen die Schweiz eine Schmähchrift verfasst hat. Sie erschien unter dem Titel: «Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt» (Verlag Suhrkamp) und enthält mehrere schwerwiegende Anklagen.

So wird dort behauptet: «Wir waren stille Teilhaber einer industriellen Menschenvernichtung und haben damit verdient. Das ist unsere Schuld.» So habe sich «die Schweiz als Musterknabe am Unglück anderer eine goldene Nase verdient». Dazu kommt der Vorwurf, dass wir «bei Hitler mitgemacht» hätten. Das alles sind unqualifizierte Verunglimpfungen, zu denen wir nicht schweigen können.

Muschg bekennt sich mit diesem Pamphlet zur Kollektivschuld seines Volkes. Der einst von Hitler gejagte Schriftsteller Ludwig Marcuse hat in seiner Autobiographie «Mein 20. Jahrhundert» festgehalten: «Ich bin leidenschaftlich gegen den Begriff Kollektivschuld. Sie ist Ausdruck einer Hitler-Methode: Vom Einzelnen abzusehen und nur noch in Gruppen zu denken. ... Wer für Kollektivschuld eintritt, hat mehr Hitler in sich, als er ahnt.» Wir stimmen dieser Auffassung vorbehaltlos zu.

Im Übrigen fällt auf, dass Muschg seine belastenden Äusserungen über unser Volk in keiner Weise zu belegen versucht. Ein Vergleich mit Jean Ziegler drängt sich auf. Dieser Pamphletist aus Genf muss sich immer wieder den Vorwurf gefallen lassen, seine masslosen Anklagen seien nicht belegt oder er gehe liederlich mit den Quellen um. Bei Muschg vermissen wir nicht nur Belege, sondern auch Quellenangaben. Wir verfügen in der Schweiz über zuverlässige und grundlegende Werke eines Bonjour und eines Gautschi, die uns mit den Vorgängen in der Zeit des Zweiten Weltkriegs eingehend vertraut machen. Hat sich Muschg je einmal die Mühe genommen, wenigstens die herausragende – vom späteren Bundesrat Schaffner stammende – Doku-

mentation über «Die Aussenhandelspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg» zu studieren? Weder in Schaffners ausführlichem Bericht noch in den angeführten Geschichtswerken findet sich auch nur der leiseste Verdacht, dass sich «die Schweiz am Unglück anderer eine goldene Nase verdient hat». Widerlegt wird sodann die Behauptung von Muschg, wir hätten «bei Hitler mitgemacht». Tatsache ist vielmehr, dass sich unser Volk in der Zeit des Zweiten Weltkriegs in seiner überragenden Mehrheit zu den Alliierten bekannte. Hans Schaffner spricht in seiner Dokumentation vom «harten Widerstand, den die Schweiz, den Machthabern des Dritten Reichs entgegen gesetzt hatte».

Adolf Muschg zählt zu jenen intellektuellen Literaten, die auf das ästhetische Erleben der Welt setzen. Ihr Hang zur revolutionären Ungeduld hat auch ästhetische Motive. Da diese Literaten an der politischen Macht nicht teilhaben können, bemühen sie sich desto eifriger um radikale Formulierungen. Gegen letztere wäre nichts einzuwenden, solange sie nicht zu einer Schmähschrift ausarten: zum Schaden unseres Landes und zur Ermunterung seiner Gegner.

In Abwandlung einer Strophe von Wolf Biermann lässt sich zusammenfassen:

*Adolf Muschg, du linker Mann,  
Du richtest nur noch Schaden an.  
Du liegst nicht schief,  
du liegst schon quer!  
Du machst uns populär.*

*Richard Lienhard*

(«Schlusspunkt», 5. September 1997)

*Setzung der Landesverteidigung.* Dazu gehörten auch die entsprechenden Goldreserven. Die Angst vor einer Abwertung des Frankens war gross und begriff-

## Fazit

Der Eizenstat-Bericht stellt einen *Angriff auf unsere Staats Säulen Neutralität und Souveränität* dar. Er bedeutet eine *unzulässige Einmischung* eines fremden Staates in unsere inneren Angelegenheiten. Ein souveräner Staat darf sich eine solche Einmischung nicht bieten lassen. Der Bericht ist *in aller Entschiedenheit zu-*

*rückzuweisen.* Die bisher vom Bundesrat erteilte Antwort dürfte in den USA kaum als eine solch entschiedene Rückweisung aufgefasst werden.

Das Urteil Eizenstats, die Neutralität sei «unmoralisch», ist *beleidigend* und stellt einen *Angriff auf das Völkerrecht* dar. Die schweizerische Neutralität war auch während des Zweiten Weltkriegs keine momentane opportunistische Haltung, sondern eine über Jahrhunderte bewährte eidgenössische Staatsmaxime.

Der Vorwurf des «*Legalismus*» ist nichts anderes als Ausdruck einer Gesinnung, welche die *Macht des Grossstaates über das Recht des Kleinstaates stellt*. Gerade der Kleinstaat, dem die Macht fehlt, hat sich strikt an das *Recht* zu halten. Der Vorwurf Eizenstats, die Schweiz sei zu legalistisch verfahren, ist gerade für einen Kleinstaat *völlig unakzeptabel*.

## Nein zu Erpressungen!

Nach Boykottdrohungen aus New York haben nicht nur die obersten Bankherren die Nerven verloren, auch der Bundesrat ist in Panik geraten, was auch vom Ausland so wahrgenommen wird. Er hat sich auf Druck von ausländischen jüdischen Organisationen *zu Zahlungen aus dem Volksvermögen erpressen lassen!* Dass nun die bis anhin unabhängige Nationalbank geplündert werden soll, ist aus wirtschaftspolitischer Sicht verheerend. *Dass sich Schweizer Politiker erpressen lassen, ist aus staatspolitischer Sicht noch viel verheerender.* Der Versuch, Geld oder sonstige Zugeständnisse durch Drohungen zu erpressen, ist in Politik und Wirtschaft leider geradezu alltäglich geworden. Derjenige, der erpresst, handelt zwar schlimm. Noch *schlimmer* aber handelt derjenige, der *Erpressungen nachgibt*. Er ermutigt den Erpresser, seine offensichtlich erfolgreiche Erpressungsmethode weiter fortzusetzen und macht sich so *stets aufs Neue erpressbar*.

Die Schweiz wird zeigen, dass sie nicht erpressbar ist, und die Welt wird unser Nein mit Bewunderung zur Kenntnis nehmen. Sie wird sehen, dass da nicht Politiker bestimmen, die sich erpressen lassen, sondern dass *ein unabhängiges und souveränes Volk das letzte Wort hat*. Damit wird sich unser Kleinstaat Respekt verschaffen – ganz im Sinne des vor hundert Jahren verstorbenen grossen Kulturhistorikers *Jacob Burckhardt*: «*Der Kleinstaat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sei, wo die grösstmögliche Quote der Staatangehörigen Bürger im vollen Sinne sind.*»

(27. Juni 1997)

## Ein Schweizer Standpunkt

*Als die Bankenkommission des amerikanischen Repräsentantenhauses am 25. Juni 1997 ihr bisher letztes öffentliches Hearing über (oder gegen?) die Schweiz durchführte, wurde auch dem an der Universität Genf lehrenden Professor Antoine Fleury die Möglichkeit für ein Statement eingeräumt.*

Zwar sorgte der Hearings-Zeitplan dafür, dass Professor Fleury seine Äusserungen derart spät anbringen konnte, dass die Presseleute längst gegangen und (laut Zeugenaussagen von anwesenden Zuschauern) zumindest ein Teil der Parlamentarier den Strapazen des Hearings durch offensichtliche Schläfrigkeit sichtbar Tribut zollten; so äusserte sich Professor Fleury doch in einer Art, die sich von der kuschenden offiziellen Haltung der im Namen der Schweiz auftretenden Sprecher wohltuend absetzte. Seine Ausführungen sollen deshalb wörtlich in Auszügen wiedergegeben werden:

### *USA verhinderten Rettung von Juden*

*«Anfang 1942 gaben der amerikanische Staatssekretär Cordell Hull und der für die wirtschaftliche Kriegführung zuständige englische Minister Lord Selborne den Beschluss bekannt, wonach all jene auf eine «schwarze Liste» gesetzt würden, welche sich mittels Überweisungen von harter Währung nach Deutschland am Freikauf von Juden beteiligen würden. Dies galt ausdrücklich auch in solchen Fällen, wo Juden ganz akut von der Deportation in Lager bedroht waren. Es ist belegbar, dass von dieser Massnahme der Alliierten vor allem holländische Juden betroffen waren, deren Loskauf via eine Zürcher Anwaltskanzlei (die dann prompt auf die erwähnte «schwarze Liste» gesetzt wurde) eigentlich möglich gewesen wäre.*

*Diese von den Alliierten verhängte Sanktion brachte ganz klar zum Ausdruck, dass es für die Alliierten weit wichtiger war, Geldströme von relativ geringfügigem Ausmass via Schweiz ans Reich zu unterbinden, als Juden vor dem Holocaust zu retten. Eine Tatsache, die im Zusammenhang mit den heute oft beschworenen «moralischen Verpflichtungen» auch von Kriegführenden unbedingt erwähnt werden muss.»*

### *Gab es eine Alternative?*

*«Die Frage sei erlaubt: Welches wäre eigentlich der Nutzen gewesen, wenn sich*

## Rosario Romeo

aus Sizilien gebürtiger Historiker, über Staaten und Völker, die ihre eigenen Wurzeln zerstören:

*«Ein Land, das sich in Gedanken von der eigenen Vergangenheit abgelöst hat, befindet sich in einer Identitätskrise. Ohne ideelle Werte ist es damit verfügbar für alle möglichen Abenteuer. Wenn die Erinnerung verlorengeht, die Gemeinschaftswerte keine Verpflichtung mehr besitzen, geht auch das Bewusstsein für das Gemeinwohl verloren, und die Politik läuft Gefahr, zu reiner Geschäftemacherei zu verkommen.»*

(17. Oktober 1997)

*die Schweiz in den Jahren 1943/44 offen auf die Seite der Alliierten geschlagen hätte? Den Alliierten hätte ein solcher Schritt schwierige Komplikationen beschert. Je deutlicher sich damals das Kriegsgeschehen dem Zentrum Europas und damit den Landesgrenzen der Schweiz näherte, desto akuter wurde die Gefahr eines Angriffs der Deutschen Wehrmacht auf die Schweiz. Einige deutsche Divisionen hätten dann die Schweiz wohl besetzt. Die Nazis hätten sich alle Ressourcen des Landes angeeignet. Was hätten alliierte Truppen, die damals im südlichen Italien standen, dagegen unternehmen können?*

*Wer die historischen Zusammenhänge genauer kennt, weiss nur zu genau, dass der Erlass eines Transitverbots durch die Schweiz damals wohl genügt hätte, eine deutsche Intervention zu provozieren, sei es in Form eines militärischen Angriffs oder in Form einer rigorosen Wirtschaftsblockade gegen die Schweiz. Beiden Angriffsformen hätte die Eidgenossenschaft auf die Länge nicht widerstehen können. Welche Konsequenzen hätte eine Besetzung der Schweiz durch die Nazis auf all die von der Schweiz weltweit entfalteten humanitären Aktivitäten gehabt? Was wäre mit den Zehntausenden von Flüchtlingen in der Schweiz – vor allem mit den jüdischen Flüchtlingen – geschehen?*

*Ich kann wohl darauf verzichten, in allen Einzelheiten daran zu erinnern, was 1944 mit Ungarn geschah, als sich dieses Land den Angelsachsen zu nähern suchte: Ein brutaler Angriff der deutschen Wehrmacht war die Folge. Gleichzeitig entfaltete Adolf Eichmann seine unheimlichen Aktivitäten. Und welches waren die Folgen des Aufstands von Warschau im August 1944?»*

## Die «reiche Schweiz»

«Hat man in den USA eigentlich vergessen, dass bis 1939 von der Schweiz aus weit mehr Kapital in den USA als in Deutschland investiert worden ist? Natürlich hat der Krieg diese Entwicklung gestoppt, natürlich konnte der freie Handel der Schweiz mit den USA erst nach dem Krieg wieder aufgenommen werden. Hat man denn in den USA vergessen, dass noch im Jahre 1946 nicht weniger als 8 Milliarden Schweizer Franken in den USA blockiert waren – eine weit grössere Summe als der Gesamtbetrag des Handels zwischen der Schweiz und dem Reich während des ganzen Kriegs (total rund 6 Milliarden Franken für Importe und Exporte)? Zahlen, die einen Eindruck vermitteln, welch gewaltiger Schaden den Schweizer Investoren und der Schweizer Industrie aus der amerikanischen Politik der «Vermögenseinfrierung» und der den bilateralen Handel lähmenden «schwarzen Liste» erwuchs.

Und dann das so oft beschworene Bild von der so «reichen» Schweiz am Ende des Zweiten Weltkriegs! Sicher, im Vergleich zu den schwer zerstörten Nachbarländern befand sich die Schweiz in weit besserer Lage. Wäre es aber nicht fair, auch einmal die konkreten Lebensbedingungen in der Schweiz von damals genauer zu betrachten? Darf ich Sie daran erinnern, dass die durchschnittliche Lebensmittelration, die der Schweizer Bevölkerung in den Jahren 1945/46 zukam, ziemlich genau einem Drittel jener Ration entsprach, die jeder damals in Europa stationierte amerikanische Soldat erhielt? Indessen: Trotz dieser höchst prekären Versorgungslage liess sich die Schweizer Bevölkerung nicht davon abhalten, den kriegsgeschädigten Ländern mit beispielhafter Grosszügigkeit zu Hilfe zu kommen.»

(8. August 1997)

*Ein amerikanischer Bankier wendet sich an die Schweiz*

## «Stehe fest, Helvetia!»

*Meine Liebe zur Schweiz und den Schweizern begann vor fast 40 Jahren, noch als junger Mann. Ich hatte das grosse Glück, eine Stelle als «Stagiaire» in einer Schweizer Bank zu finden.*

In den folgenden Jahren war ich in der Lage, die Schweiz aus beruflichen Gründen regelmässig zu besuchen. Mit der Zeit habe ich das ganze Land kennengelernt und hatte das Glück, einige wertvolle Freundschaften entwickeln zu können.

## Ungerechte Beschuldigungen

Ich beginne mit diesem Hintergrund, weil ich als Amerikaner es schmerzlich finde zu lesen, dass sich infolge gewisser Aspekte in der Haltung der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges allmählich unter den Schweizern eine Kluft auftut. Jeder, der mit der Geschichte vertraut ist, weiss, dass die Schweizer das Richtige taten, um zu *überleben*. Die Beschuldigungen gegen die Schweiz entbehren jeder Berechtigung. Auch in Fällen, wo die Schweizer zeitweise ihre Grenzen für Flüchtlinge schlossen, taten sie nur das, was andere Nationen, inklusive der USA, auch taten und übrigens aus den gleichen Gründen. Die damalige wirtschaftliche Lage war als Folge der Wirtschaftskrise geprägt von weltweiter, hoher Arbeitslosigkeit. Wenn jemand in diesen enorm schwierigen Zeiten zu viele Flüchtlinge aufnahm, dann bedeutete dies schlicht und einfach, dass man sich dadurch eine zusätzliche Soziallast aufbürdete, die die eigene Bevölkerung in Schwierigkeiten brachte. Damals sah die wirtschaftliche Lage so schwarz aus, dass nur wenige glaubten, dass jemals wieder bessere Zeiten eintreten würden und das Heer von Arbeitslosen jemals wieder Beschäftigung finden würde. Deshalb war schon gar nicht daran zu denken, für die neuen Ankömmlinge Arbeit zu finden.

Journalistische Versuche, die Idee, die Schweizer hätten von «Nazigold» profitiert, sensationell aufzubauschen, sind glatter Unsinn. In Kriegszeiten ist ferner



*Wer alles hat eigentlich noch Hunger auf unser Geld?*

keiner interessiert, sich lebenswichtige Güter und Dienstleistungen mit der Währung eines kriegführenden Landes bezahlen zu lassen. Kriege können über Nacht verloren gehen und die Währung des Verlierers wird ebenso rasch wertlos. Es war also wesentlich weiser, *Gold* entgegenzunehmen als eine Reichsmark, die anschliessend auf Null sank. Dies ist auch genau der Grund, warum *alle Länder* für solche Zeiten höchster Not und Verzweiflung einen möglichst grossen *Goldvorrat* halten, damit sie ein universal akzeptables Zahlungsmittel zur Verfügung haben, um *überleben* zu können.

## Weshalb gerade jetzt?

Ich habe einige Schweizer Freunde befragt, was ihrer Ansicht nach der Grund sei, warum die Schweiz gerade *in dem Moment* für diese ungerechtfertigte Kritik ausgewählt wurde. Die meisten glaubten, es sei der *Neid* darüber, dass es der Schweiz gelungen ist, den höchsten Lebensstandard der Welt zu erreichen. Neid regiert schliesslich die Welt und nicht das Geld, und die Neider haben die Schweizer schon immer verdächtigt, sie hätten aus der Not der andern Profit geschlagen. Die Schweizer *Neutralität* wird deshalb von vielen als List angesehen, um in Kriegszeiten mit beiden Seiten Handel treiben und profitieren zu können. Natürlich hört man ab und zu solch abstruse Ansichten, aber es erklärt nicht, warum die «Attacke» auf die Schweiz gerade in diesem Moment geritten wird. Schlussendlich erfreut man sich doch auch in den meisten anderen europäischen Ländern eines guten Wohlstands.

## Unheilvolle Kräfte am Werk

Meiner Meinung nach sind hier weit böser und unheilvollere Kräfte am Werk als nur Neid. Ich glaube, dass dies eine *Attacke auf das Schweizer Bankgeheimnis* ist. *Senator d'Amato* ist lediglich das Werkzeug dieser Kräfte. Es glauben viele Schweizer, dass es ihm als republikanischem Senator des Staates New York (ein Staat mit vielen jüdischen Wählern) nur um Stimmenfang für seine Wiederwahlkampagne geht. Wie auch immer er gewisse jüdische Interessen zu fördern scheint, weiss d'Amato genau, dass dies für ihn kein realistisches Ziel ist. Es ist nämlich allgemein bekannt, dass nach den amerikanischen Schwarzen die amerikanischen Juden normalerweise für den *demokratischen* Kandidaten stimmen (80 Prozent +) und zwar bei praktisch jeder Wahl.

Die Wahrheit ist vielmehr, dass d'Amato als Chef des *Senate Banking Committee* von einigen Beamten des US-Schatzamtes und der Steuerbehörde (Internal Revenue Service IRS) als deren Polizist und Werkzeug benützt wird. Diese Krei-

## *Macht oder Recht*

*Als die Schweiz, ab 1940 vollständig umschlossen von den Achsenmächten, all ihren Aussenhandel nur noch mit oder über Nazi-Deutschland abwickeln konnte, tat sie dies nie aus Sympathie zu den Nazis. Sie tat es, weil General und Bundesrat genau wussten, dass die Schweiz als freier, unabhängiger Staat nur überleben konnte, wenn sie sich selbst verteidigen, wenn Hunger abgewendet und wenn jedem Aktivdienst leistenden Wehrmann der Arbeitsplatz zuhause gesichert werden konnte. Insbesondere dem General war klar: Wären Ernährung und Arbeitsplätze nicht garantiert gewesen, hätten sozial motivierte Konflikte und Unruhen das Land so geschwächt, dass es zu der ihm abgeforderten geistigen und militärischen Abwehrleistung im Angesicht der vielfach übermächtigen Kriegsmaschinerie Nazi-Deutschlands nie fähig gewesen wäre.*

*An diesem überlebenswichtigen Tatbestand hatte sich damals die schweizerische Handelspolitik zu orientieren. Natürlich nutzte Hitler diese Notlage, natürlich verlangte er für ihn kriegswichtige Güter im Gegenzug zu Nahrungsmittellieferungen. Natürlich nutzte er die Tatsache, dass sich die Schweiz für Warenlieferungen nur mit Gold – woher dieses auch immer kam – bezahlen lassen konnte. Was hätte man mit Reichsmark ausserhalb des Nazi-Herrschaftsbereichs schon anfangen können!*

*Wenn uns der amerikanische Eizenstat-Bericht heute belehren will, spätestens nach der deutschen Niederlage in Stalingrad hätte die Schweiz ihre Handelspolitik «anpassen» müssen, dann beweisen die Autoren dieses Berichts nur eines: Sie haben von der damaligen Wirklichkeit keine Ahnung! Was hat denn Stalingrad an der Versorgungslage der Schweiz geändert? Haben danach etwa die Amerikaner den Schweizern die Landesversorgung per Luftbrücke angeboten? Die Schweiz war, wollte sie als freier Staat überleben, noch für viele Monate vom Aussenhandel mit oder via Nazi-Deutschland abhängig. Alles andere sind Hirngespinnste ahnungsloser Besserwisser.*

*Es war nach dem Krieg das überragende Verdienst des Schweizer Unterhändlers Minister Walter Stucki, den Alliierten die Augen für diese wahren Zusammenhänge geöffnet zu haben. Und darauf, auf der alliierten Anerken-*

nung der unverschuldeten Notlage, in welche die Schweiz im Krieg geraten war, beruht das Washingtoner Abkommen von 1946.

Weil in Bern eine Persönlichkeit vom Format Walter Stuckis heute fehlt, wird das politische Feld Figuren vom Schlage d'Amatos überlassen. Dieser will – Milliarden witternd – die Schweiz gar vor seine Senatskommission zitieren. Das hat uns gerade noch gefehlt! Wenn heute jemand irgendwohin zu zitieren ist, dann hat der Bundesrat höchstens die amerikanische Botschafterin ins Bundeshaus zu rufen. Dort ist ihr, höflich aber bestimmt, einerseits der wahre Sachverhalt der Kriegsjahre in Erinnerung zu rufen. Vor allem aber ist ihr klar zu machen, dass das Washingtoner Abkommen ein nach völkerrechtlichen Grundsätzen abgeschlossener, gültiger Vertrag ist. Das Völkerrecht gilt für alle zivilisierten Staaten, für kleine wie für grosse, für die USA wie für die Schweiz. Die Zeiten des Faustrechts, in die sich Figuren wie d'Amato offensichtlich zurücksehen, gehören der Vergangenheit an.

Ulrich Schlüer

(«Spalte rechts», 16. Mai 1997)

se haben es auf das Schweizer Bankgeheimnis abgesehen. Viele dieser Beamten glauben nämlich naiverweise, dass die Schweiz eine grosse Geldwäscheorganisation für Drogenbarone und andere Kriminelle ist. Wieder anderen sind die Schweizer Banken einfach ein Hindernis zur Erreichung einer *totalen internationalen Bankentransparenz*, die sie als eine unerlässliche Voraussetzung betrachten, um das utopische Komplott einer «*Neuen Weltordnung*» zu fördern. Um das Bankgeheimnis zu beseitigen, versucht man deshalb einfach, die Schweizer Banken in Verruf zu bringen, indem man ihnen vorwirft, sie hätten in der Verwaltung von Geldern einiger Opfer des Holocaust nicht ehrenwert gehandelt.

## Lebenswichtiges Bankgeheimnis

Meine Freunde und vor allem die Schweizer Politiker müssen verstehen, dass es mit dem *Wohlstand der Schweiz zu Ende* ist, wenn sie die Zerstörung des Schweizer Bankgeheimnisses zulassen. Aber auch mit der *wirtschaftlichen Freiheit* überall in der Welt ist es dann vorbei. Solange man in den Schweizer Banken Geld deponieren kann, welches durch ein striktes Bankgeheimnis geschützt ist, hat die Menschheit die Möglichkeit, ihre wirtschaftliche Freiheit aufrechtzuerhalten. Da jegliche Freiheit auf wirtschaftlicher Freiheit basiert, ist es lebenswichtig, dass

das Schweizer Bankgeheimnis mit allen Mitteln geschützt wird. Wenn es untergeht, wird es auf dieser Welt keine freien Menschen mehr geben. Keiner wird mehr in der Lage sein, die Früchte seiner Arbeit vor dem Zugriff des «*Grossen Bruders*» zu schützen.

Das Schweizer Bankgeheimnis ist einmalig, weil es die einzige Industrie ist, welche die ganze Welt wirklich braucht. Natürlich verschafft es den Schweizern einen hohen Lebensstandard, aber allen anderen Menschen dieser Welt verschafft es die Möglichkeit, sich vor den endlosen Raubzügen Wohlstand umverteilender Politiker zu schützen.

Einige vermag dieser Standpunkt nicht zu überzeugen, aber sie sollten sich vielleicht überlegen, welche andere Schweizer Industrie dann in die Lücke springen kann, wenn die Schweizer Banken ihre speziellen Privilegien verlieren würden. Die Welt kann ganz gut ohne Schweizer Käse, Chemikalien, Schokolade und Uhren auskommen. Aber wer ersetzt die Arbeitsplätze, wenn es das Schweizer Bankensystem nicht mehr gibt? Dies ist die Frage.

## Die Schweiz muss neutral bleiben

Das Schweizer Bankgeheimnis zu verteidigen geht für die Schweiz nicht ohne Kosten ab. Es bedeutet, dass die Schweiz *neutral* bleiben muss, und zwar im striktesten Sinne des Wortes. Sie soll weder der UNO noch der EU und EWU beitreten. Dafür soll sie weiterhin eine gut trainierte Armee aufrechterhalten. Was macht es schon, wenn Neider hie und da ihre Schleudern und Pfeile auf die Schweizer abfeuern. In dieser Welt kriegt man nichts gratis und das Schweizervolk war immer bereit, den Preis zu zahlen. *Liebe Schweiz, bitte gib Deine durch Jahrhunderte bewährten Traditionen nicht auf, auch nicht Deinen konservativen Charakter und die Institutionen, nur uni bessere Public Relations zu haben.*

Deine hohen Werte haben es Dir erlaubt, eine *sehr spezielle Rolle* zu übernehmen, wie es *nur Schweizer* können; sie haben es ermöglicht, die westliche Zivilisation vorwärts zu bringen und die Freiheit der Menschen zu verbessern. Was Du als Nation für die freien Menschen auf der ganzen Welt leistet, ist eine monumentale Leistung, welche weder durch rücksichtslose Politiker noch durch heulende Hyänen der Presse erniedrigt werden darf. *Stehe fest, Helvetia!*

Was in den Zeitungen geschrieben wird, ist wirklich nicht das wahre Abbild der weltweiten öffentlichen Meinung.

J. W., New York

(Autor der Redaktion bekannt)  
(18. April 1997)

## Fakten zum Gold

*Für die Londoner Goldkonferenz vom 2. bis 4. Dezember 1997 legte die Schweizerische Nationalbank (SNB) eine geraffte Dokumentation zu all ihren Goldgeschäften während des Zweiten Weltkriegs vor. Angesichts der anhaltenden Anschuldigungen und immer dreisteren Forderungen an unser Land vermitteln wir unseren Leserinnen und Lesern den dokumentarischen Teil dieser SNB-Publikation. Die Wertung der Nationalbank-Politik sei dabei der Leserschaft überlassen.*

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) ist keine Geschäftsbank, sondern eine Notenbank, die seit 1907 für das Führen der schweizerischen Geldpolitik im Rahmen des jeweils gültigen Wechselkurssystems zuständig ist. Bis in die fünfziger Jahre war in der Schweiz der *Goldstandard* in Kraft, was die SNB zur Einhaltung der *Goldparität des Frankens* verpflichtete. Nach der Abwertung des Schweizer Frankens von 1936 wurde diese Parität auf ca. 205 mg Feingold festgelegt (Fr. 4'900 pro Kilo).

Mit dem Ausbruch des Kriegs 1939 wurde die *Erhaltung der monetären Stabilität* in der Schweiz aufgrund der allgemein herrschenden Unsicherheit zu einer ungleich schwierigen Aufgabe. Die SNB konzentrierte sich auf die Erhaltung des Vertrauens in den Schweizer Franken, um einen finanziellen Zusammenbruch des Landes und eine damit einhergehende Untergrabung seiner militärischen Verteidigungskapazität zu vermeiden. In dieser Hinsicht kam der *Aufrechterhaltung der Konvertibilität des Frankens* höchste Bedeutung zu.

Zu diesem vorrangigen Ziel gesellte sich die Notwendigkeit, die Kriegswirtschaft des Landes zu unterstützen. So sollten

- die Einfuhr lebenswichtiger Produkte durch ein ausreichendes Niveau an frei verfügbaren Goldreserven in der Schweiz gewährleistet werden;
- die Beschäftigung sowie der soziale Frieden durch die Förderung der Ausfuhr erhalten bleiben.

Zudem verlangte das Neutralitätsprinzip, dass die Schweiz weiterhin *Geschäftsbeziehungen zu allen Konfliktparteien* unterhielt.

Zu einem späteren Zeitpunkt, als die Schweiz vollständig von den Achsenmächten umzingelt war, wurde den Schweizer Behörden ausserdem bewusst, dass die Existenz eines stabilen, frei konvertierbaren und überall akzeptierten Schweizer Frankens eine zusätzliche *vorbeugende Abwehrmassnahme gegen die drohende Gefahr einer deutschen Invasion* darstellte.

Zu Beginn des Kriegs waren die Befürchtungen eines *Kurssturzes des Frankens* aufgrund massiver Kapitalabflüsse gross. Die SNB sah sich zu Interventionen zugunsten des Schweizer Frankens gezwungen. Während den ersten Monaten des Jahres 1940 nahmen die Gold- und Devisenabflüsse ein derart grosses Ausmass an, dass die Einführung der Devisenbewirtschaftung, wie sie auch in den meisten anderen europäischen Ländern existierte, ernsthaft in Betracht gezogen wurde. Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags zwischen Frankreich und Deutschland (Juni 1940) beruhigte sich die Situation jedoch wieder. Die Kapitalabflüsse kamen zu einem Ende, was den Druck zur Einführung zusätzlicher administrativer Massnahmen minderte.

## Der Franken als europäisches Zahlungsmittel

Als im Mai 1941 die Guthaben kontinentaleuropäischer Länder in den Vereinigten Staaten eingefroren wurden, veränderte sich die Position des Schweizer Frankens fundamental. Sukzessive *ersetzte der Franken den Dollar als internationales Zahlungsmittel*, vor allem zur Finanzierung der Handelsströme in Kontinentaleuropa. So verkaufte die Deutsche Reichsbank auf dem schweizerischen Markt Gold gegen Franken, um mit diesen die deutschen Importe, insbesondere Mangan und Wolfram aus Portugal und Spanien, zu finanzieren. Die Zentralbanken dieser Länder tauschten die von Deutschland erhaltenen Schweizer Franken anschliessend bei der SNB in Gold um.

Diese Dreiecksgeschäfte bereiteten der SNB in zweierlei Hinsicht Sorge: Erstens führten diese Geschäfte zu einer *Abnahme der Goldbestände in der Schweiz*, und dies zu einem Zeitpunkt, als die *schweizerischen Guthaben in Übersee eingefroren* worden waren. Aus diesem Grund bat die SNB die Reichsbank im Oktober 1941, sich die Franken nicht mehr auf dem Markt, sondern direkt bei der SNB zu besorgen. Die Reichsbank kam dieser Bitte jedoch nur teilweise nach. Als die schweizerischen Goldbestände im Dezember 1942 nach wie vor auf einem kritischen Niveau lagen, entschied sich die Schweiz, einen Schritt weiter zu gehen und sämtliche internationalen Goldtransaktionen bei der SNB zu *zentralisieren*. Damit war das Problem des kontinuierlichen Absinkens der Goldbestände gelöst.

Zweitens wurde ab 1942 die Frage nach der *Rechtmässigkeit der Herkunft des deutschen Goldes* gestellt. Die Zentralisierung der internationalen Goldtransaktionen bei der SNB erhöhte das Risiko, dass die Notenbank *Raubgold* aus den von Deutschland besetzten Ländern erhalten würde. Dennoch wollte die SNB ihre Strategie der freien Konvertibilität des Frankens nicht infragestellen. Sie bat daher die Reichsbank lediglich, ihre Auslandszahlungen an die betroffenen Länder



*Minister Dr. Walter Stucki (links) orientiert Bundesrat Max Petitpierre über die Verhandlungen im Rahmen des Washingtoner Abkommens.*

nicht mehr in Schweizer Franken, sondern direkt in Gold zu begleichen. Auch dieser Bitte leistete die Reichsbank jedoch nur teilweise Folge. Zwar begann sie ab Sommer 1942, ihren Zahlungsverkehr mit Portugal in Gold abzuwickeln; für ihre Zahlungen an andere europäische Länder verwendete sie jedoch nach wie vor den Schweizer Franken. In der Folge verharteten die Käufe von deutschem Gold bis Frühling 1944 auf hohem Niveau.

## **Blockierung der Schweizer Guthaben in den USA**

Die mit den Alliierten durchgeführten Goldtransaktionen führten in einer anderen Hinsicht zu monetären Problemen. Ab Mitte 1941 nahm die Nachfrage der Alliierten nach Schweizer Franken aufgrund ihres wachsenden Handelsbilanzdefizits mit der Schweiz und ihres Bedarfs nach Franken für verschiedene internationale Zahlungen bedeutende Ausmasse an. So verkauften die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Kanada der SNB grosse Mengen Gold gegen Schweizer Franken.

Da die an die Alliierten verkauften Schweizer Franken vor allem für den Erwerb von Schweizer Produkten verwendet wurden, erhöhte dies die schweizerische Geldmenge. Die SNB, die sich um die inflationären Folgen dieser Geldmengenausdehnung sorgte, versuchte daher, diese Liquidität über den Verkauf von Gold-

münzen auf dem inländischen Markt wieder abzuschöpfen. So verkaufte die SNB von 1941 bis 1945 Goldmünzen im Wert von 420 Mio. Franken. Auch der Bund trug zur Liquiditätsabschöpfung bei, indem er auf dem Kapitalmarkt Anleihen begab und die aufgenommenen Mittel anschliessend durch den Rückkauf von blockiertem Gold ausserhalb Kontinentaleuropas sterilisierte.

Die bedeutenden Goldkäufe der Alliierten und die Unmöglichkeit, über das schweizerische Gold ausserhalb Kontinentaleuropas frei zu verfügen, erhöhten somit die *Abhängigkeit der SNB von Goldlieferungen der Reichsbank*.

## Die Goldtransaktionen

Die SNB führte grundsätzlich zwei Arten von Goldtransaktionen aus:

- a) sie *kaufte oder verkaufte* auf eigene Rechnung Gold gegen Schweizer Franken, von Bern oder von einem ihrer im Ausland gelegenen Depots aus;
- b) sie *verwaltete Golddepots*, welche die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und sechzehn weitere ausländische Zentralbanken bei ihrem Sitz in Bern errichtet hatten, um ihre gegenseitigen Zahlungen zu vereinfachen.

## Mit den Alliierten

Die SNB erwarb netto *363 Tonnen Feingold* für einen Betrag von 1,8 Milliarden Franken von den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Kanada. Dieses Gold wurde auf die Depots in London, New York und Ottawa übertragen, wo es bis zum Ende des Krieges *blockiert* war. Einzige Ausnahme waren 6 Tonnen Gold, welche vom schweizerischen Depot in Ottawa auf das Konto Portugals bei der Kanadischen Notenbank transferiert wurden.

## Mit den Achsenmächten

Die SNB kaufte netto *279 Tonnen Feingold* im Wert von 1,4 Milliarden Franken von Deutschland, Italien und Japan. Sämtliche Transaktionen wurden in der Schweiz abgewickelt. Die Käufe von Deutschland (249 t) begannen 1940 und setzten sich bis zum Ende des Krieges fort, wobei der Grossteil der Transaktionen zwischen dem vierten Quartal 1941 und dem ersten Quartal 1944 stattfand. Die Goldkäufe betrafen sowohl Goldbarren (210 t) als auch Münzen (39 t).

## Andere Goldgeschäfte

Die SNB verkaufte ausserdem Gold an *Portugal* (93 t) und *Spanien* (38 t).

Die Goldverkäufe an den *Markt* entwickelten sich insbesondere seit 1942 und beinhalteten vor allem den Verkauf von *Goldmünzen*. Die Goldverkäufe an die Industrie beliefen sich auf insgesamt 16.4 Tonnen und verteilten sich auf die Zeit von Juli 1941 bis Kriegsende.

Als Folge dieser Transaktionen nahmen die *Goldbestände* der Schweiz zwischen Januar 1939 und Juni 1945 um mehr als 400 Tonnen zu. Diese Zunahme erfolgte jedoch erst ab 1941, und zwar vor allem in der Form eines Anstiegs der in New York, Ottawa und London blockierten Bestände. *In der Schweiz hingegen blieben die Goldbestände konstant, da sich Käufe und Verkäufe die Waage hielten.*

## Goldtransaktionen auf Rechnung ausländischer Notenbanken

Die Deutsche Reichsbank, die BIZ sowie fünfzehn weitere europäische Notenbanken hatten bei der SNB in Bern Golddepots errichtet, um ihren gegenseitigen Zahlungsverkehr zu erleichtern. Die Aufgabe der SNB beschränkte sich auf die *Verwaltung* dieser Depots; Goldtransaktionen wurden ausschliesslich auf Initiative der betreffenden Zentralbank durchgeführt.

Die Goldbewegungen des Depots der *Deutschen Reichsbank* bei der SNB gestalteten sich wie folgt: 1939 wurde das Gold, welches die Tschechoslowakei auf das Berner Konto der Reichsbank übertragen hatte, nach Deutschland geschafft. Von 1940 bis 1945 lieferte die Reichsbank 336 Tonnen Gold nach Bern. Davon kauften die SNB 249 t, Portugal 44 t, Schweden 18 t, die BIZ 12 t und Rumänien 10 t. Aufgrund von Ungleichgewichten bei ihren gegenseitigen Zahlungen mussten einige Zentralbanken ihre Depots in Bern mit zusätzlichem Gold decken, während sich bei anderen Überschüsse ansammelten. Somit entstand ein reger Goldverkehr zwischen der Schweiz und dem Ausland. Der Grossteil der Lieferungen in die Schweiz kam aus Deutschland und Frankreich, während der grösste Teil der Lieferungen aus der Schweiz heraus nach Portugal und Spanien floss (129 bzw. 38 t).

## Fazit

Der vorliegende Überblick zeigt, welche *zentrale Rolle* das Gold für die schweizerische Geldpolitik während des Zweiten Weltkriegs spielte. Der Goldstandard stand im Zentrum der monetären Ordnung und war Garant für die innere und äussere Stabilität des Frankens; Goldtransaktionen bildeten das wichtigste Interventionsinstrument der Nationalbank. Gleichzeitig sollten die Goldbestände in Bern sowohl die Landesversorgung garantieren als auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Schweizer Währung stärken. Diese für die Schweiz prioritären As-

## Winston S. Churchill

Der englische Kriegspremier äusserte sich am 3. Dezember 1944 in einem Brief an seinen Aussenminister Anthony Eden über die Politik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg:

*«Of all the neutrals Switzerland has the greatest right to distinction. She has been the sole international force linking the hideously sundered nations and ourselves. What does it matter whether she has been able to give us the commercial advantages we desire or has given too many to the Germans, to keep herself alive? She has been a democratic state, standing for freedom in self-defence among her mountains, and in thought, in spite of race, largely on our side.»*

*(«Unter allen neutralen Staaten hat die Schweiz den grössten Anspruch auf Auszeichnung. Sie war die einzige internationale Macht, welche zwischen den grauenvoll zerrissenen Nationen und unserem Land eine Verbindung aufrecht erhielt. Was hat es schon zu bedeuten, ob es ihr möglich war, uns die handelspolitischen Vorteile zu verschaffen, die wir wünschten, und dass sie anderseits – um überleben zu können – den Deutschen zu viele Vorteile zugestand? Sie ist ein demokratischer Staat, der in seinen Bergen zum Schutz der eigenen Grenzen für die Freiheit eintrat, und dabei – trotz ihrer ethnischen Zugehörigkeit – auf unserer Seite stand.»)*

*(10. Januar 1997)*

pekte sowie Neutralitäts- und Sicherheitsbetrachtungen überwogen schliesslich beim Entscheid, nach 1942 trotz Unsicherheiten in Bezug auf die Herkunft des deutschen Goldes weiterhin Gold von der Reichsbank zu kaufen.

Die Goldtransaktionen während dieser Periode wurden nicht aus Bereicherungsmotiven durchgeführt, sondern aus der *Notwendigkeit, die monetäre Stabilität des Landes zu bewahren* und es gegen eine mögliche Invasion zu schützen. Diese Politik war Gegenstand zahlreicher Diskussionen in der Schweiz und im Ausland, sowohl während als auch nach dem Krieg. 1946 wurden mit den Alliierten Verhandlungen zum Thema Goldtransaktionen geführt, welche zum Abschluss des *Abkommens von Washington* führten. In diesem Abkommen verpflichtete sich die Schweiz zu einer Zahlung von 250 Mio. Franken in Gold zur Unterstützung des

europäischen Wiederaufbaus, während die Alliierten im Gegenzug auf alle Ansprüche verzichteten, die sich auf das durch die Schweiz während des Krieges erworbene Gold bezogen.

(23. Januar 1998)

*Mehr als fünfzig Jahre danach*

## Dazu stehen wir!

*Von Dr. Hans R. Herdener*

*Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für militärhistorische Studienreisen*

*Die Schweiz erlebt gegenwärtig ihre grösste Krise seit dem Jahre 1945. Nach den üblen Attacken des amerikanischen Senators d'Amato wird weltweit eine eigentliche Diffamierungskampagne gegen unser Land geführt.*

Wir werden beschuldigt, uns schamlos am Raubgold der von den Nazis im Zweiten Weltkrieg ermordeten Juden bereichert zu haben. Hat man früher einmal von «Ugly American» gesprochen, so ist es heute der «Ugly Swiss», der zum Prügelknaben der ganzen Weltöffentlichkeit geworden ist.

Der Bundesrat und die Schweizer Banken haben, wie sie heute selber zugeben, die Gefahr der Rundumschläge von d'Amato allzu lang unterschätzt. Statt dass der Bundesrat dessen Anschuldigungen von Anfang an fest und bestimmt zurückgewiesen hätte, hat er sich nach allen Seiten unterwürfig entschuldigt.

## Die «Schuld»

Was haben wir uns eigentlich vorzuwerfen? 600'000 Männer und Frauen haben in den Jahren 1939-1945 unzählige Aktivdiensttage geleistet. Sie alle – bis auf eine unbedeutende Minderheit von Anpassern – wären bereit gewesen, im Falle eines deutschen Angriffs ohne Bedenken *ihr Leben einzusetzen*. Unser Igel hatte Stacheln, und zwar scharfe. Nicht umsonst haben die Deutschen unser Land als «Die Schweiz – das kleine Stachelschwein» bezeichnet.

Wenn heute gewisse «kritische Historiker», die von der damaligen Situation keinen Hochschein haben, behaupten, Hitler habe nicht wegen unserer Armee von einem Angriff abgesehen, sondern nur weil wir als Finanzplatz wichtig gewesen

## *Was erwarten wir von unseren Schriftstellern?*

*Der herausragende Schriftsteller und heutige Staatspräsident Tschechiens, Vaclav Havel, hat wiederholt zur Frage der Verantwortung seines Berufsstandes Stellung bezogen: Der Schriftsteller müsse «sein literarisches Schaffen in den Dienst der Wahrheit stellen, sich aber auch für die Menschenrechte engagieren».*

*Wieweit vermögen die schweizerischen Schriftsteller diese Voraussetzung zu erfüllen?*

*Havel sprach einmal von der «Macht des Wortes»: Es könne «ein Lichtstrahl im Reich der Finsternis sein», aber auch «lügnerisch und verräterisch» verwendet werden. Diese Feststellung geht auch schweizerische Schriftsteller an. Ich denke da an Adolf Muschg. Er bekannte sich unlängst zu der absurden These: «Wenn Auschwitz, in der Schweiz liegt.» Ich kenne keinen unverschämteren Satz. Sind das nicht «lügnerische und verräterische Worte»?*

*Auschwitz war das grösste Konzentrationslager der Nazis. Täglich wurden dort 6'000 Menschen auf bestialische Weise vernichtet. Wer dieses Auschwitz mit unserm Land in Verbindung bringt, der will unserm Volke nicht wohl. Dazu kommt: Wer behauptet, Auschwitz könnte überall und damit auch in der Schweiz liegen, der relativiert das Grauenhafte der Judenausrottung in Auschwitz. Wie abwegig die These von Muschg ist, zeigt uns ein Blick auf die Geschichte des Dritten Reichs. Alle namhaften deutschen Historiker wie Sebastian Haffner und Golo Mann sind sich darüber einig, dass es ohne Adolf Hitler kein Drittes Reich, keinen Zweiten Weltkrieg, keine Ausrottung der Juden und damit kein Auschwitz gegeben hätte. Hitler verfügte über eine erstaunliche Entschlusskraft und einen ungewöhnlichen Durchsetzungswillen. Dazu kam eine seltene hypnotische Fähigkeit. «Mit seinem dämonischen Wesen wurde er den Deutschen wie eine Droge verabreicht» (S. Haffner).*

*Hitler musste bald einmal erkennen, dass die militärische Niederlage unausweichlich war. Umso stärker zeigte sich bei ihm der längst gehegte Wunsch, die Juden von ganz Europa auszurotten. Er konnte aber diesen teuflischen Plan nicht bis zum Ende durchsetzen; am 30. April 1945 geschah «der verspätetste Selbstmord der Weltgeschichte».*

*Die Gleichsetzung von Auschwitz mit der Schweiz ist daher schon von der*

*Geschichte her gesehen ein Unsinn. Wie hätte ein Hitler in der schweizerischen Demokratie gedeihen können? Muschg stellt hier seine Ideologie einmal mehr über die Wahrheitspflicht.*

*Die zweite Voraussetzung, die Havel den Schriftstellern abverlangt, heisst voller Einsatz für die Menschenrechte. Auch hier zeigt sich das Versagen von Adolf Muschg. Hat er je einmal protestiert, als in der UdSSR und in den andern kommunistischen Staaten die Menschenrechte mit Füßen getreten wurden?*

*Wer denkt da nicht an das Beispiel von Schriftsteller Havel! Als Demokrat war er den Machthabern in Prag ein Dorn im Auge. 1979 wurde er zum wiederholten Mal verhaftet. Seine Krankheit hinderte die Gewalthaber nicht, ihm verschärfte Haftbedingungen aufzuerlegen. Erst als westliche Schriftstellerverbände gegen diese Menschenrechtsverletzung protestierten, wurde er in ein Krankenhaus verlegt. 1989 erfolgte seine erneute Verhaftung und Verurteilung zu einer längeren Haftstrafe unter verschärften Bedingungen. Wieder erhoben westliche Schriftstellerverbände öffentlich ihre Stimme gegen das Schandurteil mit dem Erfolg, dass die Strafe reduziert wurde.*

*Wie verhielten sich aber damals Adolf Muschg und weitere schweizerische Schriftsteller? Solidarisierten sie sich ebenfalls mit Havel, dem Opfer krasser Menschenrechtsverletzungen? Leider war dies nicht der Fall. Muschg und seine ihm politisch nahestehenden Schriftstellerkollegen retteten sich in eine Verschwörung des Schweigens. Dies gereicht diesen Schriftstellern und «Kulturschaffenden» nicht zur Ehre, sondern zur Schande.*

*Richard Lienhard*

*(«Schlusspunkt», 8. August 1997)*

seien, so ist dies eine böswillige Simplifizierung. Das Vorhandensein einer intakten und vom Willen zum Widerstand beseelten Schweizer Armee war ein ganz wesentlicher Faktor für die Entscheidungen des deutschen Diktators. Der Eintrittspreis wäre ohne Zweifel hoch gewesen.

Hören Sie, was der Militärhistoriker Hans Rudolf Kurz schon 1972 in seiner Broschüre «Operationsplanung Schweiz» dazu geschrieben hat:

*«Sicher wäre es falsch anzunehmen, dass die Schweiz es allein ihrer Armee verdankte, dass sie nicht in den Krieg hineingezogen wurde, aber ebenso sicher wäre es falsch zu behaupten, dass die Schweiz auch ohne Armee vom Krieg verschont geblieben wäre. Die Wahrheit dürfte zwischen diesen beiden Extremen liegen. Die kriegsverhindernde Wirkung ist ein Ganzes, in welchem eine Vielzahl von Faktoren Zusammenwirken. Wenn darunter auch der militärische obenan*

*steht, gelten daneben auch solche wirtschaftlicher, politischer, verkehrstechnischer, humanitärer, ideologischer und sicher auch irrationaler Natur.»*

Uns wird vorgeworfen, in dieser Zeit Kriegsmaterial an Deutschland ausgeführt zu haben. Das stimmt. Hätten wir denn, als wir eingeschlossen waren, den Engländern Kanonen und Munition liefern können? Dank dieser Ausfuhren hatte unser Volk *Arbeit*. Es erhielt dafür *Kohle* und *Lebensmittel*. Ohne diese Lieferungen hätten bei uns *Arbeitslosigkeit* und *Hunger* geherrscht.

## Flüchtlingsfrage

Haben wir in der Flüchtlingsfrage versagt? Unser Land war von 1940 bis 1944 von den Achsenmächten fest *umzingelt*. Alle Entscheide unserer Regierung müssen aus jenem Blickwinkel betrachtet werden, und nicht aus dem heutigen Wissensstand heraus. Wir wussten zu jener Zeit zwar, dass es in Deutschland Konzentrationslager gab, doch hätten wir uns nicht im Traum vorstellen können, dass in diesen Lagern Millionen von Juden, Kommunisten, Sozialisten, Kriminellen, Landstreichern, Homosexuellen, Freimaurern und anderen Regimegegnern gequält, gefoltert und kaltblütig umgebracht würden. Ich bezweifle, ob unsere Behörden damals weitergehende Kenntnisse besaßen. Davon hörten wir *erst im April 1945*, als die alliierten Truppen die KZs befreiten und Bilder von Leichenbergen, Krematoriumsöfen, überfüllten Baracken und zu Gerippen abgemagerten Überlebenden veröffentlichten, welche die Welt erschütterten.

In der Schweiz lebten 1941 gemäss dem Statistischen Jahrbuch 4,22 Millionen Einwohner, worunter 19'429 Juden. Dazu kamen bis zum Kriegsende 295'000 Flüchtlinge, worunter 29'500 Juden und 42'000 Internierte. Nach den einen Quellen verweigerten wir 25'000 Juden den Zutritt zur Schweiz, nach anderen Autoren waren es knappe 10'000. Lassen Sie es mich klar sagen:

*Jedem einzelnen Juden, der an der Schweizer Grenze zurückgewiesen und deshalb in einem KZ ermordet wurde, gebührt unser tiefstes Mitgefühl.*

Dieses Mitgefühl darf aber nicht dazu führen, dass wir Schweizer für deren Ermordung angeklagt und verurteilt werden. Die Aussage von *Adolf Muschg*, wir alle hätten uns an der Ermordung eines Volkes mitschuldig gemacht, ist eine Frechheit und muss mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Es ist so simpel, heute, im sicheren Wissen, dass uns ja eh nix passieren würde, moralisierend den Zeigefinger emporzuhalten und «pfui!» zu sagen.

## Der Auftrag

Unsere damalige Regierung und die Armeeführung hatten den einzigen primären

Auftrag, *unser Land aus dem Krieg herauszuhalten*. Diesen Auftrag haben Bundesrat und General erfüllt. Dafür müssen wir ihnen heute noch dankbar sein. Hätten unsere Behörden die Grenzen für die Flüchtlinge weit geöffnet, wäre eine militärische Aktion Hitlers nicht auszuschliessen gewesen. Das dürfte der Hauptgrund für die zeitweise Zurückweisung der Juden gewesen sein. Wenn Hitler die Schweiz wegen der zu hohen Anzahl jüdischer Flüchtlinge angegriffen hätte, wäre unser Land verwüstet worden, Tausende von Schweizer Soldaten wären gefallen und sowohl die bereits ansässigen als auch die zu uns geflüchteten Juden wären höchstwahrscheinlich in Auschwitz gelandet.

Aus Dankbarkeit für die Unversehrtheit im Krieg hat das Schweizer Volk nach dem Waffenstillstand eine *«Schweizer Spende»* von 200 Millionen Franken zusammengetragen; dies entspricht heute mehr als 2 Milliarden Franken. Überdies bezahlte die Regierung im Jahre 1946 im Washingtoner Abkommen eine Pauschale von 250 Millionen Franken in Gold per Saldo aller Ansprüche aus den Goldgeschäften mit dem Dritten Reich. Dies sind nach heutigem Geldwert weitere 2,5 Milliarden Franken. Das sind Leistungen, von denen heute kaum mehr gesprochen wird. Ich sehe deshalb keinen Grund und keine Veranlassung, dass die Schweizer Geschichte neu zu schreiben wäre. Die *Fakten sind klar*, an ihnen lässt sich nicht rütteln. Ob sie je nach dem politischen Blickwinkel so oder anders bewertet und ausgelegt werden, ist Sache jedes Einzelnen. Ich könnte den heuch-



*Schweizer Mitrailleure im Aktivdienst*

lerischen Text des «*Manifests vom 21. Januar 1997*», in dem unter anderem gefordert wird, wir müssten die «*historische Aufarbeitung unserer jüngeren Vergangenheit*» an die Hand nehmen, nie und nimmer unterschreiben.

## Fragwürdige Stiftung

*Bundespräsident Arnold Koller* hat in seiner Rede vom 5. März angekündigt, dass neben dem von den Banken geäufteten Fonds für die Holocaust-Opfer eine gewaltige «*Schweizerische Stiftung für Solidarität*» von 7 Milliarden aus den Goldbeständen der Nationalbank geschaffen werden soll. Über diesen Fonds kann man in guten Treuen zweierlei Meinung sein. Fest steht für mich, dass seine Ankündigung im falschen Zeitpunkt kam; er hätte ebensogut schon vor einem Jahr oder erst im nächsten Herbst vorgeschlagen werden können.

Da Koller den Fonds aber gleichzeitig mit seiner Rede zur Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg erwähnt hat, wurde dessen Ankündigung vom Jüdischen Weltkongress sogleich als *Schuldbekennnis* und zudem als feste Tatsache gewertet. Ich frage mich nur, wie sollen diese 350 Millionen Franken pro Jahr verteilt werden; wer stellt fest, wo «schwere menschliche Not gelindert» werden soll? Und wie stehen wir da, falls Volk und Stände diese Milliarden-Stiftung in der Abstimmung bachab schicken sollten?

(4. April 1997)

## Manifest der Veteranen des Aktivdienstes 1939-1945

*Im Namen unserer Mitglieder, die Aktivdienst leisteten, und aller anderen Schweizer und Schweizerinnen, die sich 1939 bis 1945 im militärischen und zivilen Bereich für die Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes einsetzten, nimmt der Verein «Schweizer Armee-Veteranen» wie folgt zur Diskussion über die Gefährdung der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs Stellung. Er gedenkt dabei auch derjenigen Mitbürger und Mitbürgerinnen, die damals in Ausübung ihrer militärischen Bürgerpflicht oder bei der landwirtschaftlichen Anbau-schlacht verstorben oder eine lebenslängliche Invalidität davontrugen.*

Es ist nicht akzeptabel, wenn die Leistungen der Männer und Frauen, die einige der besten Jahre ihres Lebens für unsere Heimat einsetzten, von Leuten, die sich

nie im nationalsozialistisch-faschistischen Würgegriff befanden, als nichtig hingestellt werden. Es geht nicht an, dass die Generation des Zweiten Weltkriegs im Sinne einer Kollektivschuld für angebliche Fehler von Behörden und Wirtschaft während der Kriegsjahre oder für seitherige Unterlassungen verantwortlich gemacht wird. Aus sicherer Deckung ist es für junge Historiker und ambitionöse Politiker leicht, Kritik zu üben.

Die Aktivdienstgeneration war tagtäglich mit der Gefahr konfrontiert, die heute aktenkundig ist: der Tatsache, dass die deutsche Wehrmacht und die italienische Armee detaillierte Angriffspläne auf die Schweiz ausgearbeitet hatten, die jederzeit in die Tat umgesetzt werden konnten. Es ist abwegig zu behaupten, die entschlossene Verteidigungsbereitschaft unseres Volkes und seiner Milizarmee habe für die Rettung der Schweiz keine oder nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Entscheidend waren keinesfalls nur die wirtschaftlichen Konzessionen, die unser Land eingehen musste, um die lebenswichtige Versorgung an Nahrungsmittel, Heizmaterialien und industriellen Rohstoffen sicherzustellen. Möglicherweise kommt auch dem Umstand eine gewisse Bedeutung zu, dass beide Seiten, also nicht nur die Achsenmächte sondern auch die Alliierten, die Schweiz als Drehscheibe für Geldgeschäfte und Spionagetätigkeiten benutzten. Es ist aber eigentümlich, dass unser Land, dessen Verhalten während der Kriegszeit zweifellos konsequenter war als das anderer neutraler Staaten in Europa, nun als Prügelknaube hinhalten soll.

Es ist belegbar, dass der von seinem Endsieg überzeugte potentielle Gegner wusste, mit welch schweren Verlusten er bei einem Angriff auf die Schweiz zu rechnen hatte. Er muss sich auch im Klaren gewesen sein, dass er sowohl die für ihn wichtigen Nord-Süd-Verbindungen als auch unsere Industrieanlagen nur zerstört oder in stark beschädigtem Zustand unter seine Kontrolle bringen würde.

Wie entschlossen unsere Verteidigungsbereitschaft war, wurde der Deutschen Wehrmacht mit aller Deutlichkeit demonstriert, als schweizerische Militärpiloten im Sommer 1940, trotz gegnerischer Übermacht und eigener Verluste, deutsche Kampfflugzeuge bei Grenzverletzungen konsequent angriffen und etliche von ihnen abschossen. Man muss in Berlin auch gewusst haben, dass sich im gleichen Jahr ein schweizerischer Offiziersbund im Wissen um die zivile und militärische Abwehrbereitschaft schwor, den Widerstand selbst dann fortzusetzen, wenn die politischen Behörden schwach werden sollten. Umso mehr ist es eine böswillige Unterstellung, wenn behauptet wird, unser Offizierskorps sei nazistisch unterwandert gewesen. Einzelne Sympathisanten wären unbeschadet von Grad und Funktion bei Ausbruch eines Konflikts sofort eliminiert worden. Falls das Dritte Reich das Verteidigungspotential der Schweiz nicht ernst genommen hätte, wäre ein Überfall deutscher Truppen durchaus möglich gewesen, ähnlich wie zum Beispiel gegen Dänemark, das weitgehend wehrlos war und über kein Al-

## Bemerkenswerte Stimme aus den USA

### «Die Schweizer von 1940 waren nicht schlechter als wir alle»

Aus der Feder von Walter J. Rockler, der am Nürnberger Kriegsverbrecherprozess als der für deutsche Banker zuständige US-Ankläger teilnahm, äusserte sich am 23. Juli 1997 in der «Herald Tribune» über die Politik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg (Originaltitel: «The Swiss in the 1940s Were No Worse Than the Rest of Us»). Die «Schweizerzeit» veröffentlicht seinen Kommentar auszugsweise in deutscher Übersetzung:

*Die Welle der Kritik, mit der heute die Schweiz sogar von amerikanischer Regierungsseite schlechtgemacht wird, ist überzogen und von Grund auf verbogen. Man will die Schweizer als eigentliche Kollaborateure der Nazis diffamieren. Das ist falsch. Ich habe zwei Jahre meines Lebens damit verbracht, Fälle von Kriegsverbrechen seitens deutscher Banker zu verfolgen. Dabei ergaben sich keinerlei Verbindungen zu Schweizer Banken.*

### Neutralität

*Die Schweiz hat seit Jahrhunderten eine Politik der Neutralität und Nicht-einmischung in internationale Konflikte verfolgt, so auch im Zweiten Weltkrieg. Ich weiss nicht, auf welcher Seite die Sympathien der Schweizer im Krieg lagen. Aber man muss einmal zur Kenntnis nehmen, dass das Land die älteste Demokratie auf der Welt ist und eine pluralistische Bevölkerung deutscher, französischer und italienischer Zunge besitzt. Gab es in der Schweiz Nazi-Sympathisanten? Wahrscheinlich schon. Aber auch in den Vereinigten Staaten gab es den «Bund der Deutsch-Amerikaner», in Grossbritannien die Cliveden- und Mosley-Anhänger und in Frankreich die Vichy-Regierung. Die Schweiz zählte im Zweiten Weltkrieg etwa 4 Millionen Einwohner und besass vor allem im an Deutschland angrenzenden Mittelland Industrien. Nahezu während der ganzen Kriegszeit war das Land von Deutschland eingeschlossen. Die Schweizer Armee hätte im Kriegsfall zwar*

den Deutschen einige Schläge auszuteilen, sie aber keinesfalls zu schlagen vermocht.

Man wirft den Schweizern vor, sie hätten erstens die deutschen Kriegsanstrengungen unterstützt, zweitens schmutziges Geld und Gold der Nazis akzeptiert und drittens nicht allzu viel für jüdische Flüchtlinge getan. Zudem hätten sich nach dem Krieg die Schweizer Banken zu wenig angestrengt, um den Erben der ermordeten Juden zu ihren schweizerischen Bankguthaben zu verhelfen. Daran mag einiges wahr sein. Aber nach was für Regeln sollen die Schweizer beurteilt werden? Die Schweizer haben nicht wesentlich zur deutschen Aufrüstung beigetragen. Deutsche Fabriken produzierten Messerschmitts und Stukas: Krupp und Daimler-Benz fertigten Kanonen und Panzer; IG Farben stellte das tödliche Gas für Auschwitz und Treblinka her. Mittels Zwangsarbeit mobilisierte Deutschland das Arbeitspotential im besetzten Europa, durch Eroberung machte es sich dessen Industriepotential zunutze. Dazu kam hochwertiger Stahl aus Schweden...

## Goldgeschäfte

Dass die Schweizer Banken Beutegold aus Deutschland akzeptierten, mag wahr sein. Das haben aber auch französische, italienische und schwedische Banken getan. Auch alle anderen Banken hätten es getan, einschliesslich britischer und amerikanischer Banken, wären ihre Länder mit Deutschland nicht im Krieg gewesen. Dass man im Bankengeschäft nicht lange nach der Herkunft des Geldes fragt, darin sind die Schweizer Banken nicht allein.

Man wirft den Schweizer Banken auch etwa vor, sie hätten die von den Nazis eingeschmolzenen Goldzähne und die den ermordeten Juden abgenommenen Schmuckgegenstände in Form von Goldbarren akzeptiert. Das hätte man diesen Goldbarren aber nicht angesehen, und man kann deswegen noch lange nicht von einer Verschwörung mit der deutschen SS sprechen. Auch ist zu bezweifeln, dass die Schweizer damals über detaillierte Informationen über die Zustände in den deutschen KZs verfügten.

Was die Bankguthaben der ermordeten Naziopfer anbetrifft, so haben die Schweizer Banken wohl nicht besonders edel, aber halt eben wie andere Banken auch gehandelt, das heisst sie rückten das Geld nur gegen strikte Beweise heraus. Bei vielen Bankguthaben fehlten diese, und die Banken zeigten sich zugeknöpft. Kann man sie deswegen als hartherzig und profit-

*gierig bezeichnen? Natürlich kann man das, aber niemand hätte dies wohl anders erwartet. Abgesehen von einigen rhetorischen Mitleidsbezeugungen, wer hat schon unmittelbar nach dem Krieg dem Schicksal der Juden viel nachgefragt? Und welches Land hat sich für Hilfe und Unterstützung an die Überlebenden stark gemacht?*

## *Fazit*

*Der schweizerische Bundesrat hat sich neuerdings für die Wiedergutmachung an Überlebende des Holocaust eingesetzt. Aus Gründen der Moral sollten weder die Banken noch die Regierung von der Ermordung der Juden durch die Nazis profitieren. Der aus diesem Grund geschaffene Solidaritätsfonds für Überlebende des Holocaust verfolgt zwei Ziele: er will den Opfern helfen und verhindern, dass sich Schweizer ungerechtfertigt bereichern können.*

*Die Haltung der Schweiz während des Krieges war wohl nicht heldenhaft, aber ihre Lage damals war ausgesprochen schwierig. Auf keinen Fall kann man den Schweizern kriminelle Verfehlungen vorwerfen. Sie hätten sich schliesslich auch wie die Dänen verhalten können. Hüten wir uns deshalb, die jüngste Geschichte zulasten der Schweizer umzuschreiben. Die Deutschen haben Krieg und Holocaust zu verantworten – ohne Zutun der Schweiz.*

*Walter J. Rockler*

*(5. September 1997)*

penréduit verfügte. Ohne das Abwehrdispositiv der Schweizer Armee und die Kampfbereitschaft unserer Truppen hätte Hitler die Chance, unsere Verbindungswege, Industrieanlagen und Goldreserven ohne wesentliche Verluste seiner einmarschierenden Verbände nahezu intakt und vollständig unter seine Kontrolle zu bekommen, mit grosser Wahrscheinlichkeit genutzt. Er wäre dann auch in der Lage gewesen, Exponenten der schweizerischen Gegnerschaft des Nationalsozialismus zu liquidieren, Schweizer und Schweizerinnen als Arbeitssklaven zu deportieren oder junge Männer wie aus andern besetzten Ländern zwangsrekrutiert in seinem Feldzug gegen die Sowjetunion einzusetzen. Militärinternierte, Deserteure und Flüchtlinge wären in die Gewalt der Nazi-Schergen geraten und unsere Industriebetriebe, weil sie für Deutschland hätten produzieren müssen, wären Ziele der alliierten Bombenangriffe geworden.

Schliesslich ist noch festzuhalten, dass es die Generation des Zweiten Weltkriegs

war, die nicht nur die Kriegsgreuel von unserem Land ferngehalten, sondern auch mitgeholfen hat, durch ihren Arbeitseinsatz nach dem Friedensschluss die Grundlagen unseres Wohlstands zu schaffen und dem vom Krieg zerstörten Europa mannigfaltige Hilfe zu leisten.

Wir sind überzeugt, dass die Generation des Aktivdienstes Anerkennung und Dank dafür verdient, in schwerer und gefährvoller Zeit einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung von Freiheit und Unabhängigkeit der Heimat als Insel der Demokratie in einem Meer von Totalitarismus und Gewaltherrschaft geleistet zu haben.

Bern 3. April 1997

Verein Schweizer Armee-Veteranen

Der Präsident

Hermann Fuhrer, Grossrat

### **und Aktivdienstteilnehmer als Vertreter der 6'500 Mitglieder des Vereins Schweizer-Armee-Veteranen:**

*H.-G. Bandi, Prof, emer., E. Baechtold, già Uff istr, C. Baumann, già Uff istr, K. Balliger, KKdt a D, R. Carugo, già Uff istr, H. Eichin, Div a D, B. Fellmann, Brig a D, W. Feuz, a.Skilehrer, E. Franchini, già cdt CA, Ph. Henchoz, anc Cdt de Br, F. Käser, Treuhänder, A. Knecht, Hausfrau, H. Knecht, a.SR-Pilot, H. Langenbacher, a.Botschafter, A. Moll, KKdt a D, R. Ochsner, Div a D, E. von Orelli, a.lnstr Of R. Probst, a.Staatssekr., A. Rima. Ing. ETH, H. Roost, Div a D, B. Rusca, Tecnico, F. A. Seethaler, Div a D, H. Sterchi, a.Gemeindepräsi., L. Valeri, commerciante, O. Taschetta, Adv., A. Torriani, già Br, F. Wermelinger, Div a D, A. Wiedmer, a.Sekretärin, H. Wildbolz, KKdt a D, E Wille, Kkdt a D.*

### **Mitunterzeichner aus den Eidgenössischen Räten:**

*NR Bezzola Duri, NR Binder Max, NR Blocher Christoph, NR Bonny Jean-Pierre, NR Borer Roland, NR Bortoluzzi Toni, NR Bosshard Walter, NR Brunner Toni, NR Dreher Michael E., NR Fehr Hans, NR Fehr Lisbeth, NR Fischer Theo/Hägglingen, NR Föhn Peter, NR Frey Walter, NR Fritschi Oscar, NR Giezendanner Ulrich, NR Gusset Wilfried, NR Gysin Hans Rudolf, NR Hasler Ernst, NR Keller Rudolf NR Kunz Josef, NR Maspoli Flavio, NR Maurer Ueli, NR Moser René, NR Mühlemann Ernst, NR Oehrli Fritz Abraham, NR Pini Massimo, NR Rychen Albrecht, NR Schenk Simon, NR Schliuer Ulrich, NR Schmid Samuel, NR Seiler Hanspeter, NR Speck Christian, NR Steffen Hans, NR Steinemann Walter, SR Uhlmann Hans, NR Vetterli Werner, NR Wyss William.*

(2. Mai 1997)

## Angriffspläne gegen die Schweiz schon 1933

# «Augur»

*Ein kaum mehr bekanntes Kapitel militärischer Planung  
vor dem Zweiten Weltkrieg*

*Von Dr. Hans Rudolf Fuhrer, Meilen*

*Die Möglichkeit eines kommenden grossen Revanchekrieges und damit die Möglichkeit eines deutschen Durchmarsches durch die Schweiz wurde im September 1933 in der französischen und amerikanischen Presse öffentlich diskutiert und erregte Aufsehen und einen grossen Widerhall in der Schweizer Presse.*

Verfasser dieser These war ein Redaktor der «Times» russischer Abstammung namens *Polliakoff* (Deckname *Augur*). *Augur* führte aus angeblich zuverlässigen Quellen an, ein künftiger frontaler deutscher Angriff gegen Frankreich sei wegen der starken Befestigungen und der Stationierung von Deckungstruppen, aber auch wegen der aktuellen Unterlegenheit der Reichswehr nicht möglich. Ein Stoss durch Belgien werde durch den Entschluss zur Verlängerung der Maginotlinie zunehmend erschwert und provoziere die Gefahr einer britischen Intervention. Italien könne an einer Wiederholung des *Schlieffenplanes* von 1914 nicht mitmachen, da es sich Rom nicht leisten könne, der britischen und französischen Flotte ungeschützt gegenüberzustehen. Das Herz Frankreichs könne durch Belgien hindurch nicht getroffen werden.

## Angriffsvarianten

Es blieben somit für die Zukunft – nach dem Wiedererstarken Deutschlands – in der Beurteilung *Augurs* nur zwei mögliche Angriffsrichtungen:

- *durch Luxemburg und Südbelgien* mit dem Ziel *Sedan* an und über die Maas oder
- *durch die Schweiz.*

Die erste Option sei sehr riskant, da ein solcher Stoss durch die Ardennen in den Flanken durch die nahe französische Grenze gefährdet sei. Der Durchmarsch durch das schweizerische Mittelland sei erfolgversprechender. Die Schweizer Soldaten seien untrainiert, schlecht geführt und völlig ungenügend gerüstet. Die wirtschaftlichen Ressourcen lägen grenznah und könnten leicht besetzt oder zerstört werden. Die Schweizer Armee müsse sich, wenn sie sich nicht einer sofort-

tigen Vernichtung im Grenzraum aussetzen wolle, ins Gebirge zurückziehen und wäre damit von Frankreich, der einzigen Hilfe, abgeschnitten. Die Frauen und Kinder der Soldaten würden damit in die Hand der deutschen Truppen fallen. Die Lebensmittelvorräte wären ungenügend. Dies würde den Widerstandswillen der Soldaten bald brechen. Soweit die aufsehenerregende Meldung in der Welt-  
presse.

Die Generalstabsabteilung nahm unverzüglich Kontakt auf mit diesem geheimnisvollen *Augur*. In einem Gespräch in Paris wurde zusätzlich in Erfahrung gebracht, dass der deutsche Generalstab mit allen Mitteln in einem kommenden Krieg die strategische Überraschung anstrebe. Die bekannten Kampfverfahren des letzten Krieges würden bei einem Durchbruch durch die Schweiz nicht mehr zur Anwendung kommen. Die besten Truppen würden nicht wie 1914-18 als Reserve für operative Entscheidungen zurückgehalten. Sie würden im Gegenteil spätestens 24 Stunden vor Kampferöffnung als *Luftlandetruppen* oder sofort mechanisiert oder motorisiert terrestrisch eingesetzt, um die Verwirrung beim überraschten Gegner voll auszunützen. *«Les E. M. des différentes armées, française, suisse etc., sont encore trop imprégnés des méthodes et des procédés de combat de la dernière guerre»*, soll *Augur* gesagt haben. Die nichtfaschistischen Generalstäbe bereiteten den vergangenen und nicht den kommenden Krieg vor!

## Chancenabwägung

Wir wissen nicht, woher *Augur* sein erstaunliches Wissen hatte. Es lässt sich auch nicht behaupten, ein solcher Zeitungsartikel und die Gespräche in Paris hätten die schweizerischen Planungen entscheidend beeinflusst, doch lassen sich Argumente und Voraussagen *Augurs* in der Folge als wirksam nachweisen:

Die Einsicht,

- mangelhafte militärische Bereitschaft und Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität könnten eine präventive Besetzung oder einen Durchmarsch provozieren;
- die «Befestigungslücke Schweiz» sei eine Einladungs- statt eine Abhaltestrategie;
- die Kriegseröffnung durch einen strategischen Überfall würde die Mobilmachung sowie einen Aufmarsch der Divisionen mindestens behindern, wenn nicht gar verunmöglichen;
- dass die Inbesitznahme von Infrastruktur, z.B. der Eisenbahnen und Verbindungsnetze, aus der Luft die Armee lähmen könnte,
- dass der Einsatz gepanzerter Verbände und der Luftwaffe die Beschaffung von entsprechenden Abwehrwaffen dringlich machen würde.

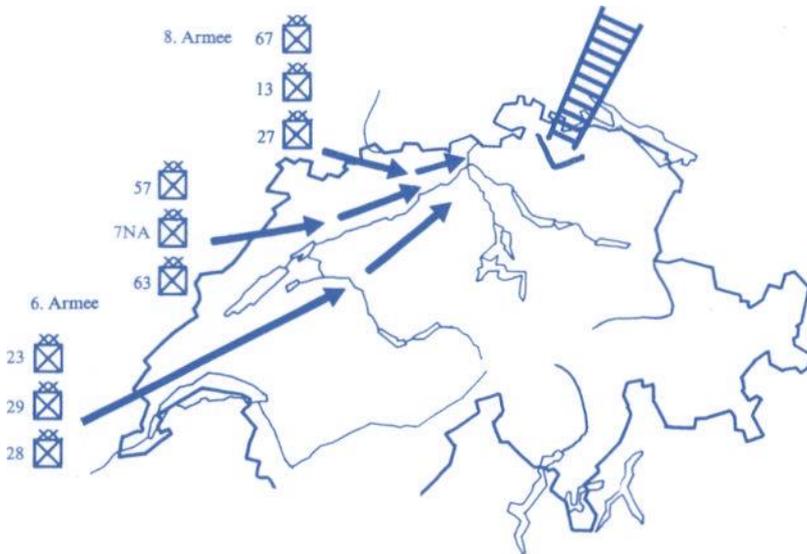
## Deutschland dementiert

Das amtliche *deutsche Dementi* an den schweizerischen Bundesrat zu den Überlegungen von Augur führte an, der Gedanke sei abwegig, «*das abgerüstete Deutschland, das der primitivsten militärischen Sicherheitsmittel entbehrt, denke an eine Offensive gegen das schwer bewaffnete Frankreich*».

*Reichswehrminister von Blomberg* qualifizierte den Artikel von *Augur* im persönlichen Gespräch mit dem Redaktor der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift (ASMZ), *Eugen Bircher*, als «*phantasievollen Unsinn*».

*Adolf Hitler* liess verlauten, zwischen Deutschland und Frankreich gebe es keinen moralisch oder vernünftig zu rechtfertigenden Grund für einen Kampf, keine territorialen Konflikte. Nur ein Wahnsinniger könne an die Möglichkeit eines Krieges zwischen den beiden Staaten denken.

Wir wissen, dass sich diese Worte 1940 als *Propagandalüge* entpuppt haben. Auch wenn *Ulrich Liss* geschrieben hat, im Winter 38/39 sei ein Stoss durch die Schweiz erwogen, aber wieder verworfen worden, konnten bisher keine offensiven deutschen Planungen der Zwischenkriegszeit durch die Schweiz gefunden



*Auch das französische Armeekommando entwarf Operations-Studien für den Fall eines deutschen Angriffs auf die Schweiz – allerdings erst im Winter 1939/40*

*(aus: Edmund Wehrli: «Schweiz ohne Armee – eine Friedensinsel?» Schriftenreihe*

werden. Die gleiche Feststellung gilt für Frankreich, welches aber mit einem deutschen Stoss durch die Schweiz gerechnet und wie im Ersten Weltkrieg Gegenangriffsplanungen studiert hat. Italien prüfte in der Zwischenkriegszeit eine Vorwärtsverteidigung bis zur Wasserscheide in den Schweizer Alpen. Diese Planungen liessen sich im Juni 1940 problemlos in eine offensive Teilbesetzung der Südschweiz und Graubündens umfunktionieren.

Die eindringliche Mahnung auch eigener diplomatischer Vertretungen, die Aufmarschpläne aller Nachbarstaaten würden sich besonders nach der Schlagkraft der Schweizer Armee richten, wurden damals im EMD verstanden, doch waren noch gewaltige politische Hindernisse zu überwinden.

## Mingers Entscheidungen

*Bundesrat Rudolf Minger* führte nach 1933 seine bei Amtsbeginn begonnene *Aufrüstung und Reorganisation des eidgenössischen Heeres* pragmatisch und konsequent weiter. Sein politisches Feingefühl warnte ihn, zu schnell etwas realisieren zu wollen. Minger sah ein, dass ein Gesamtpaket all dieser Neuerungen und Aufrüstungen sowohl im Parlament als auch im Volk wenig Erfolgchancen haben würde und liess ein vorsichtiges *Stufenprogramm* ausarbeiten. Zuerst sollte eine bessere Bewaffnung für alle Waffengattungen gekauft und die notwendigen Kredite dazu bewilligt und eine «Wehranleihe» aufgenommen werden. Dann wollte er die Ausbildung des Milizsoldaten und des Kadets in einem neuen «*Wehrgesetz*» verbessern, d.h. verlängern und schliesslich alle bisherigen Bemühungen zusammenfassen und in einer neuen *Truppenordnung* festlegen. Eine neue Militärorganisation sollte für eine spätere Zeit aufgespart werden.

Wie der Bericht des Generals an die Bundesversammlung nach dem Krieg unmissverständlich aufgezeigt hat und durch die Beurteilung des deutschen Militärattachés bestätigt worden ist, war bei Kriegsbeginn vieles noch Stückwerk. Die verfügbare Zeit reichte nicht mehr aus. Früher Versäumtes konnte nicht rechtzeitig nachgeholt werden. Von den bewilligten 750 Mio. Fr. für Rüstungsgüter waren erst 250 Mio. ausgegeben. Die aufrüstenden Länder hatten eigene Bedürfnisse, die schweizerische Rüstungsindustrie konnte nicht so schnell ausgebaut werden und die widersprüchlichen und komplizierten Evaluationen neuer Waffensysteme – alles wurde verzögert.

Da nützte die Einsicht Mingers im April 1934 und später immer wieder: *«Deutschland wird in kurzer Zeit über eine sehr starke Armee verfügen; durch die Haltung Frankreichs ist die Abrüstungskonferenz erledigt. Die Lage ist ernst. Wir dürfen die Verbesserung der Ausbildung nicht mehr länger hinausschieben.»*

(16. Mai 1997)

*Wer lieferte die kriegsnotwendigen Rohstoffe?*

## Hitler und Stalin

*Von Fritz Nicolaus Platten, Zürich*

*In seiner Geschichtsklitterung «Die Schweiz, das Gold und die Toten» behauptet Soziologieprofessor Jean Ziegler, einzig und allein der «Finanzplatz Schweiz» habe Hitlers Angriffskriege ermöglicht: «Ohne den Finanzplatz Schweiz, ohne die willigen Hehler von Bern, die eifrigen Gnomen, hätte Hitler seine Eroberungs- und Raubzüge nicht (sic!) führen können.»*

Ziegler enthüllt zu Recht: *«Hitler war praktisch bankrott, als er seinen Angriffskrieg gegen Polen begann (dass Polen damals übrigens aufgeteilt wurde, verdrängt Ziegler). Es war ein konkursreifes Reich, das seine Armeen gegen Osten schickte. Eine finanziell ruinierte Diktatur, welche die demokratische Weltöffentlichkeit mit ihrer ungeheuerlichen Militärmacht bluffte. Deutschland lag wirtschaftlich am Boden, als es nach der Weltmacht griff.»*

### Sowjets lieferten alles ...

Man sucht bei Ziegler aber vergeblich dokumentarische Beweise dafür, dass Hitler den Polenkrieg, die Annexion von Norwegen und Dänemark, den Blitzkrieg gegen Holland, Belgien und Luxemburg, das britische Desaster von Dünkirchen und den Fall von Paris und die Kapitulation von Frankreich (laut Ziegler) ohne die schweizerische Finanzhilfe der Gnomen nicht hätte führen können!

Hitler brachte 1939/40 das Kunststück fertig, auch ohne Devisen einen umfangreichen *Tauschhandel mit der Sowjetunion* ohne Schweizer Finanzspritzen zu betreiben. Anstelle der rohstoffarmen kleinen Schweiz (das für den Rückzug reservierte «Stachelschwein») fand er in den roten Gnomen von Moskau einen generösen Tauschhandelspartner, dessen nach marxistischen Prinzipien (Planwirtschaft) geführtes Wirtschaftsterritorium einen Sechstel der Erde umfasste und der skrupellos bereit war, Hitler alles Gewünschte, was er zur Realisierung seiner weiteren Angriffspläne so dringend benötigte, in Riesenmengen zu liefern.

Der *Hitler-Stalin-Pakt* war noch ein bestgehütetes Geheimnis, als Stalin Hitler am 18. August 1939 mit einem Handelsvertrag von 200 Millionen Reichsmark unter die Arme griff, im Herbst nach dem (Geheimnisklausel) «Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939» nachdoppelte, um am 12. Februar 1940 mit

einem geradezu monströsen *Wirtschaftsabkommen* die *Aufteilung Polens* zu besiegeln. Triumphierend erklärte das Komintern-Blatt «Die Welt», das von der KP Schweiz illegal vertrieben wurde, die Sowjetunion sei einer der grössten Rohstoffproduzenten der Welt, den Deutschland stark benötige: «*Das Wirtschaftsabkommen gibt Deutschland die ihm notwendigen Rohstoffe, die in grosser Zahl in der Sowjetunion erzeugt werden und die Deutschland infolge der von den Verbündeten organisierten Blockade so sehr benötigt.*»

## ... in jeder gewünschten Menge

Die Menge dieser kriegswichtigen Sowjetexporte an den Massenmörder auch von deutschen Kommunisten erfuhr die Welt erst nach Jahrzehnten von Legationsrat Schnurre. Die Tag und Nacht endlos rollenden Güterzüge lieferten dem Dritten Reich: 1'000'000 t Futtergetreide und Hülsenfrüchte, 900'000 t Erdöl, 100'000 t Baumwolle, 500'000 t Phosphate, 100'000 t Chromerz, 500'000 t Eisenerz, 300'000 t Schrott und Eisen, 2'400 t Platin, 11'000 t Kupfer, 3'000 t Nickel, 950 t Zinn, 500 t Molybdän, 500 t Wolfram, 40 t Kobalt! Dinge, die selbst die profaschistischsten Gnomen der rohstoffarmen Schweiz nicht hätten herbeizaubern können und die die antikommunistischen Schweizer Banken auch nicht gewillt gewesen wären zu finanzieren. Ausserdem wirkte das «Vaterland aller Werktätigen» für Nazideutschland als *Blockadebrecher*, als heimlicher *Ein-käufer in Drittländern* und gewährte ihm freien Warentransit nach Rumänien, Afghanistan und Iran sowie nach dem von den Japanern besetzten Mandschukuo des Kinderkaisers Pu-i. Nicht umsonst hob «Die Welt» hämisch hervor, die Sowjetunion sei jetzt nicht mehr auf englische oder französische Lieferungen angewiesen.

(30. Mai 1997)

### *JM zur Versorgung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg*

## Hirngespinnste um Handelsschiffe

*In einem gross aufgemachten Artikel versuchte die Wirtschaftszeitung «Cash» mit Hilfe eines deutschen «Sachverständigen» den Nachweis zu erbringen, dass die Schweizer Wirtschaft während des Zweiten Weltkriegs weitgehend im Dienst*

der Nazi-Kriegswirtschaft stand. «Cash» behauptet in seinen «Enthüllungen» sogar, ein «Führerbefehl» habe verlangt: «Schont die Schweiz!»

Dem «Fachmann» von «Cash», dem Stuttgarter Wirtschaftshistoriker *Willi A. Boelcke*, sei sogar der Nachweis gelungen, dass Deutschland dank Komplizendiensten der Schweiz sogar während des Krieges kriegswichtige Materialien in den USA beschaffen konnte, die anschliessend in Schiffen unter Schweizer Flagge nach Deutschland transportiert worden seien. Als «Beweis» für diese kühne Theorie weiss Boelcke allerdings bloss anzuführen, dass weder die deutschen noch die alliierten U-Boote je solche Schiffe angegriffen hätten. Aber nicht einmal dieser «Beweis» stimmt: 1943/44 wurden zwei schweizerische Handelsschiffe zwar nicht durch U-Boote, aber durch britische Flugzeuge versenkt.

## Kriegswichtige Güter

Was sind nach «Cash» überhaupt «für die Kriegswirtschaft wichtige Güter»? Und welche Handelsschiffe sind als «schweizerisch» zu bezeichnen?

Der Begriff «Rüstungsgüter» ist äusserst dehnbar. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs galten nur unmittelbar für die Kriegführung eingesetzte Güter als Rüstungsgüter, also vor allem Waffen. Später wurde der Begriff ausgedehnt, weil letzten Endes jedes Gut in irgendeiner Weise mit dem Krieg in Zusammenhang gebracht werden konnte. Dass England im Frühjahr 1940 den Export deutscher Kohle nach Italien (transportiert auf Handelsschiffen des damals noch neutralen Italien) unversehens unter die «kriegswichtigen Lieferungen» stellte und somit blockierte, trug wesentlich dazu bei, dass Italien im Juli 1940 an der Seite Deutschlands in den Zweiten Weltkrieg eintrat.

## Hochseeschiffe

Bis April 1941 verkehrten *keine Hochseeschiffe unter Schweizer Flagge*. Nach Kriegsausbruch hatte das neugeschaffene *Kriegstransportamt* in Bern vielmehr fünfzehn griechische Dampfer unter griechischer Besatzung und *griechischer Flagge* gechartert, wobei fallweise einzelne Schweizer Verantwortliche mitgehen sein mögen. Von diesen fünfzehn Schiffen gingen zwei verloren. Fünf weitere wurden im April 1941 nach dem deutschen Angriff auf Griechenland an England abgetreten. Die restlichen acht fuhren noch bis 1947 auf schweizerische Rechnung. Diese acht Schiffe trugen an beiden Bordseiten in grossen Buchstaben die Bezeichnung «*Switzerland*». Bei Nacht wurde diese Etikettierung sogar beleuchtet. Diese Schiffe unterstanden, wenn sie in amerikanischen Häfen lagen,

immer der Kontrolle der US-Zoll- und Polizeibehörden. Passierten sie die Strasse von Gibraltar, wurden sie von den Briten regelmässig genauestens inspiert.

## Küstenschiffe

Wurden in Lissabon Waren aus den USA auf ebenfalls gecharterte Küstenfrachter für den Weitertransport nach Sète, Marseille, Savona oder Genua umgeladen, erfolgte der Umschlag immer unter den Augen des britischen Geheimdienstes. Das Berner Kriegstransportamt pflegte für diese Transporte spanische oder portugiesische Frachter zu chartern, die unter ihrer jeweiligen *Nationalflagge* fuhren, beidseitig aber die grosse Aufschrift «*Switzerland*» führten.

## Die Schweizer Hochseeflotte

Die «Cash»-Behauptung, die im April 1941 ins Leben gerufene *Schweizer Hochseeschiffahrt* sei für die Bedürfnisse unseres Landes viel zu gross gewesen, ist unhaltbar. Diese Flotte umfasste 1942 lediglich *elf Schiffe* mit rund 61'000 Bruttoregistertonnen. Vier dieser Schiffe waren über vierzig Jahre alt. Die «*Caritas-1*» führte von 1943 bis 1945 vorwiegend Transporte für das *Rote Kreuz* durch. Falsch ist die Behauptung, diese unter Schweizer Flagge verkehrenden Schiffe seien nie angegriffen worden. Die «*Generoso*» sank im September 1944 bei Marseille infolge eines Minentreffers. Die «*Maloja*» wurde im September 1943 nahe Korsika von britischen Flugzeugen angegriffen und torpediert, wobei drei portugiesische Seeleute den Tod fanden. Die «*Chasseral*» ging infolge eines britischen Luftangriffs nahe Sète im April 1944 verloren; es gab dabei einen Toten und fünf Verletzte.

## Zusammenarbeit

Die Charterung der griechischen Schiffe erfolgte im Auftrag der Schweiz durch eine britische Maklerfirma in London, die auch für Verwaltung und Betrieb der Schiffe verantwortlich zeichnete. Die Schweiz verpflichtete sich, den kriegführenden Mächten jeweils rechtzeitig Auslaufzeiten und genaue Reiserouten zu melden. Für den Weitertransport der Waren von Lissabon nach den Mittelmeershäfen stellten die Briten jeweils erst nach hochnotpeinlicher Überprüfung der Ladungen fallweise sogenannte *Navy Certs* aus. Die Behauptung, kriegswichtiges Material sei in grösserem Umfang an Bord schweizerischer oder von der Schweiz gecharterter Schiffe mitgeführt worden, steht auf ausgesprochen wackligen Füßen.

## Gesuchtes Material

Es bleibt die Frage, was für kriegswichtige Güter Deutschland in den USA überhaupt zu ergattern versuchte. Im Rahmen des «*Cash and Carry-Gesetzes*» wären solche Importe zu Beginn des Krieges (vor dem Kriegseintritt der USA) theoretisch noch möglich gewesen, wenn die USA zur Erteilung von Exportlizenzen bereit waren und die britischen Seestreitkräfte überlistet werden konnten. In der Realität traf weder das eine noch das andere zu.

Die *Waffen- und Munitionsproduktion* Deutschlands war bis 1941 quantitativ und qualitativ besser als jene der Amerikaner, die grosse Mühe bekundeten, die Bedürfnisse der Franzosen, Briten und später auch der Sowjets (Lend-lease-Lieferungen) sowie ihrer eigenen Streitkräfte zu befriedigen. Laut *Professor H. A. Jacobsen*, einem seriösen deutschen Historiker, produzierten die USA 1939 für rund 600 Millionen Dollar, 1941 immerhin bereits für 4,5 Milliarden Dollar Kriegsmaterial. Deutschland produzierte 1939 für 3,4 Milliarden, 1941 für 6 Milliarden Dollar Kriegsmaterial. Ausserdem erbeutete Deutschland von 1939 bis 1941 das Kriegsmaterial von rund fünf Millionen alliierten Soldaten in Polen, Skandinavien, Westeuropa, auf dem Balkan und in Nordafrika. Ausserdem fiel den Deutschen etwa die gleiche Menge bis zum Herbst 1942 in der Sowjetunion in die Hände. Deutschland war bloss an gewissen Legierungen sowie an US-Werkzeugmaschinen, vor allem aber an *Konstruktionsplänen* aus den USA interessiert. Mag sein, dass deutsche Agenten in den USA solche Pläne in einem gewissen Ausmass erbeuten konnten. Mag sein, dass einzelne solcher Pläne durch bestochene Besatzungsangehörige von in Schweizer Charter fahrenden griechischen Schiffen nach Europa geschmuggelt wurden. Insgesamt war der Umfang solcher Aktionen zweifellos lächerlich klein.

Die unter Schweizer Flagge fahrenden Schiffe kamen für solche Schmuggelaktionen noch weniger in Frage, selbst wenn deren Besatzungen vorwiegend aus neutralen Staaten (jene der «*Generoso*» bestand zum Beispiel aus weissrussischen Emigranten) stammten, wobei immer mindestens ein schweizerischer Funker mitfuhr, der täglich um 21 Uhr der dafür eingerichteten Zentrale in Dübendorf seine Position zu melden hatte, die darauf via Kriegstransportamt in Bern umgehend den Admiralitäten der kriegführenden Staaten weitergemeldet wurde.

## Fazit

Wenn «Cash» und der Wirtschaftsprofessor Willi A. Boelcke Glaubwürdigkeit für sich in Anspruch nehmen wollen, müssten sie zumindest präzise angeben können, wann und wo welches Material eingekauft oder beschafft worden ist,

das durch wen, wo und in welcher Währung zu welchem Zeitpunkt und Preis bezahlt worden ist. Von welchen Schiffen wurde es anschliessend wo an Bord genommen und anschliessend wann und wo wieder entladen? Erst dann würde klar, an wen allenfalls als dubios eingestufte Lieferungen schliesslich gelangt sein könnten. Wer zu solch präzisen Fragen alle Antworten schuldig bleibt, kann nicht ernst genommen werden. Immerhin passt solche «Berichterstattung» zu der den «Cash»-Report illustrierenden Fotomontage, welche Hitler mit schützendem Hitler-Gruss über der Schweizer Fahne zeigt...

Kein Leser wundert sich, dass sich der zweifelhafte «Cash»-Report am Schluss als *Reklame-Artikel* für das von «Cash» selber produzierte Buch «*Die Schweiz am Pranger*» entpuppt. Und erst recht wundert sich niemand, dass «Cash» (siehe den Bestelltalon in «Cash» Nr. 32/8.8.97) sowohl die Abgabe von Probe-Exemplaren verweigert und das den Käufern sonst überall eingeräumte *Rückgaberecht ausdrücklich ausschliesst*.

(12. Dezember 1997)

*Derzeit oft und bereitwillig verdrängte Tatsachen*

## Stalins Holocaust

*Eine Buchbesprechung von Hans-Ueli Sonderegger*

*Die ausschliessliche Beschäftigung der Medien mit dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden erweckt den Eindruck, dass es in diesem Jahrhundert einzig diesen Holocaust gegeben habe.*

Nie aber vernehme man etwas über den *roten Holocaust Stalins*, dem 50 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Ein Exil-Lette, dessen Leserbrief unlängst in der britischen Zeitung «*The European*» erschien, erinnert im Besondern an die *680'000 Balten*, die von Stalin während und nach dem Zweiten Weltkrieg deportiert wurden und von denen die Mehrheit, darunter auch seine beiden Eltern, ihre Heimat nie wiedersahen.

Doch ebenso verdrängt und vergessen wie das Schicksal der baltischen Nationen bleibt die Passion des *ukrainischen Volkes*. Obwohl der rote Zar zehn Jahre vor dem Massenmord Hitlers an den Juden, wenige hundert Kilometer östlich von Auschwitz und Maidanek, den grössten Völkermord dieses Jahrhunderts, viel-



*Ukraine 1930: Bettelnde Kinder, Opfer von Stalins todbringender Hungerwaffe*

leicht der Geschichte überhaupt befaht. Über *vierzehn Millionen Menschen* fielen *Stalins Terror* Anfang der dreissiger Jahre zum Opfer. Allein sieben Millionen Ukrainer, davon fast die Hälfte Kinder, starben an der vorsätzlich verursachten Hungersnot, nachdem Bauernkrieg, Entkulakisierung und erste Zwangskollektivierung bereits einen millionenfachen Blutzoll von diesem vergessenen europäischen Volk gefordert hatten.

## **Nicht von Interesse?**

Doch kein Fernsehfilm, keine Hollywood-Produktion, kein Zeitungsartikel und keine Politikerrede fordert das Andenken der unschuldigen Opfer, geschweige denn die Sühne der Täter: Bis 1991 sassen deren Erben an den Schalthebeln der Macht, ohne dass von ihnen Vergangenheitsbewältigung verlangt worden wäre. Chruschtschows «Entstalinisierung» diente machtpolitischen Säuberungszwecken,

das Andenken galt nur den Genossen unter den Opfern des «grossen Terrors». Dass jenen, welche den Nazi-Massenmord täglich beschwören, die gar Opfer des Dritten Reiches, wie neutrale Kleinstaaten, zu Tätern stempeln, den roten Holocaust mit Schweigen übergehen, mag Ignoranz und intellektueller Herdentrieb sein, vielleicht aber auch mehr.

Gewiss haben totale Niederlage und militärische Besetzung Deutschlands, die Öffnung der Vernichtungslager unter den Augen der Kameras und die filmische Dokumentation des unbeschreiblichen Grauens zu anhaltender Beschäftigung mit dem braunen Holocaust beigetragen. Schliesslich fand der Völkermord im Herzen Europas statt. Indessen entzieht sich Stalins Genozid in der Ukraine, im Baltikum oder im Nordkaukasus trotz fehlender filmischer Dokumente in keiner Weise wissenschaftlicher Dokumentation. Was fehlt, scheint vielmehr die Motivation zu seiner politisch-publizistischen Aufarbeitung insbesondere im akademischen und journalistischen Milieu Westeuropas. Ausnahmen davon sind amerikanische Institute. Einer ihrer renommierten Professoren, *Robert Conquest*, gehört zu den führenden Experten sowjetischer Geschichte. Sein schon in den achtziger Jahren in den USA erschienenenes Buch «*The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivisation and the Terror-Famine*», das sich auf umfangreiche Arbeiten des ukrainischen Forschungsinstituts der Harvard-Universität stützt, darf wohl als Standardwerk über den stalinistischen Terror bezeichnet werden. Eine deutsche Ausgabe ist unter dem Titel «*Ernte des Todes*» bei *Langen Müller* in München erschienen.

## Klasse statt Rasse

Zu dem höchst ungleichen Umgang mit jüngerer europäischer Geschichte dürfte zumindest im deutschsprachigen Raum neben der unmittelbaren Betroffenheit vor allem die Singularisierung des Nazi-Terrors gegenüber der jüdischen Bevölkerung beigetragen haben.

Wer die Geschichte des ukrainischen Völkermordes anhand der Lektüre des Werkes von Robert Conquest mit dem deutschen Massenmord an den Juden vergleicht, dem ist alles andere als um Verharmlosung oder Relativierung zumute. Er erkennt vielmehr Parallelitäten des *letztlich unfassbaren Grauens*, dessen Ursachen gleicherweise in äusserster *Pervertierung europäischer politischer Bewegungen* liegen, dem *Sozialismus* und dem *Nationalismus* und deren exzessiver machtpolitischer Instrumentalisierung. Und von frappierender Ähnlichkeit sind auch deren jeweilige Methodik, die Dämonisierung des jeweiligen Feindes, um dessen *vollständige Liquidierung* zu rechtfertigen. War es bei *Hitler* die *Rasse*, so bei *Lenin* und *Stalin* die *Klasse*. Der Klassenfeind, das war für die russischen Kommunisten in Ermangelung des Bourgeois der Kulake, ohne diesen Klassen-

feind genauer zu definieren. Fest stand für die kommunistischen Führer lediglich, dass er *liquidiert (Stalin)*, nach Belieben gejagt werden musste (*Bucharin*).

## «Gnadenloser Krieg»

Kulaken waren ursprünglich Grossbauern und Geldverleiher. Doch wie die Grossgrundbesitzer waren auch diese teils durch die Agrarreform des zaristischen Ministers *Stolypin*, teils durch die revolutionären Ereignisse bereits eliminiert worden. Geblieben war nach dem Oktoberputsch vielmehr ein Millionenheer von Bauern, die über traditionelle Dorfgemeinschaften, zunehmend aber auch über Einzelhöfe nichts weiter wünschten, als ihre Felder zu bestellen, um deren Früchte zum eigenen Nutzen frei verkaufen zu können. Doch gerade dieses Verhalten stand im Widerspruch zur kommunistischen Gesellschaftsbeglückung, deren Theorie weder Privateigentum noch freie Märkte zulies, deren Theoretiker zudem, meist städtische Intellektuelle, dem Individualismus der Bauern und ihrer konservativen Lebensart abschätzig, ja feindlich gegenüberstanden. Da der blutsaugende, ausbeuterische Grossbauer und damit auch das klassenkämpferische Feindbild auf dem Lande kaum mehr existierte, sprachen die Bolschewiken offen über die *«Notwendigkeit, den Klassenkampf im Dorfe erst künstlich zu schaffen»*, um ihre Ideologie und Machtbasis ausserhalb der Städte überhaupt etablieren zu können. Durch Ideologie und Propaganda entstand dadurch eine im Grunde *fiktive Kulaken-Klasse*, die willkürlich alle als konterrevolutionär bezeichneten Individuen und Gruppen umfasste und die als Vorwand und Sündenbock für den nun einsetzenden Kollektivierungsterror gegen die russische Bauernschaft diente.

Der bereits wenige Monate nach der bolschewistischen Machtergreifung einsetzende Vernichtungskampf gegen das freie Bauerntum rief zynischerweise alle besitzlosen und arbeitenden Bauern auf, sich im «gnadenlosen» Krieg gegen die Kulaken zu vereinigen. Und unter dem haltlosen Vorwurf, das Getreide werde von den Kulaken gehortet, setzte *Lenin* zur gewaltsamen Requisition an, die, wie der Kommunistenführer selber eingestand, *«auch einen Teil des Getreides umfasste, das der Bauer selber zum Essen brauchte»*. Durchgesetzt wurde dieser Kampf mit willkürlichen Verhaftungen, Schlägen, Hinrichtungsdrohungen und auf persönliche Anordnung Lenins hin auch mit Geiselnahmen und *exemplarischen Exekutionen*.

Lenins Nachfolger *Stalin* setzte 1930 zur «zweiten» Revolution an, dessen Ziel die *gewaltsame Kollektivierung der Landwirtschaft* war und dessen ideologisch-propagandistischer Begleiterterror *«Entkulakisierung»* hiess. Durch die Schaffung riesiger Agrarfabriken und damit auch einer neuen «überlegenen» ländlichen

Gesellschaft versprach Stalin, sein Reich in drei Jahren in die *«reichste Kornkammer der Welt zu verwandeln»*. Doch die reichste Ernte hielt der Tod.

## Stalins willige Helfer

Opfer der Entkulakisierung konnte fast jeder Bauer werden, etwa dann, wenn er sich als Kirchgänger auswies. Nur einer Minderheit gehörten drei oder vier Kühe, nur ein Prozent der Bauernhöfe beschäftigten mehr als einen Arbeiter. Die Entkulakisierung galt Stalin vielmehr als *Schlag zur Eliminierung der natürlichen Führer der Bauern* und damit zur Lähmung ihres Widerstands gegen die kommunistische Unterdrückung. Die vom Politbüro ausgegebenen Listen der zu Entkulakisierenden umfasste fünf bis sechs Millionen Menschen. Tatsächlich dürften alles in allem rund zehn Millionen Bauern deportiert worden sein, von denen rund drei Millionen durch Erschiessen, auf dem Transport oder unter den unmenschlichen Lagerbedingungen umkamen. Zehntausende sogenannter Aktivisten waren an diesen grausamen Verfolgungen beteiligt, Stalins willige Helfer. *Wassili Grossman*, selber jüdischer Herkunft und führender Sowjet-Autor über den Holocaust, zögert nicht, den Vergleich mit der Behandlung der Juden durch



*Der freie ukrainische Bauer – von Stalin zum Kulaken und damit zum «Ausmerzobjekt» erklärt und millionenfach mit der Hungerwaffe umgebracht.*

die Nazis zu ziehen: «*Um den Massenmord an ihnen begehen zu können, war es nötig, zu verkünden, dass Kulaken keine Menschen sind. Genauso wie die Deutschen verkündeten, dass die Juden keine Menschen sind, so haben Lenin und Stalin verkündet, Kulaken seien keine Menschen*», zitiert er eine Aktivistin. Und wie später Hitler spannte Stalin seine Filmemacher in die Hasskampagne ein, darunter auch *Sergej Eisenstein* als willigen Helfer, der den Kulaken als fett, faul, verfressen, brutal zu einer widerlichen Figur verzerrte; nur Eisensteins Renommée im Westen hat darunter nicht gelitten.

In Wirklichkeit gehörte der Kulake zu den fortschrittlichsten, sparsamsten und am schwersten arbeitenden Landwirten, wie ein regimetreuer ausländischer Beobachter schrieb. Doch für den als Kulake abgestempelten freien Bauern gab es kein Entkommen. Er war wesenhaft ein Klassenfeind, ein *Unmensch*, wie *Robert Conquest* schreibt. Oder wie es in einem 1934 in Moskau veröffentlichten Roman heisst: «*Nicht einer von ihnen war irgendwie schuldig, aber sie gehörten einer Klasse an, die an allem schuld war.*»

Stalins Schnellkollektivierung endete derweil in einer ähnlichen Katastrophe wie jene Lenins zehn Jahre zuvor. Die Bauern, welche die Zwangseingliederung in landwirtschaftliche Fabriken als neue, noch schlimmere Leibeigenschaft als jene unter den Zaren empfanden, reagierten mit passivem und aktivem Widerstand, dem Stalins Geheimdienst mit Massenerschiessungen begegnete. Die Flüsse trugen Tausende von Leichen, berichtete einer seiner Kommandanten. Zu Hunderttausenden wurden Vieh und Schweine geschlachtet. Massenhaft stellten sich auch die Frauen gegen die Zwangsmassnahmen. Überall gingen die Ernteerträge drastisch zurück. Stalin suchte Sündenböcke und setzte zu einer neuen Säuberung an, musste den Bauern schliesslich kleinere Konzessionen machen mit der Gewährung von Privatgrundstücken für den Eigenbedarf. Doch die Zwangskollektivierung blieb. Markt und Privatinitiative wurden durch Bürokratisierung und Zwang ersetzt, die sowjetische landwirtschaftliche Produktion fiel pro Kopf unter die Erträge der Zarenzeit. Und schlimmer noch: Um den Preis von Millionen Ermordeten und Deportierten war eine *ganze Lebensart vernichtet* worden. Und an diesem Vernichtungswerk leidet das Land bis heute.

## «Endlösung»

Der grösste Widerstand gegen Kollektivierung und Bolschewisierung schlug den Moskauer Kommunisten in der Ukraine entgegen. Nach Jahrhunderten eigener oder mit *Litauen* verbundener Geschichte und Kultur war die Ukraine mit der Niederlage Schwedens in den Nordischen Kriegen unter russischen Einfluss geraten und schliesslich *Opfer gewaltsamer Russifizierung* geworden. Wie andere

Völker nutzte auch die Ukraine den Sturz des Zaren 1917 zur Proklamation der Unabhängigkeit. Eine Schicht von Intellektuellen, Dichtern, Historikern und Priestern bildete den Kopf, die breite Masse der Bauern den Leib der ukrainischen Nationalbewegung.

Dem massiven Einsatz der Roten Armee, unterstützt von ukrainischen Kommunisten, gelang es im dritten Anlauf, die Ukraine gewaltsam wieder heim ins sowjetrussische Reich zu führen, wo ihr vorerst aus taktischen Gründen weitgehende kulturelle Autonomie eingeräumt blieb. Doch den Moskauer Bolschewiken schien das mit ihrer Herrschaft keineswegs ausgesöhnte, die gewaltige Landmasse vor der Haustüre besiedelnde Volk ein Unsicherheitsfaktor. Noch während seine Kollektivierung im Gange war, entschloss sich Stalin zur Endlösung der ukrainischen Frage.

## Hunger statt Gas

Im Juli 1932 wurden in Moskau die Beschlüsse gefasst, die zum tödlichen Schlag gegen die ukrainischen Bauern, «zum Holocaust der nächsten acht Monate» führten. Die tödliche Waffe hiess *Hungertod*. Und sie wurde nicht nur in Kauf nehmend, sondern vorsätzlich, systematisch und gezielt eingesetzt, um eine ganze Klasse von Menschen auszurotten, eine ganze Nation gefügig zu machen.

Stalins Methoden waren so einfach wie brutal: die Getreide-Ablieferungsquoten der ukrainischen Bauern wurden so hoch angesetzt, dass diese unweigerlich dem Hungertod ausgeliefert blieben. Gleichzeitig wurden Vieh und Getreide zu Staatseigentum erklärt; wer sich an ihm verging, war zu erschiessen. Auf den Feldern wurden Wachttürme mit Bewaffneten errichtet. Der Geheimdienst wurde bei der Durchführung unterstützt von fanatisierten Aktivisten, deren ideologischer oder sadistischer Eifer keine Grenzen kannte. Schlägerbanden durchsuchten systematisch Dörfer und Bauernhöfe nach verstecktem Getreide und übrigen Lebensmitteln, bis ihren Bewohnern nichts mehr blieb als qualvolles, langsames Verhungern. Jeder, der sich nicht in diesem Zustand befand, weckte Verdacht.

*«Ich werde 1932 nie vergessen», so ein beteiligter Aktivist. «Die Bauern lagen hilflos in ihren Hütten mit angeschwollenen Gliedern. Jeden Tag wurden neue Leichen hinausgetragen. Und dennoch mussten wir irgendwie Brot aus den Dörfern herauskriegen und den Plan erfüllen. Sterbende wurden mit den Toten auf den Friedhof verfrachtet, so dass Kinder und alte Leute noch mehrere Tage lang lebend in den Massengräbern lagen.»*

Ihrem Schicksal suchten die Menschen zu entkommen, indem sie einfach alles assen. *«Sie fingen Mäuse, Ratten, Spatzen, Ameisen und Regenwürmer. Sie*



*Ukraine 1930: Ein Requisitionskommando von Rotarmisten beschlagnahmt verstecktes Getreide. Dem «fehlbaren» Bauern war Tod durch Erschiessen sicher.*

*mahlten Knochen zu Mehl und machten dasselbe mit Leder und mit Schuhsohlen; sie zerschnitten alte Häute und Pelze, um eine Art Nudeln herzustellen, und sie kochten Leim.» In grenzenlosem Ausmass begann das Sterben im März 1933: «Überall sahen wir Männer und Frauen ausgestreckt am Boden liegen, ihre Gesichter und Bäuche aufgebläht, ihre Augen völlig ausdruckslos.»*

Um die Ausrottung der Bauern radikal durchzusetzen, wurde ihre Bewegungsfreiheit gewaltsam eingeschränkt, die Flucht in die verschonten Städte und in das vom Hungerterror ausgenommene Russland mit Waffengewalt verhindert. Die ukrainische Landschaft wurde in ein riesiges, zum Sterben verurteiltes Ghetto verwandelt. Trotzdem wurden in Kiew, Charkow, Dnjepropetrowsk und Odessa in täglichen routinemässigen Runden die Leichen geflüchteter Landbewohner eingesammelt, in Poltawa allein jeden Tag rund 150.

## **Protest «nicht im amerikanischen Staatsinteresse»**

Während die ukrainische Landbevölkerung durch die Zwangsrequirierung ihres eigenen Getreides vorsätzlich dem Hungertod ausgeliefert wurde, stapelte sich in zentralen Lagern, oft unweit der sterbenden Dörfer, das gestohlene Getreide, oft genug nur um zu verrotten. Und inmitten des unsäglichen Grauens, im Schutze bewaffneter Wachen, füllten sich die stalinistischen Schergen in masslosen

Gelagen ihre Bäuche, viele erfüllt vom Glauben an die historische Notwendigkeit ihres grausigen Tuns, bei der Ausrottung des *kulakischen «Ungeziefers»* nicht mehr von Gewissensbissen geplagt als Hitlers Schergen bei der Ausrottung der Juden. Doch Stalins grenzenloser Zynismus setzte noch eins drauf. Schuld an der Katastrophe wurde den Kulaken selber gegeben – wegen deren angeblichen Hortung von Getreide. Und schliesslich benützte der rote Diktator den ukrainischen Holocaust zu einem weiteren Schlag gegen die als zu wenig linientreu erachteten ukrainischen Genossen, die er zuvor zur Durchsetzung des Terrors gezwungen hatte.

Offiziell aber durfte die Hungerkatastrophe gar nicht existieren. In Stalins Reich war allein schon die *Erwähnung* unter *Strafe* gestellt. Im westlichen Ausland indes fehlte es nicht an Berichten von Augenzeugen. *«Kürzlich bei einem Besuch im nördlichen Kaukasus und in der Ukraine sah ich etwas von der Schlacht, die zwischen der Regierung und den Bauern geführt wird»*, schreibt der englische Korrespondent *Malcolm Muggeridge*. *«Auf der einen Seite Millionen verhungerner Bauern, auf der andern Soldaten-Angehörige der GPU, die die Befehle der Diktatur des Proletariats ausführen. Sie waren wie ein Schwarm Heuschrecken über das Land gekommen und hatten alles Essbare mitgenommen.»*

In den Archiven des US-Aussenministeriums stapeln sich noch die Appelle an die Regierung, etwas zu unternehmen, jedesmal beantwortet mit der Erklärung, dass *«kein amerikanisches Staatsinteresse»* vorliege. Washington war gerade an der Aufnahme und der Pflege guter Beziehungen zu Stalin interessiert...

## Marx als Motiv

Für Robert Conquest ist klar, dass die *kommunistische Ideologie* die Motivierung für einen noch nicht dagewesenen Massenmord an Männern, Frauen und vor allem Kindern lieferte. Stalins Krieg gegen die Bauern, Dekulakisierung, Kollektivierung und vorsätzlicher Hungerterror dürften nach konservativen Berechnungen rund *14,5 Millionen Menschen* das Leben gekostet haben, davon sieben Millionen Opfer des ukrainischen Holocaust. Nicht eingerechnet der nach dem Hitler-Stalin-Pakt und nach Jalta einsetzende Vernichtungsfeldzug gegen die Westukraine und das Baltikum. Doch bis zu seinem Ende widersetzten sich die kommunistischen Herrscher über die Sowjetunion einer Vergangenheitsbewältigung, womit sie, so Conquest, *«Komplizen und Erben der furchtbaren Geschichte blieben»*.

*Hans-Ueli Sonderegger*

(27. Juni 1997)

(Erstabdruck: Aargauer Zeitung, 12.4.97; leicht gekürzt)

## **In Sachen Bronfman**

Von Dr. Ernst Walder, Kilchberg ZH

*Inzwischen steht einwandfrei fest: Es war Edgar Bronfman, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, der Senator Alfonse d'Amato bat, über den Bankenausschuss des amerikanischen Senats eine Attacke gegen die Schweiz, insbesondere gegen die Schweizer Banken zu reiten; und es war wiederum Bronfman, der Präsident Clinton dazu bewegen konnte, jene Untersuchungen in Auftrag zu geben, welche zum ominösen Eizenstat-Bericht führten.*

Vor Kurzem hat ein Porträt des Schweizer Fernsehens DRS die Firmengeschichte des durch die Familie Bronfman kontrollierten Milliarden-Imperiums *Seagram* nachgezeichnet.

### **Das TV-Porträt**

Wir zitieren aus diesem TV-DRS-Porträt: *«Sein Vater (Anmerkung: Samuel Bronfman, als «Mr. Sam» zur eigentlichen Legende geworden) wanderte aus dem russischen Zarenreich nach Kanada aus. Dort baute er in den zwanziger Jahren bei Toronto eine erste Brauerei und kaufte in Ontario die grösste Distillerie von Seagram & Söhne. Samuel Bronfman hatte eine gute Nase: Er ahnte, dass das Alkoholverbot in den USA nicht ewig dauern würde. Er baute riesige Lagerhallen und füllte sie mit Whisky. Als das Alkoholverbot aufgehoben wurde, war Vater Bronfman gerüstet und eroberte rasch den Markt von Nordamerika.»*

Wir wissen nicht, von wem diese Firmengeschichte stammt; man darf aber mit praktischer Sicherheit annehmen, es handle sich hier um die *offizielle Version*, welche die Familie Bronfman/Seagram dem Publikum vermittelt. Diese Darstellung entspricht dem, was Marxisten die *«eins-drei-fünf-sieben-neun»-Taktik* nannten: die Methode nämlich, von zehn relevanten Tatsachen nur deren fünf vorzulegen. So vermittelt man ein ganz falsches Bild, ohne formell zu lügen.

Die zitierte Kurzfirmengeschichte ist an sich richtig; aber die sich aufdrängende Frage, *wie Vater Bronfman den Aufbau dieser riesigen Lager finanzierte*, wird nicht beantwortet. Es sei uns gestattet, diese Lücke zu füllen: Mr. Sam legte den Grundstock des Vermögens von Seagram und seines persönlichen Vermögens damit, dass er während Jahren Whisky produzierte, der durch verbrecherische *«Grossisten»* (im Klartext: durch *die Mafia*) unter Verletzung des amerikanischen Alkoholverbots (*Prohibition*) in die USA *geschmuggelt* wurde. Betrachten

wir diese Vorgänge aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Quellen etwas näher:

## Vom Schmuggel ...

In der Schlussphase des Ersten Weltkriegs erliessen die USA ein Verbot der Herstellung, des Verkaufs und der Beförderung alkoholischer Getränke (Prohibition). Die Durchführung dieser Gesetzgebung erwies sich im Laufe der Zeit als immer schwieriger; gegen Ende der zwanziger Jahre wurde die Umgehung des Verbots zur allgemeinen Praxis, an der sich auch sonst gesetzestreue Amerikaner ausgiebig beteiligten. Vor allem in den Städten wuchs der Konsum von geschmuggeltem Alkohol ununterbrochen. Organisierte Verbrecherbanden (die Mafia) hatten sich dieses Geschäftes bemächtigt und erzielten dabei phantastische Gewinne. Das grosse Kapital, das die organisierten Gangster so erwarben, vermehrte ihre Macht so gewaltig, dass das normale Funktionieren der Wirtschaft und die Aufrechterhaltung der demokratischen Lebensformen bedroht wurden. Man kam schliesslich zur Überzeugung, dass die schwerwiegenden Nachteile der Prohibition deren Vorteile bei weitem überwogen; das Verbot wurde deshalb zu Beginn der Präsidentschaft von *Roosevelt* abgeschafft (1933).

Damit kommt man zur Frage, wer denn diese riesigen Mengen von Alkohol, der in die USA geschmuggelt wurde, produzierte. Es waren vor allem *kanadische Firmen*, allen voran *Seagram/Bronfman*. Das führte dazu, dass nach der Aufhebung der Prohibition der amerikanische Finanzminister *Henry Morgenthau Jr.* den Standpunkt einnahm, die kanadischen Alkoholproduzenten schuldeten den USA auf den illegal eingeführten Alkoholmengen einen Betrag von 69 *Millionen Dollar* an Zoll und Umsatzsteuern. Daraus resultierte ein heftiger Konflikt zwischen den USA und Kanada, der so virulent wurde, dass Morgenthau mit einem *generellen Importverbot* gegenüber kanadischen Gütern drohte. Schliesslich schlossen die beiden Staaten einen mageren *Vergleich*: Kanada bezahlte den USA 3 Millionen Dollar; intern *übernahm Mr. Sam die Hälfte*. Damit war für ihn die Sache erledigt, obwohl Seagram während der Prohibition einen *Gewinn von rund 800 Millionen Dollar* erzielt hatte, nach heutigem Geldwert eine unvorstellbar grosse Summe (nachzulesen bei «*The REST of US*», *The Rise of Americas Eastern European Jews*, *Stephen Birmingham*, *Berkley Books*, *New York*, 1984).

## ... zum Handel

Die riesigen Gewinne, die Seagram erzielt hatte, erlaubten es Mr. Sam, so vorzugehen, wie es durch TV-DRS geschildert wurde: 1928 wurde es jedermann klar,

## *Ergänzendes zu Bronfman*

Zum Artikel «In Sachen Bronfman» ist zur Entwicklungsgeschichte des persönlichen Imperiums des Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, Folgendes nachzutragen:

*Wir haben über die dubiose Herkunft des gewaltigen Vermögens der Familie Bronfman und über die fragwürdigen, teilweise geradezu skandalösen Methoden berichtet, mit denen E. Bronfman versucht, möglichst reich fließende schweizerische Geldquellen anzuzapfen. Wir wiesen dabei u.a. daraufhin, dass die von der Familie Bronfman kontrollierte Seagram 25 Prozent des Chemieriesen Du Pont halte. Diese Information ist überholt: Wie der Geschäftsbericht 1995 von Du Pont festhält, kaufte die Gesellschaft im Berichtsjahr das Aktienpaket der Seagram zum Preise von 8,8 Milliarden US-\$ zurück. Andern Quellen ist zu entnehmen, dass Seagram den Grossteil des Erlöses (US-\$ 7,7 Mrd.) dazu verwendete, das Hollywood-Konglomerat MCA/Universal (jetzt Universal Studios, Inc.) zu übernehmen. Wir bedauern, dass wir diese Umschichtung im persönlichen Machtbereich des Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses übersehen haben. Sie bestätigt übrigens die Schlussbemerkung unseres Berichtes über Bronfman: «Das sind Zahlen, die in Washington, wo Geld und Macht das Mass aller Dinge sind, enormes Gewicht haben.»* E. W.

Und in einem vom deutschen Bundeskanzler *Helmut Kohl* verfassten, kürzlich veröffentlichten Buch zur Wiedervereinigung Deutschlands treffen wir zufällig auf eine Stelle, in welcher über das einvernehmliche Zusammenwirken zwischen dem seinerzeitigen kommunistischen DDR-Regime und dem Jüdischen Weltkongress unter Edgar Bronfman Folgendes gesagt wird: *Zu denen, die sich haben täuschen lassen, gehört der Jüdische Weltkongress (JWC). Schon Ende November 1989 ist DDR-Aussenminister Oskar Fischer mit Maram Stern, dem Bevollmächtigten des JWC-Vorsitzenden Bronfman, zusammengetroffen. Dem Gesprächsprotokoll zufolge hat man übereingestimmt, dass der JWC ein Freund der DDR sei und es auch bleiben werde. Für ihn, Stern, stehe die Frage der Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung. Der JWC werde alles tun, damit es nicht dazu komme. Man wolle auf die amerikanische Regierung in diesem Sinne einwirken.*

*Stern drückt darüber hinaus «die Sorge des JWC vor einem Ausverkauf der DDR an die BRD aus». Joint Ventures müssten mit Vorsicht behandelt werden. Was Stern nicht weiss: Dem SED-Regime ist zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr zu helfen.*

*(Helmut Kohl in «Ich wollte Deutschlands Einheit», Propyläen-Verlag, 1996, Seite 244)  
(8. August 1997)*

dass die Prohibition nicht funktionierte und deshalb früher oder später aufgehoben werde. Sam Bronfman fällt damals einen Entscheid, der ihn in der Folge vom vielfachen Millionär zum Milliardär machte. Er produzierte grosse Mengen von erstklassigem Whisky, den er in seinen Lagerhäusern hortete. Als die USA 1933 das Alkoholverbot aufhoben, besass Seagram die *weltweit grössten Vorräte*, mit welchen man nun den amerikanischen Markt legal erobern konnte.

Dem Gesagten ist zu entnehmen, dass nicht nur die Mafia, sondern auch Sam Bronfman den Grundstock für sein riesiges Vermögen durch *systematische Umgehung der amerikanischen Gesetzgebung* legte. Wenn Edgar Bronfman sein Verhalten an jenem Massstab ausrichten würde, den er – zu Unrecht – an die Schweiz anlegt, so müsste er konsequenterweise heute *den Grossteil seiner Mittel einer gemeinnützigen Stiftung zuwenden*, welche für die Opfer des Alkoholismus sorgt bzw. den Alkoholismus bekämpft.

## Die Schweiz im Visier

Nach dieser Präzisierung zur Firmengeschichte wenden wir uns noch kurz der Auseinandersetzung zu, die Bronfman gegen die Schweiz führt, indem wir einige Abschnitte aus einem Beitrag zitieren, den das kanadische Magazin «*Maclean's*» am 9. Juni 1997 publizierte («*Why Edgar Bronfman took on the Swiss banks*»).

- Bronfman über sich und die schweizerische Regierung, insbesondere Aussenminister Flavio Cotti: «*Wenn der schweizerische Bundesrat mich als einen riesigen Hund betrachtet, der die Schweizer jederzeit anfallen könnte, so ist das perfekt. Ich kann mich an den Besuch des schweizerischen Aussenministers erinnern. Der Mann war richtiggehend nervös; offenbar glaubte er, ich habe Hörner.*»
- Über die Methoden, die Bundesrat Delamuraz verständlicherweise als Er-

pressung bezeichnete: «Als der von Bronfman geführte Jüdische Weltkongress von einem weltweiten Boykott (Anmerkung: gegen die Schweiz) sprach und d'Amato damit drohte, den schweizerischen Banken ihre New Yorker Lizenz zu entziehen, teilte der neue schweizerische Bundespräsident mit, man werde eine 6,4-Milliarden-Dollar-»Solidaritätsstiftung« für Opfer der Nazis und andere humanitäre Katastrophen einrichten, und zwar mittels Verkauf von Goldreserven. Die Schweizer hatten kapituliert.»

- Zum gleichen Thema: «Nach Monaten intensiven Drucks, der durch Bronfman orchestriert wurde, publizierte die schweizerische Regierung endlich einen Plan zur Einrichtung einer 6,4-Milliarden-Stiftung für die Opfer der Nazis und andere Verletzungen der Menschenrechte. Bronfman ist nun Mitglied des Stiftungsrates.»
- Zum weiteren Vorgehen gegen die Schweiz: «Die erste Schlacht ist gewonnen, aber der Krieg geht weiter.»

Anmerkung: Man erinnert sich hier an das Geschrei, das der linke Medienverbund (allen voran die Coninx-Journaille) anhob, als Botschafter Jagmetti die Metapher «Krieg» verwendete – nicht öffentlich, sondern in einem vertraulichen Bericht an das EDA.

## Der Bundesrat versagt

Ein kurzer Kommentar zu den Methoden des Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses: Skandalös ist nicht in erster Linie das Vorgehen Bronfmans und seiner Organisationen: die Amerikaner sind sich gewohnt, mit harten Bandagen zu kämpfen und setzen voraus, die Gegenseite werde entsprechend reagieren. Erschütternd ist vielmehr das *völlige Versagen des Bundesrates*, insbesondere Cotis. Zum Vergleich: Als *Minister Stucki* als Vertreter der Schweiz – hart aber korrekt – 1946 das Washingtoner Abkommen aushandelte, wurde unser Land *respektiert*. Heute macht sich Bronfman verständlicherweise über unsern Bundesrat, insbesondere den Aussenminister, lustig.

Zum Schluss vermitteln wir einige Angaben über *Seagram*: Der Konzern besitzt u.a. die Marken *Crown Royal*, *Chivas Regal*, *Martell* (Cognac), *The Glenlivet*, *Champagner Mumm*, *Captain Morgan*, *Tropicana*. Kürzlich verkaufte Seagram den Anteil am Mediengiganten *Time Warner Inc.* für 1,9 Milliarden Dollar. Der Konzern hält weiterhin 25% des Chemieriesen *Du Pont*. Das sind Zahlen, die in Washington, wo Geld und Macht das Mass aller Dinge sind, enormes Gewicht haben.

(11. Juli 1997)

## Panik säen, weil man Panik fühlt

Von Richard Andereg, Washington

*Das grosse Scherbengericht, das die Dachorganisationen der jüdischen Diaspora Amerikas erfolgreich gegen die Schweiz veranstalten, ist – mit Standort USA gesehen – nur ein Vorhutgefecht in einem Kampf, der mit der Schweiz nichts zu tun hat.*

Die Aktivisten der jüdischen Diaspora sind von einer Wut getrieben, hinter der Angst sitzt. Leute wie ein *Edgar Bronfman*, ein *Israel Singer* und ihre Mitplaner befürchten den Untergang, das Verschwinden der jüdischen Diaspora als politisch-wirtschaftliche Kraft in Amerika und in der Welt – und damit auch ihrer Machtstellung. Überleben dürften wohl die religiös harten, also orthodoxen, oder politisch harten, also zionistischen Elemente. Aber sie werden nie das internationale Gewicht erreichen, das die jüdische Weltgemeinde seit dem Zweiten Weltkrieg gewonnen hat. Vom Verschwinden bedroht, das glauben eine Reihe jüdischer Beobachter, sind die «*nicht-orthodoxen*» Juden als organisierte politische Kraft. Sie aber sind es, die der Diaspora-Politik ihr Gewicht geben.

Die Grossaktion zur Rückerstattung von im Zweiten Weltkrieg den Juden Europas entwendeten Guthaben ist der neueste und bisher gewaltigste Versuch, die stagnierende nicht-orthodoxe jüdische Gemeinschaft der USA zur *Militanz* zu erwecken. Und zwar mit einer bewusst scharfen, taktisch geschickt mit dem schwächsten Gegner, der *Schweiz*, beginnenden Kampagne. Als nächstes Ziel ist *Österreich* im Visier, der nächste Kleine.

### Neuer Antisemitismus

Dabei wird nicht nur in Kauf genommen, dass die Methoden einen neuen Antisemitismus wecken; das wird geradezu *beabsichtigt*. Genau das tat *Israel Singer*, Generalsekretär des Dachverbandes JWC (Jüdischer Weltkongress), als er seinem Dank an die Banken bei der Bekanntgabe der Liste der herrenlosen Konten von Ausländern gleich drohend die Warnung vom neuen Antisemitismus beifügte, und erst noch die ihm absolut nicht zustehende Weisung an die Bergier-Kommission von sich gab, ihre Arbeiten schneller abzuschliessen. Singer, ausgebildeter Rabbiner und Politikwissenschaftler, betreibt diese Provokation bewusst: Es soll eine *feindliche Reaktion* geben. Die in der vernetzten Gesellschaft von Integra-

tion träumenden Juden der Diaspora Nordamerikas – um die geht es vorab – sollen aufgeschreckt, in eine *Wagenburg-Mentalität* zurückversetzt und für die Politik und das Geldsammeln wieder ansprechbar gemacht werden.

Aber es geht um mehr als Geld. Es geht um richtige *Angst*. Schicksalskräfte bedrohen, in den Augen der Diaspora-Aktivisten, nach bloss 50 Jahren schon wieder die Juden in der Welt. Nach dem Grauen des Zweiten Weltkriegs hatten sie sich in einem neuen Muster, mit Rückgrat in Amerika, gefunden und standen hinter Israel.

## Zusammenhalt schwindet

Aber unter dem Titel *«Friedenshürde»* schrieb das *«Wall Street Journal»* schon 1994 (14.9.): Seit Israel begonnen habe, Friedensverträge mit arabischen Nachbarn zu schliessen, sei die Begeisterung für Hilfe an Israel am Verebben. Grosse Geldgeber forderten neuerdings bei Sammelaktionen, dass ein grösserer Anteil als bisher einheimischen jüdischen Hilfswerken gutgeschrieben werde. Und das Sammeltotal nehme ab. Die jüdischen Gemeinden Amerikas seien durch die Weltlichung der Jungen bedrohter als Israel. Und bedroht fühlten sich auch die Diaspora-Verbände. *Edgar Bronfman* nennt in seiner Selbstbiographie (*«The Making of a Jew»*, Putnam, New York, 1996) die Assimilation den Feind Nummer eins der jüdischen Diaspora. Assimilation und Integration sind tatsächlich ein brennendes Thema. Einige Beispiele dazu:

Übertitel eines Beitrags im Sonntagsmagazin der *«New York Times»* vom 8. Juni, von einem führenden israelischen Kommentator, *Ari Shavit*, zum Verhältnis Israel – Amerika: *«Die zionistische Analyse stimmt: Mit dem Sturz der Ghetto-Mauern gibt es nirgends mehr eine Zukunft für laizistische, staatenlose jüdische Gemeinschaften. Nicht einmal in Amerika.»*

## Am Aussterben

Die nicht-orthodoxen Juden Amerikas seien an der Wende zum 21. Jahrhundert eine *«gefährdete Gattung»* geworden. Vor drei Jahrzehnten noch hätten die knapp 2 Millionen Juden Israels die fünfeinhalb Millionen Juden Amerikas als ihr *«strategisches Hinterland, den Hort ewiger Naturschätze»* gesehen. Heute leben in Israel 4,6 Millionen Juden, mit einem Durchschnittsalter von 29 Jahren und 2,6 Kindern pro Mutter. In Amerika leben, fast ohne Wachstum, 5,7 Millionen Juden. Durchschnittsalter 39 Jahre, mit 1,6 Kindern pro Mutter. Und über 52% der Ehen seien Mischehen – mit Nichtjuden.

Der Untertitel war ebenso kompromisslos: *«So wie die Juden Amerikas weniger*

*Kinder haben und Mischehen eingehen, steht ihnen das kulturelle Aussterben bevor.»* Der Haupttitel war grausam – ein Wort: «*Vanishing*». am Verschwinden.

Ein jüdischer Politiker des rechten US-Flügels, *Elliott Abrams*, veröffentlichte im Mai in der konservativen «*National Review*» einen ebensolchen Beitrag «*Können Juden überleben?*» (Vorabdruck aus seinem Buch «*Faith or Fear*», Glaube oder Furcht).

Abrams war republikanischer Unterstaatssekretär mit Sachgebiet Lateinamerika in der Reagan-Regierung und vertrat die harte Nicaragua-Politik.

## Enge

Der Zweite Weltkrieg machte die jüdische Diaspora Amerikas zur stärksten der Welt, schreibt er, und zum Rückhalt des neuen Israel. Damit zertrte die Aktualität der Politik die Juden ins Rampenlicht. Das alte Rezept zum Erfolg in Amerika war «soziale Unsichtbarkeit» gewesen. Aber der Nachkrieg, sagt Abrams, brachte einerseits die *Toleranz* und *Offenheit* der amerikanischen Gesellschaft, mit der Versuchung zum Mitmischen; andererseits aber die Realisierung, die vielen Juden ein richtiger Schock war, wie anspruchsvoll *einengend* ihre Religion war. Sie hemmte ihre neue Bewegungsfreiheit.

Sie versuchten ihr auszuweichen. Abrams zitiert einen Gallup-Bericht von 1989 über den Glauben in Amerika. Die Mehrzahl amerikanischer Juden gehörten keiner Synagogengemeinde mehr an und gingen nicht regelmässig zum Sabbath-Gottesdienst. Im Durchschnitt bejahten 55% der Amerikaner die Frage, ob Religion in ihrem Leben «sehr wichtig» sei, während nur 14% die Frage verneinten. Bei den Juden bejahten sie nur 30%, aber 35% sagten nein.

## Glaubensersatz

Glaubensersatz, sagt Abrams, trat an die Stelle der Gottesfurcht, um sich als Jude zu identifizieren. Zuerst war da die «Religion Israels», die Unterstützung des gefährdeten jungen Staates. Die flaut jetzt ab – auch weist das heutige Israel Züge auf, die Amerikanern fremd sind.

Der «*politisierte Judaismus des linken Flügels*» war ein weiterer Ersatz, in den sich viele Juden stürzten, um dort eine Identität zu suchen. Kann nicht dauern und ist schon abgeflaut, meint er.

Ethnische Bande sind am Verschwinden: *Yiddisch*, die lebende Sprache des Stetl, brachte eine reiche Kultur nach Amerika, wurde aber Opfer des «*Falls der Ghetto-Mauer*»; Es gab kein Bedürfnis mehr, eine eigene Sprache zu pflegen. Yiddisch wurde eine tote Sprache.

## Shoa

Schliesslich kommt Abrams zur Shoa. Hier ist, im Gegensatz, eine Erinnerung, die *rein jüdisch* ist. Aber sie birgt eine grosse Gefahr: Sie kann nicht eine befruchtende Konstante sein. Abrams macht darauf aufmerksam, dass der *Holocaust-Kult* erst Jahrzehnte nach dem Krieg richtig aufkam. Er nennt ihn «*ein Melodrama, um sich in die Schuhe jener europäischen Juden 1930 und 1940 zu versetzen und den Horror zu spüren*», und einen «*bequemen Ausweg*», sich ohne umständliche Religion als Jude zu profilieren. Wobei er der politischen Korrektheit seine Reverenz erweist: Es gehe ihm nicht darum, diejenigen herunterzumachen, die den Holocaust zu ihrer Mission gemacht hätten. Bloss gebe die Erinnerung daran keinen Ersatz für ihre Religion. Abrams zitiert den jüdischen Weisen *Sadia Gaon*: Juden sind ein Volk nur kraft ihrer Torah. Sie werden dahinwelken, wenn sie durch Furcht getrieben werden – Furcht vor ihren Nachbarn, Furcht vor ihren alten Traditionen und Furcht vor der Identität, die ihnen ihre religiösen Pflichten auferlegen. Sie werden nur überleben, wenn sie sich an die Torah halten.

## Israel auf Distanz

Eine Art Schlusswort kam am 27. Juli in einem Bericht des «New York-Times»-



*D Amato bei seiner Lieblingsbeschäftigung*

Korrespondenten aus Israel, betitelt: *«Warum Israel vor der Schweizer Liste die Achseln zuckt»*. Zunächst, weil Israel genug Aktualitäten mit den Palästinensern und seiner Innenpolitik hat. Aber auch, weil die Sache als *«ein Vehikel für die Identität der amerikanischen Juden, für ihr Stammesüberleben»* gesehen wird, sagt Amotz Asa-El, ein Redaktor der *«Jerusalem Post»*. Er fuhr fort: *«Wir brauchen das nicht, wir haben keine Identitätskrise. Wir haben keine drohende Assimilation, von der amerikanische Juden so besessen sind.»*

Der bereits erwähnte Ariel Shavit sagte dem Korrespondenten: *«Die Schweizer herauszupflücken ist zu einfach. Wenn ich Senator d'Amato und Edgar Bronfman in ihrem moralischen Kreuzzug gegen die Schweizer sehe, muss ich lächeln, und es ist kein glückliches Lächeln.»*

Ein Historiker, Tom Segev, sagte: *«Die bombastische Sprache der Leute des Jüdischen Weltkongresses gibt uns ein unerfreuliches Gefühl. Es herrscht so eine Stimmung wie «Spann mich nicht ein, spann den Holocaust nicht ein für Deine Public Relations.»»*

## Integration verhindern

Ein Vertreter der schweizerischen israelitischen Gemeinde sagte privat, in der Nachkriegszeit habe die Integration der Juden in der Schweiz Fortschritte erzielt, und praktisch niemand mehr habe bei Promotionen und Besetzung hoher Ämter darauf geachtet, ob der Kandidat Jude sei oder nicht. *«Diese Geschichte hat uns gut zwanzig Jahre zurückgeworfen»*, sagte er. Geht man den wahren Gründen der Auslöser der Kampagne nach, so erkennt man, dass Leute, die sich integrieren und in ihrem Land in Glaubensfreiheit friedlich leben wollen, eben die Feinde eines Bronfman sind. Er gehört zur Aktivistengarde, die die Juden in der Welt in *Misstrauen* gegen ihre Umwelt verteidigungsbereit und finanzkräftig den internationalen Diaspora-Organisationen erhalten wollen. Und die auch bewiesen haben, dass sie ein an sich gerechtfertigtes Ziel erreichen können. Aber mit Mitteln, die ihr eigenes *Gift* in sich tragen und heute schon in Israel, wo man weiss, was man den Palästinensern abnahm, mit Sorge gesehen werden.

Die ersten Opfer im vorliegenden Fall sind unsere nichtorthodoxen jüdischen Schweizer Mitbürger, weil sie die Juden sind, die eine empörte Volksmeinung sieht. Und genau das wollen Leute wie Edgar Bronfman, Israel Singer und ihre Mitstreiter, weltweit. Um dann *über Antisemitismus klagen* zu können. Weil sie überzeugt sind, dass es in einer friedlichen Welt keine Zukunft für ihresgleichen mehr gibt. Und davor haben sie Angst.

(8. August 1997)

## Die Akte Meili

Von Dr. J. Alexander Baumann, Nationalrat, Kreuzlingen TG

*Nachwächter Meili will die von ihm aus dem Shredderraum der Bank gestohlenen Akten «durch Zufall» im Rahmen von «Routinekontrollen» entdeckt haben. Wer's glaubt!*

Aus der vom Staatsanwalt genehmigten Einstellungsverfügung sind pikante Details aus der Strafuntersuchung ersichtlich: In der Zeit vom 6. bis 10. Januar 1997 war Meili schriftlich zur Baubewachung im Hauptgebäude eingeteilt mit folgenden Aufgaben:

- 14.30 bis ca. 19.00 Uhr: Zutrittskontrolle Baueingang Hauptgebäude.
- 19.00 bis 22.45 Uhr: Baustellenkontrolle Umbau Hauptgebäude.

### Kontroll-Auftrag

Die Wächter wurden täglich durch den Sicherheitsinspektor über ihre Aufgaben orientiert. *«Die Kontrolle des Shredderraumes, des Gebäudes Grünenhof und Grünenhof Zentrum war in den vorerwähnten Zeiträumen in diesem Auftrag nicht enthalten. Gemäss Wächterjournal für die genannten Zeiträume wurden dem Angeeschuldigten keine Spezialaufträge im Umfeld der Shredderanlage erteilt, die ihn von seinem Arbeitsplatz im Hauptgebäudekomplex abberufen hätten.»*

Gemäss eigenen Angaben betrat Meili am 8. Januar 1997 um 16.45 Uhr mit dem Passepartout den Shredderraum, um eine «Routinekontrolle» vorzunehmen. Dabei fand er Akten aus dem Bestand der Eidgenössischen Bank, die er während knapp einer halben Stunde studierte. Er riss eine grössere Anzahl von Kontoblättern über Immobilien vorwiegend aus Berlin heraus, trug diese unter seiner Jacke zur Bank hinaus und nahm sie mit nach Hause.

Am nächsten Tag zwischen 17 und 18 Uhr behändigte Meili nach eigenen Angaben Direktionsprotokolle, welche er ebenfalls aus der Bank trug.

Meili hat also wiederholt seinen Wachtposten verlassen, um im Shredderraum Akten zu behändigen. Um vom Hauptgebäude in den Shredderraum im Untergeschoss des Gebäudes «Grünenhof» zu gelangen, musste er sogar eine öffentliche Strasse überqueren. Nicht nur wer Militärdienst geleistet hat, weiss, welche strenge Strafe jemanden erwartet, der seinen Wachtposten verlässt.

## Fazit

Man muss nicht Derrick heissen, um ernsthaft am «reinen Zufallsfund» zu zweifeln. Meilis Beschützer, *Ed Fagan*, der Urheber der *Holocaust-Sammelklage über 20 Milliarden Dollar* gegen Schweizer Banken, kann jetzt anhand von Meilis Aktivitäten belegen, dass eine der Beklagten mögliche Beweismittel beseitigen liess. Dies kann nach amerikanischem Prozessrecht zur *Umkehr der Beweislast* führen. Nicht mehr der Kläger ist beweispflichtig, dass die Bank etwas schuldet, sondern die *Banken müssen beweisen, dass sie den Klägern nichts schuldig sind*.

Vielleicht glaubt immer noch jemand an irgendwelche Zufälle!

*Der Wortlaut*

## In Sachen Christopher Michel Meili

*(Wörtliche, unkommentierte Auszüge aus der Einstellungsverfügung der Bezirksanwaltschaft IV für den Kanton Zürich im Verfahren gegen den Wachmann Christoph Meili, datiert vom 24. September 1997)*

2. Am 24. Februar 1994 unterzeichnete der Angeschuldigte eine *Geheimhaltungsverpflichtung*, in welcher er sich gegenüber der WAG verpflichtete, «über sämtliche im Zusammenhang mit seiner/ihrer Tätigkeit bei den Abonnenten der Wache AG gemachten Wahrnehmungen absolutes Stillschweigen zu bewahren (Geschäftsgeheimnis), insbesondere Dritten keine diesbezüglichen Informationen bekanntzugeben, keinerlei Einsicht zu nehmen in irgendwelche Akten, Bücher, Bildschirme, Druckmaterial, Papierabfälle und anderes Material, über besondere Vorkommnisse einzig seine/ihre direkten Vorgesetzten bei der Wache AG zu informieren.» Die genannte Verpflichtung schliesst mit folgendem Text ab: «Bei Verletzung der Geheimhaltungsverpflichtung wird er/die Arbeitnehmer/in gemäss Art. 162 des Schweizerischen Strafgesetzbuches auf Antrag des geschädigten Abonnenten mit Gefängnis oder Busse bestraft. Bei Verletzung des Bankgeheimnisses erfolgt die Bestrafung von Amtes wegen gemäss Art. 47 des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Busse bis zu Fr. 50'000.–.»
13. Gemäss eigenen Angaben betrat der Angeschuldigte am 8.1.97 um 16.45 Uhr mit dem Passepartout den Shredderraum, um eine «Routinekontrolle» vorzunehmen. Dabei fand er den Sackwagen mit den genannten Folianten

und Einbänden. Während knapp einer halben Stunde breitete er diese Unterlagen aus und studierte sie. Aus einem der Einbände riss er unter dem Abgriff «Immobilien» eine grössere Anzahl von Kontoblättern über Immobilien vorwiegend aus Berlin heraus, trug diese unter seiner Jacke zur Bank hinaus und nahm sie mit nach Hause. Die übrigen Unterlagen liess er vorerst im Shredderraum.

14. Am 9.7.97 zwischen 17.00 und 18.00 Uhr behändigte der Angeschuldigte gemäss eigenen Angaben drei Folianten mit Direktionsprotokollen über die folgenden Zeiträume: 16.06.1891 bis 16.07.1892, 15.12.1892 bis 20.09.1893, 21.04.1920 bis 17.11.1926 (Directorium 9). Den Folianten «*Directorium 9*» trug der Angeschuldigte am selben Abend unter der Jacke aus der Bank und nahm ihn nach Hause. Die beiden älteren Folianten deponierte er einstweilen in seinem Garderobenschrank.
15. Am 10.1.97, ca. 09.00 Uhr, offerierte der Angeschuldigte die behändigten Unterlagen telefonisch der israelischen Botschaft in Bern. Nachdem man ihm sagte, er solle die Unterlagen per Post senden, war der Angeschuldigte nach eigenen Angaben verblüfft über das geringe Interesse und beendete das Gespräch. Gleich anschliessend rief der Angeschuldigte die *Israelische Cultusgemeinde Zürich (ICZ)* an und offerierte dort die Dokumente.
16. Am 10.1.97, ca. 10.00 Uhr, brachte der Angeschuldigte die herausgerissenen Kontoblätter sowie den Folianten «*Directorium 9*» zur ICZ und deponierte sie dort.
17. Am 10.1.97, 17.00 Uhr, erstatteten Dr. Werner Rom und Ada Winter von der ICZ bei der Kantonspolizei Zürich Anzeige und übergaben derselben die vom Angeschuldigten erhaltenen Unterlagen. Die Anzeigerstatter waren jedoch nicht bereit, die Identität des Angeschuldigten bekanntzugeben. Um 17.30 Uhr wurde der Bezirksanwalt telefonisch orientiert. Eine sofortige polizeiliche Intervention unterblieb, weil die von der ICZ erhaltenen Unterlagen keinen Aufschluss über deren Herkunft gaben, weil die Information ohne direktes Gespräch mit dem Informanten qualitativ nicht überprüft werden konnte, weil nicht feststand, in welcher der zahlreichen Liegenschaften der SBG allfällige weitere solche Akten deponiert waren und weil an diesem Freitagabend nach Geschäftsschluss keine Überprüfung in den zahlreichen SBG-Liegenschaften vorgenommen werden konnte.
18. Am 7.7.97, ca. 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr, wurden der Angeschuldigte und seine Ehefrau durch Dr. Rom und Frau Winter von der ICZ an deren Wohnort orientiert, dass die Kantonspolizei Zürich eingeschaltet und dieser die Unterlagen übergeben worden seien. Man habe über allfällige rechtliche Konsequenzen seines Handelns, über die Frage, ob er anonym bleiben wol-

le, und die Probleme der Polizei bei den Ermittlungen gesprochen. Der Angeschuldigte erklärte, dass er den beiden gesagt habe, «*dass mein Hauptanliegen sei, dass diese Unterlagen an die Öffentlichkeit kommen. Ich dachte dabei insbesondere an den JWC (Jewish World Congress) und Senator d'Amato, damit die Sache wirklich ernsthaft untersucht wird, und zur Unterstützung des Druckes, welcher zur Zeit auf die Banken ausgeübt wird (Bankenboykott)*».

21. Ebenfalls am *Nachmittag* des 13.1.97 entnahm der Angeschuldigte die beiden anderen Folianten aus den Jahren 1891-93 seinem Garderobenschrank und übergab sie der Journalistin *Gisela Blau*. Um 18.00 Uhr teilte RA *Bosonnet* mit, dass sich der Angeschuldigte der Polizei stellen wolle. Um 19.30 Uhr erschien er zusammen mit RA *Bosonnet* und seiner Ehefrau bei der Kantonspolizei, wo er von 20.05 bis 23.20 Uhr in Anwesenheit seines Anwaltes und des Bezirksanwaltes protokollarisch einvernommen wurde. Anlässlich dieser Einvernahme war der Angeschuldigte nicht bereit zu sagen, wem er die letzten beiden Folianten übergeben hatte.
23. Am 16.1.97 um 10.00 Uhr erfuhr der Bezirksanwalt durch einen Medienvertreter, dass die fehlenden Folianten bei *Gisela Blau* seien bzw. dass diese sie an die ICZ weitergeleitet habe. Die ICZ war nicht bereit zu sagen, wo die Folianten waren. Erst auf Intervention über RA *Bosonnet* hin teilte *Gisela Blau* *abends* mit, dass sie die beiden vermissten Folianten besitze und dass sie diese zu dem für den nächsten Tag beim Bezirksanwalt bereits vereinbarten Interview mit Focus-TV mitbringen werde.
29. Die *Motive* des Angeschuldigten sind bis heute nicht restlos geklärt. Laut eigenen Angaben betrat er den Shredderraum im Untergeschoss des Gebäudes «*Grünenhof*» zu einer «*Routinekontrolle*», obwohl er Dienst im Hauptgebäudekomplex zu versehen hatte und ihm keine Spezialaufträge im Umfeld der Shredderanlage erteilt wurden, die ihn von seinem angestammten Arbeitsplatz im Hauptgebäude abberufen hätten. Bereits im Dezember war der Angeschuldigte von SBG-Mitarbeitern gesehen worden, als er den Shredderraum verliess. Auch damals versah er grundsätzlich Dienst im Hauptgebäude und nicht im Gebäude «*Grünenhof*». Er wusste damals auch bereits, dass sein Einsatz bei der SBG Ende Februar beendet sein würde. Es bestehen einige Zweifel, dass der Angeschuldigte einen reinen Zufallsfund gemacht hat, wie er es selber darstellt. Dies kann – wie sich aus den nachfolgenden Erwägungen ergibt – offengelassen werden. In der protokollarischen Befragung gab der Angeschuldigte an, dass er die Ereignisse über nachrichtenlose Gelder und Nazigelder in den Medien mitverfolgt und den Eindruck gehabt habe, dass diese Akten für die laufenden Untersuchungen wichtig sein könnten. Er habe sich auch aus religiöser Überzeugung ver-

pflichtet gefühlt, selber etwas zu unternehmen, wenn er auf solche Akten stösse. Er habe die Akten jedoch nicht der Polizei übergeben wollen, weil er Verbindungen zwischen Polizei und Bank vermute. Neben religiösen Motiven erwähnte der Angeschuldigte, dass sein Hauptanliegen gewesen sei, dass diese Unterlagen an die Öffentlichkeit kommen. Er habe dabei an den JWC (Jewish World Congress) und Senator d'Amato gedacht, damit die Sache wirklich ernsthaft untersucht werde, und zur Unterstützung des Druckes, welcher auf die Banken ausgeübt werde (Bankenboykott). Der Angeschuldigte gibt an, für die Unterlagen kein Geld verlangt oder erhalten zu haben.

### **VII. (Zusammenfassung):**

45. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Angeschuldigte als Mitarbeiter der Wache AG dem Bankgeheimnis unterstand, dass zumindest die drei Bücher mit Direktionsprotokollen Daten enthalten, welche grundsätzlich der Geheimhaltungspflicht gemäss Art. 47 BaG unterliegen, und dass das Recht auf Geheimhaltung grundsätzlich auf die Erben eines Kunden übergeht und so lange weiterbesteht, als der Kunde ein legitimes Interesse daran hat. Im konkreten Fall ist unter Berücksichtigung des Umstandes, dass es sich nur um rudimentäre Kundeninformationen handelt und diese 70 bis 100 Jahre alt sind, sowie im Hinblick auf die Verhältnismässigkeit und das öffentliche Interesse an der Erforschung der historischen Wahrheit davon auszugehen, dass die damaligen Kreditkunden heute kein legitimes und überwiegendes Geheimhaltungsinteresse mehr haben, so dass der Angeschuldigte aus objektiven Gründen keine Verletzung des Bankgeheimnisses im Sinne von Art. 47 BaG begangen hat. Da bei dieser Rechtslage das Verfahren ohnehin eingestellt werden muss, ist nicht mehr relevant, dass sich der Angeschuldigte auf keinen gesetzlichen oder übergesetzlichen Rechtfertigungsgrund berufen könnte (BGE94 IV70).

### **VIII. (Kosten):**

46. Die Kosten einer eingestellten Untersuchung werden von der Staatskasse getragen. Sie werden dem Angeschuldigten ganz oder teilweise auferlegt, wenn er die Untersuchung durch ein verwerfliches oder leichtfertiges Benehmen verursacht oder wenn er die Durchführung der Untersuchungen erschwert hat (§ 42 Abs. 1 StPO). Bei der Beurteilung des verwerflichen oder leichtfertigen Benehmens genügt es nicht, dass sich der Angeschuldigte moralisch verwerflich verhalten hat. Vielmehr können einem Angeschuldigten bei Freispruch oder Einstellung des Verfahrens nur dann Kosten auferlegt werden, wenn er durch ein unter rechtlichen Gesichtspunkten vorwerfbares Verhalten die Einleitung des Strafverfahrens veranlasst oder dessen

Durchführung erschwert hat. Dies ist dann der Fall, wenn er in zivilrechtlich vorwerfbarer Weise (d.h. im Sinne einer analogen Anwendung der sich aus Art. 41 OR ergebenden Grundsätze) gegen eine geschriebene oder ungeschriebene Verhaltensnorm, die aus der gesamten schweizerischen Rechtsordnung stammen kann, klar verstossen und dadurch das Strafverfahren veranlasst oder dessen Durchführung erschwert hat (BGE 116 Ia 163 ff.).

47. Beim Angeschuldigten sind die Voraussetzungen für die Kostenaullage in mehrerer Hinsicht klar erfüllt. Er hatte sich in der Geheimhaltungsverpflichtung (vgl. oben Ziff. 2) verpflichtet, keine Informationen an Dritte bekanntzugeben, sondern über besondere Vorkommnisse einzig seine direkten Vorgesetzten bei der Wache AG zu informieren, und er war auch darauf aufmerksam gemacht worden, dass seine Wahrnehmungen unter das Geschäfts- oder Bankgeheimnis fallen. Bei der Weitergabe der Bankdokumente an die ICZ und an die Journalistin versties er nicht nur gegen die arbeitsvertraglichen Bestimmungen, sondern er musste sich auch bewusst sein, dass er möglicherweise das Bankgeheimnis verletzte. Sein Fehlverhalten ist spätestens hinsichtlich der Übergabe der beiden Bücher an die Journalistin nicht mehr entschuldigbar, denn zu diesem Zeitpunkt wusste er, dass die Polizei eingeschaltet worden war, und es war ihm durch die ICZ bereits juristische Beratung offeriert worden. Es musste ihm bewusst sein, dass es nicht seine Aufgabe als Wachmann war, über den Bestand des Bankgeheimnisses und die Herausgabe von Bankdokumenten an die Öffentlichkeit zu befinden. Sein Verhalten ging klarerweise über eine «Rettungsaktion» hinaus. Anzumerken ist auch, dass die Vernichtung der restlichen Akten vermutlich hätte verhindert werden können, wenn sich der Angeschuldigte vorschriftsgemäss verhalten und rechtzeitig seine Vorgesetzten oder die Behörden informiert hätte.
48. Der Angeschuldigte lebt heute in den USA an einem Ort, welcher von seinem Rechtsberater *Ed Fagan* geheimgehalten wird. Es ist kaum anzunehmen, dass er in nächster Zeit in die Schweiz zurückkehren wird. Aus diesem Grund rechtfertigt es sich, die dem Angeschuldigten aufzuerlegenden Kosten infolge offensichtlicher Uneinbringlichkeit definitiv abzuschreiben.

*(Die Verfügung umfasst insgesamt 48 nummerierte Abschnitte auf 21 Seiten.)*

*(12. Dezember 1997)*

## II

# Zerrbilder

*Ein Schweizer erinnert sich an schwierige Jugendjahre*

## Vor fünfzig Jahren

*Von Willy Peter, Dägerlen ZH*

*Grübeln, ausgraben, hinterfragen ist Trumpf. Vor allem in der Vergangenheit. Nachträgliche Vorwürfe sind interessanter als vorausschauende Visionen.*

Ich habe diese umstrittenen Jahre 1939-1945 als junger Bauer am Pflug und als Soldat an der Grenze erlebt. Hautnah. Mitten in der Anbauschlacht nach Plan Wahlen, und im Aktivdienst genau gegenüber dem kriegslüsteren Nachbarland. Mit mir unsere ganze Generation. Frauen und Männer, Jugendliche und Veteranen.

### Harte Zeiten

In unermüdlichem, nützlichem Einsatz. Die damals eingeführte Sommerzeit galt nicht dem längeren Feierabend neben dem gemütlich brutzelnden Grill auf dem geruhsamen Sitzplatz. Es galt morgens eine Stunde früher anzutreten und abends eine Stunde später mit der Arbeit aufzuhören. Lang und streng. Unerbittlich. Pausenlos. Ferienlos. Das waren harte Zeiten. Überlebenskampf. Selbstbehauptung. Mit Lebensmittelrationierung, fleischlosen Tagen, einfacher Kost, spärlich erhältlichen Textilien, Brennstoff, Heizmaterial, allabendlicher Verdunkelung, Motorengerumm, Pflichtablieferungen, Rodungsbefehlen, Preiskontrollen...

### Ortswehr und Aktivdienst

Als Jüngling der Ortswehr zugeteilt. Pferdestellungsübungen mit persönlicher

# General Henri Guisan

(1874-1960):

*«Ein entmutigter Schweizer ist kein wahrer Schweizer, so wenig wie jene, die hinter dem Ausland einherlaufen.*

*Schweizer sein heisst, fest zu seinen politischen und religiösen Überzeugungen, bei allem Respekt vor denen anderer, zu stehen.»*

(5. September 1997)

Notration, geprobter Bevölkerungsevakuierung bei durch angenommene Zerstörung ausgeschaltetem, durch das Militär beanspruchtem Verkehrsnetz. Zu Fuss. Mit Kleidersäcken auf dem Buckel, Wolldecken unter dem Arm. Wirklichkeitsgetreu.

Dann die Rekrutenschule in Bellinzona nach strengen Massstäben und hartem militärischem Drill bei knapper Verpflegung. Auch am Sonntag. Mit nur zweimaligem Kurzurlaub daheim. Vereidigung in Chiasso, mit Blick ins mussolinische Italien, achsenmächtiger Verbündeter des völlig entfesselten hitlerischen Nazi-Deutschland. Überflüge nächtlicher alliierter Bombergeschwader, Absturz einer «Fliegenden Festung» auf das Schloss Hausen bei Ossingen. Bombardierung von Diessenhofen und Schaffhausen. Minenunglück im Dschungel bei Hemishofen mit elf toten Kameraden.

Polnisches Interniertenlager in Andelfingen. Hilfeleistungen an aufgenommene Flüchtlinge. Heimarbeit zu deren Unterstützung. Landesausstellung als Dokumentation von Zusammengehörigkeit und Durchhaltewillen. Kameradschaftliche Schicksalsgemeinschaft an den Ufern des Rheins. Unerträgliche, widerwärtig formulierte deutsche Wehrmachtsberichte. Orientierung an den vertrauensbildenden wöchentlichen Zusammenfassungen, der «Weltchronik» von Rudolf von Salis. Ist das nichts?

## Windige Kritiker

Wir haben uns diesen überlebensnotwendigen Aufgaben gestellt. Nicht alle in gleichem Mass. Aber doch. Da ist unserer Aktivdienstgeneration wenig vorzuwerfen. Schon gar nicht von der deswegen nicht verhungerten, sich jetzt im an-

## *S wyss Chriüz im roote Fäld*

*Mir glänzed iez nime.  
De Lagg isch ewäg.  
De Rueff vo de Schwyz  
isch nime guet zwäg.  
Simer als Volch  
e derewäg ghämmt?  
Isch d Gschicht verträlet?  
Und d Woret verchlämmt?  
Hämer si sälber vollzoge  
die Wandlig?  
S chunt alls uf is loos:  
Mir sind i Behandlig.*

*Fascht jede Taag ghöört me,  
s seig ales äin Luug,  
mir läbid vom pschüsse,  
s seig ales Betruug –.  
Chuum öpper isch  
öisem Land nachli hold.  
Ales seig dräckig  
und shtinki nach Gold.  
Jüdischem Gold  
mit Schwyzerbluetfläcke.  
D Nöitraliteet  
heb au Dräck am Shtäcke.*

*Wie wyt sind s Intrüge?  
Sind d Voorwürf gerächt?  
Bschtaat d Schwyz us Gauner?  
Isch gaar nüüt me rächt?  
Wie schtaat s mit de Banke?  
Fanged s aa früüre?  
Müend s de Verluscht  
vo Vertroue scho gschpüüre?  
Wie schtaat s mit der äigene*

*Landesregierig?  
Känt si s Rezäpt  
vo dere Legierig?*

*Öisi Umgäbig  
isch nime so gschpassig,  
s wyss Chriüz uf em Pass  
würkt nime so rassig.  
Müemer iez näbet  
d Schue ane schtaa?  
Was isch alls kabut?  
Was hämer alls taa?  
Cheered emal  
öii äigeti Täsche!  
Isch s Gwüsse suuber?  
Und, händ er d Händ gwäsche?*

*Gwüss, moll, mir händ  
öisi Huusuufgaab z mache.  
Rychli schpaat gnueg  
für e soo häikli Sache!  
Moll, mir händ  
als Finanzplatz daa z tue,  
nu lönd is als Volch,  
iez langsam i Rue.*

*D Schwyz mues, als Schtaat,  
bewusst über d Büecher  
zum d Woret gnau sueche.  
S weer gschyder gsy «früecher»  
S sind truurigi Feeler.  
Mer wänd dezue schtaa.  
Nu hämer au ghulffe  
und sälber vil taa.  
Nu ebe,*

*i s doozmaalig Gält ie versässe  
isch ales vo doo  
als «nüüt gsy» vergässe.*

*D Hischtoorik,  
wo hindersi rekonschtruiert,  
mit Auge vo hüt  
umfunktioniert  
cha guet uusrüeffe:  
Wie schtönder hüt daa?  
Sie chönd s ja,  
und wänd s ä nid besser verschtaa.*

*E soo gsee,  
isch s Schwyzerchrüüz  
näime wie früener.  
D Wältpolitik  
macht s Glychig wie d Hüener:  
Sobald äis grochset  
räned s und phacked s  
die andere hurtig –  
s wiirt zämeghacket.*

*Vergässen isch de fründrig Kitt,  
di äigne mached z eerschte mit.*

*Iir ali, TV-Reporter und «Blick» –  
käned er s Umfäld vo doo  
und säb Gschick?*

*Wuurd ächt nid mänge  
schtatt Dräck ume rüere,  
gschyder di äigeti  
Suppen uufrüere?  
Wie mänge  
mit ere hüt groosse Schnore  
cha sälber nid mee,  
als imer nu bore,  
s Fundamänt undergrabe,  
s Vertroue verheie –  
e soo mues ja wirkli  
s ganz Grüscht zämegheie.*

*Willy Peter*

*(21. Februar 1997)*

---

genehmen Schatten keiner Gefahr wild gebärdenden jungen Historikerschar mit besonders perfid eingestellter Optik.

Ihren «Ausgrabungen» fehlt die direkt erlebte Wirklichkeit, ihren «Erkenntnissen» die Erfahrung, vielen ihrer noch unvergorenen «Weisheiten» die ernüchternde Lagerung. Sie alle haben die Bewährungsprobe noch zu bestehen. Die nächste Generation hat dann wieder Lust am Hinterfragen.

## Verschont

Was politisch, vor allem aussenpolitisch zu geschehen hatte und geschah, hatten wir, mitten im uns voll beanspruchenden Geschehen, nicht mitzubestimmen. Die kriegswirtschaftliche Gesetzgebung hat andere Spielregeln. Die Entscheide hatten auf höherer Ebene, unter gar nicht komfortablen Voraussetzungen im nazi-umschlossenen Ring und Würgegriff stattzufinden. Immerhin sind wir nicht in den fürchterlichen Krieg hineingezogen worden. Ist das auch nichts? Wessen

Verdienst das war, ist schwer zu erfassen. Sicher haben eine ganze Reihe Faktoren, Landesverteidigung, Widerstandswille, Dramatik, höhere Vorsehung inbegriffen, mitgewirkt.

Herzlichen, tief empfundenen Dank dafür! Auch heute noch.

Unsere Historiker, aber auch wir, wollen das alles jetzt genau wissen. Leider spät genug und unter massivem Druck aggressiver, nicht über alle Zweifel erhabener ausländischer, uns «besonders zugetaner» Geschichtsforscher. Schade. Trotzdem, die Tatsache bleibt: Wir haben uns als Volk und als Einzelne auf mancher Ebene anerkennenswert gewehrt. Wohl auch die Regierung und der Generalstab. Ich lasse General Guisan, seinem Rütlibericht, seinem Reduit nichts geschehen! Sie alle standen auf schwierigstem Posten in nachträglich nie nachvollziehbarer Anspannung. Mit allen Scharten auch fragwürdig gewordener Entscheidung.

Vergangenheitsbewältigung darf nicht bewusst genussvolles Fertigmachen sein. Sie ist mitten und offen in den dannzumal wirklichen Zusammenhang zu stellen. Nach allen Seiten fair. Ja, im Interesse aller! Sie ist au/dem Tisch, nicht *unter* dem Tisch auszubreiten und in Ordnung zu bringen.

Gerade jetzt stürzt sich weltweite Kritik lüstern auf die Schweiz. Unsere Medien schaffen wacker mit. Teilweise aus blosser Lust an widerlichen Ausgrabungen. Und zur Schadenfreude des Auslandes. Neutralität, Ansehen und Standfestigkeit der Schweiz sind stark angeschlagen. Der Bundesrat hat jetzt die Ergebnisse der eingesetzten, international durchgesetzten Untersuchungskommission abzuwarten und auszuwerten. Entschuldigt hat er sich vorläufig genug.

Zum finanziellen Aspekt: Gegraben wird, wo etwas zu holen ist. Andernorts nicht.

## **Ich bin Schweizer!**

Trotz aller Widerwärtigkeiten und neuen Fehlern, die zu erwarten sind: Ich bin Schweizer. Und ich bin es gern! Was an Ungerechtem gutgemacht werden kann, soll gutgemacht werden. Nachher befürworte ich sogar Zusätzliches. Unabhängig Solidarisches. Gesamthaft blüht mir langsam die Erkenntnis: Wenn jetzt mit gleichem Eifer an der Zukunft geschafft würde, hätten wir eine!

*(17. Oktober 1997)*

# Hat die Schweiz ihr Rückgrat verloren?

von Frédéric Walthard, Estavayer-le-Lac FR

Schon seit Marignano, also seit 1515, insbesondere aber im zu Ende gehenden 20. Jahrhundert war die Schweiz dank ihrer Neutralität für viele Mächte in dieser Welt gut genug, die Vertretung der Interessen kriegführender Staaten untereinander, aber auch gegenüber vielen Drittländern wahrzunehmen.

Davon haben insgesamt Millionen von Flüchtlingen profitiert, im Zweiten Weltkrieg besonders auch aus Deutschland sowie aus von Deutschland besetzten Gebieten geflüchtete Juden. Deren Nachkommen und deren Organisationen scheinen heute vergessen zu haben, dass die Schweiz – in etwas geringerem Ausmass auch Schweden – diese wichtige Aufgabe nicht hätte erfüllen können, wenn sie nicht Kraft und Willen aufgebracht hätte, *unabhängig* zu bleiben, womit sie für viele Menschen jeder Herkunft, jeder Rasse und jeder Religion zum letzten gesicherten Ort der Zuflucht werden konnte.

Wer heute diese bewährte Strategie der bewaffneten Neutralität anzweifelt, verkennt nicht nur die damaligen historischen Zusammenhänge. Er verhält sich auch ausgeprägt *unfair*. Hätte die Schweiz damals ihre Unabhängigkeit preisgeben müssen, wären mehrere zehntausend Juden mehr dem Holocaust zum Opfer gefallen.

## Selbstbeschuldigungen

Noch bedenklicher sind die Selbstbeschuldigungen heutiger Wortführer, die von den Medien regelrecht gehätschelt werden. Die wenigsten von ihnen haben den Zweiten Weltkrieg und die Nazi-Zeit miterlebt. Sie wissen somit nicht, welche Kraft, welcher Wille und welcher Mut damals aufzubringen waren, als es galt, dem zunächst höchst erfolgreich, mit totalitärem Anspruch geführten Krieg der Nazis *standzuhalten* und, allen Gefahren zum Trotz, *humanitäre Hilfsaktionen abzuwickeln*.

Wenn heute sonst eher als hartgesotten geltende Bankiers Dutzende von Millionen als Entgelt für herrenlose Vermögen jüdischer Holocaust-Opfer und die Nationalbank die gleiche Summe als Entgelt für seinerzeit übernommenes Nazi-Raubgold aufzubringen bereit sind, dann ist dies deren Sache. Entweder sind ihnen im Umgang mit den nachrichtenlosen Vermögen oder bei den Gold-Transaktionen schwere Fehler unterlaufen. Dann sollen sie doch den Mut aufbringen, dies auch einzugestehen. Trifft sie keine Schuld, dann würden sie Zahlungen mit

Vorteil unterlassen. Sich selbst auferlegte Lösegelder dürften das als angeschlagen befürchtete Geschäftsansehen in der Welt kaum reparieren können. In noch viel stärkerem Ausmass gilt dies angesichts der vom Bund offerierten *Milliarden aus den Nationalbank-Goldreserven*. Das Ausmass dieser Geste wird – zum Nachteil unseres ganzen Landes – als Eingeständnis äusserst schwerer Schuld interpretiert werden. Unser ganzes Land wird dadurch in Misskredit gebracht. Und der Appetit jener, die bei den Bundesbehörden Zahlungsbereitschaft wittern, dürfte übermässig angeregt werden.

## Verursacher

Einmal mehr ist festzuhalten: Die Schweiz kann in keinerlei Hinsicht als Mitverursacher der Holocaust-Verbrechen bezichtigt werden. Verursacher war das totalitäre Regime *Nazi-Deutschlands*. Und nach allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts muss das heutige Deutschland als Rechtsnachfolger die Konsequenzen dieser Schuld auf sich nehmen.

Deutschland hat – schwarz auf weiss festgeschrieben in verschiedenen Verträgen - eine beträchtliche Wiedergutmachungsleistung auf sich genommen. Sie ist heute zum grösseren Teil geleistet, einige Jahresraten stehen vertragsgemäss noch aus. Für Geldjäger nach dem Schlage *Senator d'Amatos*, der vor allem auf Stimmenfang bei jüdischen Wählern aus ist, kann Deutschland deshalb nicht mehr von Interesse sein. Umso mehr aber die kleine, weltweit als sehr reich eingestufte, deshalb oft beneidete Schweiz. Masslose, in keiner Art und Weise beweisbare Anschuldigungen angeblicher «Unterschlagungen» herrenloser Flüchtlingsguthaben prasseln seither auf unser Land nieder. Und eine weitere «gute Stange» Schweizerfranken sollen massive, rabiat vorgetragene Anschuldigungen im Zusammenhang mit dem Nazi-Raubgold einbringen.

Für die Übernahme von *Raubgold* hat die Schweiz bis heute indessen bereits zweimal bezahlt: Zum erstenmal während des Krieges, als die zur Ernährung des eigenen Volkes teilweise auf Gedeih und Verderb von deutschen Lieferungen abhängige Schweiz immer wieder gedrängt wurde, Gold – auch Raubgold – von der Deutschen Reichsbank gegen Bezahlung übernehmen zu müssen. Und ein zweites Mal bezahlte die Schweiz nach dem Krieg im Rahmen des *Washingtoner Abkommens* von 1946, in Form einer Abfindung von 250 Millionen Franken in Gold.

Bezüglich der *herrenlosen Vermögen* ist festzuhalten: Wo sich Erben von Vermögensinhabern, die im Krieg umgekommen sind, in der Schweiz rechtmässig auszuweisen vermochten, wo Erben eruiert werden konnten, wurden die auf Schweizerbanken liegenden Gelder zurückerstattet. Dies ist durch zahlreiche



*Die historische Karikatur: Was, wenn die Schweiz die Respektierung ihrer Neutralität nicht durchgesetzt hätte?  
(aus: «Curieux», 1. März 1945)*

Dokumente belegt. Keine Bank und schon gar nicht die Schweiz als Staat haben sich irgendwelcher herrenloser Vermögen bemächtigt.

## Mehr Rückgrat!

Umso unverständlicher ist die zaudernde und ängstliche Haltung von Banken, vieler Politiker, besonders auch der zuständigen Landesbehörde. Sie tragen die Verantwortung, dass die Haltung der Schweiz als zunehmend unwürdig empfunden wird – jenes Landes also, das im Zweiten Weltkrieg alles in seiner Macht Stehende unternommen hat, zwischen kriegführenden Staaten immer wieder Mittel, Wege und Schlupflöcher zu finden, wie grosse Not zahlloser leidender Menschen gelindert werden konnte. Dies ist kurz vor Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg von einem Staatsmann vom Format *Winston Churchill*s mehrfach ausdrücklich anerkannt worden. Und auch die USA, welche schweizerische Vermögenswerte in Amerika – damit diese nicht Deutschland in die Hände fielen – zeitweise gesperrt hatten, haben mit der Freigabe dieser Vermögen kurz nach

dem Krieg die gleiche Anerkennung der Schweiz gegenüber zum Ausdruck gebracht.

Dass ein Land, jahrelang vollständig umzingelt von einer rücksichtslosen, aggressiven, totalitären Macht, in seiner Bewegungsfreiheit bedrängend eingeschränkt ist, vermögen Heutige – selbst Historiker – offenbar nicht mehr im Zusammenhang mit den damaligen Gegebenheiten objektiv zu beurteilen.

Niemand hat irgendein Recht, über die Schweiz herzufallen und sie für ihr Verhalten während des letzten Kriegs zu verunglimpfen. Zuallerletzt lassen wir uns Vorwürfe von jenen gefallen, denen es heute an Rückgrat fehlt, die Schweiz und ihre damaligen Leistungen auf internationalem Parkett korrekt darzustellen. Und die aus Amerika mit einem skrupellosen Senator als Wortführer inszenierte Kampagne ist als zutiefst ungerecht zurückzuweisen. Wer solche Angriffe mit Milliardenzahlungen glaubt abdämpfen zu können, ist auf dem Holzweg.

(21. März 1997)

*Die Schweiz verliert allen Respekt in den USA*

## Fehldiagnose – dumm oder böswillig?

*Von Richard Anderegg, Washington*

*Vor wenigen Tagen bat der «Schweizerzeit»-Korrespondent aus Washington das Büro der «Task Force Borer» in Bern telefonisch um eine Information.*

Im Verlauf des Gesprächs fragte die Sprecherin, ob er nicht doch auch das Gefühl habe, dass sich die Kampagne gegen die Schweiz in den USA *beruhigt* habe. Diesen Eindruck habe man jedenfalls in Bern. Botschafter Defago reise doch viel im Land herum, und seine Berichte vermittelten den Eindruck, dass die Fragen um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg nur noch in grossen Zentren wie New York oder Chicago in politisch und finanziell interessierten Kreisen einigermaßen hochgespielt werden. In den Medien sei es vorbei, und im weiten Land, falls es überhaupt zur Kenntnis genommen wurde, praktisch vergessen.

### Taktiker und Taktiken

Das ist tatsächlich der Eindruck, den sowohl die linientreuen Diplomaten des EDA wie auch das US-Aussenministerium zu vermitteln versuchen. Beide haben

eine Sorge: Die Schweiz soll auf die Abstimmung über den 7 Milliarden-Solidaritätsfonds hin in gute Laune versetzt werden. Als Beweis für die erfolgreiche Haltung zitieren sie Symptome, die nicht mehr massgebend sind.

Die Erregung in den Medien hat sich tatsächlich anderen Themen zugewandt, an denen in den Vereinigten Staaten nie Mangel herrscht: Wahlgelder-Skandal, Israels Geheimdienst-Mordversuch, alle möglichen Kriminalfälle, Frankreichs Nabelschau mit dem Papon-Prozess – über den mehr weiter unten –, El-Nino-Schäden und der Besuch des chinesischen Präsidenten.

Daraus, dass sich die Medien nicht fortlaufend mit der Schweiz befassen, zu schliessen, dass *alles vorbei* sei, ist einfältig. Der Junge hat kein Fieber mehr, und er hustelt kaum mehr vernehmlich. Das Loch in der Lunge mit der Tuberkulose meldet sich dann später.

## Der Schaden

Das Negativum im Ruf der Schweiz in Amerika hat sich, entgegen der rosaroten Schilderung des offiziellen «Bern», festgesetzt. Es erscheint, wann immer die Rede auf Schweiz und Banken, Neutrale und Weltkrieg oder Wiedergutmachung kommt. Es ist selten mehr «Frontpage». Man muss die *Innenseiten* und die *Nebenbemerkungen* beachten. «*Liste der Konten aus der Nazizeit wächst um 800*» war ein Titel auf einer *New York Times*-Innenseite, als die Schweizer Banken am 11. Oktober eine weitere Liste umsatzloser Konten veröffentlichten. «*Weitere Hunderte von Ausländerkonten aus der Nazizeit*», begann der Beitrag, «*sind in der Suchaktion der Schweiz nach Guthaben von Juden, die im Holocaust ermordet wurden, an den Tag gekommen.*»

Oder in der *Financial Times* vom 18. Oktober: «*Über 800 Staats- und Gemeindebeamte in den USA wurden zu einer Konferenz in New York (am 8. Dezember) eingeladen, um zu besprechen, wie man den Druck auf Schweizer Banken steigern kann, damit sie über umsatzlose Konten aus dem Zweiten Weltkrieg informieren.*» Als ob die Schweizer Banken überhaupt noch nicht informiert hätten. In der angloamerikanischen Redaktionsart, die im «Lead»-Absatz das Thema zusammenfasst, entsteht ein Bild dessen, was der Schreibende wahrgenommen hat. Und was die Leser, wenn das ständig so weitergeht, ebenfalls wahrnehmen.

Es ist nicht in erster Linie Böswilligkeit. Das zeigt eine Meldung der Agentur Associated Press in der *Washington Post* vom 8. Oktober (auf Seite 25): «*Die Schweiz lehnt einen Bericht des Jüdischen Weltkongresses ab, der behauptet, dass Bern den Alliierten des Zweiten Weltkriegs bis zu 3 Milliarden Dollar aus seinem Handel mit Nazi-Raubgold schuldet.*» Die Schweiz weist zurück. Die Regierung *tat* etwas. Sie sagte: «*Stimmt nicht*» und sagte es sofort. Nur *tat* sie es anderthalb Jahre lang zu spät, und so selten. Denn die Anwürfe dieser letzten

## Unsere «Schuld»

*Offenbar ist die Zeit der Bittgänge angebrochen. Das Drängen von Parlamentariern, vom gleissenden Scheinwerferlicht der Medien begleitet nach Amerika zu pilgern, um dort demonstrativ «Schuld» zu bekennen, scheint erst so richtig anzuheben.*

*Worin besteht sie denn eigentlich, jene «Schuld», für die – in Form reichlichst klingender Münze – Abbitte geleistet werden soll? Wer sich intensiv, aber sachbezogen mit all den vielfältigen Geschehnissen vor und während des Zweiten Weltkriegs in unserem und um unser Land herum auseinandersetzt, wird zwar nie behaupten, die Schweiz sei völlig fehlerlos aus diesem weltweiten Ringen hervorgegangen, ihrem damaligen Handeln hafte keinerlei Makel an.*

*Das gewiss nicht! Wer handelt, begeht immer auch Fehler. Fehler, die mitunter schwerwiegende Konsequenzen haben können. Schuldhaft aber wäre ein Handeln, das verbrecherisch war. Und verbrecherisch war das Handeln der damals unter schwerstem internationalem Druck in der Schweiz Verantwortung tragenden Generation gewiss nicht. Oder ist es verwerflich, wenn eine ganze Generation in vereinter Anstrengung ihrem – unserem! – Land das Schicksal erspart, in die Flammenhölle des Krieges gerissen zu werden?*

*Dennoch: Lautstarke Medienmacher – und in ihrem Schlepptau einige medienbewusste Rampenlicht-Politiker – wollen ein «Schuld»-Bekenntnis sehen. Wofür denn? Gewiss dafür, dass die Generation von damals sich bedingungslos für ein nationales Anliegen eingesetzt hat. Denn Leitstern für alle damals zu treffenden Entscheidungen war es, unser Land, die Schweiz, aus dem Krieg herauszuhalten, das eigene, das Schweizervolk, vor dem Schrecken der Diktatur zu retten, das eigene Land, die Schweiz, als Insel der Freiheit im Meer des braunen Totalitarismus zu bewahren.*

*Nationale Selbstbehauptung in schwierigster Zeit: Alles Handeln und alles Denken – mitunter selbst das Eingehen von Kompromissen, die zur Sicherung der Unabhängigkeit beitrugen – war diesem einzigen Ziel unterstellt.*

*Nationales Denken – das ist das wohl Schlimmste, was sich ein Medien-*

*Wortführer von heute überhaupt ausdenken kann. National zu denken – das wird er der Generation von gestern niemals verzeihen. Wer national denkt, handelt unmoralisch. Das sagen dreist sogar jene Meinungsmacher, die in ihrer eigenen Berichterstattung selbst vor unmoralischsten Methoden nicht zurückschrecken. Moralisch ist für sie nur, wer sich dem Internationalismus verschreibt, wer Werte wie Unabhängigkeit, Freiheit, Souveränität gnadenlos über Bord wirft.*

*Im Visier steht längst nicht nur die Generation von gestern. Im Visier steht jene heutige Schweiz, die ihre Eigenständigkeit, ihre Souveränität, ihre Freiheit bewahren will. Diese Schweiz wollen sie herunterreißen, ja vernichten.*

*Schlimm genug, wenn selbst Bundesräte hinzunehmen scheinen, dass Entscheidungen erfolgreicher Verantwortungsträger von gestern heute verdreht und verzerrt dargestellt werden – nur um damit die Souveränität der Schweiz von heute treffen zu können.*

*Ulrich Schlüer*

*(«Spalte Rechts» 7. Februar 1997)*

anderthalb Jahre hafteten am Bild der Schweiz, weil «Bem» tagelang schwieg oder mit «Ja, aber...» beifügte, man habe doch auch Gutes getan und werde ja zahlen. Und Botschafter Defago verbreitet erst noch weiterhin und systematisch dieselbe Version in ganz Amerika.

## Die Schweiz...

Es sind nicht so sehr die Anklagen des Jüdischen Weltkongresses oder *Senator d'Amatos*, und auch nicht die weltstrategisch sein wollenden Amateur-Behauptungen eines *Staatssekretärs Eizenstat*, die das üble Bild einer Nazi-Schweiz im Zweiten Weltkrieg ins Bewusstsein der Amerikaner einfließen lassen. Es ist die *verängstigte, hilflos und schuldbewusst aussehende Haltung der Schweizer Regierung* bei solchen Anklagen. Dieses Bild wird in den Vereinigten Staaten, offenbar im Auftrag Aussenminister Cottis, laufend von Botschafter Defago bestätigt, der im Land herumzieht und verspricht, dass die Schweiz für die *«beträchtlichen Fehler»*, die sie in ihrer Nachgiebigkeit vor dem Dritten Reich beging, nun geradezustehen hat.

Damit bestätigt sich jenes oberflächliche – bar jeder Geschichtskennntnis gezeichnete – «Bild» eines Landes, das im Krieg mit dem Dritten Reich eng kollaboriert

haben soll, dessen Banken sich gesamthaft dem Dritten Reich als Auslandbankiers angeboten hätten, das den Krieg angeblich verlängern half, das schuld sei am Abschuss alliierter Flieger und das nach dem Krieg schlau unter die Decke des Antikommunismus geschlüpft sei...

## ... und Frankreich

Einen guten Vergleich liefert Frankreich, das im Gerichtsfall *Papon* mit einer unvergleichlich trübere Vergangenheit konfrontiert wird. Dieselbe amerikanische Presse, die in redaktionellen Leitartikeln Schimpfworte gegen die Schweiz druckte – und nichts davon je zurückgenommen hat –, berichtet fair und mit sichtlichem Bemühen, beide Seiten des Lebens in Vichy-Frankreich zu sehen, über den Prozess. Nicht zufällig ist die französische Botschaft in Washington dafür bekannt, dass sie aufs State Department marschiert, wenn sich die «Grande Nation» verunglimpft fühlt. Ihr Staatschef, sei er politisch links oder rechts, steht für die «Ehre der Nation» ein und freute sich letzthin – «*je m'en réjouis*» –, als eine französische Firma dem Boykott und den Retorsionsdrohungen der USA mit einem Ölvertrag mit Iran zuwiderhandelte.

Ergebnis: In Washington hat man *Respekt vor Paris*. Man hat aber *kaum Respekt vor der Schweiz*, die man mit den eigenen Leuten – die ebenfalls hinter dem Schweizer Geld her sind – gegen die Eiferer in den eigenen Reihen verteidigen muss, um zu vermeiden, dass das Volk in der Schweiz böse wird, weil die eigene Regierung der Schweiz so wenig tut.

## Vom Gift im System

Am 10. September veranstaltete das Nationalarchiv im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit eine Diskussion über die Recherchen in den «Nazigold»-Dokumenten. Ein Archivar berichtete sachlich über die Sucharbeit, aber zwei weitere Redner – einer Senator d'Amatos Pressemann, die andere die erste Recherchiererin des Jüdischen Weltkongresses – benutzten ihren Vortrag zu einer *Hasstirade* gegen die Schweiz, die als ein Land von Hehlern und Trotzköpfen geschildert wurde. Ausserdem gab es eine Reihe falscher Informationen.

Die Schweizer Botschaft, die davon erfuhr, richtete eine *höfliche Anfrage* an das Aussenministerium, wie in einem staatlichen Gebäude Privatpersonen eine Verunglimpfung eines anderen Landes veranstalten können. Die Antwort, so die Botschaft, sei gewesen, *man wisse von nichts*, werde aber nachforschen. Antwort gab es keine, und die Botschaft nahm an, das sei in Ordnung.

Aber am 17. Oktober fand im selben Gebäude eine weitere Diskussion über das-

selbe Thema statt. Diese Akteure sagten dasselbe, der Archivar sachlich, die beiden anderen noch viel gehässiger. Offenbar hatte das State Department sein Missfallen ausgedrückt, aber ohne Erfolg. D'Amatos Sprecher *Hickman* höhnte, der frühere Vortrag habe gewissen Schweizer Diplomaten missfallen. Die Schweizer und ihre Banken sollten lieber endlich bezahlen, und man werde mit der Kritik nicht zurückhalten. Die Rechercheurin *Kleiman*, die jetzt für ein Anwaltsbüro arbeitet, das eine der Massenklagen gegen Schweizer Banken betreut, beschuldigte die Schweizer Banken, in den Kriegs- und Nachkriegsjahren gar *kriminell* gehandelt zu haben.

Ob die Botschaft sich zu einem energischeren Protest aufrafft, ist im Moment noch unbekannt. In Anbetracht der *offiziellen Politik des Schuldbekenntnisses der Schweiz* ist eine energischere Haltung kaum möglich.

Diese «kleinen» Veranstaltungen sind es aber, die das Gift im System behalten. Eine Übersicht einer jüdischen Vortragsgruppe zählte im September bloss an der Ostküste der USA über hundert Vorträge, Diskussionsabende und sonstige Veranstaltungen – meist mit Geldsammlungen verbunden –, die über die «Abrechnung mit dem Holocaust» und die erbenlosen Konten orientieren. Dazu kommen bereits bekannte lokale Massnahmen: Die Aussperrung der drei Schweizer Grossbanken vom staatlichen Investitionsgeschäft in Kalifornien, die Ausschal-



tung der Bankgesellschaft von einem New Yorker Bankenkonsortium, das eine Stadtanleihe auflegen soll, und in anderthalb Monaten die Konferenz, am Montag, dem 8. Dezember, zu der der streitbare New Yorker Finanzdirektor *Alan Hevesi* praktisch alle staatlichen und städtischen Finanzdirektoren eingeladen hat. Es ist noch nicht bekannt, wie viele kommen werden, aber der Topf, wie die Heilsarmee sagt, bleibt am Kochen. Und die Schweizer Regierung und ihre Vertretung in den USA ergehen sich in Fehldiagnosen.

Ein Beginn einer Besserung kommt erst, wenn die Schweizer Regierung die *Verteidigung ihrer Interessen selbst besorgt*, wie das die meisten erwachsenen Nationen tun.

Schweizer Kommentatoren geben sich gerne weise gegenüber dem «jungen» Amerika. 700 Jahre Erfahrung – wo sind sie geblieben?

(31. Oktober 1997)

### *Beschimpfungen gegen Fakten*

## Vormarsch der politischen Linken?

*Von alt Stadtpräsident Dr. Sigmund Widmer, Zürich*

*Seit einem Jahr steht die Schweiz unter heftiger Kritik aus USA. D Amato und seine Mitstreiter werfen der Schweiz Versagen während des Zweiten Weltkriegs vor. Diese Angriffe aus dem Ausland wurden in aktivster Bereitwilligkeit von den grossen Schweizer Medien übernommen. Dazu zählen vor allem die SRC, der «Tages-Anzeiger» sowie Teile der Ringierpresse.*

Auffallend war, wie spontan sich die linken politischen Gruppierungen mit dieser Kritik aus USA solidarisierten. Leute wie *Ziegler* und *Muschg* fühlten die Chance eines neuen Frühlings, warfen neue Texte auf den Markt und verstiegen sich wie etwa *Muschg* zum schier unglaublichen Vorwurf «*Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt*». Begreiflich ist, dass sich die Linksparteien auf diese Thematik stürzen; denn sie wittern richtigerweise die Chance, mit diesem Rückenwind aus dem Ausland und der gewohnten Unterstützung durch den linken Medienverbund endlich, endlich doch noch die lang ersehnte «Wende» zu einer *roten Schweiz* zustande zu bringen.

Merkwürdig war, wie gehemmt die in ihrer Mehrheit bürgerlichen eidgenössi-

sehen Behörden reagierten. Ängstlich, ja unterwürfig verhielt man sich gegenüber amerikanischen Stellen. Der Schweizer Botschafter in USA, *Carlo Jagmetti*, der die Kampfsituation durchaus richtig beurteilte, wurde abberufen und ersetzt.

Als die ungemein reiselustige aber wenig erfolgreiche *Aussenministerin Albright* vor ein paar Tagen, am Rande eines Treffens mit Arafat in Bem, auch zum Verhältnis USA-Schweiz Stellung nahm und im Ton einer Schulmeisterin gnädig verlauten liess, die Schweiz mache ihre Schulaufgaben jetzt recht, da fiel unserem *Aussenminister Cotti* offenbar überhaupt nichts mehr ein, vielmehr begnügte er sich damit, untertänig um die Dame herumzuschwirren. Diese *Unterwürfigkeit* war umso erstaunlicher, da Frau Albright erneut die absurde Behauptung äusserte, *die Schweiz habe den Krieg verlängert*. Wörtlich sagte sie: «*Switzerland helped sustain the german war effort.*»

All das kann nicht ohne Auswirkung auf die Schweizer Innenpolitik bleiben. Die jüngsten Wahlen in der Waadt und im Kanton Aargau haben der Linken deutliche Erfolge gebracht. Das ist die logische Folge davon, dass es in der Schweiz an Stimmen fehlt, die klar und deutlich und aus eigener Erinnerung sagen, wie es «damals» war: Als Jahrgang 1919 war ich gleichzeitig mit mehreren hunderttausend andern Schweizern im Aktivdienst. Wir schliefen meist in Turnhallen oder Sälen von Gastwirtschaften auf dem Boden im Stroh. Und weil Stroh eine stachlige Sache ist, schlief man in den Kleidern. Aber Schlaf auf dem Stroh war immer noch besser als die Nächte in den Manöverübungen, die man auch bei Regen oder Schnee im Walde oder auf Eilmärschen verbrachte. Was «die oben», die «Bonzen», machten oder auch nicht machten, das interessierte uns wenig, wichtig war uns, dass wir unter dem Kommando unseres Chefs, dem *Cohn (Oberstdivisionär Herbert Constam)* rechtzeitig bereit waren, um aus bester Stellung auf die Deutschen zu schiessen.

Höchst einfach lebten aber auch die Schweizer Frauen: Viele hatten ihre Männer auf dem Feld, im Stall oder im Geschäft zu vertreten, und sie mühten sich ab, ihre Kinder trotz strenger Rationierung ausreichend zu ernähren.

Von all dem haben die heutigen «Historiker», die für teures Geld (22 Millionen!) angeblich nach der Wahrheit suchen, keine Ahnung. Es ist deshalb auch völlig egal, was die «Kommission Bergier» schliesslich verbreitet.

Den Beschimpfungen aus dem Ausland müssen immer wieder die effektiven Fakten vom Alltag der Schweiz 1939-45 entgegengehalten werden, sonst könnte der an sich legitime Kampf um mehr Geld aus der Schweiz innenpolitische Folgen bringen, von denen sich unser Land nur schwer erholen würde.

(28. November 1997)

## Kollektivschuld der Schweiz?

Von Nationalrat Ulrich Schlüer, Flaach ZH

*Für jene Schweizerinnen und Schweizer, welche den Zweiten Weltkrieg miterlebt haben, ist vieles, was sogenannte «Junghistoriker» über jene Zeit veröffentlichen, schlicht unverständlich. Da treffen offenbar zwei Welten aufeinander, die nichts miteinander zu tun haben.*

Wie konnte dieser Graben der Entfremdung entstehen? Weshalb ist das Fundament, von dem aus die Junghistoriker mehr oder weniger scharfe Anklagen an die Schweiz von damals ableiten, so ganz unverständlich für jene, die das «Damals» schliesslich am eigenen Leib erfahren haben?

### Der moralische Massstab

Anfang April veranstaltete die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik in Bern eine Tagung über den Zweiten Weltkrieg, an der auch ein Vertreter dieser sogenannten Junghistoriker sein Geschichtsverständnis bezüglich der Schweiz und ihrem Verhalten im Zweiten Weltkrieg darlegen konnte. Den Standpunkt dieser Junghistoriker vertrat *Peter Hug*, der vom Bundesrat im vergangenen Herbst nach den bombastischen Vorwürfen Senator d'Amatos kurzfristig als Polen-Experte zu Rate gezogen worden war. Dass er gleichzeitig auch *Chef-Ideologe* im Dienst der *Initiative für ein totales Waffenausführverbot* ist, hat der Bundesrat in der damaligen Hektik offenbar übersehen.

Für Hug ist es absolut unzulässig, das Verhalten der Schweiz und der Schweizer während des Zweiten Weltkriegs insgesamt als ehrenhaft anzuerkennen. Keineswegs bloss Einzelnen sei schuldhaftes Verhalten anzulasten. Für Hug tragen *die Schweiz und das Schweizervolk insgesamt* seit dem Krieg *schwere moralische Schuld* gegenüber der Welt.

Hug erläuterte im Detail, an welchem Massstab das damalige Handeln der Schweiz zu messen sei. Drei grundlegende Errungenschaften – so Hug – bilden diesen Massstab: Die erste Errungenschaft sei die *Uno-Charta* des Jahres 1945. Die zweite Errungenschaft sei der *Nürnberger Prozess* gegen die Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkriegs. Die dritte Errungenschaft sei die *Allgemeine Menschenrechtserklärung* des Jahres 1949. Mit diesen drei Errungenschaften habe die Menschheit jene entscheidenden Schritte geleistet, die Menschheitskata-

Strophen, wie sie im Zweiten Weltkrieg Wirklichkeit geworden sind, für alle Zukunft ausschliessen könnten.

## Die Schuld-These

Die schwere Schuld der Schweiz besteht in den Augen der Junghistoriker darin, dass unser Land bei der Erarbeitung dieser Errungenschaften *abseits gestanden* habe. Dass sich die Schweiz während und nach dem Krieg in allererster Linie an ihrer Bundesverfassung orientiert habe, in welcher sowohl die *Bewahrung der Unabhängigkeit* des Landes als auch die *Förderung der nationalen Wohlfahrt* als Bundeszwecke der Eidgenossen festgeschrieben sind. Indem diese Ziele ernst genommen worden seien, habe sich die Schweiz *nationalem Egoismus* verschrieben, die Solidarität mit der freien Welt aber verraten. Das sei ihre schwere, nicht wiedergutzumachende Schuld.

Tatsächlich: Es war damals das alles überragende Ziel der Schweiz, *unabhängig* zu bleiben, sich dem Sog des lange Zeit übermächtig scheinenden Nationalsozialismus zu entziehen. Ob sie sich damit wirklich *schuldig* gemacht hat?

Und es war auch das Ziel von Bundesrat, Parlament und Armeeführung, keine wirkliche Not in der Schweiz aufkommen zu lassen. Darüber gibt der vom späteren Bundesrat *Hans Schaffner* unmittelbar nach dem Krieg für den Bundesrat verfasste *Rechenschaftsbericht über die Handelspolitik* der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs glasklar Auskunft: Sämtliche Massnahmen der schweizerischen Handelspolitik verfolgten das Ziel, die Schweiz *vor Not*, damit aber auch vor *sozialen Spannungen und Unruhen* zu bewahren. Kein Einwohner der Schweiz – ob Schweizer oder Ausländer, ob Einheimischer oder Flüchtling – sollte je Hunger leiden. Und jeder Wehrmann sollte die Gewissheit haben, in jenen Zeitabschnitten, da er nicht im Aktivdienst für Land und Volk einzustehen hatte, an einen für ihn gesicherten Arbeitsplatz zurückkehren zu können – damit er wenigstens von materieller Sorge um das Los seiner Familie frei bliebe.

## Alternativen?

Dass die damals verantwortlichen Behörden diese beiden Aufträge – Bewahrung der Unabhängigkeit und Abwendung von sozialen Spannungen – auf eindrückliche Weise erfüllt haben, gerade darin liegt nach Meinung der Junghistoriker die *«schwere Schuld»* der Schweiz. Den Hinweis, die Vernachlässigung der sozialen Frage habe im Ersten Weltkrieg schwere Konflikte im Land aufkommen lassen, gilt für Hug und seine Kollegen ebensowenig wie die damalige Befürchtung des Bundesrats und des Generals, eine von sozialen Spannungen geschwächte Bevölkerung bringe die angesichts der Aggressivität von Nazi-Deutschland unum-

## Einäugige Ankläger

*In der Auseinandersetzung um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg haben sich auch hierzulande Ankläger zu Wort gemeldet. Wir denken da etwa an die Historiker Jakob Tanner und H. U. Jost. Tanner steht dem marxistischen Gedankengut nahe. Marx war gewiss ein überragender Denker, aber auch der Erfinder des tyrannischen Funktionärs und des Rollkommandos. Prof. Tanner wurde vom Bundesrat als Mitglied der Historikerkommission bestimmt. Auch H. U. Jost ist radikaler Sozialist. Er wurde kürzlich anlässlich einer Fernsehsendung («vis-à-vis») von Frank A. Meyer interviewt. Auf die Frage, wie er sich die Zukunft unseres Landes vorstelle, antwortete er: «Die Schweiz soll sich auflösen.» Und das erklärt ein Professor der Universität Lausanne und Inhaber einer Staatsstelle!*

*Mittlerweile ist im «Tages-Anzeiger» ein neuer Ankläger aufgekreuzt: Thomas Koerfer, Filmemacher. Er verweist auf ein Bild: Willy Brandt kniete am 7. Dezember 1970 in Warschau vor dem Mahnmal des Warschauer Ghettos nieder. Im Gegensatz dazu verhält sich nach Koerfer Bundesrat Delamuraz; denn dieser habe das Wort geprägt: «Auschwitz liegt nicht in der Schweiz». Damit werde verdrängt, dass im Kriegsjahr 1943 3344 jüdische Flüchtlinge an der Schweizer Grenze zurückgewiesen worden seien. Damit habe «die Schweiz» diese Menschen zurück in den Tod geschickt: «nach Birkenau, Dachau und Auschwitz» (TA 19.3.).*

*Christoph Blocher hat in seiner Oerlikoner Rede überzeugend dargelegt, dass sich das Schweizer Volk wegen der vorübergehenden Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze zu Deutschland niemals schuldig gemacht habe. Verantwortlich für die damalige Flüchtlingspolitik sei der Bundesrat gewesen. Tatsächlich war im Nachhinein gesehen diese Politik zu engherzig. Zuzubilligen ist dem Bundesrat, dass er in jenem Zeitpunkt keine Kenntnis hatte von der systematischen Ausrottung von Lagerinsassen. Damit entfällt der von Koerfer behauptete Kausalzusammenhang zwischen der schweizerischen Flüchtlingspolitik und Auschwitz. Wenn Koerfer «die Schweiz» für die damalige Flüchtlingspolitik verantwortlich macht, dann huldigt er eben dem Prinzip der Kollektivschuld, wie sie vom Marxismus vertreten wird. Was davon zu halten ist, hat der Schriftsteller Ludwig Marcuse zutreffend umschrieben. Er wusste, wovon er sprach, musste er doch*

*als Opfer des Naziregimes 1933 ins Exil gehen. In seinem Werk «Mein 20. Jahrhundert» führte er aus: «Ich bin leidenschaftlich gegen den Begriff Kollektivschuld. Sie ist der Ausdruck einer Hitlermethode, die Praxis der baren Unmenschlichkeit: vom Einzelnen abzusehen und nur in Gruppen zu denken.»*

*Was wollen unsere Ankläger eigentlich? Churchill hatte die Antwort darauf vorweggenommen: «Die ärgsten Schwierigkeiten, unter denen wir leiden, kommen nicht von aussen, sie kommen von innen. Sie kommen aus einer Stimmung ungerechtfertigter Selbsterniedrigung, in die uns ein einflussreicher Teil unserer Intellektuellen gestürzt hat.»*

*Unsere Intellektuellen rekrutieren sich aus pazifistischen, armeekritischen und linken Kreisen. Sie sehen in dem Druck internationaler jüdischer Organisationen auf die Schweiz die Chance, zu einer innenpolitischen Wende zu gelangen. Daher ihr ständiger Versuch, die Bedeutung der Armee im Zweiten Weltkrieg herunterzuspielen. Damit soll auch die Armee von heute in Frage gestellt werden. Im Weiteren richtet sich ihre Kritik gegen die bürgerlichen Parteien, den Finanzplatz Schweiz u.s.w. Durch Schuldzuweisungen, durch Appell an das «schlechte Gewissen» wird versucht, die Bevölkerung zu verunsichern oder gar «in Selbsterniedrigung zu stürzen» (Churchill).*

*Umso mehr fühlen wir die Verpflichtung, dafür zu kämpfen, dass in unserem Volk das Selbstbewusstsein seiner Würde niemals untergeht.*

*Richard Lienhard*

*(«Schlusspunkt», 18. April 1997)*

gängliche *Geschlossenheit in der Abwehrleistung* nicht mehr auf. Das damalige Handeln des Bundesrats ist im Blick der Historiker vom Schlage Peter Hugs «*nationaler Egoismus*», woraus der Schweiz «Schuld» erwachse.

Ob es denn eine Alternative gegeben hat zum Handeln der damals Verantwortlichen? Darüber schweigen sich die Junghistoriker aus – wohl wissend, dass die Alternative nur in der *Auslieferung des Landes an den Nationalsozialismus* bestanden hätte – mit all den damit verbundenen Schrecken sowohl für die Schweizer als auch für die hier lebenden Juden und Flüchtlinge.

## Das Ziel

Hug – und mit ihm andere selbstgerechte Junghistoriker – messen das Handeln der Schweiz zum Zweiten Weltkrieg also an einem idealisierten Massstab, der erst

nach dem Krieg geschaffen worden ist. Das ist eine bemerkenswert neue Methode, der Geschichte des eigenen Landes zu begegnen, das eigene Land «schuldig» zu erklären.

Und dennoch: So weltfremd-theoretisch die «Argumente» von Hug und Kollegen erscheinen mögen, so finden sie längst nicht bloss im linken, internationalistisch geprägten Lager Echo. Überall dort, wo *Unabhängigkeit und Neutralität* der Schweiz längst zu Auslaufmodellen erklärt worden sind, wo kritiklos der «*Öffnung*» gehuldigt, wo der Traum vom *strategischen Ziel* «*EU- und Uno-Beitritt*» weiter geträumt wird, finden Hugs Theorien offene Türen.

Es sind längst nicht bloss Junghistoriker aus dem linken Lager, denen die erpreserischen Angriffe auf die Schweiz Vorwand sind, Neutralität und Unabhängigkeit unseres Landes frontal anzugreifen. Die *Schweiz als souveräner, unabhängiger Staat* steht im Fadenkreuz dieser Angriffe.

(2. Mai 1997)

*Opfer der Aktivdienst-Generation umsonst?*

## Gegen-Geschichtsschreibung

*Von Nationalrat Oscar Fritschi, Wetzikon ZH*

*Die Diskussion über die Rolle unseres Landes im Zweiten Weltkrieg – ursprünglich auf die Frage der nachrichtenlosen Vermögen ausgerichtet – weitet sich aus. Die Gegen-Geschichtsschreiber spüren Aufwind: jene Kräfte, die fordern, die Geschichte der Schweiz während jener Zeit sei gründlich umzuschreiben.*

Es gelte, Abschied vom mythengeprägten «offiziellen» Geschichtsbild und von der Vorstellung zu nehmen, unser Land habe in unerschütterlichem Abwehrwillen den nationalsozialistischen Machthabern getrotzt und seine Unabhängigkeit insbesondere dank der *Wachsamkeit und Entschlossenheit der Armee* behaupten können.

## Scham und Selbstzerknirschung?

Richtig sei nämlich, so behaupten die vorwiegend im linken Lager angesiedelten Gegen-Geschichtsschreiber, ziemlich akkurat das Gegenteil. Politisch hätten



*Das Reduit ist bezogen*

sich die Behörden in geradezu unwürdiger Weise dem «Neuen Europa» angepasst, wirtschaftlich sei ohnehin aller Nutzen den Achsenmächten zugekommen – angefangen von der *Nationalbank* als Goldwäscherei bis hin zum *Industriepotential*, vor allem in Bezug auf die Kriegsmaterialproduktion und auch im humanitären Bereich habe unser Land vor der Geschichte versagt.

Die schlimmsten Zerrbilder der «traditionellen» Geschichtsschreibung sind indessen nach Ansicht der Kritiker im Bereich der Armee auszumachen, deren Rolle glorifizierend überhöht worden sei. Von einer eigentlichen Bedrohung durch Deutschland habe keine Rede sein können. Zudem wäre die Armee 1940 verteidigungsunfähig gewesen; und der wichtigste strategische Entschluss, der *Bezug des Réduits*, könne gar nicht anders denn als «*Demutsgeste*» vor dem Dritten Reich verstanden werden.

Dass insbesondere die Aktivdienstgeneration, die jahrelang unter der Fahne stand, gegen solche Urteile rebelliert, sollte nicht bloss als emotional verständliche Reaktion abgetan werden. Vielmehr ist eine *nüchterne Antwort* verlangt: War das Opfer dieser Generation umsonst? Muss sie in Scham und Selbster-

## Der Weg ins Réduit

Der Autor des Artikels «Gegen-Geschichtsschreibung», der heutige Zürcher Nationalrat Oscar Fritschi, hat 1965 an der Universität Zürich eine Doktorarbeit unter dem Titel «Geistige Landesverteidigung während des Zweiten Weltkriegs» vorgelegt (gedruckt erschienen 1971).

Wir zitieren aus dieser Dissertation einige Überlegungen zur Entwicklung des Réduit-Gedankens:

*Welche militärischen Überlegungen lagen dem Réduit zugrunde? Als Folge aus dem Zusammenbruch Frankreichs lautete die Aufgabe der Schweizer Armee neu dahin, sich ohne Aussicht auf fremde Hilfe gegen Angriffe zu wehren, die von allen Seiten kommen konnten. Die Lösung dieser Aufgabe bestand in der Rundum-Verteidigung. Dabei stellte sich insofern ein strategisches Problem, als sich zwischen den vorhandenen Mitteln und der Forderung nach Verteidigung unseres gesamten Staatsgebietes ein deutliches Missverhältnis ergab. Es war tatsächlich gar nicht möglich, einen Grenzverlauf von 1'800 Kilometern zu verteidigen.*

*Auch auf taktischem Gebiet war ein Missverhältnis spürbar, indem zwischen dem ursprünglich in Aussicht genommenen Kampfverfahren – dem Bewegungsgefecht – und dem dafür vorhandenen Instrument – der Armee und ihrer Bewaffnung – ein Widerspruch bestand. «Sich ... im Mittelland einem von zahlreichen Luftstaffeln unterstützten Panzerangriff entgegenzustellen, hätte einen Kampf ohne Hoffnung und von kurzer Dauer bedeutet», weil die Schweizer Luftwaffe sehr wenig zahlreich und eine Fliegerabwehr praktisch überhaupt nicht vorhanden war und weil zudem die ebenfalls spärlich dotierte Panzerabwehrbewaffnung nur auf kurze Distanzen und nur gegen leichte Panzerung wirkte. Der Kampf musste also in ein Gebiet verlegt werden, das die Unterlegenheit an Flugzeugen und Panzern weniger fühlbar werden liess.*

*Sowohl das Gebot nach einer Konzentration der Kräfte und damit nach einer Verkleinerung der Abwehrlinien wie auch die taktische Forderung nach einem starken Gelände gegen Flugzeuge und Panzer liessen sich durch die Wahl einer Igelstellung im Voralpen- und Alpengebiet unter einen Hut bringen. Zudem wurde damit die gemäss der damaligen Lage operativ*

wichtigste Zone der Schweiz, nämlich die Verbindung Nord-Süd, zum eigentlichen Verteidigungsraum. Das Verlockendste für einen potentiellen Gegner – Deutschland kam allein noch in Frage – war also am besten geschützt.

(Oscar Fritschi: *Geistige Landesverteidigung während des Zweiten Weltkriegs*, S. 84/85)  
(18. April 1997)

knirschung auf eine Vergangenheit zurückblicken, die bewältigt zu haben sie bisher als ihre Leistung, ja als ihr Verdienst betrachtete?

## Keine Geschichtsschreibung «ex eventu»

Eine Überprüfung ist umso mehr angebracht, als einzuräumen ist, dass die Dankbarkeit für die Gnade des Schicksals und die Verschonung unserer Heimat sich in den Jahren unmittelbar nach Kriegsende in nicht wenigen historischen Publikationen niederschlug, welche die Ereignisse in einem etwas gar reinen Licht sahen und Schattenseiten von Vorneherein ausblendeten.

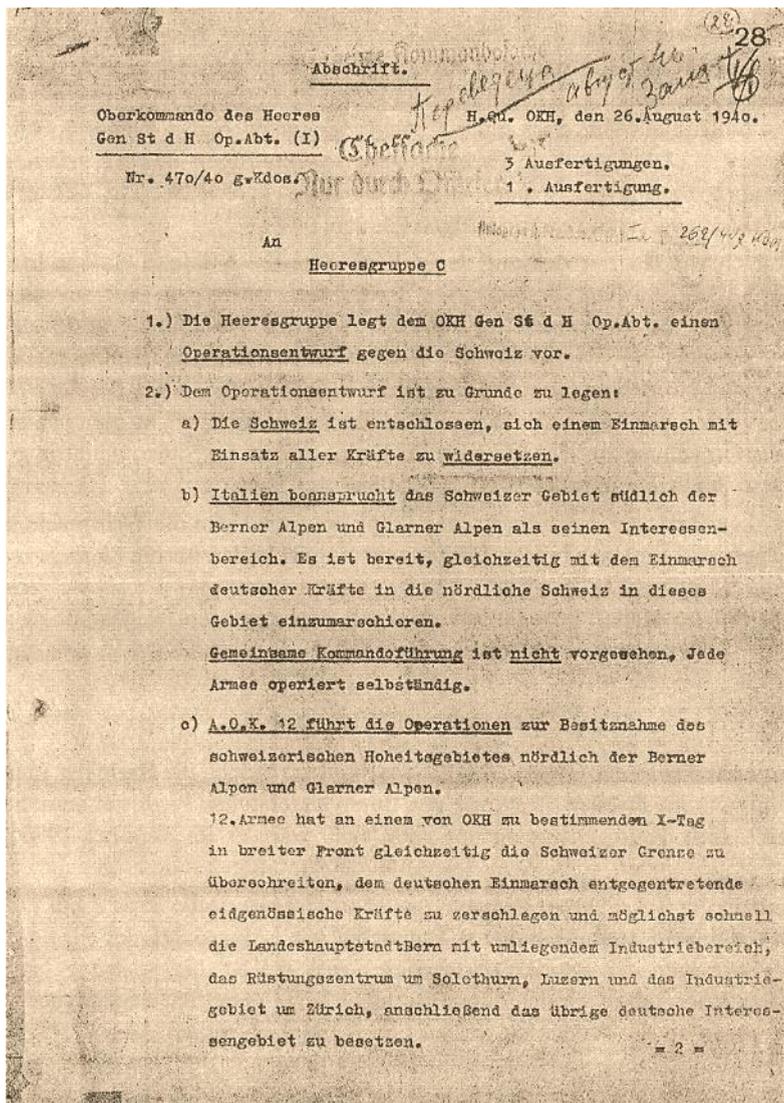
Umgekehrt besteht heute die Gefahr, von der sicheren Warte im Nachhinein *zu richten*, obwohl jeder Geschichtsstudent im ersten Proseminar lernt, Bewertungen «ex eventu» führten zu schiefen Urteilen. Aus der sicheren Gewissheit, dass es nicht zu einem Einmarsch, nicht zu einer länger dauernden Importsperre durch die uns völlig umschlossen haltenden Achsenmächte und nicht zu einer Hungersnot gekommen ist, wird man den Entscheiden zur Militär-, Wirtschafts- und Flüchtlingspolitik jener Zeit nicht gerecht. Historische Urteile sollten stets *aus dem Geist derZeit* und in Berücksichtigung der Zeitumstände erfolgen.

## Militärisch nicht bedroht?

Zu Recht wurde in der laufenden Diskussion festgestellt, die bisher aufgetischten Enthüllungen und Neuigkeiten seien allesamt nicht neu – und gleiches gelte für die daraus abgeleiteten Thesen. Diese Feststellung trifft auf den militärpolitischen Bereich in besonders exemplarischer Weise zu – alles schon einmal vorgebracht (einzig der Begriff der «Demutsgeste» ist neu kreiert), und zwar von den gleichen Autoren: im Vorfeld der *Abstimmung über die Initiative zur Abschaffung der Armee* vom November 1989 nämlich. *Jakob Tanner und Peter Hug*

## «Operation Tannenbaum»

Die erste Seite der Planstudie des Oberkommandos des Deutschen Heeres, datiert vom 26. August 1940, für die militärische Eroberung der Schweiz in Faksimile:



Im Zentrum der Planungen stand die klar festgehaltene Erkenntnis: «Die Schweiz ist entschlossen, sich einem Einmarsch mit Einsatz aller Kräfte zu widersetzen.»

wirkten damals als Speerspitze einer Gruppe linker Historiker und versuchten, den Initianten von wissenschaftlicher Warte Sukkurs zu geben.

Vorerst zur These der angeblich nicht vorhandenen militärischen Gefährdung. Eine potentielle Bedrohung ergab sich allein schon durch *Hitlers ideologisches Weltbild* von einem Reich, in dem die *Gebiete deutscher Sprache vereinigt* werden sollten. Mit dem Anschluss Österreichs und dem der Tschechoslowakei unter massivsten Drohungen abgerungenen sudetendeutschen Gebiet machte Hitler zudem hinlänglich klar, dass seine Vorstellungen nicht bloss Rhetorik, sondern angestrebtes Ziel darstellten. Es kann keinen vernünftigen Zweifel geben, dass Hitler auch die Schweiz seinem «Neuen Europa» einverleibt hätte, falls er dies *ohne Widerstand* hätte bewerkstelligen können.

Aber auch von der Entwicklung der militärischen Ereignisse in Europa her lassen sich durchaus Bedrohungsphasen der Schweiz aufzeigen. Nur ein einziges Beispiel: Als die Wehrmacht im Sommer 1940 den Westfeldzug auslöste, entschied sie sich, die sogenannte *Maginotlinie* an der direkten Grenze zu Frankreich gegen Norden zu umgehen. Sie nahm dabei die Verletzung der Souveränität der nicht im Krieg befindlichen Beneluxstaaten in Kauf. In gleicher Weise wie die Umgehung im Norden wäre auch eine solche im Süden denkbar gewesen: also durch das schweizerische Mittelland.

Nach allen Gesetzen der militärischen Logik entschied sich die Wehrmacht beim Abwägen zwischen den beiden Umgehungsmöglichkeiten für die *einfachere* und *erfolgsversprechendere* Variante. Dass bei diesem Abwägen die schweizerische Armee mit ins Kalkül gezogen wurde, kann im Ernst nicht wegdisputiert werden.

## Verteidigungsunfähig?

Eine zweite These der Gegen-Geschichtsschreiber, welche die Rolle der Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg von ihrem angeblichen Piédestal herunterholen soll, zielt dahin, unsere Armee hätte sich, wäre es im Sommer 1940 zum Ernstfall gekommen, schlicht als «verteidigungsunfähig» erwiesen.

Nun ist in der Tat nicht zu leugnen, dass die schweizerische Armee mit gravierenden Mängeln zum Aktivdienst angetreten war. Angesichts der *grundsätzlichen Ablehnung der Landesverteidigung durch die Sozialdemokratie bis kurz vor dem Krieg* liess sich der Bundesrat allzu lange verleiten, ungenügende Anforderungen an die Armee zu stellen und in ungenügendem Ausmass für eine moderne Bewaffnung und Ausrüstung besorgt zu sein.

Auch wenn diese Mängel der deutschen Führung zweifellos nicht verborgen blieben, sind sich indessen die verschiedenen – nach dem Krieg bekannt gewordenen – Operationsstudien von deutschen Stellen gegen die Schweiz in der Ein-

## Unverantwortliche Behauptungen

*Alt Generalstabschef Hans Senn hat am 25. April 1997 in der Neuen Zürcher Zeitung einen ausgezeichneten Artikel über «Die Rolle der Schweizer Armee im Zweiten Weltkrieg» veröffentlicht. Darin erwähnt er u.a., die emeritierte Berner Professorin für Schweizer Geschichte, Beatrix Mesmer, habe in einem Interview mit dem «St. Galler Tagblatt» die unsinnige Behauptung aufgestellt, die Schweiz habe trotz und nicht wegen der Armee die jüngsten Kriege überlebt. Diese offensichtliche Geschichtsklitterung hinderte die Redaktion des «Brückenbauers» nicht daran, sie zu einem Interview über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg einzuladen, das in der Ausgabe vom 7. Mai 1997 veröffentlicht wurde.*

*Mag sein, dass die 1931 geborene Frau Mesmer, die Ende der dreissiger Jahre zusammen mit ihren Eltern als Emigrantin in der Schweiz Schutz vor dem braunen Terror gefunden hat und in Muttenz, eingebürgert wurde, während der Kriegszeit 1939/45 noch zu jung war, um die Bedeutung unserer Armee zu erfassen. Aber da sie heute das Gütesiegel «Historikerin» trägt, dürfte sie nicht 68er Irrlehren verbreiten.*

*Im «Brückenbauer» vertritt sie unter dem Titel «Ein Mythos bröckelt» die Auffassung, das Réduit sei «als Abwehrmassnahme hauptsächlich gegen innen und nicht gegen aussen gedacht» gewesen, wiederum eine eigentümliche Verdrehung der Tatsachen. Selbst wenn man der Frau Professor zugute hält, dass sie die «Abwehrmassnahme ... gegen innen» nicht als militärisches Druckmittel gegen die Schweizer Bevölkerung, sondern als psychologische Stützung ihres Durchhaltewillens verstanden haben möchte, ignoriert sie wissentlich oder unwissentlich zahlreiche fundierte Veröffentlichungen zu dieser Frage, insbesondere die eingehende Darstellung in Willi Gautschis Guisan-Biographie (1989) oder die oben erwähnte Zusammenfassung von Korpskommandant a.D. Hans Senn. Das Réduit war der sorgfältig durchdachte strategische Entschluss, den Drohungen und übertriebenen Forderungen der Nationalsozialisten dadurch entgegenzutreten, dass die Armee in einer Stellung konzentriert wurde, wo sie mit ihren Mitteln und Kräften einem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht wirksamen Widerstand leisten konnte. Frau Mesmer, die ihre jüdische Abstammung betont,*

*darf zudem zur Kenntnis nehmen, dass sich auch jüdische Eidgenossen auf allen Stufen der Armee bis hinauf zum Korpskommandanten mit dem Réduitgedanken identifiziert haben.*

*Es ist fraglich, ob die Dozentin für Schweizer Geschichte, welche den Studierenden vermutlich während Jahren entsprechenden Unsinn eingetrichtert hat, ihre Ausbildung in der Schweiz ohne den Schutz des «Mythos» Réduit unbehelligt hätte absolvieren können.*

L. G. S.

(13. Juni 1997)

Schätzung einig, dass eine Besetzung nicht gewissermassen mit der linken Hand zu bewerkstelligen gewesen wäre.

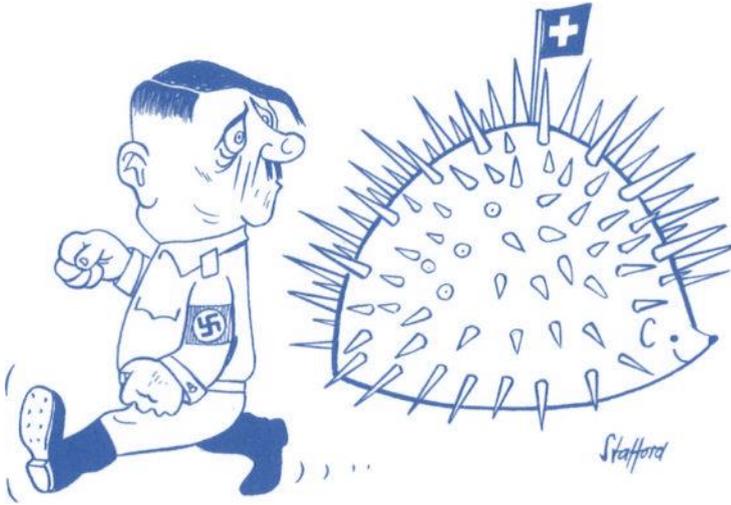
Auf einem von seinem Stab im Oktober 1940 ausgearbeiteten Operationsentwurf gegen die Schweiz hat sich eine handschriftliche Notiz *Generalfeldmarschall von Witzlebens* erhalten. Er schrieb an den Rand beim Abschnitt über den Kräftebedarf kurz und bündig «*Illusion*» – offensichtlich weil er die Abwehrkraft unseres Landes höher einstufte und mit dem Resultat, dass die Studie in einer Schublade verschwand. In deutschen Augen galt die schweizerische Armee also sehr wohl als verteidigungsfähig.

### **Réduit als «Demutsgeste»?**

Bleibt als dritte These, der Entschluss zum Bezug des Réduits sei keineswegs als leuchtendes Zeichen des ungebrochenen Abwehrwillens nach dem Zusammenbruch Frankreichs zu werten, sondern sei vielmehr als Rückzug und «Demutsgeste» gegenüber den uns umschlossen haltenden Achsenmächten zu verstehen.

Überlassen wir die Antwort wieder zwei nach Kriegsende in den Archiven der Wehrmacht aufgefundenen Angriffsstudien gegen die Schweiz. Bei den Akten des in der Öffentlichkeit am ehesten bekanntgewordenen – unter dem Decknamen «*Operation Tannenbaum*» laufenden – Angriffsplans hat sich zusätzlich eine Vortragsnotiz, datiert vom 25. Juni 1940, erhalten. Sie schliesst mit der bemerkenswerten Feststellung: «*Bei der augenblicklichen politischen Lage in der Schweiz ist es möglich, dass diese auf friedlichem Wege auf ultimative Forderungen eingeht, so dass nach kriegsmässigem Grenzübertritt schneller Übergang zu friedlichem Einmarsch gewährleistet sein muss.*»

Vom 26. August 1940, also zwei Monate später, datiert ein Auftrag des Chefs des Heeres an die Heeresgruppe C zu einer weiteren Operationsstudie gegen die Schweiz – und zwar mit völlig veränderter Lagebeurteilung. Hier heisst es näm-



### Die Wirkung des Réduits

lich: «Dem Operationsentwurf ist zu Grunde zu legen: a) Die Schweiz, ist entschlossen, sich einem Einmarsch mit dem Einsatz aller Kräfte zu widersetzen.»

Auf der Suche nach der Ursache für diese Kehrtwendung in Bezug auf die Beurteilung des schweizerischen Widerstandswillens wird man rasch fündig: Das erste Papier fiel zeitlich zusammen mit der als anpasserisch empfundenen Rede der Bundesräte *Pilet-Golaz* und *Etter* nach der Kapitulation Frankreichs; das zweite entstand nach dem *Rütli*rapport mit seinem Aufruf zum unbedingten Widerstand und nach dem Armeebefehl zum Bezug des Réduits. Fazit also: Im Gegensatz zu unseren Gegen-Geschichtsschreibern hat die militärische Führung des Dritten Reiches den Réduitbeschluss keineswegs als «Demutsgeste» erkannt ...

### Die vergessene These

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Mit der Widerlegung der links-ideologisch motivierten Thesen von Jakob Tanner und Peter Hug soll keineswegs der Eindruck erweckt werden, unserer Armee komme das *alleinige* Verdienst an der Verschonung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu. Viele Faktoren trugen zu diesem Ergebnis bei, und sie sind mathematisch nicht quantifizierbar. *General Guisan* war übrigens der letzte, der die Rolle der Schweizer Armee verabsolutiert hätte; in seinem Bericht an die Bundesversammlung schliesst er das Kapitel über die strategischen Entschlüsse mit der Feststellung ab: «Ich vergass keinen Augenblick ..., dass die Bewahrung des Landes vor allen Dingen die Auswirkung der göttlichen Vorsehung ist.» Beigetragen hat aller-

dings noch ein anderer Umstand, den die – zumeist antiamerikanisch eingestellten – Gegen-Geschichtsschreiber bezeichnenderweise nie erwähnen.

Ein Überleben der Schweiz als selbständiger Staat, völlig eingeschlossen durch die Achsenmächte, wäre auf die Dauer undenkbar gewesen, wenn die *Alliierten* – insbesondere die selbst nicht angegriffenen Vereinigten Staaten von Amerika – ihren Kampf gegen den Hitlerschen Totalitarismus eingestellt hätten. Dass die Alliierten stets genügend Kräfte der Achsenmächte banden und den Ring um die Schweiz schliesslich aufsprenghen, hat zur Unversehrtheit der Schweiz in der Zeit des Zweiten Weltkriegs entscheidend beigetragen.

Zusammengefasst: Unser Land hat, im Rückblick auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs, nicht Anlass zu Scham oder Selbstzerknirschung. Sie hat aber – in Respekt vor dem Blutzoll der Alliierten – sehr wohl Anlass zur *Dankbarkeit*.

(18. April 1997)

### *Beobachtungen an einem Historiker-Kongress*

## Das «Musterknaben-Syndrom»

*Von Nationalrat Ulrich Schliuer, Flaach ZH*

*Am 25. Februar 1997 stellte das Schweizerische Bundesarchiv der Öffentlichkeit die schweizerischen Mitglieder jener Historiker-Kommission vor, der Bundesrat und Parlament den Auftrag erteilt haben, alle noch lückenhaften Kapitel über Haltung, Politik und Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg gründlich zu erforschen. In Kurzvorträgen stellte jeder Historiker sein besonderes Forschungsgebiet vor.*

Hegte man als Besucher dieser Veranstaltung die Erwartung, die Schliessung noch immer bestehender Wissenslücken sei jetzt das zentrale Anliegen, wurde man schon im Einführungsreferat vom Direktor des Bundesarchivs, *Prof. Dr. Christoph Graf* eines Besseren belehrt: Das Ziel der demnächst beginnenden Forschungsarbeit bestehe vielmehr darin, *überkommene «nationale Mythen» abzubauen*. Es gelte, *die Schweiz «für die Zukunft zu öffnen»*, auf dass auch sie, befreit von hinderlichem historischem Ballast, endlich eine *«konstruktive Rolle»* in Europa und in der Welt spielen könne.

## Geschichtsforschung oder Geschichtspolitik?

Sind also, musste sich der Besucher unwillkürlich fragen, dem Direktor des Bundesarchivs die Ergebnisse der Arbeiten bereits klar, noch bevor die For-

## Verdrehungen

*Einstimmig und innert kürzestmöglicher Frist haben National- und Ständerat alle Türen geöffnet zur umfassenden, vorbehaltlosen Ergründung allen Tuns und allen Lassens von Politik und Wirtschaft vor und während dem Zweiten Weltkrieg. Doch seltsam: Seit dieser Beschluss steht, scheint das Interesse am Ergebnis dieser umfassenden Arbeit merklich zu sinken. Nicht mehr die Gesamtdarstellung, welche eine ausgewogene Bilanz und gültige Schlussfolgerungen zuliesse, scheint gefragt. Vielmehr ertönt kategorisch der Ruf nach sofortigen «Teilergebnissen» – allerdings ausschliesslich zu solchen Sachverhalten, wo der Druck aus Ausland und Medien besonders gross ist. Nicht die umfassende Wahrheit interessiert; gefragt sind Einzelheiten, aus denen, besonders wenn sie aus dem Zusammenhang gerissen werden, Schuld abgeleitet werden kann, womit dann auch Geldforderungen untermauert werden können. Dazu scheint sich das Gesamtergebnis der Untersuchungen weniger zu eignen...*

*Mit Nachdruck sei festgehalten: Für solche Umdeutungen lässt sich der Parlamentsbeschluss nicht missbrauchen. Auf diese Weise wird nur der bisher tragende Konsens fahrlässig aufs Spiel gesetzt.*

*Vor allem dann, wenn – was bereits absehbar ist – der erteilte Auftrag zur Wahrheitsergründung zum Feldzug gegen die schweizerische Neutralität umfunktioniert wird. Erste Zielscheibe dieser Jagd ist der «Sonderfall Schweiz». Damit zelebrierten – behaupten die erbitterten Gegner alles Besonderen in unserem Staatswesen – die Schweizer ihren «moralischen Überlegenheitsdünkel» andern Völkern gegenüber.*

*Was für ein Unsinn!*

*Dass das Schweizervolk insgesamt – allen Duckmäusern und auch hierzu-lande immer vorhandenen Anpassern zum Trotz – den Versuchungen des braunen Totalitarismus seinerzeit weit wirkungsvoller widerstanden hat als andere, hat doch nichts mit der «moralischen Überlegenheit» der Schweizer zu tun.*

*Die Widerstandskraft der Schweizer gründete vielmehr in der Tatsache, dass ein Volk, wo jeder Einzelne mitbestimmt, wo jeder Einzelne mitgestal-*

*tet, wo jeder Einzelne unmittelbare Mitverantwortung am Staatsgeschehen trägt, einem totalitären Führer weit weniger rasch erliegt als ein Volk, das, weil von Mitgestaltung und Mitverantwortung abgeschnitten, viel rascher in die Rolle der Masse abgedrängt werden kann.*

*Wer vom Machthunger getrieben wird, sah und sieht in der direkten Demokratie und in der mit ihr untrennbar verbundenen Neutralität immer seinen Hauptfeind. Das gilt auch im Jahre 1997.*

*Ulrich Schliier*

*(«Spalte Rechts», 24. Januar 1997)*

schungsarbeiten überhaupt begonnen haben? Weiss man im Bundesarchiv zum Voraus, was sich als «Ballast» und was sich als Wahrheit erweisen wird? In erster Linie, meinte der Direktor des Bundesarchivs, müsse unser Land *von den Fesseln jenes «Sonderfall»-Denkens befreit* werden, das der Schweiz die Mitwirkung an der europäischen Integration verwehre und den Blick auf die weiterhin zunehmende weltweite Interdependenz verbaue.

So steht also, fragte sich der Kongressbesucher, nicht die Suche nach Tatsachen, nach historischer Wahrheit im Zentrum der Untersuchungen? Zielen die Historiker vielmehr darauf ab, die Schweiz von heute in eine andere als die vom Souverän bestimmte aussenpolitische Richtung zu drängen? Steht der Schweiz ein Prozess der *aussenpolitischen Umerziehung* bevor?

Sollte die Historiker-Kommission tatsächlich solche Absichten verfolgen, dann wäre nicht Geschichtsforschung ihr Anliegen, dann würde sie sich auf *Geschichtspolitik* einlassen. Es ginge ihr dann darum, Wertvorstellungen und Zielsetzungen, an denen sich der Souverän in unserem Land in aller verbrieften Freiheit orientiert, von oben herab zu korrigieren. Will die Historiker-Kommission der Schweiz eine neue, allenfalls gar ideologisch geprägte Vergangenheit aufoktroyieren?

## **Sachlichkeit und Spekulation**

Die referierenden Historiker konnten, als sie ihre Spezialgebiete kurz umrissen, noch kaum Ergebnisse von Forschungsarbeiten präsentieren. Es ging ihnen eher darum, die von ihnen vorbereiteten Fragestellungen für die demnächst beginnenden Arbeiten vorzustellen und zu erläutern. Die Eindrücke des Besuchers über die angekündigte Arbeitsweise der sich selbst vorstellenden Spezialisten waren ausgesprochen unterschiedlich. Befleissigten sich einzelne Referenten (am deutlichsten *Dr. Linus von Castelmur*) betont nüchterner, damit auch vertrauens-

## D Schwyzer-Gschicht

*De Täll isch vergässe,  
de Winkelried gsy,  
der Äidgenoss Füürscht  
und de Mälchtaal verhy!  
Was hät is de Schiller  
für Meerli verzellt?  
Er hät is doch  
um di ganz Schwyzergschicht prellt.*

*Mir chönd d Schwyz vergässe,  
de Wooschtand isch gsy:  
D Eerbe vom Gessler  
chömid verby,  
rückwirkend,  
wäge de Chinderzuelaag  
für sibe Jaarhundert,  
vier Mönnet, sächs Taag.*

*Wie isch d Schwyz  
am Aafang äigetli gsy?  
S sind all vo doo gschoorbe –  
de «Blick» nid deby!  
Lömer is  
öisi Vergangehäit nee?  
Hät s au kän Dunant,  
kän von der Flüe ggee?*

*Simer dänn würkli  
so mickerig chly?*

*Die Jaar a der Gränze,  
sind s ä gaar nid gsy?  
D Nootzyt dihäime,  
de Aarbetsysatz  
vo so vile Lüüt  
und  
– ales für d Chatz?*

*Grüenschnäbel  
forsched iez i den Archiiv.  
Si sueched nüüt Rächts,  
si sueched nu Miif  
De Täll muen ewääg  
für imer und gly,  
de d Amato ziet iez  
i d Schwyzergschicht y,  
trotz Dräck a sim Schtäcke,  
trotz gschäggetem Wüsse  
mit schmierige Händ  
und lockerem Gwüsse –.*

*Ir Schwyzer: Durforsched  
de Mediewald  
mit weerschafte Grundsätz  
und – oordeli bald.*

Willy Peter

(21. März 1997)

---

erweckender Sachlichkeit, so ergingen sich andere (am ausgeprägtesten Prof. Dr. Jakob Tanner) in Spekulationen, die teilweise reichlich gesucht erschienen. So, als – durch keinerlei Beweisstücke unterlegte – Spekulationen über die Rolle der Schweiz als mutmassliche Hüterin grosser Summen von Nazi-Fluchtgeldern angestellt wurden, mit welchen Geldern der Aufbau einer von den Nazis geprägten «Nachkriegsordnung in Europa» finanziert werden sollte –, wobei selbst die

1948 von Adenauer und Erhard verwirklichte deutsche Währungsreform mit von den Nazis bereits während dem Krieg ausgeheckten Plänen in diffuse Verbindung gebracht wurde.

## Gesagtes und Ausgespartes

Nicht nur das am Kongress Gesagte hat den Besucher der Bundesarchiv-Tagung beschäftigt. Auch das Ungesagte, das *bewusst Ausgesparte* warf Fragen auf: Weder politische Entscheidungen noch militärische Vorbereitungen und Massnahmen der Schweiz in der Zeit vor und während des Zweiten Weltkriegs fanden auch nur mit einem einzigen Wort Erwähnung. Bekannt ist, dass mehrere Mitglieder der Historiker-Kommission die bisherigen Darstellungen der Rolle unseres Landes im Zweiten Weltkrieg als zu militärlastig empfinden, was aus ihrer Sicht zu korrigieren sei. Irgendein Bemühen um Korrektur – das immerhin kritische Auseinandersetzung mit bereits Publiziertem erfordern würde – wurde allerdings nicht einmal ansatzweise sichtbar. Ob man sich der militärisch-politischen Seite des Geschehens mit dem Mittel des Totschweigens glaubt entziehen zu können?

Dem Leiter dieser Historiker-Gruppe, *Prof. Dr. Jean-François Bergier*, wartet zweifellos eine schwierige, äusserst heikle Aufgabe, wenn es darum geht, die teilweise mit sichtbar missionarischem Eifer verfolgten Sonderanliegen einzelner Experten schliesslich derart zu einem Ganzen zu vereinigen, dass eine gültige Analyse möglich wird, die in der breiten Bevölkerung Anerkennung und Respekt gewinnt. Nur dann, wenn sich die Überzeugung breit durchsetzt, dass der Historiker-Kommission die Suche nach Fakten, das *Bemühen uni Wahrheit* wichtiger ist als irgendwelche pauschalen, nur heutige Sichtweise anerkennenden *Abrechnungen* mit den Verantwortungsträgern der Weltkriegs-Generation, nur dann wird diese Kommission jene Vertrauensbasis im Volk gewinnen, auf die auch ihre Arbeit schliesslich angewiesen sein wird.

## Demut kontra Selbstgerechtigkeit

Es ist im Lauf der Konferenz immer wieder in den Mittelpunkt gestellt worden: Das angebliche «*Musterknaben-Syndrom*», das die Schweiz während den vergangenen Jahrzehnten blind für die Realität gemacht habe. Die Weltkriegs-Generation, wurde etwa gesagt, habe sich zur Gefangenen des Glaubens gemacht, dass die Schweiz nur deshalb von den Kriegsgreueln verschont geblieben sei, weil die Schweizer als Volk eben «besser» seien als andere Völker.

Hat man solchen Auserwähltheits-Glauben von jenen, die im Zweiten Weltkrieg die Verantwortung für unser Land trugen, tatsächlich je vernommen? Oder wird

er den damaligen Verantwortungsträgern einfach polemisch unterschoben? Denn tatsächlich gehört hat man von denen, die unser Land damals ans den Kriegsgreueln herauszuhalten wussten, grundlegend anderes: Es sei letzten Endes *ein Wunder* gewesen, dass die Schweiz verschont wurde; und dieses Wunder sei *gütiger Vorsehung* zu verdanken. Dankbarkeit einer gütigen Vorsehung gegenüber züchtet freilich nicht Hochmut, gibt viel eher der *Demut* Raum.

So bleibt zu hoffen, dass gerade auch die forschenden Junghistoriker, die jetzt der Schweiz einen Spiegel mit zahllosen dunklen Flecken glauben vorhalten zu müssen, nicht jener Selbstgerechtigkeit verfallen, welche sie selbst – im Gegensatz zur Weltkriegs-Generation – tatsächlich dem «Musterknaben-Syndrom» zum Opfer fallen liesse.

(7. März 1997)

### *Seltame Faktenauswahl der Historikerkommission Bergier*

## Kommissionen – Illusionen

*Von Prof. Dr. Ernst Leisi, Pfaffhausen ZH*

*Wir haben verschiedene eidgenössische Kommissionen, von denen wir uns eine Klärung unserer Vergangenheit versprechen. Am meisten erwarten die Schweizer von der Kommission Bergier.*

An sie knüpft sich die Hoffnung, es werde endlich einmal versucht, *alle* Faktoren gegeneinander abzuwägen – und zwar nicht nur, was die Banken und Behörden, sondern was *die Schweizer im Allgemeinen* betrifft – und so die Grundlagen für ein gerechtes Urteil über unsere Vergangenheit zu liefern. Denn diese Kommission hat selbst verlauten lassen, es gehe ihr nicht nur um Einzelheiten, sondern um ein *Gesamtbild*.

### Allein Sünden gesucht

Schon in der «Schweizerzeit» vom 17. Mai 1997 habe ich meine Zweifel geäußert. Es sei zu befürchten, sagte ich damals, dass man sich nur Mühe gebe, angebliche *Sünden* aufzudecken und zu diskutieren; dass man aber von den tausendfachen *Wohltaten* der Schweizer jener Zeit praktisch nichts sagen werde, so dass kein gerechtes und vollständiges Geschichtsbild zustande komme. «Keine

Sünden – kein Thema» lautete damals der Untertitel. Jetzt ist meine Befürchtung bestätigt worden. Ich hatte vor einiger Zeit an die Kommission Bergier geschrieben und mich als *Zeitzeuge* gemeldet; unter anderem wollte ich über private Hilfe für eine Flüchtlingsfrau berichten. Soeben ist die Antwort eingetroffen. In höflichen Worten wird mir gesagt, man werde mich *voraussichtlich nicht als Zeugen brauchen* können. Denn: «*Aufgrund der vom Bundesrat gesetzten Forschungsziele gehen wir in erster Linie Hinweisen zum Umfang und Schicksal von ausländischen Vermögenswerten, zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Ausland und zur Flüchtlingspolitik nach.*»

Es ist also genau so, wie ich angenommen hatte: Mit grossem zeitlichem und finanziellem Aufwand wird untersucht, was für Sünden «*wir*» begangen hätten, und wie diese zu beurteilen seien. Von den guten Taten der Schweizer wird nicht die Rede sein. Keine Kommission, keine offizielle Stelle sammelt und untersucht sie. Sie dürfen allenfalls in privaten Büchern, Artikeln und Leserbriefen weiter existieren, doch werden sie bald vom Wind verweht und vergessen sein.

## Hilfe

Dies ist nicht nur eine flagrante Ungerechtigkeit; es widerspricht auch jeder seriösen Geschichtsauffassung. Was wir – die Schweizer so gut wie die Ausländer – wissen wollen, ist doch: Wie verhielten sich *die Schweizer* während jener kritischen Zeit? Die ganze Wahrheit muss zur Sprache kommen. Dazu gehört unter anderem:

Aufnahme und Verpflegung von *300'000 Flüchtlingen* durch ein Volk von 4 Millionen trotz steigendem Nahrungsmangel: Auf die Einwohnerzahl berechnet das *Maximum aller Länder der Erde*.

Leistungen von *Einzelpersonen*:

«Über-die-Grenze-Schmuggeln – in wieviel tausend Fällen? – und Verstecken von Juden und anderen *Flüchtlingen*.

Ausstellen von falschen Ausweisen (nicht nur durch Grüninger). Monatelang gratis Kost und Logis für Flüchtlinge durch Privatpersonen – wie oft? Und wie hoch waren ungefähr die von Privaten aufgewendeten Totalkosten?

Aufnahme und «Auffütterung» von Tausenden von *Ferienkindern*. Private Zuwendungen (z.B. Einladungen, Sammlungen, billige Quartiere) an Internierte.

Vermittlerdienste: *Gute Dienste* der Schweiz (also diplomatische Stellvertretung in Feindesländern, insgesamt für zwei Drittel der Welt), Gesamtauslagen der Schweiz: *336 Mio. Franken*, wovon nur ein Teil zurückbezahlt worden ist.

*Leistungen für Flüchtlinge*: Diejenigen des Bundes sind bekannt: 238 Millionen;

## Geschäftemacher

*Der Entscheid wurde einstimmig gefällt, kaum ein einziges Mitglied der Eidgenössischen Räte fehlte bei der Abstimmung: Die Schweiz ist gewillt, alle Vorgänge rund um die herrenlosen Vermögen, die seit dem Krieg auf Schweizer Banken liegen, seriös, umfassend und innert nützlicher Frist abzuklären. Es geht darum, die Wahrheit zu erfahren zu einem Kapitel Schweizer Geschichte, das derzeit einem eigentlichen Trommelfeuer an Anfechtungen ausgesetzt ist – wobei sich bisher allerdings keiner der geäußerten Vorwürfe als wirklich hieb- und stichfest erwiesen hat.*

*Umso wichtiger ist es, die Wahrheit zu erfahren, die volle Wahrheit, nichts als die Wahrheit. Doch schon beeilen sich gewisse Zeitgenossen, sich als Ankläger der Schweiz und der Schweizer demonstrativ ins Medienlicht zu drängen, Schuld zuzuweisen, wo die Wahrheit noch gar nicht bekannt ist. Was ist denn das Motiv dieser sich vordrängenden Ankläger? Können sie sich – fundamentale Gegner der bewaffneten Neutralität – noch immer nicht damit abfinden, dass damals das ganze Schweizervolk, verankert in der Landesverteidigung, über Jahre hinweg im Widerstand gegen den braunen Totalitarismus der Nationalsozialisten durchgehalten hat? Oder wittern sie die Chance, aus einem Sumpf unbewiesener Gerüchte heraus jener Errungenschaft den Todesstoss zu versetzen, die ihnen ihrer weltweiten Ausstrahlung wegen schon immer ein Dorn im Auge war: dem Finanzplatz Schweiz mit seinem Bankgeheimnis nämlich? Wer wirklich um Wahrheit rund um die herrenlosen Vermögen bemüht ist, der ergeht sich jetzt nicht in pauschalen Anschuldigungen, der legt jetzt vielmehr Teilerkenntnisse, so er über welche verfügt, offen auf den Tisch. Auf dass alle Aspekte in die umfassende Untersuchung, die jetzt beschlossen worden ist, miteinbezogen werden können. Schlussfolgerungen werden erst dann gezogen, wenn wir die Wahrheit rund um die herrenlosen Gelder wirklich kennen.*

*Denen, die heute mehr an Agitation als an der Wahrheit interessiert sind, sei in Erinnerung gerufen: 'Wer vor und während des Zweiten Weltkriegs, als die Schweiz vollständig vom nationalsozialistischen Totalitarismus umzingelt und ihr Überleben als unabhängiger Staat aufs Höchste gefährdet war – wer damals unter schwerstem aussenpolitischem Druck schwierige,*

die Existenz des Landes tangierende Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen hatte, der kam vielleicht mitunter zu Entschlüssen, die aus heutiger Sicht, aus vollem Wissen um den Ausgang des Krieges, nicht mehr in gleicher Form getroffen würden. Doch ist es nichts als fair, jeden Entscheidungsträger aus jeder Phase der Geschichte auch aus dessen Zeit, aus dessen konkreten Lebensumständen heraus zu beurteilen, nicht nur dem Diktat des gerade herrschenden, von den Medien diktierten Zeitgeistes zu unterstellen. Jene aber, die heute eine Chance wittern, im gleissenden Licht der Medien mit der Not von seinerzeit schwer verfolgten, an Leib und Leben bedrohten Menschen ein dem persönlichen Vorteil dienendes Geschäft – sei es ein politisches oder gar ein materielles – machen zu können, handeln nicht im Geringsten ehrenvoller als die Entscheidungsträger von damals, selbst wenn diese unter dem Druck der damaligen Verhältnisse zu einzelnen Entscheidungen gekommen waren, wir wir sie heute nicht mehr treffen würden.

Ulrich Schliier

(«Spalte Rechts», 22. Dezember 1996)

mit einiger Mühe könnten auch die der Kantone, Gemeinden und wohltätigen Organisationen ermittelt werden.

Rettung der Städte Konstanz, Singen, Bregenz durch schweizerische Vermittler.

Rettung von 100'000 Juden von Budapest durch *Konsul Lutz*.

Verkürzung des Kriegs in *Italien* durch Major Waibel und Mitarbeiter.

Grosse Sammlungen unter der Bevölkerung während und nach dem Krieg: Geld, Kartoffeln, Textilien, Schulbänke, Verbandsmaterial etc.

Die *Schweizer Spende 1946* (200 Millionen Franken).

Die *Gaben an Kriegsgefangene* in ausländischen Lagern.

Die unzähligen *Liebesgaben-Pakete* nach dem Krieg an die Notleidenden beider Parteien.

## Nicht erwähnenswert?

So viel ich jetzt sehe, soll das alles in den offiziellen Berichten nicht erscheinen. Es gibt sogar Anzeichen dafür, dass diese krasse «Einäugigkeit» vorprogrammiert ist und schon jetzt praktiziert wird. Im offiziellen Bericht vom Herbst 1996 über «*Die Schweiz und die Flüchtlinge*» wurden bekanntlich nur die Rückweisungen, nicht aber die Zulassungen neu gezählt. Dort gibt es auch (S. 197) eine

## Zeitzeugen gegen Junghistoriker

*Es begann vor einem Jahr: Da wurde «die Schweiz im Zweiten Weltkrieg» immer mehr zur Zielscheibe von Angriffen aus den USA. Hierzulande witterten die Linksintellektuellen Morgenröte. Bei Junghistorikern war die Hoffnung gross, ein Stück Geschichte neu zu schreiben. Zu diesem Zweck versuchten sie, die Rolle der Armee im Zweiten Weltkrieg in Frage zu stellen. Zu den Junghistorikern stiess eine weitere Gruppe: selbsternannte Sachverständige, realitätsfremde Ideologen, rigorose Moralistinnen und Moralisten. Zu dieser Gruppe zählt Nationalrätin Grendelmeier, die öffentlich erklärte, die Schweiz sei nicht wegen ihres Widerstands verschont worden, sondern weil «Hitler diesen Markt und Finanzplatz gebraucht» habe. In diese Richtung zielte auch die Kritik der Junghistoriker. Dazu zwei Beispiele: Hans Ulrich Jost, Professor an der Universität Lausanne, erklärte: «Es bestand nie die Absicht einer Invasion. Das Schweizer Finanzsystem musste den Krieg nicht fürchten. Junghistoriker Jakob Tanner, seit Kurzem Professor an der Universität Zürich und Mitglied der Expertenkommission Bergier (!), hielt in aller Öffentlichkeit fest, die Réduit-Strategie der Armee sei eine «Demutsgeste der Schweiz gegenüber Nazi-Deutschland» gewesen. Im Weitem behauptete Tanner, Guisan habe «mit den Deutschen zusammengearbeitet und deshalb das Réduit bezogen» (alt Stadtpräsident Sigmund Widmer in der «Züri Woche» vom 3.4.97).*

*Die Junghistoriker hatten aber die Rechnung ohne die Zeitzeugen der Aktivdienst-Generation gemacht. Wir zitieren aus Paul Rothenhäuslers «Leuchtturm in der Wüste»: Dort erinnert sich Albin Heimann, früherer Ständerat und höherer Offizier, unter dem Titel «Wehrwille 1939-1945»: «Der Kampf unserer Flugwaffe Mai/Juni 40 endete mit dem Abschuss von elf deutschen Flugzeugen, während wir nur drei verloren, sehr zum Verdross der Wehrmacht.» Klaus Urner hat in seinem Buch «Die Schweiz muss noch geschluckt werden» im Detail beschrieben, wie Hitler den Befehl gab, konkrete Angriffspläne gegen die Schweiz auszuarbeiten. Der Militärpublizist und Historiker Gustav Däniker vermochte überzeugend darzulegen, dass «mindestens bis zum Herbst 1944 von einer Bedrohung der Schweiz ausgegangen werden musste». Er zitierte den deutschen Generalstabschef Halder, der in sein Tagebuch geschrieben hatte: «Es wurden mir mehrfach Wutausbrüche Hitlers gegen die Schweiz berichtet, die bei seiner Mentali-*

tät möglicherweise plötzlich zu militärischen Anforderungen an das Heer führen konnten» (NZZ, 26.11.97). Felix Auer schildert in seinem Buch «Dichtung und Wahrheit bei Jean Ziegler», wie sich im Frühjahr 1943 eine Studie der deutschen Heeresleitung mit der Offensive gegen die Schweiz zwecks «Ausschaltung der letzten feindlichen Armee in Mitteleuropa» befasste.

Prof. Tanners törichte Erklärung zum Réduit stellt für Zeitzeugen eine Provokation dar. Mit der Réduit-Strategie wurde den Achsenmächten die Zerstörung der schweizerischen Infrastruktur angedroht (gemeint ist damit in erster Linie die Gotthard-Eisenbahnverbindung). Mit der Réduit-Strategie spielte Guisan den einzigen strategischen Trumpf aus, den die Schweiz besass (Prof. Dr. Albert Stahel in «Strategie des Kleinstaates Schweiz»).

Es ist das Verdienst der Zeitzeugen, auf Grund unbestreitbarer Tatsachen auf gezeigt zu haben, dass unser Land vom Sommer 1939 bis Herbst 1944 von den Achsenmächten militärisch bedroht war und dass ohne die bewaffnete Landesverteidigung die Schweiz nicht unversehrt geblieben wäre. Damit haben sich die Argumente der Junghistoriker als faktenwidrig erwiesen. Misslungen ist damit der Versuch der Linken, eine neue Seite unserer Geschichte aufzuschlagen. Nicht vorgreifen möchten wir damit der Kommission Bergier, «welche sich die Mitarbeiter teilweise von der Strasse rekrutierte» (Wochenbericht Bank Bär, Nr. 44). Aber auch diese Kommission wird an der Wirklichkeit – d.h. an der damaligen Bedrohung unseres Landes – nicht vorbeisehen können.

Richard Lienhard

(30. Dezember 1997)

aufschlussreiche Bemerkung. Die Historiker werden davor gewarnt, in ihren Berichten der *Haltung der Bevölkerung* zuviel Beachtung zu schenken – eine merkwürdige Auffassung in einem demokratischen Staat, die aber ganz zu dem übrigen Bild passt. Ein Mitglied der Kommission Bergier hat kürzlich eine Geschichte der Stadt Frauenfeld geschrieben, in der, wenn man von ein paar Behörden und passiven «Opfern» absieht, keine Personen – die doch schliesslich die Stadt ausmachen und ihr Gesicht prägen – erwähnt sind. Also auch hier: so wenig wie möglich über die Bevölkerung sagen!

Nein, meine Herren, das ist nicht das, was die Schweizer wollen. Wenn schon eine «Vergangenheitsbewältigung», dann muss diese auch eine *Geschichte der Menschen* sein, nicht nur diejenige einiger Ämter und Institutionen. Daraus er-

gibt sich unsere klare Forderung: Entweder wird der Auftrag der Kommission Bergier in diesem Sinne erweitert. Oder es wird eine Kommission ernannt, deren Aufgabe es ist, die guten Taten – oder, um einen «wissenschaftlicheren» Ausdruck zu gebrauchen: *die freiwilligen positiven Leistungen* – der Schweiz von 1933 bis 1945 und darüber hinaus genau zu ermitteln und deren Kosten mit modernen Methoden zu schätzen.

Zur besseren Information aller wäre noch die Frage zu stellen und zu beantworten: Welche dieser Leistungen sind nur möglich gewesen, weil die Schweiz *neutral* war?

Und diese Untersuchungen müssen *rasch* an die Hand genommen werden. Nicht schlau warten und hinauszögern, bis die letzten Zeitzeugen gestorben sind!

(31. Oktober 1997)

### 27 Fernsehsendungen im Zeichen «kritischer Geschichtsschreibung»

## Schweizer Fernsehen auf Abrechnungskampagne?

*Das Schweizer Fernsehen sieht sich dazu berufen, der Schweiz den «Mythos Neutralität» auszutreiben. Dies ist einer internen Mitteilung im Hinblick auf eine gross-angelegte Sendereihe über die Politik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu entnehmen.*

Nach den bekannten Rundumschlägen aus den USA soll demnächst auch noch in nicht weniger als 27 *meist abendfüllenden Fernsehsendungen* dem Schweizer (und ausländischen) Publikum vom 30. Juni bis 21. August 1997 eingetrichtert werden, wie das Bekenntnis der Schweiz zur Neutralität einerseits, in unserem Land vorhandener latenter *Antikommunismus* andererseits die Schweiz in und auch nach dem Zweiten Weltkrieg in die Irre der *Verstrickung mit den Nazis* geführt hätten. Der Höhepunkt dieser eigentlichen «Abrechnungs»-Serie mit der jüngeren Schweizer Geschichte ist für den 1. August programmiert, soll doch die Schweiz am Nationalfeiertag mit sage und schreibe vier (!) grossen Sendungen regelrecht «eingedeckt» werden – mit, soweit heute absehbar ist, Beiträgen, die teilweise von schwerwiegenden Verzerrungen der Realität gezeichnet sind.

Damit, wenigstens oberflächlich, ein *Schein von Ausgewogenheit* gewahrt werden kann, dürften sich voraussichtlich drei der insgesamt siebenundzwanzig

Sendungen weitgehend neutral, sachlicher Beurteilung von Ereignissen und Vorkommnissen befehligen. Eine einzige Sendung (der 1957 gedrehte Film von Franz Schnyder «Der 10. Mai», ausgestrahlt am 3. August) wird vor allem die positiven Leistungen der Schweiz in einem damals beklemmend gefährlichen Umfeld würdigen. Die übrigen 23 meist grossen Sendungen dürften sich mehr oder weniger offensichtlich der «Umerziehung» von «ewiggestrigen Schweizern» verschrieben haben.

Für die unter dem Sammeltitle «*Die Schweiz im Schatten des Dritten Reiches*» vorbereiteten Sendungen, die teilweise auf der ersten Senderkette DRS sowie auf 3sat, teilweise allein im 3sat-Programm ausgestrahlt werden, besteht folgender Zeitplan (bei mehreren der programmierten Sendungen handelt es sich um Wiederholungen bereits früher ausgestrahlter Beiträge):

- Montag, 30. Juni, 19.20 Uhr: *Heil dir Helvetia* – Film von Stefan Lehner.
- Dienstag, 1. Juli, 19.20 Uhr: *Davos – die deutsche Zitadelle*  
Film von May B. Broda.
- Mittwoch, 2. Juli, 19.20 Uhr: *Stationen einer Flucht oder Das Asyl zu Basel* – Film von Theo Stich.
- Donnerstag, 3. Juli, 19.20 Uhr: *Concentrationslager*  
Film von Beat Regli und Jürg Stadelmann.
- Freitag, 4. Juli, 19.20 Uhr: *Luftkampf über der Schweiz*  
Film von Otto C. Honegger.
- Montag, 7. Juli, 19.20 Uhr: *Mit der Wehrmacht an der Ostfront*  
Film von Peter Garoni.
- Dienstag, 8. Juli, 19.20 Uhr: *Das IKRK und der Holocaust*  
Film von Peter Garoni.
- Mittwoch, 9. Juli, 19.20 Uhr: *Raubgut für Schweizer Kunstsammler*  
Film von Thomas Buomberger.
- Donnerstag, 10. Juli, 19.20 Uhr: *Avanti Libertà!* – Film von May B. Broda;  
23.20 Uhr: *Der «Gau Schweiz» und die Anpasser.*
- Freitag, 11. Juli, 19.20 Uhr: *Helden vom Himmel*  
Film von Regula Bochsler und Pascal Derungs.
- Sonntag, 13. Juli, 11.10 Uhr: *Konfrontation*  
Schweizer Spielfilm von Rolf Lyssy.
- Donnerstag, 17. Juli, 23.10 Uhr: *Geschäfte mit Deutschland*
- Donnerstag, 24. Juli, 22.25 Uhr: *Begegnungen: Adolf Muschg im Gespräch mit Peter Huemer*;  
23.10 Uhr: *Judenhass und Flüchtlingspolitik.*

## «Heimat, liebe Heimat!»

*In der Schweizerischen Landesbibliothek zu Bern findet derzeit (noch bis 1. November) eine Ausstellung statt. Eine sehenswerte Ausstellung! Sie zeigt, wie verbohrt Eltern und verbohrt Lehrer seinerzeit, kurz, nach dem Krieg in den Fünfziger- und Sechzigerjahren, die Jugend auf den «falschen Weg» ins Leben gewiesen haben. Indem den Kindern Schulbücher, Lesehefte – im Visier stehen besonders die seinerzeit so beliebten SJW-Hefte – und Bücher zugemutet wurden, in denen die Schweiz in positivem Licht erschien. In denen voller Ehrerbietung Leistungen bedeutender und unbekannter Vorfahren gewürdigt wurden. In denen der Jugend – welch ein Graus – sogar Achtung, ja Liebe zur eigenen Heimat (das SJW-Heft «Heimat, liebe Heimat» steht da besonders im Visier) vermittelt wurde. All dieser vielfältige, reiche Lesestoff- fast ausnahmslos sehr gute Schriften – kann in der Landesbibliothek derzeit besichtigt werden.*

*Hat man sich auf den ersten vier oder fünf Tischen diese bekannte Literatur wieder in Erinnerung gerufen, trifft man plötzlich auf anderes: Ein ganzer Tisch voll teils widerwärtiger, teils schlicht läppischer Pamphlete und anderer Ergüsse jener «Kampfgruppen», die in unserem Land die Neonazi-Szene bilden. Krudes, gewaltverherrlichendes Zeugs – unmittelbar neben der guten Jugendliteratur der Nachkriegszeit. Ob die Aussteller auf diese Weise die Gestalter der wertvollen Jugendschriften der Nachkriegszeit geistig auf die gleiche Stufe wie die Gewaltverherrlicher heutiger Neonazi-gruppen stellen wollen? Atmen etwa Bücher des verdienten Militärhistorikers Hans Rudolf Kurz den «Geist des Nazismus»?*

*Man gelangt an einen weiteren Tisch: Er zeigt Ende der Sechzigerjahre verfasste Schriften und Stellungnahmen. Ihr Inhalt: Bürgerliche Kritik an den gewalttätigen Unruhen von 1968 und deren Anzettlern, den sogenannten Achtundsechzigern. Der Kreis, in dem sich das Denken der für diese Ausstellung verantwortlichen Bundes-Kulturbeamten bewegt, schliesst sich: Wer die Leistungen jener, die im Zeitraum vieler Jahrhunderte die Schweiz geschaffen haben, positiv würdigt, wer in der Jugend Achtung und Liebe zur eigenen Heimat wecken will, wer dazu allenfalls noch die Acht-*

undsechziger zu kritisieren wagt, der wird von Bundes-Kulturbeamten kurzerhand dem Dunstkreis der Neonazis und Nazis zugeordnet...

Wahrlich, ein Verriss der Schweizergeschichte, der den einst guten Ruf unseres Landes weltweit in den Schmutz zieht. Und der jenes politische Klima begünstigt, aus dem heraus unser Land derzeit mit zweifelhaften Forderungen in Milliardenhöhe bombardiert wird.

Der Ausstellungsbesucher fragt sich unwillkürlich, ob in Bälde im Geiste dieser Ausstellung auch noch das Vehikel des Antirassismus-Gesetzes bemüht wird: Auf dass derjenige, der die Schweiz seine Heimat nennt und der seine Heimat überdies noch liebt, nicht nur beschimpft, sondern auch noch unter Anklage gestellt werden kann...  
Ulrich Schlüer

(«Spalte rechts». 17. Oktober 1997)

- Donnerstag, 31. Juli, 23.25 Uhr: *Raubgold und Raubkunst*.
- Freitag, 1. August, 12.35 Uhr: *Wider die Macht des Vorurteils*;  
15.30 Uhr: *Schweiz und Juden (1920-1945)*  
Dokumentation von Guido Ferrari;  
20.15 Uhr: «*Die verlorene Ehre der Schweiz*»  
Dokumentation von Daniel Monnat / Thomas Buomberger  
23.20 Uhr: *Der stumme Berg* – Ein Film von Frédéric Gonseth.
- Sonntag, 3. August, 13.45 Uhr: *Der 10. Mai*  
Spielfilm von Franz Schnyder (1957);  
21,15 Uhr: *Es ist kalt in Brandenburg*  
Dokumentarfilm von Villi Hermann, Hans Stürm, Niklaus Meienberg.
- Donnerstag, 7. August, 22.55 Uhr: *Mythos Neutralität – Eine Doktrin verblasst* – Film von Samuel Plattner;  
22.55 Uhr: *Spionagedrehscheibe Schweiz*.
- Donnerstag, 14. August, 22.55 Uhr: *Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S.*  
Dokumentarfilm von Villi Hermann, Hans Stürm, Niklaus Meienberg.
- Donnerstag, 21. August, 22.55 Uhr: *Begegnungen: Kaspar Villiger im Gespräch mit Engelbert Sauter*;  
23.10 Uhr: *Der General und das Réduit*.

S.

(30. Mai 1997)

*Der offizielle Begleitbrief des Schweizer Fernsehens zur Sendereihe «Die Schweiz im Schatten des Dritten Reiches» (27 Sendungen zwischen Montag, 30. Juni und Donnerstag, 21. August 1997) in Faksimile:*

Montag, 30. Juni bis Donnerstag, 21. August 1997

## **Die Schweiz im Schatten des Dritten Reiches**

Wie noch nie steht die Schweiz unter Druck. Der Mythos der neutralen Schweiz, die wehrhaft dem Naziterror standgehalten hat ist heute endgültig entmystifiziert. Welchen Preis zahlte die Schweiz, damit sie verschont blieb? War sie eine Kolonie des Dritten Reiches?

Überall herrschen Empörung und Überraschung über die gar nicht so intéggré Schweiz. Wie Deutschland- und nazifreundlich, aber auch antikommunistisch die Alpenrepublik war/hat eine kritische Geschichtsschreibung seit Ende des Zweiten Weltkrieges aufgearbeitet. Einen breiten Nachhall findet sie erst jetzt in der Medien-Öffentlichkeit.

Diese verdrängte Vergangenheit der Schweiz versucht 3sat in einem Schwerpunkt mit Dokumentationen, Spielfilmen, Gesprächen und Diskussionen auf verschiedenen Sendeplätzen zu erhellen.

Als Auftakt werden auf dem Sendeplatz von «Kulturzeit» zehn Sendungen aus der Reihe «Spuren derzeit» präsentiert.

Das Kernstück des Schwerpunkts bilden sechs Sondersendungen des Schweizer Fernsehens mit Diskussion und Einspielungen: ab 10. Juli jeweils am Donnerstag ca. 23.00 Uhr.

Auch der 1. August – der Schweizer Nationalfeiertag – steht konsequenterweise ganz im Zeichen der kritischen Geschichtsschreibung.

TV DRS geht auf Distanz von der Schweiz

## Monopol-Eintopf

*Dass die Programme der Deutschschweizer elektronischen Medien um den 1. Mai 1997 herum jeweils viel linke Nostalgie verraten, darf ruhig hingenommen werden.*

Alt SP-Präsident *Helmut Hubacher* wurde dem Publikum als Philosoph vorgestellt, Präsident *Peter Bodenmann* zeigte man als strahlenden Sieger bei der Departementsverteilung der Walliser Regierung (obwohl er mit seinem Gesuch nach dem Baudepartement abgeblitzt war), der designierte Präsident *Andrea Hämmerle* durfte sich in einer Talkshow als Mittler zwischen Tauben und Falken profilieren; Gewerkschaftsbund-Sekretär *Serge Gaillard* erlebte man als Mr. X bei Radio DRS. *Bundesrätin Ruth Dreifuss* demonstrierte soziale Militanz in Sachen AHV und Krankenversicherung, und Zürichs Polizeivorstand erschien als Retter eines friedlichen 1. Mai 1997 und geschickter Dompteur böser Störenfriede. Linke heile Welt.

Soviel Toleranz, die Medienleute ihre Meinungen ausleben zu lassen, muss man bei dieser Gelegenheit aufbringen. Die Toleranz hört auf, wo das mit Zwangsgebühren privilegierte und mit dem Bildschirm-Monopol für nationale Angelegenheiten ausgestattete Medium Fernsehen seine Stellung dazu missbraucht, die *Kampagne linker Exponenten für eine parteiliche Neuschreibung der jüngsten Schweizer Geschichte systematisch zu unterstützen*. Es geht nicht allein um die Verbreitung tendenziöser Darstellungen in der Deutschschweizer Öffentlichkeit. Es geht vor allem darum, dass diese Darstellungen über den Austausch von Produktionen zwischen allen nichtprivaten deutschsprachigen Sendern und im Gemeinschaftsprogramm 3sat das *Bild der Schweiz im Ausland übel umprägen*, statt dass die summarischen Sensationsmeldungen in den Nachrichtensendungen jener Stationen durch seriöse Enqueten korrigiert würden. Hier liegt eine schwere Verantwortung beim nationalen TV-Monopol, das jetzt durch eine kurzsichtige Medienpolitik zementiert worden ist. Mit welchen Folgen, zeigt sich anhand von Deutschschweizer Fernsehsendungen dieser Tage mit drastischer Deutlichkeit: Das Monopol geht in einer kritischen Phase *auf Distanz vom Land*.

Am 24. April 1997 brachte das Fernsehen DRS einen Film von *Samuel Plattner* über den «*Mythos Neutralität*». Er führte sich auf billigste Art mit einer entsprechend ausgewählten Sequenz von einer Volksversammlung ein. Kommentar: «*Ein Urschrei aus der Urschweiz, im Namen einer mythischen Neutralität.*» Dann die zeitgeschichtliche Vorgabe: «*Weltweit erhoben sich die Nationen gegen das Dritte Reich. Die Schweizer zogen sich hinter ihre Grenzbarrikaden zurück*

## *Brandstifter und Biedermann*

«Biedermann und Brandstifter» hat die NZZ vor Kurzem einen Kommentar ihres Mitarbeiters frei überschrieben, der sich insbesondere mit der Rolle von SF-DRS-Chefredaktor und hohem Offizier der Schweizer Armee, Peter Studer, im Zusammenhang mit dem BBC-Film «Nazigold und Judengeld» befasste. Studers kümmerliche Ausrede, das Schweizer Fernsehen sei von der British Broadcasting Corporation unter Federführung des ursprünglich aus der Schweiz stammenden Christoph Olgiate «hereingelegt» worden, erfuhr die verdiente harsche Kritik.

Man darf somit den Biedermann zu den Brandstiftern zählen, und es befremdet deshalb sehr, dass Bundespräsident Arnold Koller sich in der Rolle des Biedermanns am Vorabend des 1. August in Appenzell von ihm interviewen liess. Bei allem Verständnis für die Medienabhängigkeit unserer heutigen Behörden geht dies eindeutig zu weit. Andernorts hätte ein Staatsoberhaupt dafür gesorgt, dass ein Chefbeamter des staatlichen Monopolfernsehens auf Grund seines erbärmlichen Versagens bei der Entstehung eines inzwischen weltweit verbreiteten Zerrbildes seines Landes hätte die Konsequenzen ziehen müssen.

LG S

(8. August 1997)

*und trieben neutral, mit beiden Seiten, Handel. Den Blutzoll für die Freiheit entrichteten andere, die sich in kein Reduit zurückziehen konnten.»* Dokumentation nach Art des Hauses DRS, an der höchstens verwundern kann, wie England-«Experte» Plattner darüber hinweggeht, dass Grossbritannien nach dem Zusammenbruch Frankreichs lange Zeit allein zu kämpfen hatte – von einem Aufstand der Nationen gegen das Dritte Reich keine Spur. Ein Detail, aber bezeichnend für das Ganze.

Am 1. Mai 1997 dann mit dem Titel «Die verlorene Ehre der Schweiz» eine typische DRS-Bearbeitung eines Films der TV romande über die Rolle des Landes im Zweiten Weltkrieg. Hervorgehobene These: Banken als Hehler und die Industrie als Zulieferer der deutschen Kriegsmaschine, nicht die Armee, bewahrten das Land. Der falsche Glaube an die entscheidende Leistung der Armee sei jahrzehntelang hochgehalten worden. Erst in den 80er Jahren sei das von jüngeren Historikern hinterfragt worden, die man aber als linke Nestbeschmutzer be-

schimpft habe. «*Es brauchte schon den Druck von mächtigen jüdischen Organisationen und Politikern, um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu hinterfragen und in einem anderen Licht darzustellen.*» Wobei in Klammern hätte vermerkt werden können, dass diese mächtigen Kreise im Dunstkreis des DRS-Fernsehens für sie brauchbare Munition fanden. Wie die «Weltwoche» am 10. April 1997 berichtete, bedankt sich der Verfasser eines von Mitarbeitern von Senator d'Amato initiierten Buches u.a. bei *Irene Loebell* vom DRS-Fernsehen für «Hilfe», und Frau Loebell ist laut «Weltwoche» Lebensgefährtin von *SP-Nationalrat Paul Rechsteiner*, seinerseits eifrigster Verfechter der Umschreibung der Schweizer Geschichte. In einem Leserbrief an die Zeitung bestritt Frau Loebell dies nicht, relativierte aber, der Buchautor habe sich lediglich auf ihre journalistischen Arbeiten gestützt.

Es erübrigt sich, auf die Fehler und Fragwürdigkeiten der TV-»Dokumentation« vom 1. Mai 1997 einzugehen. Einiges davon war schon am 24. April 1997 bei «Schweiz 4» in einer Diskussion widerlegt worden. Dort gestand etwa die frühere SP-Ständerätin *Esther Rührer* nach Ausführungen der Historiker *Willi Gautschi* und *Walther Hofer*, jetzt finde auch sie General Guisans Réduit-Idee «genial». Die – vom Film «Die verlorene Ehre der Schweiz» aufgegriffene – Behauptung, Guisan habe antisemitische Neigungen gehabt, wurde mit der Tatsache entkräftet, dass er den aus jüdischer Familie stammenden Oberstdivisionär *Ruggero Dollfus* (seit 1939 Generaladjutant der Armee) 1943 zum Oberstkorpskommandanten beförderte. Beizufügen ist, dass Dollfus bis 1943 auch Tessiner Nationalrat war und die grosse Kammer 1932/33 präsiert hatte – dies zur Insinuation des Films, Antisemitismus der Gesellschaft habe in der Schweiz Karrieren verhindert.

Diesmal spielte der noch autonome Fernsehkanal «Schweiz 4» zum vielleicht letzten Mal als ein gewisses Korrektiv zum tendenziösen DRS-Programm. «Schweiz 4» gibt es aber nur noch für ein paar Wochen. Dann wird der Kanal zur Filiale von DRS, das dann wieder die gesamte nationale Bildschirminformation nach den in Leutschenbach vorherrschenden Vorstellungen gestalten und auch im Ausland anbieten kann.

*Patrouilleur suisse*

(16. Mai 1997)

*Demontage der «Idee Schweiz»*

## Köpferollen

*Das katastrophale Versagen der obersten Verantwortlichen des Deutschschweizer Fernsehens in der Sache des BBC/DRS-Films «Nazigold und Judengeld» hat*

## Übertölpelt!

*Die Besserwisser der Nation, die sog. «Medienschaffenden», behaupten voller Empörung, sie seien schamlos übertölpelt worden. Sie, die nie auch nur den Anflug einer Ausrede, geäussert etwa von einem Wirtschaftsverantwortlichen oder auch von einem bürgerlichen Politiker zu akzeptieren bereit sind, sie glauben sich plötzlich berechtigt, die englische BBC entrüstet anklagen zu müssen: Diese BBC, schwatzen sie daher, habe gewisses Bildmaterial, das von Mitarbeitern des Schweizer Fernsehens zur Politik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg für die BBC erarbeitet worden war, ganz eigenmächtig zu einem Film zusammengeschnitten und -montiert, zu dem die Lieferanten des Materials jetzt nicht mehr stehen zu können (oder zu wollen) glauben.*

*Tatsächlich: Der BBC-Film «Nazigold und Judengeld», inzwischen auch vom Schweizer Fernsehen ausgestrahlt, ist ein Machwerk der übelsten Sorte, verdreht die Wahrheit zu Lasten der Schweiz in einer Weise, die an seinerzeitige Kriegspropaganda widerwärtigster Art erinnert. Er ist darüber hinaus gespickt mit gezielten Falschinformationen, historischen wie aktuellen. Etwa wo er zeigt, wie der angeblich seines Lebens nicht mehr sichere Wachmann Christoph Meili sich in New York, knapp dem Tode entronnen, in die Arme seiner dortigen Freunde wirft. Und der Kenner der Szene und ihrer Umgebung erfasst sofort, dass der gezeigte New Yorker Bruderkuss tatsächlich in Zürichs nobelstem Hotel, im Grand Hotel Dolder (offenbar bevorzugter Zufluchtsort für angeblich an Leib und Leben Bedrohte) inszeniert und gefilmt wurde. Oder dort, wo der BBC-Film dreist behauptet, die Schweiz habe im Krieg so viel Gold von überallher zusammengerafft, dass sie, um sich des Überflusses zu erwehren, schliesslich nur noch Goldmünzen (selbstverständlich mit «Totengold» durchsetzt) in grosser Zahl prägen können. Und tatsächlich ist längst erwiesen und bis in alle Details belegt, dass die Schweiz nach der Frankenabwertung von 1936 bis zum Ende des Krieges (genau: bis 1946) nicht ein einziges Goldvreneli geprägt hatte ...*

*Das Material zu diesem in der BBC-Küche zusammengeschnittenen Film lieferten also zum Teil auch Schweizer TV-Mitarbeiter. Und Fernsehen DRS hat einen Teil des BBC-Machwerks aus dem Geld schweizerischer Konzessionen*

sionszahler finanziert. Und beide – die Könner hinter den Kameras wie die Könner hinter den Direktionspulten – haben «vergessen», ihre Mitarbeit und Mitfinanzierung an die Bedingung zu knüpfen, den fertiggestellten Film zuerst einsehen zu dürfen, bevor er auch in ihrem Namen in alle Welt vermarktet wird. Solch sträflichen Dilettantismus sollen wir also den Lehrmeistern der Nation abnehmen?

Sie seien, empören sich unverdrossen die Leutschenbach-Strategen, von ihren britischen Kollegen «übertölpelt» worden. Um dieses treffende Wort aufzunehmen: Wie sagt man eigentlich Leuten, die sich so einfüchtig übertölpeln lassen?

Oder anders gefragt: Wie lange glaubt sich das Schweizer Fernsehen an den Schalthebeln seiner Informationsabteilung noch Tölpel leisten zu können?

Ulrich Schliuer

(«Spalte rechts», 11. Juli 1997)

die Affäre der massgeblich von SRG-Seite initiierten 3sat-Reihe «Die Schweiz im Schatten des Dritten Reiches» in den Hintergrund gedrängt.

Aber das eine wie das andere wird auf der politischen Ebene noch zu reden geben. Wesentlich ist nun, Fakten und Verantwortlichkeiten festzuhalten.

Seit 1968 eine medienbewusste Linke Schlüsselstellungen des DRS-Fernsehens – zeitweise auch des welschen und des italienischsprachigen Programms – in Besitz nahm, war es abzusehen: Eines Tages musste es dazu kommen, dass dieses Medium dem Land in einer kritischen Situation *gravierenden Schaden* zufügen würde. Wer davor warnte, wurde belächelt, gerade auch von bürgerlichen Politikern und Journalisten, die noch bis in die jüngste Zeit konsequent von «angeblich» linkslastigen SRG-Medien redeten und schrieben. Nun ist der Schaden nach aussen und nach innen angerichtet. Die Medien haben sich zu *dienstbaren Geistern vorab der böartigen unter den Kritikern am Land* gemacht. Die NZZ, die am 22. Juli zu einer – wie sie sich selber ausdrückte – «Philippika» gegen das Wursteln der Landesregierung ausholte, hat dort genau diagnostiziert, dass man es mit einer Allianz von verschiedenen motivierten Kritikern und Medien zu tun hat. Aber: «*Es gibt nur einen Kampfplatz, und der ist in den Köpfen, wo eine böartig-naive (aber schon lange nicht mehr gesteuerte) veröffentlichte Meinung im Begriff steht, zur öffentlichen zu werden.*»

Das Fernsehen, das man mit dem Gebührenprivileg und mit exklusiven Rechten ausstattete und das man unter dem Mantel des «öffentlichen Auftrags» unbelhel-

ligt von den mehrheitlich bürgerlichen Alibi-Gremien der Trägerschaft frei schalten und walten liess, hat entscheidend zum Wandel von einer gezielt negativen veröffentlichten Meinung zu einer resignierten, verdrossenen öffentlichen Meinung beigetragen. Schon seit langem fanden die «neuen Geschichtsschreiber» des Films, die jetzt dank SRG die grosse Auslegeordnung präsentieren konnten, stets ihre Sponsoren und Donatoren, gar nicht zuletzt beim Bund, bei Kantonen, Städten und Fernsehen.

Befasst man sich speziell mit dem Skandal des BBC/DRS-Films «*Nazigold und Judengeld*», so wird hier deutlich, wie eng Leutschenbach mit der Kampagne verflochten ist. Der DRS-Redaktor, der für den BBC-Autor *Olgiati* das entscheidende Material beschaffte und der sich nun vom Ergebnis entrüstet distanziert, hat selber «*Raubgut für Schweizer Kunstsammler*» kreiert und «*Die verlorene Ehre der Schweiz*» mitverantwortet. Sein Abteilungsleiter *Peter Studer*, zur Koproduktion BBC/DRS befragt, versuchte sich damit herauszureden, DRS habe sich nur zu zehn Prozent beteiligt. Das trifft zwar fürs Finanzielle zu, aber auf drängende Fragen des Interviewers musste er schliesslich einräumen, dass der grösste Teil des von *Olgiati* verwendeten Materials vom beauftragten DRS-Mitarbeiter stammte. Studer äusserte immer wieder Enttäuschung darüber, wie DRS vom Partner BBC bei der Endkontrolle des Films *übergangen* worden sei (was BBC bestreitet), aber sehr ernst ist es DRS mit der Kritik am BBC-Film offenbar nicht.

## *Strafanzeige gegen Fernsehen*

*Eine Gruppe profilierter Basler (alt Nationalrat Martin Burckhardt, Dr. Urs Burckhardt, Werner Dettwiler, Dr. Balthasar Fischer, Alfred Hoehn sowie Matthias Eckenstein, Binningen, Dr. Sebastian Schmid, Biel-Benken und René Thommen, Bettingen) haben durch das Advokaturbüro von Prof. Dr. iur. Pascal Simonius Strafanzeige gegen die Verantwortlichen für Herstellung und Ausstrahlung des Fernsehfilms «Nazigold und Judengeld» angestrengt. Der Film betreibe die systematische Herabsetzung der Schweizer, die pauschal als Sympathisanten Nazideutschlands und der Judenverfolgung verunglimpft würden. Im Film werde unterstellt, das Schweizervolk hätte bei der Verfolgung der Juden aktiv mitgeholfen, sich am Elend anderer Völker bereichert und Vermögenswerte von Holocaust-Opfern in grossem Umfang veruntreut. Aus Gewinnsucht hätten die Schweizer die «grösste Tötungsmaschine der Weltgeschichte» aufrechterhalten. Die Klage stellt fest, dass bei im Film gezeigten schweizerischen Institutionen im englischen*

*Originaltext konsequent die Bezeichnung «the Swiss», also allgemein «die Schweizer» verwendet wurde. Es sei, ist in der Klage zu lesen, der Zweck des Films gewesen, Hass und Diskriminierung auf das Schweizervolk zu lenken.*

*Die Kläger stützen ihre Klage auf Art. 261 des Strafgesetzbuches: «Wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufruft...», mache sich einer öffentlichen Herabsetzung der Schweizer schuldig, womit er die Menschenwürde verachte.*

*Die Strafanzeige richtet sich gegen Christopher Olgiati, den Produzenten und Hersteller des BBC-Films, sowie gegen Thomas Buomberger und Otto C. Honegger, die beide im Nachspann als Redaktoren des Films aufgeführt werden; ausserdem gegen Peter Studer als Programmdirektor von Fernsehen DRS, den Verantwortlichen für die Ausstrahlung des Films in der Schweiz.*

*Man darf gespannt sein, wie die Bezirksanwaltschaft Zürich auf diese Strafanzeige reagieren wird.*

*(14. November 1997)*

### **Strafanzeige zurückgewiesen**

## **Sind die Schweizer kein Volk?**

*«Wir vertreten eine Gruppe von Schweizerbürgern, welche gegen die Verantwortlichen für den Fernsehfilm «Nazigold und Judengeld» eine auf Art. 261<sup>bis</sup> StGB gestützte Strafanzeige bei der Bezirksanwaltschaft Zürich eingereicht haben. Dieser Film ist zum grossen Schaden der Schweiz von den schweizerischen und zahlreichen ausländischen Fernsehanstalten ausgestrahlt worden.*

*Bestraft wird nach dem genannten Artikel unter anderem, wer zum Hass und zur Diskriminierung einer Ethnie aufruft. Nach allgemein anerkannter Lehre ist der Begriff «Ethnie» mit den Begriffen «Nation» und «Volk» gleichzusetzen.*

*Die Bezirksanwaltschaft Zürich, handelnd durch Herrn lic.iur. Thomas Würzler, Bezirksanwalt, und Herrn lie. iur. Armin Felber, Staatsanwalt, stellt zwar fest: «Der Anfangsverdacht hinsichtlich eines strafrechtlich relevanten*

*Verhaltens ist zweifellos gegeben.» Dennoch hat sie die Untersuchung des Falles ohne wirkliche Begründung mit der Behauptung eingestellt, das Schweizervolk sei kein Volk im Sinne des Gesetzes.*

*Deutsche, Franzosen, Engländer, Amerikaner, Türken etc. könnten sich also als Ethnien gegen Angriffe der Art von «Nazigold und Judengeld» zur Wehr setzen. Zürcher Staatsanwälte versagen aber dem Schweizervolk den nötigen Rechtsschutz.*

*Wir protestieren gegen dieses Vorgehen. Es diskriminiert unser Volk, welches ungeachtet seiner Mehrsprachigkeit seit Jahrhunderten eine einheitliche Staatsidee verkörpert und verteidigt. Wir haben deshalb gegen diesen Entscheid Beschwerde beim Bezirksgericht Zürich eingereicht und sind entschlossen, die Einheit und die Ehre der Schweizerischen Eidgenossenschaft auch weiterhin mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen.»*

*Im Namen der Anzeigesteller: Prof. Martin H. Burckhardt, alt Nationalrat*

*(12. Dezember 1997)*

Bereits hat man wieder einen BBC/Olgiati-»Dokumentarfilm« ins Programm gesetzt, und auf die Frage eines «Blick»-Journalisten, ob man noch weitere Werke dieses Autors einkaufen werde, antwortete Filmredaktor *Jan Kriesemer* nur: *«Das müssen wir uns schon überlegen. Denn seine Art, wie er den Nazigold-Film gemacht hat, ist nicht über jeden Zweifel erhaben.»*

Abteilungsleiter Information und Kultur, Peter Studer, Chef von 220 Programm-Mitarbeitern in wichtigen Ressorts, hat zusammen mit Direktor *Peter Schellenberg* in dieser Zeit der Darstellung neu geschriebener Schweizer Geschichte und der Berichterstattung über die akute Anfechtung der Schweiz aus dem Ausland keine gute Figur gemacht. Nun werden Köpfe gefordert, wie zu lesen war. Doch vielleicht wäre das, sofern man eine nachhaltige Wirkung anstreben will, zu einfach. Mit der neuen Struktur, die der zuständige Regionalratsausschuss DRS dem Unternehmen DRS auf das Jahr 1994 gab, hat er sich nämlich selber in die Pflicht genommen, auf Fehlleistungen mit Massnahmen zu reagieren. Nicht simpel und einfach mit Hauruck, sondern differenziert und damit auf Dauer effizienter. Mit dieser Strukturreform wurden die Kaderpositionen in Form von «Mandaten» vergeben, die befristet und mit ausdrücklichen Auflagen hinsichtlich Programmauftrag und Erfolgsausweis verbunden sind. Nach einer Meldung vom 14. Dezember 1993 hat der Regionalratsausschuss auch die Abteilungsleitungen Information und Kultur, Fiktion und Unterhaltung sowie Sport in Form von «Mandaten» besetzt. Die Auflagen lauten einerseits explizit auf *Erfüllung des Kon-*

zessionsauftrags, andererseits auf «Optimierung des Dreiecks Marktanteil-Reputations-Kosten».

Es ist nun offensichtlich sehr die Frage, ob die in Zusammenhang mit den diskutierten Filmen und mit der einschlägigen Berichterstattung befassten Chefs beziehungsweise Abteilungsleiter und Direktor im Sinn der Sendekonzession und der «Reputation» des Senders gewirkt haben. Darüber müssten vorerst – will man überhaupt unternehmensintern auf den Verlust an Glaubwürdigkeit und auf die Demontage der vom Generaldirektor proklamierten «Idee Schweiz» reagieren – der Regionalrat DRS und sein Ausschuss befinden. Ihre *bürgerlichen Mehrheiten* haben es mit dem Instrument der Mandate in der Hand, Kompetenzen leistungsbeziehungsweise fehlerleistungsgerecht neu zu verteilen, auch ohne zu spektakulären Exekutionen zu greifen. Man kann nicht Köpfe rollen lassen, wenn man den eigenen Kopf jahrzehntelang in den Sand gesteckt und damit der Selbstherrlichkeit bornierter Programmleute immer wieder neu den Weg bereitet hat.

*Patrouilleur suisse*

(8. August 1997)

### *Zum Klagelied eines heimatmüden SRG-Mitarbeiters*

## Schweizer sein – eine Bürde?

*Von Annalies Studer-Stadelmann, Escholzmatt LU*

*Ich traute meinen Augen nicht, als ich die Bewerbung eines SRG-Auslandberichterstatters las, worin dieser sich um das Vizepräsidium des Auslandkorrespondentenklubs in Japan bewarb.*

*Sein Bewerbungsschreiben hatte folgenden Wortlaut: «Ich weiss, dass es dieser Tage nicht gut ist, sich als Schweizer zu erkennen zu geben und ein Amt anzustreben. Aber ich habe die Farbe meines Passes nicht selber gewählt. Ich wollte auch gar nicht als Schweizer geboren werden. Ich weigerte mich sogar, auf die Welt zu kommen. Meine Mutter musste einen Kaiserschnitt erdulden. – Heute erfahre ich nun, dass die Schweiz der Bankier des Holocaust war. Das hat man uns in der Schule nie gesagt. Denn unsere Lehrbücher wurden, wie in Japan, zensuriert. Aber wenn ich die Schweiz hasse, so liebe ich doch den Presseklub. ... Wenn Sie also ein überzeugter Anhänger hitzeschwüler Anarchie sind, so stimmen Sie bitte für mich und vergeben mir, Schweizer zu sein.»*

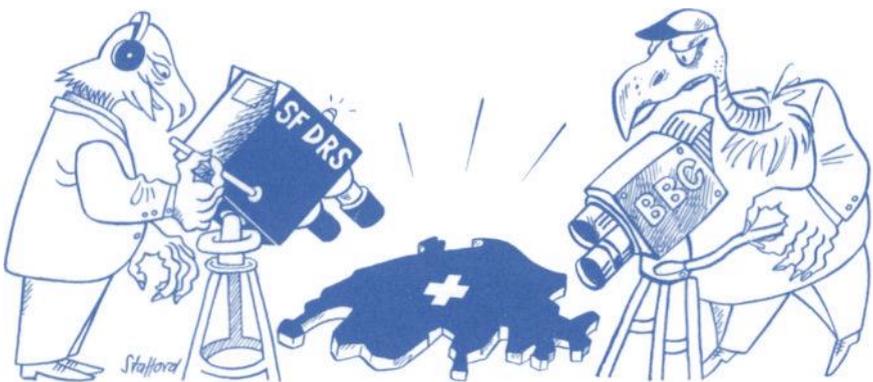
## SRG-Korrespondent

Diese Worte braucht ein Angestellter der SRG, dessen Gehalt wir mit unseren Konzessionsgeldern bezahlen und der die Schweiz im Ausland vertritt. Von solchen Medien-Leuten müssen wir uns täglich vorwerfen lassen, wie viele Fehler die Schweiz vor fünfzig Jahren begangen hat und was für ein *miserables Volk* wir heute sind. «*Die Schweiz ist unbekannt*», titelte *Frank A. Meyer* kürzlich im *Sonntags-Blick*. Er klagte: «*Die demokratische Welt hat ein böses Bild von uns ...*». Er begründete dies damit, «*weil wir dort nicht anwesend waren, wo man sich (weltweit) kennenlernt*» und meinte speziell die UNO und die EU.

Herr Meyer vergisst, dass die Schweiz überall dort präsent war, wo humanitäre Hilfe *Not lindern* half. Wir erinnern uns auch, dass wir vor Kurzem an der Weltausstellung durch linke Intellektuelle mit dem Slogan «*La Suisse n'existe pas*» (die Schweiz gibt es nicht) anwesend waren.

## Die Ernte

Wir ernten jetzt die Saat unserer 68er-Intellektuellen, die heute in den Medien, in der eingesetzten Historikerkommission, ja sogar im Bundesrat vertreten sind, und wundern uns darüber, dass die Schweiz im Ausland ein so schlechtes Image hat. Die Bürde, Schweizerin zu sein, bedeutet für mich, *täglich erneute Anschuldigungen* dieser und jener Art hören zu müssen. Ich frage mich seit langem, warum



*Die Medien-Geier und ihr Opfer*

unsere Regierung nicht konsequenter regiert und wie lange wir uns dies noch gefallen lassen wollen.

Im Rückblick auf unseren kürzlichen Nationalfeiertag wünschte ich mir, dass viele mutige Politiker zusammen mit dem Volk öffentlich zu unserem Lande stehen und dagegen aufstehen, dass sich in der heutigen Zeit einige dafür glauben schämen zu müssen, Schweizer zu sein.

## Anmerkung der Redaktion: Der Name

Bei jenem SRG-Mitarbeiter, der in Japan Präsident des Auslandskorrespondentenklubs werden wollte, handelt es sich um *Georges Baumgartner*, Japan-Korrespondent des Radios und Fernsehens der französischen Schweiz sowie von Schweizer Radio International.

*(5. September 1997)*

*Die PR-Anstrengungen der Schweiz in den USA*

## Auf dem richtigen Weg?

*Offener Brief an den Schweizer Botschafter  
in Washington, Herrn Alfred Defago*

Sehr geehrter Herr Defago

An einem Vortrag vor der Schweizerisch-amerikanischen Handelskammer in Zürich haben Sie am 27. August 1997 eine Goodwill-Tour und eine Kulturoffensive angekündigt, um das schlechte Image der Schweiz wegen ihrer Rolle im Zweiten Weltkrieg zu korrigieren. Unter anderem sagten sie, die Gefahr sei gross, dass jetzt das Bild eines «Ugly Switzerland» entstehe.

In diesem Zusammenhang mache ich Sie auf einen Artikel in der Juli-Ausgabe des amerikanischen Fachorgans Public Relations Tactics aufmerksam. Darin stellt ein PR-Berater seinen 4'500 amerikanischen Kollegen drei Gewissensfragen:

*«Würden Sie PR-Beratung einem Holocaust-Profiteur anbieten, der angeklagt ist, den Zweiten Weltkrieg verlängert zu haben, damit er aus den Leiden der Juden in den Konzentrationslagern noch mehr Geld herauspressen kann?»*

## Alt Ständerat Franz Muheim

### an der Trauerfeier für Korpskommandant Jörg Zumstein über Verdienste und Zeitgeist:

«Zurück bleibt – noch heute – die bohrende Frage: Wo sind denn die Autoritäten des Staates geblieben? Wo jene Eliten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die dazu berufen wären, ungerechtfertigte Angriffe abzuwehren und untadelige Persönlichkeiten in Schutz zu nehmen?

Im Lichte dieser Erfahrungen fragt sich der besorgte Bürger: Was ist wohl angesichts der heutigen Zustände zu erwarten, wenn keine ordnende Staatsmacht Ungemach in Schach zu halten bereit ist und von uns abzuwehren weiss? Sollen die Leistungen früherer Generationen und ihrer herausragenden Persönlichkeiten tatsächlich dem herrschenden Zeitgeist der totalen Verneinung und einer menschenverachtenden Destruktion geopfert werden?»

(7. März 1997)

*Würden Sie einen Kunden akzeptieren, der bewusst Gold gekauft hat, das man aus den Zähnen der von den Nazis ermordeten Juden geschlagen hat?*

*Was halten Sie von einem Kunden, der Millionen gehortet hat, die rechtmässig den Überlebenden des Holocausts gehörten, und der während 50 Jahren ein Tarnnetz geschaffen hat, um diese unrechtmässigen Gewinne für sich zu behalten?*

*Einige amerikanische PR-Firmen haben Schweizer Kunden, welche offenbar die oben genannten Scheusslichkeiten begangen haben, als Kunden akzeptiert. Aufgrund der Kritiken, die sie von ihren Kollegen und von den Medien einstecken mussten, könnte man vermuten, sie hätten Hitler persönlich als Kunden angenommen...»*

Im gleichen Beitrag werden dann die drei PR-Agenturen genannt, die für die Schweizerische Bankiervereinigung, die Crédit Suisse und «für die strategische Beratung der Schweizer Regierung» tätig sind.

Uns interessiert hier nur das PR-Mandat für unser Land. Als unser Mann in Washington sind Sie, Herr Defago, der Vertreter des Kunden, der mit *David Finn*, dem Chef der Agentur Ruder Finn, verhandelt. Ist Ihnen bewusst, dass die amerikanischen PR-Agenturen keinen Moment an der schweren Schuld der Schwei-

zer Banken, der Schweizer Regierung und des Schweizer Volkes («*Grosse Sympathien für die Nazis*») zweifeln?

Man kann ihnen dies kaum verübeln, weil sie vom schweizerischen und ausländischen Fernsehen und von Zeitungen mit internationaler Verbreitung den «Wahrheitsbeweis» erhielten. Und wie sollten sie die vermeintlichen Verbrechen der Schweizer in Frage stellen, wenn Schweizer Hochschulprofessoren wie Jost, Messmer, Muschg, Tanner oder Ziegler in Büchern oder Interviews zur gleichen niederschmetternden Bilanz kommen?

Im zitierten Artikel rechtfertigt David Finn, mit dem Sie vermutlich regelmässig zusammenkommen, das umstrittene Schweizer Mandat. Er betont, dass sich die Schweizer in erfreulicher Aufrichtigkeit *zu ihren alten Sünden bekennen*, und dass ihnen deshalb der PR-Berater bei der Kommunikation mit den Medien und dem amerikanischen Publikum helfen muss.

Sehr geehrter Herr Defago, ich und ein paar tausend überlebende Frauen und Männer der angeklagten Kriegsgeneration sind von diesem perfiden «Deal» keineswegs begeistert! Ich stelle resigniert fest, dass das von Ihnen als Gefahr heraufbeschworene Image des Ugly Switzerland bereits existiert, und dass es dank dieser amerikanischen PR nicht nur nicht korrigiert, sondern *konsolidiert* wird.

Als PR-Berater mit 40jähriger Erfahrung schlage ich Ihnen vor, den Vertrag mit Ruder Finn sofort zu kündigen, was in den USA durchaus möglich ist.

Die beste und vernünftigste PR-Massnahme unter diesen Umständen: vier Monate lang strikte keine «professionelle» Public Relations. Mit dem Geld, das man damit einspart (Monatshonorar Fr. 30'000.– ohne Spesen) könnte man ein zweitägiges Symposium «Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg» organisieren, an dem kompetente Zeitzeugen aussagen. Damit würde endlich eine Lücke ausgefüllt, auf die *alt Bundesrat Georges-André Chevallaz* hingewiesen hat. «*Es mangelt heute am einfachsten Geschichtswissen, man hat zu wenig gelesen, man hat zu wenig auf Leute gehört, die eine Erinnerung an die Kriegszeit haben.*» Teilnahmemeberechtigt, wenn nicht sogar -verpflichtet, wären in erster Linie der Bundesrat und die Bundesversammlung sowie die Mitglieder der Bergier-Kommission.

Zum Schluss möchte ich Sie höflich bitten, diesen Brief zu beantworten, mich auf allfällige Irrtümer aufmerksam zu machen und mir in aller Offenheit vertraulich mitzuteilen, was Sie *persönlich* Ihrer Mutter und Ihrem Vater als Angehörige der Kriegsgeneration mit 50jähriger Verspätung vorzuwerfen haben.

Mit freundlichen Grüssen  
Paul Rothenhäusler, Stäfa

(19. September 1997)

## **Bronfmans Bettelbrief**

*Von Nationalrat Ulrich Schlüer, Flaach ZH*

*Es war die in Israel erscheinende «Jerusalem Post», welche die Weltöffentlichkeit auf die skandalösen Methoden Edgar Bronfmans aufmerksam machte, mit welchen der Präsident des Jüdischen Weltkongresses (JWC) im grossen Stil Spenden sammelt, um damit die JWC-Kampagne gegen die Schweiz zu finanzieren.*

*Ein Exemplar von Bronfmans Bettelbrief – aus Sicht der «Jerusalem Post» eine skandalöse, unakzeptable Verzerrung der Realität, die als schwere Beleidigung der Schweiz einzustufen sei – ist inzwischen im Besitz der «Schweizerzeit»-Redaktion. Edgar Bronfman beginnt diesen insgesamt vier Seiten umfassenden, durch verschiedene Beilagen ergänzten Brief mit folgenden Worten:*

«Lieber Freund,

Wir haben soeben Hitlers geheimes Schweizer Bankkonto aufgefunden.

Und der Jüdische Weltkongress hat jetzt bisher sorgfältigst geheimgehaltene Dokumente freigegeben, welche beweisen, dass Schweizer Bankiers noch immer gestohlenen jüdisches Gut verstecken.

Unser Forschungsteam hat im Weiteren bestätigt:

Die Nazis transferierten mehr als sechs Milliarden Dollar gestohlenen Gold in und durch die Schweiz.

Das Gold wurde den Zentralbanken europäischer Staaten sowie Juden gestohlen, die in Hitlers Todeslagern zugrunde gingen. Ein Teil des Goldes stammte von den Eheringen, Armbändern und vom Zahngold von Juden.

Weitere Güter, welche die Nazis den Juden gestohlen haben, überschreiten im Wert den Betrag von sechs Milliarden Dollar in Gold – es handelt sich um Kunstgegenstände, Bargeld, persönlichen Besitz, Versicherungspolice und Sicherheiten. Ein Geheimdokument zeigt zum Beispiel, dass allein die von den Nazis gestohlenen Kunstgüter den Wert aller damals in Amerika vorhandenen Kunst übertrafen. Und sehr viel von dieser Kunst-Beute nahm ihren Weg durch die Schweiz.

Während 51 beschämenden Jahren wurden all unsere Anschuldigungen bestritten. Viele jüdische Erben wurden bei der Suche nach ihrem Eigentum jahrelang

hingehalten, von Pontius zu Pilatus geschickt. Deshalb brauche ich Ihre Hilfe, damit der Gerechtigkeit zum Durchbruch verholfen werden kann.

Denn sogar in der Schweiz ist es illegal, gestohlene Güter zu behändigen. ...»

*Bronfman fordert die Briefempfänger anschliessend auf eine Petition an Senator d'Amato zu unterzeichnen, damit dieser den Druck auf die Schweiz noch erhöhe. Und mit einer weiteren Petition soll Präsident Clinton um Unterstützung ersucht werden. Schliesslich bittet Bronfman um Spenden an den Jüdischen Weltkongress, auf dass dieser mittels weiterer Publikationen den Druck auf die Schweiz verstärken könne, nachdem es dem JWC – so hält Bronfman fest – mit seiner Druckkampagne bereits gelungen sei, Senator d'Amato für die Durchführung der inzwischen hinlänglich bekanntgewordenen Senat-Hearings zur Druckentfaltung gegen die Schweiz zu gewinnen. Insgesamt gehe es – so Bronfman – darum, 12 Milliarden in Gold, das die Schweiz mit den Nazis verdient habe, zurückzuerlangen.*

*Zwar seien Gewinne, die mit gestohlenem Gold erzielt worden seien, nach dem Krieg teilweise in den Wiederaufbau Europas geflossen. Die Holocaust-Opfer hätten indessen keinen Pfennig erhalten. Dafür habe die Schweiz in undurchsichtigen Schachergeschäften Vermögenswerte, die Holocaust-Opfern gehörten, an Polen verhökert, usw. usw.*

*Bronfmans Brief ist derart gespickt mit krassen Verzerrungen und schwerwiegenden Beleidigungen der Schweiz, dass selbst Bundesrat Cotti sich zu einem geharnischten Protest, formuliert in einem persönlichen Brief an Bronfman, veranlasst sah. Die «Schweizerzeit» hat sich bemüht, den genauen Wortlaut sowohl dieses Briefes des schweizerischen Aussenministers als auch die Antwort Bronfmans auf Cottis Brief in Erfahrung zu bringen. Dies war nicht möglich, der Wortlaut persönlicher Briefwechsel werde gemäss gängiger Praxis nicht veröffentlicht. Immerhin hat Bundesrat Cotti den «Schweizerzeit»-Redaktor sowohl persönlich als auch durch einen seiner persönlichen Berater über die Schwerpunkte von Bronfmans Antwort im Einzelnen informiert. Sein Bettelbrief sei, habe sich Bronfman gerechtfertigt, bereits in der ersten Hälfte 1996 durch eine Werbeagentur im Rahmen einer sehr breit angelegten Spenden-Sammelaktion des JWC in Umlauf gebracht worden. Dass die ganze Versandaktion mit immer demselben Bettelbrief fast ein volles Jahr in Anspruch genommen habe, so dass Briefe mit dem kritisierten Text noch im April 1997 in Umlauf gesetzt worden seien, habe man am Sitz des Jüdischen Weltkongresses bedauerlicherweise nicht gewusst.*

*Und Israel Singer, der Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, gab gegenüber Bundesrat Cotti zu verstehen, aus seiner Sicht sei die von Bronfman in seinem Bettelbrief gegebene Darstellung «ab Frühjahr 1997 nicht mehr gerechtfertigt» gewesen. Aus dieser Antwort Singers kann man indessen auch schliessen,*

## Die USA und Christoph Meili

In der nationalrätlichen Fragestunde vom 9. Juni 1997 gelangte die folgende, von Ulrich Schlüer eingereichte Frage zur Behandlung:

### Frage Schlüer:

*«Gemäss Presseberichten sollen beide Kammern des amerikanischen Kongresses ein spezielles Gesetz, geschaffen haben, auf dessen Grundlagen dem Zürcher Wachmann Christoph Meili «politisches Asyl» in den USA gewährt werden soll. So lächerlich dieser Vorgang anmutet, so stellt sich doch die Frage, wie der Bundesrat diesen Affront des amerikanischen Kongresses beurteilt.»*

### Antwort von Bundesrat Flavio Cotti:

*«Herr Christoph- Meili, der im Rahmen der Anhörung im US-Senat ausgesagt hat, dass er in der Schweiz Hassbriefe und Todesdrohungen erhalten habe, hat, Herr Schlüer, nicht um politisches Asyl nachgesucht, sondern um Niederlassung zum Zwecke der Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Es handelt sich im vorliegenden Fall somit nicht um ein Asyl-, sondern um ein Einwanderungsverfahren. Störend ist dabei nicht nur die medienmässige Ausschachtung der Anhörungen im Kongress. Die von einzelnen amerikanischen Parlamentariern mit Hilfe eines Sondergesetzes angestrebte Beschleunigung des Verfahrens hat auch den Eindruck erweckt, dass die persönliche Sicherheit der Familie Meili unmittelbar bedroht sei.*

*Der Bundesrat ist sich bewusst, dass bei den Anhörungen im Senat und im Repräsentantenhaus der groteske Eindruck entstehen konnte, dass es sich bei der Schweiz um einen Staat handle, der die Grundrechte nicht respektiere und der es mit dem Schutz der Menschenrechte nicht ernst nehme. Da dieser Eindruck auch im Fall Meili in keiner Weise gerechtfertigt ist, bedarf es hier keiner Erläuterung. In Sachen Grundfreiheiten und Menschenrechten muss die Schweiz wahrhaftig keinen Vergleich scheuen, weder in Europa*

noch weltweit. Sollten diesbezüglich ausgerechnet in den USA Zweifel bestehen, würden die Vertreter der Schweizer Behörden diesem falschen Eindruck bei jeder sich bietenden Gelegenheit entgegenwirken.»

### **Zusatzfrage Schliier:**

«Herr Bundesrat, ich danke Ihnen für diese Antwort. Die Frage lautet aber: Wann kommt denn diese «jede sich bietende Gelegenheit», die Sie ansprechen? Offensichtlich ist der «Fall Meili» jetzt keine Gelegenheit, zu der man sich äussern will.

Ich frage mich einfach: Wie lange will der Bundesrat angesichts eines ganz offensichtlichen Affronts gegenüber unserem Land diese Haltung der anpasserischen Beflissenheit noch einnehmen? Wann wird der Bundesrat einmal die Frage stellen, weshalb denn die Vereinigten Staaten die guten Dienste der Schweiz gerade wegen ihrer Neutralität – zum Beispiel im Falle von Iran oder von Kuba – in Anspruch genommen haben, wenn Neutralität von US-Stellen heute als etwas Unmoralisches dargestellt wird?

Wann wird die Schweiz einmal klarmachen, dass man Rüstungsgüter, die man für Milliarden von Franken in den USA eingekauft hat, auch anderswo einkaufen könnte? Diese Sprache würde wahrscheinlich verstanden.

Oder: Könnte die Schweiz – um eine angemessene Antwort auf den Affront zu finden – nicht einmal einen Geographiekurs für amerikanische Senatoren vorschlagen, damit diese nicht nur den Unterschied zwischen der Schweiz, und Schweden lernen würden, sondern vielleicht auch realisierten, dass die geographische Frage im Zweiten Weltkrieg eine eminent politische Rolle spielte?

Die Frage ist einfach: Wann wird die Schweiz endlich einmal selbstbewusst auftreten und sich einer Anmassung nicht schweigend beugen? Nur selbstbewusstes Auftreten kann doch Wirkung erzeugen! Da sind Sie mit dem Fragesteller sicher einig.»

### **Antwort von Bundesrat Flavio Cotti:**

«Ich gehe mit dem Fragesteller absolut einig. Ich muss annehmen, der Fragesteller habe vielleicht meine Rede vor jüdischen Gremien, die Mitte März

*in Amerika verbreitet wurde, gar nicht gelesen. Ich werde sie ihm gerne übergeben. – Er hat sie gelesen.*

*Vielleicht hat er auch die Stellungnahme des Bundesrates zum Eizenstat-Bericht gelesen? Sie enthielt eine klare und eindeutige Zurückweisung von gewissen Anklagen.*

*Was hingegen den Geographiekurs über die Schweiz für amerikanische Senatoren anbetrifft, überlasse ich die Aufgabe dem Parlament. Die Beziehungen von Parlament zu Parlament sind nicht Sache des Bundesrates. Daran erinnert uns Ihre Präsidentin immer wieder.»*

*(Zitiert nach: Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, 9.6.97)*

*(27. Juni 1997)*

*dass Bronfmans haltlose Beleidigungen vor Frühjahr 1997 aus Sicht des Jüdischen Weltkongresses noch gerechtfertigt gewesen sind. Ausserdem ist auf ganz simple Weise nachweisbar, dass Bronfmans Ausflucht mit dem angeblich bereits in der ersten Hälfte 1996 formulierten Brieftext schlicht und einfach unwahr ist. In seinem Brief erwähnt Bronfman nämlich den schweizerischen Beschluss zur Schaffung der Bergier-Kommission. Diesen Beschluss bereiteten die Rechtskommissionen beider Räte erst im Herbst 1996 vor; das Parlament verabschiedete ihn im Dezember 1996!*

*Dem Protest Cottis und der darauffolgenden Antwort Bronfmans folgten mehrere, telefonisch und anderweitig geführte Kontakte, aus welchen schliesslich resultierte, dass Edgar Bronfman, der Autor des hier teilweise wiedergegebenen, skandalös verzerrenden Bettelbriefes in die Leitung des vom Bundesrat verwalteten, von der Schweizer Wirtschaft und gemäss Absicht des Bundesrats auch von der Nationalbank gespiesenen Holocaust-Solidaritätsfonds berufen wurde...*

*Jede weitere Beurteilung dieser Tatbestände überlässt die «Schweizerzeit» ihren Lesern.*

*(11. Juli 1997)*

### **Anmerkung:**

*Diesem ersten Bettelbrief liess Edgar Bronfman Ende 1997 einen zweiten folgen. Dieser wird dokumentiert und kommentiert auf Seite 314.*



## WORLD JEWISH CONGRESS

*Edgar M. Bronfman*  
*President*

YOUR REGISTERED DOCUMENTS ENCLOSED  
FOR SIGNATURE ARE EXPLAINED BELOW

Dear Friend,

We just found Hitler's secret Swiss bank account.

And the World Jewish Congress now has declassified top-secret documents that prove Swiss bankers are still hiding stolen Jewish assets.

Our researchers have also confirmed ...

The Nazis shipped more than \$6 BILLION in stolen gold to and through Switzerland.

The gold was stolen from the central banks of Europe and from Jews who perished in Hitler's death camps.

Some of the gold came from the wedding rings, the bracelets and the gold teeth of Jews.

Other stolen assets exceed this \$6 billion value in gold — assets such as the art, cash, personal possessions, insurance policies and securities the Nazis stole from Jews. For example, one secret document shows the value of just the art stolen by the Nazis exceeded the combined value of all art in America at that time. Much of that stolen art went through Switzerland.

But for 51 shameful years, those responsible have denied our charges and many Jewish heirs have gotten a terrible runaround. So,  
**I need your help to seek justice.**

Even in Switzerland, it's illegal to accept stolen goods.

So, please help us press our case — by demanding an immediate reimbursement. Help the World Jewish Congress fight for the Holocaust victims and survivors — by increasing the public pressure on the Swiss government and Swiss bankers to end this deception.

Please take these 2 important steps:

(over, please)

WORLD JEWISH CONGRESS, 501 MADISON AVENUE, NEW YORK, NY 10022  
BUDAPEST *Sip utca 12*, BUENOS AIRES *Larrea 744*, GENEVA *1 rue de Varembe*, JERUSALEM *21 Jabotinsky Street*,  
MELBOURNE *5 Queens Road*, PARIS *78 Ave. des Champs-Elysees*, MOSCOW *71 Varshavskaya Schosse*, JOHANNESBURG *7 Anerly Road*

*Bronfmans Bettelbrief in Faksimile (erste von vier Seiten)*

*Bronfman, die amerikanischen Medien und die Schweiz.*

## Strategien, Mittel, Motive

Von Dr. Ernst Walder, Kilchberg ZH

*Im Rahmen eines Vortrags vor der Swiss-American Chamber of Commerce berichtete der Schweizer Botschafter in den USA, Alfred Defago, kürzlich über seinen Versuch, eine Stellungnahme zu den aktuellen Differenzen zwischen den USA und der Schweiz in der «Washington Post» unterzubringen.*

Obwohl Herr Defago ganz allgemein durch grosse Zurückhaltung auffällt, änderte die Redaktion den Text ab, da er gegenüber den USA zu *kritisch* gewesen sei. Defago fügte bei, in der *New York Times* wäre ein solcher Beitrag gar nicht erschienen. Diese Bemerkung ist wohl richtig: Die *New York Times* hat sich voll in die vom *Jüdischen Weltkongress* (JWC) bzw. von dessen Präsidenten *Bronfman* orchestrierte Kampagne gegen die Schweiz einspannen lassen; vgl. hiezu *Bii* in der *NZZ* vom 6./7. 9. 1997: «... und die gute alte *New York Times*, die die Neutralität der Schweiz als Schwindel und Betrug («fraud») hingestellt hat, ist in dieser Auseinandersetzung leider wieder einmal auf das Niveau eines Kampagnenblattes herabgesunken ...»

Seit Monaten sendet diese Zeitung Giftpfeile gegen unser Land. Wie aus New York zu hören ist, werden proschweizerische Leserbriefe ganz einfach nicht publiziert (neuerdings wird allerdings in den Spalten der NYT teilweise dafür plädiert, man solle die Angriffe auf die Schweiz mässigen, weil man sonst riskiere, die erhofften schweizerischen Geldquellen zu verstopfen). Betrachten wir dieses Blatt etwas näher.

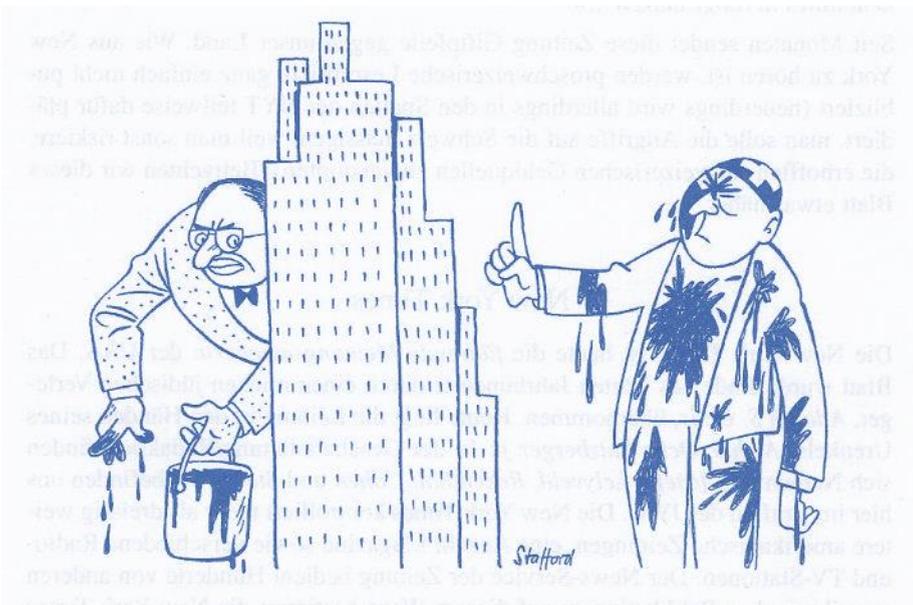
### New York Times

Die *New York Times* ist heute die *führende Meinungsmacherin* der USA. Das Blatt wurde Ende des letzten Jahrhunderts durch einen reichen jüdischen Verleger, *Adolph S. Ochs*, übernommen. Heute liegt die Leitung in den Händen seines Urenkels, *Arthur Ochs Sulzberger Jr.* In der Geschäftsleitung/Redaktion finden sich Namen wie *Joseph Lelyveld*, *Rosenthal*, *Cohen* und *Stern*, wir befinden uns hier im Umfeld des JWC. Die *New York Times* kontrolliert mehr als dreissig weitere amerikanische Zeitungen, eine Anzahl Magazine sowie verschiedene Radio- und TV-Stationen. Der News-Service der Zeitung bedient Hunderte von anderen amerikanischen Publikationen; auf diesem Wege bestimmt die *New York Times*

in weiten Teilen des Landes, was News sind. Der Einfluss, den diese Organisation direkt und indirekt auf das amerikanische Publikum ausübt, ist offensichtlich enorm.

## Washington Post

Die Washington Post ist hinter der New York Times die Nummer 2 der amerikanischen Printmedien. Sie fiel in der Krise der Dreissigerjahre in Konkurs und wurde damals vom reichen jüdischen Financier *Eugen Meyer* übernommen. Das seit vielen Jahren von seiner Tochter, *Katherine Graham Meyer*, kontrollierte Blatt geriet vor rund 25 Jahren ins Zentrum des internationalen Interesses, weil zwei seiner Mitarbeiter, *Woodward* und *Bernstein*, den *Watergate-Skandal* recherchierten und dabei Schritt für Schritt aufzeigten, dass die Verantwortung für den Einbruch ins Hauptquartier der Demokratischen Partei bei der Umgebung Nixons bzw. bei Präsident Richard Nixon selbst lag (was schliesslich zum Sturz des Präsidenten führte). Katherine Graham erwies sich hier als grosse Patronne mit ausgesprochener Zivilcourage: Sie stellte sich gegen den gewaltigen politischen Druck aus dem Weissen Haus unerschrocken vor ihre Mitarbeiter. Dass die Washington Post die Stellungnahme Defagos – wenn auch abgeschwächt – publizierte, ist vielleicht dem Geiste Frau Grahams zuzuschreiben. Man darf hier beifügen, dass das Magazin *Newsweek* – von der Washington Post bzw. von Frau



«Genug der Dreckschleuderei, Herr d'Amato!»

# Über die Sachkenntnis amerikanischer Senatoren

*Die Sachkenntnis einiger amerikanischer Senatoren, die im Schlepptau d'Amatos über die Schweiz herfallen, ist teilweise buchstäblich umwerfend. Für krönende Voten in d'Amatos Hearings sorgt insbesondere die kalifornische Senatorin Barbara Boxer. Ihr wollte bis heute zum Beispiel nicht gelingen, die schweizerische von der schwedischen Regierung zu unterscheiden. Neuerdings gibt sie auch noch zum Besten, die Schweiz, jenes winzige Land, habe während des Zweiten Weltkriegs nicht einmal eine Armee unterhalten.*

*Würde sich die Schweiz vergleichbarer «politischer Weisheit» wie derzeit einige Amerikaner befleißigen, dann müssten wir uns jetzt wohl ernsthaft überlegen, ob wir dieser armen kalifornischen Giftspritzerin Barbara Boxer nicht politisches Asyl in der Schweiz anbieten müssten – weil ihr die USA alle Möglichkeiten, wenigstens ausgewählten Früchten elementarer Bildung teilhaftig werden zu können, offensichtlich verweigert haben.*

(30. Mai 1997)

Graham kontrolliert – kürzlich eine Stellungnahme von *alt Staatssekretär Jolies* über das Washingtoner Abkommen abdruckte. Im Hause Graham dürfen wir also wesentlich mehr Fairness erwarten als bei der New York Times – vielleicht auch deshalb, weil New York mit seiner grossen jüdischen Bevölkerung die eigentliche Machtbasis des JWC ist.

## CBS und NBC

Bei den grossen Fernsehstationen CBS und NBC liegen die Verhältnisse ähnlich wie bei der New York Times. CBS (Columbia Broadcasting Systems) wurde während mehr als 50 Jahren durch *William S. Paley*, einem Sohn eingewanderter Juden, kontrolliert. Nach seinem Rücktritt übernahm der jüdische Milliardär *Laurance Tisch* die Gesellschaft. NBC ist die Schöpfung der *Familie Sarnoff* (jüdische Einwanderer aus Russland).

Die grossen amerikanischen Medien sind also weitgehend in jüdischen Händen. Es wäre aber verfehlt, daraus zu schliessen, es existiere eine Art jüdisches Me-

## Armer Tropf!

Ärger bei den jüdischen Organisationen in der Schweiz: Sie hatten sich redlich (und erfolgreich!) bemüht, für den entlassenen Wachmann Christoph Meili eine neue Stelle in der Schweiz zu finden. Meili verschmähte die Angebote und begab sich lieber zu Senator d Amato, wo er sich dann als verfolgt und bedroht, als seines Verdienstes beraubter Mittelloser Tränendrüsen drückend in Szene setzen liess. Wahrlich ein armer Tropf!

(19. September 1997)

dienkartell, welches das amerikanische Publikum gezielt nach einheitlichen Richtlinien beeinflusse: In der *jüdischen Diaspora* Amerikas ist die *Meinungsvielfalt* wohl ebenso gross wie in Israel. Wenn es aber um vitale Interessen des Judentums geht – wie insbesondere Existenz und Sicherheit Israels – kann man voraussetzen, dass diese mächtigen Medien weitgehend mit *einer* Stimme sprechen; in solchen Fällen wird ihr geballter Einfluss insbesondere auch in Washington enorm.

Es könnte sein, dass es sich bei der Auseinandersetzung, welcher der JWC und in seinem Schlepptau amerikanische Behörden unter dem Titel Holocaust gegen die Schweiz führen, um einen solchen Fall handelt, wenn auch – wie gezeigt – die Haltung der Presse nicht durchwegs einheitlich ist. Um was geht es dem JWC im Grunde genommen? Natürlich um Geld, *um möglichst viel Geld*; aber die Sache hat noch eine viel tiefergehende Dimension. Klarsichtige Beobachter wie *alt Nationalrat und Stadtpräsident Sigmund Widmer* haben darauf hingewiesen, dass die eigentliche Ursache für die Aggressionspolitik des JWC wohl in einer *existentiellen Krise der jüdischen Diaspora* liegt. Das jüdische Volk, das seit den Tagen des babylonischen Exils während rund 2'500 Jahren seine Identität gegenüber allen Anfechtungen und Verfolgungen im Glauben an Jahve bewahrt hat, ist erstmals mit dem *Risiko der Selbstauflösung* konfrontiert: Die Mischehen nehmen ständig zu. Angesichts dieser alarmierenden Entwicklung ist es verständlich, dass der JWC, dessen Existenzgrundlage bedroht ist, alles tut, um das *Judentum um sich zu scharen*. Früher konnte Israel die Rolle eines Integrationsfaktors spielen; heute ist das offensichtlich nicht mehr möglich. Dagegen ist die *Tragödie des Holocaust* in hohem Masse geeignet, die auseinanderdriftenden Kinder Israels wieder um die alten Symbole des Volkes zu versammeln und gleichzeitig die Macht des JWC zu erhalten.

Diese Überlegung erklärt auch ohne Weiteres, weshalb der JWC heute, mehr als fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, einen Grossangriff auf die Schweiz lanciert, sich dabei über seinen politischen Einfluss – siehe oben – der Unterstützung Washingtons versichert hat und teilweise Methoden anwendet, die man als mindestens *skrupellos* bezeichnen darf. Der JWC will in diesem Kampf möglichst erfolgreich sein, koste es, was es wolle.

## Antworten

Das ergibt für die Schweiz eine doppelschichtige Ausgangslage:

1. Wo der JWC bzw. Washington in guten Treuen im Namen der *Gerechtigkeit* auftreten, d.h. wo ausgewiesene Ansprüche bestehen (insbesondere gegen Banken), muss die Schweiz selbstverständlich alles ihr Mögliche tun, um den Opfern des Holocaust bzw. deren Hinterbliebenen zu ihrem Recht zu verhelfen.

### Ein aufschlussreiches Interview

## *Es gibt hier Läden...*

*Herr Christoph Meili, Schweizer Asylant in Amerika und ehemaliger Wachmann, hat der Zeitschrift «Facts» ein Interview gewährt. Wer es gelesen hat, weiss, das unser Land mit Herrn Meili den Verlust einer aussergewöhnlich scharfsinnigen Person zu beklagen hat! Auf die Frage des Journalisten, was denn dem Herrn Meili in New York am besten gefalle, hat er eine ungemein aufschlussreiche Antwort gegeben, nämlich: «Es gibt sehr gute Läden hier, man bekommt eigentlich alles...»*

*Hätten Sie das gewusst, sofern Sie nicht schon selber in New York gewesen sind? Mich hat diese Antwort fast vom Stuhl gehauen. Meili sei Dank, jetzt wissen wir doch wenigstens, dass es in New York Läden hat, wo man «fast» alles kaufen kann, was man so benötigt. Und ich Lappi habe bisher immer gemeint, New York sei ein Dorf mit etwas mehr als einem Dutzend Millionen Einwohnern, die ihre Einkäufe einmal wöchentlich an einem Migros-Wagen tätigen müssen...*

(GPD)

(8. August 1997)

2. Soweit dagegen der JWC – mit oder ohne Unterstützung Washingtons – die Schweiz zu politischen Zwecken als *Feindbild* verwendet bzw. möglichst viel Geld aus der schweizerischen Zitrone herauspressen will, kann nur eine klare und selbstbewusste Haltung unserer Regierung weiterhelfen. In diesem Sinne hätte der Bundesrat gleich zu Beginn über die amerikanische Botschaft in Bern klarmachen müssen, dass *die Schweiz keine Kolonie der USA* ist. Leider haben unsere Behörden in dieser schweren Krise weitgehend versagt. Wir wollen jedoch hier nicht ein Inventar der bisherigen Fehlleistungen aufnehmen, sondern nur der Hoffnung Ausdruck geben, man habe in Bern aus den Fehlern der letzten Monate gelernt.

17. Oktober 1997)

### *Offener Brief an Adolf Muschg*

## Oberschulmeister der Nation

*Von Paul Rothenhäusler, Stäfa ZH*

Sehr geehrter Herr Professor Muschg,  
1968, als es wieder einmal «Mode war, die Schweiz herabzusetzen», hat ihr Vorgänger an der ETH, *Professor Karl Schmid*, in einem Vortrag folgende Sätze ausgesprochen:

*«Antisemitismus ist, wenn man genau weiss, welche Minderheit an allem Bösen schuld ist. Es ist eine im besten Sinne «antisemitische» Simplifikation, wenn das Kapital, die Industrie, die Offiziere und so fort als a priori diejenigen feststehen, die eigentlich am Schatten schuld sind. Die Geschichte ist immer weniger einfach gewesen, als die moralischen Prozesse es sind, welche die Nachfahren ihr machen.»*

An diese Sätze habe ich mich erinnert, als ich das unsägliche «*Manifest*» las, das nach stilkritischer Analyse zweifellos Ihr Geistes Kind ist, und, einen Tag später, Ihre ganze Seite im «*Tages-Anzeiger*» «*00.00 Wenn Auschwitz in der Schweiz liegt.*» Das Sündenbock-Register müsste heute mit den Begriffen *Aktivdienstgeneration* und *die Schweizer* ergänzt werden.

In Ihrer inquisitorischen Anklage stehen u.a. die zwei Sätze: «*Wir haben an der Tötung eines Volkes mitgewirkt und daran verdient. Das ist unsere Schuld, und unentschuldig geworden ist sie durch Nichtanerkennung.*»

Daraus könnte man schliessen, dass Sie und Ihresgleichen sich zu den Schuldi-

## Ein Vertreter der Weltkriegs-Generation:

### «Ich habe genug!»

*Ich habe genug von den allzu selbstgerechten Personen und Organisationen unseres Landes, welche die Weltkriegsgeneration der Schweiz als charakterlich verwerflich mitschuldig am grössten Verbrechen an wehrlosen Menschen machen wollen. Ich habe auch genug von Medien, welche uns fast täglich Mitschuld am Unrecht und Leid am jüdischen Volk im Zweiten Weltkrieg suggerieren wollen.*

*Wir wussten in der Schweiz, dass Hitlerdeutschland die Juden zu Untermenschen machte und sie plagte. Das von einem geflüchteten Lagerinsassen vor dem Krieg geschriebene Buch «Die Moorsoldaten» wurde damals auch von uns Jugendlichen herumgeboten und verschlungen. Von schändlich gepeinigten Inhaftierten war zu lesen, keine Rede aber war von organisierter Ausrottung von Menschen. Die Nachrichten und entsetzlichen Bilder über die Todeslager erreichten uns erst in den letzten Monaten des Krieges. Darum halte ich es als fahrlässige Unterstellung zu behaupten, dass die Schweiz im Wissen über die Tötung von Juden Flüchtende an der Grenze abgewiesen habe.*

*Meine Jugendzeit verbrachte ich in einem Ostschweizer Dorf von etwas mehr als tausend Einwohnern. Bei vielen Familien war Schmalhans zu Gast. Von der Krise, insbesondere der Stickerei-Industrie, hatte man sich noch nicht erholt. Unsere Jahrgänge mussten nach dem Schulabschluss «auswandern», um sich beruflich ausbilden zu lassen. In einem sehr kargen Umfeld hatten wir rund 150 jüdische Flüchtlinge im Dorf aufzunehmen. In vielen Hunderten von Ortschaften wurden über 200'000 Flüchtlinge untergebracht, täglich strömten weitere über die Grenzen. In unserem Heim lebte fast zwei Jahre eine Flüchtlingsfamilie. Die kleine Wohnung gab wenig Platz her, und das schon bald rationierte Brot musste sorgsam aufgeteilt werden. Wir waren alle bereit, die Not der Flüchtlinge weitmöglichst mitzutragen. Später im Krieg wurden während Jahren geflüchtete alliierte Soldaten in einem leerstehenden Fabrikareal untergebracht. Mit ihnen durften wir Jungen gelegentlich sportliche Wettkämpfe absolvieren.*

*Kaum sechzehn Jahre geworden, meldete ich mich freiwillig zur Ortswehr. Ich wurde vereidigt und dazu ausgebildet, nicht nur unser Dorf, sondern*

*auch die darin aufgenommenen Fremden unter dem Einsatz meines jungen Lebens gegenüber einem Angreifer zu verteidigen.*

*Ich empfinde es als widerlich, wenn sogenannte Junghistoriker und Politiker mit der verlangten Aufarbeitung der Geschichte glauben machen wollen, dass nicht der Verteidigungswille unserer Armee und nicht der starke Durchhaltewille unseres Volkes dazu beigetragen haben, unser Land vor den Schrecken eines Krieges zu bewahren. Auch viele der in letzter Zeit vom Ausland her gemachten Unterstellungen empfinde ich als Beleidigung uns Schweizern gegenüber.*

*Es lohnt sich, über die Frage der «Mitschuld» das im Verlag Huber, Frauenfeld, erschienene Buch «Freispruch für die Schweiz» des verlässlichen Zeitzeugen Prof. Dr. Ernst Leisi zu lesen.*

*Edwin Hofstetter, Frauenfeld,  
ehem. Redaktor «Schweizer Soldat»*

(21. Februar 1997)

gen, also zum Schweizervolk zählen. Ein paar Abschnitte später halten Sie indes fest, dass man «*ein paar Intellektuelle*» von dieser ungeheuerlichen Kollektivschuld freisprechen muss. Leider sind es nicht nur «*ein paar*», sondern, militärisch gesprochen, sicher ein Bataillon, und Sie dürfen sich mit Stolz als Guru dieses Stosstrupps betrachten.

## Schulmeister der Nation

Als Jahrgang 1923, Journalist, Autor und Verleger verfolge ich seit Jahrzehnten Ihren Kampf gegen «Faschismus» und gegen «die Schweiz». Anfang der sechziger Jahre, als es wieder einmal «*Mode war, unser Land herabzusetzen*» (Karl Schmid), hat Sie, den lautstarken Kreuzfahrer der Kampagne, ein eher links stehender Journalist darauf aufmerksam gemacht, dass doch Licht und Schatten, Schuld und Verantwortung in der ganzen Völkerfamilie ungefähr gleich verteilt seien, wir Schweizer seien weder besondere Musterknaben noch herausragende Sündenböcke. Das sei durchaus möglich, erwiderten Sie, Sie würden jedoch von der «Schweiz» (für Sie und Ihresgleichen sind das immer die anderen) eine *moralisch untadelige Spitzenleistung* erwarten...

Ungefähr in der gleichen Zeit erschien auf der ersten Seite der «Weltwoche» unten rechts *Fridolin Tschudis*» Vers «*Wer wir sind*»:

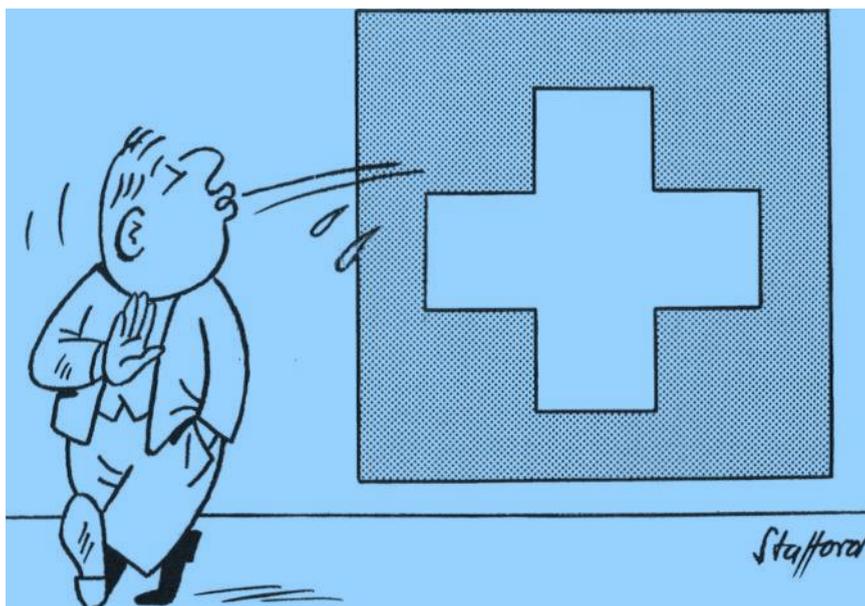
*Wir sind ein einzig Volk von Lehrern,  
von Besserwissern und Dozenten,  
von Volkserziehern und Bekehrern,  
und pädagogischen Talenten.*

*Wir sind die hehren Hirtenknaben,  
die höchstensfalls und streng genommen  
bloss diesen einen Fehler haben:  
zu sein, so wie wir sind – vollkommen.*

Sicher war Tschudis Vers auch auf die Hurrapatrioten gemünzt, treffen wollte er vor allem die Schulmeister der Nation, wie sie von Ihnen in Reinkultur verkörpert werden. Ich kann es bezeugen, weil ich damals mit meinem Freund Fridolin Tschudi (1912-1966) in engem Kontakt stand und mir sogar einbilde, ihn zum einen oder anderen aktuellen Vers angeregt zu haben.

## **Furor paedagogicus**

Damals fiel es mir wie Schuppen von den Augen: Zur Erklärung des Phänomens Muschg bildet der eminent helvetische *Furor paedagogicus* gleichsam den



*Die unbändige Lust der Nestbeschmutzer*

Schlüssel. Diese Konstante macht denn auch weniger Ihre moralische als Ihre mediale Stärke aus.

Ihr «pädagogisches Talent» gründet bei näherem Zuhören nicht auf *Pestalozzi* und der «*Macht des eigenen guten Beispiels*»: Sie machen sich vielmehr immer wieder *Tolstois* Sarkasmus («*Die Moral, das sind immer die anderen*») zu eigen. Im Zusammenhang mit dem Thema *Schweiz 1946-1989* wird man auf Ihre Rolle als Schulmeister und Antifaschist zurückkommen müssen. Fest steht indessen, dass sich der «Europäer» Muschg aufgrund seiner Nebenverdienste um den helvetischen Perfektionismus aus der Sicht des Psychologen (und des Psychopathologen!) als typischer Schweizer, als «*Ugly Swiss*», als hässlicher Schweizer, wie er im Buche steht, unsterblich blamiert und profiliert hat.

Das Kaleidoskop «*25mal Adolf Muschg*», das im kommenden Jubiläumsjahr vorliegen soll, enthält so viele bedenkenswerte Details und Sonderleistungen, dass ich nicht umhin kann, Sie und die Zeitgenossen an zwei Episoden zu erinnern:

Neben dem Furor paedagogicus ist ein tiefsitzender *Klassenhass* Ihr untrügliches Markenzeichen (pro memoria: Rassenhass und Klassenhass sind die beiden Krebsübel des 20. Jahrhunderts, die beide nach neusten historischen Erkenntnissen zu zig Millionen von unschuldigen Opfern geführt haben).

Ihr unermüdlicher Kampf gegen die «besitzende Klasse» ist zum Glück im Detail dokumentiert. Sie haben sich immer mit den «Verdammten dieser Erde» solidarisiert. Auch damals, als Sie *Heiner Gautschi* für das Schweizer Fernsehen in der gemütlichen bürgerlichen Wohnstube Ihrer Villa in Zollikon interviewen wollten. Sie haben in den TV-Auftritt nur unter der Bedingung eingewilligt, dass man Sie – gleichsam als imaginärer Unterhund des Hausbesitzers – in einem düsteren Kellerlokal Ihres Hauses interviewt.

## Pogrom und Betriebsunfall

Als sowjetische Panzer Ende 1956 den Aufstand der Ungarn niederwalzten, ging ein Sturm der Entrüstung durch das Schweizervolk. Es gab «Ausschreitungen». In Thalwil hat man dem moskauhörigen Marxisten *Konrad Farnet*, der sich für den Sturz unseres demokratischen Regimes stark machte, die Fensterscheiben eingeschlagen und seine Frau im Migros angepöbelt. Es ist den damaligen linken Medienleuten gelungen, diese Ausbrüche des Volkszorns als *Pogrome* zu deklarieren und gegen die von den Kronzeugen *Solschenizyn* und *Sacharow* bezeugten Massen- und Völkermorde (Mehrzahl!) der Sowjets auszuspielen. Im Jahr 1996 bringt es ein anderer Schulmeister der Nation fertig, die «pogromartigen» Vorfälle von Thalwil als Schandfleck der Nation zu geisseln, um ein paar Seiten später die zwischen 1917 und 1989 begangenen Verbrechen zuzugeben, ohne

## «Die Grotteske des Verschontseins»

*In seinen autobiographischen Stoff-Sammlungen kommt Friedrich Dürrenmatt, im Zusammenhang mit Erinnerungen aus seiner Jugendzeit, öfters auf das Schicksal der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu sprechen. Er sagt unter anderem, sie sei vielleicht «einfach von der Weltgeschichte vergessen worden, dispensiert, sitzengelassen, als Fossil behandelt» (Stoffe I-III, S. 70). Er versteigt sich dann sogar zu der Behauptung, die «Grotteske des Verschontseins», habe «unserem Lande in der Folge mehr Schaden» zugefügt, «als damals noch zu ahnen war» (S. 73).*

*Es ist meiner Aufmerksamkeit entgangen, welche schreckliche Schäden das «Verschontsein» der Schweiz nach dem Kriege (abgesehen von der aktuellen Polemik!) noch zugefügt hat. Im Übrigen kann man sich nur wundern über die Vermessenheit, ja über die Absurdität solcher Äusserungen. Einem berühmten Dichter wird offenbar nicht widersprochen!*

*Der junge Dürrenmatt fand damals, er selber mitsamt der Schweiz sei infolge des «Verschontseins» von der «Wirklichkeit ausgeschlossen», darum müsse er diesen Mangel halt beheben durch «eine erfundene Unwirklichkeit» (S. 71). Und so laborierte er denn an seinem «Winterkrieg in Tibet», einem grausam-grässlichen Phantasiekrieg im asiatischen Hochgebirge. Er wollte damit «eine Welt der Sinnlosigkeit darstellen, in der ein Sinn gesucht wird, den es nicht gibt...» (S. 75)*

*Nach Dürrenmatt gibt es diesen Sinn offenbar auch in der wirklichen Welt nicht. Denn nur wer das Weltgeschehen als sinnlos oder wenigstens als zufällig interpretiert, kann die Verschonung der Schweiz als eine «Grotteske» bezeichnen. Wäre es etwa weniger grotesk gewesen, wenn unser Land im Zweiten Weltkrieg, wie so viele andere Länder, zerbombt, wenn unsere Soldaten totgeschossen und verstümmelt, die Zivilbevölkerung terrorisiert und geknechtet, die Juden in die Vernichtungslager im Osten verfrachtet worden wären? Wäre das die Wirklichkeit gewesen? Kann nur ein Alptraum als Wirklichkeit gelten?*

*Der junge Dürrenmatt konnte damals – und auch später – wenig damit anfangen, dass der Schweiz die Hölle des Zweiten Weltkriegs erspart geblieben ist. Er ist ein Dramatiker mit einer genuinen Neigung zur Grausamkeit. Eine Hölle hat immerhin den Vorteil, dramatisch zu sein. Diesen Dichter haben*

zeitlebens die Szenarien des Schreckens fasziniert. Ein Paradebeispiel ist und bleibt eben dieser «Winterkrieg in Tibet» (nachzulesen in Stoffe I-III). Wäre die Schweiz aber mitgerissen worden in den Strudel des Zweiten Weltkriegs, so wäre es vielleicht auch dem jungen Dürrenmatt an den Kragen gegangen. Und wir wären dann um so viele Theaterstücke und Erzählungen ärmer.

*Summa summarum: Nicht unser Verschont-geblieben-Sein ist eine Groteske, sondern die Stellungnahme Dürrenmatts. Und ich selber glaube, dass der Friede letzten Endes viel wirklicher ist als der Krieg!*

Arthur Häny

(16. Mai 1997)

allerdings ein angemessenes Vokabular zu verwenden (der starke russische Begriff Pogrom ist für den «Patriotenstreich» von Thalwil reserviert). Ihr Gesinnungsgenosse macht Ihnen übrigens ernsthaft Konkurrenz als antifaschistischer Grossinquisitor: Vor einigen Monaten hat er in einer Wochenzeitung C.F. Ramuz, C.G. Jung, Carl Burckhardt und Gonzague de Reynold als Faschisten «entlarvt», mit der vernichtenden Überschrift «*Schlimmer als Fröntler*».

Sehr geehrter Herr Professor, Sie haben momentan Hochsaison als Schulmeister und Richter. Besessen vom Furor paedagogicus und vom Klassenhass bleiben Sie Ihrem intellektuellen Antifaschismus treu (kürzlich hat es einer treffend formuliert: Antifaschist ist man, wenn man *Gauloises*-Zigaretten raucht, den *Spiegel* liest und, last but not least, die andern, *die* Bürgerlichen, unablässig als Faschisten oder als Antisemiten verunglimpft).

Mit vorzüglicher Hochachtung und stiller Verachtung

Paul Rothenhäusler, Stäfa

(21. Februar 1997)

*Zum Lügen-Machwerk des Jean Ziegler*

## Das «Schlachtfeld von Thun»

Von Nationalrat Ulrich Schliier, Flaach ZH

Am 6. August 1997 wurde der Öffentlichkeit an einer Pressekonferenz in Bern ein neues Buch aus der Feder von alt Nationalrat Felix Auer präsentiert, das die Ver-

## *Danke, Jean Ziegler!*

Reverenz an einen ideologisierten Pseudo-Kenner der Schweizer Geschichte, der sich, geblendet vom Gedankengut des vermeintlich wiederauferstehenden Marxismus, in geradezu abenteuerliche Widersprüche verwickelt.

*Endlich, Jean Ziegler, haben Sie sich vollständig und unwiderruflich entblösst. Ihr letztes Buch «Die Schweiz, das Gold und die Toten» setzt einen wahrhaft glänzenden Schlusspunkt hinter die lange Serie von Publikationen, die Ihrem im Grund naiven, dennoch gefährlichen, weil von verleumderischer Zerstörungswut angetriebenen Geist entsprungen sind. Sie sind jetzt gar soweit, dass Sie – mit finanzieller Unterstützung des deutschen Bertelsmann-Verlags – die Schweiz, ihre Einwohner und ihre Wehrmänner, die von 1939 bis 1945 an der Grenze standen, pauschal und unwiderruflich schmähen.*

*Es ist Ihnen eine wahrhaft entstellende Arbeit über unser Land gelungen, das damals Existenz und Freiheit zu bewahren vermochte, während fast ganz West- und Zentraleuropa der entfesselten Geißel des Nationalsozialismus unterworfen wurde.*

*Sie haben, Jean Ziegler, damit etwas geleistet, was seihst Hitler damals nie erreichen konnte: die pauschale Verunglimpfung unseres Landes vor der jungen und weniger jungen Generation von heute, denen Respekt und Dank gegenüber der Kriegsgeneration weit besser anstehen würden als gezüchtete Abscheu vor einer schwierigen Epoche unserer Geschichte.*

*Nicht nur haben Sie, Jean Ziegler, keinen Moment gezögert, eine masslos verzerrte Darstellung der schwierigen Jahre des Widerstands eines kleinen, einigen Volkes gegen einen übermächtigen, stets auf der Lauer liegenden Feind zu liefern. Es gefällt Ihnen – besonders betrüblich – überdies sichtlich, sich persönlich applaudieren zu lassen von solchen, die – aus was für Gründen auch immer – geradezu mit Begierde Unflätigkeiten über unser Land auszuschiütten sich bemühen.*

*Es ist Ihnen wahrhaft gelungen, jene zu mobilisieren, die sich noch so lustvoll an der angeblichen «Schande» eines Volkes regelrecht weiden. Jene alle - Sie dürfen sich selbst ruhig auch dazuzählen -, die nie widerstehen können, wenn Profit aus dem Elend dieser Welt winkt. Voller Lust fallen Sie über ein kleines, allerdings reiches – darum umso mehr verhasstes – Volk her, das,*

wie Sie behaupten, nach nichts anderem trachtet als danach, schmutzigem Geld Komplizenhaft sicheren Unterschlupf zu gewähren. Als grob vereinfachendem Schwärmer ist es Ihnen zudem gelungen, jenen Mythos des Marxismus ins Leben zurückzurufen, den man am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts – nach gefallener Mauer, nach befreiten Gulags, nach geräumten Minenfeldern – endlich überwunden glaubte.

Immerhin: Jener hochklassige Ideologe, als welcher Sie gerne erscheinen möchten, sind Sie nicht. Sie sind bloss ein reisender Journalist, ein Schreiberling, der gewisse, zweifellos treffende Formulierungen immer und immer wieder von Neuem aufischt. Sie erweisen sich als Virtuose im Zusammenwürfeln süffiger, mehr oder weniger wahrer Einzelheiten. Mittels hinterlistiger Ausnützung von Ungefährtem, von Unterstelltem und Vermeintlichem schwingen Sie sich empor zum Chronisten zusammengewürfelter Zufälle. Damit werden Ihre Bücher, Jean Ziegler, nie die Qualität ernstzunehmender historischer Werke erreichen. Mögen Sie solchen, die von konstruierten Emotionen – ehrlichen wie unehrlichen – leben, auch kurzfristig gefallen, so vermag Ihr Geschreibsel vor jenen, die sich auf seriöse Kenntnisse stützen möchten, nie zu bestehen. Umso verbissener missionieren und eifern Sie gegen «den Kapitalismus», für Sie die Wurzel allen Übels, die zu treffen Sie im Innersten befriedigt. Als «Hausierer mit verbalem Dynamit» richten Sie damit Ihre süffig aufgemachten Wartsaal-Romane an.

Dank sei Ihnen, Jean Ziegler, dass Sie uns Ihr Wesen offenbart haben. Jede Mitbürgerin, jeder Mitbürger kann jetzt die beklagenswerte Hohlheit Ihrer Stellungnahmen und Thesen beurteilen. Schädlich? Zweifellos! Angesichts der hasserfüllten, gegen die Schweiz gerichteten Kommentare, welche Ihre Verzerrungen insbesondere in ausländischen Medien hervorrufen. Das Volk, Jean Ziegler, erkennt damit die von Ihnen regelrecht herbeigeredete Bedrohung, die auf unser Land zielt. Eine Bedrohung, anders als jene vor fünfzig Jahren, doch nicht weniger gewichtig. Dank sei Ihnen, Jean Ziegler! Denn dank Ihnen erwacht das Schweizer Volk, besinnt es sich zurück auf echte moralische Werte. Sie haben der Schweiz – ungewollt zwar, doch nicht minder wirksam – einen grossen Dienst erwiesen. Mit Ihren Verzerrungen tragen Sie dazu bei, dass weit mehr Schweizerinnen und Schweizer als gestern sich darauf besinnen, woraus die Würde eines Landes und eines Volkes wächst.

Luc de Meuron, Neuchâtel

(13. Juni 1997)

*unglimpfungskampagne des Genfer Universitätsprofessors und Nationalrats Jean Ziegler mit seinem Buch «Die Schweiz, das Gold und die Toten» unmissverständlich als solche entlarvt: Was in Zieglers Publikation wahr ist, ist nicht neu. Was Ziegler an Neuem präsentiert, ist nicht wahr.*

Alt Nationalrat Auer hielt anlässlich dieser Pressekonferenz fest, dass Ziegler zu den meisten seiner Behauptungen keinerlei Quellen oder andere Belege angibt. Insbesondere für brisante Behauptungen und Anschuldigungen fehlt jeder Hinweis, der eine *Nachprüfung* ermöglichen würde. Deshalb kann etliches nicht einwandfrei widerlegt werden, obwohl es offensichtlich nicht stimmt. Beispielsweise schreibe Ziegler von einem vom Waadtländer Rechtspolitiker *Marcel Régamey* ausgeheckten Projekt, den Bundesrat zu stürzen und durch ein Triumvirat mit *Bundesrat Etter* als Landammann, *Oberstbrigadier Masson* als Militärminister und *Oberstkorpskommandant von Sprecher* als Aussenminister zu ersetzen. Eine Quelle zu dieser Behauptung nennt Ziegler nicht. In der Literatur über den Frontismus findet sich nichts zu Zieglers Behauptung. Aus dem *Lexikon* ist lediglich zu erfahren, dass *von Sprecher bereits 1927 gestorben ist*. Einen Divisionär von *Sprecher* gab es erst wieder im Jahre 1962.

Weiter behauptet Ziegler, Hitler habe im Vorderen Orient rohstoffreiche Gebiete erobert. Dies war zweifellos das Ziel Hitlers. Erreicht hat er es indessen nie.

## Verleumdungen

Verschiedene Unwahrheiten kommen auf der Grundlage von Auers Untersuchungsergebnissen eigentlichen Verleumdungen gleich. So, wenn Ziegler dem seinerzeitigen hochverdienten *IKRK-Präsidenten Max Huber* unterstellt, er habe dem Verwaltungsrat des Waffenproduzenten *Oerlikon-Bührle* angehört. *Oerlikon-Bührle* war jedoch bis 1975 eine Personengesellschaft ohne Verwaltungsrat. *Max Huber* hat nie einem Gremium des Unternehmens *Oerlikon-Bührle* angehört.

Weiter behauptet Ziegler, die Notenbank hätte von der Reichsbank nicht bloss Raubgold angenommen, sondern wissentlich auch sogenanntes *Totengold* von in Vernichtungslagern umgebrachten Juden. Ziegler belegt diesen Vorwurf anhand einer Konferenz von *Reichsbank-Chef Puhl* mit der *Generaldirektion der Schweizerischen Nationalbank* am 18. September 1944 in Bern. Aus diesem Protokoll zitiert Ziegler wie folgt: « *Was das von der SS eingebrachte Gold (das sogenannte Totengold) betreffe, müsse man die Verantwortlichen des SS-Wirtschaftsverwaltungsrates befragen: Die Reichsbank sei nur Depotstelle ...* » Alt Nationalrat Auer hat das entsprechende Protokoll kontrolliert. Es findet sich darin *nicht die geringste Spur* der von Ziegler zitierten angeblichen Erklärungen *Puhls*.

Das Zitat muss Ziegler frei erfunden haben. Es gibt auch keine andern Belege, Aussagen oder Hinweise, die die wissentliche Entgegennahme von Totengold durch die Nationalbank vermuten liessen.

## Clodius und Funk

Besonders liederlich geht Ziegler – wie aus Auers Untersuchungen resultiert – mit zwei Quellen um, nämlich erstens einem aus dem Jahr 1943 stammenden internen Papier des deutschen *Ministerialdirektors Clodius* sowie zweitens dem Buch *«Die deutsche Wirtschaft 1930 bis 1945»* des deutschen Wirtschaftshistorikers *W. A. Boelcke* (erschienen in Düsseldorf 1983). Das Papier Clodius bezeichnet Ziegler als *Trouvaille* und *Primeur*, das von ihm, Ziegler, als erstem publiziert werde. Das Papier dient Ziegler als *Hauptbeweis* dafür, dass Hitler ohne die Hilfe der Schweiz gar nie hätte Krieg führen können, weil er auf die Devisen der Schweiz angewiesen gewesen sei. Das von Ziegler als *Primeur* bezeichnete Dokument ist jedoch längst vor Zieglers Publikation schon mehrmals publiziert worden, zum erstenmal bereits vor einem Vierteljahrhundert. Es wird von Kennern und Historikern als «nichts Besonderes» kommentiert. Dies ist Büchern zu entnehmen, die Ziegler in seinen Anmerkungen zwar anführt, die er selbst aber offensichtlich nie gelesen hat.

Der deutsche Reichswirtschaftsminister *Walther Funk* habe, behauptet Ziegler, diese Feststellungen von Clodius übernommen und daraus abgeleitet, dass das Reich nicht einmal zwei Monate auf die Devisentransaktionen durch die Schweiz hätte verzichten können. Seinen Kronzeugen, denselben Walther Funk, bezeichnet Ziegler jedoch wenig später als *«Analphabeten in Finanz- und Wirtschaftsfragen»* sowie als *«labilen Säufer»*. Zweifellos war der Finanzplatz Schweiz für das Reich seinerzeit kommod und im Ausland sein bedeutendster. Legales und gestohlenen Gold hätte Deutschland, stellte Auer fest, allerdings auch anderswo in Devisen umwandeln können.

## Das Buch Boelcke

Der deutsche Wirtschaftshistoriker *W.A. Boelcke* wirft in seinem Buch die hypothetische Frage auf, was wohl geschehen wäre, *«wenn Verbündete und Neutrale plötzlich ihre gesamten kriegswichtigen Rohstoffexporte nach Deutschland abgestoppt hätten»*. Boelcke lässt diese Frage unbeantwortet. Ziegler allerdings geht hin und ersetzt die von Boelcke erwähnte Ländergruppe *«Verbündete und Neutrale»* durch die *Schweiz allein* und behauptet: Ohne die Schweiz hätte Hitler seinen Krieg nicht führen können, die Schweiz habe diesen finanziert. In einer

## Ohne SRG

*Die Pressekonferenz, an welcher der unappetitliche Wust schludriger Fehler, bewusster Unwahrheiten und Entstellungen sowie skrupelloser Erfindungen in der hasseerfüllten Kampagne des « Volksvertreters» Jean Ziegler gegen sein eigenes Land entlarvt wurde, war bemerkenswert gut besucht. Praktisch alle grossen Schweizer Zeitungen und eine Vielzahl regionaler Blätter bekundeten ihr Interesse an den Recherchen von alt Nationalrat Felix Auer zu den Hintergründen von Jean Zieglers polemischen Anklagen.*

*Zwei zweifellos wichtige Informationsorgane allerdings fehlten: Sowohl Fernsehen DRS als auch Radio DRS glänzten durch Abwesenheit. Die beiden Medien, die in der Schweiz eine Monopolstellung besitzen, an welche sämtliche Haushalte Zwangsgebühren abzuliefern haben, hielten es für überflüssig, sich über Zieglers Lügengebäude, mit dem er die Schweiz weltweit aufs Massivste verunglimpft, auch bloss zu informieren.*

*Und dies zu dem Zeitpunkt, da zumindest Fernsehen DRS seinerseits glaubt, mittels grossangelegter Sende-Kampagnen das Geschichtsbild der Schweiz korrigieren zu müssen. Aber auch zu dem Zeitpunkt, da die Diskussion um die Filmmaterial-Lieferungen der Informationsabteilung von Fernsehen DRS an die englische BBC – welche daraus dann das üble Machwerk «Totengold und Judengeld» zusammenschusterte und in die ganze Welt ausstrahlte – alles andere als abgeflaut ist.*

*Ob denn die Entlarvung eines die Schweiz und die Schweizer bewusst besudelnden Buches als lügenhaftes, mit böswilligen Fälschungen operierendes Machwerk die Monopolmedien tatsächlich nicht interessiert? Oder fühlen sie sich, ganz ähnlich gegen die Schweiz operierend wie Jean Ziegler, erappt und wollen deshalb nicht berichten? Weil sie nicht zugeben wollen, dass Jean Zieglers trübe Suppe ihrer eigenen trüben Suppe, die sie als angebliches «Bild der Schweiz» einschlägigen Freunden an den Schalthebeln ausländischer Medienanstalten wonnevoll übermitteln, fast haargenau entspricht?*

*Die Schweiz steht – wer könnte noch daran zweifeln – unter massivem ausländischem Druck. Nicht mehr bloss angebliche oder tatsächliche Fehler im*

*Umgang mit Vermögen von in Nazi-Lagern umgebrachten Holocaust-Opfern stehen im Visier von Kritikern. Der Angriff aus New York gilt heute dem Bankgeheimnis, gilt dem Finanzplatz Schweiz.*

*Der Bundesrat aber – unter anderem auch Konzessionsgeber an die SRG-Massenmedien Radio DRS und Fernsehen DRS – schweigt. Er schweigt seit Monaten zu den Angriffen aus den USA. Er schweigt aber auch zu den Angriffen gegen unser Land aus der «inneren Front» der SRG-Medien (vor fünfzig Jahren wären diese wohl der «fünften Kolonne» zugerechnet worden). Der Bundesrat will indessen zahlen – genauer: das Volk zahlen lassen.*

*Schweigen und zahlen – so handelt nicht eine selbstbewusste, die Interessen ihres Landes mit Überzeugung verfechtende Regierung. So handeln Erpresser.*

*Ulrich Schliuer*

*(«Spalte rechts», 22. August 1997)*

Fernsehsendung wurde Ziegler auf die unzulässig fehlerhafte Wiedergabe des Boelcke-Zitats hingewiesen, worauf Ziegler behauptete, die entsprechende Aussage finde sich in einem andern Werk Boelckes, welches den Titel trage «*Interna des Reichswirtschaftsministeriums*». Dies ist jedoch nicht der Titel eines anderen Buches, sondern der Untertitel des erwähnten Boelcke-Standardwerks.

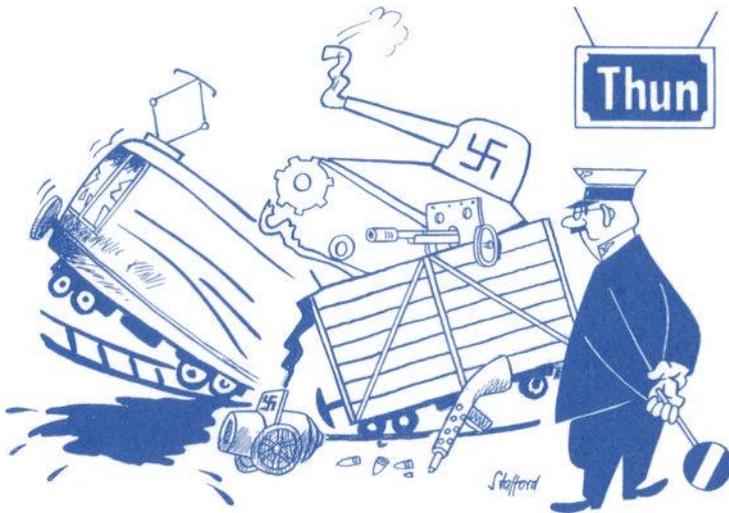
## **Das Eisenbahnglück von Thun**

Als Beweis, dass die Schweiz ihre angebliche Neutralität krass verletzt habe, schildert Ziegler einen, wie er behauptet, persönlich erlebten heftigen *Schneesturm* im Dezember 1943 in Thun. Dieser habe eine *Katastrophe* bewirkt: Im Bahnhof seien Lokomotiven entgleist und Dutzende von Güterwagen der Deutschen Reichsbahn umgestürzt. Aus diesen habe sich ein Arsenal deutscher Waffen über die Schienen ergossen. Ziegler schildert das «Eisenbahnglück von Thun» in allen Details: Der Sturm habe fürchterlich geheult, Dachziegel seien heruntergeweht worden, der Hahn des Kirchturms sei zu Boden gekracht, Schwäne und Enten seien tot angeschwemmt worden. Er berichtet vom pechschwarzen Himmel und von der mit Brandgeruch erfüllten Luft. Unter den deutschen, auf den Gleisen herumliegenden Waffen beobachtete der damals neunjährige Hansli Ziegler Flab-Kanonen, Panzertürme, Lastwagen, schwere Maschinengewehre,

Artillerie-Granaten sowie das verbogene Kanonenrohr eines Panzers, der wie ein sterbender Elefant ausgesehen habe. Der Bahnhof, behauptet Ziegler, habe einem *Schlachtfeld* geglichen, eine tausendköpfige Menge von Schaulustigen habe sich eingefunden. Von der deutschen Botschaft in Bern aber seien Männer herbeigeeilt mit Filzhüten und in Ledermänteln, auf deren Befehl die Schaulustigen von Schweizer Soldaten rücksichtslos vom Ort des Geschehens abgedrängt wurden.

So berichtet Ziegler. Alt Nationalrat Auer kommt das Verdienst zu, Zieglers Schauergeschichte anhand aller einsehbaren Archive sowie durch Befragung angeblicher Augenzeugen in allen Einzelheiten nachgeprüft zu haben. Motiviert wurde Auer zu dieser Nachprüfung, weil ihm die Geschichte unglaublich vorkam. Angebliche deutsche Waffentransporte über die Alpen während des Krieges waren seinerzeit immer wieder Gegenstand von Gerüchten. Doch selbst von kritischen Historikern ist nie ein entsprechender, begründeter Vorwurf formuliert worden. Ausserdem ist es für Auer schwerlich vorstellbar, dass helvetische Winde – selbst solche im Berner Oberland – mehrere Lokomotiven im Gewicht von über hundert Tonnen aus den Schienen hätten werfen können.

Für Felix Auer zeigte sich: Noch schwieriger als der Beweis für ein stattgefundenes Ereignis ist es, Beweise für ein *Nicht-Ereignis* zu erbringen. Denn die von alt Nationalrat Felix Auer veranlasste minutiöse Durchforstung der Archive des Nachrichten- und Sicherheitsdienstes der Armee, des Bundesarchivs, des SBB-Archivs, des Militärpolizei-Archivs, der Rapporte des Grenzwachtkorps, der Be-



*Hansli Ziegler und sein «Eisenbahnunglück von Thun»*

richte der Oberzolldirektion, sämtlicher verfügbarer SBB-Unterlagen, der Unterlagen der Bahnhof-Leitung, der Protokolle von Stadt- und Kirchenbehörden (die den vom Kirchturm angeblich heruntergestürzten Hahn wohl hätten ersetzen lassen müssen), ausserdem des Archivs der Berner Gebäudeversicherung und jenes der Meteorologischen Zentralanstalt erbrachten alle dasselbe Ergebnis: *Es findet sich nicht die geringste Spur von Zieglers Eisenbahnunglück von Thun.*

Auch in der lokalen, regionalen und schweizerischen Presse von damals, in der Landes- und in der Militärbibliothek ist die Suche nach Spuren des Thuner Unglücksfalls ergebnislos geblieben. Nachgewiesen sind für die Zeit von 1939 bis 1945 fünf Eisenbahnunglücke auf dem Gebiet des Kantons Bern. Keines davon ereignete sich in Thun oder in der Umgebung Thuns. Rund zwanzig heute noch lebende und befragte Zeugen des Geschehens der damaligen Zeit, Bahnangestellte, Feuerwehrleute, Kioskfrauen, Anwohner der Bahnlinie und des Bahnhofs, von Soldaten und Polizisten sowie anderen Thunern wissen nichts von der in Zieglers Buch minutiös geschilderten angeblichen Katastrophe. Eine solche hat sich weder im Dezember 1943 noch zuvor oder nachher ereignet. Mit andern Worten: Felix Auer hat nachgewiesen, dass *Zieglers dramatische Geschichte vom Thuner Eisenbahnunglück von A bis Z erfunden ist!*

Ziegler wirft, wie Auer feststellte, den Verantwortlichen der Schweiz zurzeit des Zweiten Weltkriegs vor, *gemauschelt, geschwindelt, getäuscht, abgrundtief geheuchelt, hereingelegt, gefälscht sowie viel, kräftig und wie die Pferdehändler gelogen* zu haben. Belegen kann Ziegler seine Behauptungen zwar nicht. Aber zumindest ein Teil der von ihm angeführten Qualifikationen trifft nach den verdienstvollen Untersuchungen von alt Nationalrat Felix Auer auf Zieglers Machwerk selber zu.

(22. August 1997)

*JM über Zieglers Machwerk*

## Verdrehungen und Unwahrheiten

*Der regelmässige «Schweizerzeit»-Mitarbeiter JM, profunder Kenner der Geschichte der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs, hat Jean Zieglers reisserisches Machwerk über «Die Schweiz, das Gold und die Toten» – das im Ausland schadenfreudige Begeisterung weckt – genauer, sozusagen Seite um Seite unter die Lupe genommen. Er kommt zu einem vernichtenden Ergebnis.*

JM stellt zunächst fest, dass die meisten von Ziegler aufgeführten – teilweise

## Nestbeschmutzer

An der von der «Aktion Freiheit und Verantwortung» durchgeführten Pressekonzferenz vom 6. August 1997 zur Präsentation des von Felix Auer verfassten Buches gegen die von Jean Ziegler entfesselte Kampagne zur Verunglimpfung der Schweiz ergriff auch der Aargauer Ständerat Maximilian Reimann das Wort. Wörtlich führte er aus:

*«Bei absichtlicher, ja willentlicher «Nestbeschmutzung» meines Heimatlandes halte ich es für meine Pflicht, in die Gegenoffensive zu gehen und alles zu unterstützen, was dem gleichen Ziel dient, wie in vorliegendem Fall das Buch meines ehemaligen Nationalratskollegen Felix Auer. Ich danke ihm sehr, dass er – obwohl an sich längst im verdienten Ruhestand stehend – die zeitintensive Bürde zur Abfassung dieses Buches auf sich genommen hat.*

*Doch generell zu besagten «Nestbeschmutzern»: Wenn diese erst noch – ganz oder teilweise – mit öffentlichen Mitteln alimentiert sind, dann halte ich dies für untragbar. Diese Bemerkung mache ich nicht nur an die Adresse von Jean Ziegler, der sich sein Haupteinkommen von den Genfer Steuerzahlern finanzieren lässt und sich zusätzlich für seine sogenannt wissenschaftlichen Aktivitäten noch wiederholt aus dem Nationalfonds bedienen kann. Ich mache die gleiche Bemerkung nachgerade auch an die Adresse der zu 70 bis 75% gebührenfinanzierten SRG und insbesondere von Fernsehen DRS wegen dessen Koproduktion des Beitrages «Nazigold und Judengeld». Mit dieser Koproduktion, die sich nun rund um die Welt auf Tournee befindet, ist unserem Land irreparabler Schaden zugefügt worden. So etwas kann und darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. In diesem Sinne habe ich bereits am 20. Juni eine von fast der Hälfte aller Ständeratskolleginnen und -kollegen mitunterzeichneten Interpellation über die «Zukunft der elektronischen Medienszene Schweiz» eingereicht.*

## Geschichtsfälschung

*Zum einen behauptet Ziegler, unsere Armee hätte sich bloss «in den Schneefeldern, Gletschern und Felsen der Alpen» einem Aggressor zum Kampf gestellt. Das ist eine tiefste Beleidigung meines Vaters, der als junger*

*Leutnant über tausend Dienstage an vorderster Front bei den aargauischen Grenztruppen am Rhein Aktivdienst geleistet hatte. Jene Leute wussten sehr wohl, dass sie bei einem Angriff kaum eine Überlebenschance gehabt hätten. Aber sie waren entschlossen, ihren Auftrag, nämlich den feindlichen Vormarsch so lange als möglich zu verzögern, bis das Gros der Armee im Hinterland in Stellung war, bis zum letzten Mann zu erfüllen.»*

*Maximilian Reimann, Ständerat*

*(22. August 1997)*

wahnwitzigen – Behauptungen schlicht nicht dokumentiert sind. Er behauptet Dinge, ohne sich im Geringsten darum zu bemühen, auch nachprüfbare Belege und Quellenangaben dafür zu liefern. Es geht ihm also, schliesst JM, nicht um objektive Darstellung von Fakten, sondern um *tendenziöse Verdrehungen der tatsächlichen Gegebenheiten*. Aber weder die Uni Genf noch die Pariser Sorbonne, wo Ziegler «lehrt», scheinen an solch «wissenschaftlichem» Tun Anstoss zu nehmen.

## Ausgewählte Beispiele

*Seite 56:*

Ziegler behauptet, es sei erwiesen, dass *Hermann Göring* für die Umstellung der deutschen Wirtschaft in eine Kriegswirtschaft die Hilfe der Schweizer benützte. Dafür führt er allerdings nicht den geringsten Nachweis an. Ebensowenig für die auf gleicher Seite aufgestellte Behauptung, Göring habe sein Privatvermögen 1944/45 auf schweizerische Privat- und Kantonalbanken verschoben. Weder Zahlen, Daten noch Dokumente beweisen diese Behauptung.

*Seite 58:*

Als «Beweis» für die angebliche «*Hehlerrolle*» der Schweiz im Dienste Nazi-Deutschlands zitiert Ziegler den deutschen Ministerialdirektor *Karl Clodius*, der 1943 Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz geführt hat. Dieser strich gegenüber seinem Vorgesetzten, *Reichsaussenminister Joachim von Ribbentrop*, die grosse Bedeutung der von ihm geführten Verhandlungen um den Erhalt schweizerischer Werkzeugmaschinen hervor. Wer die Hintergründe genauer untersucht, stellt fest, dass Clodius die Bedeutung seiner Rolle in erster Linie im Blick auf höchstpersönliche Karriereabsichten hervorgestrichen hat. Tatsache ist, dass 1943

und 1944 die deutsche Rüstungsproduktion trotz zunehmender alliierter Luftangriffe noch zunahm. Dies in erster Linie dank den Anstrengungen des Rüstungsministers *Alfred Speer*, nicht dank schweizerischen Lieferungen. Erst als ab Sommer 1944 die deutschen Hydrierwerke zerstört wurden und immer mehr Industriegebiete im Westen und im Osten verloren gingen, brach die deutsche Rüstungsproduktion ein – auch wegen der Zerstörungen am Bahnnetz und wegen des Kohlenmangels.

*Seite 75/76:*

Ziegler behauptet, viele schweizerische Arbeiter seien *während des ganzen Krieges mobilisiert* gewesen, also ununterbrochen im Militärdienst gestanden. Das ist grober Unsinn! Kein einziger Schweizer Soldat ist vom 2. September 1939 bis zum 8. Mai 1945 ununterbrochen im Aktivdienst gestanden.

*Seite 86:*

Über die Rolle Spaniens im Zweiten Weltkrieg schreibt Jean Ziegler wörtlich: *«Francisco Franco Bahamonte, Diktator von Spanien, bezeichnete sich selbst gern als persönlichen Freund Hitlers. Er machte freundschaftliche Besuche in Berlin und versicherte die Nazis seiner ideologischen Verbundenheit.»*

Tatsache ist: Franco pilgerte nie nach Berlin, *besuchte Deutschland nie*. Als Spanier, Katholik und Monarchist fühlte er sich den nationalsozialistischen Ideen Hitlers nicht verbunden. Er teilte lediglich dessen Hass gegen den Kommunismus und war den Deutschen dankbar für die Hilfe an die Nationalisten im Spanischen Bürgerkrieg. Franco und Hitler trafen *ein einziges Mal* zusammen, nämlich im französisch/spanischen Grenzbahnhof von *Hendaye* am 23. Oktober 1940. Dabei drängte Hitler Franco zum Kriegseintritt gegen England, wofür er ihm Gibraltar versprach. Franco antwortete mit einer unerfüllbaren politischen und wirtschaftlichen Wunschliste, die Hitler derart erboste, dass er seiner Umgebung beschied, Franco wäre bei ihm *nicht einmal Korporal* geworden; er, Hitler, würde sich lieber ein paar Backenzähne ziehen lassen als noch einmal mit diesem schäbigen marokkanischen Teppichhändler feilschen zu müssen. Begebenheiten, die einwandfrei dokumentiert sind und Zieglers Behauptungen ins Reich purer Erfindungen verweisen.

*Seite 101:*

Zwar gab es Bundesräte, die – im Widerspruch zum General – mehr *«Anpassung»* an Forderungen des Dritten Reichs wollten. Die Bundesräte *Pilet-Golaz, Wetter, Etter* und *von Steiger* zu gegebenenfalls *«willigem und qualifiziertem Personal»* für die Leitung von Hitlers *Gau Schweiz* zu diffamieren, müsste indessen strafrechtliche Folgen haben.

Seite 122:

Ziegler erwähnt den Angriff von «drei englischen Kriegsschiffen» am 23. September 1940 auf Dakar. In Wahrheit waren an dieser Operation 19 britische und 3 französische Kriegsschiffe beteiligt mit 3670 frei-französischen (de Gaulle) und 4270 britischen Mann. Solche Fakten sind jedem seriösen Buch über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu entnehmen. Ziegler scheint nicht nur keine seriösen Bücher zu schreiben, er liest auch keine seriösen Bücher.

Seite 128:

Ziegler behauptet: «Ganz Holland widerstand der (deutschen) Besatzungsmacht.» Die Realität ist etwas anders: Insgesamt dienten 910'000 Mann von 1939 bis 1945 in der deutschen Waffen-SS. Davon waren 125'000 nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (rund 8'000 Wallonen, 6'000 Dänen, 4'000 Finnen, 10'000 Flamen, 10'000 Franzosen, 40'000 Holländer, 8'000 Norweger). Zum Vergleich: Insgesamt lediglich rund 700 Schweizer dienten entweder in der Deutschen Wehrmacht oder in der deutschen Waffen-SS; viel zu wenig, als dass die Deutschen je hätten die Schaffung einer «schweizerischen Einheit» ins Auge fassen können. Als *Freiwillige für Deutschland* fielen im Zweiten Weltkrieg mehr Holländer und Dänen, als Holländer und Dänen im Kampf gegen die 1940 ihr Land besetzenden Deutschen fielen.

Seite 148:

Ziegler behauptet kühn, die Schweiz habe der Deutschen Wehrmacht und der SS nicht nur Waffen geliefert. Auch die *Ausbildung* an den gelieferten Waffen sei unter «*helvetischer Leitung*» erfolgt. Wie immer: Jeglicher Beweis für diese Behauptung lässt Ziegler vermissen.

Seite 163:

Ziegler behauptet, die deutsche Wehrmacht habe ihre rasanten Fortschritte insbesondere *schweizerischen Hehlern*, die für sie Rohstoffe und Industrie-Produkte einkauften, zu verdanken. Solche Unterstellungen auch zu beweisen, darüber geht Ziegler grosszügig hinweg.

Seite 168:

Eine krasse Zahlen-Jongliererei liefert Ziegler über den Bestand der Deutschen Wehrmacht zu Beginn des Jahres 1945: Hitler habe «*auf dem Papier*» über 10 Millionen Soldaten verfügt. Davon seien 750'000 in kampffähigen Einheiten eingeteilt gewesen. Wo die restlichen 9'250'000 verblieben, darüber findet sich bei Ziegler kein Wort. Dafür schreibt er, Hitler habe Anfang 1945 über 290 *Divisionen* verfügt, doppelt so viele wie am 10. Mai 1940. Dass die Divisionen von 1945

## *Kultur oder Unkultur?*

*Dass Zieglers Gold-Buch ein übles, von Fehlern sowie unbewussten und bewussten Unwahrheiten strotzendes Machwerk ist, ist inzwischen schwarz auf weiss ausführlich belegt worden. Interessant deshalb, wie offizielle Stellen mit diesem Buch umgehen. Das Bundesamt für Kultur z.B. hat kürzlich eine amtliche Bibliographie zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs publiziert, also eine Bücherliste mit der gesamten Literatur zum Thema. Zieglers Buch fehlt auf dieser Liste – wofür sich das Bundesamt für Kultur bei Jean Ziegler auf dessen Protest hin pflichtschuldigst entschuldigt hat. Nicht genug damit: Allen Empfängern der amtlichen Bibliographie wurde umgehend eine Besprechung des Ziegler-Buchs nachgeliefert. Und in der Zweitaufgabe der amtlichen Bibliographie werde Zieglers Buch – «selbstverständlich», wie das Bundesamt für Kultur schreibt – aufgeführt werden.*

*Offensichtlich zählt dieses Bundesamt für Kultur (oder Unkultur?) auch die Unkultur von auf Lug und Trug abgestützten Behauptungen zur Kultur – oder doch eher zur Unkultur?*

*(5. September 1997)*

(nicht nur die in Schlachten schwer dezimierten) weit niedrigere Soll-Bestände aufwiesen als jene von 1940, «vergisst» Ziegler mitzuteilen. Dass die Einheiten von 1945 weitestgehend ihrer Motorisierung beraubt worden waren, «vergisst» Ziegler ebenso. Jeder, der die tatsächlichen Truppenbestände von damals seriös abklärt, stellt alsbald fest, dass Ziegler Divisionen und Brigaden (die durchaus unterschiedliche Bestände aufwiesen) ebenso grosszügig wie wild durcheinanderbringt.

Ziegler behauptet, in *Kurland* (Baltikum) seien im Frühjahr 1945 1,8 Millionen deutsche Soldaten von 5 Millionen Rotarmisten eingekesselt worden. Tatsächlich standen bereits im Dezember 1944 lediglich noch gut 500'000 deutsche und mit ihnen verbündete Wehrmachtsangehörige in Kurland, am 1. Januar 1945 waren es noch knapp 400'000 Mann, die von 65 sowjetischen Schützendivisionen und 22 Panzerbrigaden belagert wurden. In sechs Schlachten gelang es den Sowjets dennoch nicht, den Kurland-Kessel zu erobern. Anlässlich der deutschen Gesamtkapitulation ergaben sich in Kurland 189'112 deutsche und 14'000 lettische Wehrmachtsangehörige. Nachzulesen in jedem seriösen Buch über den Kriegs-

verlauf (z.B. Percy E. Schramm: Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht).

*Seite 176:*

Ziegler behauptet, Nazi-Bürokraten hätten von Hitler kurz vor Kriegsende einen *Führer-Beschluss* erwirkt, wonach das seit 1933 geltende *Verbot privater deutscher Kapital-Exporte ins Ausland rückgängig* gemacht wurde, worauf Kapitalverschiebungen grösseren Stils via Schweizer Banken ins Ausland erfolgten. Welch kapitaler Unsinn! Wer in aller Welt hat damals (unmittelbar vor Kriegsende!) denn noch deutsche Reichsmark als Zahlungsmittel anerkannt und angenommen? Reichsmark hatten damals keinen höheren Wert als den des Papiers, auf das sie gedruckt waren.

*(11. Juli und 8. August 1997)*

# III

## Zur Flüchtlingstragödie

*Die Welt und die verfolgten Juden*

### Evian 1938

von Prof. Dr. Eduard Stäuble, Gunten BE

*Nachdem im März 1938 Hitler unter dem Jubel Zehntausender in Wien einmarschiert war, begann in Österreich eine Judenverfolgung, die an Brutalität alles übertraf, was sich Hitlers Reich bis dahin geleistet hatte.*

Schon im April erfolgte der erste Transport von Nazi-Opfern nach *Dachau*. Im gleichen Monat verhandelte die SS bereits über Grundstücke in *Mauthausen*, wo dann im August mit dem Bau des Konzentrationslagers begonnen wurde.

### Grenzschliessungen

Zu Tausenden flohen die bedrohten Juden vor dem Nazi-Terror. Sogleich schlossen die Nachbarländer Tschechoslowakei, Ungarn und Italien die Grenzen und erschwerten die Einreise in ihre Länder. Umso mehr wuchs an der Westgrenze der *Druck auf die Schweiz*. In den ersten Wochen nach dem Anschluss reisten etwa 3'000 österreichische Flüchtlinge in die Schweiz ein. Damals liess der St. Galier Polizeihauptmann *Paul Grüninger* zahlreiche Flüchtlinge bei Diepoldsau «schwarz» über die Grenze. Auch nachdem im August 1938 das Justiz- und Polizeidepartement eine Grenzsperr für alle Flüchtlinge ohne Visum verfügt hatte, liess Grüninger in vielen Fällen Menschlichkeit vor Recht ergehen, indem er die Einreisedaten der Flüchtlinge fälschte oder fälschen liess.

## Die USA greifen ein

Als die Flüchtlingsnot aller Welt sichtbar wurde, ergriff der Präsident der Vereinigten Staaten, *Franklin D. Roosevelt*, eine Initiative. Es sollte eine internationale Konferenz einberufen werden, die für die immer drängender werdenden europäischen Flüchtlingsprobleme eine Lösung suchen sollte. Die Konferenz begann am 6. Juli 1938 im französischen Badeort *Evian* am Genfersee. Sie dauerte bis zum 15. Juli. 32 Staaten hatten ihre Vertreter geschickt. Es waren vor allem Staaten, von denen man hoffte, sie würden sich für eine *vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen* bereit erklären. Die Schweiz war vertreten durch den Chef der Polizeiabteilung, *Dr. Heinrich Rothmund*. Präsident der Konferenz war der amerikanische Sonderbotschafter *Myron C. Taylor*.

## Lauter Absagen

Hauptziel der Konferenz sollte es sein, so viele Länder als möglich für die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich zu gewinnen. Zu einem echten Dialog kam es unter den Teilnehmerstaaten allerdings nicht. Es blieb bei Monologen der verschiedenen Vertreter, die sich praktisch alle *ausserstande* erklärten. Flüchtlinge aufzunehmen. Sie brachten dafür die unterschiedlichsten Gründe vor: Die hochindustrialisierten *westeuropäischen* Länder wiesen



*Die Tragödie von Evian: Die Politiker beschliessen  
«Türe zu!» für jüdische Flüchtlinge.*

auf die grosse Zahl ihrer Arbeitslosen hin; sie boten sich für eine *Durchreise* der Flüchtlinge an, wenn garantiert wäre, dass sie in Übersee eine dauernde Niederlassung fänden.

*Grossbritannien* erklärte, in den britischen Dominions hätten ausser angelsächsischen Einwanderern andere kaum eine Chance. Der Vertreter *Australiens* begründete seine Ablehnung sehr direkt: sein Land habe bisher keine Rassenprobleme gekannt und denke nicht daran, solche zu importieren. Die *lateinamerikanischen* Staaten machten auf ihre landwirtschaftliche Struktur aufmerksam und wünschten vor allem eine Einwanderung von Bauern, was nichts anderes als eine verblühte Ablehnung von Juden war; auch betonten sie den geschlossenen katholischen Charakter ihrer Länder, der sie für die Aufnahme von Juden ungeeignet mache. Der *bolivianische* Gesandte informierte über ein Abkommen seines Landes mit dem Deutschen Reich von 1937, wonach man die Einwanderung von 3'000 Deutschen gestattet hatte – «*sofern diese Arier sind*». *Argentinien* erinnerte daran, dass schon 270'000 Juden in diesem Lande lebten. *Venezuela*, *Peru* und *Uruguay* verlangten von den Flüchtlingen beträchtliche Einwanderungssummen. Und *Chile* nahm nur Einwanderer auf, wenn der Familienvater nicht über vierzig Jahre alt war.

## Der Schweizer Standpunkt

*Dr. Rothmund*, als Vertreter der *Schweiz*, legte in der Sitzung vom 11. Juli dar, die Schweiz sei immer bereit, den Unglücklichen Hilfe zu bringen; das habe sie schon oft bewiesen; aber ihre Hilfsbereitschaft könne *nicht unbegrenzt* sein. Die Flüchtlinge, die die Schweiz seit März 1938 aufgenommen habe, belasteten die Hilfsstellen bereits ausserordentlich schwer. Angesichts ihrer geographischen Lage, ihrer Überfremdung und der seit Jahren bestehenden Arbeitslosigkeit könne die Schweiz für Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich nur ein *Transitland* sein. Auch der *holländische* Delegierte betonte, dass sein Land Flüchtlinge nur als Durchwanderer aufnehmen könne.

## Und Amerika?

Durchwandern – aber *wohin*? Amerika hatte 1921 und 1924 neue Einwanderungsgesetze geschaffen, welche die Immigrationsquoten für Deutsche und Österreicher genau festlegten. Es waren sehr restriktive Gesetze, nicht ohne gewisse rassen- und völkerdiskriminierende Bestimmungen. Amerika sagte zwar zu, diese Quoten möglichst voll auszuschöpfen, aber darüber hinausgehen wolle man nicht.

Die Konferenz von Evian schloss mit der Schaffung einer *neuen Institution*, dem «*Intergouvernementalen Komitee für politische Flüchtlinge*», dem allerdings wenig Erfolg und keine lange Lebenszeit beschieden war. Es blieb in Evian bei wortreichen Sympathieadressen und leeren Gesten. Die Juden mussten in Evian erfahren, dass sie in keinem der dort vertretenen Länder auf wirksame Hilfe zählen konnten. Sie blieben der Willkür und dem Terror ausgeliefert. Evian war kaum viel mehr als eine *Demonstration der Hilflosigkeit* und des *Kleinmuts*.

## Die Nazis triumphieren

Die *deutschen Zeitungen* triumphierten. «*Judenkonferenz, von Evian blamiert die internationalen Heuchler*», titelte der «*Völkische Beobachter*». «*Keiner will die Mischpoche haben*», höhnte er in seiner Wiener Ausgabe, «*die meisten Regierungsvertreter lehnten es ab, für eine Bande, die Deutschlands Ruin verursachte, die Tore ihrer eigenen Länder zu öffnen.*» «*Der Judenknecht im Weissen Haus hat sich geirrt, als er auf die Tränendrüsen der Konferenzteilnehmer drückte.*»

Am Rande der Konferenz spielte sich eine merkwürdige Episode ab, die *Hans Habe* später zu seinem erschütternden Roman «*Die Mission*» inspirierte. Habe nahm als *Berichterstatter des «Prager Tagblatts»* an der Konferenz von Evian teil. Aus nächster Nähe erlebte er die Mission, mit der die SS den jüdischen Wiener Arzt *Prof. Dr. Heinrich von Neumann* (im Buch heisst er *Heinrich von Benda*) beauftragt hatte. Neumann sollte der Konferenz das Angebot machen, Hitler wäre bereit, eine *halbe Million Juden* gegen 250 Dollar «das Stück» ausreisen zu lassen. Damit wollte er gleichsam seine humanitäre Gesinnung demonstrieren und gleichzeitig für das Reich die nötigen Devisen in der Höhe von 125 Millionen Dollar beschaffen. Die Konferenz ging auf dieses «*Menschenhandelsabkommen*» nicht ein.

## Schuld und Mitschuld

Wenn wir gerade heute wieder nach Schuld und Mitschuld an den Flüchtlingschicksalen jener Zeit fragen, müssen wir uns auch wieder dieser *Konferenz von Evian* erinnern. Eine ganze Welt ist schuld, dass sie zu einem Fehlschlag wurde. Welch tausend- und millionenfaches Elend hätte verhütet werden können, wenn damals die Welt – wie der «*Daily Herald*» schrieb – nicht «*der Verantwortung ausgewichen*» wäre!

## Schlussfolgerungen

«*An der Konferenz von Evian wurde eine grosse Chance vertan*», schreibt *Alfred*

*A. Häsler in seinem Buch «Das Boot ist voll», «die Mehrzahl der Konferenzdelegierten verkannten die menschliche Aufgabe völlig, sie unterschätzten die Gefahr, die den Juden drohte, oder sie wollten sie nicht sehen...»*

Auch das damalige Verhalten der Schweiz muss man im Lichte der Konferenz von Evian sehen: Aufgrund der Berichte von Dr. Rothmund musste der Bundesrat zur Auffassung gelangen, dass eine schwere Zeit auf die Schweiz zukam, wenn man jüdische Flüchtlinge unbegrenzt ins Land einreisen lassen würde; denn man wusste ja, dass weit und breit *keine andern Länder* bereit gewesen wären, sie bei sich aufzunehmen. Angesichts des Fehlschlags von Evian und des wachsenden Flüchtlingsstroms musste in der von den Achsenmächten eingekreisten Schweiz eine *Panikstimmung* aufkommen.

Es geht nicht darum, ein Fehlverhalten zu beschönigen und Mitschuld abzuwälzen. Aber es geht darum, gewisse tragische Ereignisse von damals aus der schier auswegslosen Lage jener schwierigen und gefährlichen Zeit heraus *besser zu verstehen*.

(21. März 1997)

*Die offizielle Stellungnahme des Verbandes Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen aus dem Jahr 1944:*

## Flüchtlinge

*Mit der Betreuung der jüdischen Flüchtlinge vor und während dem Zweiten Weltkrieg wurde in der Schweiz seinerzeit der Verband Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen mit Sitz in Zürich betraut.*

Bis 1943 nahm der Bund bezüglich der Flüchtlinge lediglich Polizeiaufgaben – Einlassgewährung, Registrierung usw. – vor, während die Betreuung privaten Organisationen übertragen war. Der Verband Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen hat im März 1944 über die Betreuung aller zwischen 1933 und 1943 in die Schweiz gelangten jüdischen Flüchtlinge einen umfassenden Rechenschaftsbericht vorgelegt, welcher der «Schweizerzeit» in vollem Umfang vorliegt. Nachstehend werden einzelne Abschnitte aus diesem umfassenden Rechenschaftsbericht im Wortlaut zitiert. Der Bericht ist geeignet, ein objektives, aus jüdischer Sicht – ohne Beschönigung, aber auch ohne Anschwärzung – gezeichnetes Bild der Schweizer Flüchtlingspolitik insbesondere gegenüber den jüdischen Flüchtlingen vor und während des Zweiten Weltkriegs zu vermitteln.

Die «Schweizerzeit» verzichtet auf jegliche Kommentierung dieser Originalausagen:

## Einleitung

Die Schweiz ist rings von mächtigen Nachbarn umgeben. So ehrwürdig ihre Neutralität, so geachtet ihre Wehrhaftigkeit ist, so unleugbar ist doch, dass sie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn bedarf. Und einer ihrer mächtigsten Nachbarstaaten war das nationalsozialistische, die Juden verfolgende Dritte Reich. Auf diesen Tatsachen basiert die fremdenpolizeiliche Gesetzgebung der Schweiz. Ihr oberster Grundsatz lautete seit langem: von Ausnahmen abgesehen, kann die Schweiz *mir Transitland* für Flüchtlinge sein.

## Flüchtlingswelle 1938

In Deutschland und in allen von Deutschland beherrschten Gebieten wurden die Juden in beschleunigtem Tempo aus allen Berufen ausgeschlossen, ihres Vermögens und ihrer Wohnung sowie ihrer persönlichen Habe beraubt.

Nach der *Flüchtlingskonferenz von Evian* begann Deutschland planmässig Juden in die Nachbarstaaten abzuschieben.

Im November fanden in Deutschland umfangreiche Pogrome statt. Tausende wurden verhaftet, in Konzentrationslager und Gefängnisse gesperrt, jeder Aussicht auf Fortsetzung einer noch so bescheidenen und bedrückten Existenz in Deutschland beraubt.

Diese Ereignisse brachten in mehreren Wellen Tausende neuer Flüchtlinge in die Schweiz. Unsere Behörden und die Hilfsorganisationen wurden vor ganz neue Probleme gestellt.

Die schweizerischen Behörden waren über das Ausmass der Flüchtlingswelle sehr besorgt und hatten das Bestreben, den Zustrom möglichst einzuschränken. Angesichts der damals herrschenden Arbeitslosigkeit galt es als ein feststehender Grundsatz schweizerischer Politik – der auch von den Arbeitsorganisationen unterstützt wurde –, dass kein Flüchtling in den Arbeitsprozess eingegliedert werden dürfe. Für diejenigen, die nicht emigrieren konnten und die nicht über genügend eigene Mittel verfügten, würde dies Unterstützungsbedürftigkeit auf unabsehbare Zeit bedeuten.

Sehr grosse Anstrengungen wurden natürlich auf die Verwirklichung der *Emigration nach Übersee* gerichtet. Es ist unmöglich, hier im Einzelnen zu schildern, welche Unsumme von Arbeit und Kosten jeder einzelne Fall verursachte; das gilt

## Schweizer Flüchtlingspolitik

«Während der Kriegszeit lebten für kürzere oder längere Dauer auf dem schützenden Schweizer Boden 395'381 Flüchtlinge. Dazu kamen noch die zahlreichen Emigranten, die die Grenze schwarz passierten, sich bei der Polizei nicht anmeldeten und von Privaten beherbergt wurden, worunter mehr als die Hälfte Juden waren; erst gegen Ende des Krieges gerieten sie gegen die Nichtjuden in Minderheit.

Für die Beherbergung und Betreuung der ausländischen Militär- und Zivilflüchtlinge betrug bis Ende 1945 die Ausgaben der Eidgenossenschaft aus öffentlichen Mitteln rund 175 Millionen Franken ..., diejenigen der privaten Fürsorge rund 63 Millionen Franken. Die Gesamtausgaben der Schweiz betrugen somit rund 238 Millionen Franken oder rund 55 Franken pro Kopf der Wohnbevölkerung. Für die Flüchtlingshilfe im Ausland haben Bund und Private in den Jahren 1940 bis 1950 bis 1'000 Millionen Schweizer Franken zur Verfügung gestellt – gleichsam Abschlagszahlungen an die ungemaine Gunst des Schicksals, das die Schweiz vom Krieg verschonte, opferbereite Dankbarkeit dafür, dass sie im Weltungewitter überhaupt bestehen blieb. Die Schweiz, unter ungleich stärkerem aussenpolitischem Druck der Achse und dem innenpolitischen Druck der Nahrungsknappheit und Arbeitslosigkeit stehend, hat mehr aufgewendet als manche andere Staaten in gleicher Lage – wenn sie auch sehr wohl noch mehr hätte tun können ...

Dass sich in jenen schweren Kriegsjahren die Schweiz ... nicht dazu aufraffen konnte, aus ihrer uneingeschränkten Neutralität die Pflicht zur uneingeschränkten Humanität abzuleiten, bleibt ein garstiger Fleck auf ihrem Neutralitätsschild und beeinträchtigt die Genugtuung über das tatsächlich Geleistete. Die Problematik der Flüchtlingspolitik, wo Ideal und Wirklichkeit auseinanderklaffen, soll nicht beschönigt werden. Ängstlichkeit, Vorurteil, Bequemlichkeit übten zeitweise Verrat an einer stolzen Tradition. Aber die Schweiz hat sich doch unter dem Drucke stärkster Erpressung nie dazu herabgewürdigt, das Asyl recht preiszugeben.»

(Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. VI, S. 42 f.)

(21. März 1997)

für die Flüchtlinge, deren Emigration trotz aller Bemühungen nicht verwirklicht werden konnte, nicht minder als für jene, die schliesslich Eisenbahn, Flugzeug oder Schiff besteigen konnten. War man doch längst in die Periode eingetreten, in der ein Land nach dem anderen seine Tore schloss oder zumindest unerfüllbare Bedingungen an die Einwanderung knüpfte.

Das Jahr 1938 mit seinen immens gewachsenen, in Umfang und Wesen völlig veränderten Aufgaben stellte nicht nur an die jüdischen Organisationen gewaltige Anforderungen, sondern rief auch weitere nichtjüdische Kreise des Schweizervolkes zur Hilfe auf den Plan. In allen Berichten und Protokollen aus der damaligen Zeit finden wir den Ausdruck des Dankes der jüdischen Verbände für diese Hilfe und für die Gesinnung, die darin zur Tat wurde.

## 1939 – Kriegsausbruch

Der Kriegsausbruch verschloss mit einem Schlage die Grenzen so manchen Landes, das bis dahin zur Weiterwanderung noch eine Pforte offen gelassen hatte. Noch hörte die Möglichkeit zur Emigration nicht völlig auf, aber ihr Ende war abzusehen. Der Tag musste kommen, an dem der Begriff «Die Schweiz als Transitland», auf dem die gesamte Flüchtlingsarbeit der Behörden wie der Hilfsorganisationen basierte, auf lange hinaus nur noch theoretische Bedeutung haben würde.

Im Jahre 1938 hatte die jüdische Flüchtlingshilfe der Schweiz, die in den ersten fünf Jahren seit 1933 mit durchschnittlich 140'000 Franken pro Jahr ausgekommen war, über 1,6 Millionen Franken ausgegeben. Im Jahre 1939 stieg diese Summe auf weit mehr als Doppelte, auf fast 3,7 Millionen Franken.

Das Justiz- und Polizeidepartement gewährte 1939 Beiträge von Fr. 69'138.– für die Durchführung von Emigrationen, eine willkommene Hilfe, die uns manche kostspielige Auswanderung zu finanzieren ermöglichte.

## 1940 und 1941

Das Jahr 1940 brachte mit dem *Zusammenbruch Westeuropas* neues Elend über Hunderttausende von Juden.

Emigrationen nach Übersee wurden fast unmöglich: die Sperrung der Durchreiseländer, der Mangel an Schiffsraum und die immer weiter sich verschärfenden Einreisebedingungen der Immigrationsstaaten brachten unsägliche Bemühungen oft in letzter Minute zum Scheitern.

Wenn der *Arbeitsdienst* auch nicht durch unsere Initiative entstanden war, so begrüsst wir dessen Einrichtung doch als gewisse Verwirklichung unserer alten

Bestrebungen, die Emigranten endlich wieder zu regelmässiger Arbeit zu bringen.

Es wurde von den eidgenössischen Behörden von allem Anfang an festgelegt, dass der Arbeitsdienst für *alle* tauglichen Flüchtlinge, also nicht etwa nur für die mittellosen, obligatorisch sei. Das war nicht nur ein Grundsatz der Gerechtigkeit, sondern auch ein praktisch wichtiger Gesichtspunkt in Bezug auf die Emigration: der mit Mittellosigkeit gleichbedeutende Aufenthalt in einem Arbeitslager hätte die Einwanderung nach manchem Land, vor allem nach U.S.A., erschwert oder verunmöglicht.

Wohl die grosszügigste Einrichtung dieser Art war die *Wäscherei und Flickstube Zürich*, in der 1940 monatlich ca. 20'000 Wäschestücke gebügelt und geflickt wurden. Aus rund 10'000 Metern Stoff wurden Schlaf- und Wäschesäcke und Hunderte neuer Hemden für den Arbeitsdienst gefertigt. Gleichzeitig wurden in dieser «Flickstube» im Laufe der Zeit Hunderte von Mädchen und Frauen in konstruktiver Weise zu Büglerinnen und Flickerinnen ausgebildet.

Eine ausserordentlich wichtige Hilfe für die Emigranten war ferner die Errichtung von guten *Gemeinschaftsküchen*, die Mahlzeiten zu stark verbilligten Preisen abgaben, vor allem in Basel und Zürich. Auch hier wurde, unter ehrenamtlicher Leitung von Schweizern, die gesamte Arbeit von Emigranten geleistet.

Auch die Durchreise durch das unter deutscher Kontrolle stehende Frankreich, durch Spanien, Portugal wurde immer schwieriger und war schliesslich überhaupt nur noch durch intensive Bemühungen der Polizeiabteilung zu erreichen: für diese besondere Aufgabe wurde ein spezieller *Emigrationsdienst* bei der Eidgenössischen Fremdenpolizei geschaffen, der uns wertvollste Dienste leistete. Nur durch die von dieser Abteilung organisierten Convois, unter Begleitung schweizerischer Funktionäre bis zur spanischen Grenze, konnten Ausreisen überhaupt noch bewerkstelligt werden.

Im Jahre 1941 konnten nur noch 222 Flüchtlinge aus der Schweiz emigrieren, davon 109 nach U.S.A. und 55 nach San Domingo.

Eine Enquête hatte ergeben, dass sich die bemittelten Emigranten nur in sehr bescheidenem Ausmasse an der Finanzierung der verschiedenen schweizerischen Flüchtlingsorganisationen beteiligt hatten. In der Erwägung, dass zwischen den in der Schweiz A'sylrecht geniessenden Flüchtlingen eine besondere Schicksalsgemeinschaft bestehe und es daher berechtigt sei, von den bemittelten Emigranten einen ihrem Vermögen entsprechenden Beitrag zu den Unterhaltskosten ihrer unbemittelten Schicksalsgefährten zu fordern, erliess der Bundesrat am 20.3.41 den «Bundesratsbeschluss über den Beitrag der ausländischen Flüchtlinge an die Hilfsorganisationen für Emigranten».

Die Solidaritätsabgabe wurde anteilmässig an alle der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlinge angeschlossenen Organisationen verteilt. Der V.S.I.A. (Ver-



*Näh- und Flickstube im Flüchtlingslager Bienenberg bei Liestal (1943)*

band Schweiz. Jüd. Flüchtlingshilfen) erhielt auf Grund seiner bisherigen finanziellen Leistungen im November 1941 einen ersten Anteil von Fr. 379'210.– zugewiesen, ausserdem aus der Restverteilung im Jahre 1942 Fr. 910'104.–.

## **Flüchtlingswelle 1942/43**

Im Sommer 1942 kam neues, furchtbares Unheil über die in Belgien, Holland und Frankreich lebenden Juden: Deportation nach Osteuropa bedrohte sie mit physischer Vernichtung, mit qualvollem Tode. Kein Wunder, dass viele Tausende sich in letzter Verzweiflung erneut auf wilde Wanderschaft begaben und, aller Gefahren spottend, in die rettende Schweiz zu gelangen suchten. Viele kamen nicht ans Ziel: wie viele es waren, die auf dieser Flucht zugrunde gingen, wird wohl kein Geschichtsschreiber je feststellen können.

Tausende kamen in unser Land: zuerst meist Juden, später auch in grösserer Zahl nicht-jüdische politische Flüchtlinge, Elsässer, französische Refraktäre und andere, die der Verschickung nach Deutschland entgehen wollten. Die Schweizer Behörden, die schweizerische Bevölkerung und die Flüchtlingsorganisationen waren vor Probleme gestellt, die sowohl ihrem Umfang wie ihrer Art nach ganz neue Aufgaben mit sich brachten.

Das Problem der illegalen Einreisen in die Schweiz, das in den letzten anderthalb Jahren eine so grosse Bedeutung erlangt hat, existierte bis zum Sommer 1942 sozusagen nicht mehr. So waren noch im ersten Halbjahr 1942 den jüdischen Hilfscomités nur 23 illegale, später legalisierte Einreisen bekannt.

Eine Änderung trat plötzlich im Juli 1942 ein, als in Holland, in Belgien und im besetzten Frankreich, bald darauf auch im sogenannten unbesetzten Frankreich, die Massenverhaftungen und Massendeportationen einsetzten. Diese Vorgänge sind noch so unauslöschlich in aller Erinnerung, dass sie keiner näheren Schilderung bedürfen.

Ebenso unvergesslich ist die spontane Reaktion weitester Kreise des Schweizervolkes gegen die Schliessung der Grenzen unseres Landes. Dieser grossen menschlichen Bewegung ist die Rettung von Tausenden von Flüchtlingen, denen ein furchtbares Schicksal gedroht hätte, in erster Linie zu danken.

Immer neue Sammelaktionen mussten durchgeführt werden. Auch die Emigranten beteiligten sich nach Möglichkeit und in solidarischer Weise aus ihren eigenen Beständen. Die Gaben an Kleidern und Wäsche, die an uns gelangten, stammten aus allen Kreisen der schweizerischen Bevölkerung; die Frauenzentrale Zürich und die Frauenvereine der Schweiz beteiligten sich an diesen Sammlungen in hervorragendem Masse.

Eine besonders dringende Aufgabe war es, die vielen *Flüchtlingskinder* so rasch wie möglich aus den Massenquartieren der Auffanglager, die ihnen weder gesundheitlich noch psychisch zuträglich sein konnten, in eine gesündere Umgebung zu bringen.

Diese wichtige Arbeit übernahm im Auftrag der Polizeiabteilung das «*Schweizer Hilfswerk für Emigrantenkinder*» (S.H.E.K.). In verhältnismässig kurzer Zeit wurde durch die Damen dieses Comités die grosse Aufgabe bewältigt, rund 2'000 Kinder zwischen 6 und 16 Jahren in Familien, das heisst in Freiplätzen, zum Teil in Kostplätzen, und in einigen Heimen unterzubringen. Für die von der Bevölkerung angebotenen zahlreichen Freiplätze sind auch wir zu grösstem Dank verpflichtet.

Dank dem Verständnis der Polizeiabteilung und der Hochschulbehörden und mit Hilfe des «International Student Service» in Genf, verschiedener Gesandtschaften und auch der Flüchtlingsorganisationen konnten schon im Sommersemester eine grössere Anzahl Flüchtlinge ihr Studium an einer Schweizer Hochschule wieder aufnehmen. Für das Wintersemester 1943, nachdem viele Studenten ihren Pflichten im Arbeitsdienst nachgekommen waren, wurden rund 450 Studienbewilligungen an Emigranten und Flüchtlinge erteilt.

In den Monaten Januar bis August 1943 betrug die Zahl der illegal aus Frankreich Eingereisten durchschnittlich 600 pro Monat, also insgesamt rund 5'000.

Der September und der Rest des Jahres standen weitestgehend im Zeichen der Ereignisse und Umwälzungen in *Italien*. Mit der Besetzung Norditaliens durch die deutschen Truppen und die Gestapo setzten die Verfolgungen der antifaschistischen Kreise – und wiederum der Juden ein. Grauenhafte Vorkommnisse veranlassten Tausende zur panikartigen Flucht nach der Schweiz. Allein in den Tagen vom 20. bis 23. September überschritten mehr als 20'000 Menschen die Schweizergrenze, davon rund 2'500 Zivilflüchtlinge. Unter diesen letzteren befand sich ein starker Prozentsatz Juden, die als ganz besonders gefährdet zu betrachten waren. Behörden und Volk des Kantons *Tessin* liessen den Flüchtlingen weitgehend Aufnahme und Hilfe angedeihen. Auch über die Berge *Graubündens* und des *Wallis* retteten sich Hunderte unter grossen Strapazen in die Schweiz.

## Gesamtbild

Dabei sind wir uns wohl bewusst, dass die Rettung und Erhaltung der in der Schweiz aufgenommenen Flüchtlinge nicht möglich gewesen wäre, hätten nicht auch andere Kreise in so hohem Masse Verständnis und menschliche Solidarität bewiesen.

Die *Bundesbehörden* hatten ihre Entscheidungen von einem Standpunkt aus zu treffen, der nicht immer unserem Wunsche, möglichst vielen der vom Tode Bedrohten Rettung zu bringen, entsprechen konnte. Daraus ergab sich, dass auch wir zu Interventionen und zu sachlicher Kritik gezwungen waren. Die Arbeiten der Flüchtlingshilfe sind so komplexer Natur, dass auch in Zukunft nur durch gegenseitige vertrauensvolle Zusammenarbeit, durch Kritik und Selbstkritik eine maximale Leistung erzielt werden kann. Die eben erfolgte Schaffung einer *Sachverständigen-Kommission für Flüchtlingsfragen* durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement dürfte auch in dieser Richtung wertvolle Arbeit verrichten können.

Wir verschliessen unsere Augen nicht vor den durch die Kriegszeiten und die Massen der Flüchtlinge bedingten objetiv bestehenden Schwierigkeiten und Sorgen unserer Behörden. An ihrem guten Willen und ihrer Bereitschaft, nach Kräften zu helfen, besteht kein Zweifel, und wir dürfen zusammenfassend dankbar anerkennen, dass wir bei unseren Behörden in den meisten Fragen ein offenes Ohr und weitgehendes Verständnis für unsere Anliegen gefunden haben und dass wir, wenn wir diese zehn Jahre überblicken, allen Grund haben, dieses Positive stark zu unterstreichen und festzuhalten.

Die Leiter der Arbeitslager und noch mehr die militärischen Kommandanten der Auffanglager sahen sich vor ungewohnte und zweifellos schwierige Aufgaben gestellt. Kein Wunder, dass es auch Missgriffe und Versagen gab. Aber auch hier ist es uns ein Bedürfnis, dankbar hervorzuheben, dass viele Kommandanten und

Lagerleiter rasch in ihre Aufgaben hineingewachsen sind und grosses Verständnis und Wohlwollen bewiesen haben. Das hat die materielle und vor allem die seelische Situation der Flüchtlinge sehr erleichtert und ihnen bewiesen, dass die Traditionen der schweizerischen Asylgewährung auch heute lebendig sind.

Hinter all dem aber steht das Schweizer Volk. Durch sein spontanes Eintreten für das Asylrecht, durch das schöne Ergebnis der öffentlichen Sammlungen, durch die Gewährung von Freiplätzen für Kinder und für erwachsene Flüchtlinge und durch ungezählte andere Taten und Gesten der Solidarität hat es erneut bewiesen, dass ihm die Asylgewährung an die Verfolgten ein heiliges Anliegen und ein unveräusserlicher Teil seines inneren Wesens ist.

Der Rückblick auf die in diesen zehn Jahren überwundenen Schwierigkeiten möge unsere Zuversicht stärken. Ein gütiges Schicksal hat unser Land vor den Schrecken des Krieges bewahrt. Dafür wollen wir durch die Tat und weitere Opferbereitschaft danken.

Zürich, im März 1944

*Verband Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen*

## **Flüchtlingsbetreuung 1933-1943 durch den Verband Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen (V.S.I.A.)**

Gesamtbild der zehn Jahre

*Gesamt-Ausgaben des V.S.I.A.:*

1933	Fr.	131'534.–	1939	Fr.	3'688'185.–
1934		167'576.–	1940		2'364'965.–
1935		111'576.–	1941		2'144'488.–
1936		152'632.–	1942		2'476'234.–
1937		138'648.–	1943		3'325'805.–
1938		1'632'824.–	<b>Total</b>	<b>Fr.</b>	<b>16'334'467.–</b>

*Wie wurden die Summen aufgebracht?*

Von jüdischen Organisationen Nordamerikas	Fr.	6'322'330.–
Aus Schweiz, allgemeinen Sammlungen	Fr.	1'255'215.–
Von Bund und Kantonen zur Finanzierung von Weiterreisen	Fr.	428'072.–
Solidaritätsopfer	Fr.	1'289'314.–
	<b>Fr.</b>	<b>9'294'931.–</b>

Der Rest, also Fr. 7'039'536.– wurden von den in der Schweiz lebenden Juden aufgebracht.

*(4. April 1997)*

## Das Affidavit

1993 erschien im Jüdischen Verlag in Frankfurt am Main das Werk «Susanna», verfasst von der jüdischen Schriftstellerin Gertrud Kolmar. Im von Thomas Sparr verfassten, hier im Wortlaut abgedruckten Nachwort zu diesem Buch wird geschildert, was für eine Aufnahmepolitik die USA gegenüber deutschen Juden vor und während des Zweiten Weltkriegs verfolgten.

In den ersten Sätzen ihrer Erzählung nennt Gertrud Kolmar ein *Fremdwort*, das nur den wenigsten geläufig sein wird: Der grosse Koffer unter dem Riegelbrett warte auf das zweite «Affidavit» aus Plymouth, Massachusetts.

### Einreisebeschränkungen der USA

Ein Affidavit war die *eidesstattliche Erklärung amerikanischer Bürger, für den Unterhalt der Einwanderer im Land aufzukommen*. Juden, die am Vorabend des Holocausts Deutschland verlassen wollten, mussten diese Bescheinigung amerikanischen Konsulaten vorlegen. «Ein Affidavit bekommt nur der», so schreibt Betty Schölerin im Oktober 1937 an ihren Sohn Gershom von Berlin nach Jerusalem, «für den ein Blutsverwandter die geldliche Bürgschaft übernimmt, also durch Freunde ist es nicht mehr zu machen. Oder man muss 5'000 Dollar einführen; wer hat die schon!»

Das Affidavit war nur die erste Hürde; den weiteren Fluchtweg säumten Formalitäten, hemmten Einreisebeschränkungen, vereitelten Ausreiseschikanen.

Der Einlass in die Vereinigten Staaten, aber auch in die Commonwealth-Staaten war nach *Quoten* eingeteilt, die Wartezeiten lang und ungewiss, Schiffspassagen gefährdet, die deutschen Behörden beschlagnahmten alles Hab und Gut und erlegten jüdischen Flüchtlingen eine «Reichsfluchtsteuer» auf, eine Kiste, von den Emigranten «Lift» genannt, war alles, was ihnen blieb. Im Frühjahr 1939 gelangt die 74jährige *Betty Schölerin* schliesslich über London, Marseille und Port Said nach Australien. Berlin, die Stadt, an der sie hing und deren Bilder auch in der Ferne immer wieder vor ihren Augen auftauchten, wird sie nicht wiedersehen. *Werner Schölerin*, um dessentwillen die Mutter so lange in Deutschland ausharrte, wird im Juli 1940 im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.

### Schicksale

Lebensläufe kreuzen sich in der Gleichzeitigkeit der Verfolgung: Auf der Flucht

vor der Gestapo erreicht *Georg Chodziesner*, der Bruder von *Gertrud Kolmar*, im August 1939 ein englisches Durchgangslager, im Mai 1940 wird er auf der Isle of Man interniert, bald darauf nach Australien gebracht, während seine Frau und sein Sohn nach Chile fliehen können. Ein Visum für Amerika erhält Georg Chodziesner trotz aller Bemühungen nicht, seine Frau stirbt noch während des Kriegs in Chile; der vorerst verwaiste, mittellose Sohn gelangt erst später zum Vater nach Australien.

Gertrud Kolmar hat, als erste und wohl einzige Dichterin, dieses eine Fremdwort in die deutsche Literatur gebracht, das sie aus ihrem Leben nahm, für das es von entscheidender Bedeutung wurde: Gertrud Kolmar hat kein Affidavit erhalten.

(7. Februar 1997)

### *Gedanken zum Eizenstat-Bericht*

## **Die Mitverantwortung der USA am Holocaust**

*Von Dr. Ernst Walder, Kilchberg ZH*

*In der NZZ vom 17./18. Mai 1997 erschien die eindruckliche Stellungnahme eines jüdischen Arztes zu der gehässigen und lautstarken Kampagne, welche jüdische Organisationen – man darf beifügen: und die USA – seit Monaten gegen die Schweiz führen.*

Der Autor, dem man nicht nur Geschichtskennntnis und Objektivität, sondern auch Zivilcourage attestieren muss, hält – zu Recht – u.a. Folgendes fest:

*«Als Hitler 1938 mit der intensiven Verfolgung der deutschen und österreichischen Juden begann mit dem Ziel, sie so schnell wie möglich loszuwerden, hat der Völkerbund eine Konferenz in Evian einberufen mit dem Ziel, die Verfolgten zu retten. Keiner der dort versammelten 32 Staaten inklusive der USA und Englands war bereit, auch nur einen kleinen Teil dieser Menschen aufzunehmen. Die USA haben sogar ein Schiff mit ca. 900 Flüchtlingen vor ihrer Küste gestoppt und nach Europa zurückgeschickt, in den sicheren Tod. ...*

*Immerhin hat das kleinste und am meisten gefährdete Land Europas (Anmerkung: die Schweiz) als einziges ca. 28'000 bedrängten jüdischen Menschen Zuflucht gewährt und Schutz geboten.»*

## USA: Abweisung der Juden

Was hier gesagt wurde, entspricht dem, was wir bei *Abba Eban* (israelischer Vizepremier unter *Levi Eshkol*, Aussenminister und Professor in Cambridge für hebräische, persische und arabische Literatur) finden (*«My People: The Story of the Jews»*, 1968). Eban stellt fest, die Völkergemeinschaft habe die vor den Schergen Hitlers flüchtenden und Schutz suchenden Juden weggescheucht wie *«bothersome insects»*, also wie *lästige Insekten*. Das galt insbesondere für die USA. Eban erwähnt nur wenige positive Ausnahmen: insbesondere die *Dominikanische Republik* und die *Schweiz*: *«Über die Alpen und die Pyrenäen, auf gefährlichen Wegen, wurden holländische, belgische und französische Juden zu Tausenden in die Schweiz oder nach Spanien geleitet. Aber ebenso oft wurden Flüchtlinge in feindliches Territorium zurückgeschickt.»* Weiter: *«Kinder wurden in die Schweiz hineingeschuggelt, wobei der Joint (eine jüdische Organisation) die hauptsächliche finanzielle Hilfe leistete.»* Weshalb haben auch – insbesondere! – die USA in diesem fürchterlichen Drama total versagt? Nachstehend soll aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Quellen versucht werden, etwas Licht auf dieses düstere Kapitel zu werfen.

Abba Eban sieht den Grund für das Verhalten der USA in einer eigentlichen *Eruption von Antisemitismus* während der *Weltwirtschaftskrise* und während *Roosevelts New Deal*. Vor allem in den Südstaaten waren viele Amerikaner überzeugt, die städtische, angeblich von Juden dominierte Hochfinanz sei für ihr Elend verantwortlich (schon damals lebten in New York rund 1,5 Millionen Kinder Israels). In den Städten wurden die gesellschaftlich aufsteigenden Juden oft als unerwünschte Konkurrenten betrachtet. Es entwickelten sich «patriotische» bzw. rassistische Organisationen wie der *Ku Klux Klan*, der 1925 bereits 4 Millionen Mitglieder zählte und der gleichermassen gegen Farbige, Katholiken und Juden hetzte. Eban erwähnt auch das Wirken des politisch einflussreichen *Pater Coughlin*, der geltend machte, der *Bolschewismus* sei ein *durch Juden geschaffenes System*, das Amerika bedrohe. Wir werden weiter unten auf diesen Gesichtspunkt näher zu sprechen kommen.

### «Rote Panik»

Die Ausführungen von Eban sind an sich richtig; aber sie sind nicht die ganze Wahrheit. Betrachten wir die Dinge etwas näher (wobei wir der Propyläen-Weltgeschichte folgen).

Nach dem Ersten Weltkrieg zogen sich die USA in eine isolationistische Haltung zurück. Mit dem 1922 beschlossenen *Fordmey-McCumber-Zollgesetz* wurden die höchsten Zollmauern aufgerichtet, die Amerika in Friedenszeiten je gekannt hatte. Das Anwachsen nationalistischer Stimmungen änderte auch die Einwande-

## Blockierter Holocaust-Fonds

### *Durchsichtige Manöver*

*Zwar finden die jüdischen Organisationen lobende Worte für die Bereitschaft von Banken und Industrie, einen 280-Millionen-Hilfsfonds für Holocaust-Opfer zu schaffen. Allerdings, so mahnen sie aus New York, sei mittlerweile dringlich, dass endlich Zahlungen ausgerichtet würden. Allein mit Versprechungen und Ankündigungen wolle man sich nicht länger zufrieden geben.*

*Mit Verlaub: Zahlungen kann dieser Fonds dann ausrichten, wenn die Fonds-Leitung bestellt ist. Die vier schweizerischen Mitglieder dieser Fonds-Leitung sind seit einiger Zeit ernannt. Doch die drei internationalen Mitglieder, welche der Jüdische Weltkongress und andere jüdische Organisationen ernennen sollten, sind bisher weder definitiv bestimmt noch der Schweiz mitgeteilt worden. Dieses Säumen der jüdischen Organisationen allein ist der Grund, dass Zahlungen auf sich warten lassen müssen. Dem Jüdischen Weltkongress wäre, wenn er schon Kritik üben will, dringend zu raten, seine Kritik an jene Adresse zu richten, die für die Verzögerungen verantwortlich ist: An seine eigene Adresse nämlich!*

*(2. Mai 1997)*

rungspolitik. Da viele Immigranten vor 1914 aus Russland gekommen waren, verbreitete sich die Meinung, man müsse die Einwanderung beschränken, um unerwünschte radikale Elemente, d.h. Anarchisten und Kommunisten fernhalten zu können. Das Werk spricht von einer eigentlichen «roten Panik», d.h. Angst vor den Bolschewiken, die durch den Justizminister, A. Mitchell Palmer, mit alarmierenden Verlautbarungen kräftig geschürt wurde. Ein erstes Notgesetz wurde vom Kongress 1921 verabschiedet: Es schrieb eine *scharfe Begrenzung der Einwanderung* vor und führte ein System nationaler Kontingente ein. Dann legte das 1924 erlassene Gesetz über die Einwanderungskontingente (*immigrant quota act*) den Grundstein der zukünftigen Politik fest: Für die Einwanderung aus den einzelnen Ländern wurde eine Höchstgrenze festgesetzt – für jedes Land 2% der aus ihm stammenden Einwohner der USA. Im Jahre 1929 wurde sodann die Gesamteinwanderung auf 150'000 jährlich beschränkt.

Zurück zur «roten Panik». An diesem Gesichtspunkt setzt die detaillierte Unter-

suchung von *Paul Johnson* («*A History of the Jews*», Weidenfeld und Nicholson, London 1987) ein. Johnson schildert zunächst das alte Phänomen des Antisemitismus und zeigt dann, dass die Juden nach dem Ersten Weltkrieg mit einem weiteren Problem zu kämpfen hatten: mit der Tatsache nämlich, dass weite Kreise das *Judentum* mit dem *Bolschewismus* identifizierten. Der Autor weist dabei darauf hin, dass diese Gleichstellung zwar *teilweise verständlich*, dass sie aber dem



*Flüchtlinge betteln um Mitnahme für die Überfahrt nach Amerika.*

Typ des Juden zuzuschreiben war, den er als «*nichtjüdisch*» bezeichnet, Juden al- so. die sich von der Kultur und dem Glauben ihrer Väter distanzieren, ja die eigentliche, *spezifisch jüdische Kultur* negieren, dafür eigentlich nur Spott übrig hatten. Johnson stellt als Paradebeispiel für diese Klasse des *nicht-jüdischen Ju- den* die bekannte Revolutionärin *Rosa Luxemburg* vor.

## Tragische Fehlbeurteilungen

Johnson zeigt mit vielen Beispielen, worauf diese Gleichstellung von Judentum und Bolschewismus zurückzuführen war; wir bieten nachstehend einige Auszüge:

- In sämtlichen revolutionären Parteien spielten die Juden vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg eine führende Rolle. Das galt insbesondere für *Russland*, wo der Erfolg der Revolution insbesondere *Leon Trotsky* (richtiger Name: *Lex Davidovich Bronstein*) zu «verdanken» war. Wir zitieren (übersetzt): «*Mehr als irgendein anderer Mensch wurde Trotsky zum Symbol der Gewalt und der dämonischen Macht des Bolschewismus und dessen Entschlossenheit, die Welt in Flammen zu setzen. Mehr als irgendein anderer war er dafür verantwortlich, dass weite Kreise die Revolution mit den Juden identifizierten.*» Entsprechend behandelten die weissrussischen Armeen, welche gegen die Bolschewiken kämpften, alle Juden als Feinde. In grossen Teilen Osteuropas führte diese Gleichstellung der Juden mit dem Bolschewismus zu mörderischen Angriffen auf harmlose jüdische Gemeinden.
- Sowohl in *Polen* wie in *Ungarn* und *Rumänien* wurden die lokalen kommunistischen Parteien vor allem durch «nichtjüdische» Juden gegründet und geführt. In allen drei Ländern bezahlten die unpolitischen, religiösen Juden der Ghettos später den Preis für diese revolutionären Umtriebe.
- Jüdische Bolschewiken waren in der berüchtigten russischen Geheimpolizei sehr zahlreich vertreten.
- Johnson zitiert eine Bemerkung von *Winston Churchill*, der bekanntlich ein grosser Freund des jüdischen Volkes war. Wir übersetzen: «*Die Juden sind die bemerkenswerteste Rasse der Welt, und ihr religiöser Beitrag ist gewichtiger als alles andere menschliche Wissen und alle anderen Doktrinen. Aber nun hat diese erstaunliche Rasse ein neues System der Moral und der Philosophie geschaffen, ein System, das ebenso sehr von Hass geprägt ist wie das Christentum von Liebe.*»
- Die Gründung der deutschen kommunistischen Partei geht auf Juden zurück. Im Chaos nach dem Ersten Weltkrieg spielten Juden bei sämtlichen Versuchen, die Ordnung zu stürzen, eine führende Rolle (u.a. *Eisner* in Bayern).

## Tragische Konsequenzen

Nach diesen Beispielen fasst Johnson deren Konsequenzen in den USA wie folgt zusammen (übersetzt): «*In Amerika beendigte die Angst vor den Bolschewiken die frühere Politik der uneingeschränkten Einwanderung, welche im Zeitraum 1881 bis 1914 die Rettung des osteuropäischen Judentums gewesen und welche die Grundlage des grossen amerikanischen Judentums war.*» Johnson präzisiert hier die weiter oben erwähnte antijüdische Propaganda von *Justizminister A. Mitchell Palmer*. Er verbreitete Listen, welche u.a. zeigen sollten, dass von 31 Sowjetführern mit Ausnahme von Lenin alle Juden waren. Weiter wurde – beispielsweise – behauptet, dass der Sowjet von Petrograd aus 338 Mitgliedern bestehe, wovon nur 16 Russen, alle andern Juden seien (deren 265 seien aus New York nach Russland gereist, um dort für die Revolution zu kämpfen).

Wir schliessen unsern Bericht mit dem Hinweis darauf, dass gemäss Johnson die USA während des Weltkriegs *nur 21'000 Juden aufnahmen*, bloss 10% der an sich gesetzlich möglichen Zahl. Es ist auch bekannt, dass amerikanische Zeitungen schon 1942 über die systematische Vernichtung des europäischen Judentums durch Hitler orientiert waren; solche Nachrichten wurden aber, wenn sie überhaupt publiziert wurden, völlig unauffällig präsentiert.

Wir können somit zusammenfassend feststellen, weshalb die Freiheitsstatue, welche die Einfahrt in den Hafen von New York dominiert, den jüdischen Flüchtlingen den Rücken kehrte: es war eine Mischung von Antisemitismus und läppischer «Roter Panik», also die Befürchtung, Juden seien allgemein Träger des bolschewistischen Bazillus. Läppisch deshalb – mindestens im Fall der deutschen Juden –, weil Hitler die militanten Kommunisten schon frühzeitig eliminiert hatte. Die deutschen Juden «*waren gute Patrioten, die an das ihnen drohende Unheil nicht glauben konnten*» (*Golo Mann*). Menschen, die ihrer deutschen Heimat sehr viel gegeben hatten. Nur beispielsweise sei daran erinnert, dass ein grosser Prozentsatz der Nobelpreise, welche vor dem Zweiten Weltkrieg nach Deutschland gingen, deutschen Wissenschaftlern jüdischer Abstammung verliehen wurde.

Berücksichtigt man das Gesagte, so wird man sich fragen, was Vertreter der amerikanischen Regierung und des Kongresses legitimiert, sich heute sozusagen auf den Thron des Weltenrichters zu setzen.

(30. Mai 1997)

## Die Bild-Lüge

*Unter Verwendung des genau gleichen Bildes haben zunächst das Magazin «Facts», der «Blick» und die «Schweizer Illustrierte» die Herzlosigkeit der Schweizer Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg untermauern wollen.*

Der «Facts»-Kommentar zu diesem Bild lautete: *«Das Boot ist voll: Flüchtlinge bitten über den Stacheldraht hinweg vergeblich um Asyl.»*

Und der «Blick» kommentierte: *«Das Boot ist voll: Jüdische Flüchtlinge bitten im Zweiten Weltkrieg an der Schweizer Grenze um Asyl – vergebens.»*

Die «Schweizer Illustrierte» hielt fest: *«Schweizer Grenze im Zweiten Weltkrieg: Menschen in Todesangst bitten über den Stacheldraht um Asyl. Umsonst. Das Boot ist voll.»*

Die Redaktionen der drei Blätter hatten Pech, denn einer der drei auf diesem Bild mit dem Rücken zur Kamera stehenden Schweizer Wehrmänner ist noch am Leben – und erinnert sich haargenau des Tages und des Zusammenhangs, aus welchem heraus das als Anklage interpretierte Bild entstanden ist. Dieser Abgebilde-



*(Foto: Ringier Dokumentation Bild)*

te, Herr Emil Winzeler aus St. Gallen, orientierte die Redaktionen der drei Zeitungen wie folgt über den wirklichen Zusammenhang:

*«Dass nicht alle, die um Asyl nachsuchten, aufgenommen wurden und auch nicht aufgenommen werden konnten, weiss ich. Mit dem Kommentar zum erwähnten Foto aber lügen sie. Das Bild stammt aus dem Ramserzipfel und wurde im April 1945 aufgenommen. In dieser Zeit wurden der Kanton Schaffhausen, das Rafzerfeld, der Ramserzipfel, Kreuzlingen und der Diepoldsauerzipfel durch das Sap Bat 7 mit einem Grenzzaun verschiedener Ausführung versehen. Dies zur Grenzkontrolle, weil nicht alle Zollämter offengehalten werden konnten. Diesen Zäunen entlang wurden die Flüchtlinge und Deserteure zu den offenen Zollämtern gewiesen, auf dem Foto zum Zollamt Ramsen Grenze. In der Zeit, da die Mot Sap Kp II/7 in Ramsen stationiert war, überschritten Tausende von Flüchtlingen, Kriegsgefangene und Deserteure hier die Grenze und wurden zum Auffanglager Hemishofen geleitet. Kranke und Gebrechliche transportierten unsere Motorfahrer mit Lastwagen. Abgewiesen wurden meines Wissens nur Leute aus der SS und aus Hitler-Ministerien. Wenn ich etwas hasse, so ist es der heutige Sensationsjournalismus, der Bilder und Texte veröffentlicht, ohne sie auf ihren Wahrheitsgehalt zu hinterfragen.»*

«Facts» hat wenigstens einen kurzen Ausschnitt dieser hier im vollen Wortlaut abgedruckten Stellungnahme unter den Leserbriefen veröffentlicht. Und die «Schweizer Illustrierte» stellte uns immerhin das von ihr verwendete Bild für die heutige Publikation zur Verfügung. Der «Blick» hat nie auf die Stellungnahme von Herrn Winzeler reagiert.

Den Vogel abgeschossen aber hat der «Brückenbauer». Er hat das gleiche Bild noch am 26. Februar 1997 – als die Korrektur in «Facts» längst erschienen war – abgedruckt mit dem Kommentar: *«Flüchtlinge von drüben stehen Armeevertretern, durch den Stacheldraht getrennt, gegenüber. Mehr als 30'000 zumeist jüdische Flüchtlinge wurden im Zweiten Weltkrieg an unserer Grenze zurückgewiesen.»*

S

(7. März 1997)

## IV

# Verleugnung des Völkerrechts

*Solange der Bundesrat das Völkerrecht missachtet*

## Die Schweiz in Schiefelage

*von Dr. Herbert von Arx, Hagendorf SO*

*Die in den vergangenen Monaten vom Ausland her gegen unser Land geführte Kampagne betreffend Holocaust-Geldern und Raubgold ist ausschliesslich auf moralischer Ebene mit als moralisch bezeichneten Argumenten und Mitteln ausgefochten worden.*

Es gäbe über die Anwendung der Moral im zwischenmenschlichen oder zwischenstaatlichen Bereich vieles zu sagen. Lassen wir es bei folgenden Feststellungen bewenden: Nicht von ungefähr organisieren sich Volksgemeinschaften nicht als *Moralstaaten* sondern als *Rechtsstaaten*, und die Beziehungen zwischen den Staaten werden dementsprechend nicht durch *Völkermoral* sondern durch *Völkerrecht* geregelt.

### Völkerrechtliche Aspekte

Es ist nicht nachvollziehbar, warum unsere Behörden nicht von Anfang an das Völkerrecht ins Spiel gebracht haben, wozu sie nicht nur berechtigt, sondern, zur Wahrung der schweizerischen Interessen, sogar *verpflichtet* gewesen wären. Das Völkerrecht verschafft in zweifacher Hinsicht Klarheit: Was das Verhalten der

Schweizer Behörden im Zweiten Weltkrieg betrifft – die Zeit vor- und nachher stellt völkerrechtlich ohnehin keine Probleme –, werden auch weitere Geschichtsforschungen keine schweizerischen Völkerrechts-Verletzungen nachzuweisen in der Lage sein. Es ist die oberste rechtliche – wie übrigens auch moralische – Pflicht jeder staatlichen Behörde, *Interessen, Rechte und Existenz des eigenen Staates und seiner Bevölkerung zu wahren und zu verteidigen*, was schweizerischerseits im Zweiten Weltkrieg erfolgreich geschehen ist. Die blosser Neutralitätserklärung hätte, wie viele Beispiele zeigen, dazu aber nicht ausgereicht. Es mussten zusätzlich noch viele andere Mittel – *Armee, Wirtschaft, Alpenübergänge, Finanzplatz* – eingesetzt werden. Selbst wenn man aber der Schweiz die Nichteinhaltung gewisser Völkerrechtsregeln nachweisen könnte, so wäre darauf hinzuweisen, dass sie sich in einer *nicht selber verschuldeten Notlage* befand. Auch das Völkerrecht kennt die Institution des Notstands, der eine an sich rechtswidrige Handlung rechtfertigt, das heisst:

*Die völkerrechtlichen Pflichten gehen nicht bis zur Selbstvernichtung eines Staates.*

Auch auf die gegen unser Land gerichtete Kampagne kann und muss das Völkerrecht angewendet werden. Der relevante Sachverhalt stellt sich folgendermassen dar: *Private Kreise* in Amerika beschuldigen öffentlich den Staat Schweiz eines unkorrekten Verhaltens und leiten daraus, trotz aller beschönigenden Umschreibungen, finanzielle Forderungen ab. Völkerrechtlich betrachtet ist die Qualifikation «privat» von Bedeutung. Nach Völkerrecht haben nämlich *nur Völkerrechtssubjekte* das Recht, mit andern Völkerrechtssubjekten zu verkehren. Als solche gelten die *souveränen Staaten*, der Vatikan und gewisse internationale Organisationen, z.B. die UNO; und dieser Verkehr hat durch bevollmächtigte Vertreter – *Regierungen* oder Beamte, zum Beispiel *Botschafter* – zu geschehen. In diesem Sinne hat das Völkerrecht den einzelnen Menschen oder die privaten Institutionen «mediatisiert», das heisst, wenn diese von einem fremden Staat etwas wollen, müssen sie dazu den eigenen Staat einschalten. Weder *Herr d'Amato* noch seine jüdischen Mitsstreiter oder Hintermänner, noch die internationalen jüdischen Organisationen haben Völkerrechtssubjektivität oder sind bevollmächtigte Vertreter eines Völkerrechtssubjekts. Sie sind somit *gar nicht kompetent, sich direkt an die Schweizer Regierung zu wenden*, geschweige denn, etwas von ihr zu verlangen. Das müssten, wenn schon, im vorliegenden Fall die USA für sie übernehmen, was anscheinend nicht geschehen ist.

Und wenn die Vereinigten Staaten das täten, beständen dafür klare, im Völkerrecht festgelegte Verfahrensregeln, die erst noch die *Reziprozität* vorsähen, das heisst, das *Recht der Schweiz, von den USA dasselbe – also Gegenrecht – zu verlangen*. Unsere Behörden hätten auf diese privaten Attacken überhaupt nicht einzugehen brauchen, ja sie hätten *darauf nicht eingehen dürfen*. Erst recht hätte sich

## Franklin D. Roosevelt

Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika während des Zweiten Weltkriegs, am 19. Januar 1945 in einem Brief an den schweizerischen Bundespräsidenten über die Neutralität der Schweiz:

*«We have respected the traditional neutrality of your country and have sympathized with the past difficulties of your position. We forbore pressing our demands when you were isolated by our enemy and were in no position to do other than carry on a large trade with him. We are deeply grateful for the aid your Government has rendered us in connection with our men imprisoned in Germany.»*

*(«Wir haben die traditionelle Neutralität Ihres Landes respektiert und volles Verständnis gehabt für die Schwierigkeiten Ihrer Situation in der Vergangenheit. Wir unterliessen es bewusst, Sie mit unseren Begehren unter Druck zu setzen, solange Sie durch unseren Feind vollständig eingeschlossen waren und keine andere Möglichkeit hatten, als mit diesem Feind regelmässige Wirtschaftsbeziehungen zu pflegen. Aber wir empfinden tiefe Dankbarkeit angesichts der Hilfe, die Ihre Regierung uns geleistet hat in Bezug auf unsere Gefangenen in Deutschland.»)*

*(21. Februar 1997)*

unsere Regierung nicht durch einen offiziellen Vertreter vor dem amerikanischen Parlament rechtfertigen dürfen. Auch damit hat sie, zum Nachteil der Schweiz, das *Völkerrecht missachtet*, das keinem Parlament der Welt die Befugnis einräumt, Vertreter anderer Staaten zur Rechenschaftsablage vorzuladen. Wie würden sich wohl die offiziellen israelischen Stellen verhalten, wenn es unserem Nationalrat einfiel, sie in der Palästinafrage zur Rechtfertigung nach Bern zu beordern?

Statt dieser völkerrechtlich verfehlten und *für einen souveränen Staat unwürdigen Aktion* wäre, in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, eine offizielle diplomatische Demarche bei der amerikanischen Regierung am Platz gewesen, um diese darauf aufmerksam zu machen, dass die Schweiz solche von amerikanischem Territorium aus geführten privaten Diffamierungskampagnen nicht länger duldet und dass die USA nach Völkerrecht *verpflichtet* wären, *solche Aktio-*

nen zu unterbinden. Wenn schon der Einmischung eines Staates in die internen Angelegenheiten eines andern Staates enge völkerrechtliche Grenzen gesetzt sind, kommt eine solche Einmischung durch ausländische Private – selbst wenn es Parlamentarier oder jüdische Organisationen sind – einer *puren Anmassung* gleich.

Völkerrechtlich unangebracht ist es auch, wenn unser Aussenminister oder seine Vertreter ausländische Privatpersonen oder private Organisationen zu offiziellen Gesprächen empfangen oder treffen oder mit ihnen gar verhandeln oder Verträge abschliessen. Wer auch immer von schweizerischer Seite solche Kontakte pflegen will, hat das ebenfalls als *Privatperson* zu tun.

## Die Botschafter-Auswechslung

Das Mass vollends überschritten hat unsere Regierung im unrühmlichen Botschafterhandel. In eilfertiger Botmässigkeit lässt sie den erfahrenen und verdienstvollen, aber der privaten Gegenseite anscheinend unbequem gewordenen *Botschafter Carlo Jagmetti* auf Druck dieser privaten Kreise «abservieren» und durch den diesen Kreisen anscheinend genehmen *Alfred Defago* ersetzen. Man merke: Nicht die amerikanische Regierung hat Herrn Jagmetti als unerwünscht erklärt, was als einziger Grund für sein Ausscheiden hätte gelten dürfen, sondern jene *privaten Kreise*, die, wie oben dargestellt, für unsere Regierung nicht einmal Gesprächspartner sein dürften.

Es dürfte wohl das erste Mal in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates sein, dass die Interessen ausländischer privater Kreise ausschlaggebend dafür sind, wer die schweizerischen Interessen in ihrem Land zu vertreten hat. Ein Botschafter muss, wie auch seine Regierung, zuerst und vor allem die *Interessen des eigenen Landes* vertreten.

## Unabsehbare Folgen

Ein Staat, der einmal vom klaren Weg des Rechts abkommt oder sich davon abdrängen lässt, gerät in Teufels Küche. Ein Staat, der einen Prozess, wie den gegenwärtig gegen die Schweiz betriebenen, nicht unverzüglich, entschieden und in jeder Hinsicht konsequent *abblockt*, sich stattdessen verständnisvoll und botmässig zeigt und sich – ohne jeden Grund – gegen alle Seiten mit Rechtfertigungen und gar Entschuldigungen verneigt, gefährdet nicht nur sein eigenes gutes Recht, vielmehr *verliert er auch Ansehen und Würde* und weckt *Appetit auf Intensivierung der laufenden Aktion* oder auf weitere einschlägige Unternehmungen. Nicht

das gegen uns organisierte Kesseltreiben, sondern *unsere hilflose und schwächliche Reaktion* schadet unserer Stellung und unserem Ruf in der Staatenwelt.

## Fazit

Der ehemalige Rechtsberater des Bundesrats, der unvergessliche Botschafter *Prof. Rudolf L. Bindschedler*, hat in seinem letzten Interview vor seiner Pensionierung («Der Bund», 16. II. 1979) vor dem aufkommenden *Opportunismus* in der schweizerischen Aussenpolitik gewarnt. Seine Mahnung ist heute aktueller denn je. Ausser den eigenen Möglichkeiten ist für einen kleinen, neutralen Staat das *Völkerrecht* die beste Stütze und Hilfe. Darum sollte eres hoch halten, anstatt es nach Gutdünken selber mit Füessen zu treten.

Selbst derjenige, der vorgibt, die höchste Moral zu vertreten, steht nicht über dem Recht; er kann nur versuchen, das *Recht aus den Angeln zu heben*, was wiederum nicht sehr moralisch ist.

(7. März 1997)

### *Die USA und das Nazi-Raubgold*

## Kreuzzug

von *Frédéric Walthard, Estavayer-le-Lac FR*

*Die Schweiz und die Schweizer sind all der über alle Massen aufgeblähten Anklagen bezüglich des Raubgolds längst überdrüssig. Aber niemand weiss, was mit der vor Jahresfrist gestarteten Kampagne letzten Endes bezweckt wird.*

Soll die Schweiz einfach moralisch angeklagt werden? Oder geht es einzig und allein um Geld? Und zwar um sehr viel Geld – *Senator d Amato* pflegt ja meist nur noch von Milliarden zu sprechen, wohlweislich offen lassend, ob er Dollars oder Schweizerfranken meint. Bedenklich ist, dass die US-Regierung mit dem *Vorwort des Eizenstat-Berichts* die unhaltbaren Thesen d'Amatos formell unterstützt. Völkerrechtlich gesehen, stellt damit ein Staat (die USA) einen andern Staat (die Schweiz) *unter Anschuldigung*. Auf der Anklagebank sitzt mit der Schweiz ein Staat, welcher sich – was bis heute nicht einmal von linken «Jung-Historikern» angezweifelt wird – mit den USA nie in Kriegszustand befand. Sonst

hätten die Amerikaner der Schweiz damals und später wohl kaum die Vertretung ihrer diplomatischen Interessen in zahllosen Ländern anvertraut.

## Die richtige Antwort

Spätestens seit der Veröffentlichung des Eizenstat-Berichts (der mit seinen Anklagen bemerkenswerterweise an einer Pressekonferenz präsentiert und nicht, wie das völkerrechtlichem Umgang entsprechen würde, der schweizerischen Regierung auf offiziellem Weg direkt zugeleitet wurde) hätte sich die Schweiz ein *Konzept* bezüglich ihres künftigen Umgangs mit den USA zurechtlegen müssen: Statt unterwürfiger Gesten «guten Willens», statt Entschuldigungen, statt sogenannter Goodwill-Reisen – in Wahrheit Canossa-Gängen – schweizerischer Beamter, Parlamentarier und Geschäftsleute, hätte die Schweiz die amerikanischen Anschuldigungen höflich aber kategorisch als «*unfreundlichen Akt einem souveränen Land gegenüber*» zurückweisen müssen.

In fünfzehn Jahren Tätigkeit als Diplomat in den USA habe ich immer wieder die gleiche Erfahrung gemacht: In den USA geniesst nur derjenige Respekt, welcher, unfreundlich attackiert, «*hörbar auf den Tisch haut*». Auch ein Kleinstaat müsste in solcher Situation haltlose Anschuldigungen unmissverständlich zurückweisen. Die Anheuerung eines teuren PR-Beraters ist der falsche Weg. Allenfalls hätte man eine starke Anwaltsfirma beauftragen müssen, die Interessen der Schweiz so wahrzunehmen, wie dies 1964 erfolgte, als die Schweiz auf diese Weise ein dreizehn Jahre andauerndes Antitrust-Verfahren gegen ihre Uhrenindustrie niederzuschlagen vermochte. Und wenn aus den USA Drohungen bezüglich der Beschlagnahme schweizerischer Vermögenswerte laut werden, müsste die Schweiz postwendend gleiche Massnahmen gegenüber amerikanischen Vermögenswerten in der Schweiz androhen.

Solch *klare Sprache* verstehen die Amerikaner seit jeher weit besser als jene der «weichen Diplomatie». Ja, entschlossene Gegenwehr weckt in den USA sogar *Sympathie*. Denn auch die Amerikaner bedienen sich solcher Sprache im Verkehr mit andern Staaten. Nicht nur, weil die USA eine Grossmacht sind, sondern weil solches Auftreten amerikanischer Art entspricht, Rechtsstreitigkeiten auszufechten. Als Vizekonsul hatte ich 1949 einige schwierige Einwanderungsfälle mit den USA zu regeln. Ein bekannter New Yorker Anwalt empfahl mir dabei nachdrücklich die Methode der harten Sprache. Dies auch deshalb, weil im US-System des nicht niedergeschriebenen Rechts (common law) eigentlich nie volle Rechtsklarheit zu einem bestimmten Fall geschaffen werden könne. Ein Rechtsstreit werde deshalb in der Regel nicht geführt, um ihn zu gewinnen. Es gehe vielmehr darum, den Gegner soweit zu bringen, dass er in einen (für die eigene Seite lukrativen)

## Vom sichern Port

*Hans Schaffner – späterer Bundesrat – war während der Kriegsjahre Leiter der Zentralstelle für Kriegswirtschaft. Im Jahre 1946 verfasste er eine zuverlässige Dokumentation zur Aussenhandelspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Er liess es sich nicht nehmen, darauf hinzuweisen: «Heute, wo der sichere Port wieder erreicht scheint, ist es nicht schwer, Ratschläge zu erteilen, was man in den Jahren 1940 bis 1944 anders und besser hätte machen können.»*

*Es ist die politische Linke, die sich vom sichern Port aus rückblickend in der Rolle der Moralistin gefällt. Beschämend ist, dass sich der linke Medienverband nicht geniert, die aus amerikanischen Kreisen stammenden Anschuldigungen kritiklos zu übernehmen. Vor dem Untergang der Sowjetunion bekannte sich die gleiche Linke zu einer antiamerikanischen Politik. Heute werden die aus amerikanischen Kreisen stammenden Anklagen gegen die Schweiz von eben dieser Linken wie Honig aufgesogen.*

*Auch der Eizenstat-Bericht wurde vom sichern Port aus verfasst. Von Zeile zu Zeile zeigt sich: Die Amerikaner verfügen über kein Geschichtsbewusstsein. Es ist eben noch nicht lange her, dass sie der Unabhängigkeitserklärung vor 200 Jahren gedachten. Eizenstat hat sich damit begnügt, lediglich die Archive der amerikanischen Regierung zu durchforsten. Wenn der US-Unterstaatssekretär schon als Ankläger gegenüber der Schweiz auftreten will, dann wäre ihm zuzumuten gewesen, sich auch mit der Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu befassen. Es stehen da grundlegende und zuverlässige Geschichtswerke zur Verfügung. Man denke etwa an Bonjour und Gautschi. Dass sich Eizenstat einfach darüber hinweggesetzt hat, ist rechtsstaatlich bedenklich. So erklärt sich, dass er keine Ahnung hat vom Begriff der schweizerischen Neutralität.*

*Da behauptet er zum Beispiel, die Schweiz hätte mit abnehmender Bedrohung ihre Neutralität in wirtschaftlicher Hinsicht aufgeben müssen. In Wahrheit wäre damit die Neutralität gröblich verletzt worden. Abwegig ist auch seine Behauptung, die Schweiz sei der «Bankier der Nazis» gewesen. Diese Darstellung wird widerlegt durch die Dokumentation von Hans Schaffner. Darnach hatte nur «dank der deutschen Rohstofflieferungen die*

*schweizerische Wirtschaftskraft während der Kriegsjahre unversehrt erhalten werden können». Festzuhalten ist: «Die Schweiz hat vom 1. September 1939 bis zum 30. April 1945 von Deutschland für eine halbe Milliarde Franken mehr Waren bezogen als sie dorthin lieferte.» Da Eizenstat bei seiner Arbeit nur amerikanische Quellen benutzt hat, vermisst man in seinem Bericht manches, was für die Schweiz spricht. So fehlt z.B. jeder Hinweis auf die Schweizer Spende von immerhin 206 Millionen (nach heutigem Geldwert etwa vier Milliarden).*

*Der Bundesrat hat auf die im Eizenstat-Bericht enthaltenen schweren Anschuldigungen zu wenig entschieden reagiert. Gravierende Unterschiebungen hätten energischer zurückgewiesen werden müssen. Gegenüber offensichtlichen Mängeln des Berichts hat der Bundesrat geschwiegen, statt die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Mehr als zuträglich wurden Zugeständnisse gemacht. Vor allem Aussenminister Cotti erinnerte gelegentlich an einen Geisterfahrer. Wir wiesen anfänglich darauf hin, dass Eizenstat vom sichern Port aus publiziert habe. Diesen Standpunkt hat Lothar Knaak (Ascona) in einer Zuschrift an die NZZ überzeugend unterstützt:*

*«Den amerikanischen Moralisten sei ins Stammbuch geschrieben: Geschichtliche Verantwortung bleibt wohl ein ewig offenes Problem; denn sie wird stets rückgewendet beurteilt, vorzugsweise durch die eigennützigten Erben eines mächtigen Siegers.»*

*Richard Lienhard*

*(«Schlusspunkt», 13. Juni 1997)*

*Vergleich einsteigt. Wer dabei von allem Anfang an Goodwill demonstrierte, werde als Schwächling eingestuft und könne nur verlieren.*

*Genau dies erfährt die Schweiz gegenwärtig in der Raubgold-Affäre drastisch: Zwar anerkennen Leute vom Schlage d'Amatos und Bronfmans einige «Gesten des guten Willens» sowohl von Seiten der Schweizer Banken (bezüglich des Holocaust-Fonds) als auch von Seiten des Bundesrats (bezüglich der Sieben Milliarden-Nationalbankgold-Stiftung). Beiden Gesten wird gönnerhaft attestiert, sie seien «ein guter Anfang». Womit die nächste Runde um noch grössere Summen bereits eingeläutet ist...*

## **Die Goldjagd**

Es ist erwiesene Tatsache, dass die Nazis auf ihren Kriegszügen tonnenweise Gold und andere Vermögenswerte zusammengerafft hatten. Die Amerikaner er-

öffneten die Jagd auf dieses Gold bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Das amerikanische Schatzamt unter *Henry Morgenthau* wurde von den Alliierten mit dieser Aufgabe betraut. Morgenthau, persönlicher Freund Präsident Roosevelts, setzte als seine «rechte Hand» *Harry Dexter White* (nach dem Krieg als sowjetischer Agent entlarvt) ein. Einige brillante junge Anwälte aus Brooklyn (New York), mehrheitlich aus jüdischen Kreisen stammend, erfolgreiche Absolventen der Universitäten Harvard und Columbia, standen ihm zur Seite. Zusammen bildeten sie jenen «Safehaven» (jenen «vor der deutschen Flut gesicherten Hafen»), aus welchem die unerbittliche Jagd auf das Nazigold koordiniert wurde. Eigentliches Ziel dabei war, eine Massierung deutscher Vermögenswerte in neutralen Staaten zu verhindern, damit ein Wiederaufleben der Nazis in einem «Vierten Reich» nach der Niederlage Hitler-Deutschlands nie möglich werden könne. Dem gleichen Ziel diente auch der ebenfalls von Morgenthau und Harry White ausgearbeitete, allerdings nie in die Tat umgesetzte Plan, Deutschland nach der Niederlage in die Rolle eines nur noch sich selbst genügenden Agrarstaats ohne jegliche Industrie zu zwingen.

Die Jagd auf deutsche Vermögenswerte wurde überall geführt, wo solche eruiert oder vermutet wurden. Die von den Achsenmächten völlig eingekreiste *Schweiz* wurde mit ihrer intakten, ungefähr zu gleichen Teilen mit den Achsenmächten wie mit den Alliierten Handel treibenden Wirtschaft und ihrem noch gut funktionierenden Bankensystem als Hauptverdächtige eingestuft. Das zugunsten jüdischer Flüchtlinge 1934 eingeführte schweizerische *Bankgeheimnis* hätte, vermutete man im «Safehaven», den Nazis noch mehr als den jüdischen Flüchtlingen nützen können. Aus dieser Mutmassung heraus verlangten die Alliierten 1944 von den Neutralen, insbesondere von der Schweiz, unter Androhung von Sanktionen die Bestandesaufnahme und Herausgabe aller deutschen Vermögenswerte einerseits, die Einstellung aller wirtschaftlichen Beziehungen mit den Achsenmächten andererseits; als könnte man von einem Volk verlangen, wirtschaftlichen Selbstmord zu begehen.

## Nach 1945

Die nach dem Krieg fortgesetzte Jagd nach dem Nazigold ist lang und verwickelt. Milliardenbeträge standen im Visier. In den *Curry-Verhandlungen* 1945 und bei der Aushandlung des *Washingtoner Abkommens* 1946 wurde der Schweiz von Seiten der USA die Beschlagnahme schweizerischer Vermögenswerte in der Höhe von 1,9 Milliarden Dollar angedroht, wenn die Schweiz nicht mindestens eine Milliarde Dollar in Gold herausricke. In zähen Verhandlungen, schweizerischerseits umsichtig geleitet von *Minister Walter Stucki*, gelang es Bem schliesslich, diese Anmassung auf eine Zahlung von 250 Millionen Schweizerfranken in Gold zu reduzieren. Was – obwohl das Washingtoner Abkommen ein *unanfechtbarer*



*Minister Dr. Walter Stucki trifft nach Aushandlung des Washingtoner Abkommens wieder in der Schweiz ein.*

völkerrechtlicher Vertrag ist – d'Amato heute nicht daran hindert, mit der 1946er Milliarde (die er auf einen heutigen Wert von vier bis acht Milliarden Dollar umrechnet) immer wieder von Neuem die Diskussion anzuheizen.

Morgenthau's Plan zur endgültigen Vernichtung der deutschen Wirtschaft und Industrie wurde im September 1944 in Quebec von *Roosevelt* und *Churchill* zunächst angenommen, einige Tage später aber (auf nachdrückliches Betreiben *Churchill's*) definitiv fallen gelassen. Morgenthau's Einfluss sank. Sein «Kreuzzug» gegen Deutschland wurde gegenstandslos. Deutschland wurde vielmehr als wichtigster Pfeiler im Bollwerk gegen die Sowjets rasch wieder aufgebaut. Morgenthau's Goldjagd kam zum Stillstand. *Churchill's Konzept des raschen Wiederaufbaus von Deutschland* als wichtigstem Stützpunkt des Westens im Kalten Krieg setzte sich durch.

## Heute

Zweifellos ist Deutschland heute als stärkstes Land in Europa auch wichtigster Partner der USA auf dem Kontinent. An eine Renaissance der «Kreuzzugs-Mentalität» eines Morgenthau ist deshalb nicht zu denken. So bietet sich als «Ersatz-Opfer» die Schweiz an, die angesichts des Umgangs ihrer Banken mit herrenlosem Vermögen leicht in ein schlechtes Licht gestellt werden kann. *Eizenstat* und *d'Amato* sind – wenn auch unterschiedliche Töne anschlagend – die Architekten dieses Ersatz-Kreuzzugs zum Morgenthau-Plan.

Geht es ihnen beiden wirklich bloss um Geld? Oder sind die Europäer – wie sich auch am letzten Weltwirtschaftsgipfel in Denver zeigte – gleichzeitig auch mit einer sich verstärkenden *anti-europäischen Tendenz der amerikanischen Politik* konfrontiert? Ist dies Ausdruck zunehmender amerikanischer Befürchtungen angesichts eines mächtiger gewordenen Deutschland? Wollen die USA mit ihren Attacken gegen die Schweiz in erster Linie einen der wichtigsten Handelspartner Deutschlands spürbar treffen?

(19. September 1997)

*Schwierige Entscheidungen von gestern in der oberflächlichen Beurteilung von heute*

## «Schwäche provoziert nur neue Forderungen»

*«Schweizerzeit»-Interview mit alt Bundesrat Hans Schaffner*

*Alt Bundesrat Hans Schaffner trug in der Zeit des Zweiten Weltkriegs – damals hoher Beamter im Volkswirtschaftsdepartement – wesentliche Mitverantwortung für die Aussenhandelspolitik der Schweiz. Er gehörte in führender Position jenem verschworenen Team an, das damals Tag für Tag in zähen, beharrlichen, auf vielen Kanälen vorgetragenen, oft gefährlichen Verhandlungen sowohl den Achsenmächten als auch den Alliierten die Sicherstellung des Nachschubs für Bevölkerung und Wirtschaft der eingeschlossenen Schweiz abzurufen verstand. Der heute 89jährige gesteht offen, dass das Unverständnis heutiger Verantwortungsträger für das Handeln und den Spielraum der damals Verantwortlichen für ihn ein Kapitel Altersbitternis darstellt. Grund für die «Schweizerzeit», mit alt Bundesrat Hans Schaffner ein Gespräch über die Entscheidungen von damals und deren Bewertung durch heutige Kritiker zu führen.*

## Kriegsverlängernde Neutralität?

*Ulrich Schlüer: Herr Bundesrat Schaffner, der für Handelspolitik zuständige Unterstaatssekretär der USA, Stuart Eizenstat, bekundet in dem seinen Namen tragenden Bericht zur Handelspolitik der neutralen Schweiz im Zweiten Weltkrieg ein gewisses Verständnis dafür, dass die Schweiz bis zum Tag der schweren deutschen Niederlage bei Stalingrad Handelsgeschäfte mit den Achsenmächten abgewickelt habe. Absolut unverständlich sei aber – so Eizenstat – die Tatsache, dass sich die Schweiz auch nach Stalingrad noch in Handelsgeschäfte mit Deutschland eingelassen habe. Was sagen Sie zu dieser historisch begründeten Wertung von Stuart Eizenstat?*

**Alt Bundesrat Hans Schaffner:** Wer so urteilt, lässt elementare Kenntnisse über die historischen Zusammenhänge und Entwicklungen im Zweiten Weltkrieg vermissen. Stalingrad war zwar ohne jeden Zweifel eine *wichtige Vorentscheidung* für den Kriegsausgang. An der *Versorgungslage der Schweiz* hat Stalingrad indessen noch für viele Monate überhaupt nichts geändert.

Eine weitere Schlussfolgerung drängt sich auf: Es geht doch den Kritikern der Schweiz – inklusive US-Regierung – offensichtlich nicht um das korrekte Erfassen der historischen Zusammenhänge. Die US-Regierung führt heute *Krieg gegen die Neutralität* der Schweiz, wie sie im Vorfeld des Washingtoner Abkommens von 1946 Krieg gegen unsere Neutralität geführt hat. Dabei verdrängen die USA, dass gerade sie von den – nur dank unserer Neutralität möglichen – «guten Diensten» der Schweiz im Zweiten Weltkrieg ausgeprägt profitiert haben.

Der Neutralität der Schweiz *kriegsverlängernde Wirkung* unterstellen zu wollen, ist hanebüchen. Wäre zum Beispiel die ebenso behutsame wie beharrlich-kluge Vermittlungstätigkeit des hochverdienten damaligen Schweizer Majors *Max Wai-bel* – die den oberitalienischen Grossstädten gegen den Willen Hitlers den vorzeitigen Abzug der Deutschen ohne jede Zerstörung gesichert hat – möglich geworden ohne die neutrale Stellung der Schweiz? Wäre die kampflose Übergabe Vichys an die Alliierten, in geschickter Diplomatie vermittelt durch den Schweizer Botschafter in Vichy-Frankreich *Walter Stucki*, möglich geworden ohne die neutrale Position der Schweiz?

Oberflächliches, lückenhaftes oder überhaupt fehlendes Wissen um Tatsachen und Zusammenhänge berechtigt niemanden zu pauschaler, von der Sache her haltloser Kritik an der Schweiz. Andererseits müsste die Schweiz weit nachdrücklicher darauf pochen, dass in jener «Leistungsbilanz», die heute über unser Land erstellt wird, die grossen positiven, nur dank der Schweizer Neutralität möglichen Leistungen von damals endlich so gewürdigt werden, wie sie es aus dem geschichtlichen Zusammenhang heraus verdienen.



*Hans Schaffner während seiner Amtszeit als Bundesrat*

Wenn im Rahmen der in den letzten Monaten zu beobachtenden oberflächlichen, klar gegen die Schweiz gerichteten «*Abrechnung*» gar der hochverdiente Schweizer Diplomat *Walter Stucki*, ein echter Patriot, verunglimpft wird, darf die Schweiz nicht schweigen. So, wenn der unsägliche britische Schreiberling *Tom Bower* in seinem Buch «*Das Gold und die Juden*» *Walter Stucki* – den offiziellen Vertreter unseres Landes in den Verhandlungen um das Washingtoner Abkommen – in die Nähe eines SS-Schergen rückt. Da *muss* unser Land reagieren! Ein Land, das sich duckt, wenn die Verdienste seiner Fähigsten in den Schmutz gezogen werden, bereitet nur den Boden für weitere ungerechtfertigte Anwürfe und Forderungen.

In der Schweiz spielt sich heute eine eigentliche Tragödie ab. Gefangen in kurzatmiger Aussenpolitik scheint in unserem Land niemand bereit, den Amerikanern entschlossen entgegenzutreten. Man demonstriert *Schuldbewusstsein* und lässt *Selbstbewusstsein* vermissen. Das unablässige Betteln darum, die Schweiz doch endlich an ihrer heutigen Bravheit, nicht immer an den Taten der Vergangenheit zu messen, demonstriert nur immer erneut wieder unser Schuldbewusstsein – obwohl dazu keinerlei Anlass besteht. Wenn die *Schweizerische Nationalbank* ebenso demonstrativ wie eifertig I(X) Millionen Franken in den Holocaust-Fonds überweisen will, dann sieht die ganze interessierte Welt in dieser Eifertigkeit eine *Schuldanererkennung*, die nur eines provoziert: Neue Forderungen!

## Recht und Moral

*Ulrich Schliier: Die US-Regierung räumt einerseits ein, der Schweiz könne ihrer Politik im Zweiten Weltkrieg wegen keinerlei juristische Schuld angelastet werden. Dennoch trüge sie «moralisch» Schuld, weshalb die mit dem Washingtoner Abkommen eigentlich geregelte Goldfrage im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten im Zweiten Weltkrieg neu gestellt werden müsse. Wie beurteilen Sie diese Haltung?*

**Alt Bundesrat Hans Schaffner:** Es gibt nur Unrecht und Recht. Juristisches Recht als moralisch unrecht abzuqualifizieren, ist unzulässig. Solche Machenschaften müsste die Schweiz als *völkerrechtswidrig* zurückweisen.

Und wenn schon ans Washingtoner Abkommen von 1946 erinnert wird: Auch in diesem, damals immerhin mit einer allseits anerkannten *Saldoquittung* versehenen Abkommen wurde der Schweiz eine Zahlungsforderung präsentiert, die sich völkerrechtlich nie begründen liess!

Die *Schweizerische Nationalbank* hat sich während des ganzen Zweiten Weltkriegs *konsequent neutral* verhalten. Das bedeutete auch, dass sie allen Staaten –

auch den kriegführenden – gegenüber nationale Währung gegen Gold herausgegeben hat. Ungeachtet des Absenders der Forderung, aber gegenüber allen Anspruchstellern strikte gleich.

Das Washingtoner Abkommen musste durch die Schweiz seinerzeit unter höchst ungünstigen Bedingungen ausgehandelt werden. Mehr als *sechs Milliarden schweizerischer Goldguthaben* waren in den USA blockiert. Zeitweise drohte die Gefahr, die USA könnten die Blockade in eine endgültige Beschlagnahmung umwandeln.

Nebenbei: In den USA lagen nach dem Krieg sehr bedeutende, nicht zuletzt auch jüdische Guthaben. Wer – ob Jude oder Nichtjude – vor dem Krieg sein Vermögen ausserhalb Deutschlands in Sicherheit zu bringen suchte, tätigte seine Anlagen gewiss nicht in der aus geographischen Gründen überaus gefährdeten Schweiz. Die *grossen Anlagegelder flössen in die USA*. Und nach dem Verbleib dieser Gelder fragt heute erstaunlicherweise niemand. Besteht da nicht enormer Handlungsbedarf?

Bedauerlicherweise zeigen auch die *Schweizer Banken* wenig Geschick angesichts der an ihre Adresse gerichteten Vorwürfe. Selbstverständlich sind auf Bankkonten verbliebene herrenlose Vermögenswerte, die den Banken nie gehört haben, den Eigentümern, beziehungsweise ihren Nachkommen auszuhändigen; ist das nicht mehr möglich, ist eine sinngemässe Verwendung vorzusehen und gesetzlich abzuschaffen. Festzuhalten ist: Die Schweizer Banken haben zu keinem Zeitpunkt irgendjemanden *bestohlen*! Andere Länder haben herrenlose Gelder *eingezogen*, also vom Staat her *vereinnahmt*. Ist solche Vereinnahmung nicht weit bedenklicher als die Tatsache, dass die herrenlosen Gelder auf Schweizer Bankkonten noch heute greifbar sind? Würde man die seinerzeit Richtung USA und England geflossenen Geldströme endlich einmal systematisch untersuchen, würde man wohl auf erstaunliche Resultate stossen.

## Die Schweiz und die USA

*Ulrich Schliuer: Wie beurteilen Sie das gegenwärtige Verhältnis der Schweiz zu den USA?*

**Alt Bundesrat Hans Schaffner:** Zunächst zur Lage der Schweiz: Die Schweiz gerät deshalb zusehends in Schieflage, weil sie *keine überzeugende Neutralitätspolitik* mehr verfolgt. Seit *Professor Rudolf Bindschedler* als überragender Verfechter einer überzeugenden, konsequenten Neutralitätspolitik dem Bundesrat als Ratgeber nicht mehr zur Verfügung steht, hat die schweizerische Neutralitätspolitik Schaden genommen.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung ist überschattet von der Tatsache, dass die Verantwortungsträger in der Schweiz die *Gesetzmässigkeiten amerikanischer Politik* offensichtlich nicht verstehen. Den Amerikanern geht derweil jegliches Verständnis ab für das demonstrative Schuldbewusstsein der offiziellen Schweiz. *Leisetreterei wird von den USA nie respektiert*. Dieses gegenseitige Unverständnis droht eine alte, einst tief verwurzelte Freundschaft zwischen zwei Ländern, die sich in früherer Zeit viel zu sagen hatten, zu zerstören.

Will die Schweiz in den USA respektiert werden, so bleibt nur ein Weg offen: Die Interessen der Schweiz sind endlich deutlich und unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen. Dabei darf sich die Schweiz nicht scheuen, ihren Wortschatz durch harsche, angriffige Ausdrücke zu ergänzen. Wenn zum Beispiel die Schweizer Banken zum Ziel von Boykott-Kampagnen einzelner US-Staaten oder -Instanzen werden, muss die Schweiz unverzüglich ans *Gericht der Welthandelsorganisation WTO* gelangen und als Land *Klage erheben* gegen die US-Regierung wegen Verletzung von WTO-Regeln. Solches Vorgehen würde zweifellos Wirkung zeigen. Man erinnere sich: Als mit dem Eizenstat-Bericht die erste US-Angriffswelle gegen die Schweiz rollte, setzte sich *US-Präsident Bill Clinton* unversehens per Telefon mit dem schweizerischen Bundespräsidenten in Verbindung. Untrügliches Zeichen dafür, dass selbst die US-Regierung wegen ihrer Attacken auf die Schweiz vom *schlechten Gewissen* heimgesucht worden ist. An diesem Punkt müsste die Schweiz ansetzen!

## Die US-Kampagne

*Ulrich Schlüer: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Kampagne der USA gegen die Schweiz?*

**Alt Bundesrat Hans Schaffner:** Was gegen die Schweiz geführt wird, ist eine *Verleumdungskampagne*. Diese verfolgt das Ziel, *Geld* aus unserem Land herauszuholen. Jede «weiche» Reaktion der Schweiz angesichts unangebrachter Forderungen dürfte zu neuen Forderungen an die Schweiz nur ermutigen. Der Holocaust-Fonds der Banken, den jetzt auch die Nationalbank speisen soll, wird von den Förderern lediglich als Vorschuss eingestuft für weitere, höhere Zahlungen, für die völkerrechtlich gesehen *keinerlei Rechtsgrundlage* besteht.

Mit den Geldern, die der Schweiz abverlangt werden, sollen angeblich Juden im Osten unterstützt werden. Diesen Juden in Osteuropa war zweifellos sowohl im Krieg unter dem Terror der Nazis als auch nach dem Krieg unter der Schreckensherrschaft Stalins ein äusserst schweres Schicksal beschieden. Aber sie sind durch die Schweiz nie geschädigt worden. Irgend so etwas wie eine *Reparations-*

*pflicht* der Schweiz kann in diesem Zusammenhang nie und nimmer begründet werden.

Selbstverständlich kann *auf caritativer Ebene* nie genug für Notleidende geleistet werden. Diese moralische Pflicht genoss in der Schweiz immer und genießt noch heute Unterstützung. Wenn Zahlungen aber missbräuchlich zu Schuldgeständnissen gestempelt werden, haben sie mit moralischer Pflicht nichts zu tun. Auf Erpressungsforderungen darf nie mit Zahlungen geantwortet werden, weil damit lediglich neue Forderungen ausgelöst würden.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an einen an der *Simon Wiesenthal-Konferenz* (mitfinanziert von den Winterthur-Versicherungen) diesen Sommer in Genf geäußerten Standpunkt: Die Schweiz, sagte dort der Sprecher des Simon Wiesenthal-Zentrums, sei nur zu zahlen bereit, *weil sie sich schuldig fühle!* Nichts liesse deutlicher erkennen, wie die Zahlungsbereitschaft der Schweiz von Seiten der Förderer aufgefasst wird.

## Die «Jung-Historiker»

*Ulrich Schliuer: Was halten Sie von den Arbeiten und Ergebnissen, welche von sogenannten «jungen» Historikern laufend als Forschungsergebnisse zurzeit des Zweiten Weltkriegs vorgelegt werden?*

**Alt Bundesrat Hans Schaffner:** Viele dieser sogenannten provokativen Forschungsergebnisse haben den Charakter der *nachträglichen Abrechnung von Achtundsechzigem* mit bedeutenden Leistungen der im und nach dem Zweiten Weltkrieg für unser Land Verantwortung tragenden Generation. Nachträglich wollen diese Achtundsechziger den «Beweis» erbringen, dass die *Schweizer Armee* – in der Vergangenheit wie in der Gegenwart – *nichts wert* sei. Das *Réduit* General Guisans als Demuts-Geste gegenüber den Nazis zu bezeichnen, wie das ein Mitglied der Bergier-Kommission getan hat, ist nichts anderes als pubertäre Dummheit.

Neuerdings soll der Schweiz Mitschuld an der *Verschleppung von Zwangsarbeitern* durch die Nazis angelastet werden. In der Tat wurden in den deutschen Tochterunternehmen zweier damals bedeutender Schweizer Konzerne (Georg Fischer und Alusuisse) Zwangsarbeiter eingesetzt, die diesen Unternehmen von den Nazis zugewiesen worden waren. Diese deutschen Niederlassungen der erwähnten Schweizer Konzerne waren zuvor allerdings als kriegswichtig durch die Nazis in uneingeschränkte Beherrschung übernommen worden. Die Schweizer Konzernleitungen hatten keinen Einfluss mehr auf Entscheidungen dieser deutschen Niederlassungen. Zu Fragen der Rekrutierung und Behandlung dort beschäftigter Arbeitskräfte war ihnen jede Mitgestaltung versagt. Heute, fünfzig Jahre später, der



*Ein in Schuldbekennnissen badender Bundesrat wird sich  
nie und nimmer Respekt verschaffen.*

Schweizer Wirtschaft Mitschuld an der Verschleppung von Arbeitskräften im Herrschaftsbereich der Nazis anlasten zu wollen, ist eher eine Groteske als eine ernstzunehmende historische Erkenntnis.

## Die Schweizer Handelspolitik

*Ulrich Schlür: Welches waren denn die wichtigsten Ziele der schweizerischen Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg?*

**Alt Bundesrat Hans Schaffner:** Heute wird vor allem übersehen, dass die Schweiz während des Zweiten Weltkriegs von einem *doppelten Blockadering* eingeschlossen war. Die *Achsenmächte* bildeten den engeren Ring unmittelbar um die Schweiz herum. Um die Achsenmächte herum hatten die *Angelsachsen* aber einen zweiten, höchst effizienten Blockadering aufgebaut. Jedes Schiff, das Versorgungsgüter für die Schweiz geladen hatte, wurde, wenn es den angelsächsischen Blockadering passieren wollte, peinlichst genau kontrolliert. Kein Gramm Ladung, das die Schweiz zuvor nicht den Achsenmächten und den Alliierten in formellen Verhandlungen abgerungen hätte, durfte die angelsächsische Blockade passieren. Wie ernst und schwierig die Versorgungslage der Schweiz damals war, dafür fehlt der heutigen Generation offenbar jegliches Verständnis. Ich erinnere daran, dass das sogenannte *Kostmass*, also die vom Staat errechnete tägliche Lebensmittelration für jeden Einwohner, in der Schweiz tiefer war als in den kriegführenden Staaten.

Die Tatsache, dass die durch den doppelten Belagerungsring einschneidend behinderte, schwierige Ernährungslage auch die *Flüchtlingspolitik*, also die Aufnahmebereitschaft der Schweiz für Flüchtlinge massgeblich mitbeeinflusst hat, scheinen Sprecher der heutigen Generation, die persönlich nie Mangel erleben mussten, nicht mehr verstehen und einordnen zu können. Die Schweiz war vor und während des Zweiten Weltkriegs durchaus bereit, Flüchtlinge in grosser Zahl aufzunehmen. Sie hat bei einer eigenen Bevölkerung von rund 4,5 Millionen Einwohnern *nicht weniger als 300'000 Flüchtlingen* Aufnahme in der Schweiz gewährt. Aber unermüdlich pochte die Schweiz bei den Alliierten darauf, dass die Schweiz den Flüchtlingen nur als *sicheres Durchgangsland* dienen könne. Eine längerdauernde, definitive Aufnahme Hunderttausender wäre bei der Versorgungslage von damals schlicht unverantwortlich gewesen.

Würde man bei der Beurteilung und Wertung der flüchtlingspolitischen Entscheidungen von damals endlich auch die damals geäusserten und bezogenen Positionen der *jüdischen Organisationen* in der Schweiz beachten, würde man nur allzurasch erkennen, dass insbesondere auch die Schweizer Juden den Ernst der damaligen Situation und die daraus resultierenden Gefahren genau erkannt haben. Deshalb haben sich gerade diese jüdischen Organisationen nachdrücklich für eine *zurückhaltende Aufnahmepraxis* der Schweiz eingesetzt. Man muss sich als Verantwortungsträger von damals und damit Adressat aller Vorwürfe von heute schon allmählich fragen, welche Interessen dafür verantwortlich sind, dass elementare Zusammenhänge von damals heute so beharrlich übersehen und verschwiegen werden.

Sämtliche Staaten, die heute die Schweiz ihrer damaligen Flüchtlingspolitik wegen glauben kritisieren zu müssen, haben 1938, als noch Hunderttausende von Juden hätten gerettet werden können, an der *Konferenz, von Evian* ohne jegliche Skrupel eine *Politik der absolut verschlossenen Türen* verfolgt. Diese verhängnisvolle Politik hat Hunderttausende der Vernichtungspolitik der Nazis ausgeliefert. Die Schweiz trat an der Konferenz von Evian entschieden ein für eine Politik der offenen Tür – falls andere Länder ihrerseits Teile der in Deutschland so gefährdeten jüdischen Bevölkerung aufnehmen würden. Das Ergebnis der Konferenz von Evian war menschenrechtlich beurteilt eine Katastrophe. Das ganze Problem wurde kurzerhand auf die Schweiz abgeschoben, die aus ihrer geographischen Lage – die sie sich bekanntlich nicht selbst ausgewählt hat – nicht ausbrechen konnte.

## Was ist zu tun?

*Ulrich Schlier: Was müsste heute aus Ihrer Sicht in erster Linie unternommen werden?*

**Alt Bundesrat Hans Schaffner:** Erste und wichtigste Aufgabe der Schweizer Regierung müsste sein, *den Amerikanern die Grundsätze des Völkerrechts nachdrücklich in Erinnerung zu rufen*. Dabei müsste insbesondere der sogenannte Eizenstat-Bericht, ein offizielles amerikanisches Dokument, als unzulässige, unakzeptable Zensurerteilung an einen souveränen, neutralen Staat in aller Form zurückgewiesen werden. Wer klein beigibt, provoziert lediglich neue beleidigende Forderungen.

Überfällig ist auch, dass die Schweiz endlich an jene grossartige schweizerische Leistung der unmittelbaren Nachkriegszeit, an die *Schweizer Spende* 1946 erinnert. Obwohl auch in der Schweiz die Gürtel enger geschnallt werden mussten, wurde – aus Dankbarkeit für das Verschontwerden vom Krieg – in einem Ausmass gespendet, das beeindruckend war.

*Ulrich Schluer: Herr Bundesrat, besten Dank für dieses Gespräch.*

*(14. November 1997)*

*Souveränität an Private abgetreten*

## Der Preis der Schwäche

*Von Richard Anderegg, Washington*

*Einer der Übernamen Botschafter Defagos, die nach seinen ersten Gängen nach Canossa letzten Frühling an der Washingtoner Botschaft zirkulierten, war «Botschafter der Schweiz beim Jüdischen Weltkongress».*

Er traf den Nagel auf den Kopf. Da war der Botschafter eines sich souverän nennenden Staates, der prioritär die Politik seiner Regierung der Leitung einer privaten, also nichtstaatlichen Organisation darlegte und die Wünsche dieses Vereins seiner Regierung übermittelte. Der Jüdische Weltkongress ist eine sogenannte «*Non-Governmental Organization*». NGOs nehmen einen zunehmenden Platz in der Literatur der internationalen Beziehungen ein.

## Kapitulation

Die Schweiz geniesst ab jetzt in der Weltgeschichte die zweifelhafte Ehre, die er-

ste traditionelle, bis anhin als souverän klassierte Regierung zu sein, die *vor einer Koalition von NGOs die Segel strich*. Und zudem nicht nach Verhandlungen, vor einer unwiderlegbaren Argumentation, sondern mit allen Zeichen einer an *Kopflösigkeit* grenzenden Angst nach Verleumdungen, Beschimpfungen und erpresserischen Drohungen.

Für Beobachter in den USA, die täglich harte politische Kämpfe von Interessengruppen gegeneinander und gegen Regierungsstellen verfolgen, war allzu deutlich, dass die Schweizer Exekutive, der Bundesrat, einfach kapitulierte. Eine Aufgabe der Regierung ist es, *Anwalt für die Interessen des Landes* zu sein. Ein amerikanischer Kollege, jahrelang Auslandskorrespondent in Europa, kondolierte mit den Worten: *«Switzerland's on trial, and your lawyer works for the DA»* (DA = District Attorney, Staatsanwalt): Die Schweiz ist vor Gericht, und Euer Anwalt arbeitet für die Anklage.

## Mildernde Umstände

Die Regierung der Schweiz kann mildernde Gründe geltend machen. Angriffe von NGOs gegeneinander, gegen Einzelpersonen, Firmen oder Staaten gibt es in steigender Zahl, wie auch die Zahl der NGOs mit der Vernetzung der Welt zunimmt. In den Entwicklungsländern allein soll es rund 35'000 NGOs geben, die Interessen von Industrien, Bodenschätzen, Dienstleistungen und Ideen – von Umweltschutz bis zur Politik – vertreten. In Südasien allein soll es 12'000 Wasserwirtschafts-Kooperativen geben, was Schweizern in Erinnerung rufen sollte, dass Nichtregierungs-Körperschaften eine alte Macht darstellen und früher bloss seltener waren: Die Alpengenossenschaften, besonders am Gotthard, sind Urzellen der Eidgenossenschaft.

Heute, wo jeder von uns seine Web-Seite haben kann und Telefon-Welttarife geschmolzen sind, bricht ein *goldenes Zeitalter für Interessengruppen* an, weil sie mit der ganzen Welt verhandeln, global informieren und im Untergrund jeder anderen Organisation Verbündete anwerben können.

## Neue Krankheit

Sie geniessen zusätzlich den Vorteil, dass sie fast immer einfache Ideen und Postulate verbreiten: Nike-Sportschuhe werden von Kindern gemacht und sollten boykottiert werden. Oder: Die Schweizer sind Nazi-Verbündete und schulden Milliarden. Legionen von Freiwilligen können das verbreiten und frei daherschwafeln. Die Erreger dieser neuen Krankheit sind überall. In Amerika bietet eine *«Nonprofit Association for Progressive Information»* (regierungskritische Information) interessierten Aktionsgruppen Zugang zu beinahe 100 Millionen In-

ternet-Benützern in 133 Ländern, Tarif Lokalgespräch. Wer das bezahlt, ist unklar, und eigentlich gleichgültig, denn es ist spottbillig.

Regierungen und «klassische» internationale Organisationen wie die UNO, in Büro und Dienstweg befangen, sind durch die *Guerillataktik* von Greenpeace, Amnesty International oder der Kampagne gegen Genmanipulation glatt ausmanövriert. Aber die leisten Widerstand. Sie legen sich nicht platt auf den Rücken, unterstellen ihre Banken einer internationalen (privaten) Kommission, geben ihr Geld den Vertretern fremder NGOs zum Verteilen, lassen sich von Parlamentariern und Vizeministern einer fremden Regierung dreinreden und versprechen, mit den Reserven ihrer Nationalbank, die *ihrem Volk gehören*, die Probleme der ganzen Welt mit Geld zu bewerfen (was bisher nie Probleme löste). Geht das so weiter, so gibt es eines Tages keine Schweiz mehr, nur noch eine *herrenlose Allmend*, wo fremde NGOs grasen.

## Das wahre Problem

Dass die amerikanische Regierung, selbst in ihrer Innenpolitik völlig dem Geld verschrieben, einer ihrer aktivsten Wählergruppen gerne hilft, sich im Ausland mit Geld einzudecken, ist nur normal. Besonders dann, wenn der fremde Geldsack durch die NGOs so aufgeweicht ist, dass der leichteste freundliche Druck schon genügt.

Der *fehlende Kampfwille* in Bern ist das Besorgniserregende. Die Informationslage in der Welt sowie die heute fehlende Nachfrage nach Neutralen garantieren, dass die Schweiz nicht mehr geschont, sondern *noch öfter hart angefasst* wird. In unserer vernetzten Welt wird die Souveränität der Staaten voll angeschossen, vom organisierten Verbrechen wie auch von NGOs mit nobleren Absichten, wie dem Jüdischen Weltkongress. Wie ein derart unterwürfig hilfloser Bundesrat, den man nicht mit einem Misstrauensvotum ablösen kann, die *nächsten aussenpolitischen Krisen* – denn sie kommen! – vermässeln wird, das ist die wahre Sorge.

(14. November 1997)

*Boykottdrohungen und haltlose Vorwürfe ohne Ende*

## Ist die Schweiz machtlos?

Von Dr. Herbert von Arx, Hagendorf SO

*Seit anderthalb Jahren steht die Schweiz, unter Druck. Haltlose, oft beleidigende Vorwürfe und wortgewaltige Attacken sowohl von Seiten der US-Regierung*

*(Eizenstat-Bericht), von privaten Organisationen wie dem Jüdischen Weltkongress als auch von Figuren vom Schlage eines Senators d'Amato reissen nicht ab. Neuerdings drohen einzelne US-Staaten und -Städte gar mit Boykotten schweizerischer Banken. Muss sich die Schweiz eigentlich alles gefallen lassen? Kann sich die Schweiz nicht wehren? Ein Spezialist des Völkerrechts nimmt zu diesen Fragen Stellung.*

Wer die gegen die Schweiz auf verschiedenen Ebenen geführte Kampagne richtig beurteilen will, muss die Grundregeln des Völkerrechts kennen. Wie lauten die Völkerrechtsbestimmungen, die auf die laufende Auseinandersetzung anzuwenden sind? Wie geht die schweizerische Regierung mit diesen Bestimmungen um?

## Völkerrecht

Das Völkerrecht regelt die Beziehungen zwischen souveränen Staaten, wobei der Vatikan sowie gewisse internationale Organisationen wie die Uno den Staaten gleichgestellt sind. Staaten verkehren miteinander auf der Ebene von *Regierungen* oder durch akkreditierte *Botschafter*. Parlamentsmitglieder sind dagegen nicht Staats-Vertreter. Parlamentarier vertreten eigene Anliegen oder jene von Gruppen. Sie gelten auf internationaler Ebene nicht als Bevollmächtigte von Staaten. Will ein Parlamentarier in oder von einem fremden Staat etwas erreichen, muss er dazu grundsätzlich zunächst an seinen eigenen Staat gelangen. Dieser prüft dann, ob er das Anliegen des Parlamentariers zum Anliegen des Staates machen soll, für das er sich anschliessend als Staat einsetzen würde.

**Konsequenz für die Schweiz:** *Als die Schweiz durch den US-Senator Alfonse d'Amato hemdsärmelig, bisweilen rüpelhaft oder auch durch den Jüdischen Weltkongress angeschuldigt und mit Forderungen konfrontiert wurde, hätte sie nie auf solche Forderungen eingehen dürfen. Es erwies sich als grundsätzlicher und schwerer Fehler, dass das Departement Cotti direkt mit den erwähnten Privatpersonen und Privatorganisationen zu verhandeln begann. Unser Land hätte sich nie mit Leuten vom Schlage d'Amatos oder Bronfmans direkt einlassen dürfen. Noch weniger hätte sich der Bundesrat je vor solchen Exponenten rechtfertigen dürfen.*

## Gleichberechtigung

Eine Grundregel des Völkerrechts lautet, dass kein Staat einer ihm übergeordneten Instanz untersteht. Kein souveräner Staat ist einem andern Staat über- oder untergeordnet. Alle Staaten sind kraft ihrer Souveränität grundsätzlich gleichwertig. Kein Staat kann sich deshalb anmassen, über einen andern Staat «zu Gericht

zu sitzen». Tut er es trotzdem, macht er sich einer *unzulässigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten* des andern Staates schuldig.

**Konsequenz für die Schweiz:** *Der schweizerische Bundesrat hätte als Regierung eines souveränen Staates jede Einmischung seitens der amerikanischen, der britischen oder anderer Regierungen in schweizerische Angelegenheiten dezidiert zurückweisen müssen. Indem sich Bern schuldbewusst den genannten Regierungen gegenüber glaubte rechtfertigen zu müssen, wurden allgemeingültige Regeln des Völkerrechts offensichtlich zum eigenen, schweren Nachteil der Schweiz missachtet.*

*Ebenso wenig hätte sich die Schweiz gefallen lassen dürfen, je von amerikanischen Parlamentskommissionen zu Hearings zitiert zu werden. Niemals darf sich ein souveräner Staat von einer Parlamentskommission eines anderen Staates massregeln lassen!*

## Souveränität

Staatliche Souveränität räumt jedem Staat das Recht ein, über seine Existenz, seine innere Ausgestaltung und über die Prioritäten und Grundsätze in seinen Ausenbeziehungen frei von jeder äusseren Einmischung entscheiden zu können. Ein Staat kann seine Staatsform selbst wählen. Er kann auch völlig selbständig entscheiden, ob und gegebenenfalls welchem Bündnis er sich anschliessen will. Welchen Organisationen er beitreten, welchen er fernbleiben will. Er kann sich in völlig freier Entscheidung als *ständig neutral* erklären; gegebenenfalls kann er seine Neutralität auch bloss für die Zeit eines internationalen Konflikts erklären (wobei er allerdings die Glaubwürdigkeit solcher Politik ebenfalls eigenständig unter Beweis stellen muss). Für solche Entscheidungen und ihre Folgen hat sich ein Staat – sofern er mit seinem Handeln nicht andere Staaten völkerrechtswidrig in ihrer Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt – vor niemandem zu rechtfertigen.

**Konsequenz für die Schweiz:** *Unser Land hat sich während des Zweiten Weltkriegs keinerlei Verletzungen des Völkerrechts zuschulden kommen lassen. Es besteht völkerrechtlich nicht der geringste Anlass, weswegen sich der Bundesrat, unser Land oder unser Volk irgendwelche unbegründeten Anwürfe gefallen lassen müssten.*

## Vertretung im Ausland

Das Völkerrecht garantiert jedem souveränen Staat völlige Entscheidungsfreiheit bei der Auswahl seiner offiziellen Botschafter in anderen Ländern. Die Regierung

## Rückgrat

*Greville Jänner, Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses und britischer Labour-Abgeordneter, hielt kürzlich in Zürich eine Rede. Er verlangte kategorisch die Neuaushandlung des 1946 abgeschlossenen Washingtoner Abkommens. Darin hatte sich die Schweiz zu einer Pauschalzahlung von 250 Millionen Franken in Gold an die Alliierten verpflichtet, womit erzielte Gewinne aus Goldgeschäften mit der Deutschen Reichsbank per Saldo aller Ansprüche als abgegolten anerkannt wurden.*

*Jänner wusste zweifellos um die Haltlosigkeit seiner Forderung. Ob er sich deshalb zur Behauptung verstieg, sein Vorstoss lasse «Antisemiten hinter den Steinen hervorkriechen»? Will er – das beträfe selbst den Schweizer Bundesrat – all jene, welche die völkerrechtliche Unhaltbarkeit von Jänners Ansinnen mit hieb- und stichfesten Sachargumenten zurückweisen, dem Verdacht «antisemitischer Motive» aussetzen? Das Völkerrecht hält klipp und klar fest: Nur dann kann die Neuverhandlung eines gültigen Vertrags verlangt werden, wenn eine Vertragsseite die andere Seite nachweisbar betrogen hat, oder wenn sich die Grundlagen, auf denen das Abkommen steht, vollständig verändert haben, oder wenn sämtliche Unterzeichner des Abkommens einhellig eine Neuverhandlung wünschen. Bezüglich des Washingtoner Abkommens trifft keine dieser drei Voraussetzungen zu. Jänners Ansinnen ist nichts anderes als ein Versuch, die Schweiz zu neuen Geld-Tributen zu nötigen. Jänner hat gleichzeitig den schweizerischen Aussenminister, Bundesrat Flavio Cotti, zu einem Besuch nach London eingeladen. Cotti hat die Einladung angenommen. Dagegen ist dann nichts einzuwenden, wenn unser Aussenminister bei diesem Besuch Herrn Jänner unmissverständlich zurechtweist: Wer sachliche, am gültigen Völkerrecht orientierte Kritik an Jänners Neuverhandlungs-Ansinnen als «antisemitische Regung» verunglimpft, lässt sich eine ungeheuerliche, absolut unakzeptable Entgleisung zuschulden kommen und verletzt die Ehre der Schweiz.*

*In der nationalrätlichen Debatte zu den nachrichtenlosen Vermögen Ende März hat Bundesrat Cotti wohlthuend klar festgehalten, dass sachlich begründete Kritik an Ansprüchen, Taktiken oder Aussagen auch von jüdischen Organisationen gegenüber der Schweiz niemals als antisemitische Äusse-*

*rungen diffamiert werden dürfen. Adressat dieser Feststellung kann allerdings nicht bloss das schweizerische Parlament sein, Adressaten sind auch Persönlichkeiten wie Jänner, die, von materiellem Appetit angetrieben, sachliche Kritik skrupellos als Antisemitismus verunglimpfen. Sollte Bundesrat Cotti seinen Besuch bei Herrn Jänner nicht zu solch unzweideutiger Klarstellung benutzen, dann hätte seine Reise nach London keinen Sinn, dann hätte er zuhause zu bleiben.*

*Es darf nicht sein, dass der Bundesrat unqualifizierten Anklagen gegen die Schweiz immer bloss mit noch massiveren Geldversprechungen begegnet. Es geht um die Ehre einer Generation, die viel für unser Land geleistet hat, der die heutige Generation – auch der Bundesrat – zu tiefem Dank verpflichtet ist. Nicht mit willfährigem Bereitstellen von Milliarden, sondern mit Rückgrat ist solchen zu begegnen, die unser Land erpressen wollen.*

*Ulrich Schliuer*

*(«Spalte rechts», 18. April 1997)*

des Residenz-Staates (nicht aber dessen Parlamentarier oder dessen Bürger) eines Botschafters hat indessen ihrerseits das Recht, einem nominierten Botschafter das sogenannte *Agreement*, also die Zulassung zu verweigern. Ausserdem kann eine Regierung den Botschafter eines anderen Landes auch nach dessen Akkreditierung noch zur «*Persona non grata*» (zur unerwünschten Person) erklären, worauf dieser Botschafter das Residenzland innert kurzer Frist zu verlassen hat.

**Konsequenz für die Schweiz:** Bekanntlich berief die Schweiz ihren verdienten Botschafter in den USA, Carlo Jagmetti, anfangs 1997 als Folge einer bis heute nicht geklärten, gezielten, unserem Land schweren Schaden bereitenden Indiskretion über einen vertraulich an den Bundesrat gerichteten Botschafter-Bericht eiligst aus den USA ab. Botschafter Jagmetti war zuvor in den USA nie zur «*Persona non grata*» erklärt worden. Der Abberufungsentscheid erfolgte einseitig, nachdem in den Medien massiver Druck gegen Jagmetti entfaltet worden war. Die überstürzte Ersetzung Botschafter Jagmettis durch Botschafter Alfred Defago wurde deshalb zu einem Zeichen der Schwäche; sie erschien in den USA als Kapitulation, welche eines souveränen Staates unwürdig ist.

## Staatsehre

Die völkerrechtlich anerkannte staatliche Souveränität räumt jedem Staat ein Grundrecht auf Achtung und Ehre ein. In der Geschichte der Menschheit hat sich

immer wieder gezeigt, dass Staaten besonders empfindlich reagierten, sobald sie in ihrer Ehre verletzt wurden. Aus dieser gegenseitigen Empfindlichkeit wuchs im Laufe der Zeit die heute völkerrechtlich anerkannte Verpflichtung aller Staaten, sich gegenseitig jeglicher Verletzung der staatlichen Ehre zu enthalten. Missachtet ein Staat dieses Gebot, schuldet er dem in seiner Ehre verletzten Staat Genugtuung.

Das Völkerrecht verpflichtet überdies alle Staaten, beleidigende Angriffe auf fremde Staaten und fremde Regierungen, die von auf ihrem eigenen Territorium domizilierten privaten Stellen oder Organisationen ausgehen, unter Strafe zu stellen. Folgerichtig findet sich der Titel «Beleidigung eines fremden Staates» auch im Schweizerischen Strafgesetzbuch (Art. 296).

**Konsequenz für die Schweiz:** *Der Bundesrat hätte aufgrund dieses völkerrechtlichen Tatbestands zweifellos das Recht gehabt, den sogenannten Eisenstat-Bericht, der die schweizerische Neutralität als «unmoralisch» abqualifizierte, als einen die Ehre der Schweiz verletzenden Akt der USA offiziell zu missbilligen und entsprechend klar zurückzuweisen. Ebenso müsste der Bundesrat angesichts der fortgesetzten Diffamierung der Schweiz durch einen skrupellosen amerikanischen Senator auf offiziellem Weg von der amerikanischen Regierung Schritte verlangen, die dem Treiben d'Amatos endlich ein Ende bereiten würden.*

## Zwischenstaatliche Konflikte

Entsteht zwischen zwei oder mehreren Staaten ein Konflikt, so sind nach geltendem Völkerrecht zunächst Versuche zu unternehmen, die Meinungsverschiedenheiten in bilateralen oder multilateralen Verhandlungen zu beseitigen. Misslingt dies, wäre ein *Schiedsgericht*, gegebenenfalls der *Internationale Gerichtshof* in Den Haag anzurufen. Da jeder am Konflikt beteiligte Staat souverän ist, ist die formelle Zustimmung aller betroffenen Staaten notwendig bei Auswahl und Anrufung einer solchen Schiedsstelle.

Können Verhandlungen über die Streitfrage vereinbart werden, so gilt grundsätzlich das «*Prinzip der Reziprozität*». Das bedeutet, dass ein Staat von einem andern Staat nur das verlangen kann, was er selbst ebenfalls zu leisten bereit ist. Kommt es zu einem richterlichen Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, dann hat dieser zuerst die *Legitimität* (Klageberechtigung) des Klägers, die Schuldfrage und die Verjährungsfrage (in der Regel zwanzig bis dreissig Jahre) abzuklären.

**Konsequenz für die Schweiz:** *Hätte sich der Bundesrat an die geltenden Regeln des Völkerrechts gehalten, hätte er bereits bei den ersten Anwürfen d'Amatos die*

*US-Regierung verbindlich auffordern müssen, allenfalls bestehende Meinungsverschiedenheiten mit der Schweiz, auf ordentlichem, den völkerrechtlichen Grundsätzen entsprechendem Weg abzuwickeln. Einseitige, mit unqualifizierten Behauptungen unterlegte Anschuldigungen, zumeist publizitätssüchtig über die Kanäle internationaler Massenmedien verbreitet, stehen in diametralem Widerspruch zu den Regeln des Völkerrechts.*

*Wäre es danach zu Verhandlungen gekommen, hätte vor allem die Einhaltung des «Prinzips der Reziprozität» gefordert werden müssen. Im Klartext: Die amerikanische Aufforderung an die Schweiz, sämtliche noch heute auf Schweizer Banken liegenden herrenlosen Vermögen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs öffentlich erkennbar zu machen, hätte genau gleiche Anstrengungen der amerikanischen Regierung auch gegenüber den amerikanischen Banken erforderlich gemacht – womit die Auseinandersetzung zwischen den USA und der Schweiz ohne jeden Zweifel in eine völlig andere Richtung gelenkt worden wäre. Ausserdem hätten die USA den Nachweis erbringen müssen, dass ihre Forderungen nicht verjährt sind.*

Alles in allem: Zum Nachteil der Schweiz hat es der schweizerische Bundesrat angesichts der vielfältigen Anschuldigungen seitens offizieller und privater Stellen in den USA bezüglich der herrenlosen Vermögen, des Goldhandels usw. fahrlässigerweise unterlassen, den vom Völkerrecht für Auseinandersetzungen dieser Art vorgesehenen Weg zu beschreiten. Den Schaden trägt nicht nur unser Land. Den Schaden trägt auch das Völkerrecht. Das kopflose Verhalten des schweizerischen Bundesrats könnte als *Präzedenzfall* fatale Folgen zeitigen. Dass solche durch einen traditionellen, seit Jahrzehnten solide verankerten Rechtsstaat wie die Schweiz ausgelöst werden, ist besonders bedenklich.

*(14. November 1997)*

# Forderungen und Zahlungen

*Die Kampagne gegen die Schweiz, zeitigt bedenkliche Auswüchse*

## Geldverdiener wittern Gewinne

*Von Nationalrat Ulrich Schliuer, Flaach ZH*

*Es ist nicht völlig auszuschliessen, dass in den Fünfziger-, Sechziger- und Siebzigerjahren einzelne Verantwortliche von Schweizer Banken aus übermässiger Vorsicht Überlebende oder Nachkommen von Holocaust-Opfern persönlich verletzt haben, wenn diese nach Vermögenswerten im Zusammenhang mit sogenannten «herrenlosen Konten» forschten.*

Kein einziger Fall ist aber aktenkundig, wonach sich einzelne Schweizer Bankbeamte oder Schweizer Banken aus Geldern von Holocaust-Opfern *persönlich bereichert* hätten. Die Guthaben aus herrenlosen Vermögen sind, soweit sie rechtmässigen Erben bis heute nicht ausbezahlt werden konnten, vielmehr erhalten geblieben.

Für einen beträchtlichen Teil zunächst herrenloser Vermögen konnten innerhalb der vergangenen fünfzig Jahre rechtmässige Erben eruiert werden, die das ihnen zustehende Guthaben auch erhalten haben. Andere Gelder, für welche definitiv keinerlei Erben ausfindig gemacht werden konnten, wurden bereits vor Jahrzehnten zu einem Drittel der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, zu zwei Dritteln dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund für humanitäre Vorhaben überwiesen. Die Tatsachen zu diesen Vorgängen sind einwandfrei dokumentiert. Es ist



*Ed Fagan, Initiant der 20 Milliarden-Sammelklage gegen die Schweiz und  
Anwalt von Christoph Meili, kann gemäss eigenen Angaben dreissig Prozent  
jedes erstrittenen Schweizer Frankens in die eigene Tasche stecken.*

also festzuhalten: Kein Schweizer, keine schweizerische Institution, keine Schweizer Bank hat aus den Vorgängen um herrenlose Vermögen je unmittelbaren, persönlichen Geldgewinn erzielt.

## **Ed Fagans Kampagne**

Dies ganz im Gegensatz zu jenen Kräften, die sich als eigentliche Drahtzieher der sich verschärfenden Kampagne gegen die Schweiz im Zusammenhang mit den herrenlosen Holocaust-Vermögen aggressiv in Szene setzen.

Ein Beispiel dafür ist der *amerikanische Anwalt Ed Fagan*, der am Mittwoch, 8. Januar 1997 auch in der «Rundschau» von Fernsehen DRS ausführlich zu Worte kam.

Anwalt Ed Fagan ist der Initiant der sogenannten «Sammelklage» an die Adresse der Schweizer Banken in der Höhe von sage und schreibe 20 Milliarden Dollar. Er ruft Leute, die im Zusammenhang mit herrenlosen Holocaust-Konten Ansprüche an Schweizer Banken stellen wollen, dazu auf, ihn, Ed Fagan, als Anwalt anzuheuern. Er nutzt das vom amerikanischen Recht zugelassene Instrument der sogenannten «Sammelklage» aus und hat mittels massiver Pauschalanklagen – aber

**D'Amatos Anschuldigungen werden immer schriller – bis Bundesrat Delamuraz der Kragen platzt**

## **Reparationszahlung?**

*Es begann mit einer schweren Attacke auf die Schweiz: Unser Land, behauptete Senator d'Amato, habe sich an Vermögen von im Krieg getöteten polnischen Juden mittels Geheimabkommen schamlos bereichert.*

*Nur schon summarische Abklärungen ergaben, dass sich d'Amato grösster Unwahrheiten bedient hatte: Es fand nicht die geringste Bereicherung statt. Und es gab auch kein Geheimabkommen. Wahrheiten, die d'Amato nicht daran hinderten, die Schweiz übers Jahresende erneut scharf anzugreifen: Sie habe sich allein dank Komplizenschaft und einträglicher Hehlerdienste für die Nazis aus dem Krieg herausgehalten. Ihre Schuld könne sie nur abtragen mit einer unverzüglich – lange bevor Ergebnisse der Untersuchung zu den herrenlosen Vermögen vorliegen – zu leistenden Zahlung massivsten Ausmasses an einen sofort zu schaffenden Fonds.*

*Dass selbst einem Bundesrat angesichts derart beleidigender Unverschämtheiten einmal der Kragen platzt, ist verständlich. Jedenfalls verständlicher als die Tatsache, dass sämtliche Schweizer Medien d'Amatos sehr materiell motivierte Ansinnen kommentarlos zu schlucken scheinen, dafür aber Bundesrat Delamuraz mit umso schärferer Kritik überschütten*

*Was Senator d'Amato verlangt, ein mittels massiver Geldzahlung abzuleistendes Schuldgeständnis der Schweiz nämlich, ist in Wahrheit nichts anderes als eine Reparationszahlung, wie sie im Lauf der Weltgeschichte behaupteten oder tatsächlichen Kriegsanzettlern nach verlorenem Krieg immer wieder auferlegt worden ist. So, als wäre Auschwitz von Schweizern und in der Schweiz errichtet worden.*

*Einige Vorlaute unterschiedlicher Lager drängt es derweil mit Macht in die Medien. Die einen – etwa Jean Ziegler in ausländischen Fernsehanstalten – holen einmal mehr zu hanebüchernen Rundumschlägen gegen alles Schweizerische aus. Andere – zum Beispiel Nationalrätin Lili Nabholz – profilieren sich in der Rolle publizitätsbewusster Leisetreter, glaubend, mittels Wallfahrten nach Washington und demonstrativer Gefügigkeit könne der Appetit*

*des geld- und machthungrigen Amerikaners schliesslich befriedigt und besänftigt werden.*

*Will sich die Schweiz dieser wohl schwersten aussenpolitischen Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich erwehren, dann ist zweierlei dringend nötig.*

*Erstens: Selbstgefällige Öffnungsübungen in den Korridoren von Konferenzzentren internationaler Organisationen, denen Bern – gäbe es nur den renitenten Souverän nicht – längst beitreten möchte, gehören endgültig der Vergangenheit an. Jetzt sind elementare schweizerische Interessen angegriffen. Diesen allein gehört jetzt alle Priorität in der schweizerischen Aussenpolitik.*

*Zweitens: Klartext ist zu sprechen! Die USA sind endlich nachdrücklich an ihre eigene Gesetzgebung bezüglich herrenloser Vermögen zu erinnern. Solche fallen jenseits des Atlantiks nämlich – nach einer Wartefrist von in der Regel lediglich fünf Jahren – an den Staat. Aus den Kreisen um d'Amato wird diese Tatsache mit angeblichem «Recht des Siegers auf Kriegsbeute» gerechtfertigt. Gegen wen, wäre Herr d'Amato endlich zu fragen, haben denn die USA Krieg geführt und sich damit ein Recht auf Kriegsbeute erworben? Etwa gegen die gequälten Juden aus dem Warschauer Ghetto oder gegen die Getöteten des Holocaust?*

*Ulrich Schlüer*

*(«Spalte Rechts», 10. Januar 1997)*

weitgehend ohne erhärtete Fakten – eine handfeste *Medienkampagne* gegen die Schweizer Banken entfesselt.

Selbst Fagan dürfte aber nicht damit rechnen, mit seiner wahnwitzig überrissenen Forderung vor irgendeinem amerikanischen Gericht Recht zu bekommen. Es geht ihm wohl gar nicht ums Recht. Weit wichtiger ist ihm, mit seiner aggressiven Kampagne möglichst viele *negative Schlagzeilen* in den Medien gegen Schweizer Banken, gegen Schweizer Firmen, gegen die Schweiz überhaupt zu bewirken. Schliesslich sind genügend Fälle bekannt, da insbesondere grossen Konzernen mittels – gut oder auch sehr zweifelhaft begründeten – Sammelklagen soviel Image-Schaden zugefügt werden konnte, dass diese Konzerne nur schon deshalb fette Abfindungssummen aussergerichtlich bezahlten, damit die durch die Sammelklage gegen sie entfesselte tendenziöse Medienkampagne endlich zum Schweigen gebracht werden konnte. Einzelne amerikanische Konzerne haben in solchem Zusammenhang sogar dreistellige Millionenbeträge freiwillig entrichtet, als eine Art «Schweigegehd», auf dass schädliche, mit dem Ziel der

Schadensstiftung entfesselte Kampagnen zum Schweigen gebracht werden konnten.

Genau auf eine solche Reaktion dürfte Anwalt Ed Fagan spekulieren, ist er doch, wie er in der «Rundschau»-Sendung zumindest in einem Nebensatz einräumte, am Erfolg seiner Kampagne recht massiv *gewinnbeteiligt*. Von jedem Franken, den er auf irgendwelchen Wegen aus Schweizer Banken herauszuwinden vermag, winkt ihm ein *persönlicher Gewinn von happigen dreissig Prozent*. Mit andern Worten: Ankläger Fagan nutzt Menschen, die selber oder deren Vorfahren Holocaust-Opfer waren, für persönlichen, keineswegs unbescheidenen materiellen Gewinn! Was keinem Schweizer, was keiner Schweizer Bank, keiner Schweizer Versicherung oder Vermögensverwaltungsgesellschaft vorgeworfen werden kann, nimmt Anwalt Ed Fagan in geradezu dreister, skrupelloser Art für sich in Anspruch: *Die Not von Holocaust-Opfern ist für ihn Grundlage für lukrativen persönlichen Gewinn*.

## Herrenlose Vermögen in den USA

Die Schweiz hat diesem skrupellos-geschäftstüchtigen New Yorker Anwalt Ed Fagan übrigens noch weitere hochinteressante Erkenntnisse zu «verdanken». Ed Fagan liess sich nämlich dazu hinreissen, auch gegen die amerikanische Niederlassung einer Schweizer Bank – es handelt sich um den Schweizerischen Bankverein – eine Klage anzustrengen, weil diese die Herausgabe von dort einst angelegtem, später als «herrenlos» erklärtem Vermögen angeblich verweigere. Ed Fagans Klage schuf somit die Möglichkeit, endlich auch einmal die *amerikanische Gesetzgebung zum Umgang mit herrenlosem Vermögen* in den Mittelpunkt zu stellen. Denn selbstverständlich untersteht jede in Amerika tätige Bank, auch jede Niederlassung einer ausländischen Bank, der amerikanischen Gesetzgebung.

Das amerikanische Recht über den Umgang mit herrenlosen Vermögen unterscheidet sich grundlegend vom schweizerischen Recht. *Schweizer Banken* haben herrenlose Vermögen grundsätzlich solange *aufzubewahren*, bis ein Erbberechtigter schliesslich doch noch ausfindig gemacht werden kann, oder bis eine rechtlich einwandfreie Lösung zur Verwendung offensichtlich herrenlos bleibenden Vermögens erwirkt werden konnte. Haargenau dieser Gesetzgebung ist die Tatsache zu verdanken, dass herrenlose Vermögen, die in der Nazi-Zeit auf Schweizer Banken angelegt worden sind, bis heute uneingeschränkt aufbewahrt worden sind. Sie liegen zwar auf Konten von Schweizer Banken. Den sie verwaltenden Banken ist jeder Zugriff auf diese Vermögen aber verwehrt.

Nicht so in den *Vereinigten Staaten*. Im Staat New York, wo Ed Fagan seine Klage gegen den Schweizerischen Bankverein deponierte, unterliegen herrenlose

Vermögen folgenden gesetzlichen Bestimmungen (die im Wesentlichen auch in sämtlichen andern Staaten der USA Gültigkeit haben):

Als «herrenlos» wird ein Bankkonto erklärt, wenn darauf *während fünf Jahren keine Bewegung* stattgefunden hat. Sämtliche Banken sind verpflichtet, dem Staat über derart herrenlos gewordene Konten Bericht zu erstatten. Die Bank hat darauf das als herrenlos erklärte Konto in einer lokalen Tageszeitung mindestens einmal auszuschreiben. Meldet sich nach dieser öffentlichen Publikation in einer lokalen Tageszeitung keine anspruchsberechtigte Person, so *verfällt* die gesamte Summe des auf diesem herrenlos gewordenen Konto liegenden Geldes *dem Staat*. Was in der Schweiz undenkbar ist, ist in den USA Tatsache: Herrenlose Vermögen, auch solche jüdischer Einleger, die möglicherweise Opfer von Nazi-Verfolgungen geworden sind, fliessen in den USA in die Kasse der einzelnen Staaten. Sobald ein derart herrenloses Vermögen dem Staat übergeben ist, erlischt auch die Verantwortlichkeit der Bank für das von ihr verwaltete, herrenlos gewordene Vermögen. Sollte irgendwann doch noch ein Anspruchsberechtigter auftauchen, so hat der Staat, der das herrenlose Vermögen vereinnahmt hat, selbstverständlich die Pflicht, allenfalls berechtigten Ansprüchen nachträglich doch noch zu entsprechen.

Alle als herrenlos erklärten Gelder, für die sich keine Anspruchsberechtigten mehr melden – und das trifft insbesondere für die herrenlos gewordenen Vermögen von Verfolgten des Holocaust zu – bleiben dagegen in der Staatskasse. Der Staat ist in den USA somit *direkter Profiteur herrenloser Vermögen*.

Tatsachen, die wohl in Erinnerung gerufen werden dürfen, wenn sich neuerdings vor allem in den USA einzelne Politiker ganz besonders in der Pose moralischer Instanzen gefallen, die der Schweiz in dramatischen Anklagen ehrloses Verhalten bei der Verwaltung der Gelder von Holocaust-Opfern vorwerfen. Im Unterschied zu den USA wurden in der Schweiz herrenlose Vermögen nie der Staatskasse zugeleitet!

## **Endlich Gegenmassnahmen einleiten!**

Allmählich fragt sich, was der Schweiz noch an – sachlich oft hanebüchenen – Vorwürfen präsentiert werden muss, bis sich der Bundesrat endlich dazu aufrafft, aktiv Gegenmassnahmen in die Wege zu leiten. Nach den Vorfällen der letzten Tage müsste die Schweiz vor allem einmal offiziell in den USA vorstellig werden, nachdrücklich *fairen Umgang* mit allen Problemen rund um die herrenlos gebliebenen Guthaben aus der Nazi-Zeit anmahnen. Ein solcher Schritt drängt sich umso mehr auf, als die Schweiz bekanntlich innert kürzestmöglicher Frist mit Beschlüssen beider Parlamentskammern die Gesetzgebung dafür geschaffen

hat, dass alle nicht genügend ausgeleuchteten Aspekte rund um die herrenlosen Vermögen uneingeschränkt abgeklärt werden können.

Im Blick auf diese Abklärungen ist davon auszugehen, dass Akten, die Aufschluss zu den aufgeworfenen Fragen geben können, nicht nur in schweizerischen Archiven eingelagert sind. Die Schweiz müsste demzufolge insbesondere die amerikanische Regierung auffordern, Dokumente und Akten, die in amerikanischen Archiven oder allenfalls auch beim amerikanischen Geheimdienst lagern, in allererster Linie für diese in der Schweiz beschlossene Untersuchung zugänglich zu machen.

Wer heute an umfassender, ehrlicher, vollständiger Abklärung aller Vorgänge rund um die herrenlosen Vermögen interessiert ist, stellt in seinem Besitz oder in seiner Obhut befindliche Dokumente für diese seriösen Abklärungen, nicht aber für die Inszenierung höchst zweifelhaft begründeter, nicht zuletzt auf die eigene Geldbörse abzielender Kampagnen zur Verfügung.

*(24. Januar 1997)*

*Alt-Nationalbankpräsident Fritz Leutwiler zur Stiftung aus Goldreserven:*

## «Unüberlegter Hüftschuss»

*von Balz Bruppacher, Korrespondent Associated Press (AP)*

*Der frühere Notenbankpräsident Fritz Leutwiler hat massive Vorbehalte zur Errichtung einer Solidaritätsstiftung aus den Goldreserven der Nationalbank angemeldet.*

*Zürich (AP)* – In einem Gespräch bezeichnete Leutwiler das Projekt als wenig durchdacht, falsch finanziert und unklar begründet.

Leutwiler war in den vergangenen Monaten massgeblich an der Errichtung des *Spezialfonds für Holocaust-Opfer* beteiligt gewesen. Er vermittelte zwischen Schweizer Banken und Industrie einerseits und dem Jüdischen Weltkongress (JWC) andererseits. Hinter den Kulissen überzeugte er die Grossbanken zur Bereitstellung von 100 Millionen Franken und bekam Signale aus der Industrie für die Äufnung des Fonds mit weiteren 50 Millionen. In dem AP-Gespräch gab Leutwiler erstmals bekannt, dass er in der Phase, als die Schweiz in den USA mit Boykottandrohungen konfrontiert war, auch den Kontakt mit der Nationalbank suchte. Er regte an, dass die Nationalbank weitere 200 Millionen Franken für den Fonds

bereitstellen sollte, und zwar je 100 Millionen auf eigene Rechnung und als Vorschuss für Zahlungen der Eidgenossenschaft.

Aus seinen Gesprächen mit Spitzenvertretern des Jüdischen Weltkongresses wisse er, dass ein solcher Fonds mit insgesamt 350 Millionen Franken im Sinne einer Wiedergutmachung die Vorstellungen der jüdischen Organisationen *mehr als zufriedengestellt* hätte. Weil der Faktor Zeit damals eine entscheidende Rolle gespielt habe, hätte sich Leutwiler gewünscht, dass die Beiträge der Nationalbank sofort gesprochen worden wären. Die Nationalbank habe ein solches Vorgehen mit dem Hinweis auf die fehlende Rechtsgrundlage jedoch abgelehnt und erklärt, es brauche einen Parlamentsbeschluss.

Für Leutwiler handelte es sich bei dieser Begründung um einen *legalistischen Vorwand*. Er erinnerte daran, dass die Nationalbank in einer vergleichbaren Situation der zeitlichen Dringlichkeit beim Ausbruch der Schuldenkrise in der ersten Hälfte der 80er Jahre unter seiner Leitung problemlos zweistellige Millionenbeträge für Länder in Südamerika und in Osteuropa bereitgestellt hatte. *«Wir haben damals auch nicht jedes Mal ein Rechtsgutachten eingeholt»*, sagte Leutwiler, Nationalbank und Bund hätten ihm jedoch zu verstehen gegeben, dass man aus Sorge um die Glaubwürdigkeit nicht von der Position abrücken wolle, über Beiträge erst dann zu entscheiden, wenn Zwischenberichte der unabhängigen Expertenkommission vorlägen.

## Zaubertrick-Politik

Zur Enttäuschung über diese starre Position komme nun Unverständnis und Verärgerung, sagte Leutwiler. Denn *Bundespräsident Arnold Koller* kündigte am 5. März nicht nur an, dass die Nationalbank doch 100 Millionen Franken in den Spezialfonds zahlt, sondern er gab darüber hinaus auch die Stiftungsidee mit *sieben Milliarden Franken* aus der *Aufwertung der Goldreserven* der Notenbank bekannt. Leutwiler bezeichnete dieses Vorgehen als Hüftschuss.

Seine Kritik an der Stiftungsidee geht in drei Richtungen. Erstens habe die Nationalbank ihre Unschuld verloren: *«90 Jahre lang hat die Nationalbank ihre Unabhängigkeit wahren können, und nun wird der Bund geradezu aufgefordert, in die stillen Reserven zu greifen»*, sagte Leutwiler und fügte hinzu: *«Das tut mir leid.»* Wenn mit einem solchen Zaubertrick Geld geschaffen werde, ohne dass der Steuerzahler beansprucht werde, würden zwangsläufig *Begehrlichkeiten* aller Art geweckt.

Zweitens sei die Begründung der Stiftung unklar: *«Ist unsere Schuld so gross, dass der Fonds zugunsten der Holocaust-Opfer nicht reicht?»* fragte Leutwiler und fügte hinzu: *«Da sage ich nein. Das brauchen wir nicht.»* Als Angehöriger

Fritz Leutwiler (†):

## «Keine Chance in der Abstimmung!»

*Die Kritik des früheren Nationalbankpräsidenten Fritz Leutwiler an der von seinem indirekten Nachfolger Hans Meyer entworfenen Stiftungsidee deckt sich in vielen Punkten mit den Einwänden von SVP-Nationalrat Christoph Blocher.*

*Er sei sich durchaus bewusst, dass man ihn als Störefried kritisieren werde, sagte Leutwiler in dem AP-Gespräch. Es gehe ihm aber darum, darauf aufmerksam zu machen, dass es nicht einfach genüge, die Kritiker der Idee in die Ecke von Blocher zu stellen. «Ich bin weder ein Spezialfreund von Blocher noch SVP-Mitglied», sagte Leutwiler. Aber es genüge nicht, Blocher zu dämonisieren. Sondern man sollte sich auch einmal überlegen, wieso der Zürcher SVP-Präsident so viel Erfolg habe.*

*Für die Volksabstimmung, die für die Aufwertung der Goldreserven der Nationalbank nötig wird, sagte Leutwiler ein Szenario «wie gehabt» voraus: Alle Parteien mit Ausnahme der SVP und der Parteien noch weiter rechts dürften Ja-Parolen herausgeben, im Abstimmungskampf würden sich Wirtschaft und befürwortende Parteien aber mit finanzieller Unterstützung zurückhalten, und das Volk werde nicht zustimmen. «Ich wäre deshalb sehr froh, wenn man einen Ausweg finden würde und die Sache nochmals überprüft, bevor das Volk zur Urne geht», sagte Leutwiler.*

*Er ist auch überzeugt, dass der Verteilungskampf um die zweite Tranche des Aufwertungsgewinns aus den Goldreserven nicht zum Wohle des Landes reichen werde. Die Schweiz habe es bisher fertiggebracht, die Notenbankreserven nicht anzuzapfen und zum Spielball von politischen Interessen zu machen. Andere Länder hätten eine gegenteilige Politik mit Hyperinflation bezahlen müssen. Bundesrat und Nationalbank sollten auch diese Langzeitwirkungen im Auge behalten, mahnte Leutwiler.*

(AP/bb)

(4. April 1997)

der Aktivdienstgeneration weigere er sich, weitere Schuldbekennnisse abzulegen. Es seien sicher schlimme Dinge passiert, vor allem in der Flüchtlingspolitik. Dies sei aber nicht erst seit gestern bekannt. Und es wäre an der Zeit, dass die Schweiz statt vollends in Masochismus und Selbstkasteiung zu verfallen, sich darum bemühe, irgendwann wieder zur Tagesordnung überzugehen.

Drittens bemängelte Leutwiler den *verschwommenen Verwendungszweck* der Stiftung. Er werde den Eindruck nicht los, dass die Stiftungsidee vor allem mit Blick auf Kollers Rede vor dem Parlament entstanden sei, und man sich erst jetzt überlege, was mit dem Geld einmal geschehen solle. «*Nach der Tat hält der Schweizer Rat*», sagte Leutwiler.

(4. April 1997)

### *New Yorks und Washingtons Feldzug gegen die Schweiz*

## **Geld muss her!**

*Von Richard Anderegg, Washington*

*Was am Anfang eine streitbare Forderung jüdischer Organisationen an Schweizer Banken war und zu einer Krise der offiziellen amerikanisch-schweizerischen Beziehungen wurde, ist jetzt zu einem klaren, unverschämten Versuch der amerikanischen politischen Maschine geworden, der Schweiz Geld auszureissen, möglichst viel, und gleichgültig woher.*

Sei es als *Protektionsgeld* von Firmen, die Investitionen auf dem Spiel haben, als *Reu- und Bussgeld* von Banken oder vom Staat, als humanitärer Beitrag von Privaten – Geld muss her, und zwar in ansehnlichen Summen, weil nach all dem Lärm die Fordernden bei einem Misserfolg ihr Gesicht verlieren würden.

Die republikanische politische Finanzierungsmaschine New York unter *Senator d'Amato* hat mit ihrem bisherigen Lärmerfolg so viele Hoffnungen geweckt und so viel Geld von sonst eher demokratisch wählenden Juden für die Kasse *Gouverneur Patakis* für nächstes Jahr erhalten, dass sie noch mindestens ein Jahr weiterhetzen muss. Dann gibt es auch New Yorker Stadtwahlen diesen Herbst.

## **Forderungsmaschinen**

In Washington kann die demokratische Regierung ebensowenig bei der publizistisch so wirkungsvollen Jagd nach Schweizer Geld für die Opfer des Holocaust abseits stehen. Der neue Finanzchef des Demokratischen Nationalkomitees, *Steve Grossman*, war vorher Präsident des Israel-America PAC, des Wahlfinanz-Komitees, zu dem die Regierung Israels direkten Kontakt unterhält.

Denn die Dankbarkeit jüdischer Organisationen für Unterstützung in dieser Sa-

## Zum Zusammenbruch eines Handlungskonzepts

# Lasst uns zahlen!

*Vor ziemlich genau einem Jahr trafen die ersten eindringlichen Warnungen vor einem sich in New York gegen die Schweiz gefährlich zusammenbrauenden Gewitter ein. Der Warner, Botschafter Carlo Jagmetti, wurde mittels besonders üblem Vertraulichkeitsverrat durch das Haus Tages-Anzeiger inzwischen abgeschossen. Der Bundesrat reagierte auf Jagmettis Warnung mit Tatenlosigkeit, stürzte sich dafür mit Feuereifer ins OSZE-Abenteuer, von dem er sich internationale Lorbeeren versprach.*

*Das erste Unwetter entlud sich im vergangenen Herbst, den Bundesrat mit dramatisch aufgeblähten Anklagen betreffend eines «Geheimabkommens» mit Polen um Holocaust-Gelder völlig unvorbereitet treffend. Immerhin: Die offensichtlichen Wahrheitsverdrehungen bei dieser Attacke bewogen Bundesrat und Parlament wenigstens dazu, gemeinsam die Strategie «umfassende Aufklärung aller relevanten Fakten» in die Wege zu leiten.*

*Internationalem Renommiergehabe getreu, entschloss sich der Bundesrat wenig später, eine «Task Force» ins Leben zu rufen. Dringende Aufforderungen, Probleme nur auf offizieller Ebene mit den USA und Israel zu behandeln (weil ein Staat immer nur mit Staaten, nicht aber mit bloss Einzelinteressen wahrnehmenden Organisationen mit unklarer Vertretungskompetenz verhandeln soll), prallten am Bundesrat ab. Trotz Warnung vor kontraproduktiven Pilgerfahrten buchte der neue Task Force-Chef Borer einen seiner ersten Termine bei US-Senator d'Amato, eine Ehrerbietung, die diesen verantwortungslosen Scharfmacher nur zu neuen Tiraden gegen die Schweiz aufstacheln konnte.*

*Weil demonstrative helvetische Nettigkeit nichts fruchtete, begannen Geldforderungen, nicht immer klarer Herkunft, zu zirkulieren, die schliesslich Bundesrat Delamuraz' Kragen platzen liessen. Die darob entfesselte Medienrüstung leitete neue Wallfahrten nach New York ein – diesmal von Parlamentariern, derweil die von Regierung und Parlament geschlossen erarbeitete Strategie «Faktenaufklärung zuerst» schon in sich zusammenbrach, noch bevor die vorgesehene Expertengruppe unter Professor Bergier ihre Arbeit aufgenommen hatte.*

*Es geht jetzt nur noch um Geld, um sehr viel Geld, das die Schweiz zahlen*

*soll und das die völlig konzeptlose Schweiz zahlen wird: Quittung für die offensichtliche Unfähigkeit unserer Regierung, ein für unser Land äusserst schwerwiegendes Problem wenigstens rechtzeitig zu erkennen. Quittung aber auch für die offensichtliche Unfähigkeit von Regierung, Parlament und Wirtschaft, eine vor wenigen Wochen einstimmig gewählte Strategie länger als ein paar Tage durchzuhalten. So wird die Schweiz zahlen – insgesamt zweifellos Hunderte von Millionen. Zulasten unserer Volkswirtschaft, die – bei Rekordarbeitslosigkeit! – derartige Aderlässe offenbar spielend verkraften kann. Aber auch zulasten der Bundeskasse, die für Tribute an die Unfähigkeit der Regierung offensichtlich grenzenlos gepolstert ist.*

*So präsentiert sich «schweizerische Führung» im Jahre 1997.*

*Ulrich Schlüer*

*(«Spalte rechts», 21. Februar 1997)*

ehe, die ihnen ein echtes Anliegen ist, wird bei Wahlen die Politiker finanziell belohnen, die sich eingesetzt haben. Und die Verunsicherung der Schweiz, mit beginnenden Nebenwirkungen im übrigen Europa, ist finanziell Sonderklasse geworden: Mit den unerwarteten fünf Milliarden Dollar, die in Amerika jedermann aus den so echt verängstigt klingenden Versprechen *Bundespräsident Kollers* herauszuhören glaubte. Da sind die mickrigen 170 Millionen des Spezialfonds für Holocaust-Opfer wirklich nicht viel. Die Vorreiter der Kampagne in Amerika sind damit fast gezwungen, sich gegenseitig zu überbieten, um ihrerseits *mehr herauszuholen*.

## Nötigung

Die neuste Episode wurde ausgelöst durch einen an Nötigung grenzenden Versuch des Chefs der New Yorker Finanzkontrolle, *Alan Hevesi*, Schweizer Firmen zu höheren Beiträgen an den Spezialfonds für Holocaust-Opfer zu zwingen.

Hevesis Stellung als Chef des Rechnungshofs der Stadtverwaltung New York ist ein *Wahlamt* und die Stadtwahlen sind diesen November. Hevesi versucht, auf der Welle der Entschädigungen für Erben von Holocaust-Opfern, die Senator d'Amato ausgelöst hat, mitzureiten. Er betont, auch er habe bei den rassistisch bedingten Verfolgungen im Weltkrieg Familienmitglieder verloren.

Der städtische Pensionsfonds New Yorks mit seinen rund 70 Milliarden Dollar hat auch in Schweizer Industripapieren investiert. Nun versuchte vor Monats-

frist Hevesi, von Schweizer Firmen, deren Aktien Teil des Fonds-Portefeuilles sind, zu erfahren, ob und für wieviel sie am Spezialfonds mitmachen. Die meisten antworteten, dass eine Abmachung bestehe, nur das Total anzugeben und keine Einzelbeträge. Hevesi, verärgert, sagte nicht direkt, dass er dem Fonds empfehlen würde, die Aktien «ungenügender» Zahler abzustossen, aber die Drohung hing umso deutlicher in der Luft, als er auch untersuchen liess, was für Dienste die *Schweizerische Bankgesellschaft* (UBS) der Stadt liefert. UBS verdient dafür rund 1,25 Millionen Dollar im Jahr. Das ist keine wesentliche Summe für die Bank, aber es wäre eine Ohrfeige, wenn New York die UBS von der Liste der Banken ausschaltete, mit denen sie arbeitet.

Zusätzlich begann Hevesi, einen Informationsbrief an etliche Hunderte seiner Kollegen in Finanzämtern amerikanischer Staaten und Städte zu verschicken, der «*Swiss Monitor*» heisst. Er empfiehlt seinen Kollegen dringend, ihrerseits vor Anlagen in Schweizer Aktien herauszufinden, wieviele diese Firmen an die Holocaust-Wiedergutmachung beigetragen haben; er verkündet seine Absicht, ein Treffen staatlicher und städtischer Finanzchefs zu veranstalten, um sich über den Fortschritt der Entschädigungen der Schweiz an Holocaust-Erben zu orientieren. Und er berichtet über die umstrittenen, angeblich antisemitischen Bemerkungen des ehemaligen UBS-Chefs *Robert Holzach* an eine amerikanische Journalistin.

Was das alles wert ist, bleibt abzuwarten, aber der Versuch, Druck mit Drohungen gegen die Schweiz aufzubauen, ist offensichtlich.

## Die Taktik Washingtons

Nun hat dieser Versuch Hevesis nicht lauter Freude in Washington bewirkt. Washingtoner Quellen, in der amerikanischen Presse zitiert, äusserten Befürchtungen, Hevesis Dreinfahren werde «*delikate Verhandlungen in den Kulissen*» mit der Schweiz stören.

In der Washingtoner Schweizer Botschaft heisst es bloss, man sei natürlich laufend «*im Gespräch*», aber Ausdrücke wie «*delikate Verhandlungen*» erscheinen dort als übertrieben. Gespräch oder Verhandlung, eines ist sicher: *Es geht weiterhin um Geld*. Der Mann, der im Auftrag der US-Regierung der Schweiz das Zahlen schonend beibringen soll, *Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat*, gab soeben zweimal Muster seiner Methoden; in einem Interview mit dem *Schweizer Fernsehen* und in einem Leserbrief, den er der «*New York Times*» schickte.

Im Interview gab er, in versöhnlichem Ton, deutlich zu verstehen, dass die amerikanische Regierung ein *höheres Total* des Spezialfonds für Holocaust-Opfer «wünsche». Nicht «fordere», das wäre laut diplomatischem Gebrauch unschicklich. Dass das Interview negativ wirkte, erstaunte ihn. So schickte er einen Leser-

brief an die «New York Times». Die Zeitung habe eine Meldung der «Agence France Presse» über das Interview veröffentlicht, die den falschen Eindruck vermittele, es gebe grössere Missverständnisse zwischen den Regierungen Amerikas und der Schweiz über die «Nazigold»-Affäre.

Man notiere: Eizenstat korrigiert eine in der «New York Times» erschienene Version einer französischen Agenturmeldung, die am Missverständnis über sein Schweizer Fernsehinterview schuld sei. Nicht er, nicht das Schweizer Fernsehen, nicht die New York Times, sondern eine aussenstehende Presseagentur. Damit hat man alle geschont, die man schonen will.

Er habe die Schweiz doch gelobt, weil sie ihrer humanitären Traditionen würdig bleibe. Sie habe «zwei Fonds aufgestellt – einen öffentlich-rechtlichen und einen privaten um Holocaust-Überlebende und andere humanitäre Anstrengungen zu unterstützen.» Zu notieren einmal mehr: Beide Fonds sind auch für Eizenstat parallele Bussleistungen für angebliche Holocaust-Sünden. «Ich wiederholte auch die amerikanische Position, die ich kürzlich vor der Bankenkommission des Abgeordnetenhauses klarmachte», fährt er fort, «dass wir gerne eine substantielle Erhöhung des privaten Holocaust-Fonds der drei grössten Banken, der Nationalbank und anderer Firmen sehen möchten. Ich drückte bloss die Hoffnung aus, dass andere Firmen dem Beispiel derer folgen sollten, die schon beigetragen haben. Weit entfernt davon, eine «grobe Warnung» zu vermitteln, war meine Aussa-



Amerika sieht es anders

## Schuld oder Solidarität?

*Der Bundesrat will eine «Stiftung für Solidarität» schaffen, wozu er die das schweizerische Volksvermögen hütende Nationalbank um sieben Milliarden Gold zu erleichtern gedenkt. Die Stiftungs-Idee, beteuert der Bundesrat unermüdlich, habe mit den Anklagen gegen die Schweiz bezüglich ihrer Politik im Zweiten Weltkrieg nichts, aber auch gar nichts zu tun. Allerdings: Präsentiert wurde die Stiftungs-Idee haargenau in jener Rede des Bundespräsidenten, welche zur offiziellen Stellungnahme der Landesregierung zu den Vorwürfen an unser Land erklärt wurde. So versteht das gesamte Ausland – insbesondere die amerikanische Presse – die geplante Stiftung denn auch ganz klar als «Schuld-Stiftung», nicht als «Solidaritäts-Stiftung».*

*Nachzulesen ist dies etwa in einem Kommentar, der in sämtlichen Blättern des riesigen Medien-Konzerns Hearst verbreitet wurde. Die Entscheidung der Schweiz, einen «Fünf-Milliarden-Dollar-Holocaust-Fonds für Juden und andere Nazi-Opfer des Zweiten Weltkriegs» zu schaffen, sei «ein sehr gutes Geschäft für die Schweiz», liest man in diesem Hearst-Kommentar. Damit liefere die Schweiz einen «relativ geringfügigen Teil» des im Zweiten Weltkrieg aus Handelsgeschäften, Goldtransaktionen und der Reinwaschung von Totengold von Auschwitz-Opfern (!) erzielten Profits an jene zurück, die seinerzeit bestohlen worden seien. Unter Berufung auf Jean Ziegler und «andere Historiker» wird die «wirkliche Schuld» der Schweiz in diesem Hearst-Kommentar auf nicht weniger als 60 Milliarden Dollar veranschlagt. Der Bundesrat wird also mit seinen sieben Milliärdchen noch lange nicht Ruhe haben.*

(2. Mai 1997)

*ge weder grob noch eine Warnung.» Aber die Aussage steht, offiziell von der US-Rcgierung: Mehr Geld!*

### Mehr Geld!

*Eizenstats Leserbrief schliesst: «Wir werden weiterhin mit den Schweizern daran arbeiten, diese Angelegenheit so abzuschliessen, dass den Opfern der Nazi-Gräu-*

*samkeiten Gerechtigkeit widerfährt.» Klarer kann man es nicht sagen: Die Schweiz trägt Schuld an den Nazi-Grausamkeiten und muss deren Opfer entschädigen. Man fragt sich, wie eine Schweizer Regierung, die dieses Namens würdig ist, so etwas widerspruchslos hinnimmt. Und das ist, notabene, der «milde» Ankläger, der es diplomatisch sagt, und der unglücklich ist, weil der grobe Hevesi den Erfolg seiner Bemühungen gefährdet.*

Beide wollen dasselbe, weil die *politische Hetze* in den USA und das *ewige Nachgeben der Schweiz* die Goldsuche nach hohen Summen zu einem Spiel für die politischen Maschinen in den USA gemacht hat, bei dem man gar nicht mehr um bescheidene Summen pokern darf.

## Hilflose Schweizer Abwehr

Demgegenüber ist positiv zu verzeichnen, dass die amerikanische PR-Firma, die jetzt für die Schweiz arbeitet, eine Reihe von Beiträgen aus Schweizer Feder für die «Seite anderer Meinungen», die «Op-Ed-Page» führender amerikanischer Blätter zu organisieren anfängt. Nützlich ist es wohl, spät kommt es aber, und in ihren versöhnlichen, alle ewig die «Schuld» und die «Fehler» der Schweiz beichtenden Darstellungen sind sie alle nicht viel mehr als eine Bitte, mildernde Umstände gelten zu lassen.

Für einen Schweizer Beobachter in den USA ist es beschämend, feststellen zu müssen, dass die zwei einzigen aggressiven und positiven Darstellungen der Schweizer Rolle im Zweiten Weltkrieg von Amerikanern stammen: Die ehemalige Botschafterin Faith Whittlesey nannte «die verallgemeinernde Verurteilung der Schweiz eine falsche und seichte Darstellung». Ihr Artikel erschien in der Frühlingsnummer der «Ambassador Review». Der ehemalige Staatsanwalt des Nürnberger Gerichts, Walter Rockler, schrieb im Juli in der «Washington Post»: «Die jetzige Welle von Verunglimpfung der Schweizer und der Schweiz, der sich kürzlich ein Regierungsbericht (Eizenstat-Bericht) beigesellt hat, ist unvernünftig und grundsätzlich in ihrer historischen Perspektive entstellt. Es wird ein Bild geschaffen, mit dem die Schweizer als eigentliche Nazi-Kollaborateure hingestellt werden. Das ist falsch.»

## Wann endlich ...?

Kein Mitglied der Schweizer Regierung, die nach ihrem Auftrag für ihr Land einzustehen hätte, hat bisher den Mut und die einfache Überzeugung gehabt, dies so einfach zu sagen. Genau diese *verlegene Abwesenheit jeder einfachen, geraden*

*Verteidigung* ist es, die hier den Eindruck entstehen liess, das meiste an den Anklagen müsse *doch wohl wahr* sein.

Es fehlt nicht an Einsicht in den USA. So schrieb ein Kritiker in der «Washington Post» über das Buch *Adam LeBors «Hitler's Secret Bankers»*, der Autor verstehe ganz gut, welche Rolle die Medien im plötzlichen weltweiten Interesse an der Rolle der Schweiz gespielt hätten: «*Das Ende des Kalten Kriegs, die Offenheit der amerikanischen Information, Senator d'Amatos Sorge um seine jüdischen New Yorker Wähler und das Bedürfnis amerikanischer jüdischer Gruppen nach einer neuen «bête noire» kamen zusammen und schufen die Schweizer Skandale der letzten Monate.*»

Bloss wartet die amerikanische Öffentlichkeit geradezu darauf, dass auch *jemand in der Schweiz* aufsteht und das auf eine für die USA verständliche Art laut und einfach sagt, ohne sich für mögliche Fehler zuerst ausgedehnt zu entschuldigen. In Kriegslagen passieren Fehler, das wissen Amerikaner. Bisher hat sich, mit Ausnahme des unüberlegten und darum kontraproduktiven Ausbruchs *Delamuraz'* und von *Botschafter Jagmetti* in seinem Bericht kein Verantwortlicher schonungslos zu äussern gewagt. Beide wurden von ihren eigenen Leuten fallengelassen. Mit einer solchen Interessenvertretung kann die Schweiz nur den «Wünschen» nach mehr Geld stattgeben und hoffen, nach Busse dafür, was sie im Holocaust den Opfern angeblich angetan, mit einem blauen Auge weiter in Amerika geschäften zu dürfen.

(5. September 1997)

*Solidaritäts-Stiftung aus Nationalbank-Gold*

## Schuldanererkennung?

*von National rat J. Alexander Baumann, Kreuzlingen TG*

*Trotz Mehrwertsteuer, Medienstrafrecht und Drogenpolitik war die Diskussion über die Rolle unseres Landes im Zweiten Weltkrieg das alles überschattende Thema der abgelaufenen März-Session. Die Bedeutung, die im In- und Ausland diesem Thema – auch in den Medien – zugemessen wird, erscheint mir masslos übertrieben. Was hat dazu geführt, dass alle Dimensionen gesprengt wurden?*

Viele Hinweise deuten darauf hin, dass die amerikanische Bankenwelt bestrebt ist, den Finanzplatz Schweiz unter Druck zu setzen, da dieser weltweit eine

schlagkräftige Konkurrenz darstellt. Andererseits sind aber auch in unserem Land Kräfte am Werk, denen das Geschichtsbild der Schweiz nicht negativ genug sein kann. Ihnen geht es darum, uns weiszumachen, dass sich unser Land keineswegs durch das Zusammenwirken von Wehr- und Widerstandswille der Bevölkerung, der Wächterfunktion der Schweizer Armee, unserer Neutralität sowie der klugen Aussen- und Handelspolitik aus den Wirrnissen des Weltkrieges heraushalten konnte. Sie betrachten dies vielmehr als eine Belohnung für angebliche Handlangerdienste unseres Landes für Hitler und seine Nazis. Aus solchen Denkansätzen heraus lässt sich denn auch trefflich argumentieren, dass wir auch heute unsere Verteidigungsausgaben halbieren oder die Armee ganz abschaffen könnten. Die neutralitätspolitisch zwar zulässigen Lieferungen von Rüstungsgütern an Alliierte und Achsenmächte werden als Argument für die Waffenexportinitiative, über die wir im Juni 1997 abstimmen, ins Feld geführt. Und allfällige Verfehlungen einzelner Banken vor fünfzig Jahren sind ein willkommenes Argumentarium zur Zerschlagung des Finanzplatzes Schweiz und zur Abschaffung des Bankkundenheimnisses.

Bei der Einsetzung der unabhängigen Expertenkommission Bergier im Dezember war man sich einig, dass die Ergebnisse dieser Kommission abgewartet werden, die dann von Bundesrat, Parlament und Volk gewürdigt und gewertet werden. Sich aufdrängende Massnahmen sollten dannzumal als Ausfluss der Beurteilung getroffen werden. Sicher sollten bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei öffentliche Gelder zur Abgeltung der mit Druck und Drohungen erhobenen Forderungen bereitgestellt werden.

Wenn zwischenzeitlich die Banken und einzelne Industrien einen Fonds gespiessen haben, so ist dies deren Sache. Sie haben diesen Entscheid unter dem Druck von Boykottandrohungen und anderem getroffen. Absolut unverständlich ist hingegen die bundesrätliche Ankündigung einer Solidaritätsstiftung aus der Aufwertung der Goldreserven der Nationalbank im Umfange von sieben Milliarden Franken.

Gewiss, die ganze Schweiz erwartete eine klärende Stellungnahme des Bundesrates. Bundespräsident Koller hat eine Rede gehalten, die für ihren ersten Teil das Prädikat staatsmännisch verdient. Damit hätte man zur Tagesordnung übergehen können. Einzelne Bundesräte glaubten jedoch, der immense internationale Druck könne nur mit einer ganz speziellen Massnahme gemindert werden. So wurde der Rede des Bundespräsidenten kurzentschlossen noch eine Pointe aufgesetzt. Dieser Schritt hatte kurzfristig Erfolg. Der Druck war gewichen. Die Weltpresse berichtete: Die Schweiz offeriert sieben Milliarden für die Nazi-Opfer!

Ich habe die Massnahme des Bundesrates von Anfang an als äusserst fragwürdig beurteilt. Weil die Ankündigung dieser Stiftung im Rahmen einer Stellungnahme

## Maske ab

*Einmal mehr wurde es Senator d'Amato überlassen, eine neue Front gegen die Schweiz in Stellung zu bringen: Im letzten öffentlichen Hearing liess er, der Schweiz jedmögliche Hinterhältigkeit im Umgang mit herrenlosem Vermögen unterstellend, die Katze aus dem Sack. Es genüge bei weitem nicht, wenn die Schweizer Banken lediglich die Namen der letzten Inhaber von Konten, auf denen seit 1945 keine Bewegung mehr stattgefunden hat, veröffentlichen. Der Druck auf die Schweiz dürfe nicht abgebaut werden, bis die Banken, Instrumente notorischer Betrüger, sämtliche privaten wie geschäftlichen Beziehungen ohne Wenn und Aber auf den Tisch gelegt hätten. Es blieb wenig später d'Amatos Auftraggeber Edgar Bronfman vorbehalten, das baldige Ende des Schweizer Bankgeheimnisses anzukündigen. Den Rest werden die hinlänglich bekannten Gestalten der hiesigen Medienszene besorgen...*

*Der Bundesrat aber schweigt. Einmal mehr wird d'Amato, Bronfman und Konsorten die Tribüne überlassen, von der herab wir Schweizer zur Kenntnis nehmen dürfen, dass New York den freien, vom Staat nicht kontrollierten Verkehr des Schweizlers mit seinen Banken nicht mehr länger dulden will.*

*D'Amato und Bronfman sprechen, das muss man ihnen lassen, Klartext. Sie haben die Maske fallen gelassen. Nicht die Sorge um mittellose Nachkommen von Holocaust-Opfern bewegt sie. Ihr Frontalangriff gilt dem Finanzplatz Schweiz. Ob solcher Klartext nicht endlich auch den Bundesrat zu einer hinreichend klaren Antwort zu veranlassen vermag? Ob sich unsere Landesregierung nunmehr darauf besinnen mag, dass sie – so steht es jedenfalls in der Verfassung – endlich die Interessen der Schweiz und der Schweizer wahrnehmen müsste. Zunächst hätte der Bundesrat endlich einmal die US-Botschafterin ins Bundeshaus vorzuladen. Dort müsste er ihr – unter nachdrücklichem Hinweis auf die bisher wiederholt gezeigte Bereitschaft der Schweiz zu konstruktiver, ehrlicher, offener Zusammenarbeit – so höflich wie bestimmt eröffnen, dass jegliche Zusammenarbeit mit den USA in Sachen Holocaust-Gelder solange suspendiert werden müsse, bis auch die USA jene Regeln, die im Verkehr zwischen souveränen Staaten – auch solchen ungleicher Grösse – gemäss Völkerrecht gelten, gegenüber der Schweiz*

vollumfänglich zu respektieren bereit seien. Mit dem unwürdigen Zitieren eines Landes vor eine Parlamentskommission, einem ertappten Schulbuben gleich, hätte es dann ein- für allemal ein Ende. Und zweitens müsste die Schweiz umgehend die Mitgliedschaft Edgar Bronfmans in der Leitung des Holocaust-Fonds widerrufen. Wer Sorge um Holocaust-Opfer vorspiegelt, um skrupellos gegen den Finanzplatz Schweiz agitieren zu können, hat in dieser Fondsleitung nichts zu suchen. Damit würde gleichzeitig auch jener «Tolggen» ausgemerzt, dass mit Bronfman eine Person für diesen Fonds mitverantwortlich erklärt wurde, deren Milliardenvermögen aus Alkoholschmuggel im Verbund mit der Mafia zusammengerafft worden ist, Tausende von Familien ins Elend stürzend.

Könnte sich der Bundesrat endlich zu solch unzweideutigem Handeln aufraffen, würde vielleicht sogar in Washington mit Respekt zur Kenntnis genommen, dass ein Rest von Selbstbewusstsein selbst im Kreis der Schweizer Regierung noch zu überleben vermochte.

Ulrich Schliuer

(«Spalte rechts», 8. August 1997)

zum Problemkreis Schweiz und Holocaust erfolgt ist, bleibt diese Stiftung untrennbar mit dieser Frage verbunden. Sie wird als *Schuldenerkennung* der Schweiz verstanden. Eine solche lehne ich ab. Wir haben weder «Wiedergutmachung» noch «Vergangenheitsbewältigung» zu beschwören. Auch wenn im Weltkrieg in der rundum eingeschlossenen Schweiz unter dem gewaltigen Druck sicher auch Fehler gemacht worden sind, vor allem in der Flüchtlingspolitik, so verdient es das Schweizervolk nicht, dass man es mit einer Kollektivschuld belastet. Das aus dem Fundus der Nationalbank, also einem Teil des Volksvermögens, mit einem Aufwertungstrick herbeigezauberte Geld schafft rundum im Ausland wie im eigenen Land weitere Begehrlichkeiten und wird zu unseligen Verteilungskämpfen führen. Nationalbankreserven sind die Basis für unsere gesunde Währung und dürfen nicht als Spielball politischer Interessen geopfert werden. In der Demokratie Schweiz wird das Volk auch in dieser Frage das letzte Wort sprechen.

(18. April 1997)

## Kopflloser Bundesrat

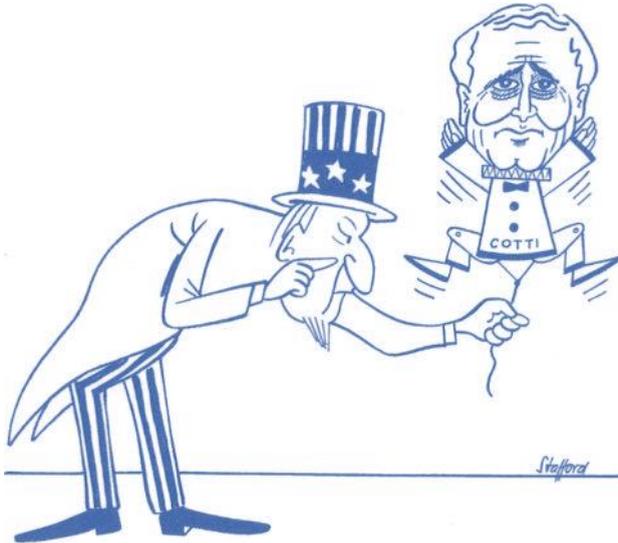
Von Richard Anderegg, Washington

*Der «gute Schweizer Name», auf den Schweizer im Ausland seit Generationen bauen konnten, hat in der englischsprechenden Welt und besonders in den Vereinigten Staaten seit den Angriffen wegen der herrenlosen Konten der Kriegszeit einen Schaden erlitten, der bleibende Narben hinterlassen wird.*

Das Bemühendste daran aber ist, dass der Schmutz, der Worten wie «Switzerland», «Neutrality» und generell «Swiss» nachgeworfen wird, so fest klebt, weil die Schweizer Regierung seit über einem Jahr in ihrer Verteidigung der Landesinteressen monatelang *tolpatschig versagte* und heute noch ein Bild des Schuldbewusstseins eines erwischten Bösewichts vermittelt.

### Viel zu defensiv

Man muss sich als Amerika-Korrespondent Aussprüche unseres *Aussenministers Cotti* in Washington mit anhören: *«Ja, wir haben schwarze Flecken in unserem*



*Was aus einem Aussenminister wird, der die Regeln des Völkerrechts vergessen hat.*

*Geschichtsbild. Aber jedermann macht doch Fehler; beurteilt uns doch bitte nicht nach vergangenen Fehlern, sondern schaut, was wir jetzt alles tun werden ...»* Nach dem Vortrag und den Pressefragen sagte ihm der amerikanische Organisator des Treffens im «*National Press Club*», er sei «*much too defensive*», viel zu sehr auf Rechtfertigung bedacht gewesen. Worauf Cotti antwortete, indem er auf die Papiere in seiner Hand wies: «*Ich war nicht «defensive», lesen Sie nach, nirgends habe ich gesagt: «I am sorry».*» Als ob «*I am sorry*» das einzige Kennzeichen ist, ob ein in entschuldigendem Ton vorgebrachter Vortrag, in dem immer *zuerst Fehler zugegeben* und dann um Beachtung der *beabsichtigten Busse* gebeten wird, nach Rechtfertigung klingt.

Auch der im «*Timing*» völlig falsch plazierte Vorschlag der *Solidaritäts-Stiftung* konnte nur als plumper *Loskaufversuch* erscheinen.

Assistenten im Kapitol, die die umfangreiche Post an Senatoren und Repräsentanten empfangen, berichten, die Mehrzahl der Schreibenden, die sich zur Frage der Shoa-Gelder und der Schweiz äussern, hätten ihre Parlamentarier ermuntert, den Schweizern «*den Arm weiter zu verdrehen*». Da sehe man, welche Summen die verstockten Schweizer unter der Matratze finden, wenn man ihnen richtig zusetze – fünf Milliarden Dollar, da sei bestimmt mehr zu holen – weitermachen! Die Lage hat sich seit der ersten Anhörung vor der Bankkommission des Senats am 23. April 1997 wesentlich verschlimmert. Waren es damals weitgehend überraschende Anklagen, so ist es jetzt *für die amerikanische Öffentlichkeit erwiesene Tatsache*, dass die Schweiz der geheime, willige Gehilfe, Lieferant und Hehler der Nazis war, dem man erst jetzt auf die Spur gekommen ist. Denn die unwidersprochenen Aussagen, mehrmals monatlich am Fernsehen, am Radio und in der Schriftpresse wiederholt, *werden nie zur Zeit und laut widerlegt*.

## Wer sich duckt ...

Zu den vielen Vorwürfen, die man dem Bundesrat, aber auch den meisten Schweizer Beamten und Diplomaten machen muss, gehört, dass sie eins nicht begriffen haben, was die Presse und die öffentliche Meinung in angelsächsischen Ländern treibt: *Ein öffentlicher Angriff, dem der Angegriffene nicht sofort widerspricht, wird geglaubt*.

Nie ist eine Persönlichkeit, die mit Autorität für die Schweiz sprechen könnte, am Fernsehen – das für knallige Effekte immer zu haben ist – dagestanden und hat mutig erklärt, wie die Schweiz nach dem *Verrat von München* und dem Desinteresse aller Staaten, inklusive USA, an der Flüchtlingsfrage in *Evian 1938* völlig *allein* dagestanden ist. Besonders nach 1940 habe die Schweiz ihre Politik mit der Priorität geführt, das Land souverän durch den Konflikt zu bringen. Das hätte

## Goldrausch

*Es gibt in der Politik Fragen, bei deren Beantwortung man sich auch einmal einen Fehler leisten darf – weil die getroffene Entscheidung, die sich nicht bewährt hat, ohne grossen Schaden für das Land wieder korrigiert werden kann.*

*Daneben gibt es andere Entscheidungen, definitive Weichenstellungen von grosser Tragweite, die, einmal gefällt, nie mehr rückgängig gemacht werden können. Der EU-Beitritt zum Beispiel dürfte, einmal beschlossen, nie mehr korrigiert werden können. Und ebenso unkorrigierbar wäre der Entscheid des Soveräns, die Unabhängigkeit der Nationalbank preiszugeben, die Währungsreserven des Landes zum Spielball der Politiker zu machen. So, wie das der gegenwärtige Nationalbankpräsident und mit ihm eine Mehrheit des Bundesrates und nahezu die gesamte Classe politique plötzlich fordern - nur weil sie vor ungerechten, arroganten Vorwürfen aus dem Ausland kein Stehvermögen zu entwickeln vermögen.*

*Was sind denn das eigentlich, die «Währungsreserven» in Gold, die jetzt verscherbelt werden sollen? Die Währungsreserven eines Landes verkörpern nichts weniger als die Leistungsbilanz eines Volkes, erarbeitet während Generationen mit Fleiss, Zähigkeit, Können und Beharrlichkeit. Im Respekt, den die Welt einer Währung zollt, manifestiert sich die weltweite Hochachtung vor der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft eines ganzen Volkes. Die Währungsreserven gehören also keineswegs dem Staat – und schon gar nicht den Politikern. Sie gehören allein dem Volk! Doch nachdem sie alle Kassen der öffentlichen Hand bis auf den Grund geleert haben, entwickeln die Politiker plötzlich seltsam nachhaltigen Appetit auf das Gold der Währungsreserven. Diese müssten, beteuern sie, «sinnvoller» als bisher und selbstverständlich «verantwortungsbewusster» genutzt werden.*

*Diejenigen, die sich heute so «verantwortungsbewusst» hinter Nationalbank-Gold machen wollen – sind es nicht die gleichen, die trotz täglich plakatierem Verantwortungsbewusstsein völlig unfähig waren, mit öffentlichem Geld sparsam umzugehen? Nachdem sie alle öffentlichen Kassen hoffnungslos in Schulden- und Defizitwirtschaft geritten haben, soll man*

*ihnen plötzlich glauben, sie würden mit dem Nationalbank-Gold aus Währungsreserven ganz besonders haushälterisch und verantwortungsbewusst umgehen? An den Taten, nicht an leeren Worten sollen Politiker gemessen werden. Das Nationalbank-Gold kann nur einmal verschleudert werden.*

*Ulrich Schlüer*

*(«Spalte rechts», 4. April 1997)*

eine andere Ausgangslage für eine Diskussion ergeben. In den USA erwartet man, dass ein Angerempelter zurückschlägt. *Einer, der sich duckt, erhält keinen Respekt.* Es ist schwer zu glauben, dass das in Bern anscheinend niemand weiss.

## Neue Beispiele

Mitte Mai war in der *New York Times* zu lesen: *«Kürzliche Enthüllungen über die doppelzüngige Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und ihr Hamstern von Nazi-Guthaben sind schmerzlich für viele Schweizer, die lange an den Mythos glaubten, ihr Land sei wirklich neutral gewesen. Aber die Abrechnung ist nicht vorbei. ... Die Schweiz hat Wiedergutmachung zu leisten, und die muss dem Nazi-Reichtum entsprechen, den sie nach dem Krieg nicht zurückerstattete ...»* (*New York Times*, 14. Mai 1997).

Nach einer Übersicht der Massnahmen, die die Schweizer Regierung plant – der Fonds für die Holocaust-Opfer und die geplante Solidaritäts-Stiftung von 7 Milliarden Franken für Menschen in Not in der Welt –, schliesst der Leitartikel: *«Keiner dieser Schritte bringt volle Rückerstattung der unbezahlten Verpflichtungen der Schweiz. Sollte der Solidaritätsfonds von den Stimmbürgern abgelehnt werden ... kann die Regierung Clinton einen entsprechenden Teil der 86 Milliarden Dollar in öffentlichen und privaten Anlagen der Schweiz in den USA einfrieren ...»* (*New York Times*, 14. Mai 1997).

Dieser jedem internationalen Recht widersprechende Vorschlag zeigt nicht nur, dass in der Welt der Solidaritätsfonds einfach der Wiedergutmachung zugerechnet wird, sondern dass der *Respekt vor einem Land, dem man solche Diktatversuche zu machen wagt, auf ein Niveau gesunken ist, das man höchstens noch mit dem von einer Bananenrepublik vergleichen kann.*

Dieselbe *New York Times* veröffentlichte am 22. Mai einen Artikel eines ihrer im Ressort Aussenpolitik führenden Redaktoren, *Thomas Friedman*, unter dem Titel: *«Zynisch, Unmoralisch, Neutral»*, in dem der Autor den Eisenstat-Bericht als

## *Fritz Leutwiler und die Solidaritätsstiftung*

*Am 4. April 1997 publizierte die «Schweizerzeit» eine dezidierte Stellungnahme von alt Nationalbankpräsident Fritz Leutwiler gegen die aus Goldreserven der Nationalbank zu schaffende Stiftung für Solidarität. Er kritisierte insbesondere den Versuch der Classe politique, sich an den stillen Reserven der Nationalbank zu bedienen.*

*Im Anschluss an diese öffentliche Äusserung war insbesondere aus Kreisen um den Bundesrat zu vernehmen, Fritz Leutwiler habe aus persönlicher Eitelkeit Stellung bezogen und damit das sonst übliche Schweigen eines alt Nationalbankpräsidenten zur Politik der Nachfolger gebrochen.*

*Fleute wissen wir, dass Leutwiler seit Jahren gegen den Krebs kämpfte und sich im März dieses Jahres bestimmt Rechenschaft darüber gab, dass ihm nur noch kurze Zeit beschieden sein werde. Damit wird diese letzte öffentliche Meinungsäusserung zum Vermächtnis eines grossen, durch und durch integren, grundbescheidenen Eidgenossen.*

*Seine Stimme dürfte auch nach seinem Tod in der kommenden Auseinandersetzung im Schweizervolk viel zählen.*

*Dr. Ernst Walder, Kilchberg*

*(13. Juni 1997)*

Lektion zitiert, wie die Schweizer Version von Neutralität ein moralischer Betrug sei.

Darin steht auch ein in seiner Einseitigkeit grossartiger Satz: *«Die Willigkeit der Schweizer, Nazi-Plünderungen in Schweizerfranken zu verwandeln, halfen mit, den Krieg zu verlängern und machten aus der Schweiz 1945 das reichste Land Europas, was es vor dem Krieg nicht war.»*

Schon bloss die Überlegung, dass die andern Länder vom Krieg verwüstet waren, wird da nicht gemacht, und die Lage der Schweiz im Krieg völlig übersehen. Den Schweizern kann man heute alles nachwerfen. Die Regierung duckt sich.

Die *Washington Post* schrieb in einem Leitartikel am 15. Juni: *«Die Schweiz, die beschuldigt wird, durch Handel mit Nazideutschland reich geworden zu sein und den Krieg verlängert zu haben, ist eingeklemmt zwischen dem Bedürfnis, für ihre*

*Vergehen während des Kriegs Busse zu tun, und ihrem Widerwillen dagegen, dass sie jetzt einzeln vorgeknöpft wird...»*

Was man da lesen muss, ist der Satzteil *«Busse für ihre Vergehen während des Kriegs ...»*. Diese «Vergehen» sind somit erwiesen und die Busse dafür ist ein unabwendbares Faktum.

## Konzentrierter Druck

Ähnliche Zitate kann man reihenweise finden und in den Medien hören. Das Ganze baut sich zu einem schön erkennbaren Druckversuch, das Ergebnis einer Abstimmung über die Solidaritäts-Stiftung im nächsten Jahr zu beeinflussen – der ganz im Gegensatz zu den naiv anmutenden Argumenten der Befürworter, er sei doch ein ganz vom Holocaust losgelöstes humanitäres Universal-Unternehmen, hier in USA als ein *kaum genügender Schadenersatz* für die Kriegsgewinne der Schweiz gesehen wird.

Der neueste Druckversuch war am 17. Juni eine vom öffentlichen amerikanischen Fernsehen übernommene BBC-Produktion, die ein eingehendes Studium wert ist. Denn dort tritt noch eins zutage: Wie der Vorsitzende des *«Jewish World Congress»*, *Edgar Bronfman*, als Feldherr und eigentlich zur Vergebung bereiter grosser Mann im Feldzug gegen die Schweiz aufgebaut wird, während sein Adlatus *Israel Singer* die giftigen Pfeile schießt.

## Unglaubliche Verfälschung

Die Sendung beginnt mit einer Kurzpassage Hitlers in kämpferischer Rednerpose und der Programmankündigung: *«Unser heutiges Frontline-Programm könnte das Schlusskapitel des Holocaust sein.»* Eine Frauenstimme blendet ein: *«Sie waren nur daran interessiert, Geld zu machen ...»* der Sprecher geht weiter: *«Ein Vermögen in Blutgeld verschwand einfach auf Schweizer Banken.»* Eine andere Stimme: *«Die umfangreichste Mordmaschine der Geschichte, angeheizt durch eines der effizientesten Bankensysteme der Geschichte.»* Und der erste Sprecher: *«Ein Land, das Neutralität in Anspruch nahm, finanzierte Hitlers Kriegsmaschine»*. Und der zweite Sprecher: *«Ein sehr williger Alliierter.»* Und diese Aussage «bewies» der Film eine Stunde lang mit manipulierten Bild- und Textausschnitten.

## Hintergründe und Motive

Die Schweiz ist in ein internes Problem der jüdischen Diaspora und zugleich in ein internes amerikanisches Wahlfinanzierungsproblem geraten. Die Diaspora

# *Es geht um Geld!*

*Christoph Blocher am 18. März 1997 im Nationalrat*

*Wer jetzt die Lage der Schweiz im Zweiten Weltkrieg geschichtlich zusammenfassen will, muss das Wesentliche sehen, nämlich dass die Verantwortlichen damals einen einzigen Auftrag hatten, einen Riesenauftrag: Dieses Land vor dem Krieg zu verschonen. Sie haben diesen Auftrag erfüllt, und das zählt: Durch die militärische Landesverteidigung, durch die Neutralität, durch die Kriegsvorsorge – welche durch Vorsorge, Fürsorge, Arbeit und Brot geprägt war – und durch eine kontrollierte Handelspolitik nach allen Seiten. Das waren die vier Säulen der damaligen Politik, und die Verantwortlichen haben diesen Auftrag erfüllt.*

## *Auftrag erfüllt*

*Es muss sich in diesem Land niemand für die gesamte Politik des Landes entschuldigen, und es muss – nein: es darf niemand etwas dafür bezahlen. Bezahlen und sich dafür entschuldigen heisst, anderen eine Schuld zuzuweisen; sonst könnte man sich nicht entschuldigen. Und wer jemandem eine Schuld zuweist dafür, dass er ein ganzes Volk vor Krieg, Elend und Hunger gerettet hat, der ist ein unmoralischer Kerl.*

## *Die Forderung*

*Aber der Grund der heutigen Diskussion ist etwas anderes: Es geht, nüchtern betrachtet, um Geldforderungen ausländischer – jüdischer – Kreise aus New York gegenüber diesem Land; darum geht es. Und wer nicht bezahlt, dem wird mit Nachteilen gedroht. Es heisst, sein Image werde drankommen, es werde Boykotte geben, es werde ein Kesseltreiben geben. Es ist nicht die Frage, ob Sie hier bezahlen wollen, sondern die Frage ist, ob Sie hier bezahlen dürfen.*

## *Wir sind nicht erpressbar*

*Wir haben uns für diese Politik nicht zu entschuldigen; wir haben nicht zu bezahlen. Denn eine Bezahlung ist, ob Sie das wollen oder nicht, eine Schuldanererkennung. Erpressbarkeiten gehören nicht nur im Krieg, sondern*

auch sonst zu den Auseinandersetzungen. Die Stiftung bedeutet auch, dass man einer Erpressbarkeit nachgibt; da können Sie machen, was Sie wollen.

## *Nein zur Stiftung*

*Man kann nicht unter dem Titel «Zweiter Weltkrieg» eine Stiftung verkünden und dann zwei Tage später erklären, das habe ja gar nichts miteinander zu tun. Lesen Sie die Zeitungen in Amerika, was sie darüber schreiben: Sie haben das Signal so verstanden, wie es ausgesendet worden ist. Diese Stiftung darf nicht gegründet werden! Man kann Banken, Regierungen, Nationalbanken erpressen und zum Nachgeben zwingen. Oh man aber ein ganzes Volk an der Urne erpressen kann, das möchte ich sehen. Durch dieses Nadelöhr müssen Sie durch, und ich werde alles daransetzen, dass wir hier nicht nachgeben.*

*(4. April 1997)*

kämpft seit mehreren Jahren gegen zunehmende Gleichgültigkeit und abnehmende Zahlungsfreudigkeit ihrer amerikanischen Gemeinden. Die Hunderte von Millionen, die nach dem enormen Unrecht an Europas Juden in vielen Ländern – auch in der Schweiz, da besteht kein Zweifel – mit Recht verlangt werden könnten, wurden lange vernachlässigt. Jetzt sind sie eine finanzielle wie auch eine moralische Sammel- und Weckaktion, die neues Leben in die Diaspora bringen soll.

Die amerikanische Regierung ihrerseits unterstützt gerne starke amerikanische Gruppen, die im Ausland Forderungen eintreiben wollen. Das kann Dankbarkeit, und *zurzeit der Wahlen grössere Zuwendungen* bringen. Denn die Finanzierung der am teuren Fernsehen ausgetragenen Kampagnen ist nachgerade ein Albtraum aller amerikanischen Politiker geworden. Wo sie eine Hoffnung sehen, von irgendwem Geld zu erhalten, sind sie zu allen möglichen Diensten bereit. Das Zusammengehen Bronfmans mit *Senator d'Amato*, dem wohl *begabtesten republikanischen Geldaufreisser*, zeigt das sehr schön.

Aber auch die Demokraten tun dasselbe. Nach Skandalen mit chinesischen Zuwendungen im letzten Jahr besetzte Präsident Clinton die Leitung seiner Demokratischen Partei neu. Der Hauptgeldsammler des Demokratischen Nationalkomitees ist jetzt *Steve Grossman*, der ehemals Vorsitzender der höchsten jüdisch-amerikanischen Wahlfinanzierungsgruppe war: des *«Public Action Committee (PAC) America-Israel»*.

Dass eine solche Situation zu Druck und Erfolg führen muss, ist klar. Bloss wäre es nicht nötig gewesen, dass die Schweiz so unrühmlich umfiel und über das Bezahlen hinaus noch in ihrer Geschichte und in ihrer ganzen Staatsphilosophie derart beschmiert wurde. Von hier aus gesehen sieht es aus, als hätten wir keine Regierung.

(27. Juni 1997)

*Gedanken zu einem kopflosen «Befreiungsschlag»*

## Gold-Stiftung unter schwerem Beschuss

*Von Nationalrat Ulrich Schläpfer, Flaach ZH*

*Die erste, von den Medien mächtig angeheizte Euphorie zerrinnt. Der Glanz der vom Bundesrat überstürzt vorgeschlagenen Solidaritäts-Stiftung aus Nationalbank-Gold verblasst.*

Die Aussagekraft der kurz nach Lancierung des Stiftungsvorschlags von den Medien eilig und oberflächlich inszenierten Meinungsumfragen zerrinnt buchstäblich. Die Kritiker der Stiftungsidee – zunächst *Nationalrat Christoph Blocher* und *alt Bundesrat Otto Stich*, neuerdings mit äusserst substantiellen Vorbehalten auch der ehemalige *Nationalbankpräsident Fritz Leutwiler* – gewinnen an Boden

## Verwirrung und Vorbehalte

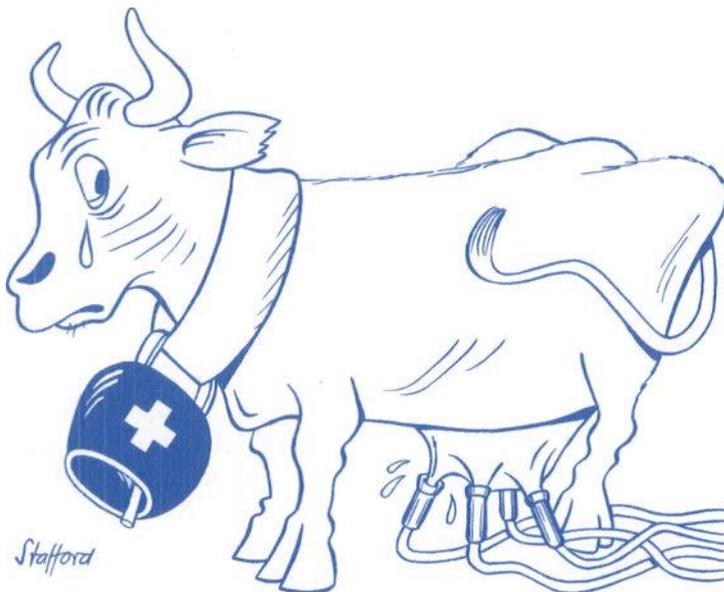
In den USA hat die Stiftungsidee mit sieben Milliarden Nationalbank-Gold grösste Verwirrung ausgelöst. Von New York bis Honolulu war in den amerikanischen Zeitungen zunächst zu lesen, *die Schweiz entgelte «ihre Schuld aus dem Zweiten Weltkrieg» mit sieben Milliarden Franken* (fünf Milliarden Dollar), die an Holocaust-Opfer ausbezahlt würden. Die nachgelieferten Korrekturen aus Bern, der Stiftungszweck solle viel weiter gefasst werden und habe mit den Holocaust-Opfern direkt nichts zu tun, die Stiftung werde ausserdem einer rein schweizerischen Leitung unterstehen, provozierten verständnisloses Kopfschütteln. Und bereits werden Verdächtigungen geschürt, die Schweiz plane irgendein trickreiches, schwer durchschaubares Manöver.

Buchstäblich wie eine Bombe eingeschlagen hat die Kritik des ehemaligen Nationalbankpräsidenten *Fritz Leutwiler*. Würde die bundesrätliche Stiftungsidee verwirklicht, verlöre die Notenbank in der Sicht Leutwilers ihre bisher sprichwörtliche Unabhängigkeit von der Politik. Eine Preisgabe dieser Unabhängigkeit aber würde die Goldreserven der Nationalbank kurzfristigem, von der Tagesaktualität diktiertem Denken und Handeln der Politiker unterwerfen, womit der Ruf des jahrzehntelang unerschütterliche Sicherheit und Stabilität ausstrahlenden Finanzplatzes Schweiz schwersten Schaden leiden müsste. Nichts weniger als ein *kategorisches «Halt»* setzt der ehemalige Nationalbank-Präsident dem Bundesrat entgegen.

## Ursachen der Kopfllosigkeit

Wie kommt es eigentlich, dass sich die Landesregierung derart kopflös in eine undurchführbare, grösste Zweifel an der Führungskompetenz des Bundesrates weckende Idee regelrecht verrennt? Weshalb zeigt unsere Regierung so bedenklich wenig Stehvermögen, wenn sie sich vermeintlichem oder tatsächlichem Druck aus dem Ausland ausgesetzt sieht?

Wer die bundesrätliche Politik der letzten Tage und Wochen aufmerksam verfolgt hat, dem konnte nicht entgehen, dass persönliche Betroffenheit einzelner Mit-



*Die Schweiz als Milchkuh – Ergebnis bundesrätlicher Schwäche.*

## *Brandstifter unter uns*

*Wer erinnert sich nicht an den jüngsten Fall der SonntagsZeitung? Dieses Blatt hat ein vertrauliches Strategiepapier des Schweizer Botschafters in Washington, Carlo Jagmetti, dazu benützt, um daraus zu zitieren. Das Schwerwiegende an diesem Fall ist weniger die Indiskretion als vielmehr die Tatsache, dass das Blatt falsch informiert hat: Es wurden aus dem gesamten mehrseitigen Text einige Sätze herausgerissen. So entstand ein reisserischer Artikel, der zur Annahme verleiten musste, er stütze sich auf jüngste Äusserungen des Botschafters. Versehen wurde das Elaborat mit dem Titel «Botschafter beleidigt Juden». So wurde Jagmetti der Gefahr ausgesetzt, im Ausland als Antisemit abgestempelt zu werden.*

*Wer aber das mehrseitige Strategiepapier vom Monat Dezember 96 liest, muss zur Erkenntnis gelangen, dass der Vorwurf des Antisemitismus unbegründet ist. Der Schaden, welcher unserm Land durch das rücksichtslose Vorgehen der SonntagsZeitung entstanden ist, lässt sich nicht herunterspielen. Da wurde ein schwieriger Verständigungsprozess bewusst torpediert und bei den jüdischen Organisationen der Verdacht geweckt, Jagmetti stehe im Zwielflicht des Antisemitismus. Die SonntagsZeitung hat sich somit als Brandstifterin betätigt.*

*Gefahr droht uns auch von anderer Seite. Bereits vor Wochen hatte Nationalrat Paul Rechsteiner (SP) in einem Interview mit dem deutschen Wochenblatt «Die Zeit» das Geheimnis seiner Strategie gelüftet: Er sehe in den Skandalen und Irritationen der Schweiz eine grosse Chance für eine politische Minderheit, die damit einiges in Bewegung bringen könne. Der internationale Druck auf die Schweiz sei für die politische Linke hilfreich. Die verschollenen Konten interessierten ihn weniger. Ihm gehe es vor allem um die Schaffung einer «neuen Schweiz.»*

*Das Gespräch Rechsteiners mit der «Zeit» war bereits eine publizistische Brandstiftung. In der Folge schritt Rechsteiner zur Tat: Er setzte es durch, dass der Vorstand der SPS zusammentrat, um den Rücktritt von Bundesrat Delamuraz zu fordern. Und dies mit der Begründung, Delamuraz habe «mit seinen Äusserungen dem latenten Antisemitismus in der Schweiz die Türe geöffnet und ihn hoffähig gemacht». Wer in aller Öffentlichkeit Bundesrat*

*Delamuraz zu Unrecht in Beziehung zum Antisemitismus bringt und es damit frivol in Kauf nimmt, dass das interessierte Ausland davon Kenntnis nimmt, handelt gegen die Interessen unseres Landes. Daran ändert nichts, dass Rechsteiner hinzufügte, es gehe nicht um die Person, sondern um die Frage, «wie antisemitisch die Zukunft der Schweiz sei».*

*Ist übrigens die SPS legitimiert, den Kampf gegen den Antisemitismus zu führen? Der in dieser Sache sicher unverdächtige Tages-Anzeiger kommentierte die genannte SPS-Vorstandstagung so: «Die Wurzeln des Übels Antisemitismus liegen tiefer und reichen auch in die Parteibasis der SP hinein ... Schliesslich hat es auch in ihren Reihen antisemitische Regungen gegeben» (TA, 27.1.97).*

*Bei der selbstkritischen Aufarbeitung der jungen Geschichte der Schweiz braucht es Mut zur Wahrheit. Die Linke um Paul Rechsteiner setzt dagegen auf ihre anarchosozialistische Politik. Die durch ständige Schuldzuweisungen erfolgte Verunsicherung der Bevölkerung ist offenbar die ideale Voraussetzung dafür, mit «Kniffen und Listen» einer «neuen Schweiz» den Weg zu bereiten.*

*Wie diese «neue Schweiz» aussehen soll, das hat uns Anfang des Jahres die SPS-Generalsekretärin Barbara Haering Binder zur Kenntnis gebracht: Abschaffung der Landesverteidigung; Umverteilung von Arbeit, von Einkommen und von Reichtum; Einbringen des feministischen Rüstzeuges an der Parteispitze.*

*Richard Lienhard*

*(Schlusspunkt», 21. Februar 1997)*

glieder der Landesregierung die nur schwer nachvollziehbaren bundesrätlichen Entscheidungen in Sachen Goldstiftung nicht unwesentlich mitbestimmt hat. Finanzminister Kaspar Villiger reagiert offensichtlich betroffen auf geschäftliche Aktivitäten seines Vaters mit Nazi-Deutschland während des Kriegs. Aktivitäten, die ihm – auch wenn er dafür persönlich keinerlei Mitverantwortung trägt – unverständlich und nicht nachvollziehbar erscheinen.

Nicht minder persönlich betroffen reagierte die Innenministerin, Bundesrätin Ruth Dreifuss, auf Entscheidungen, die seinerzeit ihr Vater, während des Zweiten Weltkrieges für die Betreuung der jüdischen Flüchtlinge in St. Gallen zuständig, getroffen hat. Seine Verwicklung in die Denunzierung des Flüchtlingshelfers Hauptmann Paul Grüninger hat die Bundesrätin – verständlicherweise – schwer getroffen, auch wenn ihr selbst nicht die geringste persönliche Mitverantwortung

für das ihr aus heutiger Sicht völlig unverständliche Handeln zugesprochen werden kann.

## Befangenheit vermeiden!

Die familiengeschichtlich bedingte *persönliche Betroffenheit zweier Mitglieder der Landesregierung* dürfte – so nachfühlbar solche Betroffenheit auch erscheinen mag – deren Beurteilung von Problemen der mit allerlei Vorwürfen aus der Vergangenheit konfrontierten Schweiz nicht unwesentlich beeinflussen. Daraus kann Handlungs- und Entscheidungsdruck entstehen, dem – wenn keine persönliche Betroffenheit im Spiele wäre – möglicherweise anders begegnet würde als dies heute der Fall ist – gerade auch bezüglich der Sieben-Milliarden-Stiftung aus Nationalbank-Gold.

Angesichts der überstürzten, wenig durchdachten bundesrätlichen Entscheidungen rund um die Gold-Stiftung drängt sich deshalb zunehmend die Frage auf: Müssten Bundesräte dann, wenn ihr Handeln und Entscheiden nicht frei ist von persönlicher, familiengeschichtlich bedingter Betroffenheit, im Interesse des Landes nicht *als befangen in den Ausstand treten?*

(18. April 1997)

### Die neue US-Taktik gegen die Schweiz

## «Lieb sein, sonst zahlen sie nicht...»

Von Richard Andereg, Washington

*Jetzt müssen alle Amerikaner mit der Holzhammermethode aufhören, sonst lehnen die Schweizer den Solidaritätsfonds ab, der 4,7 Milliarden Dollar (7 Milliarden Franken) anlegen und mit den Zinsen humanitäre Hilfe finanzieren sollte. Diesen Rat gibt ein führender Kommentator der New York Times am 25. September all denen, die sich in den USA mit den Holocaust-Geldern abgeben.*

*«In der Schweiz findet ein Kampf statt», schreibt er am 25. September, «und es ist ein Kampf zwischen Wut und Schock. Die Wut wurzelt in einem weitverbreiteten Gefühl, dass die Schweiz in ungerechter Weise herausgeplückt wurde, um für*

*die Gewinne Rechenschaft abzulegen, die sie mit ihrer Neutralität im Zweiten Weltkrieg machte ... und gelegentlich bricht sie in Form von Antisemitismus und Antiamerikanismus aus. Der Schock ist die Entdeckung, dass einige der warm gehaltenen nationalen Selbstdarstellungen ein Mythos sind. Die Haltung den Nazis gegenüber war nicht ganz die heroische Legende mit Heugabeln und Flinten, die ihnen ihre Grosseltern erzählten.»*

## Der Schock sollte siegen

*«Es war ein zweideutiger Cocktail von Widerstand, Profit, eigennütziger Neutralität, Hilfe für einige jüdische Flüchtlinge, Gleichgültigkeit anderen gegenüber, und Verstocktheit der Schweizer Bankiers, als sie nach dem Krieg aufgefordert wurden, das Geld der Nazi-Opfer herauszugeben.»* Das Ergebnis des inneren Konflikts der Schweizer Volksseele möchte er beeinflussen: *«Wichtig ist, dass der Schock siegt. Es ist aber nicht sicher, dass es so herauskommt.»*

Seine Sorge ist, dass der Schock – der schlechte Gewissen und Bussfertigkeit bewirkt – unterliegt und die Wut siegen könnte. Denn dann gibt es keinen Solidaritätsfonds. *«Die Regierung befürchtet, dass das Schweizer Volk im jetzigen Moment ablehnen würde»,* schreibt er.

Daher sein Rezept: *«Die Welt hat ein Interesse daran, dass die Diskussion aufblüht, und nicht verdrängt wird durch ein Aufflammen von Volkswut und Abwehr. Darum wäre es am besten, wenn jedermann, inbegriffen Effekthascherei betreibende amerikanische Politiker – lies: Senator Alfonse d'Amato – den emotionalen Holzhammer ablegen und Fakten sprechen lassen.»*

## Peitschenhiebe

Der Autor: *Thomas Friedman*, Redaktor und kommender Mann der *New York Times* mit einer eigenen Rubrik auf der «Op-Ed»-Seite gegenüber den Leitartikeln, wo Meinungen geäussert werden, von denen sich die Redaktion distanzieren kann. Hier ein früherer Kommentar Friedmans auf der «Op-Ed»-Seite vom 22. Mai 1997, der die «Flexibilität der Meinungen» illustriert. Anlass war der *Eisenstat-Bericht*: *«Zynisch, Unmoralisch, Neutral»* – das war der Titel. *«Der soeben herausgekommene Bericht der US-Regierung, wie die Schweizer den Nazis halfen, ihr Raubgold während des Zweiten Weltkriegs zu waschen, enthält viele nützliche Lehren. Die wichtigste aber betrifft «Neutralität», und wie die schweizerische Version ein Betrug war.»*

*«Es gibt»,* belehrt Friedman, *«drei Arten von Neutralität. Eine ist prinzipielle*

Nicht nur die Schweiz wird vor den US-Senat zitiert

## Spaniens Antwort

*Im Rahmen der von Senator d'Amato im amerikanischen Senat veranstalteten Hearings über die Politik der neutralen Staaten während des Zweiten Weltkriegs wurden nebst der Schweiz auch Schweden, Portugal und Spanien vor d'Amatos Kommission zitiert.*

*Der Botschafter Spaniens in Washington, Antonio Oyarzábal, und der Präsident der Aussenpolitischen Kommission des spanischen Abgeordnetenhauses, Javier Rupérez, weigerten sich indessen kategorisch, vor d'Amatos Senatskommission zu erscheinen.*

*Ihre Argumente: Auch wenn die Schweiz, Schweden und Portugal sich d'Amatos Diktat beugten, weigere sich Spanien, sich von einer Parlamentskommission eines andern Landes «zitieren» zu lassen. Javier Rupérez gab zu verstehen, dass «es sich hier um ein ungewöhnliches Verlangen handle». Spanien weigere sich, eine Aufforderung dieser Art zu befolgen, weil diese die elementarsten Regeln der Beziehungen zwischen souveränen Nationen verletze.*

*Spanien sei, meinte Rupérez weiter, durchaus bereit, im Zusammenhang mit ungeklärten Fragen bezüglich Nazi-Gold mit den USA zu verhandeln. Wenn Abgeordnete des amerikanischen Senats solche Begehren hegten, seien sie herzlich eingeladen, diese in Spanien vorzubringen.*

*Während die Schweiz, die sich der amerikanischen Zitierung gebeugt hat, seither in den amerikanischen Medien einen wahren Hagel von Vorwürfen über sich ergehen lassen muss, ist Spaniens Haltung im Zweiten Weltkrieg bis heute kein Thema in den amerikanischen Medien.*

S.

*(Quelle: Ein Bericht der spanischen Zeitung «National» vom*

*11.6.97)*

*(27. Juni 1997)*

*Neutralität – die Wahl, keiner Partei in keinem Krieg wo auch immer zu helfen ... Eine zweite ist pragmatische Neutralität, aus Schwäche einem Krieg fernzubleiben (weil man sonst plattgewalzt würde), aber sich auch zu weigern, irgendeiner Seite zu helfen. Eine dritte Art ist zynische Neutralität. Man braucht die Neutra-*

*lität, um sich aus dem Krieg herauszuhalten, treibt aber verdeckt Handel auf alle Seiten, ungeachtet wie übel sie seien, um sich zu bereichern. Das waren die Schweizer im Zweiten Weltkrieg. Die Bereitschaft der Schweizer, Nazi-Raubgut in Schweizerfranken umzuwechseln, half, den Krieg zu verlängern und die Schweiz 1945 zum reichsten Land Europas zu machen.»*

## Mehr Geld!

Friedmans Geschichtsanalyse: *«Die Schweizer haben jetzt eine Chance, vor der Geschichte anzutreten. Die Schweizer Regierung beabsichtigt, dem Volk zu beantragen, über die Schaffung eines Fonds für Überlebende des Kriegs abzustimmen.»* Und hier seine dringende Empfehlung: *«Das Schweizervolk muss unbedingt diesen Fonds bewilligen (und mit mehr Geld, als jetzt vorgeschlagen wird). Die drei grössten Schweizer Banken und die Nationalbank haben 180 Millionen Dollar für Holocaust-Überlebende geöfnet. Diese Summe ist beschämend niedrig, in Anbetracht der Kriegsgewinne der Schweizer Banken und Firmen. Zudem gibt es Hunderte anderer Schweizer Banken, die sich weigern, einen Rappen zu zahlen.»*

Friedmann schloss damit am 22. Mai: *«Die Schweizer Neutralität worein Betrug, pur und simpel. Die Schweizer Neutralität hat keine Vergangenheit. Nur die jetzige Generation von Schweizern kann bestimmen, ob sie eine Zukunft hat.»*

## Üble Absicht

Jetzt, vier Monate später, zitiert Friedman den andern Ankläger, Eizenstat, dessen Bericht damals den Anlass seiner Verdammung der Schweiz lieferte. Jetzt plädiert Eizenstat auch für Zurückhaltung. *«Die Schweizer Regierung hat so viel getan und so wenig politischen Kredit dafür erhalten, dass noch mehr Drohungen jetzt wirklich kontraproduktiv wären.»* Soweit Eizenstat. Und Friedman folgert, durchaus richtig: *«Die Schweizer werden nie in sich gehen, wenn sie glauben, dass der Druck von aussen nie aufhören wird. Sie werden sich nie mit der Vergangenheit auseinandersetzen, wenn sie sich ständig von der Gegenwart belagert fühlen.»*

Was weder ein Friedman noch ein Eizenstat zu begreifen scheinen, ist, dass es weit weniger ein in seiner Geld- und Stimmensuche durchsichtiger d'Amato ist, der in der Schweiz tief wirkte.

Was selbst den verängstigten Bundesrat zu milder Hinterfragung brachte, waren die unbegründeten Anklagen im Vorwort zum Bericht des Historikers Dr. Slany,

die von einem Staatssekretär im Aussenministerium, Eizenstat, stammten. Sie waren so unbelegbar, dass, in Anbetracht der offiziellen Position der Quelle, nur *üble Absicht* einer Regierung gegen eine andere dahinterzustecken schien.

## Falschinformationen

Dasselbe gilt für nachweisbar fehlerhafte Information von scheinbar berufenen Kommentatoren, wie ein Friedman einer sein sollte, in einem Blatt, das einen guten Namen hat.

Er erwähnt unter den «guten Taten» der Schweizer Regierung *«eine Regierungskommission, geführt vom Amerikaner Paul Volcker»* – es ist eine *private* Kommission der Schweizer Banken und jüdischer Organisationen. Dass Grosseltern von Heugabeln und Flinten erzählten, um den Aktivdienst zu beschreiben, ist auch kaum seriöse Berichterstattung.

Besonders aufschlussreich ist seine Aufzählung des *«zweideutigen Cocktails»*, mit der *«Hilfe für einige jüdische Flüchtlinge, Gleichgültigkeit anderen gegenüber.»* Für Friedman gab es offenbar nur jüdische Flüchtlinge im Zweiten Weltkrieg. Alle andern sind nicht erwähnenswert.

Dass jetzt ausgerechnet zwei so enttäuschende «Intellektuelle», die sich als Holzhammerschwinger hervortaten, plötzlich den «good cop» spielen wollen, weil ihr «bad cop»-Spiel kontraproduktiv geworden ist, erinnert an den berühmten Spruch: Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht mehr los.

## Angst vor dem Souverän

Was aber wie ein Leitfaden durch ihre Besorgnis um die Schweizer «innere Genesung» geht, ist eins: Die *Angst, dass das Schweizer Volk dem Solidaritätsfonds an der Urne eine Abfuhr erteilt.* Das würde in den USA eine harte Niederlage für die Herolde des Holocaust sein, denn Erfolg oder Misserfolg des World Jewish Congress (JWC) wird hier in Amerika nur mit einer Elle gemessen: *Wieviel Geld* diese ganze Kampagne für jüdische Zwecke in der Welt von den bekannt zähen Schweizer Banken losschlägt. Damit hängt auch zusammen, wieviel Geld die Kampagne von andern westeuropäischen, und später einmal osteuropäischen Staaten herausholen kann.

Einem Friedman und einem Eizenstat – und erst recht der Leitung des JWC – ist es so lang wie breit, wie entspannt die Schweizer sich mit ihrer Vergangenheit



*Schweizer! Leeret eure Kassen!!*

auseinandersetzen. Wichtig ist ihnen, in ihrem politischen Spiel *erfolgreich* zu sein, und das misst sich in *Geld*, und in nichts anderem.

## **Schwäche oder Stärke**

Zu diesem Zweck, für eine Abstimmung über den Solidaritätsfonds Stimmung zu schaffen, wollen sie der Schweizer Regierung, die kapitulierte und jetzt vor dem Zorn ihres Volkes Angst hat, unter die Arme greifen. Damit das grosse Geld kommt. Die siegreichen USA müssen eine ihr willfährige Regierung gegen den Zorn ihres eigenen Volkes schützen. Diesmal mit Liebsein. Eine Rolle, mit der Washington im Nicaragua Somozas, im Iran des Schah und heute in Saudi-Arabien recht viel Erfahrung gesammelt hat. Glücklicherweise muss sie es in der Schweiz auf die milde Tour machen.

Und immer hat eine so sehr auf ihre Unabhängigkeit pochende *Presse* dabei lange Zeit Hilfe geleistet. Es geht schliesslich um die Überlegenheit der USA. Das änderte sich jeweils erst, wenn die Realität in diesen Ländern ihnen unrecht gab. Von Washington aus gesehen gibt es nur einen Weg, will die Schweiz nicht endlos bevormundet werden. Änderungen, das zeigt die Erfahrung Amerikas mit solchen Eingriffen in die Politik anderer Länder, bewirkt nur ein – wenn nicht bewaffneter, so doch politischer – *harter Widerstand* im betroffenen Land selbst. Unterwürfige Publizistik, wie sie jetzt das Rezept des EDA zu sein scheint, oder erzürnte Artikel ändern da nichts. Der Widerstand kann sich nur *in der Schweiz* äussern, bis «Bern» anders auftritt, und vielleicht mit anderen Leuten antritt.

*(3. Oktober 1997)*

## Solidaritäts- oder Erpressungs-Stiftung?

# «... hast noch der Söhne, ja!»

Von Dr. Hans R. Herdener, Uitikon ZH

«Hast noch der Söhne ja, wie sie Sankt Jakob sah ...», lautete eine Zeile unserer früheren Landeshymne. Haben wir diese Söhne wirklich noch?

Als *Senator d'Amato* seine üble Diffamierungskampagne gegen unser Land vom Zaune riss, haben ihr der Bundesrat und die Banken lange Zeit nicht die richtige Bedeutung beigemessen, so dass ein gewaltiger Schaden entstand. Hier hätte es eine souveräne Landesführung gebraucht, welche den amerikanischen Botschafter zitiert und diese Anwürfe vollumfänglich zurückgewiesen hätte.

Stattdessen traten der Bundesrat und die Medien eifertig auf alle Anschuldigungen ein, *entschuldigten sich* nach allen Seiten und beteuerten, selbstverständlich werde man sogleich die Geschichte neu schreiben. Unser Aussenminister reiste nach Amerika und verhandelte mit den jüdischen Organisationen. Einige Parlamentarierinnen und Parlamentarier wussten nichts Gescheiteres zu tun, als ebenfalls nach New York zu wallfahrten, um bei d'Amato *Abbitte* zu leisten.

## Gestern und heute

Wir fragen uns wahrhaftig, wie der heutige Bundesrat, wenn er 1939 im Amt gewesen wäre, der gewaltigen politischen und propagandistischen Pression Grossdeutschlands standgehalten hätte. Damals erklärte *Bundesrat Obrecht* nach den Reisen des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg und des tschechischen Staatspräsidenten Hacha zu Hitler stolz: «*Wer unsere Unabhängigkeit und unsere politische Unversehrtheit angreifen sollte, dem wartet der Krieg. Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen!*»

Das kräftige Wort, so schreibt *Bonjour* (Band III, S. 321), erwies sich als eine Vertrauensstärkung, wirksamer als jeder, behördliche Zweckoptimismus. Auf ein solches Wort des Bundesrates wartete man Anfang dieses Jahres vergebens. Der einzige, der die unverschämten Forderungen von Exponenten jüdischer Organisationen in den USA richtigerweise als «*Erpressung*» anprangerte, war *Bundesrat Delamuraz*. Er wurde von den Linken und im anpasserischen «*Manifest vom 21. Januar 1997*» wegen dieses mutigen Wortes während Wochen zum Rücktritt aufgefordert...

## Staatsmännisches

Endlich kam mit der *Rede von Bundespräsident Koller* am 5. März 1997 das klärende Wort der Landesregierung. Sachlich, kühl und abgewogen wies er die Anschuldigungen der jüdischen Organisationen zurück und erklärte, die Schweiz habe in der Zwangssituation der Jahre 1940 bis 1944 gar nicht viel anders handeln können. Massgeblich sei einzig, dass es der Landesregierung und der Armeeführung gelungen sei, *die Schweiz aus dem Krieg herauszuhalten*. Ob dabei – retrospektiv betrachtet – das eine oder andere hätte anders gemacht werden können, sei heute nicht mehr relevant.

## Willfähriges

Hätte hier Bundespräsident Koller seine Rede beendet, wäre sie mit dem Prädikat «staatsmännisch» in die Geschichte eingegangen. Zum bassen Erstaunen der einen und zum Entsetzen der anderen fügte er jedoch bei, die Landesregierung plane die Errichtung einer «*Schweizerischen Stiftung für Solidarität*» mit einem Grundkapital von 7 Milliarden Franken aus den Goldbeständen der Nationalbank. Aus diesem Kapital würden jährlich 350 Millionen Franken ins In- und Ausland verschenkt, um «*schwere menschliche Not zu lindern*». Senator d'Amato und Konsorten bezeichneten diese Stiftung postwendend als eklatantes *Schuldbekenntnis*. Wer würde, so argumentierten sie, 7 Milliarden verschenken, wenn er keinen Dreck am Stecken hätte? Und nach dem Grundsatz «*törfs na es bitzeli meh sii?*», bezeichneten sie die postulierte Stiftung sogleich als ungenügend und verlangten ihre Aufstockung auf 60 Milliarden...

Ich bin der Meinung, dass die Schweiz angesichts der horrenden Verschuldung im Bund und in den Kantonen überhaupt keinen Grund hat, jährlich 350 Millionen Franken zu verschenken. Angesichts der herrschenden Not in den Dritte Welt-Ländern wäre dies ohnehin nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Statt Geld zu verschenken, wäre es klüger, technisches Know-how und applizierbare Technologien zu exportieren, die den darbedenden Völkern eine wirkliche Hilfe bringen könnten. Mit vollem Recht sagt ein chinesisches Sprichwort: «*Gib dem Hungern den keinen Fisch, schenke ihm eine Angel!*»

## Schreckgespenster

Mit dem Schreckgespenst, was wohl das Ausland zu einer Ablehnung der Milliarden-Stiftung sagen würde, hofft der Bundesrat, das Volk doch noch zu ihrer Annahme bewegen zu können. Ich meine, dass unser Volk hier eine einmalige Chance hat, dem Ausland zu beweisen, wer in unserem Lande noch das Sagen hat. In



*Die historische Karikatur: Schon kurz nach dem Krieg forderten Kreise der US-Regierung von der Schweiz kategorisch, «alle Taschen zu leeren», weil sie darin – zu Unrecht – «Kriegsbeute» vermuteten. Eine Auseinandersetzung, die mit dem Washingtoner Abkommen 1946 zu ihrem Ende kam.*

*(gezeichnet von fontanet für den «Curieux», 22. November 1945)*

kaum einem anderen Staat wäre es möglich, einen bereits publizierten Regierungsbeschluss noch umzukippen. Bei uns jedoch haben *Volk und Stände das letzte Wort*. Wenn sie die Milliarden-Stiftung in der vermutlich 1998 stattfindenden Volksabstimmung bachab schicken, haben sie der EU, den Sprechern der jüdischen Organisationen in den USA und der ganzen Welt gezeigt, wer bei uns Herr im Hause ist.

Übrigens waren wir im Zweiten Weltkrieg nicht die alleinigen Neutralen. Ebenso gut könnten wir erwarten, dass auch *Schweden*, das im Krieg einen schwungvollen Eisenerzhandel mit Grossdeutschland betrieben hat, Kriegsmaterial und voll ausgerüstete deutsche Truppen durch sein Land durchfahren liess, ein paar schwedische Kronen locker machen würde. Doch die Schweden haben ein derartiges Ansinnen bisher stets dankend abgelehnt...

## Und andere?

Etwas anders hätte die Stiftung ausgesehen, wenn sie statt eines Schuldbekenntnisses für Fehler im Zweiten Weltkrieg am 150-Jahr-Jubiläum der Schweizer Bundesverfassung von 1848 «aufgehängt» worden wäre. Doch auch hier bleibt die Frage: Wieviel haben denn die reichen *Vereinigten Staaten*, als sie vor einigen Jahren (1976) ihr 200 Jahr-Jubiläum feierten, an die Armen dieser Welt verschenkt? Und wo blieb die Spende der *Deutschen*, die das ganze Elend des Zweiten Weltkriegs verschuldet haben, als sie 1989 ihre Wiedervereinigung mit den neuen Bundesländern feiern konnten?

«Charity begins at home» (Wohltätigkeit beginnt zu Hause), sagen die Engländer. Verwenden wir die 7 Milliarden zur Schuldentilgung im Staatshaushalt und errichten wir 1998 eine etwas bescheidenere Stiftung für die Not im eigenen Land. Dagegen dürfte wohl nur wenig einzuwenden sein.

(5. September 1997)

### *100 Nationalbank-Millionen in den Holocaust-Fonds*

## Am Volk vorbei!

*Nationalratsvotum von Ulrich Schlüer vom 29. September 1997*

*Seit Frühjahr 1997 fordert der Bundesrat öffentlich eine Zahlung von 100 Millionen Franken unserer Nationalbank in den Holocaust-Fonds. Dies habe, so woll-*

*te es der Bundesrat, auf der Grundlage eines vom Parlament zu fassenden Allgemeinen Bundesbeschlusses zu erfolgen, der referendumsfähig sei, womit das Volk – wenn dafür 50'000 Unterschriften beigebracht würden – das letzte Wort habe. Die von Nationalrätin Lili Nabholz präsierte nationalrätliche Rechtskommission bog dieses Vorhaben indessen um: Wohl solle die Nationalbank bezahlen, den Entscheid über die Zahlung aber «autonom» fällen – womit (oder eher damit) er der Mitentscheidung des Volkes entzogen sei. Nationalrat Ulrich Schliier wehrte sich gegen diese Umbiegung des bundesrätlichen Versprechens, blieb aber in der Minderheit. Sein Votum hatte folgenden Wortlaut:*

Die Sachlage ist die Folgende: Der Bundesrat bzw. Vertreter des Bundesrates haben Dutzende von Malen erklärt, die Schweiz werde 100 Millionen in den besagten Fonds einzahlen, aber sie werde dies mittels einer referendumsfähigen Vorlage tun. Diese Botschaft ist in der Bevölkerung bekannt, an dieser Botschaft wird das Handeln von Bundesrat und Parlament gemessen.

Während wir hier debattieren, ist der schweizerische Botschafter in den USA, Herr Defago, auf einer Rundreise. In jeder seiner Reden, die er in den USA hält, gibt er das Versprechen ab, die Schweiz werde diese 100 Millionen Franken bezahlen. Er äussert dieses Versprechen im Namen der Schweiz. Dasselbe hat er am 1. August während des offiziellen Empfangs auf der Schweizer Botschaft in Washington getan, und – das ist ein diplomatisches Meisterstück der besonderen Art – er hat der «Weltwoche» gegenüber erklärt, der Betrag sei zu klein, man werde jetzt noch vertraulich verhandeln müssen, wie hoch der endgültige Betrag sein werde. Neuerdings gibt ein Botschafter den Inhalt vertraulicher Verhandlungen offenbar in Presse-Interviews bekannt!

Herr Botschafter Borer hat den gleichen Standpunkt in den Hearings vor dem Senat und dem Repräsentantenhaus geäussert. Auch in der soeben verteilten Rede von Herrn Bundesrat Cotti, die er in London gehalten hat, findet sich dieser Hinweis, die Schweiz werde bezahlen. Wenn der Bund nicht verantwortlich sein soll für diese Zahlungen, dann darf mindestens ab heute niemand mehr in der Welt herumreisen und diese Zahlungen versprechen. Dazu muss sich dieses Parlament auch einmal äussern!

Und wie steht es mit den Reisen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier? Frau Nabholz hat als Präsidentin der Kommission für Rechtsfragen solche Reisen unternommen, sie hat Zusagen abgegeben, diese Zusagen sind uns schriftlich mitgeteilt worden: Die Zusagen finden sich – das müssen Sie sich von Zeit zu Zeit zu Gemüte führen – in den Presseerklärungen von Herrn d'Amato. Dieser sagt, das Versprechen sei gegeben, es werde sich nun zeigen, ob es sich vor Parlament und Volk auch durchsetzen lasse.

Was ist denn das für eine Politik, wenn offizielle Vertreter dieses Landes und offizielle Vertreter dieses Parlaments Versprechungen im Namen des Landes abgeben und nachher sagen, die Nationalbank habe selbstverständlich das Recht zu entscheiden, die Nationalbank habe die Pflicht zu entscheiden? Wo bleibt denn da die Glaubwürdigkeit? Es ist doch nicht so, dass die Nationalbank autonom ist; die Nationalbank darf nur müssen; wehe, sie würde einen anderen Entscheid fällen als den, der jetzt von allen hier erwartet wird. Ist das eine ehrliche, ist das eine glaubwürdige Politik?

Noch eine Bemerkung zur Sache, um die es geht, um die 100 Millionen Franken, welche die Nationalbank schulde, wie ausgerechnet worden ist: Weshalb werden jene 6,3 Milliarden Franken, die die USA der Schweiz im Juni 1941 blockiert haben, was unserem Land schweren Schaden, was unserem Land schwere Probleme bereitet hat, in dieser Rechnung nie erwähnt? Das müsste doch – wenn schon Rechnungen präsentiert werden – aufgerechnet werden.

Es gibt in der heutigen, verfahrenen Situation nur eine Möglichkeit, wie wir aus dieser Situation herausfinden: Es gibt nur den Ausweg, eine referendumsfähige



*Wie sich der Schweizer Bundesrat gegen absolut ungerechtfertigte  
US-Vorwürfe glaubt wehren zu können.*

## «Autonome Entscheidung» der Nationalbank?

# Sie darf müssen

*Die Würfel sind gefallen: Der Nationalrat schliesst das Volk definitiv davon aus, das letzte Wort zu sprechen zu den 100 Millionen, welche die Nationalbank – aus dem Vermögen des Volkes – in den Holocaust-Fonds einbezahlen muss. Einbezahlen muss! Denn in vielstimmigem Chor wurde gleichzeitig die «Schuld» der Nationalbank apodiktisch als erwiesen und besiegelt erklärt. Was soll da noch auf die Resultate der Bergier-Kommission gewartet werden?! Die Nationalbank, so entschied dieses Parlament, soll zwar «autonom» entscheiden – aber sie darf nur müssen! Wehe sie käme – mangels Schuld – auf die Idee, gar keine Zahlung leisten zu wollen! Würde sie die ihr zugewiesene Autonomie tatsächlich zur freien Entscheidung «ob überhaupt» nutzen wollen, das Unwetter, das dann über sie niederginge, liesse sich kaum noch in Worte fassen...*

*Worin besteht sie denn, die angebliche «Schuld» der Nationalbank?*

*Da gab es doch – es war im Juni 1941 – jenen folgenschweren Entscheid der USA, sämtliche damals in die USA ausgelagerten Goldbestände der Schweizerischen Nationalbank – immerhin 6,3 Milliarden Franken in Gold – über Nacht zu blockieren: Für die belagerte, damals völlig von den Nazis eingeschlossene Schweiz ein existenzbedrohender, aber auch ein durch und durch rechtswidriger Schlag, mit dem die USA unser Land in seiner prekären Belagerungs-Situation in grösste Schwierigkeiten stürzten. Wollte die Schweiz – um der Stabilität des Schweizerfrankens willen, also insbesondere zur Sicherung der damals zutiefst gefährdeten Arbeitsplätze – ihre eigene Währung weiterhin mit Gold sichern, dann konnte sie dies nach dem rechtswidrigen Blockadebeschluss der USA nur noch auf dem Weg über Goldkäufe bei der Achse tun. Alle andern Zugänge zu Gold hatten die USA verschlossen – in Form einer klar rechtsverletzenden Massnahme gegen einen neutralen Staat.*

*Die USA haben der Schweiz den – nicht freiwillig gewählten – «Notausgang Achse» aufgezwungen. Und die gleichen USA wollen der Nationalbank dieses Notausgangs wegen jetzt «Schuld» anhängen, die mit (vorläufig) 100 Millionen abzugelten sei...*

*Eine Schuldbeziehung, die heute so rechtswidrig ist wie damals der*

*Blockadebeschluss. Indem unser Parlament bezüglich dieser «Schuldfrage» vor den USA kuscht, leistet es lediglich den einen Beweis: Es verhält sich gegenüber drohenden Worten aus New York und Washington mindestens so unglaubwürdig wie der Bundesrat schon seit Monaten.*

*Ulrich Schlüer*

*(«Spalte rechts», 3. Oktober 1997)*

Vorlage zu unterbreiten. Dann hat das Volk die Möglichkeit, zu entscheiden: Wollen wir mit dieser Frage an die Urne, oder überlassen wir es dem Parlament? Das ist der einzige Weg, der glaubwürdig ist.

*(17. Oktober 1997)*

*Der Jüdische Weltkongress verschickt wieder Bettelbriefe*

## **Jetzt reicht's, Herr Bronfman!**

*Von Nationalrat Ulrich Schlüer, Flaach ZH*

*Der erste üble Streich wurde in der «Schweizerzeit» am 11. Juli 1997 dokumentiert: Bis ins Frühjahr 1997 versandte der Jüdische Weltkongress (JWC) von JWC-Präsident Edgar Bronfman persönlich unterzeichnete Bettelbriefe mit der behaupteten Sensation, von Adolf Hitler sei in der Schweiz ein bis dahin geheimes Bankkonto auf gespürt worden (vgl. dazu S. 191).*

Dabei war diese Erfindung bloss die schlimmste einer ganzen Reihe übler, klar wider besseres Wissen geäusselter Verdrehungen und Verunglimpfungen in diesem an Sympathisanten des JWC verschickten Bettelbrief.

### **Neuer Lügenbrief**

Bronfman, damals zur Rede gestellt, flüchtete sich in Ausreden: Der Brief sei eigentlich weit *älteren Datums'*, die mit den Versandarbeiten beauftragte PR-

## *Der Goldpreis sinkt*

*Anfangs März. 1997 überraschte der Bundesrat die Öffentlichkeit mit der Ankündigung einer Solidaritätsstiftung, für welche für sieben Milliarden Franken Gold aus der Nationalbank verkauft werden solle. An jenem Tag kostete ein Kilo Gold 17'000 Franken. Einige Monate später wartete eine hochkarätige Expertenkommission dann noch mit der glorreichen Idee auf die Schweizerische Nationalbank möge nebst den zugunsten der Solidaritätsstiftung geplanten Goldverkäufen weitere 1'400 ihrer total 2'600 Tonnen Gold zwecks «besserer Bewirtschaftung» veräussern.*

*Seit diesen beiden Ankündigungen sinkt der Goldpreis kontinuierlich. Das Kilogramm Gold kostet heute weniger als 14'000 Franken. Mit andern Worten: Das verantwortungslose Geschwätz von Goldverkäufen und «besserer Bewirtschaftung» hat bis heute bewirkt, dass die Schweizerische Nationalbank von März bis November 1997 einen Verlust auf ihren Goldbeständen von fast 8 Milliarden Franken zu verzeichnen hat. Der Verlust ist grösser als die für die Goldstiftung vorgesehene Summe. Und dann massen sich die fahrlässigen Verkünder solcher Ausverkaufsideen noch an, sich als besonders ausgewiesene «Experten» in Sachen «Bewirtschaftung» von Nationalbank-Reserven zu empfehlen. Ob sie bereit sind, den dem Schweizervolk bereiteten Verlust aus der eigenen Tasche auszugleichen?*

*(28. November 1997)*

Agentur sei bedauerlicherweise in Rückstand geraten, bis sie alle Adressaten habe bedienen können. Man wisse, dass der Brief dem aktuellen Wissensstand nicht mehr entspreche.

Der schweizerische Bundesrat schluckte seinen Ärger damals herunter und bemühte sich, weiterhin *Harmonie* mit Bronfman zu demonstrieren. Ja, Bronfman wurde vom Bundesrat sogar in die Leitung des von den Banken geschaffenen, vom Bund verwalteten Holocaust-Fonds berufen (Bronfman nahm diese Berufung zwar an, nahm aber nie an einer Sitzung der Fonds-Leitung teil, aus welcher er sich inzwischen wieder zurückgezogen hat).

Heute ist klar: Die Schweiz, der schweizerische Bundesrat wurden von Bronfman einmal mehr aufs Übelste übers Ohr gehauen. Der «Schweizerzeit»-Redaktion liegt nämlich der *Text des neusten Bettelbriefs* von Bronfman vor, der uns, unab-

hängig voneinander, in zwei Exemplaren von Empfängern aus den USA übermittelt worden ist. Der Brief selbst ist zwar nicht datiert. Der Briefumschlag, mit dem einer der beiden uns vorliegenden Briefe versandt wurde, trägt indessen das Datum vom 25. November 1997. Und auf dem zweiten Brief hat der Empfänger einen persönlichen Empfangsvermerk angebracht: 19. Dezember 1997.

Bronfmans neuer Bettelbrief spricht, das muss man ihm lassen, Klartext: Erneut wird die Schweiz *bewusster Hehlerei zugunsten Hitlers* bezichtigt. Unter krasser Verleugnung der Tatsache, dass die Goldhandelsfrage bereits 1946 im Washingtoner Abkommen geklärt worden ist, behauptet Bronfman, dass erst jahrelange Druckausübung durch den JWC die Schweiz zum Eingeständnis von Goldhandelsgeschäften zugunsten Nazi-Deutschlands gezwungen habe. Bronfman geht noch weiter: Die Schweiz habe, behauptet er, *bewusst Totengold jüdischer Todeslager-Opfer gewaschen*-, und sie habe sich bewusst als Versteck missbrauchen lassen für von den Nazis aus jüdischen Synagogen und jüdischem Besitz gestohlene Kunst- und Wertgegenstände.

An dreister Falschheit kaum mehr zu überbieten sind Bronfmans Anschuldigungen, die Schweiz *verzögere bewusst die längst fälligen Auszahlungen aus dem*



*Des Herrn Edgar Bronfman liebste Beschäftigung.*

# Sir Winston Churchill

englischer Kriegspremier über Selbstvertrauen und Selbsterniedrigung:

*«Die ärgsten Schwierigkeiten, unter denen wir leiden, kommen nicht von aussen, sie kommen von innen. Sie kommen aus einer Stimmung ungerechtfertigter Selbsterniedrigung, in die uns ein einflussreicher Teil unserer Intellektuellen gestürzt hat.*

*Wenn wir den Glauben an uns selbst verlieren, dann gehen wir tatsächlich unserem Ende entgegen.»*

(18. April 1997)

*Holocaust-Fonds* mit dem Ziel, möglichst viele der hochbetagten Berechtigten sterben zu lassen, bevor ihnen endlich Recht geschehe.

## Tatsachen

Die Tatsachen rund um diesen Holocaust-Fonds sind bedenklich genug: Nachdem die schweizerischen Mitglieder der Fonds-Leitung sofort nach dessen Schaffung ernannt worden waren, liessen sich der Jüdische Weltkongress und andere jüdische Weltorganisationen monatelang Zeit, bis sie ihre Vertreter endlich zu nominieren sich bequemten. Und als sie endlich gewählt werden konnten, liessen sie mittels kürzestfristiger Abmeldungen Sitzungen platzen (nachdem sie sich die aus schweizerischer Sicht unverständliche Zusicherung hatten ausstellen lassen, dass die Fonds-Leitung bei Abwesenheit der JWC-Vertreter keine gültigen Beschlüsse fassen könne!). Und auch bezüglich der Listen von anspruchsberechtigten Holocaust-Überlebenden hielt sich der Jüdische Weltkongress nicht an den vereinbarten Ablieferungstermin.

Mit andern Worten: Dass Zahlungen des Holocaust-Fonds viel zu lange blockiert wurden, lag einzig und allein an der wohl kaum ganz unbewussten *Verzögerungstaktik des Jüdischen Weltkongresses*. Liest man die Anklagen in Bronfmans Betelbrief, dann kommt man kaum um die Feststellung herum, dass Bronfman und der JWC den *Holocaust-Fonds gezielt sabotieren*, auf dass sie umso beleidigender über die Schweiz herfallen können...

## Unqualifizierbar

Man kann es drehen und wenden wie man will: Die Methoden, welcher sich Bronfman bedient, lassen erkennen, dass für ihn der Holocaust mit all seinem Schrecken und Elend nichts anderes als eine «Geschäftsgrundlage» ist, um aus der Schweiz Milliarden herauszupressen.

Bronfmans Methoden sind derart unqualifizierbar, dass sich heute auch prominente Sprecher der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz – allen voran der Ehrenpräsident der Israelitischen Cultusgemeinde, *Sigi Feigel* – angewidert abwenden und den schweizerischen Bundesrat zum unverzüglichen *Abbruch der Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Weltkongress* auffordern. Der Holocaust-Fonds, fordert Feigel, soll eine allein schweizerische Leitung erhalten, welche, unbelastet von den sattsam erduldeten Verzögerungsmätzchen des Jüdischen Weltkongresses, umgehend die Auszahlungen der Fondsgelder an Holocaust-Überlebende beschliessen und abwickeln soll und kann.

## Dringender Handlungsbedarf

Handeln muss jetzt endlich der weiterhin untätig scheinende, sich ständig duckende und untertänigst zahlungsbereit zeigende Bundesrat:

- Zunächst ist ohne Verzug die Forderung Sigi Feigels umzusetzen: *Jegliche Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Weltkongress ist formell abzubrechen.*
- Aus Anlass dieses Abbruchs der Beziehungen mit dem Jüdischen Weltkongress hat der Chef des Aussenpolitischen Departements, Bundespräsident Flavio Cotti, die *amerikanische Botschafterin formell ins Bundeshaus zu zitieren*. Dort ist ihr ein *offizieller Protest* der Schweiz an die Adresse der amerikanischen Regierung zu übergeben, welcher sich deutlich gegen das *Doppelspiel der amerikanischen Regierung* wendet, die (zum Beispiel im Vorwort des Eizenstat-Berichts) die unverschämten Druckversuche des Jüdischen Weltkongresses nicht ungerne als Instrument benutzt, die Schweiz zu Zahlungen zu nötigen. Den USA ist damit in aller Form das tiefe Befremden der Schweiz darüber zur Kenntnis zu bringen, dass die amerikanische Regierung die *Zusammenarbeit mit Organisationen* pflegt, die sich eindeutig *erpresserischer Methoden* bedienen.
- Und endlich hätte die Schweiz die längst überfällige *Anrufung des WTO-Gerichts* (eine Errungenschaft der jahrzehntelangen GATT-Verhandlungen) in die Wege zu leiten und die USA dafür einzuklagen, dass sie auf ihrem Boden Boykott-Androhungen und allenfalls auch Boykott-Massnahmen gegen

# Israel Singer

Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses:

«Die Schweiz soll ihre Fehler eingestehen und zahlen. Dann ist die Sache erledigt.»

(12. Dezember 1997)

Schweizer Bankniederlassungen in den USA dulden, die den GATT-Regeln krass widersprechen.

- Den USA ist gleichzeitig klarzumachen, dass *US-Gerichte allein für die Rechtsordnung in den USA* zuständig sind, dass die Rechtsprechung über Schweizer und deren Tätigkeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg einzig und allein im souveränen Rechtsstaat Schweiz stattfindet, dass sich *schweizerisches Recht nicht zum Spielball zweifelhafter Medien- und Politikampagnen in den USA degradieren* lässt.
- Missachtet die amerikanische Regierung den elementaren Rechtsgrundsatz, wonach die Souveränität eines jeden Rechtsstaates vollumfänglich zu respektieren ist (wir sind schliesslich keine Kolonie der USA!) weiterhin, dann wäre die Schweiz wohl gut beraten, ihrerseits das in den USA offenbar zulässige Instrument der *Sammelklage* zwecks *Schadenersatzforderungen* gegen jene US-Institutionen zu nutzen, die ungerechtfertigte, den WTO-Regeln widersprechende Boykotte gegen schweizerische Gesellschaften androhen oder realisieren.
- Schliesslich hat die Schweiz von den USA endlich die Respektierung des Völkerrechtsgrundsatzes der *Gegenseitigkeit* formell einzufordern: Wenn die USA die Offenlegung schweizerischer Bankkonten und Bankbewegungen im Zusammenhang mit Holocaust-Opfern verlangen, dann haben auch die USA vollumfänglich Klarheit darüber zu schaffen, was mit den weit umfangreicheren Geldüberweisungen späterer Holocaust-Opfer in die USA geschehen ist. Wohin sind jene Millionen gelangt, die europäische Juden während der Zeit des Dritten Reiches in die USA zu retten wussten?

Sollte der Bundesrat weiterhin nicht bereit sein, diese im Interesse der Schweiz überfälligen Schritte endlich in die Wege zu leiten, dann begibt er sich allmählich in die Rolle des *passiven Komplizen* eines *politischen und finanziellen Erpressungsmanövers*.

## *Bronfmans neuer Bettelbrief*

*Auszüge im Wortlaut in deutscher Übersetzung*

*«... Ich möchte Ihnen neuste Informationen übermitteln, damit Sie uns in der nächsten Phase unserer Anstrengungen, Gerechtigkeit für das jüdische Volk zu erreichen, unterstützen können.*

*Wie Ihnen sicher bekannt ist, treibt der Jüdische Weltkongress Nachforschungen voran bezüglich der auf Schweizer Banken liegenden Guthaben von während des Holocaust getöteten Juden – Geldeinlagen, die niemals zurückgegeben wurden.*

*Im Übrigen wollen wir Klarheit darüber, weshalb die Schweiz heimlich Milliarden von während des Kriegs von den Nazis gestohlenem Gold annahm, darunter auch Goldbarren, welche aus Eheringen und Zahnfüllungen der Opfer von Todeslagern gegossen wurden.»*

*«Die Schweiz weist noch immer jede Schuld von sich, obwohl die amerikanische Regierung kürzlich einen vernichtenden Bericht publizierte (gemeint ist das Vorwort des Eizenstat-Berichts, Anmerkung der «Schweizerzeit»-Redaktion), welcher die Behauptungen des Jüdischen Weltkongresses bestätigte, wonach die Schweiz ihre Neutralität dazu missbraucht hat, gestohlenen Nazi-Gold zu waschen und Geschäfte mit dem Nazi-Regime zu rechtfertigen. Die Schweiz weigerte sich jedoch, diesen Bericht zu akzeptieren und bezeichnete ihn als «einseitig».*

*«Als die Nazis an die Macht kamen, sandten viele zutiefst verängstigte Juden ihre Wertsachen an geheime Bankkonten in der Schweiz, weil sie diese dort vor den Deutschen sicher wähnten.*

*Aber ihr Geld war in der Schweiz auch nicht sicher.*

*Wenn während der letzten fünfzig Jahre Überlebende des Holocaust oder deren Nachkommen in die Schweiz reisten, um dort ihre Guthaben abzuheben, so weigerten sich die Schweizer Banken oft, solche Gelder herauszugeben. Die Schweizer Banken verlangten entweder die Angabe von Kontonummern oder andere Dokumente. Aber die jüdischen Familien kannten diese Kontonummern natürlich nicht, handelte es sich doch um Geheimkonten. Die Geheimhaltung war ja gerade der Zweck dieser Konten.*

*Viele Banken verlangten sogar den Totenschein für die Person, die seinerzeit ein Konto eröffnet hatte. Von wem sollten wohl die jüdischen Nachkommen eine Todesurkunde erhalten haben? Etwa von Himmler? Von Göring? Von Hitler?*

*Die weltweite jüdische Gemeinschaft hatte die Schweizer Banken schon seit Lan-*



Edgar M. Bronfman  
President

Dear [REDACTED]

This diplomatic pouch has been prepared exclusively for you, to bring you up to date on the World Jewish Congress investigation of Switzerland's financial dealings during the Holocaust.

I want you to have the latest information so that you can participate in the next phase of our efforts to obtain justice for the Jewish people.

As I'm sure you know, the World Jewish Congress (WJC) is investigating deposits made in Swiss banks by Jews later killed in the Holocaust -- deposits that have never been returned.

We also want to know why Switzerland secretly accepted billions in looted Nazi gold during the war, including gold bars made from wedding rings and tooth fillings taken from death camp victims.

Recently Swiss banking circles agreed -- after months of pressure by the WJC -- to establish a fund of nearly \$200 million (U.S.) for the benefit of Holocaust victims.

But many serious problems remain that are hampering our investigation:

- ✓ **Records are being destroyed.** A security guard in one of Switzerland's largest banks discovered bank officials destroying Holocaust-era documents in the basement. The guard who blew the whistle on the shredding was fired from his job. The official who ordered the files destroyed was not punished.
- ✓ **Switzerland still denies wrongdoing.** The U.S. government recently published a scathing report confirming WJC claims that Switzerland laundered looted Nazi gold and used its neutrality to justify doing business with the Nazi regime. But Switzerland refused to accept the report, calling it "one-sided."
- ✓ **Our investigation is widening.** Based on tips uncovered during the Switzerland affair, the World Jewish Congress has begun an investigation of lost Jewish accounts in other countries.

That is why I am asking concerned Americans like you to support the World Jewish Congress investigation by doing two things today:

- 1) Please sign and return the enclosed Letters of Support to President Clinton and Senator Alfonse D'Amato at once. The President has supported the Jewish people in this international investigation, and Senator D'Amato has held Senate Banking Committee hearings to get closer to the truth. But President Clinton and Senator D'Amato need to know that respected

(over, please)

WORLD JEWISH CONGRESS, 501 MADISON AVENUE, NEW YORK, NY 10022

BUDAPEST Síp utca 12, BUENOS AIRES Larrea 744, GENEVA 1 rue de Vivaille, JERUSALEM 21 Juliantinsky Street, MELBOURNE  
5 Queens Road, PARIS 70 Ave. des Champs-Élysées, MOSCOW 71 Vozharskaya Street, JOHANNESBURG 7 Amary Road

Die erste Seite des Bronfman-Bettelbriefs November/Dezember 1997.

*gem im Verdacht zu lügen, wenn diese bestritten, Nazi-Gold zu verstecken, das den Zentralbanken europäischer Länder geraubt worden war. Oder wertvolle religiöse Kultgegenstände, Menorahs und Kerzenständer, welche während des Krieges aus jüdischen Synagogen gestohlen und von den Deutschen eingeschmolzen worden waren, um die Nazi-Kriegsanstrengungen zu finanzieren.*

*Die Schweizer Banken hatten jahrelang geleugnet, gestohlenen Nazi-Gold angenommen zu haben. Sie haben geleugnet, Anstrengungen von Holocaust-Opfern, die ihr Geld zurückerhalten wollten, behindert zu haben. Nachdem nun Tausende von Dokumenten aus britischen, französischen und amerikanischen Archiven endlich freigegeben wurden, kann der Jüdische Weltkongress beweisen, dass:*

- *Milliarden von gestohlenem Nazi-Gold während des Zweiten Weltkriegs in die Schweiz verschoben wurden. Das Gold stammte aus Zentralbanken, die überall in Europa geplündert worden waren. Die Nazis behändigten auch die goldenen Eheringe, Armketten und Goldzahnfüllungen von Opfern der Todeslager und schmolzen das dabei gewonnene Gold ein. Sicherheiten, Bargeld, Kunstgegenstände, religiöse Gegenstände, Möbel, Versicherungspolicen – all dies wurde von den Nazis gestohlen und oftmals in Schweizer Banken versteckt.*
- *Einlagen von später ermordeten Juden den Erben dieser getöteten Juden oder der jüdischen Weltgemeinschaft vorenthalten wurden. Sogar Schweizer Offizielle müssen zugeben, dass auf solch ruhenden Konten mehrere Zehnmillionen Dollar liegen. Wir glauben allerdings, dass es sich um viel grössere Beträge handelt.*
- *Schweizer Banken, wie wir amerikanischen Geheimdienst-Dokumenten entnehmen, sogar ein Konto für Adolf Hitler selbst unterhielten, auf welches seine Einnahmen aus der Herausgabe seines Buches «Mein Kampf» flössen. Ausserdem gab es ein auf Hitlers persönlichen Schneider lautendes Konto, auf welches Hunderttausende von Schweizerfranken überwiesen worden waren.*
- *die Nazis, als sie erkannten, dass der Krieg verloren war, Pläne schmiedeten, deutsche Vermögenswerte heimlich in die Schweiz zu transferieren, um damit der Nazi-Partei nach dem Krieg wieder zur Macht zu verhelfen.*

*Die Schweiz ist bekannt für ihr Bankgeheimnis. Aber sogar in der Schweiz ist es verboten, gestohlenen Geld anzunehmen.*

*Deshalb muss heute – nachdem der Jüdische Weltkongress entsprechenden Druck ausgeübt hat – sogar die Schweiz zum erstenmal in ihrer Geschichte Bankunter-*

## *Ed Fagan*

der in New York sowohl die Sache Christoph Meilis als auch die 20-Milliarden-Sammelklage gegen die Schweizer Banken vertretende Anwalt:

*«Deutschland war in Nürnberg vor Gericht, die Schweiz wird es hier in Brooklyn sein.»*

*(8. August 1997)*

*lagen über Einlagen während des Krieges einer aussenstehenden Prüfungskommission zugänglich machen.*

*Aber gleichzeitig kündigt die Schweiz an, die Untersuchung über die verlorenen und geraubten jüdischen Vermögen könne bis ins Jahr 2001 dauern – also noch vier Jahre! Wieviele der heute hochbetagten Holocaust-Überlebenden werden das Jahr 2001 wohl persönlich noch erleben?»*

*«Aufrichtigst, Edgar M. Bronfman, Präsident»*

*(9. Januar 1998)*

*Neue Angriffe des Jüdischen Weltkongresses*

## **Sultaniks Freudscher Patzer**

*Von Richard Anderegg, Washington*

*Kalman Sultanik, einer der Vizepräsidenten des Jüdischen Weltkongresses (JWC), liess über Neujahr seinem Unterbewusstsein freien Lauf und vergass die Moratoriums-Parole, die sein Präsident Edgar Bronfman für die Zeit bis zum 1. April ausgegeben hatte: Bis dann keine Bosheiten mehr gegen die Schweiz, um ihr Gelegenheit zu geben, sich ohne allzu krassen Gesichtsverlust mit der Zahlung von Milliarden Dollar abzufinden.*

Herr Sultanik sagte, was er und manche seiner Mitläufer in ihrem Widerwillen

gegen die Schweiz tatsächlich glauben: Dass in *Cottis Neujahrs-Interview* eine Nazivergangenheit, mit Antisemitismus und der Gier, ungerechtes Gut zu behalten, wie ein übler Rülpsler wieder einmal aufstiess, trotz den Schuldbekennnissen, die amerikanische Prügel unterdessen herausgeholt haben. Es mag in der Schweiz anders aussehen – hier wirkt es so.

## Lohn der Schwächlichkeit

Für Sultanik und für vielleicht keine Mehrheit, aber doch eine gute, und leider oft publizistisch tätige Zahl amerikanischer Beobachter (nicht nur Juden) hat die Schweizer Regierung mit ihrer Verwirrung und Nachgiebigkeit der letzten anderthalb Jahre ihre *Schuld eingestanden*. Keine unschuldige Regierung würde doch ihre Banken international kontrollieren, ihre ganze Tätigkeit durch ein internationales Kontrollorgan überprüfen lassen und mit einer Nichtregierungs-Organisation auf gleich zu gleich verhandeln. Und sie zahlt ja Reparationen.

Dann kommen die Angriffe wohl meist aus New York, aber wie wertet der bisher in dieser Affäre nicht rühmlich operierende Aussenminister Cotti die Boykottversuche eines kalifornischen Finanzchefs *Matt Fong*, oder einzelstaatliche Gesetzesanträge wie in New Jersey, die vorläufig durch das Moratorium gestundet, aber nicht annulliert sind?

Seine Aussage, die Angriffe gegen die Schweiz kämen aus beschränkten Gebieten wie der Ostküste und besonders New York, waren als «Trost fürs Volk» tatsächlich dümmlich. Nicht nur war es fast Wort für Wort, was *Kurt Waldheim* sagte, als er die Unehrllichkeiten in seinem Lebenslauf ausbaden musste. Sie illustriert – wichtig zur Diagnose der Krankheit im Departement für Auswärtiges – was passiert, wenn ein Aussenminister seine kritischen Beobachter vor Ort feuert und Leute seiner Observanz hinschickt, die in seinem Sinne zurückberichten. Er hört, was ihm gefällt, und ist *falsch orientiert*. Der JWC-Vizepräsident war taktlos, aber aufrichtig, und deckte auf, was der JWC und seine Aktivisten (nicht nur an der Ostküste) wirklich von der Schweiz halten, und was wieder auf sie zukommt, wenn am 1. April keine massive Summe von den Banken, der Industrie, der Regierung oder sonst woher hingeläutert wird.

Sichtbar wird bei dieser Panne auch die Naivität der Ansicht, die von der Task Force Borer und der Schweizer Botschaft in Washington verbreitet wird: Die Holocaust-Story sei *aus den Schlagzeilen verschwunden*, höchstens gelegentlich noch auf Innenseiten. Auch am Fernsehen erscheine nicht mehr viel (ausser einer hässlichen Wiederholung des «Nazigold»-Films). Also sei alles bald in bester Ordnung. Diese Ansicht ist *grundfalsch*. Innenseiten der Presse und Nebensätze zeigen weit besser als Schlagzeilen, was man *wirklich denkt* und *als bekannt vor-*

## Rabbi Marvin Hier

Leiter des Simon Wiesenthal-Zentrums in Los Angeles:

*«Die Schweiz hätte keinen Holocaust-Fonds eingerichtet und würde nicht die Schaffung einer Solidaritätsstiftung erwägen, wenn sie sich nicht schuldig fühlte. Kein Land würde solche Massnahmen ohne Grund ergreifen.»*

*(8. August 1997)*

*aussetzt-* Keine wichtige Zeitung der Ostküste brachte ein Wort zu Sultaniks Aussage. Nur die konservative *«Washington Times»*, mit ihrer relativ kleinen Auflage von 100'000, brachte nach zwei Tagen auf Seite 5 die Reuter-Story ohne Kommentar. Gemäss den *«Sachverständigen»* der Schweizer Diplomatie war es somit nichts. Warum denn protestieren? Weil es eben zeigt, wie tief das Gift sitzt.

### Das Gift wirkt

Dieses Gift kommt ständig zum Vorschein. Nicht in Schlagzeilen, aber in Nebensätzen von Berichten über andere Länder Europas zur Nazizeit, wo in Erinnerung gerufen wird, die schweizerischen Missetaten seien natürlich weit umfangreicher gewesen. Es *nährt sich* aber besonders aus den Buss- und Bittreisen eines Botschafters, der überall versichert, wie leid es der heutigen Schweiz tue, und *wie sie bezahlen* werde. Es *nährt sich* aus dummen Sprüchen eines zur Kommentierung von Schweizer Filmen bestellten Historikers, *Thomas Maissen*, der vor jüdischem Publikum in Washington erklärte, das *«Schweizer Volk war ja im Krieg nicht nazifreundlich, nur die bourgeoise Regierung wollte mit den Nazis kollaborieren»*.

Auch der erste *Eizenstat-Bericht* mit seiner nie offiziell und lautstark zurückgewiesenen Anschuldigung gegen die Schweizer Politik während des Weltkriegs geistert weiterhin als historisch gültiges *«wissenschaftliches»* amerikanisches Urteil über die Schweiz in den US-Medien herum. Und ob es gefällt oder nicht, aus amerikanischer Sicht *ist* er das abschliessende Urteil *«aufgrund neu entdeckter Beweise»*, solange Bern nicht offiziell den Wisch als unakzeptabel abweist.

Zwar beantwortete *Prof. Bergier* in Washington vor der Schweizer Presse eine Frage mit der höflichen Bemerkung, der erste Teil des Berichts sei kein historisch

gültiges Dokument. Aber solche Randbemerkungen ersetzen keine offizielle Zurückweisung. Der nächste Eizenstat-Bericht steht bevor. Er wird andere Länder untersuchen, und die Schweiz als obligate Drehscheibe wird nochmals bekleckert.

## Konkurrenzkämpfe um Gelder

Ebenso unverändert ist die Form der *Geldsammelbriefe*, die der JWC seit einem guten Jahr an die Diaspora verschickt. Die Schweiz wird unverändert angeprangert, es werden Unterstützungsschreiben für Senator d'Amato und seine Druckkampagne angefordert. Die Task Force Borer behauptet, im Interesse des Dialogs darüber hinwegzusehen.

Offenbar ist der JWC unter Druck, weil ihm konkurrierende jüdische Organisationen das Rennen ums Schweizergeld streitig machen. Und Bern scheint dem JWC helfen zu wollen...

Dabei ist die Einsicht in gewissen amerikanischen Kreisen durchaus vorhanden, dass hier eine Gruppe von Aktivisten eine in westlicher Rechts- und Geschichtsauffassung unzulässige These vertritt.

Eine Bemerkung in diesem Sinn machte im Hearing des Repräsentantenhauses im Juni *Seymour Rubin*, 1946 zweiter Mann der US-Delegation, die mit der Schweiz verhandelte. Nicht nur wies er auf nie abgeklärte Besitzverhältnisse zu deutschen und jüdischen Guthaben in amerikanischem Besitz hin, sondern er erwähnte auch die Fragwürdigkeit gewisser gesetzlicher Grundlagen, weil «*wir Recht anwenden, das wir angesichts der Einmaligkeit der Lage damals laufend formulierten*».

Bloss muss man solche Hilfen auch ergreifen. Vom Standort Washington aus ist eine Änderung nicht durch fragwürdige PR in den USA möglich, sondern durch eine politische Änderung in Bern.

(9. Januar 1998)

*Nach der Londoner Goldkonferenz*

## Good Cop and Bad Cop

*Von Richard Andereg, Washington*

*Für jedermann, der mit amerikanischer Wahlpolitik vertraut ist, hat der amerikanische Staatssekretär Stuart Eizenstat an der Nazigold-Konferenz in London*

## Die Frage

*Bohrende Frage eines «Schweizerzeit»-Lesers: «Warum wurde eigentlich im Jahre 1970 (mitten in der Hochkonjunktur), also genau 52 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in unserem Land kein Fonds geschaffen aus Dankbarkeit dafür, dass die Schweiz vom Ersten Weltkrieg verschont geblieben ist?!»*

*(30. Dezember 1997)*

*Klartext gesprochen: Die Regierung Clinton kann das nächste Präsidentenjahr nicht auf sich zukommen lassen, ohne die in Aussicht gestellten, massiven Zahlungen an karitative Hilfswerke der jüdischen Diaspora ausgelöst zu haben.*

Hilfswerke, die alle, ausnahmslos, eng verbunden sind mit dem amerikanischen politischen System und eine ausschlaggebende Rolle in der *Finanzierung von Wahlkampagnen* spielen.

Eizenstat sagte es in einem Pressegespräch in politisch korrekter Formulierung: *«Wir dürfen nicht ins neue Jahrhundert eintreten, ohne die unvollendete Arbeit des alten Jahrhunderts zu beenden ... es ist ein biologisches Problem ... und wir dürfen nicht warten, bis die biologische Lösung es erledigt»*, das heisst, bis die letzten überlebenden direkten Erben von Holocaust-Opfern gestorben sind.

## Geldhunger

Die Zahl dieser persönlich ansprechbaren Erben ist aber schon so reduziert, dass mindestens 60% der Auszahlungen karitativen Werken zufallen werden, wenn sie nicht ausdrücklich an Überlebende ausbezahlt werden müssen, wie beispielsweise der jetzt in Verteilung befindliche Schweizer Holocaust-Fonds. Und dagegen wehren sich ausdrücklich die Zirkel um den *Jüdischen Weltkongress*, die alles unternehmen, um die Verteilung der Reparationen ohne genauere Zweckbestimmung *in die eigene Hand* zu bekommen. Zur Pauschalverwendung nach ihren Ideen wollen sie besonders die Milliarden, die JWC-Präsident *Bronfman* *«egal woher»* von der Schweiz fordert. Auf dieselbe Tour, aber in der Rolle des *«Good Cop»* im Gegenspiel zu Bronfman als *«Bad Cop»*, lässt Eizenstat in mildem Ton

die Schweiz doch einsehen, dass es ohne grössere finanzielle Opfer nicht möglich ist, wieder ins Konzert der von den USA anerkannten zivilisierten Staaten einzutreten.

## Erpressung

Am 8. Dezember eröffnete dann der militante New Yorker Finanzdirektor *Alan Hevesi* eine Konferenz, zu der, wie er hoffte, Hunderte lokaler und einzelstaatlicher Finanzchefs aus ganz Amerika kommen würden (eingeladen hat er achthundert, am 4. Dezember aber konnte sein Pressechef noch nicht sagen, wie viele kommen würden). Dort soll beratschlagt werden, wie man die Filialen der Schweizer Banken in den USA unter Druck nehmen kann, damit am Zentralsitz in der Schweiz die Bereitschaft zu massiven Pauschalzahlungen reift. Privat sollen amerikanische Delegierte in London, die baten, nicht genannt zu werden, die Hevesi-Konferenz und auch die hängigen Sammelklagen gegen die Banken in New York als Druckmittel erwähnt haben, die den Bankensektor – neben der Regierung der Schweiz – bald zu massiven Zahlungen mürbe machen sollten.

In Gesprächen mit anderen Delegierten und mit Reportern regte Eizenstat an – hier durfte man ihn nennen –, dass eine Frist bis zum 31. Dezember 1999 gesetzt



*Die Rolle, die ein schwächlicher Bundesrat der Schweiz  
in der Welt von heute eingebrockt hat.*

## Auf der Suche nach nachrichtenlosen Vermögen

### Frau Beers Guthaben

Am 23. Oktober 1996 fand in New York eine Pressekonferenz statt, an welcher der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, zusammen mit Senator Alfonse d'Amato über den Verbleib von auf Schweizer Bankkonten vermuteten «nachrichtenlosen Vermögen» von Holocaust-Opfern Stellung nahm. Laut der Wort-für-Wort-Abschrift, die von den an dieser Pressekonferenz gemachten Ausführungen erstellt wurde, beleuchtete Edgar Bronfman vor den Medien auch den «Fall Beer». Wörtlich schilderte er den Ablauf eines von Senator d'Amato veranstalteten Hearings, an welchem auch der Schweizer Bankier Hans Baer befragt wurde, wie folgt:

«Der Senator führte Hearings durch, wobei eine Anzahl Zeugen anwesend waren, darunter auch ich. Hans Baer, der jüdische Bankier der grössten Privatbank, der Jude ist, obgleich er dies oftmals zu vergessen beliebte, war einer der Zeugen. Er hatte eine Frau Beer, die sich anders – nämlich Beer mit zwei «e» – schreibt, angehört, die im Verlaufe des Morgens bezeugt hatte, dass sie von ihrem Vater wüsste, dass dieser Geld in die Schweiz «weggebracht» hätte und dass sie dieses Geld nun nicht mehr finden würde usw. usw. usw. Da machte Hans Baer ein Angebot, nämlich, dass er persönlich und auf seine eigenen Kosten Frau Beer in die Schweiz einladen würde, um die Wahrheit in dieser Angelegenheit herauszufinden. Und wie ich bereits erwähnt habe, in diesen Dingen gibt es immer wieder humorvolle Episoden. Sie haben die Wahrheit wirklich herausgefunden. Sie haben nämlich herausgefunden, dass es Frau Beers eigener Onkel gewesen war, der das Geld genommen hatte – der Bruder ihres Vaters.»

S

(2. Mai 1997)

werde, um die Untersuchungen zu Ende zu führen und die «Kompensationszahlungen» auszuführen oder zumindest zu beginnen.

### Lieber Geld als Klarheit

Ganz klar richtet sich diese Forderung gegen die für die Amerikaner viel zu gründliche und langsame Arbeit der Bergier-Kommission. Die *New York Times* in ihrer Rolle als Organ der jüdischen Anklage gegen die Schweiz schrieb es ein-

deutig: «Eisenstats Forderung (nach diesem Termin) stellt die Schweiz unter neuen Druck, denn ihre Historiker sagen, ihre Untersuchung werde nicht vor dem Jahr 2001 oder 2002 beendet sein. Die Schweizer Regierung hat jede Entschädigung aus Staatsmitteln vom Ergebnis der geschichtlichen Untersuchung abhängig gemacht.»

Das soll jetzt beschleunigt werden, entweder durch Druck auf die Bergier-Kommission, mit Zwischenberichten Entscheidungen des kaum sehr mutigen Bundesrates vorzeitig zu begründen, oder indem der Bundesrat offen erklärt, nicht mehr auf den Bericht zu warten.

Dieser Druck wird durch einen andern Druck verursacht, den die amerikanischen Promotoren selbst verspüren.

## Ablenkungsmanöver

Die Londoner Konferenz hat bestätigt, dass die Schweiz in ihrer geographisch-strategischen Lage naturgemäss der Hauptfinanzplatz des Dritten Reichs im Ausland war, dass aber andere Staaten, und – aufgepasst! – nicht nur Neutrale, ebenso mit Deutschland wirtschaftliche Beziehungen unterhielten. Ebenso ist unbestritten, dass *auch die USA jüdische Gelder einsteckten* und die Suche nach Erben kaum betrieben. Ein im Haus wie im Senat eingebrachter Gesetzesantrag fordert eine Suchaktion und Entschädigungen seitens der USA. Das aber kompliziert die Sache sehr. Hinzu kommen Stolpersteine, wie der jetzt in London zu Tage gekommene: Mindestens zwei Staaten, *Frankreich* und die *Niederlande*, sind nicht mit dem Vorschlag einverstanden, die letzten fünfeinhalb Tonnen «Nazigold», die an europäische Zentralbanken gehen sollten, pauschal jüdischen Hilfswerken zur Verfügung zu stellen. Angesichts der nackten Ambition des Dachverbands dieser Hilfswerke, des *Jüdischen Weltkongresses*, über grosse Summen *nach Belieben* verfügen zu können, und des ebenso klaren, wenn auch wohlzogener geäusserten Willens der US-Regierung, ihnen dabei zu helfen, sind das sehr lästige Hindernisse.

So bemühte sich die amerikanische Delegation in London, die «Good Cop»-Rolle perfekt zu spielen, um die Schweiz weiterhin als willigen Ausführenden der Holocaust-Forderungen den übrigen Sündern vorführen zu können. «*In der Tat, die amerikanische Delegation liess keine Gelegenheit aus, die Handlungsweise der Schweiz (in der Untersuchung ihrer damaligen Rolle) zu loben*», schrieb die *New York Times* mit etwas Ironie. Es war dieselbe Delegation, deren Mitglieder anonym auf den bevorstehenden Druck auf Schweizer Banken in New York aufmerksam machten.

(12. Dezember 1997)

# Schlusswort

## Die Dummheit der Gescheiten

Von Prof. Dr. Ernst Leisi, Pfaffhausen ZH

*Natürlich meine ich nicht, dass die gescheiten Leute – sagen wir Professoren und berühmte Schriftsteller – grundsätzlich dumm seien; das stimmt sicher nicht. Aber so viel stimmt, dass auch sie nicht gegen Dummheit immun sind.*

Darüber berichtet schon die Geschichte von Aristoteles und Phyllis. *Aristoteles*, der gescheiteste Mann seiner Zeit, habe sich in die hübsche *Phyllis* verliebt. Sie habe es gründlich ausgenützt, ja von ihm verlangt, dass er auf allen Vieren im Garten herumkrieche und sie auf sich reiten lasse. Das tat der dumme Weise, und er liess sich sogar von dem kleinen Luder mit einem Weidenrütchen hauen, wenn es nicht schnell genug ging. Authentisch ist die Geschichte nicht – sie wurde erst im Mittelalter erfunden – aber sie lebt weiter, in Worten und Kupferstichen als Warnung für alle «Weisen».

Der Liebe muss man bekanntlich alles verzeihen. Es gibt aber auch weniger verzeihliche Emotionen, die Dummheit bewirken. Zum Beispiel übertriebene Empfindlichkeit. Viele meinen, der berühmte Professor oder Schriftsteller habe ein unerschütterliches Selbstgefühl und glaube immer an sich. 50jährige Erfahrung hat mich vom Gegenteil überzeugt. Der Gescheite ist in der Regel kritisch, auch gegen sich selber; er ist darum leicht verletzlich. Das kann Folgen haben, die bis zur Dummheit gehen. Ich greife zwei häufige Muster heraus: *Vaterprobleme* und Anfälligkeit für *Ideologien*.

### Vaterkomplexe

Viele der Hochgescheiten haben Probleme mit ihren Vätern, seien es nun die leiblichen Väter oder aber die geistigen, die Lehrer. Da gibt es einerseits diejenigen, die von ihrem Lehrer so beeindruckt sind, dass sie ihn noch übertreffen, noch päpstlicher als der Papst sein wollen. Was mir erst kürzlich bekanntgeworden ist: Der hochangesehene Historiker *Professor Bonjour* soll seine Schüler öfter davor gewarnt haben, den Berichten von Zeitgenossen zu viel Glauben zu schenken. Mindestens drei seiner Schüler haben dies nun bis zur Übertreibung weiterge-

führt: sie glauben den Zeitgenossen praktisch *nichts* mehr. Ich kann davon ein Lied singen: Meine Erinnerungen (aufgezeichnet in «*Freispruch für die Schweiz*», bestätigt durch Dokumente und etwa 150 Zuschriften) wurden von diesen drei Schülern kurzerhand als wertlos abgetan.

Häufiger gestaltet sich das Verhältnis zum Vater umgekehrt. Bei den engagierten Schweizer Schriftstellern sind diejenigen in der Mehrzahl, welche mit ihren Vätern Probleme hatten. In ihren Werken sind denn die Vaterfiguren – vom leiblichen Vater bis zu General Guisan – oft als Feinde und Faschisten dargestellt. Ein krasses Beispiel dafür ist *Otto F. Walters* historischer Roman «*Zeit des Fasans*».

## Ideologie-Anfälligkeit

Empfindlichkeit kann weitere fatale Folgen haben. Wer *unsicher ist*, schliesst sich gern einem Rudel an. Daher kommt es, dass die Intellektuellen für Ideologien nicht weniger anfällig sind als andere Leute; man weiss das vom Nationalsozialismus her. Viele der heute «führenden» Historiker sind alte *68er Revolutionäre*. Das heisst, sie sind mit einer Ideologie aufgewachsen, die das Bürgertum als Vorstufe des Faschismus ansah, alles Bürgerliche anklagte – die andererseits, wenn in die Enge getrieben, gerne betonte, eine objektive Wahrheit gebe es in der Geschichte halt nicht.

Bisher haben wir uns Fälle angesehen, bei denen Dummheit sozusagen aus dem Bauch aufstieg. Es gibt aber auch die ganz gewöhnliche Dummheit des Kopfes, den simplen *Denkfehler*. Dazu rechne ich: Absolutes statt relatives Denken, Verhältnisblödsinn, Ausblenden, Fehlen von Alternativszenarien, Hindsight, «Partei-chinesisch». Was heisst das alles?

Viele Intellektuelle – besonders die «guten» und frommen, neigen dazu, absolute Massstäbe anzulegen. «*Wie furchtbar*», sagen sie sich und den anderen, «*dass wir so viele Flüchtlinge abgewiesen haben; wie furchtbar, dass es auch in der Schweiz Antisemitismus gab!*» Man kann nicht sagen, dass sie Unrecht haben. Ganz sicher sind wir, *gemessen am Ideal*, arge Sünder. Wie aber sehen die Dinge aus, wenn man sie *relativ* betrachtet? Die Schweiz hat während der Nazizeit, gemessen an ihrer Einwohnerzahl, von allen Ländern der Erde am meisten Flüchtlinge aufgenommen. Und der Antisemitismus war in der Schweiz geringer als in allen umliegenden Ländern. Jeder Historiker, der nicht von einem übermenschlichen Ideal ausgeht, muss relativ messen. Er muss sich zum Beispiel auch sagen: Selbst wenn während des Krieges viertausend Schweizer miese Typen gewesen wären, so wäre das erst ein Promille der Bevölkerung. Dann kommt die Schweiz plötzlich nicht mehr so schlecht weg; man kann ihr bei aller Bussfertigkeit eine gute Note geben.

Das Messen am Ideal statt am Vergleichbaren führt im Extrem zum *Verhältnisblödsinn*. Die – trotz den Fehlern – demokratisch und human gebliebene Schweiz wird dann dem Nazireich gleichgesetzt, weil ja beide «nicht human», weil ja beide «antisemitisch» gewesen seien. Solche Gedanken finden sich im «Dienstbüchlein» von *Max Frisch*, aber auch bei *manchen Historikern*.

## Die Ausblender

Beim Ausblenden verfährt man wie folgt: Man richtet den Blick auf eine bestimmte Tatsache, verschweigt aber die Zusammenhänge, etwa das, was vorausgegangen ist. Dafür zunächst ein «schönes» Beispiel aus dem Fernsehen. Am 20. Januar 1969 war ich zufällig in Heidelberg, als dort eine linke Demonstration stattfand. Eine Kette von Demonstranten war frontal auf eine Kette von Polizisten gestossen.

Die Demonstranten traten die Polizisten hart in die Schienbeine; worauf diese ihre Gummiknüppel zogen und dreinschlugen. Was taten die Fernsehleute? Sie hoben ihre Kameras ganz leicht an, und abends auf den Fernsehschirmen war von den Knien abwärts alles abgeschnitten: man sah keine Schienbeine, keine Tritte, sondern nur noch knüppelnde Polizisten.

Manche Historiker machen es im Prinzip ebenso. «*Im Jahre 1936*», kann man lesen, «*entfachte Franco den Spanischen Bürgerkrieg.*» Ganz richtig. Aber man muss auch wissen, was vorausging. Unter den linken «Republikanern» herrschte das Chaos; viele Kirchen wurden verbrannt und Tausende von Priestern und Nonnen grausam ermordet. Selbst beim deutschen Nationalsozialismus wird oft ausgeblendet. Man stellt die Dinge so dar, als ob Hitler und seine Gesellen 1933 plötzlich (aus der Hölle?) aufgetaucht wären und die Macht ergriffen hätten. Dabei hatte vor 1933 eine fünfzehnjährige *Konkurrenz zwischen Nazis und Kommunisten* bestanden: Beide Überboten sich in Gewaltakten und setzten in blutigen Strassenschlachten ihre Schlägertrupps ein. Es ist erwiesen, dass viele Deutsche aus (berechtigter) Angst vor dem Bolschewismus für die Nazis gestimmt haben.

Man kann sicher in der Geschichte nicht immer bei Adam beginnen. Aber historische Wahrheiten, die für die Erklärung eines grösseren Ganzen wichtig sind, darf man nicht ausblenden. Heute tut man es oft – teils aus schlichter Dummheit, teils aus Ideologie, die seit jeher die geschichtlichen Tatsachen ausgewählt und zurechtgebogen hat, teils aus Angst, als Faschist angesehen zu werden. Ich war schon ein Feind Hitlers, als dies noch etwas bedeutete, nämlich 1933. Darum benötige ich heute keinen «Persilschein». Aber ich bin der Überzeugung, dass die historische Wahrhaftigkeit nicht nur gegenüber den Guten, sondern auch gegenüber den Bösen gelten muss.

## Andere Möglichkeiten

Fehlen von «Alternativszenarien» – was ist das? Das wurde mir nachdrücklich bewusst im Kolumbus-Gedenkjahr 1991. Die meisten neueren Historiker haben herausgefunden, dass es sehr unrecht von Kolumbus war, Amerika zu entdecken; denn damit habe er den Kolonialismus mit all seinen Schrecken begründet. Während des ganzen Gedenkjahres habe ich nicht einen Historiker gehört, der gefragt hätte: Was wäre denn geschehen, wenn Kolumbus Amerika nicht entdeckt hätte? Die Frage «*Was, wenn nicht?*» ergibt die Alternativszenarien, also Beschreibung vorhandener, aber nicht verwirklichter Möglichkeiten. Zu diesem Thema ist soeben ein originelles Buch erschienen («*Virtual History*», herausgegeben von *Niall Ferguson*, London 1997), in welchem wichtige Weichenstellungen der Weltgeschichte auf alternative Möglichkeiten hin untersucht werden. Für unseren Fall, Kolumbus, würde die Alternative wohl heissen: Amerika wäre entdeckt worden, vermutlich von den *Osmanen*; diese wären dadurch sehr mächtig geworden, und wir wären heute eine kleines Scheichtum oder ein Emirat in ihrem grossen Reich.

Natürlich kann man hier ins Phantasieren kommen. Aber es würde nichts schaden, wenn die Historiker mehr Alternativen durchdächten. Etwa: Was wäre geschehen, wenn unsere Presse noch mutiger/frecher gegen die Deutschen gewesen wäre? Was, wenn 1940 niemand evakuiert hätte und Basel bombardiert worden wäre? Was, wenn die Schweiz nicht neutral gewesen wäre? Leider lassen es die «führenden» Historiker – wie bei Kolumbus – bei der Schelte bewenden, *statt über alternative Möglichkeiten nachzudenken.*

## Ahnungslose Besserwisser

Für einen weiteren Denkfehler – einen der dümmsten – hat das Deutsche kein rechtes Wort, wohl aber das Englische: «*Hindsight*». Darunter versteht man das Urteilen aus unserem heutigen Wissen über Menschen, die dieses Wissen noch nicht haben konnten. Also etwa: «Lächerlich, wie sich die Schweizer im Mai 40 aufgeregt haben; die Deutschen sind ja doch nicht gekommen.» Oder: «Die Schweizer hätten den Flüchtlingen mehr zu essen geben können; denn es hat ja bis zum Kriegsende für alle gereicht.» Alle diese Dinge weiss man *heute*, aber man wusste sie *damals nicht*. Jemandem vorzuwerfen, dass er kein Hellseher sei, ist ganz einfach dumm. Aber man tut es gegenüber der Kriegsgeneration, und der heutigen Generation wird es in fünfzig Jahren wieder so gehen.

Eine Dummheit ist auch das «*Parteichinesisch*». So nannte man seinerzeit die mit schwierigen Fremdwörtern gespickte Fachsprache der 68er Soziologen. Sicher ist

es in der Wirtschaft oft nötig, Fachausdrücke zu verwenden. Aber deren Gebrauch wird dann verwerflich, wenn diese Wörter undurchsichtig sind und in die Irre führen, oder wenn sie gar eingesetzt werden, um den Laien einzuschüchtern. In unserem Zusammenhang denke ich an solche Wörter wie «*faschistoid*» (fast wie ein Faschist, aber offenbar doch keiner), «*Antisemitismus*» (ein viel zu weiter Begriff, der von unbedachten Sprüchen bis zur Massentötung alles umfasst und deshalb immer wieder Verwirrung stiftet), «*Ethnie*» (alle Leute, die man nicht beleidigen darf, mit Ausnahme der Schweizer).

Eine Dummheit endlich begeht jeder, der die Folgen seines Handelns nicht bedenkt. Schon Kindern verbietet man es, der Spinne aus Interesse die Beine auszureissen. Viele unserer «Gescheiten» handelten aber nicht besser. Sie haben im letzten Jahr – fahrlässig oder absichtlich – grosses Leid über einen Teil der Schweizer Bevölkerung gebracht, nämlich über die Kriegsgeneration. Ich weiss, wovon ich rede, denn ich habe im vergangenen Jahr aus privaten Briefen bestürzende Einsicht in den Seelenzustand vieler alter Menschen bekommen. Da ist die Rede von Demütigung, von Verlust der Lebensfreude, von Verzweiflung. Meine Korrespondenten schämten sich, so etwas in den Medien zu sagen; in Privatbriefen haben sie es gewagt. Es sind alles Menschen, die jahrelang für ihre Heimat Anstrengungen, Entbehrungen und Gefahr auf sich genommen haben und sich auch aktiv für Ausländer einsetzten. Zum Dank werden sie jetzt beschimpft. Nicht zuletzt durch dumme Gescheite, die über Behörden, Banken und Akten manches wissen mögen, aber fast nichts über die Geschichte unserer *Bevölkerung*.

(30. Dezember 1997)